UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

urn:nbn:de:hbz:466:1-73564

Visual Library

Diplomatische Aktenstücke
zur
Geschichte der Ententepolitik

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

EK 10144/a
HK 1555
6 Na

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre

Herausgegeben von

B. von Siebert
ehemaliger Sekretär der Kaiserlich Russischen Botschaft in London

Berlin und Leipzig 1925

Walter de Gruyter & Co.

vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung : J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung : Georg Reimer : Karl J. Trübner : Veit & Comp.

EK 89
K A/I

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn
21 W
03
M
16795

Alle Rechte, insbesondere das Übersetzungsrecht, von der Verlagshandlung vorbehalten.

Copyright by Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co. vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung - J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung - Georg Reimer - Karl J. Trübner - Veit & Comp. Berlin und Leipzig 1921

Druck der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Walter de Gruyter & Co., Berlin W. 10.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Vorwort.

Sine ira ac studio.

Vor nicht langer Zeit ist von einem Minister einer europäischen Großmacht die „Entgiftung der internationalen Beziehungen" als Grundbedingung des zukünftigen friedlichen Zusammenlebens der Völker bezeichnet worden. Diese Worte umschreiben genau Zweck und Ziel der vorliegenden Veröffentlichung. Sie dienen auch zur persönlichen Rechtfertigung meines Entschlusses, das in meinem Besitz befindliche Urkundenmaterial schon jetzt der Öffentlichkeit zu übergeben. Die frühere russische Regierung ist zudem unter den Trümmern des zusammengebrochenen Reiches begraben worden — andere Rücksichten habe ich nicht zu nehmen.

Meine mehrjährige Zugehörigkeit zu der russischen Botschaft in London hat mich in unmittelbare Berührung mit den wichtigsten politischen Begebenheiten der letzten fünf dem Kriege vorhergehenden Jahre geführt. Zwar nicht handelnd, wohl aber sehend und zu verstehen suchend, bin ich Ereignissen gegenübergestanden, die einem unbefangen urteilenden Beobachter keinen Zweifel lassen konnten, daß Europa eine der kritischsten Perioden seiner Geschichte durchlebte und einer Katastrophe unaufhaltsam zuzueilen schien.

Damals entstand bei mir der Gedanke, in späteren abgeklärteren Jahren eine Geschichte jener Zeit zu schreiben. Das im vorliegenden Werke veröffentlichte Urkundenmaterial, zusammen mit sehr ausführlichen Aufzeichnungen über persönliche Eindrücke, Beobachtungen und Unterredungen, sollte mir hierbei als Grundlage dienen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Dieser Aufgabe fühle ich mich jedoch heute nicht mehr gewachsen; es fehlt mir das eigene Zutrauen zu einem objektiven Darstellungsvermögen. Die furchtbare und in allen ihren Folgen noch nicht einmal zu übersehende Katastrophe, die über uns hereingebrochen ist, hat auch jeden einzelnen Menschen in seinem inneren Empfinden und Erleben derart erschüttert, daß es ihm unmöglich ist, zu dem soeben Durchlebten und Durchlittenen die nötige Distanz eines objektiven Urteils zu nehmen.

Ich habe deshalb auf meinen ursprünglichen Plan einer Geschichte jener Zeit verzichtet und, unter Weglassung aller persönlichen Kommentare, Erklärungen und Beschreibungen, mich auf eine einfache Veröffentlichung urkundlichen Tatsachenmaterials beschränkt. Aus diesem Grunde habe ich auch von einem verbindenden Texte abgesehen, obwohl ein solcher dem weniger bewanderten Leser das Studium der Dokumente vielleicht erleichtert hätte. Immerhin glaube ich, daß die einzelnen Kapitel auch so ein einheitliches Bild der Geschehnisse geben. Vor allem hoffe ich, daß sie dem zukünftigen Historiker neues Material erschließen.

Aber, wie ich in den einleitenden Sätzen schon angedeutet, ich verfolge mit dieser Veröffentlichung noch einen andern Zweck.

Die Schuldfrage ist heute zum Brennpunkt des Völkerlebens geworden. Ehe diese Frage nicht restlos gelöst wird, können die Prinzipien der demokratischen Selbstbestimmung und sozialen Gerechtigkeit in den Beziehungen der Nationen zueinander nicht verwirklicht werden. In dieser Hinsicht haben weder die bisherigen offiziellen Veröffentlichungen, noch die Memoiren leitender Staatsmänner, so interessant sie an und für sich sind, befriedigen können — noch weniger allerdings befriedigen die apodiktischen Urteile, die, der Feder einzelner Politiker entflossen, einen Platz in offiziellen Dokumenten gefunden haben. Und doch verlangen die Völker immer stürmischer zu wissen und zu verstehen, und immer leidenschaftlicher ertönt ihr Ruf gegen Geheimdiplomatie, Kapitalismus und Imperialismus.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung habe ich versucht, einen Beitrag zum wirklichen Verständnis der Politik der letzten Vorkriegsjahre zu liefern. Nicht durch sensationelle Enthüllungen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

will ich dies erreichen, sondern dadurch, daß ich den diplomatischen Schriftwechsel selbst sprechen lasse und die inneren Zusammenhänge der Begebenheiten, sozusagen die Verästelungen des politischen Nervensystems, zu erfassen suche.

Dieses Buch soll keine Verteidigungsschrift sein, auch keine Anklage gegen einzelne Nationen oder politische Persönlichkeiten, wohl aber die rücksichtslose Bloßstellung eines politischen Systems, welches allerseits — ich betone dieses Wort ganz besonders — nichts anderes bedeutet als brutales, rein materialistisches Streben nach Machtzuwachs, wobei Gewalt stets über Recht gestellt worden ist.

Seitdem ich diese Gedanken vor mehr denn Jahresfrist niedergeschrieben, haben sich die Ereignisse mit der unserer Epoche eigentümlichen Geschwindigkeit entwickelt, und sind die Folgen des Versailler Diktates bereits deutlich in Erscheinung getreten. Dies gilt ganz besonders von der Schuldfrage.

Ich glaube daher jetzt, ohne mich dem Vorwurfe der Parteilichkeit auszusetzen, darauf hinweisen zu dürfen, daß die Frage der Schuld Deutschlands am Weltkriege nicht mehr ausschließlich zur moralischen Rechtfertigung der Forderungen der Ententemächte dient, sondern von diesen selbst zu einer Frage der praktischen Politik erhoben worden ist.

Von französischer Seite ist seinerzeit die Behauptung aufgestellt worden, „Deutschland stehe der geeinigten Kulturwelt gegenüber und habe von derselben als Gesamtheit sein Urteil zu empfangen".

Noch schärfer hat jetzt Lloyd George in seiner am 3. März 1921 in London gehaltenen Rede die Bedeutung der Schuldfrage für die praktische Politik der Gegenwart gekennzeichnet: „Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend, sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist, und wenn diese Anerkenntnis verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig."

An den Gerechtigkeitssinn der gesamten Kulturwelt tritt also die Frage heran, ob die Voraussetzungen des Versailler Traktates als zutreffend erklärt werden können oder nicht.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Übersetzung der Dokumente ist so sinngetreu wie möglich und dem Urtexte, selbst unter stilistischen Zugeständnissen, eng angepaßt. Sollte bei einer etwaigen durch diese Veröffentlichung hervorgerufenen Diskussion die Übersetzung zu verschiedener Auslegung Anlaß geben, so wird der ursprüngliche russische, französische oder englische Text der einzelnen Dokumente zu Rate gezogen werden können.

Die Dokumente selbst sind der Übersichtlichkeit halber nach verschiedenen Materien geordnet worden; die drei letzten Kapitel fassen den großen Zug der Entwicklung noch einmal zusammen.

Das ausführliche Inhaltsverzeichnis soll den allgemeinen Überblick über die in Frage kommende Epoche möglichst erleichtern.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Inhaltsverzeichnis.

Balkanpolitik 1909 bis Juli 1912.

Erstes Kapitel. **Die Lösung der bosnischen Krise: 5. November 1908 bis 8. April 1909** ..... S. 71—115

Stellungnahme der Großmächte zur Krise. 5. November 1908. Iswolsky an russische Botschaft Paris: Trennung der Mächte in zwei Gruppen S. 71, — Wirkung einer Isolierung Deutschlands auf Kaiser Wilhelm und seine Haltung gegenüber der Wiener Militärpartei S. 71, — Rußland nicht kriegerisch gesinnt S. 72, — Beeinflussung Serbiens und Montenegros durch die russische öffentliche Meinung S. 72, — Deutsch-österreichischer Bündnisvertrag scheint offensive Spitze auf Balkanterrain erhalten zu haben S. 72, — Rußland sucht österreichisch-serbischen Konflikt beizulegen S. 73. — 28. Januar 1909. Russische Botschaft London an Iswolsky: England verspricht Rußland diplomatische Unterstützung S. 73, — besteht aber auf Mäßigung der serbischen Ansprüche S. 73. — 26. Februar. Franz. Botschaft Petersburg an russ. Regierung: Französische öffentliche Meinung gegen Krieg, wenn russische oder französische Lebensinteressen nicht bedroht sind S. 74, — doch nimmt die französische Regierung den russischen Konferenzvorschlag an S. 75.

Die territorialen Kompensationsforderungen Serbiens. 24. Februar 1909. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Hardinge wünscht, daß Rußland in Belgrad zur Mäßigung rät S. 75. — 27. Februar. Dies. an dens.: England glaubt, daß die territorialen Ansprüche Serbiens zu einem Kriege führen müßten, und daß man deren Befriedigung Österreich nicht zumuten könne S. 76. — 27. Februar. Iswolsky an russ. Botschaft Paris: Die französische Mitteilung hat peinlich berührt S. 76, — Rußland gegen eine direkte Verständigung zwischen Österreich und Serbien S. 77, — erteilt aber in Belgrad den Rat, auf territoriale Ansprüche zu verzichten S. 77. — 27. Februar. Iswolsky an russische Gesandtschaft Belgrad: Warnung an Serbien S. 77. — 27. Februar. Ders. an dies.: Die bosnische Annexion wird von Rußland auf der in Aussicht genommenen Konferenz nicht sanktioniert werden S. 78. — 28. Februar. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Entwurf einer Kollektivnote der Mächte an Serbien S. 79. —

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Konferenzvorschlag zur Lösung der Krise. 2. März 1909. Iswolsky an russ. Botschaft London: Gegen den Entwurf, der von Österreich und Deutschland inspirierten Kollektivnote S. 80, — stellt russisches Gegenprojekt in Aussicht S. 80, — Bülow über Möglichkeit eines Kollektivschrittes in Wien S. 81. — 3. März. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Pichon weist die russischen Anschuldigungen zurück S. 81, — beteuert Frankreichs Allianztreue S. 82, — Gründe friedlicher Tendenzen in Frankreich S. 83, — Frankreich und England gleichfalls für eine Konferenz S. 84. — 2. März. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Iswolsky: Milowanovitch gegen direkte Verhandlungen mit Österreich, will Serbiens Geschick in die Hände der Großmächte legen S. 84. — 3. März. Dies. an dens.: Serbische Zirkularnote in Aussicht genommen, doch ist Unzufriedenheit Österreichs vorauszusehen, da es direkte Verhandlungen mit Serbien zu führen wünscht S. 85, — Serbien zählt auf das ihm von Rußland gemachte Versprechen, Annexion Bosniens nicht anzuerkennen S. 86. — 3. März. Dies. an dens.: Text der serbischen Antwort an Rußland S. 86, — in der bosnischen Frage Serbiens Ansprüche bis zum Zeitpunkt zurückgestellt, da sie einen allgemein europäischen Charakter annehmen wird S. 86, — Bedingungen für Unterbrechung der serbischen Rüstungen S. 87. — 5. März. Iswolsky an russ. Botschaft London: Mit der serbischen Antwort im allgemeinen zufrieden S. 87, — Wien gegen eine Vermittlung der Großmächte S. 87, — erforderliche Änderungen der serbischen Zirkularnote S. 88. — 6. März. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey und Pichon werden in Wien Schritte wegen Einberufung der Konferenz vorschlagen S. 88. — 7. März. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Belgrad: empfiehlt Serbien, Text der Zirkularnote zu mildern S. 89, — und auf wirtschaftliche Verhandlungen mit Österreich einzugehen S. 90. — 8. März. Ders. an dies.: Die Zirkularnote nimmt Serbien nicht das Recht, zu gegebener Zeit auf seine Wünsche den Mächten gegenüber zurückzukommen S. 91, — die bosnische Annexion wird letzten Endes Rußlands Sanktion nicht erhalten S. 91. — 26. Februar. Russ. Gesandtschaft Cettinje an Iswolsky: Montenegrinisch-serbische Beratungen über einen gemeinsamen Feldzugsplan bevorstehend S. 91. — 9. März. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Bukarest: Neutralitätsversicherung Rumäniens im Falle österreichisch-serbischen Konfliktes festzulegen S. 91. — 11. März. Iswolsky an russ. Botschaft London: Rußland wird Wien gegenüber auf einer Konferenz bestehen S. 91. — 11. März. Ders. an dies.: Österreich durch serbische Zirkularnote nicht befriedigt, verlangt Anerkennung der Annexion S. 92, — Kollektivschritt in Wien empfohlen S. 92. — 12. März. Russ. Botschaft London an Iswolsky. Grey beabsichtigt kategorische Erklärung an Österreich S. 93. — 13. März. Dies. an dens.: Infolge Wiener Erklärungen ist Grey versöhnlicher gegen Österreich S. 93, — Österreich scheint von Serbien keine formelle Anerkennung der Annexion zu verlangen S. 94, — zufolge Grey müßte Serbien eine solche Forderung entschieden ablehnen S. 94. — 15. März. Iswolsky an russ. Botschaft London: Hat Österreich gegenüber auf der Einberufung einer Konferenz bestanden S. 94. — 16. März. Russ. Botschaft London

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

an Iswolsky: Grey mit Serbiens Antwort an Österreich unzufrieden S. 95. — 17. März. Dies. an dens.: England hätte gewünscht, daß Serbien unter dem Schutze der Mächte die Anerkennung der Annexion verweigere S. 96, — ohne aber Österreich zu provozieren, wie dies leider der Fall sei S. 96, — Grey glaubt nicht, daß Österreich Krieg will S. 97, — ist der Ansicht, daß Serbien aus innerpolitischen Gründen nur unter dem Drucke der Mächte zu handeln wünscht S. 98.

Deutscher Vermittlungsversuch. 17. März 1909. Iswolsky an russ. Botschaften London und Paris: Deutschland schlägt vor, Österreich solle die Signatarmächte des Berliner Traktates um formelle Sanktion der Veränderung des Artikels 25 durch Notenaustausch ersuchen S. 98, — Iswolsky nicht direkt ablehnend, aber weiter für Konferenz S. 99, — befürchtet, daß der Krieg in Wien endgültig beschlossen sei S. 99. — 17. März. Vers. an dies.: Österreich mit der serbischen Antwort unzufrieden, setzt aber die Verhandlungen fort S. 100. —

Zuspitzung der Krise. 17. März 1909. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Iswolsky: Verschärfung der Lage durch österreichische und serbische Rüstungen S. 100, — schlägt Kollektivschritt der Mächte in Belgrad vor S. 101. — 17. März. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Belgrad: Serbien muß nachgeben, aber seine Antwort, unter Druck gegeben, wird keine entscheidende Bedeutung für die Zukunft Bosniens und der Herzegowina haben S. 101. — 19. März. Russ. Botschaft London an Iswolsky: England ist, wenn Rußland zustimmt, seinerseits zum Verzicht auf Konferenz bereit S. 102, — Hardinge hält es für unrichtig, daß der Krieg in Wien endgültig beschlossen sei S. 102. — 22. März. Dies. an dens.: Englisch-österreichische Verhandlungen über die Form der Anerkennung der Annexion S. 103, — und gemeinsame englisch-französisch-russische Beratungen in London S. 103. —

Die Erklärungen des Grafen Pourtalès in Petersburg und Lösung der Krise. 23. März 1909. Iswolsky an russ. Botschaften London und Paris: Rußland erklärt dem Berliner Kabinett, daß es einer österreichischen Bitte um Annullierung des Artikels 25 zustimmen werde S. 103, — Deutschlands Auftreten bestimmt und definitiv S. 104. — 24. März. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Deutschland durch russische Antwort sehr befriedigt S. 105, — Kiderlen hält spätere Konferenz nicht für ausgeschlossen S. 106. — 26. März. Iswolsky an russ. Botschaft Berlin: Auch Frankreich wird unter Bedingungen der österreichischen Bitte zustimmen S. 106. — 26. März. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: In Berlin glaubt man, daß die Motive des deutschen Vorgehens in England verkannt werden, und Greys Antwort hat enttäuscht S. 107. — 26. März. Iswolsky an russ. Botschaft Berlin: Wiener Verhandlungen über serbische Antwortnote möglichst schnell abzuschließen S. 107. — 27. März. Russ. Botschaft London an Iswolsky: England glaubt seine Bemühungen für Serbien durch russisches Vorgehen erschwert S. 108. — 4. April. Iswolsky an russ. Botschaft London: Text der russischen Zustimmung S. 108. —

Nachwirkungen der Krise. 6. April 1909. Russ. Botschaft London an

Iswolsky: Befürchtungen in England über Schwenkung der russischen Politik S. 109, — Benckendorff hat Grey erklärt, daß man in Rußland Deutschlands Vorgehen nicht leicht vergessen werde S. 109. — 1. April. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Auch Frankreich zur Erledigung durch Notenaustausch bereit, da die Ursache eines eventuellen Krieges keinen Widerhall in der Bevölkerung fand S. 109, — gewisse Verstimmung in Paris über Rußlands Nachgiebigkeit S. 110, — öffentliche Meinung in Frankreich und England verlangt, daß die Entente ihre Kräfte planmäßig entwickeln müsse S. 111. — 1. April. Dies. an dens.: Fernhalten Deutschlands und Österreichs vom Mittelmeer ist gemeinsames Interesse der Entente S. 112, — dies kann vielleicht auch ohne Krieg erreicht werden S. 112, — nach Wiederherstellung der militärischen Macht Rußlands wird die Entente Österreich zwingen können, auf seine Balkanpläne zu verzichten S. 112. — 1. April. Dies. an dens.: Frankreich und England hatten militärische Vorbereitungen getroffen, bis es bekannt wurde, daß Rußland jetzt nicht imstande sei, Krieg zu führen S. 113, — aus diesem Grunde Kabinette von Paris und London für engeren Zusammenschluß und verstärkte militärische Rüstungen S. 114, — nur unter diesen Bedingungen wird Rußland seine historische Mission erfüllen können S. 115. — 8. April. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Russische Verstimmung wegen gemeinsamen Vorgehens Englands mit Italien in montenegrinischer Frage unbegründet S. 115, — es läge kein Grund für eine Demission Iswolskys vor S. 115. —

Zweites Kapitel. **Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland: 22. November 1909 bis 15. Februar 1911** ..... S. **116—136**

Aehrenthals Wunsch, normale Beziehungen mit Petersburg wiederherzustellen. 22. Nov. 1909. Russ. Botschaft Wien an Iswolsky: Aehrenthal wünscht der Pressepolemik zwischen Rußland und Österreich eine Ende zu setzen S. 116. — 27. Jan. 1910. Dies. an dens.: Pressegerüchte über eine mögliche Entspannung zwischen Petersburg und Wien nicht von den Regierungen inspiriert S. 116. — 3. Febr. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Ein Einvernehmen zwischen Österreich und Rußland prinzipiell zu begrüßen S. 117, — doch glaubt Botschafter Nelidow, den österreichischen Staatsmännern nicht trauen zu dürfen S. 117, — man muß daher die österreichische Handlungsfreiheit durch internationalen Charakter der Vereinbarungen zu binden suchen S. 117, — durch die Anerkennung des Prinzips des status quo auf dem Balkan würden auch Österreichs Pläne in wirksamer Weise eingedämmt S. 118, — die Balkanstaaten hätten dann Zeit, innerlich zu erstarken und gegenseitige Anlehnung zu suchen, während Rußland seine militärischen Kräfte ausbauen könnte, um den unvermeidlichen Ereignissen gut gerüstet entgegenzutreten S. 118, — Frankreich verfolgt die russisch-österreichischen Verhandlungen mit Interesse S. 118. —

Die österreichische und die russische Formel zur Wiederherstellung des Kontaktes zwischen beiden Ländern. 5. Febr. 1910. Iswolsky an russ.

Botschaft Wien: Text der von Aehrenthal vorgeschlagenen Formel S. 118. — 2. Febr. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Iswolsky: In Belgrad hat die Möglichkeit einer Annäherung zwischen Rußland und Österreich außerordentlich beunruhigt S. 120. — 4. Febr. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Belgrad: Kein Grund zur Beunruhigung, da Annäherung nur beschränkte Bedeutung zukomme S. 120. — 4. Febr. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: Ähnliche Beunruhigung in der Türkei S. 120. — 6. Febr. Iswolsky an russ. Botschaft Konstantinopel: Das in Aussicht genommene Einverständnis mit Österreich nicht gegen Türkei gerichtet S. 121. — 9. Febr. Iswolsky an russ. Botschaft Wien: Text der russischen Formel S. 122. —

Bestreben des Petersburger Kabinetts, Österreich durch internationalen Charakter des erzielten Einverständnisses zu binden. 24. Febr. 1910. Iswolsky an russ. Botschaft London: Bittet um Englands Unterstützung, um Aehrenthals Abneigung gegen russischen Vorschlag zu überwinden S. 122. — 26. Febr. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey bereit, dies zu tun, fragt aber an, in welcher Form dies geschehen könnte S. 123. — 27. Febr. Iswolsky an russ. Botschaft London: England solle Aehrenthal erklären, es halte die Beteiligung auch der anderen Mächte für nützlich S. 124. — 12. Febr. Russ. Botschaft Rom an Iswolsky: Italien gleichfalls bereit, russischen Vorschlag in Wien zu unterstützen, zweifelt aber, daß er von Aehrenthal angenommen werden wird S. 124. — 12. Febr. Dies. an dens.: Italien erblickt zwar in den russischen Vorschlägen eine Bekräftigung seiner eigenen Politik, befürchtet aber ein zweiseitiges Einvernehmen zwischen Österreich und Rußland unter Ausschluß Italiens S. 124. — 17. Febr. Russ. Botschaft Wien an Iswolsky: Aehrenthal bestätigt die Identität der Grundlagen der österreichischen und russischen Balkanpolitik, hält aber eine Beteiligung der anderen Mächte an diesem Einverständnis für unzeitgemäß S. 125, — Bedenken der italienischen und französischen Botschafter hinsichtlich der Bedeutung des dritten Punktes des russischen Programms S. 126, — Unzufriedenheit der deutschen Presse mit Aehrenthal S. 127. — 26. Febr. Russ. Botschaft Rom an Iswolsky: Italien will überlegen, wie russischer Vorschlag in Wien unterstützt werden kann S. 127. — 26. Febr. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Frankreich wird alles tun, um Iswolskys Vorschlägen in Wien zum Triumph zu verhelfen S. 127. — 27. Febr. Iswolsky an russ. Botschaft Rom: Italien, Frankreich und England werden von Rußland über Gang der Verhandlungen mit Österreich unterrichtet, weniger ausführlich auch Deutschland S. 128. — 1. März. Russ. Botschaft London an Iswolsky: England will Rußland in Wien unterstützen S. 128, — doch müsse dies in einer vorsichtigen Form geschehen, um Aehrenthal nicht zu verletzen S. 128, — Benckendorff beabsichtigt seinerseits mit dem österreichischen Botschafter in London zu sprechen S. 129. — 1. März. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Berliner Kabinett teilt Aehrenthals Ansicht über Unzweckmäßigkeit der Beteiligung der anderen Mächte S. 129. — 1. März. Russ. Botschaft Wien an Iswolsky: Aehrenthal beharrt auf seinem früheren Standpunkt S. 130. — 2. März. Dies. an dens.: Der englische Botschafter stellt die Unterstützung seiner Regierung in Aus-

sicht, der italienische Botschafter zurückhaltend S. 131. — 3. März. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Pichon gibt zu, daß es für Aehrenthal sehr schwer sei, die russischen Vorschläge anzunehmen, da sie eine Bindung der österreichischen Politik bedeuten, wird aber um so mehr die russischen Forderungen in Wien unterstützen S. 131. — 10. März. Russ. Botschaft Wien an Iswolsky: Aehrenthal lehnt eine Mitteilung an die anderen Mächte ab, da sie nur eine Schwächung des erzielten Einverständnisses bedeuten würde S. 132, — äußert sich beruhigt über die Lage auf dem Balkan S. 132. — 19. März. Dies. an dens.: Aehrenthal beabsichtigt die öffentliche Meinung in Österreich durch Veröffentlichung einer Mitteilung zu orientieren S. 133. — 20. März. Iswolsky an russ. Botschaft London: Hat auch ohne Einwilligung des Wiener Kabinetts die auf die Verhandlungen mit Österreich bezügliche diplomatische Korrespondenz den Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens und der Türkei mitgeteilt S. 133. — 22. März. Russ. Botschaft Wien an Iswolsky: Aehrenthal bedauert zwar diesen Schritt der russischen Regierung, ist aber über den glücklichen Abschluß der österreichisch-russischen Verhandlungen befriedigt S. 133. —

Zweckmäßigkeit eines österreichisch-russischen Einvernehmens in Balkanfragen. 8. Nov. 1910. Russ. Botschaft Wien an Sasonow: Befriedigung in Wien über die Kaiserzusammenkunft in Potsdam, in der man gleichfalls die Möglichkeit einer Annäherung Österreichs an Rußland erblickt S. 134, — es liegt auch im russischen Interesse, den jetzigen Zeitpunkt zum Abschluß einer Verständigung mit Wien zu benutzen S. 134. — 15. Febr. 1911. Dies. an dens.: Serbien will eine Besserung in den österreichisch-russischen Beziehungen nicht zulassen S. 135, — österreichische Politik nicht auf territoriale Erwerbungen auf dem Balkan gerichtet, da in Wien eine Annäherung an Rußland und auch an Frankreich lebhaft gewünscht wird S. 136, — Rußland müsse ein neues Abkommen mit Österreich ernstlich ins Auge fassen, da sonst Intrigen der Balkanstaaten zu einem Bruch zwischen Österreich und Rußland führen könnten S. 136. —

Drittes Kapitel. **Bildung des Balkanblockes: 13. März 1909 bis 20. Juni 1912** ..... S. 137—156

Bemühungen Rußlands, einen Bund der Balkanstaaten ins Leben zu rufen, März bis November 1909. 13. März 1909. Russ. Gesandtschaft Sofia an Iswolsky: Der serbische Außenminister von seinem Aufenthalt in Sofia sehr befriedigt, Gemeinsamkeit der politischen Ziele beider Länder und Rußlands Interesse für slawische Volksstaaten S. 137. — 16. April. Dies. an dens.: Serbien wünscht mit Bulgarien ein gemeinsames Vorgehen angesichts der türkischen Krise zu vereinbaren S. 137. — 18. April. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Sofia: Verhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien schwierig, aber nicht aussichtslos, Rußland dürfe dabei nicht allzu aktiv hervortreten S. 138. — 18. April. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Belgrad: Serbisch-bulgarische Annäherung entspricht den gemeinsamen slawischen Interessen,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

doch müssen Verhandlungen Österreichs wegen vorsichtig geführt werden S. 138. — 27. April. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Iswolsky: Die serbischen Sympathien für Bulgarien erstarken immer mehr S. 139, — doch muß man bei der Schwierigkeit der Verhandlungen mit weniger wichtigen Fragen anfangen S. 139, — und auch in Mazedonien nationale Reibungen zu vermeiden suchen S. 140. — 4. Mai. Russ. Gesandtschaft Sofia an Iswolsky: Unterredung König Ferdinands mit dem russischen Gesandten über den Abschluß eines politischen Abkommens zwischen beiden Ländern S. 140. — 12. Mai. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Sofia: Rußland wird diesbezügliche konkrete Vorschläge Bulgariens mit Vergnügen entgegennehmen S. 141. — 25. Mai. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Iswolsky: Bulgarien weicht den serbischen Vorschlägen aus S. 141. — 8. Juni Dies. an dens.: Der unbefriedigende Gang der serbisch-bulgarischen Verhandlungen ist auf den persönlichen Einfluß König Ferdinands zurückzuführen S. 141. — 16. August. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Sofia: Rußland befürchtet eine Annäherung Bulgariens an Österreich und bittet die bulgarische Regierung um vertrauliche Erklärungen S. 142. — 3. Nov. Russ. Botschaft London an Iswolsky: In London hat man den dort eingetroffenen serbischen Außenminister auf die Möglichkeit eines österreichischen Schrittes als Folge der Zusammenkunft in Racconigi hingewiesen S. 143, — Tittoni beabsichtige angeblich auch die anderen Mächte aufzufordern, dem in Racconigi getroffenen Abkommen beizutreten S. 144, — wahrscheinlich habe man aber in London nur bezweckt, den serbischen Außenminister von unbedachten Schritten zurückzuhalten S. 144. — 15. Nov. Russ. Botschaft Rom an Iswolsky: Tittoni dementiert die Nachricht über die ihm zugeschriebenen Absichten S. 145. —

Desgleichen September 1910 bis Dezember 1911. 28. Sept. 1910. Sasonow an russ. Gesandtschaft Sofia: Notwendigkeit einer Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien in Anbetracht der türkenfreundlichen Haltung Rumäniens S. 145. — 25. Nov. Russ. Gesandtschaft Sofia an Sasonow: Die bulgarische Realpolitik hat bis jetzt in der Annäherung an Serbien keinen Nutzen für sich erblicken können S. 146, — Rußland muß nun versuchen, die bulgarische Politik in ein bestimmtes Fahrwasser zu lenken S. 147, — Serbien hat sich endgültig auf seiten Rußlands und folglich auch Frankreichs und Englands gestellt S. 147, — man muß Bulgarien um denselben Preis die Verwirklichung seines nationalen Ideals versprechen S. 147, — dann muß aber auch Rußland eine nationale und slawische Politik treiben, die zur Erreichung seiner Ziele notwendigen Mittel vorbereiten und die Einigung der slawischen Balkanstaaten in eigene Hände nehmen S. 147, — augenblicklich jedoch muß Rußland ohne Lärm und Demonstration vorgehen S. 148. — 5. Jan. 1911. Russ. Gesandtschaft Athen an Sasonow: Bulgarien wünscht gute Beziehungen zu Griechenland, sieht aber fürs erste keine Grundlage für ein formales Übereinkommen S. 148. — 11. März. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Der König von Bulgarien, von seiner Wiener Reise wenig befriedigt, wird jetzt russophilen Einflüssen zugänglicher sein S. 149. — 1. April. Russ.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Die Lage der bulgarischen Bevölkerung Mazedoniens soll erleichtert werden, um die Beziehungen zu Bulgarien zu bessern S. 150. — 2. April. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Der König von Montenegro teilt den serbischen Standpunkt hinsichtlich der Gemeinsamkeit der politischen Ziele beider Länder S. 150. — 8. April. Russ. Gesandtschaft Sofia an Sasonow: Danew bezeichnet ein enges Einvernehmen zwischen Serbien und Bulgarien als eine gegen Österreich gerichtete politische Notwendigkeit, bulgarische Politik wird jetzt diese Richtung endgültig einschlagen S. 150. — 27. Mai. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Reise Hartwigs nach Sofia, um bulgarisch-serbische Verhandlungen zu fördern S. 151. — 8. Juli. Stellvertretender Außenminister Neratow an russ. Gesandtschaft Sofia: Ermächtigung, das Bestehen einer Militärkonvention zwischen Bulgarien und Rußland zu dementieren S. 151. — Anmerkung auf S. 151: Telegramm Sasonows an die russ. Botschaft London vom 16. Jan. 1913: Beweis des Bestehens dieser Konvention. — 8. Okt. Russ. Botschaft Wien an Neratow: Da Rußland auf Abschluß eines Bündnisses zwischen Bulgarien und Serbien besteht, fragt bulgarische Regierung an, auf welche Garantien von seiten Rußlands gegen Österreich es in diesem Falle zählen könne S. 152. — 12. Dez. Russ. Gesandtschaft Sofia an Neratow: König Ferdinand scheint nach seinem letzten Wiener Aufenthalt die Überzeugung gewonnen zu haben, daß Rußland, Frankreich und England den Kräften Deutschlands und Österreichs überlegen sind, und wird sich wahrscheinlich endgültig einem Abkommen mit Serbien und Rußland zuwenden S. 153. —

Abschluß eines Bündnisses zwischen Bulgarien und Serbien März 1912 und eines Abkommens zwischen Bulgarien und Griechenland Juni 1912. 30. März 1912. Sasonow an die russ. Botschaften London und Paris: Mitteilung über den Abschluß des serbisch-bulgarischen Bündnisses, welches geheimgehalten werden soll und eine russische Schutzmaßregel gegen die Erweiterung des Einflusses einer Großmacht auf dem Balkan bedeutet S. 154. — 1. April. Russ. Botschaft London an Sasonow: Abschluß des Bündnisses wird Grey mitgeteilt werden S. 154. — 4. April. Russ. Gesandtschaft Sofia an Sasonow: Über die Möglichkeit, den Abschluß einer bulgarischen Anleihe in Paris zu erleichtern, da Bulgarien sich dem Kreislaufe der Politik der drei Ententemächte anschließt S. 155. — 16. April. Dies. an dens.: Zustimmung der französischen Regierung zur Anleihe S. 155. — 20. Juni. Dies. an dens.: Unterzeichnung des Abkommens zwischen Bulgarien und Griechenland trotz einiger Unzulänglichkeiten und Gefahren einzelner Bestimmungen S. 155. —

England und Rußland in Persien.

Viertes Kapitel. **Die anglorussische Konvention von 1907 über Persien: 9. Oktober 1908 bis 26. Oktober 1910**.....S. **157—210**

Englands Standpunkt in der Frage der Erteilung von Eisenbahnkonzessionen in Persien an Ausländer. 9. Okt. 1908. Memorandum des

englischen Außenministeriums an russ. Botschaft London: Ohne die Absicht, augenblicklich selbst neue Eisenbahnen in Persien zu bauen, müssen England und Rußland sich jetzt schon aus politischen Gründen das Vorzugsrecht für Eisenbahnkonzessionen sichern, damit diese nicht einer dritten Macht zufallen S. 157. —

Russische Truppen in Persien. 22. Mai 1909. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Russische Truppen sollten nicht länger in Täbriz bleiben, als zur Wiederherstellung der Ordnung nötig S. 158. — 3. Juni. Dies. an dens.: Hardinge durch die scharfen Maßnahmen der russischen Truppen in Täbriz sehr beunruhigt S. 160. — 5. Juni. Iswolsky an russ. Botschaft London: Wenn russische Militärbehörden gegen persische Nationalisten vorgehen, müßte England gegen Schah Partei ergreifen S. 160, — Grey befürchtet hieraus sich ergebende Beeinträchtigung des guten Einvernehmens zwischen England und Rußland S. 160, — Iswolsky verspricht vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen S. 161. — 7. Juni. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey fürchtet nicht die Erstarkung des russischen Einflusses in Nordpersien, muß aber dem Parlament völlige Übereinstimmung des politischen Programmes der beiden Regierungen in Persien bestätigen können S. 161. — 30. Juni. Dies. an dens.: Grey glaubt, daß militärische Besetzung Teherans durch Rußland allgemeine Anarchie im Lande hervorrufen würde S. 162. — 2. Juli. Iswolsky an russ. Botschaft London: Grey befürchtet, daß eine russische militärische Intervention in Persien England zum Verzicht auf die Entente mit Rußland in Persien zwingen könne S. 163, — Iswolsky hat entgegenet, daß es sich nur um Schutz der Ausländer in Persien handelt S. 164. — 3. Juli. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey hat sich nicht so scharf über das Aufhören der russisch-englischen Kooperation in Persien ausgedrückt S. 164. — 13. Juli. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey befürchtet, daß Ankunft russischer Truppen in Teheran als militärische Intervention zugunsten des Schahs aufgefaßt werden wird S. 165, — die ganze Zukunft Persiens und die Rolle Englands und Rußlands in demselben nähern sich dem kritischen Stadium S. 165, — eine Einmischung in die innere Politik müßte zum Zusammenbruch des Landes führen S. 166. — 14. Juli. Engl. Botschaft Konstantinopel an engl. Außenministerium: Anwesenheit russischer Truppen in Persien ruft starke Erregung in allen mohammedanischen Kreisen hervor S. 167. — 20. Juli. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Abdankung des Schahs hat die Lage entspannt S. 167, — friedliche Lösung der Krise hat den Angriffen gegen anglorussische Konvention den Boden unter den Füßen entzogen S. 168. — 16. August. Russ. Botschaft London an russ. Außenministerium: Bericht über Unterredungen Iswolskys mit englischen Ministern während Monarchenzusammenkunft in Cowes über persische Fragen S. 169. —

Anstellung ausländischer Beiräte und Beamter und Fragen finanzieller Natur. 21. Jan. 1910. Iswolsky an russ. Botschaft London: Deutschland erkennt Vorzugsstellung Rußlands und Englands in Persien an, erhebt aber Einspruch dagegen, daß bei Anstellung ausländischer Beiräte

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Untertanen einer dritten Macht deutschen Untertanen gegenüber eine privilegierte Stellung eingeräumt wird S. 171, — Iswolsky beabsichtigt, sich auf Erwägungen praktischer Natur zu berufen S. 171, — aber das Bestehen eines diesbezüglichen Abkommens zwischen Rußland und England in Abrede zu stellen S. 171. — 26. Jan. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey fürchtet, daß die von Iswolsky vorgeschlagene Erklärung an Deutschland nicht ganz den Tatsachen entspricht S. 172, — empfiehlt einen andern Text S. 172. — 31. Jan. Zwei Telegramme Iswolskys an russ. Botschaft London: Das Greysche Projekt einer Antwort an Deutschland betont nicht den politischen Charakter der Beiräte S. 173, — er schlägt deshalb einen neuen Text vor S. 174. — 2. Febr. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey hält den deutschen Standpunkt, weil nicht unberechtigt, für leicht zu verteidigen und schwer anzugreifen S. 174. — 10. März. Iswolsky an russ. Botschaft London: Der deutsche Gesandte in Teheran erblickt in englisch-russischen Bedingungen einer persischen Anleihe Bedrohung des Prinzips der offenen Tür zuungunsten aller mit Persien Handel treibenden Nationen S. 175, — Iswolsky beabsichtigt Deutschland die Anleihebedingungen offiziell mitzuteilen und deren politischen Charakter zu betonen S. 176. — 15. März. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Um deutsche Einmischung zu verhindern, rät Grey, Abschluß der Anleihe zu beschleunigen und hierbei nicht auf Anstellung von sieben Franzosen zu bestehen, da derartige Forderung einer soliden Grundlage entbehre S. 176. — 16. März. Dies. an dens.: Grey gegen die Mitteilung der Anleihebedingungen an Deutschland, da dieses dann die Eisenbahnfrage aufwerfen könne, was vom Standpunkt der anglorussischen Konvention unerwünscht S. 177. — 16. März. Zwei Briefe ders. an dens.: Bericht über Unterredung Greys mit deutschem Botschafter in London über diese Fragen S. 178, — Bedeutung von Eisenbahnbauten in Persien für das weitere Bestehen der anglorussischen Konvention S. 180. — 16. März. Zwei Telegramme Iswolskys an russ. Botschaft London: Teilt Text eines von Deutschland erhaltenen Memorandums mit S. 180, — erblickt in demselben weniger eine Einmischung in persische Fragen als einen Versuch, Bagdadbahnverhandlungen zu erneuern S. 180, — Deutschland erklärt, seine bisherige Zurückhaltung in Persien könne nicht so weit gehen, daß dieses Land für jede Betätigung deutscher kommerzieller und finanzieller Kreise verschlossen wird S. 181. — 18. März. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Iswolsky: Zwischen den Schritten Deutschlands in London und Petersburg besteht ein Unterschied S. 182, — Grey glaubt nicht an Absicht, Bagdadbahnverhandlungen zu erneuern, sondern befürchtet deutsche Absichten auf Eisenbahnen in Persien S. 182, Text der von Grey vorgeschlagenen Antwort an Deutschland S. 182. — 18. März. Dies. an dens.: Hardinge meint, man könne der persischen Regierung in der Frage der Anstellung von Franzosen Nachgiebigkeit zeigen S. 183. — 20. März. Dies. an dens.: Veränderung im Texte des Greyschen Antwortprojektes an Deutschland S. 184. — 21. März. Dies. an dens.: Unterredung zwischen Grey und dem deutschen Botschafter über

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Anleihebedingungen, gegen die Deutschland Einspruch erhebt S. 184. — 21. März. Dies. an dens.: Grey glaubt jetzt die Anleihebedingungen Deutschland mitteilen zu müssen S. 185. — 22. März. Iswolsky an russ. Botschaft London: Deutscher Botschafter Pourtalès hat erklärt, daß englisch-russische Anleihebedingungen mit Gleichberechtigung aller Nationen in Persien unvereinbar S. 185, — Iswolsky erwidert, daß England und Rußland niemanden von kommerziellen und industriellen Unternehmungen ausschließen wollen, daß aber Eisenbahnkonzessionen wegen ihrer politischen Bedeutung eine Ausnahme bildeten S. 186, — Rußland sei bereit, die im Jahre 1907 unterbrochenen Verhandlungen mit Deutschland wiederaufzunehmen S. 186, — Pourtalès ist von dieser Erklärung befriedigt und erklärt, daß Deutschland besondere politische Stellung Rußlands und Englands in Persien anerkenne, nur deutsche kommerzielle Unternehmungen in Persien sicherstellen wolle und keine Eisenbahnbauten beabsichtige S. 186. — 23. März Ders. an dies.: Nicolson hat der russischen Regierung die Unterstützung Englands bei Unterhandlungen mit Deutschland zugesichert S. 186. — 24. März. Ders. an dies.: Das persische Parlament beabsichtige die Hilfe Deutschlands anzurufen, doch dürfen Rußland und England einen Eingriff einer dritten Macht in ihre Beziehungen zu Persien nicht zulassen S. 187. — 24. März. Russische Botschaft London an Iswolsky: Der deutsch-persische Vertrag von 1873 gibt Deutschland keine Handhabe zu einem Eingreifen in Persien S. 187. — 26. März. Iswolsky an russ. Botschaft London: Obwohl es unmöglich, Persien direkt zu verbieten, sich in anderen Ländern Kredit zu verschaffen, müssen England und Rußland ihm dies nach Möglichkeit erschweren S. 187. — 23. März. Russ. Gesandtschaft Teheran an Iswolsky: Ein Nachgeben in der Frage der Nationalität der Beiräte könnte Deutschland zu weiteren Forderungen ermutigen S. 188. — 16. April. Sasonow an russ. Botschaft London: In Anbetracht der Ansprüche Deutschlands hinsichtlich des Prinzips der offenen Tür in Persien müssen England und Rußland starken Druck auf Persien ausüben, um es zu verhindern, ihnen mißliebige Konzessionen an Ausländer zu erteilen S. 188, — nach Erreichung dieses Zieles wird eine Verständigung mit Deutschland leichter sein, gemeinsames Vorgehen mit England wünschenswert, die gegen Persien anzuwendenden Zwangsmaßregeln bilden Gegenstand besonderer Beratung S. 189. — 16. April. Ders. an dies.: Bethmann Hollweg schlägt England vor, daß die deutschen Wünsche hinsichtlich Persiens einen Teil eines allgemeinen politischen Abkommens zwischen Deutschland und England bilden könnten, und teilt die diesbezüglichen Vorschläge mit S. 189. —

Russisch-englischer Druck auf Persien, um es zur Nachgiebigkeit zu zwingen. 16. April **1910.** Sasonow an russ. Botschaft London: Um persische Konzessionen an Deutsche zu verhindern, müssen England und Rußland auf Persien energischen Druck ausüben und dabei vor äußersten Maßregeln nicht zurückschrecken, Einvernehmen mit Deutschland um so leichter, je weniger Chancen letzteres hat, sich direkt mit Persien zu verständigen S. 190. — 23. April. Ders. an dies.: Der russ. Gesandte in Teheran schlägt

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

bestimmte Zwangsmaßregeln vor S. 191. — 26. April. Russ. Botschaft London an Sasonow: Hardinge billigt zwar energische Schritte, rät jedoch zu einer gewissen Zurückhaltung S. 192, — Benckendorff betont, daß Erzwingung von Zugeständnissen durch militärischen Druck kriegerische Aktion bedeutet, die zu Protesten dritter Staaten, speziell Deutschlands, führen könne S. 192. — 14. April. Russ. Gesandtschaft Teheran an Sasonow: Anläßlich einer Beschwerde des deutschen Untertanen Schünemann erklärt Poklewski, es sei nicht wünschenswert, dem deutschen Handel so offen Hindernisse zu bereiten S. 193. —

Deutschland und die englisch-russischen Verhandlungen mit Persien über die prinzipielle Frage der Erteilung von Konzessionen an Ausländer. 12. Mai 1910. Iswolsky an russ. Botschaft London: Text der der persischen Regierung zu übergebenden Note, wobei der Ausdruck Konzession allgemein zu halten und nicht näher zu bezeichnen ist, um alle unwünschenswerten Konzessionen ausschalten zu können S. 193, — eine formelle Verpflichtung von seiten Persiens nicht wünschenswert, um nicht dadurch einen deutschen Protest hervorzurufen S. 194. — 25. April. Russ. Gesandtschaft Teheran an Iswolsky: Über den Versuch des Franzosen Cohen, Persien eine Anleihe in Frankreich zu verschaffen S. 194. — 28. April. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Cohen von französischer Regierung nicht unterstützt S. 195. — 13. Mai. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Hardinge hält die in Petersburg vorgeschlagene Formel bezüglich der persischen Konzessionen für zu radikal und die Drohung an Persien für zu stark S. 195. — 18. Mai. Dies. an dens.: Unterredung zwischen Grey und Metternich über Konzessionen in Persien S. 196. — 21. Mai. Dies. an dens.: Grey fragt an, ob Rußland bei eventuellen Verhandlungen mit Deutschland auch über Bagdadbahn sprechen werde, da dies wohl der Fall sein werde, so könnten England, Rußland und Frankreich mit Deutschland getrennt verhandeln, sich aber den Gang der Verhandlungen gegenseitig mitteilen; Grey selbst hat Metternich erklärt, England könne Deutschland keine Zugeständnisse in Persien ohne entsprechende Entschädigung in Bagdadbahnfrage machen S. 196. — 22. Mai. Iswolsky an russ. Botschaft London: Deutschland erklärt, in Persien keine Konzessionen zu suchen, die England oder Rußland unbequem sein könnten, und bittet um Aufschub des beabsichtigten gemeinsamen englisch-russischen Schrittes in Teheran, um eine freundschaftliche Lösung zu ermöglichen S. 197. — 24. Mai. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Auf deutschen Vorschlag eines politischen Abkommens mit England über Persien hat Grey erwidert, er sei bereits durch politisches Abkommen mit Rußland über Persien wie mit Frankreich über Marokko gebunden S. 198. — 26. Mai. Iswolsky an russ. Botschaft London: In Berlin hat man dem englischen Vertreter erklärt, die persische Frage habe ihren akuten Charakter verloren und Deutschland werde auf sie nicht mehr zurückkommen S. 199. — 31. Mai. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Mutmaßliche Ursachen dieser Haltung Deutschlands S. 199. — Auszug aus einem Berichte Sasonows an den Zaren über seinen Besuch in Balmoral Oktober

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

1912: Absicht Rußlands und Englands, Möglichkeit deutscher Unternehmungen in der neutralen Zone Persiens endgültig auszuschalten S. 200. —

Englands Standpunkt gegenüber dem von Rußland systematisch ausgeübten Druck auf Persien. 17. August 1910. Russ. Botschaft London an Sasonow: England will kein Kondominium mit Rußland und keine Annexion in Persien, es will vor allem verhindern, daß außer Rußland und England noch andere Mächte, besonders Deutschland und die Türkei, aus politischen Gründen eine Rolle in Persien spielen S. 201, — es muß zwar seine kommerziellen Interessen schützen, befürchtet aber durch allzu starken Druck Persien Deutschland zuzutreiben S. 202, — Rußland wird in Persien beschuldigt, die Anwesenheit seiner Truppen zu benutzen, um Vorteile für sich auszubedingen S. 203. — 26. Sept. Sasonow an russ. Botschaft London: Hat dem englischen Vertreter erklärt, Rußland werde, selbst ohne England, zu Zwangsmaßregeln gegenüber Persien greifen müssen S. 204. — 28. September. Russ. Botschaft London an Sasonow: England bereit, Rußland in Teheran zu unterstützen, um Störung des englisch-russischen Einvernehmens zu vermeiden S. 204. — 29. Sept. Sasonow an russ. Gesandtschaft Teheran: Teilt diese Nachricht mit S. 204. — 1. Oktober: Russ. Gesandtschaft Teheran an Sasonow: Bestätigt, daß der englische Gesandte diesbezügliche Instruktionen erhalten hat S. 205. — 8. Okt. Sasonow an russ. Gesandtschaft Teheran: Londoner Kabinett hat seine Zustimmung zur Anwendung von Zwangsmaßregeln gegeben, nicht nur weil anglorussische Konvention von 1907 für Englands asiatische Interessen bedeutsam ist, sondern weil die Konvention für England in Europa, wo es politische Ziele vitaler Bedeutung verfolgt, noch eine viel größere Bedeutung hat, es wird daher im Notfall auf einige Interessen in Asien verzichten, und dies muß Rußland jetzt in Persien ausnutzen S. 205, — Sasonow entwickelt seinen Plan eines systematisch zu verstärkenden Druckes auf Persien S. 206, — der jetzige Zustand leiste nur dem Eindringen deutschen Einflusses Vorschub S. 209. — 26. Okt. Russ. Gesandtschaft Teheran an Sasonow: Bericht über die Wirkung der bisher angewandten Maßregeln auf die persische Regierung S. 209. —

Fünftes Kapitel. **Rußland und die Tätigkeit Morgan Shusters in Persien: 8. August 1910 bis 28. Januar 1912** ..... S. 211—253

Die prinzipielle Frage der Anstellung von Ausländern. 18. Aug. 1910. Russ. Gesandtschaft Teheran an Sasonow: Diesbezügliche Gesetzesvorlage dem persischen Parlament vorgelegt, hauptsächlichstes Ziel Englands und Rußlands, die Anstellung von deutschen oder österreichischen Instrukteuren zu verhindern S. 211. — 6. Sept. Dies. an dens.: Der engl. Gesandte gegen die Anstellung von Deutsch-Schweizern S. 211. — 8. Sept. Sasonow an russ. Gesandtschaft Teheran: Obwohl gegen die Anstellung von Amerikanern keine besonderen Einwendungen bestehen, so könnte dies doch als Präzedenzfall für Angehörige einer andern Großmacht aufgefaßt werden S. 212. — 10. Sept. Russ. Gesandtschaft Teheran an Sasonow: Bezweifelt dies, da Amerika keine europäische Großmacht

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

S. 212. — 3. Okt. Russ. Botschaft Washington an Sasonow: Vereinigte Staaten werden von England und Rußland als in Persien nicht interessiert betrachtet, bisher keine Bitte Persiens um Entsendung von Amerikanern in Washington eingetroffen S. 212. — 28. Jan. 1911. Sasonow an russ. Botschaft London: Gegen die Anstellung von Amerikanern als Angehörigen einer Großmacht, auch Frankreich sehr beunruhigt und fürchtet analoge Forderung von deutscher Seite S. 213. — 1. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey glaubt nicht, daß England und Rußland ihre frühere Zustimmung zur Anstellung von Amerikanern jetzt zurückziehen können S. 213. —

Schwierigkeiten wegen der Übernahme des englischen Majors Stokes in persische Dienste. 11. Juli 1911. Stellvertr. Außenminister Neratow an russ. Botschaft London: Ernennung Stokes' sollte durch Übertragung ähnlicher Funktionen an einen russischen Offizier kompensiert werden S. 214. — 17. Juli. Ders. an dies.: Ernennung Stokes' macht ungünstigen Eindruck auf öffentliche Meinung in Rußland S. 214. — 17. Juli. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Neratow: Shuster erklärt sich solidarisch mit Stokes und droht mit Demission S. 215. — 26. Juli. Dies. an dens.: Grey befürchtet Rücktritt Shusters, da er ihn für finanzielle Reorganisation Persiens als geeignet betrachtet S. 215. — 17. Aug. Dies. an dens.: Grey bedauert, daß Petersburger Kabinett seinen Anstrengungen zur Beilegung des Zwischenfalles Stokes nicht volle Gerechtigkeit widerfahren läßt S. 216, — im englischen Parlament könne ihm vorgeworfen werden, sich mehr um russische als englische Interessen zu kümmern S. 216. — 19. Aug. Neratow an russ. Botschaft London: Die neuen von England gegen Stokes getroffenen Maßnahmen befriedigen in Petersburg S. 216. —

Feindseligkeit Rußlands gegen Morgan Shuster und Rückwirkung auf die englisch-russischen Beziehungen in Persien. 22. Aug. 1911. Russ. Gesandtschaft Teheran an Neratow: Shuster beklagt sich, daß seine Tätigkeit durch Rußland und England gelähmt werde, letzteres habe unter dem Drucke Rußlands seine Haltung ihm gegenüber verändert, Stokes, mit örtlichen Verhältnissen vertraut, sei einzige passende Persönlichkeit S. 217, — Shuster bittet um großmütige Haltung Rußlands, verspricht seinerseits Rußlands und Englands Wünschen und Interessen weit entgegenzukommen S. 217, — Unterredung mit Shuster hat auf russischen Gesandten Eindruck gemacht S. 218. — 23. Aug. Russ. Botschaft London an Neratow: Empfiehlt, Shuster gegenüber Versöhnlichkeit zu zeigen, da dessen Rücktritt ernstliche Reform der persischen Finanzen in Frage stellen würde S. 218. — 20. Okt. Dies. an dens.: Für Grey entstehen im englischen Parlamente Schwierigkeiten wegen der unversöhnlichen Haltung Rußlands in der Frage Shuster S. 218, — öffentliche Meinung in England fürchtet, daß jetzige Lage in Persien zu einer bewaffneten Intervention von seiten Rußlands und Englands führen könne S. 220, — ohne beiderseitige Kompromisse sei die englisch-russische Konvention in der Praxis nicht durchführbar S. 220. — 24. Okt. Dies. an dens.: Grey durch Möglichkeit einer

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

russischen Okkupation Nordpersiens äußerst beunruhigt, fürchtet für das weitere Bestehen der anglorussischen Konvention, Londoner Kabinett läßt Shuster fallen S. 221. — 24. Okt. Dies. an dens.: Grey hält eine Revision der anglorussischen Konvention, wenn diese jetzt hinfällig werden sollte, für äußerst schwierig S. 222, — Benckendorff teilt nicht Neratows Annahme, daß England Shusters Sympathien ausnütze, um die englischen Interessen in Persien zu fördern S. 223. —

Russische militärische Intervention in Persien zur Entfernung Morgan Shusters und Krise in den englisch-russischen Beziehungen. 8. Nov. 1911. Neratow an russ. Botschaft London: Mitteilung über den Zwischenfall Shoa-es-Saltaneh S. 224. — 8. Nov. Ders. an dies.: Verbittet sich eine Kritik russ. Beamter von seiten Englands S. 224. — 11. Nov. Russ. Botschaft London an Neratow: Benckendorff erblickt in Neratows Telegramm eine indirekte Kritik seiner selbst, betont die Notwendigkeit von Kompromissen S. 225, — Grey hat zwar beteuert, er werde das Prinzip der Entente den Schwierigkeiten in Persien nicht opfern S. 225, — doch sei er nicht allein Herr der Ereignisse S. 225. — 16. Nov. Neratow an russ. Botschaft London: Die Tätigkeit Shusters, der Zwischenfall Shoa und die Haltung der persischen Regierung zwingen Rußland zu einer militärischen Intervention S. 226. — 17. Nov. Ders. an dies.: Grey verstehe russischen Standpunkt, sei aber beunruhigt durch mögliche Rückwirkung auf englisch-russisches Übereinkommen, die beiden Mächte gehen sonst in allen Weltfragen Hand in Hand vor, Entsendung russischer Truppen könne anläßlich der Reise König Georgs nach Indien Schwierigkeiten von mohammedanischer Seite hervorrufen S. 227, — Neratow gibt beruhigende Erklärungen ab, besteht aber auf seinem Standpunkte und seinen Forderungen an Persien S. 229. — 18. Nov. Russ. Botschaft London an Neratow: Schwierige parlamentarische Lage Greys, weil Opposition immer größere Zweifel an Zweckmäßigkeit der englisch-russischen Politik in Persien äußert S. 230. — 19. Nov. Russ. Botschaft London an russ. Gesandtschaft Teheran: England wird jetzt Shuster ohne Bedauern gehen sehen S. 231. — 20. Nov. Neratow an russ. Gesandtschaft Teheran: Rußland stellt Persien noch neue Forderungen S. 232. — 21. Nov. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Neratow: Perser haben um Vermittlung Englands gebeten S. 233, — Grey wird im Parlamente heftigen Angriffen ausgesetzt sein S. 233. — 23. Nov. Dies. an dens.: Nur die Zurückziehung der russischen Truppen könnte Grey dem Parlamente gegenüber entlasten S. 234. — 23. Nov. Neratow an russ. Botschaft London: Shuster wird von den Russen eventuell mit Gewalt entfernt werden S. 235. — 23. Nov. Russ. Botschaft London an Neratow: Grey wird ebenfalls Entfernung von Shuster verlangen, doch sollte weiteres Vorrücken der russischen Truppen aufgehalten werden S. 235. — 24. Nov. Dies. an dens.: Möglichkeit einer englischen Ministerkrise, wenn russische Truppen in Teheran einrücken S. 236. — 24. Nov. Dies. an dens.: Möglichkeit eines Bruches zwischen England und Rußland S. 236. — 26. Nov. Neratow an russ. Botschaft London: Über die Zusammenarbeit der russischen und englischen Gesandtschaften in Teheran

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

S. 237. — 26. Nov. Ders. an dies.: Aufzählung der neuen russischen Forderungen an Persien S. 237. — 29. Nov. Ders. an dies.: Bestätigung derselben durch den Zaren S. 238. — 1. Dez. Russ. Botschaft London an Neratow: Grey durch neue russische Forderungen sehr beunruhigt S. 239. — 2. Dez. Dies. an dens.: Grey erklärt, daß der Bruch des englisch-russischen Einvernehmens in Persien eine Neuorientierung der gesamten englischen Politik nach sich ziehen würde S. 239, — in welchem Falle er demissionieren würde S. 239, — französischer Botschafter bestätigt, daß Grey außerordentlich beunruhigt S. 240. — 2. Dez. Dies. an dens.: Grey resümiert die Situation in einem Telegramm an englischen Botschafter in Petersburg S. 240. — 4. Dez. Dies. an dens.: Greys große Rede im Parlament hat nur geteilte Zustimmung gefunden, Greys eigene liberale Partei findet, daß er ihrem Wunsche einer Annäherung an Deutschland nicht genug entgegenkomme S. 242, — Grey hält zwar eine Besserung der Beziehungen zu Deutschland für wünschenswert, will ihr aber seine Ententen mit Frankreich und Rußland nicht zum Opfer bringen, er steht und fällt mit dieser Politik S. 243, — seine Demission würde zu einem völligen Wechsel der englischen Politik führen S. 243, — Benckendorff glaubt, diese Annäherung an Deutschland würde nur anfangs eine teilweise sein, bald aber eine allgemeine und ausschließende werden S. 244. — 5. Dez. Dies. an dens.: Stokes kehrt nach England zurück S. 244. — 30. Nov. Russ. Gesandtschaft Teheran an Neratow: Persisches Parlament hat russische Forderungen mit erdrückender Mehrheit abgelehnt S. 245. — 1. Dez. Neratow an russ. Botschaft London: Russisches Expeditionskorps erhält Befehl, auf Kaswin vorzurücken S. 245. — 3. Dez. Russ. Gesandtschaft Teheran an Neratow: Solidarität des englischen und russischen Gesandten in Teheran S. 245. — 4. Dez. Neratow an russ. Botschaft London: Stellt in Abrede, daß die Handlungsweise Rußlands nicht im Einklang mit der anglorussischen Konvention steht S. 245. — 8. Dez. Russ. Botschaft London an Neratow: Perser scheinen zur Annahme der russischen Forderungen bereit S. 246, — doch wird ihre Eigenliebe in der Frage der Ernennung der ausländischen Beiräte verletzt S. 246. — 10. Dez. Neratow an russ. Botschaft London: Konzessionen hinsichtlich der Form dieser Forderung erscheinen zulässig S. 246. — 22. Dez. Sasonow an russ. Botschaft London: Annahme aller russischen Forde ungen durch die Perser, die russischen Truppen werden zurückberufen werden, wenn die Forderungen faktisch erfüllt und Shuster tatsächlich entfernt sein wird S. 247. — 23. und 24. Dez. Drei Telegramme des russ. Statthalters im Kaukasus an das Außenministerium: Über die Notwendigkeit von Repressalien zum Schutze der russischen Truppen in Persien S. 247—249. — 1., 3., 5. und 6 Jan. 1912. Vier Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow: Klagen über angebliche Grausamkeiten und Ausschreitungen der russischen Truppen in Persien S. 249—250. — 18. Jan. Sasonow an russ. Gesandtschaft Teheran: Rußland wird die energischen Maßnahmen der persischen Regierung gegen die Demokraten unterstützen S. 251. — 28. Jan. Russ. Botschaft London an Sasonow: Benckendorff glaubt, Rußland müsse in

Persien mit Geduld vorgehen, eine mehr oder weniger offene Aufteilung Persiens würde zum Zusammenbruch der bisherigen Greyschen Ententepolitik führen, das Schicksal der anglorussischen Konvention darf nicht vom Verhalten der persischen Regierung abhängig gemacht werden S. 251, — weder die liberale, noch die konservative Partei in England würde einer Aufteilung oder einem Protektorate zustimmen, die Opposition gegen Grey wächst in England, man macht ihn für die Gespanntheit der Beziehungen zu Deutschland verantwortlich, und beschuldigt ihn allzu großer Besorgnis um die Interessen Frankreichs in Marokko und Italiens in Tripolis S. 252, — der deutsche Botschafter in London glaubt, die englische öffentliche Meinung fange an, sich wieder seinem Lande zuzuwenden, Benckendorff will diese Entwicklung wenigstens aufgehalten sehen S. 253. —

Ostasiatische Fragen.

Sechstes Kapitel. **Rußland und Japan in China: 15. Oktober 1909 bis 16. März 1914**.....S. 254—292

Zusammenschluß Rußlands und Japans zum Schutze ihrer Interessen in der Mandschurei gegen andere Mächte. 15. Okt. 1909. Russ. Gesandtschaft Peking an Iswolsky: China beunruhigt durch Möglichkeit einer Annäherung zwischen Rußland und Japan S. 254. — 12. Okt. Russ. Botschaft Tokio an Iswolsky: Reise des Prinzen Ito nach Kharbin bezweckt diese Annäherung vorzubereiten und damit Gegengewicht gegen Amerika in der Mandschurei zu schaffen S. 255. — 18. Okt. Iswolsky an russ. Gesandtschaft Peking: Billigung der Haltung des russ. Gesandten S. 255. — 15. Dez. Russ. Botschaft Tokio an Iswolsky: Japanische Regierung der Ansicht, Rußland und Japan sollten ihre Solidarität Amerika und anderen europäischen Mächten gegenüber zum Ausdruck bringen, um zu zeigen, daß sie mandschurische Frage im gegenseitigen Einverständnis selbständig zu lösen beabsichtigen S. 255. — 20. Dez. Dies. an dens.: Japanischer Ministerpräsident für vorsichtige Behandlung der politischen Seite der mandschurischen Frage, der Anfang sollte mit ökonomischen Fragen gemacht werden S. 256. — 24. Dez. Dies. an dens.: Zur Abwehr des amerikanischen Vorschlages will Japan politische Beziehungen zu Rußland enger gestalten S. 256. — 28. Dez Russ. Botschaft Washington an Iswolsky: Der amerikanische Vorschlag bezweckt, Mandschurei unter Kontrolle der Großmächte zu neutralisieren, Chinas Rechte sicherzustellen und Puffer zwischen Rußland und Japan zu schieben, um einem Konflikt zwischen diesen Mächten vorzubeugen S. 257. — 13. Jan. 1910. Russ. Botschaft Tokio an Iswolsky: Infolge amerikanischen Vorschlages will man in Japan das russisch-japanische Abkommen von 1907 noch weiter ausbauen S. 257, — weitgehende Absichten der beiden Regierungen hinsichtlich der ostchinesischen und südmandschurischen Eisenbahnen S. 258. — 13. Jan. Zwei Telegramme Iswolskys an russ. Botschaft London: Die ablehnende Antwort Rußlands auf amerikanischen Vorschlag erfolgt im

Einvernehmen mit Japan und wird England mitgeteilt S. 259. — 13. Jan. Ders. an dies.: Schilderung der durch den amerikanischen Vorschlag in Ostasien geschaffenen Lage S. 260—262. — 8. März. Russ. Botschaft Tokio an Iswolsky: Das in Aussicht genommene neue politische Abkommen zwischen Japan und Rußland bezweckt die Erhaltung des status quo in der Mandschurei, endgültige Abgrenzung der speziellen russischen und japanischen Interessen und deren Schutz vor jeglichen Eingriffen einer dritten Macht S. 262. — 7. Mai. Dies. an dens.: Japanischer Außenminister dementiert Zeitungsnachrichten über russisch-japanischen Vertrag, da vorzeitiges Bekanntwerden schädlich wäre S. 262. — 12. Mai. Russ. Gesandtschaft Peking an Iswolsky: Chinesische Regierung durch Nachricht vom Abschluß eines russisch-japanischen Übereinkommens stark beunruhigt S. 263. — 24. Juni. Iswolsky an russ. Botschaft London: Rußland und Japan im Begriffe, ein öffentliches und ein geheimes Abkommen zu unterzeichnen, dieses bezweckt die friedlichen Beziehungen zu Japan sicherzustellen, enthält also für englische Interessen nichts Schädliches S. 263, — Text der beiden Abkommen S. 264. — 25. Juni. Ders. an dies.: Instruktion, die Abkommen England mitzuteilen S. 266. — 28. Juni. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey sehr befriedigt, da Englands politisches Interesse im fernen Osten in Erhaltung des Friedens besteht S. 266. — 29. Juni. Iswolsky an russ. Botschaft London: Mitteilung an englische und französische Regierung erfolgt im Einvernehmen mit Tokio S. 266. — 14. Juli. Russ. Gesandtschaft Peking an Iswolsky: Rußlands Abkommen mit Japan erlaubt ersterem, starken Druck auf China auszuüben und seine bisherige Politik der territorialen Erwerbungen weiter zu befolgen S. 267. —

Amerikanisches Projekt einer chinesischen Anleihe. 19. Nov. 1910. Sasonow an russ. Finanzminister: Gegen das amerikanische Projekt, welches dem ökonomischen und politischen Einflusse Amerikas in China Vorschub leisten würde, auch Japan gegen das Eindringen fremden Kapitals in China S. 268. — 23. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Der franz. Botschafter P. Cambon glaubt, amerikanischer Vorschlag verfolge politische Ziele S. 270, — ablehnende Haltung Frankreichs und Englands S. 270. —

Politik Rußlands und Japans in China. Dez. 1910 bis März 1914. 10. Dez. 1910. Sasonow an russ. Botschaft London: Möglichkeit eines russischen Druckes auf chinesische Regierung, um ihr Verpflichtungen hinsichtlich der Mongolei aufzuerlegen, Notwendigkeit eines vorherigen Einverständnisses mit England und Japan S. 271. — 2. Dez. Protokoll einer Sitzung des russischen Ministerrates: Bei bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit China sollen alle rein politischen Fragen abgesondert und durch ein Ultimatum an China rasch gelöst werden S. 272, — der Kriegsminister befürwortet aus strategischen und politischen Gründen die sofortige Annexion der nördlichen Mandschurei durch Rußland S. 272, — der Außenminister betrachtet zwar eine solche Annexion als eine Notwendigkeit für Rußland, hält aber den jetzigen Zeitpunkt nicht für günstig

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

S. 273, — der Handelsminister glaubt, daß die Annexion zu einem großen Kriege führen könne, zu dem jedoch Rußland im gegenwärtigen Augenblicke nicht vorbereitet sei S. 274, — der Ministerrat schließt sich der Ansicht des Außenministers an S. 275. — 10. Dez. Sasonow an russ. Botschaft Tokio: Benachrichtigt japanische Regierung von den gegen China ins Auge gefaßten Maßnahmen, bittet um Japans Unterstützung auf Grund der anläßlich der Annexion von Korea gemachten Versprechungen S. 276. — 17. Dez. Russ. Botschaft Tokio an Sasonow: Japanischer Außenminister rät zur Mäßigung, da China sonst auf die Seite Amerikas oder Deutschlands getrieben werden könnte S. 276. — 23. Dez. Sasonow an russ. Gesandtschaft Peking: Chinesische Kompromißvorschläge nicht annehmbar S. 277. — 24. Dez. Russ. Gesandtschaft Peking an Sasonow: Gegen die direkte Beteiligung Japans an russisch-chinesischen Verhandlungen S. 277. — 6. Febr. **1911.** Sasonow an russ. Gesandtschaft Peking: Über den Zeitpunkt der Überreichung des Ultimatums und russische militärische Vorbereitungen S. 278. — 20. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Englische öffentliche Meinung steht dem Konflikte gleichmütig gegenüber S. 278. — 21. Febr. Sasonow an russ. Botschaft London: Annahme des russischen Ultimatums durch China S. 279. — 1. April. Neratow an russ. Gesandtschaft Peking: Militärische Sicherung der ostchinesischen Bahn und der russischen Stellung in der Mandschurei S. 279. — 29. April. Neratow an russ. Botschaft Tokio: Der japanische Botschafter Motono erblickt Bedrohung der Lage in der Mandschurei nicht von seiten des militärisch schwachen Chinas, wohl aber von seiten Amerikas nach Fertigstellung des Kanals von Panama, Rußland und Japan sollten ihre Stellung in China vor diesem Zeitpunkte endgültig regeln S. 279. — 17. Juli. Russ. Botschaft London an Neratow: Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses nicht gegen Rußland gerichtet, sondern um Reibungen mit Japan wegen Rassenfragen in Australien zu vermeiden, und auch um englische Seestreitkräfte in europäischen Gewässern konzentrieren zu können S. 280. — 25. Jan. **1912.** Sasonow an russ. Botschaft London: Rußland beabsichtigt, die Anerkennung der Regierung Juan Chikais zur Erreichung seiner politischen Ziele in China zu benutzen, was eine Stärkung von Rußlands militärischer Stellung an seiner Westgrenze bedeuten würde S. 282. — 27. Dez. 1911. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Abneigung Rußlands, sich an der chinesischen „Viererſyndikat-Anleihe" zu beteiligen, da Franzosen nur ihre eigenen kommerziellen Interessen S. 284 — und amerikanische Bankhäuser direkt rußlandfeindliche politische Ziele verfolgen S. 285, — Rußland müßte Vorzugsstellung nördlich der großen Mauer beanspruchen S. 285. — 18. März **1913.** Sasonow an russ. Botschaft London: Eine durch die Tätigkeit des Viererſyndikats ermöglichte militärische Erstarkung Chinas würde Rußlands Aufmerksamkeit nach dem fernen Osten ablenken, was nicht im Interesse der Tripel-Entente liegt S. 286. — 22. März. Ders. an dies.: Wenn Rußland auch offiziell dem Viererſyndikat beitritt, so doch nur unter Bedingungen, die ihm erlauben, seine Aufmerksamkeit nicht von Europa und dem Balkan abzulenken, was im ge-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

meinsamen Interesse der Triple-Entente-Mächte ist S. 286. — 20. April. Ders. an dies.: Die speziellen Interessen Rußlands in China gehen über die vertraglich festgelegten hinaus, was von England anerkannt werden sollte S. 287. — 14. Mai. Russ. Gesandtschaft Peking an Sasonow: Mongolische Frage wird wahrscheinlich nicht ohne militärischen Druck von Rußland gelöst werden können, wobei jedoch kein Einspruch der anderen Mächte befürchtet zu werden braucht S. 287. — 2. Juli. Sasonow an russ. Botschaft London: Text des geheimen russisch-japanischen Abkommens über die Mongolei S. 288. — 31. August. Sasonow an russ. Generalkonsul Urga: Bewaffnung der Mongolen durch Rußland S. 289. — 21. Nov. Sasonow an russ. diplomatischen Agenten in der Mongolei: Erschwerung der ausländischen Einfuhr nach der Mongolei S. 289. — 9. Dez. Russ. Botschaft Tokio an Sasonow: Nach japanischer Auffassung sollten Japan und Rußland ihre Interessen in Mandschurei und Mongolei gegen alle fremden Eingriffe schützen, in den übrigen Teilen Chinas zusammen mit Frankreich und England vorgehen, die Annexion der südlichen Mandschurei durch Japan werde mit der Zeit von selbst erfolgen S. 290. — 9. März **1914.** Sasonow an russ. Gesandtschaft Peking: Frage der Revision des anglo-russischen Abkommens über Tibet S. 290. — 11. März. Russische Gesandtschaft Peking an Sasonow: Über Kompensationen, die von England verlangt werden könnten S. 291. — 14. März. Sasonow an russ. Gesandtschaft Peking: Vorzugsrecht für Eisenbahnbauten in der Mandschurei S. 291. — 16. März. Russ. Gesandtschaft Peking an Sasonow: Ausbeutung der Naturschätze bei Eisenbahnkonzessionen nicht vorhergesehen S. 292. —

Türkische Fragen.

Siebentes Kapitel. **Russische Politik in der Türkei 1909 bis 1912: 15. April 1909 bis 30. April 1912** ..... S. **299—314**

Rußlands militärische Stellung im Schwarzen Meer. 15. April **1910.** Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Beunruhigende Nachrichten aus der Türkei S. 293, — Rußland sollte die in früheren Jahren getroffenen, zurzeit aber vernachlässigten militärischen Maßnahmen wiederherstellen, um die unabwendbaren Weltfragen mit Gewalt lösen und seine historische Mission in Konstantinopel erfüllen zu können S. 294. — 21. April. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: Über die Gefahren einer türkischen Vorherrschaft im Schwarzen Meere S. 294. — 27. April. Dies. an dens.: Großwesir erklärt türkische Rüstungen nicht gegen Großmächte, sondern nur gegen Griechenland gerichtet S. 295. — 15. April. **1911.** Dies. an Sasonow: Notwendigkeit russischer Gegenmaßnahmen gegen Bestellung zweier türkischer Panzerschiffe S. 296. —

Politische Bedeutung türkischer Anleiheversuche in Paris und London. 28. Juni **1910.** Iswolsky an russ. Botschaft Paris: Anläßlich türkischer Anleihe in Paris müßte Geldmangel in Konstantinopel benutzt werden,

um der Türkei Verpflichtungen aufzuerlegen, die ihre militärische Erstarkung einschränken S. 297, — denn russische militärische Gegenmaßregeln im Kaukasus schwächen russische Westfront, was für Frankreich unvorteilhaft S. 297. — 30. Juni. Russ. Botschaft Paris an Außenministerium: Auferlegung derartiger Verpflichtungen zwar nicht durchführbar, doch sollen Garantien verlangt werden, die Rußland, Frankreich und England befriedigen S. 298. — 7. Juli. Dies. an dass.: Pichon durch Hinweis auf russische Westgrenze sehr beunruhigt S. 299, — türkische Anleihe in Paris wird zur Erlangung politischer Zugeständnisse von seiten der Türkei zugunsten der drei Ententemächte benutzt werden, namentlich sollen Bande zwischen Deutschland und Türkei gelockert werden S. 299. — 3. Aug. Russ. Außenministerium an Botschaft London: Türkei will nicht dem Dreibunde beitreten S. 300. — 24. Okt. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: In Konstantinopel betrachtet man französische Anleihebedingungen als mit der staatlichen Unabhängigkeit der Türkei unvereinbar S. 300, — Notwendigkeit sich an Deutschland zu wenden S. 300. — 26. Sept. Russ. Botschaft London an Sasonow: Türkische Anleihe auch in London vereitelt S. 301. — 23. Okt. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Türken führen Mißerfolg ihrer Anleiheversuche in Paris nicht auf finanzielle Ursachen, sondern auf politische Beeinflussung von seiten Rußlands zurück, Türkei wird sich an Deutschland wenden, Erstarkung des deutschen Einflusses in Konstantinopel für Frankreich ohne Bedeutung, aber für Rußland äußerst unvorteilhaft in politischer, militärischer und ökonomischer Hinsicht S. 301. —

Türkische Versuche einer Annäherung an die Ententegruppe. 28. Febr. 1911. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Türkei bestrebt, das russische Mißtrauen zu ihrer Politik zu beseitigen S. 302. — 14. Okt. Dies. an dens.: Der türkische Außenminister für eine Annäherung an Rußland S. 303. — 15. Okt. Dies. an dens.: Desgleichen an Bulgarien S. 304. — 3. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Die Türkei regt in London eine Annäherung an England an, um ein solches Einvernehmen später auch auf Rußland und Frankreich auszudehnen S. 304, — Grey hält jedoch wegen des italienisch-türkischen Konfliktes den Zeitpunkt nicht für günstig, eine Annäherung würde auch die Regelung der Bagdadbahnfrage bedingen S. 305. —

Verhandlungen über eine Revision des russisch-türkischen Abkommens von 1900. 15. Jan. 1912. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Der russische Botschafter Tcharykoff hofft, daß Rußland auch in 1912 nicht über diplomatische Tätigkeit hinauszugehen braucht, doch ist er dessen nicht sicher S. 305, — das russische Militärprogramm in der strittigen Zone der persisch-türkischen Grenze wird beständig erweitert S. 306, — Notwendigkeit, diese Frage vom allgemeinpolitischen Standpunkte aus zu betrachten und zwar selbst um den Preis eines Krieges mit der Türkei S. 306, — verdächtige Haltung des montenegrinischen Vertreters in der albanischen Frage S. 307. — 9. Febr. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Frankreich wird Rußland bei Verhandlungen über das Ab-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

kommen 1900 unterstützen S. 307. — 13. Febr. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Der türkische Außenminister für die Aufnahme von diesbezüglichen Verhandlungen mit Rußland S. 308, — Tcharykoff über die von Rußland anzuwendende Verhandlungsmethode S. 309. — 16. Februar. Sasonow an russ. Botschaft Konstantinopel: Rußland betrachtet die Türkei in kleinasiatischen Eisenbahnfragen durch das Abkommen von 1900 gebunden, russische Zustimmung zur vierprozentigen Zollerhöhung würde besondere Kompensationen zugunsten Rußlands bedingen S. 309. — 19. Febr. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Zusammenhang dieser Verhandlungen mit dem kleinasiatischen Eisenbahnprogramm des französischen Syndikates S. 310, — letzteres unterstützt die russischen Bestrebungen durch ungünstige Berichte über solche Projekte, die für Rußland unvorteilhaft wären S. 310. — 20. Febr. Dies. an dens.: Rußlands ökonomische Vorherrschaft muß nicht nur gegen türkische, sondern überhaupt gegen ausländische Konkurrenz gesichert werden S. 311. — 21. Febr. Dies. an dens.: Türkei geneigt, den russischen Standpunkt anzunehmen S. 311. — 23. März. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: In Berücksichtigung der russischen Interessen verzögert das französische Syndikat die Verhandlungen mit der Türkei S. 312. — 5. März. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Die Verhandlungen für Rußland weiter günstig S. 312. — 30. April. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Der neuernannte russische Botschafter Giers unterbricht die von seinem Vorgänger geführten Unterhandlungen und gewinnt für Rußland Aktionsfreiheit zurück S. 313. —

Bagdadbahn.

Achtes Kapitel. **Die Ententemächte und die Bagdadbahn: 1. Februar 1907 bis 30. Mai 1913** ..... S. 315—365

Rußlands prinzipieller Standpunkt. 1. Febr. 1907. Protokoll einer Sitzung des russ. Ministerrates: Enger Zusammenhang zwischen dem Abschluß einer anglorussischen Konvention über Persien und der Bagdadbahnfrage S. 315, — die Resultate eines englisch-russischen Abkommens hängen davon ab, daß Deutschland keine Einwendungen erhebt S. 316, — die deutschen Interessen in Persien S. 316, — die Erbauung der Bagdadbahn für Rußland unbedingt schädlich S. 317, — anzustrebende Entschädigungen bei eventuellen Verhandlungen mit England und Deutschland S. 318. — 19. Dez. Iswolsky an russ. Botschaft London: Anläßlich des deutsch-englischen Gedankenaustausches in Windsor präzisiert Iswolsky noch einmal Rußlands ablehnenden Standpunkt: strategische Erwägungen und Besorgnis, dem politischen und kommerziellen Einflusse Deutschlands in Persien Zugang zu verschaffen S. 319, — Rußland besitzt Deutschland gegenüber nicht dieselbe Aktionsfreiheit wie England und Frankreich, Deutschland versucht Rußland von seinem prinzipiellen Widerstande abzubringen S. 320, — russische Entschließungen durch Englands freundschaftliche Haltung beeinflußt S. 320. —

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsch-englische Verhandlungen Bagdad-Koweit und die vierprozentige Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle. Nov. 1909 bis Febr. 1910. 18. Nov. 1909. Iswolsky an russ. Botschaft London: Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der Türkei, England und Deutschland S. 320. — 19. Nov. Memorandum der engl. Botschaft in Petersburg an das ruß. Außenministerium: Die von deutscher Seite vorgeschlagenen Bedingungen bedeuten wichtige Zugeständnisse zugunsten Englands S. 321, — letzteres wird sich auf die Dauer nicht allein der vierprozentigen türkischen Zollerhöhung widersetzen können S. 323. — 23. Nov. Iswolsky an russ. Botschaft Konstantinopel: Zwischen Deutschland und England scheint sich ein Einvernehmen anzubahnen, Rußland muß zur Wahrung seiner Interessen die ganze Frage erneut prüfen S. 323. — 24. Nov. Der englische Botschafter in Petersburg an Iswolsky: England besitzt Deutschland gegenüber noch völlig freie Hand und möchte gerne russischen Standpunkt hinsichtlich der Bahn nördlich von Bagdad kennenlernen S. 324. — 27. Nov. Ders. an dens.: England hat die deutschen Vorschläge nach Paris und Petersburg berichtet, ohne sie bis jetzt beantwortet zu haben, wenn es den südlichen Sektor erhält, wäre es bereit, auf seine Interessen nördlich von Bagdad zu verzichten S. 325, — hinsichtlich der Zweiglinie Bagdad-Khanekin wird es nichts ohne Rußland tun S. 325, — hat keine Einwendungen, wenn Deutschland Rußlands Interessen in der russischen Zone in Persien anerkennt, doch würde es sich Konzessionen zugunsten Deutschlands in der neutralen Zone widersetzen, hofft von Rußland über seine Verhandlungen mit Deutschland auf dem laufenden gehalten zu werden S. 326. — 26. Nov. Iswolsky an russ. Botschaft Konstantinopel: Die von Rußland in 1907 ausgearbeiteten Gegenvorschläge sind Deutschland damals nicht mitgeteilt worden, weil England die Ansicht vertrat, daß alle vier Mächte gemeinsam verhandeln müßten, es scheint, daß England und Deutschland sich jetzt verhältnismäßig leicht einigen könnten S. 326, — da es kaum möglich sein wird, die Ausführung des deutschen Planes zu vereiteln, müssen die Bedingungen der Zustimmung Rußlands bestimmt werden S. 327. — 27. Nov. Ders. an dies.: Hat dem englischen Botschafter geantwortet, daß Rußland bei Verhandlungen mit Deutschland ziemlich große Handlungsfreiheit haben müsse und daß er das Londoner Kabinett wie bisher über die Verhandlungen orientieren werde S. 329. — 1. Dez. Englischer Botschafter in Petersburg an Iswolsky: Bisher haben nur Verhandlungen zwischen deutschen und englischen Finanzgruppen stattgefunden S. 330, — englische Regierung will keinen Entschluß fassen ohne ein vorheriges Einverständnis mit Rußland und Frankreich S. 330. — 8. Dez. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: Peinlicher Eindruck der englischen Mitteilungen auf das französische Kabinett, angebliche Teilung der Türkei in englische und deutsche Interessensphäre S. 330, — Bestreben Englands, seine Verkehrswege nach Indien zu sichern, und gleichzeitiges Desinteressement an andern Fragen, was für Frankreich nicht vorteilhaft S. 331, — Tcharykoff hält Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland für notwendig S. 332, — wobei letzteres in einer günstigeren Position,

da es durch Verweigerung seiner Zustimmung zur vierprozentigen Zollerhöhung Deutschland zu Konzessionen zwingen kann S. 332. — 9. Dez. Russ. Botschaft Pacis an Iswolsky: Abfällige Beurteilung des englischen Vorgehens von seiten Frankreichs S. 333, — durch Fragen der inneren Politik würde Englands Aufmerksamkeit von der äußeren Politik abgelenkt, Frankreich wolle, daß in Fragen europäischer Politik Deutschland von England zurückgehalten wird S. 333. — 22. Dez. Iswolsky an russ. Botschaft Konstantinopel: Türkei gegen eine Teilung der Bahn in einzelne „nationale" Abschnitte S. 334. — 19. Dez. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Hardinge über die Schwierigkeiten der deutsch-englischen Verhandlungen, der deutsche Vorschlag entspreche genau dem politischen Interesse Englands, die russischen Interessen werden von England berücksichtigt werden S. 334, — wichtige Folgen einer Einigung in dieser Frage für die englisch-deutschen Beziehungen S. 335. — 21. Dez. Dies. an dens.: Schwierigkeiten der Verhandlungen in Berlin und Konstantinopel S. 336. — 24. Dez. Dies. an dens.: Grey über den Verlauf der Verhandlungen S. 336. — 24. Dez. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: Französischer Botschafter in Konstantinopel legt den deutsch-englischen Verhandlungen allgemein europäische Bedeutung bei S. 337, — für Frankreich und Rußland ist eine deutsch-englische Annäherung unvorteilhaft und schädlich S. 337, — Tcharykoff selbst glaubt an Möglichkeit eines deutsch-französischen Einvernehmens und daraus folgender Isolierung Rußlands S. 338. — 20. Jan. 1910. Russ. Botschaft Paris an Iswolsky: Frankreich verlangt von Türkei Kompensationen, Pforte gegen Errichtung von ausländischen Interessensphären in der Türkei, daher auch beabsichtigtes Übereinkommen zwischen Deutschland und England undurchführbar S. 338. — 2. Febr. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Scheitern der Verhandlungen in Berlin, London und Paris, obstruktive Haltung der französischen Regierung S. 338. —

Deutsch-türkische Verhandlungen auf der Grundlage der Verwendung der Zehntenüberschüsse als Kilometergarantie. 6. April 1910. Iswolsky an russ. Botschaft London: Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei auf neuer Grundlage S. 340. — 8. April. Russ. Botschaft London an Iswolsky: England widersetzt sich der neuen Kombination und erhebt Gegenansprüche S. 340. — 9. April. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: Englands Einspruch hat die Verhandlungen zum Stillstand gebracht S. 341. — 19. April. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Hardinge hält Übereinkommen zwischen Deutschland und England für unmöglich, England beansprucht für sich Konzessionen für den zum Meere führenden Sektor S. 341. — 21. April. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: England beansprucht Konzession nicht ausschließlich für sich, sondern gemeinsame Beteiligung mit Deutschland S. 341, — daher Einigung wahrscheinlich, französisches Kapital erhält Kompensation S. 342, — auch Rußland müsse jetzt seine Ansprüche geltend machen S. 343. — 22. April. Iswolsky an russ. Botschaft London: Anfrage wegen der Bedeutung der Hardingeschen Erklärung S. 343. — 23. u.

25. April. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Iswolsky: England wünscht mit seiner Forderung eine vollendete Tatsache zu schaffen S. 343—344. — 26. April. Dies. an dens.: England wünscht für den Fall weiterer Verhandlungen ein Faustpfand zu haben S. 344, — rät Rußland, dasselbe zu tun S. 345. — 4. Mai. Dies. an dens.: Grey sieht in den Bethmannschen Vorschlägen keine Verhandlungsbasis, er will Deutschland in Persien keine Zugeständnisse machen, wird englische Interessen in Mesopotamien energisch wahren S. 345. — 11. Mai. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: England bestreitet, daß Türkei Deutschland gegenüber juristische Verpflichtungen eingegangen sei, und besteht auf seiner Forderung hinsichtlich des Golfsektors S. 346. — 18. Mai. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Diesbezügliche Verhandlungen zwischen England und Türkei in London S. 346. — 9. Juni. Dies. an dens.: Englisch-türkische Verhandlungen bis jetzt ergebnislos, England hält es daher für unvorteilhaft, Verhandlungen mit Deutschland jetzt aufzunehmen S. 346. —

Englisches Bahnprojekt Mohamerra—Khoremabad und Wiederanregung der allgemeinen Bagdadbahnverhandlungen durch die Türkei. 23. Febr. 1911. Sasonow an russ. Botschaft London: Englische Eisenbahnkonzession in Nähe der russischen Interessensphäre in Persien ruft Beunruhigung hervor S. 347. — 26. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Diese Frage mit der Bagdadbahn eng verbunden S. 347, — England will verhindern, daß eine Konzession in Südpersien einer andern Macht zufällt S. 347, — für Persien Zeitalter von Konzessionen und Unternehmungen angebrochen S. 348, — eigentlicher Zweck der anglorussischen Konvention von 1907 war Anstrengungen zu vereinigen, um Deutschland zu verhindern, in Persien Fuß zu fassen, Rußland hat von Deutschland politische Zugeständnisse erhalten, auch England müsse seine politischen und ökonomischen Interessen wahren S. 348, — durch russisch-deutsches Übereinkommen über die Linie Bagdad—Khanekin sei Englands Stellung in der Bagdadbahnfrage geschwächt S. 349. — 14. März. Dies. an dens.: Türkei macht England neue formelle Vorschläge S. 349. — 16. März. Sasonow an russ. Botschaft London: England besteht auf Wichtigkeit der Konzession Mohamerra—Khoremabad, um englische öffentliche Meinung zu beruhigen und auf Deutschland in Bagdadbahnfragen Druck ausüben zu können S. 350. — 21. März. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Eisenbahnverhandlungen in Konstantinopel S. 351. — 24. März. Sasonow an russ. Botschaft London: In persischen Regierungskreisen wünscht man möglichst baldigen Bau von Eisenbahnen S. 351. — 27. März. Ders. an dies.: Qualifizierte Zustimmung zum englischen Projekt S. 352. — 1. April. Russ. Gesandtschaft Teheran an Sasonow: England bittet persische Regierung um Erteilung dieser Konzession S. 352. — 3. April. Dies. an dens.: In Teheran werden Schwierigkeiten gemacht S. 352. — 26. April. Dies. an dens.: Persische Regierung lehnt englische Forderung ab, da sie die Aufteilung Persiens in Interessensphären bestätigen würde S. 353. — 9. Mai. Sasonow an russ. Botschaft Konstantinopel: Anfrage über den Stand der Verhandlungen wegen des Golfsektors S. 353. — 11. Mai.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Verhandlungen werden durch Englands ungewisse Haltung hinsichtlich der Internationalisierung verzögert S. 354. — 15. Mai. Sasonow an russ. Botschaft Konstantinopel: Anfrage, ob zwischen der deutschen Konzession Alexandrette und dem Verzicht auf den Golfsektor ein Zusammenhang besteht S. 354. — 17. Mai. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Deutscher Standpunkt absichtlich unklar und für Türkei unvorteilhaft, Text der diesbezüglichen deutschen Erklärung S. 354. — 1. Aug. Russ. Botschaft London an Sasonow: Englische Gegenvorschläge hinsichtlich des Golfsektors für Deutschland und Türkei schwerlich annehmbar S. 355. — 29. Dez. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: England protestiert gegen die Annäherung der Bagdadbahn an Khanekin S. 356. — 12. Febr. u. 23. April **1912.** Zwei Telegramme des russ. Konsuls in Bagdad an Botschaft Konstantinopel: Bericht über den Stand der Arbeiten zwischen Mossul und Bagdad S. 357.—

Beteiligung französischen Kapitals. 1. Juni **1912.** Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Pariser Kabinett will nicht, daß französisches Kapital von Bagdadunternehmen ausgeschlossen wird, möchte aber nicht deutsche Werte an der Pariser Börse zulassen S. 357. — 14. Juni. Russ. Botschaft London an Sasonow: England fragt an, ob Frankreich und Rußland sich mit je einem Fünftel am Golfsektor beteiligen wollen S. 358, — eine Nichtbeteiligung derselben würde Englands Stellung verbessern S. 358. — 17. Juni. Sasonow an russ. Botschaft London: Rußland bereit auf seinen Anteil zu verzichten S. 358. — 20. Juni. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Haltung Frankreichs hängt von Ergebnis der Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Finanzkreisen ab S. 358. — 26. Juni. Dies. an dens.: Die deutsch-französischen Verhandlungen sind rein finanzieller Natur S. 359. —

Verhandlungen Lynch-Deutsche Bank über die Schiffahrt auf dem Tigris. 14. Aug. **1912.** Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Bedeutung eines derartigen Übereinkommens S. 359. — 21. Aug. Sasonow an russ. Botschaft London: Diesbezügl. Anfrage, da dies das erste englisch-deutsche Unternehmen wäre S. 359. — 23. Aug. Russ. Botschaft London an Sasonow: Die englische Regierung hat ihre Zustimmung gegeben, da das Übereinkommen keine politische Bedeutung hat S. 360. — 7. Sept. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Einfluß des deutsch-englischen Abkommens auf den Bau der Bagdadbahn, Notwendigkeit die französischen Finanzkreise zu beeinflussen S. 360, — und durch die transpersische Bahn abzulenken S. 360. — 11. Sept. Sasonow an russ. Botschaft London: Informationen über das Abkommen Lynch-Deutsche Bank S. 361. — 13. Sept. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey bezweifelt, daß das Abkommen nachteilige Folgen haben könne S. 361. —

Die Verhandlungen im Mai 1913. 9. Mai **1913.** Russ. Botschaft London an Sasonow: England hat seinen ursprünglichen Standpunkt geändert und erhebt keinen Einspruch mehr gegen den Bau des Golfsektors S. 361. — 16. Mai. Sasonow an russ. Botschaft London: Wenn französische Pressenachrichten über Bestimmungen des englisch-türkischen Über-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

einkommens richtig, so muß Rußland Kompensationen beanspruchen S. 362. — 18. Mai. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Hält die von dem „Matin" gebrachten Nachrichten für übertrieben S. 362. — 19. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Nachdem die Verhandlungen mit der Türkei beendigt, wird England wahrscheinlich in Meinungsaustausch mit Deutschland treten S. 363. — 21. Mai. Dies. an dens.: England widersetzt sich nicht länger dem Bau des Golfsektors, nachdem es seine Interessen durch Regelung gewisser Fragen im Persischen Golf und die Ernennung von zwei Engländern als Direktoren gewahrt hat S. 363, — sei bereit, Zustimmung zur vierprozentigen Zollerhöhung zu geben S. 364, — Deutschland habe seine bedingte Einwilligung gegeben S. 364, — über die Zweiglinie Bagdad—Khanekin sei nicht offiziell verhandelt worden S. 364. — 26. u. 30. Mai. Zwei Telegramme der russ. Botschaft in Paris an Sasonow: Stellungnahme Frankreichs zur neuen Lage der Dinge S. 364, — Frankreich wünscht durch Verhandlungen mit Deutschland die Erbauung und Entwicklung eines Eisenbahnnetzes in Syrien und Anatolien für sich zu sichern S. 365. —

Neuntes Kapitel. **Frankreichs und Englands Stellungnahme zu den durch die Potsdamer Kaiserbegegnung bedingten deutsch-russischen Verhandlungen über eine Bahn Bagdad—Khanekin—Teheran: 7. Dezember 1910 bis 7. September 1911** .....S. 366—407

Beunruhigung in Paris und London über etwaige Folgen der Potsdamer Zusammenkunft. 7. Dez. 1910. Russ. Botschaft London an Sasonow: Londoner Kabinett schätzt Sasonows offene Erklärungen über Potsdamer Begegnung, Deutschland hat keinen Versuch gemacht, Bresche in Entente zu schlagen, und hat wichtige Versicherungen über seine Politik in Persien abgegeben S. 366. — 15. Dez. Dies. an dens.: Eine transpersische Bahn würde enges Einvernehmen zwischen England und Rußland noch weiter bekräftigen S. 367, — Grey erblickt in Bagdadbahn strategische Bedrohung Indiens, namentlich wenn sie sich Persien zu sehr nähert; Benckendorff äußert Ansicht, daß Ausführung der neuen deutsch-russischen Abmachungen über Verbindung von Eisenbahnlinien in Persien von vorherigem Einvernehmen mit Frankreich und England abhängt S. 368. — 20. Dez. Sasonow an russ. Botschaft London: Diese Ansicht beruht auf einem Irrtum S. 369. — 21. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Benckendorff berichtigt dem Londoner Kabinette gegenüber das durch seine Erklärung entstandene Mißverständnis S. 369. — 3. Jan. 1911. Russ. Botschaft London an Sasonow: Nicolson bedauert gewisse Nervosität in Paris hinsichtlich der Besserung in den Beziehungen Deutschlands zu England und Rußland S. 370, — er mißt den deutschfreundlichen Tendenzen der englischen radikalen Partei keine Bedeutung bei S. 371, — glaubt an deutsche Intrigen in Persien S. 372. — 9. Jan. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Pichon will im Parlament Nervosität der französischen öffentlichen Meinung hinsichtlich etwaiger Folgen der Potsdamer Zusammenkunft beruhigen und Unerschütterlichkeit der russisch-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

französischen Allianz betonen S. 372. — 7. Jan. Russ. Botschaft London an Sasonow: Indiskretion der „Evening Times" über das projektierte deutsch-russische Abkommen S. 373. — 10. Jan. Sasonow an russ. Botschaft London: Bittet um Einleitung einer Untersuchung S. 373. — 11. Jan. Russ. Botschaft London an Sasonow: Nicolson glaubt nicht, daß Indiskretion in London begangen S. 373. — 15. Jan. Dies. an dens.: Verschiedene Mutmaßungen über den Urheber und den Zweck der Indiskretion S. 373, — die Rede Bethmann Hollwegs im Reichstage über die deutsch-russischen Beziehungen hat in London und Paris stark beunruhigt S. 374, — Wirkung einer Rede von Jaurès S. 374. — 15. Jan. Dies. an dens.: Englische Presse und öffentliche Meinung über wahren Charakter der deutsch-russischen Abmachungen im unklaren, aber sehr beunruhigt S. 375, — dies auch beim französischen Botschafter P. Cambon der Fall S. 376, — Benckendorff erklärt ihm, daß Rußland unter Bagdadbahn nur die Linie bis nach Bagdad versteht S. 376, — Cambon und Nicolson durch diese einschränkende Interpretation der russisch-deutschen Abmachungen von seiten Rußlands sehr beruhigt S. 377, — Wichtigkeit, englische öffentliche Meinung aufzuklären S. 377. — 17. Jan. Dies. an dens.: Grey definiert seine Stellungnahme zu den Potsdamer russisch-deutschen Vereinbarungen S. 377, — er glaubt, daß Englands Stellung durch dieselben bei zukünftigen Bagdadbahn-Verhandlungen geschwächt ist S. 378, — betont die Notwendigkeit, die russische einschränkende Interpretation Deutschland gegenüber deutlich zum Ausdruck zu bringen S. 379, — Deutschland habe jetzt in Nordpersien einen Ausgang für seine Bahn gefunden und Rußlands prinzipiellen Widerstand gegen Bagdadbahn überwunden S. 379, — er wünsche nicht den Abbruch der deutsch-russischen Verhandlungen S. 380, — doch sei aus strategischen Erwägungen wichtig, daß eine Zweiglinie nach Persien ausschließlich in russischen Händen bleibt und Deutschland keine Rechte in andern persischen Gebieten erwirbt S. 380. — 21. Jan. Dies. an dens.: Londoner Kabinett bittet, bei deutsch-russischen Verhandlungen vorher orientiert zu werden S. 381. — 27. Jan. Sasonow an russ. Botschaft London: Diesbezügliche Zusage S. 381. — 27. Jan. Russ. Botschaft London an Sasonow: Gespräch König Georgs mit Benckendorff über die politische Tragweite der kleinasiatischen und persischen Eisenbahnprojekte S. 381—384. — 14. Febr. Dies. an dens.: Beziehungen Kühlmanns zur englischen Presse S. 384, — Bestreben Deutschlands, zu einer Einigung mit England zu gelangen S. 384, — ablehnende Haltung des Londoner Kabinetts S. 385, — aber nur so lange, als die anglo-russische Entente in ihrem ganzen Umfange besteht und die Basis der gesamten Politik Englands bilden kann S. 385, — eine Verständigung mit Deutschland gibt England Möglichkeit, Rüstungen einzuschränken, und würde daher bald einen allgemeinen Charakter annehmen und Rußland isolieren S. 385, — London fürchtet, daß bei den deutsch-russischen Verhandlungen das Berliner Kabinett den Vorzug einer starken Position hat S. 385, — wenn man Deutschland die Tür nach Persien öffnet, wäre die anglorussische Konvention in ihrer Wurzel bedroht S. 387. —

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Frage der finanziellen Unterstützung Rußlands durch England und Frankreich beim Bau der Linie Khanekin—Teheran und anderer Bahnen in Nordpersien. 4. Febr. 1911. Drei Telegramme Sasonows an russ. Botschaft London: England und Frankreich bieten finanzielle Unterstützung an, um deutschen Einfluß auszuschalten S. 388, — Gefühl der Benachteiligung in Frankreich S. 389, — Vorschlag einer eventuellen Internationalisierung der Bahn S. 389. — 6. Febr. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow: Nicolson bestätigt englischen Vorschlag S. 390, — Überlassung der Linie an Deutschland würde Demission des englischen Kabinettes nach sich ziehen S. 390. — 6. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Der deutsche Botschafter über die Rede Pichons S. 391. — 7. Febr. Dies. an dens.: Die Frage der Bahnlinie Teheran—Khanekin ist die Achse der gesamten politischen Situation geworden und kann eine völlige Neuorientierung der englischen Politik nach sich ziehen S. 391. — 9. Febr. Dies. an dens.: Bereitwilligkeit des englischen Kapitals, sich am Unternehmen zu beteiligen S. 392. — 9. Febr. Dies. an dens.: Greys Rücktrittsabsichten die Folge der deutsch-russischen Abmachungen S. 392. — 10. Febr. Sasonow an russ. Botschaft London: Es liegt kein Grund zur Beunruhigung vor S. 393. — 11. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: In London und Paris hat die Erklärung, daß Rußland Deutschland gegenüber freie Hand besitzt, beruhigt S. 394. — 11. Febr. Sasonow an russ. Botschaft London: Über die Beteiligung französischen und englischen Kapitals an den russischen Bahnbauten in Nordpersien S. 394. — 12. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Geringer Einfluß der englischen Regierung auf Londoner Finanzkreise S. 394. — 13. Febr. Dies. an dens.: Nicolson begrüßt Klärung der Lage S. 395. — 15. Febr. Dies. an dens.: Ablehnende Haltung der englischen Finanzkreise S. 395. — 17. Febr. Dies. an dens.: Grey über die schwebenden Fragen S. 396. — 17. u. 18. Febr. Drei Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow und ein Telegramm Sasonows an dieselbe: Frage einer eventuellen russischen Regierungsgarantie S. 396—398. —

Verlauf der Verhandlungen März—August 1911. 16. u. 22. März 1911. Zwei Telegramme der russ. Botschaft in Paris an Neratow: Iswolsky gibt dem neuen französischen Außenminister Cruppi beruhigende Erklärungen über die Rückwirkung der Potsdamer Verhandlungen auf die russisch-französisch-englischen Beziehungen S. 398—400. — 23. März. Neratow an russ. Botschaft Paris: Bestätigung dieser Erklärungen S. 400. — 26. März. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Unbestimmte Haltung Cruppis in der Frage des Golfsektors der Bagdadbahn S. 400. — 24. Mai. Russ. Botschaft London an Neratow: Nicolson über die Schwierigkeiten der deutsch-russischen Verhandlungen S. 401, — Benckendorffs Ansicht, daß Deutschland beim Bau der Strecke Konia—Bagdad die Unterstützung der Pariser Börse brauchen werde S. 402, — wenn Rußland seine Interessen von denen Englands und Frankreichs absondert, so werden die Verhandlungen zwischen England und Deutschland in einem sehr entgegenkommenden Geiste geführt werden S. 403, — Deutschland würde sich

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

festen Fuß in Persien sichern S. 403. — 21. Juni. Dies. an dens.: Wiederholung des Standpunktes Greys hinsichtlich der Bedeutung der anglo-russischen Konvention von 1907 für die gesamte politische Situation S. 404, — eine englische Anleihe ist Rußland zugesichert, um die Möglichkeit einer deutschen Kontrolle auszuschalten S. 405, — sollte Deutschland im Falle eines Abbruches der deutsch-russischen Verhandlungen für sich allein eine Eisenbahnkonzession in Teheran fordern, so müßten sich Rußland und England nach Ansicht Nicolsons diesem Verlangen energisch widersetzen S. 406. — 7. Sept. Neratow an russ. Botschaft London: Mitteilung des Textes des deutsch-russischen Abkommens vom 16./29. August 1911 S. 407. —

Marokko.

Zehntes Kapitel. **Agadir: 10. Februar 1909 bis 20. Dezember 1911** ..... S. 408—448

Das deutsch-französische Marokkoabkommen 1909. 10. Febr. 1909. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Abschluß eines französisch-deutschen Marokko-Abkommens, deutsche Nachgiebigkeit bei den Verhandlungen S. 408, — mutmaßliche Gründe dieser Haltung S. 409, — Deutschland wünscht Annäherung an England, angeblicher Versuch Deutschlands, die Beziehungen der Ententestaaten zu lockern S. 409, — sekundäre Bedeutung des Abkommens für die deutsch-französischen Beziehungen S. 410. —

Die Marokkofrage im Jahre 1911. 28. März 1911. Russ. Botschaft Paris an stellvertr. Außenminister Neratow: Rußland versucht, die spanisch-französischen Differenzen beizulegen S. 410, — Spanien beschuldigt Frankreich, sich Marokko unter Verletzung der Algeciras-Akte endgültig unterwerfen zu wollen S. 410, — allgemeinpolitisches Interesse Frankreichs und Rußlands, Spanien nicht zu entfremden und Deutschland zuzutreiben S. 411. — 13. April. Russ. Botschaft Berlin an Neratow: Frankreich wünscht deutsche Zustimmung zu einer militärischen Expedition nach Fez zum Schutze der dortigen Europäer S. 412, — J. Cambon behauptet, vom Berliner Kabinett Zustimmung im Falle absoluter Notwendigkeit erhalten zu haben, doch zweifelt der russische Vertreter in Berlin, daß die deutsche Antwort so günstig gewesen ist S. 412. — 18. April. Dies. an dens.: Frankreichs Vorgehen ruft in Deutschland starke Erregung hervor S. 413, — Berliner Kabinett müßte Okkupation von Fez als Verletzung der Algeciras-Akte und des Abkommens von 1909 betrachten, wodurch es selbst freie Hand in Marokko bekommen würde S. 414, — Jules Cambon glaubt, daß Möglichkeit einer für Frankreich günstigen Lösung von Unterstützung Londons und Petersburgs abhängt S. 414. — 9. Mai. Russ. Botschaft London an Neratow: Nicolson beunruhigt, da es für Frankreich schwer sein wird, sich wieder aus Fez zurückzuziehen, was zu politischen Komplikationen führen könnte S. 414, — Spanien erhebt seinerseits Ansprüche S. 414, — Solidarität Englands und Rußlands mit Frankreich S. 415. — 11. Mai. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Iswolsky hält

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

den Optimismus des französischen Außenministers Cruppi für gefährlich und unberechtigt S. 415, — das Berliner Kabinett nimmt in dieser Frage eine vorteilhafte Position ein S. 416, — Cruppi selbst hat kein festes Programm S. 416. — 23. Mai. Russ. Botschaft London an Neratow: Besuch Kaiser Wilhelms in London S. 416, — Grey erklärt dem deutschen Botschafter, daß französische Expedition nach Fez infolge der den dortigen Ausländern drohenden Gefahr berechtigt sei und daß England in jedem Falle seinen Verpflichtungen Frankreich gegenüber nachkommen werde S. 417, — Grey durch freundschaftlichen Ton Metternichs beruhigt S. 417, — persönlicher Erfolg Kaiser Wilhelms in London S. 418. — 5. Mai. Neratow an russ. Botschaft Paris: Russ. Vorstellungen in Berlin haben zu günstigem Resultate geführt S. 419. — 11. Mai. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Dankbarkeit der französischen Regierung für diesen Schritt S. 419. — 20. Mai. Russ. Botschaft Berlin an Neratow: Französische und englische Presse spricht von einem Druck, der von Rußland in Berlin ausgeübt worden sei S. 419, — Versuch, die sich bessernden deutsch-russischen Beziehungen zu stören S. 420, — offiziöse deutsche Presse geht auf russ. offiziöse Insinuation nicht ein, aber Deutscher Reichskanzler von derartigem Vorgehen und Mangel an Diskretion unangenehm berührt S. 420. — 22. Mai. Neratow an russ. Botschaft Paris: Vorzüge einer direkten Verständigung zwischen Spanien und Frankreich ohne russische Vermittlung S. 421. — 24. Mai. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Besetzung von Fez S. 421, — Optimismus Cruppis hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Dinge, Differenzen mit Spanien S. 422, — Iswolsky beunruhigt S. 423. — 2. Juli. Neratow an russ. Botschaft London: Ernste Situation infolge des Erscheinens des „Panther" in Agadir S. 423, — Deutschland wünscht augenscheinlich seine politischen Interessen zu wahren, da Algeciras-Akte schon früher verletzt worden ist S. 423, — Frankreich will internationale und nicht direkte deutsch-französische Verhandlungen, England noch mehr als Rußland interessiert S. 424. — 3. Juli. Drei Telegramme der russ. Botschaft London an Neratow: Englischer Ministerrat berät über Lage, Metternich begründet Entsendung des deutschen Kriegsschiffes mit Notwendigkeit, deutsche Interessen in Agadir zu schützen, und erklärt, Deutschland sei bereit, mit Frankreich, Spanien und England neue Verhandlungen aufzunehmen, da Algeciras-Akte durch französisches und spanisches Vorgehen illusorisch gemacht worden sei S. 424—425. — 3. Juli. Dies. an dens.: Beunruhigung in England, Sympathien für Frankreich S. 425. — 5. Juli. Dies. an dens.: Grey erklärt Metternich, England könne sich nicht in Marokko desinteressieren und werde seine Verpflichtungen Frankreich gegenüber erfüllen, Grey zieht deutsch-französisch-englisch-spanische Verhandlungen einer Konferenz vor S. 425. — 5. Juli. Dies. an dens.: Grey erklärt, England könne gewisse Kompensationen zugunsten Deutschlands nicht zulassen, selbst wenn Interessen Frankreichs durch dieselben nicht direkt berührt werden S. 426. — 6. Juli. Dies. an dens.: Deutschland hat in Petersburg nicht dieselben Erklärungen wie in London abgegeben und bezweckt vielleicht dadurch die Haltung Rußlands zu beeinflussen S. 427.

— 19. Juli. Dies. an dens.: Nicolson glaubt, daß man in Berlin die Entspannung zwischen Deutschland und England zu hoch eingeschätzt und an eine neutrale Haltung Englands geglaubt hatte S. 428, — seine Unterredung mit Metternich über die Zurückdrängung Deutschlands in der Weltpolitik S. 429, — deutsche Forderungen im französischen Kongo S. 429. — 1. Aug. Dies. an dens.: Deutschland scheint im letzten Augenblick die Gefahr eines unmittelbaren Zusammenstoßes mit England erkannt zu haben S. 429, — stürmische Unterredung zwischen Grey und Metternich anläßlich der Rede Lloyd Georges S. 430, — versöhnliche Erklärungen Asquiths im Parlament S. 431, — diese hervorgerufen durch versöhnliche Haltung Kühlmanns S. 431, — ein Krieg zwischen Deutschland und England schien eine Zeitlang unmittelbar bevorzustehen S. 431, — die eingetretene Entspannung berührt nicht den Kern des Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland S. 431, — Deutschland scheint sich über den Standpunkt der englischen Politik vollkommen getäuscht zu haben S. 432. — 16. August. Russ. Botschaft Berlin an Neratow: Berliner Kabinett schätzt Rußlands korrekte Haltung, Kiderlen beklagt sich, daß Verhandlungen mit Frankreich dadurch erschwert werden, daß dieses Deutschland mit seinen Bündnissen droht und keine Diskretion beobachtet S. 433, — Deutschland wünscht gegen Kompensationen im Kongo auf alle seine Ansprüche in Marokko zu verzichten und dadurch beständigen Reibungen mit Frankreich ein Ende zu setzen S. 433. — 16. Aug. Russ. Botschaft London an Neratow: Grey über die Notwendigkeit für England, sich an einem Kriege zu beteiligen S. 434—435, — seine Ansicht über Kaiser Wilhelms Absichten S. 435. — 18. Aug. Russ. Botschaft Berlin an Neratow: Heftige Angriffe der alldeutschen Presse gegen Kiderlen und den Kaiser S. 435, — Deutschlands Selbstgefühl durch Englands erfolgreichen Einspruch verletzt S. 436. — 29. August. Russ. Botschaft London an Neratow: Die Enttäuschung in Deutschland ruft eine gefährliche englandfeindliche Stimmung hervor S. 436, — Englands Politik hat Marokko aus der von Deutschland erstrebten kolonialen Neuordnung ausgeschaltet S. 437, — das Berliner Kabinett hatte gewisse rechtliche Gründe auf seiner Seite S. 437, — Kühlmann über die Notwendigkeit, Kompensationen für das beständige Vorrücken Frankreichs in Marokko zu erhalten, Metternich hat seine Regierung über den Ernst der Lage von Anfang an unterrichtet S. 437, — und glaubt, daß weder England noch Deutschland den Krieg gewollt, daß ersteres aber in Marokko französischer als Frankreich gewesen S. 438. — 6. Sept. Neratow an russ. Botschaft London: Spanische Ansprüche auf Ifni S. 438. — 7. Sept. Russ. Botschaft London an Neratow: Grey hält Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich für unzeitgemäß, solange keine Einigung mit Deutschland erzielt S. 439. — 7. Sept. Neratow an russ. Botschaft London: Entrüstung in Madrid über französische Forderungen S. 439. — 8. Sept. Russ. Botschaft London an Neratow: Grey der Ansicht, daß Spanien gewisse Opfer bringen müsse, Greys Haltung in dieser Frage durch englisch-französische Entente bestimmt S. 440. — 8. Sept. Russ. Botschaft London an Neratow: Möglichkeit eines österreichischen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Vermittlungsvorschlages S. 441, — Grey glaubt nicht, daß dies für Frankreich annehmbar wäre S. 441, — Benckendorff erklärt ihm, daß Rußland seinen Bündnisvertrag mit Frankreich natürlich erfüllen werde, daß ein Krieg im jetzigen Augenblicke jedoch seinen Interessen außerordentlich schaden würde S. 441. — 7. Sept. Neratow an russ. Botschaft London: Deutschland wünscht in Marokko freie Entwicklung seiner ökonomischen Tätigkeit S. 442. — 9. Sept. Russ. Botschaft London an Neratow: Die Verhandlungen in Berlin schwierig, aber aussichtsvoll, die Presse müsse Zurückhaltung und Mäßigung zeigen S. 442. — 14. Sept. Neratow an russ. Botschaft London: Deutschland dementiert, daß es eine privilegierte ökonomische Stellung für sich in Marokko beanspruche S. 442. — 17. Sept. Ders. an dies.: Verhandlungen in Berlin nehmen günstigen Verlauf, doch besteht gewisse Gefahr infolge kriegerischer Stimmung einiger politischer Kreise in Paris und London S. 443. — 20. Sept. Russ. Botschaft London an Neratow: Weder in Frankreich noch in Deutschland wird öffentliche Meinung von der Lösung befriedigt sein und Spannung wird noch längere Zeit weiterbestehen S. 443. — 19. Sept. Russ. Botschaft Berlin an Neratow: Eine prinzipielle Einigung erzielt S. 443, — Jules Cambon befürchtet, daß das Übereinkommen durch Obstruktion gewisser Pariser Kreise und Zeitungen noch vereitelt werden könne, und bittet vertraulich um russische Einwirkung in Paris S. 444, — herausfordernder Ton der französischen Presse ruft in Berlin große Erregung hervor S. 444, — auch einige russische Zeitungsartikel entbehren des politischen Taktes S. 445. — 25. Okt. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Verhandlungen nähern sich dem Ende, Jules Cambon läßt deutscher Mäßigung in zweiter Phase derselben Gerechtigkeit widerfahren S. 445. — 13. Okt. Russ. Botschaft Berlin an Neratow: Der Erfolg der Verhandlungen ist einerseits der Friedensliebe Kaiser Wilhelms, anderseits der Geschicklichkeit Cambons zuzuschreiben, der gegen seinen starken Gegner Kiderlen und gleichzeitig gegen gewisse chauvinistische Kreise in Paris zu kämpfen hatte S. 445. —

Nachklänge der Marokkokrise. 21. Nov. 1911. Russ. Botschaft London an Neratow: Während der Krise billigte man in England allgemein den Entschluß der Regierung, Frankreich mit Waffengewalt zu unterstützen, jetzt setzt jedoch eine gewisse Reaktion ein, da England, als Folge der Entente, in zwei Jahren zweimal hat fast Krieg führen müssen, diese Stimmung voraussichtlich nur vorübergehend, doch wird sie von Deutschland wahrscheinlich ausgenutzt werden S. 446. — 30. Nov. Dies. an dens.: Wachsende Opposition gegen Greys auswärtige Politik, letzterer kann dem Parlamente nicht mitteilen, daß Lloyd George seine Rede auf Grund von Informationen gehalten hatte, die von der französischen Regierung mitgeteilt worden waren, auch Greys Äußerung, er wolle die bestehenden Ententen nicht einer neuen opfern, wird angegriffen S. 447. — 20. Dez. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Die Entente geht aus der Krise endgültig gefestigt hervor, England war bereit, seine gesamte Flotte und sein Expeditionskorps gegen Deutschland in Bewegung zu setzen, die politische Lage Europas scheint jedoch noch weniger gefestigt, man muß sich

ständig auf die Möglichkeit des Ausbruches eines europäischen Krieges vorbereiten S. 447—448. —

Italien.

Elftes Kapitel. Italiens Stellung im Dreibund und sein Verhältnis zu den drei Ententemächten: 22. Juni 1909 bis 2. Juli 1914 ..... S. 449—491

Zusammenkunft der Könige Italiens und Englands in Bajä 1909. 22. Juni 1909. Russ. Botschaft Rom an Iswolsky: König Eduard hat bei seinem Besuche in Bajä S. 449, — über das Gleichgewicht in der Adria und Italiens Haltung im Falle eines englisch-deutschen Krieges gesprochen, dessen baldigen Ausbruch er als wahrscheinlich bezeichnet haben soll S. 450. —.

Zusammenkunft zwischen dem Kaiser von Rußland und dem König von Italien in Racconigi 1909. 27. Okt. 1909. Russ.Botschaft Wien an Iswolsky: Beunruhigung in Wien und Verstimmung über den Reiseweg des Zaren S. 451. — 27. Okt. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Große Befriedigung in England, wo man glaubt, daß Italien in Zukunft der Entente nähersteht als dem Dreibunde S. 451. — 29. Okt. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Trotz der zur Schau getragenen Ruhe scheint man in Deutschland besorgt wegen der möglichen Rückwirkung der Entrevue in Racconigi auf die allgemeine europäische Politik S. 452. — 30. Okt. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Zufriedenheit des serbischen Außenministers mit der Entrevue S. 453. — 12. Nov. Dies. an dens.: Tittoni hat angeblich die Absicht, auch andere Mächte aufzufordern, sich dem Abkommen von Racconigi anzuschließen S. 453. — 14. Nov. Iswolsky an russ. Botschaft London: In Racconigi ist von einem derartigen Schritte keine Rede gewesen S. 453. — 4. Nov. Iswolsky an russ. Botschaft Berlin: Beruhigende Erklärungen der russ. Regierung in Berlin über die Bedeutung der Entrevue S. 454, — die Annäherung zwischen Italien und Rußland enthalte keine gegen den Dreibund gerichtete Spitze S. 454, — das jetzige System der Allianzen bilde eine Garantie für die Erhaltung des europäischen Friedens S. 455. — 4. Nov. Iswolsky an russ. Gesandtschaften in Sofia, Belgrad und Cettinje: Erteilung politischer Instruktionen im Hinblick auf die Resultate der Entrevue S. 456—457. — 6. Nov. Russ. Botschaft Konstantinopel an Iswolsky: Türkische Regierung scheint zu befürchten, daß Rußland und Italien sich über eventuelle Kompensationen auf Kosten der Türkei geeinigt haben S. 458. — 7. Nov. Russ. Botschaft Rom an Iswolsky: In Rom wünscht man noch engere Annäherung an Rußland, ohne Vermittlung Frankreichs, doch will man nicht in Deutschland und Österreich Argwohn wecken S. 459. — 22. Juli 1911. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Italien und Rußland haben sich in Racconigi verpflichtet, kein neues albanisches Abkommen ohne vorherige gegenseitige Verständigung abzuschließen S. 459. — 27. Sept. Dies. an dens.:

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Rußland hat in Racconigi Italien Handlungsfreiheit in Tripolis zugestanden S. 460 — und Italien Rußlands Rechte auf die türkischen Meerengen anerkannt S. 460. — 7. Nov. Neratow an russ. Botschaft London: Veröffentlichung der „Reichspost" über die Abmachungen in Racconigi S. 460. —

Italien und die persische Frage. 26. April 1910. Russ. Botschaft Rom an Iswolsky: Italien hat Deutschland und Österreich gegenüber keine Verpflichtungen hinsichtlich Persiens, Italien ist durch den Dreibund nur in genau festgesetzten Fragen gebunden und besitzt in allen anderen völlige Handlungsfreiheit S. 461. —

Zusammenkunft des italienischen und österreichischen Außenministers in Salzburg 1910. 7. Sept. 1910. Russ. Botschaft Rom an das Außenministerium: San Giuliano hegt keine Zweifel hinsichtlich der jetzigen friedlichen Absichten Österreichs auf dem Balkan S. 462. —

Das französisch-italienische Abkommen von 1902 und Beziehungen zwischen beiden Mächten. März—August 1912. 25. März 1912. Russ. Bdtschaft Rom an Sasonow: Verstimmung Italiens gegen Frankreich, Haltung der französischen Presse durch finanzielle Erwägungen beeinflußt S. 462, — Italiens wirkliche Interessen können am besten durch Anschluß an Entente befriedigt werden S. 463, — in Rom denkt man an Möglichkeit einer Vermittlung Rußlands S. 464. — 21. Mai. Dies. an dens.: Wachsende Mißstimmung zwischen beiden Ländern, dauernde Okkupation der Ägäischen Inseln durch Italien kann von Frankreich nicht geduldet werden, Schwierigkeiten bei der Erneuerung des Abkommens von 1902 S. 464. — 30. Mai. Sasonow an russ. Botschaft London: Verschlechterung der französisch-italienischen Beziehungen für Rußland nicht gleichgültig S. 465, — Rußland wünscht nicht, daß Italien formell aus dem Dreibund austritt, sondern faktisch möglichst enge Beziehungen zu Frankreich und Rußland unterhält S. 465, — Wichtigkeit der Erneuerung des Abkommens von 1902 S. 465, — wenn Italien sich wieder enger an Dreibund anschließt, so fürchtet England, daß Tripolis eine maritime Operationsbasis für Dreibund werden könnte S. 466, — Rußland bereit, zwischen Frankreich und Italien zu vermitteln S. 466. — 4. Juni. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Gewisse Besserung in den französisch-italienischen Beziehungen S. 466, — Skepsis Barrères, der in der Persönlichkeit Tittonis ein Hindernis für die Erneuerung der früheren guten Beziehungen erblickt S. 467. — 6. Juni. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Iswolsky erklärt Poincaré, daß Italiens Rückkehr zum Dreibund den Interessen der Entente widerspricht S. 467, — Abkommen von 1902 enthält Abgrenzung der französischen und italienischen Interessen im Mittelmeer und zieht Verzicht auf Konzentrierung der französischen und italienischen Armeen auf gemeinsamer Grenze nach sich S. 468, — Poincaré wünscht das Verbleiben Italiens im Dreibund als hemmendes Element, doch muß Frankreich seine Vorherrschaft im Mittelmeer wahren S. 469. — 18. Juni. Dies. an dens.: Gerüchte über Mittelmeerverhandlungen zwischen England, Frankreich und Italien S. 469. — 13. Aug. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Contarini erklärt, das Abkommen von 1902 widerspreche

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

nicht dem Dreibundvertrage S. 470. — 13. Aug. Dies. an dens.: Italienische Befürchtungen hinsichtlich der Möglichkeit eines einseitigen englisch-französischen Mittelmeer-Abkommens S. 471, — deutsch-österreichische Anfrage in Paris über Stellungnahme der Entente zum italienisch-türkischen Konflikte und über die russisch-französische Marine-Konvention S. 471, — obwohl Italien der französischen Regierung durch mündliche Erklärungen die Möglichkeit gegeben haben mag, im Falle eines unprovozierten Angriffes auf italienische Neutralität zu rechnen, so entspricht es dem allgemeinen Charakter der italienischen Politik, sich einem positiven Abkommen zu entziehen S. 472. — 20. Nov. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré erklärt Tittoni, Rußland und Frankreich halten sich auf Grund der bestehenden Abmachungen für berechtigt, im Falle eines Krieges mit Deutschland und Österreich wegen Balkanfragen auf die Neutralität Italiens rechnen zu können S. 473, — Frankreich werde im Falle eines allgemeinen Konfliktes Rußland bewaffnete Hilfe leisten S. 473. —

Italienisch-russische Beziehungen Okt. 1911 bis Nov. 1912. 24. Okt. 1911. Russ. Botschaft Rom an Außenministerium: Sowohl der Dreibund als auch Entente treffen Maßregeln, um der Eventualität eines stets möglichen europäischen Krieges zu begegnen S. 474, — Frankreich und England suchen sich den Beistand Italiens für den Fall des Krieges zu sichern S. 474, — auch Rußland müßte versuchen, einen Teil der österreichischen Armee durch Italien von sich abziehen zu lassen, Italien ist nicht mehr bloß ein totes Gewicht im Dreibund S. 475. — 25. März 1912. Dies. an Sasonow: Vertiefung der italienisch-russischen Annäherung S. 475, — Rußland kann von Italien in China und Persien unterstützt werden, Deutschland kann im Falle eines europäischen Krieges nicht mehr ganz auf Italien zählen S. 476. — 20. Juni. Dies. an dens.: Der König von Italien über die guten Beziehungen zwischen Italien und Rußland erfreut, bedauert die Verstimmung zwischen Italien und Frankreich S. 476. — 18. Juni. Dies. an dens.: Über die Möglichkeit eines Ausbaues des Abkommens von Racconigi S. 477, — San Giuliano beteuert, daß Dreibund und österreichisch-italienisches Abkommen nur Erhaltung des status quo bezwecken, gegen niemand gerichtet sind, und daß eine Veröffentlichung dieser Verträge nur zur Beruhigung und Erhaltung des Friedens beitragen würde S. 477. — 2. Juli. Dies. an dens.: Giolitti und San Giuliano erklären, daß das Abkommen von 1902 zeitlich unbegrenzt ist, wenn nicht im Dreibund bedeutende Veränderungen vorgenommen werden S. 478, — das Abkommen mit Österreich ist nur ein acte de désintéressement und verfolgt keine geheimen Ziele S. 479, — Italien will keine Vergrößerungen auf Kosten anderer Nationalitäten S. 479. — 11. Juli. Dies. an dens.: Wachsende Sympathien Italiens zu Rußland wegen der italienfreundlichen Haltung des Petersburger Kabinettes im Tripoliskriege S. 479, — Interesse Italiens an den Ägäischen Inseln S. 480. — 30. Juli. Dies. an dens.: Meinungsaustausch zwischen Italien und Rußland über Balkanfragen und die kriegerische Stimmung in Montenegro S. 480. — 9. Nov. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré bespricht mit

Iswolsky die Haltung Italiens im Falle eines österreichisch-serbischen Krieges S. 481, — Italien und Rußland haben in Racconigi vereinbart, sich der Ausbreitung einer dritten Macht auf dem Balkan zu widersetzen S. 481, — sind aber keine Verpflichtungen hinsichtlich eines aktiven Eingreifens eingegangen, Poincaré meint, Rußland und Frankreich sollten sich jetzt über ihre beiderseitigen Beziehungen zu Italien mit voller Offenheit unterrichten, da Italien eine große Rolle zu spielen berufen sei S. 481. — 4. Juni. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Mitteilung über den Inhalt des italienisch-österreichischen Abkommens über Albanien S. 482. — 31. Okt. Sasonow an russ. Botschaft Rom: Mitteilung über den Meinungsaustauch zwischen dem italienischen und österreichischen Außenminister in San Rossore S. 482. —

Französisch-italienische Beziehungen Nov. bis Dez. 1913 und April 1914. 20. Nov. 1913. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: In Paris denkt man ernstlich daran, von Italien kategorische Erklärungen über seine Stellung zum Dreibund und Dreiverband zu verlangen S. 483, — Barrère optimistisch und glaubt an eine baldige Annäherung Italiens an die Ententemächte S. 483, — Iswolsky erblickt in dem unbefriedigenden Verhältnis zwischen Italien und Frankreich einen weiteren Faktor der Unsicherheit in der allgemeinen europäischen Lage, auch befürchtet er die Möglichkeit einer Annäherung Frankreichs an Österreich S. 484. — 4. Dez. Dies. an dens.: Pichon erklärt, aus geheimer deutscher Quelle Informationen über die Unterzeichnung eines besonderen Mittelmeerabkommens zwischen den Dreibundmächten anläßlich der Erneuerung dieses Vertrages zu besitzen S. 485. — 21. April 1914. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Auf Wunsch des erkrankten französischen Botschafters spricht der russ. Botschafter Krupensky mit San Giuliano über die italienisch-französischen Beziehungen S. 486—488. —

Italiens Verhältnis zu Österreich und Rußland im Jahre 1914. 24. Febr. 1914. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: In Rußland ist man enttäuscht, daß Italien trotz der seit Racconigi bestehenden Annäherung zwischen Rußland und Italien sich in letzter Zeit immer auf die Seite Österreichs gestellt hat S. 488, — di Martino erklärt dem russischen Botschafter, daß Italien nur deshalb mit Österreich zusammengegangen ist, um auf dasselbe mäßigend einwirken zu können, daß aber nach der endgültigen Lösung der albanischen Frage wieder eine Annäherung Italiens an Rußland stattfinden wird, und zwar ganz besonders im Fall eines Krieges S. 489. — 2. Juli. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Tittoni sucht auf dem Balkanterrain Annäherung an Rußland S. 490. —

Zwölftes Kapitel. Tripolis: 26. August 1911 bis 14. Oktober 1912 ..... S. 492—519

Die Stellung der Großmächte zum italienischen Vorgehen in Tripolis. 26. Aug. 1911. Stellvertr. Außenminister Neratow an russ. Botschaft Rom: Die Großmächte erheben keine Einwendungen gegen Absichten Italiens, Rußland hofft, daß keine neuen Abmachungen zwischen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Österreich und Italien getroffen worden sind S. 492. — 12. u. 13. Sept. Brief und Telegramm der russ. Botschaft in Rom an Neratow: Italien behandelt tripolitanische Frage getrennt von der allgemeinpolitischen Lage, ist keinerlei neue Verpflichtungen eingegangen, will afrikanische Frage lösen, ehe Veränderung des status quo auf dem Balkan eintritt S. 493. — 26. Sept. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Unterredung zwischen Tittoni und Iswolsky über die voraussichtliche Haltung der Großmächte und etwaige Folgen militärischer Maßnahmen Italiens in Tripolis S. 494. — 27. Sept. Dies. an dens.: Auf diesbezügliche Anfrage des Königs von Italien und Giolittis hat Tittoni dem Ultimatum Italiens in Konstantinopel zugestimmt S. 495, — da Kiderlens Politik das Protektorat Frankreichs über Marokko beschleunigt habe, so müsse Italien seine Rechte auf Tripolis verwirklichen, ehe dieselben eventuell von Frankreich als erloschen erklärt werden S. 495. — 1. Okt. Neratow an russ. Botschaft London: Rußland erklärt der Türkei, daß sie die italienische Okkupation von Tripolis anzuerkennen habe S. 496. —

Vermittlungsversuche der Ententemächte 1911, um der Möglichkeit einer Vermittlerrolle Deutschlands zuvorzukommen. 30. Sept. 1911. Russ. Botschaft Rom an Neratow: Eine etwaige Vermittlung Rußlands sollte deutschen Schritten zuvorkommen, da diese den Einfluß Deutschlands in Konstantinopel noch stärken könnten S. 496. — 8. Okt. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Pariser Kabinett wünscht, daß drei Ententemächte Vermittlerrolle übernehmen und diese nicht Deutschland überlassen S. 497, — die drei Ententevertreter in Konstantinopel sollten sich einseitiger Schritte enthalten und nur gemeinsam handeln S. 497. — 22. Okt. Neratow an russ. Botschaft Rom: Der deutsche Botschafter Marschall befürchtet unabwendbare Komplikationen auf dem Balkan S. 497. — 6. Nov. Russ. Botschaft London an Neratow: Öffentliche Meinung in England für Italien nicht günstig, Regierung dagegen wünscht gute Beziehungen zu Italien S. 498, — Pressekampagne wegen italienischer Greueltaten in Tripolis S. 499. — 1. Nov. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Frankreich unterstützt Italien unbedingt, englische Haltung schwankend S. 500, — Tittoni dafür, daß Ententemächte in Konstantinopel auf Anerkennung der Annexion bestehen S. 500. — 4. Nov. Neratow an russ. Botschaft Paris: Ein derartiger Schritt würde Türkei gegen Entente verstimmen und wäre daher für Deutschland vorteilhaft S. 500. —

Ausdehnung der kriegerischen Operationen auf die Meerengen. 30. April 1912. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey besorgt und befürwortet Meinungsaustausch der Mächte S. 500. — 30. April. Dies. an dens.: Vitale Bedeutung der Schließung der türkischen Meerengen für Rußland, Grey schlägt parallele Schritte in Konstantinopel und Rom vor, um Öffnung derselben für 15 Tage zu verlangen S. 501. — 1. Mai. Sasonow an russ. Botschaft London: Hält einen derartigen Schritt in Rom für zwecklos S. 502. — 2. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Türkei ist zwar bereit, die Meerengen zu öffnen, wird sie jedoch im Falle militärischer Notwendigkeit wieder schließen S. 502. — 2. Mai. Dies. an

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

dens.: Nicolson über die Schwierigkeiten des Meerengenproblems S. 502. — 9. Mai. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré hat alles getan, um faktische Öffnung der Meerengen durchzusetzen S. 503, — doch ist er von der juristischen Berechtigung des russischen Standpunktes nicht überzeugt S. 503, — er glaubt außerdem, daß eine formale Neutralisierung der Meerengen in Zukunft die politischen Interessen Rußlands präjudizieren könnte S. 504. — 15. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Friedensmöglichkeiten S. 504. — 11. Mai. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Barrère befürwortet Vermittlung von seiten der Entente S. 505. — 23. Mai. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré, durch italienische Operationen im Archipel beunruhigt, tritt für Konferenz zur Beilegung des italienisch-türkischen Konfliktes ein S. 505—506. — 28. Mai. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Möglichkeit italienischer Operationen gegen Mytilene S. 507. —

Französischer Konferenzvorschlag und die „Uneigennützigkeitserklärung". 29. Mai 1912. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Gedanke einer Konferenz geht nicht von Italien, sondern von Frankreich aus S. 507. — 29. Mai. Sasonow an russ. Botschaft London: Anfrage wegen angeblicher Bereitwilligkeit Englands, gemeinsam mit Deutschland vorzugehen S. 507. — 30. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey wünscht baldigen Abschluß des Friedens S. 508, — hat vielleicht erklärt, daß er etwaige Eröffnungen Marschalls gern entgegennehmen werde S. 508. — 30. Mai. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré für Verständigung unter den drei Ententemächten, um im günstigen Zeitpunkte mit Konferenzvorschlag hervorzutreten S. 508, — befürchtet Initiative Kaiser Wilhelms S. 509, — ist über die Lage im Mittelmeer beunruhigt S. 509. — 31. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Die Botschafter Italiens und der Türkei haben Konferenz nicht erwähnt S. 509. — 31. Mai. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Barrère gibt zu, daß Konferenzgedanke von Frankreich ausgegangen ist, baldige Beendigung des Krieges im Interesse Frankreichs und Rußlands S. 509. — 6. Juni. Russ. Botschaft London an Sasonow: Rußland befürchtet, daß auf einer Konferenz auch andere Fragen, wie z. B. Meerengen, aufgeworfen werden könnten S. 510, — P. Cambon ist der Ansicht, daß diese Frage zugunsten Rußlands geregelt werden müßte, um Gleichgewicht im Mittelmeer wiederherzustellen S. 510, — Poincaré gegen Erweiterung des Konferenzprogrammes, befürwortet aber im Prinzip Öffnung des Schwarzen Meeres für russische Flotte S. 510, — er hegt Besorgnisse wegen der Festsetzung Italiens auf den Ägäischen Inseln S. 511. — 9. Juni. Sasonow an russ. Botschaft London: Poincaré schlägt gemeinsame Aktion der drei Ententemächte vor S. 511. — 10. Juni. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey billigt Meinungsaustausch zwischen Ententemächten, befürwortet aber gemeinsame Aktion aller fünf Mächte, um nicht Gegensatz zwischen Dreiverband und den zwei Mächten des Dreibundes zu betonen, was italienische Annäherung an Dreibund zur Folge haben könnte S. 511. — 10. Juni. Dies. an dens.: Nicolson derselben Ansicht, glaubt, daß beim Friedensschluß Fragen der Ägäischen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Inseln und der Meerengen aufgeworfen werden könnten S. 512. — 11. Juni. Dies. an dens.: Grey erhebt Einwendungen gegen die von Poincaré vorgeschlagene Uneigennützigkeitserklärung, da man Rußlands Aktionsfreiheit in bezug auf die Meerengen nicht einschränken sollte, England betrachte sich in dieser Frage durch die Versprechungen des Jahres 1908 gebunden S. 512, — Paul Cambon stellt Umschwung in England und Frankreich zugunsten Italiens fest, es sei wünschenswert, Rußlands Einfluß auf Mittelmeerfragen zuzulassen, man dürfe Italien nicht wieder in die Arme des Dreibundes treiben, damit dieser nicht auf Mittelmeer ausgedehnt werde S. 513. — 14. Juni. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré zweifelt nicht an Beständigkeit der russisch-französischen Allianz, befürchtet aber ungünstigen Eindruck der bevorstehenden Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren auf französische öffentliche Meinung, befürchtet vor allem Friedensaktion Kaiser Wilhelms, aus diesem Grunde tritt er für vorheriges Einvernehmen zwischen den drei Ententemächten ein mit Begrenzung des Konferenzprogrammes S. 513. — 13. Juni. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Die Poincarésche Formel könnte von Deutschland und Österreich als beleidigendes Mißtrauen aufgefaßt werden S. 514. — 17. Juni. Russ. Botschaft London an Sasonow: Greys beabsichtigte Antwort auf einen eventuellen Vorschlag Marschalls S. 514. — 17. Juni. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Neuer Text der Poincaréschen Formel S. 515. — 18. Juni. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Auch dieser Text für Rußland unannehmbar, Rußland verfolgt keine eigennützigen Ziele, aber Unterzeichnung eines internationalen Aktes würde von russischer öffentlicher Meinung und allen slawischen Staaten als ein Verzicht auf Rußlands traditionelle Balkanpolitik aufgefaßt werden, außerdem würde Gegensatz zwischen den zwei Mächtegruppen noch unterstrichen S. 515. — 23. Juni. Ders. an dies.: Kabinette von Petersburg und Paris einigen sich über einen neuen Text S. 516. — 24. Juni. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey hält die mündliche Annahme dieses Textes durch die drei Ententemächte für genügend, Bekanntwerden dieser Übereinkunft könnte das Vorgehen der fünf Mächte in Frage stellen S. 516. — 24. Juni. Dies. an dens.: Grey wird Rußland keine Schwierigkeiten bereiten, wenn es jetzt die Meerengenfrage aufwerfen wolle S. 516—517. —

Friedensschluß durch direkte türkisch-italienische Verhandlungen. 13. Juli 1912. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Anbahnung direkter türkisch-italienischer Verhandlungen S. 517. — 18. Aug. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Italien stellt während der Verhandlungen Operationen im Ägäischen Meere ein S. 518. — 2. Sept. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey hält Zusammentritt einer Konferenz vor Beendigung des Krieges für unzeitgemäß S. 518, — und nur möglich, wenn Rußland und Österreich sich vorher über Programm einigen S. 519. — 20. Sept. Russ. Botschaft Rom an Sasonow: Günstiger Verlauf der italienisch-türkischen Verhandlungen S. 519. — 14. Okt. Russ. Botschaft London an Sasonow: England wird die Annexion von Tripolis unter gewissen Vorbehalten anerkennen S. 519. —

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Balkan und Türkei.

Dreizehntes Kapitel. **Die Lage auf dem Balkan vor Ausbruch des ersten Balkankrieges: 11. Mai bis 20. Sept. 1912** ....S. 520—550

Montenegro. 11. Mai 1912. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Montenegro unterstützt die albanischen Aufständischen mit Geld und Waffen S. 520. — 6. Aug. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Rußland verteidigt Montenegro S. 520, — versöhnliche Haltung der Pforte S. 521. — 19. Aug. Russ. Gesandtschaft Cettinje an Neratow: Kriegerische Absichten Montenegros S. 521. — 8. Okt. Neratow an die russ. Gesandtschaften in Sofia, Belgrad und Athen: Abbruch diplomatischer Beziehungen zwischen Montenegro und Türkei verpflichtet nicht andere Balkanstaaten diesem Beispiele zu folgen S. 521. —

Bulgarien. 30 Mai 1912. Sasonow an russ. Gesandtschaft Sofia: Bericht über seine Unterredung mit Danew: Bulgarien durch ständige Kriegsbereitschaft finanziell schwer belastet und wünscht augenblickliche Schwierigkeiten der Türkei diplomatisch auszunützen S. 522, — Frage einer Militärkonvention zwischen Bulgarien und Rußland S. 523, — Zollverband mit Serbien und Kontakt zwischen russischen und bulgarischen Offizieren S. 523, — Beziehungen Bulgariens zu den anderen Balkanstaaten S. 524, — und zu Österreich S. 524. — 6. Juni. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Bericht über Unterredung zwischen Iswolsky und Todorow, Verhandlungen mit französischen Finanzkreisen S. 525, — Bulgarien wünscht lange Dauer des italienisch-türkischen Krieges und Schwächung dieser beiden Staaten, da sie beide Feinde des Slawentums S. 525, — Notwendigkeit eines gemeinsamen Aktionsplanes mit den anderen Balkanstaaten S. 525, — Rußland solle Bulgarien freie Hand lassen S. 526, — und sich erst aktiv einmischen, wenn seine speziellen Interessen in Konstantinopel berührt werden S. 526, — allgemeine Liquidierung durch einen europäischen Kongreß, auf dem Rußland von der Entente und Italien unterstützt werden würde S. 526,—Iswolsky macht auf mögliche Schwierigkeiten von seiten Österreichs aufmerksam S. 526. — 20. Juni. Dies. an dens.: Poincaré mißtraut dem Könige von Bulgarien S. 527, — Bekanntwerden des geheimen serbisch-bulgarischen Bündnisses S. 527. — 8. Juli. Zwei Telegramme Sasonows an russ. Botschaft London: Man muß Bulgarien zu verstehen geben, daß infolge unmittelbarer italienisch-türkischer Friedensverhandlungen die Konjunktur auf dem Balkan sich zuungunsten Bulgariens verändern und dieses der Türkei gegenüber allein bleiben könnte S. 528. — 20. Sept. Russ. Gesandtschaft Sofia an Neratow: Bestehen einer bulgarisch-montenegrinischen Militärkonvention S. 528. —

Serbien. 20. Juli 1912. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Angebliche kriegerische Erklärungen Serbiens in Berlin S. 528. — 21. Juli. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Hartwig bestreitet kriegerische Absichten Serbiens S. 529, — serbische militärische Maßnahmen bedeuten bloße Vorsichtsmaßregel S. 529. — 23. Juli. Dies. an dens.: Weitere Bestätigung dieser Informationen S. 529. — 29. Juli. Russ. Botschaft Wien an

Sasonow: Berchtold dementiert serbische Berichte über österreichische Rüstungen S. 530. — 20. Aug. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Neratow: Österreichische Dezentralisationsvorschläge der türkischen Administration widersprechen den serbischen Interessen in Albanien, russischer Vertreter erklärt, daß Rußland der Beschützer des Slawentums ist und die serbischen Interessen genau kennt S. 530. — 27. Sept. Dies. an dens.: Erregung in Serbien wegen der türkischen Mobilisation und geheime Abmachungen zwischen Bulgarien und Serbien über die Mobilisation der beiden Armeen S. 530. — 30. Sept. Zwei Telegramme der russ. Botschaft Konstantinopel an Neratow: Serbisches Ultimatum an die Türkei wegen Einberufung der Reserven und Zurückhaltung serbischen Kriegsmaterials S. 531. —

Österreich-Ungarn. 17. Juli 1912. Russ. Botschaft Wien an Sasonow: Friedliche Erklärungen Berchtolds S. 532, — Notwendigkeit der Lokalisierung eines möglichen Konfliktes auf dem Balkan S. 532. — 18. Aug. Stellvertr. Außenminister Neratow an russ. Botschaft Wien: Berchtold schlägt Meinungsaustausch der Mächte über Balkanfragen vor, administrative Dezentralisation in Albanien sei zu begrüßen und könnte auch auf übrige Nationalitäten in der europäischen Türkei ausgedehnt werden S. 533, — Bulgarien, Serbien und Griechenland erblicken jedoch hierin eine Bedrohung ihrer Interessen S. 533, — Berchtold empfiehlt deshalb Kollektivschritte der Mächte in Konstantinopel und den Balkanhauptstädten S. 533, — Sasonow stimmt unter Vorbehalt Kollektivschritten in Konstantinopel zu, lehnt aber solche in den anderen Städten ab S. 533. — 18. Aug. Neratow an russ. Botschaften in London und Paris: Petersburger Kabinett findet, daß bulgarische und serbische Wünsche hinsichtlich möglichst großer Einschränkung der albanischen Dezentralisation berücksichtigt zu werden verdienen S. 534. — 23. Aug. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Frankreich geht in dieser Frage solidarisch mit Rußland und England S. 535. — 15. August. Russ. Botschaft Wien an Neratow: Österreich wünscht augenscheinlich ebenso wie Rußland einen Balkankonflikt zu lokalisieren S. 535, — es verfolgt augenblicklich keine aggressiven Ziele, da dies zu einem europäischen Kriege führen würde und Österreich militärisch schwach ist S. 536, — trotzdem würde es sich entschließen, aktiv seine Balkaninteressen zu verteidigen, die in der Erhaltung des status quo bestehen S. 536, — es läßt sich nicht beurteilen, ob Österreich eine Veränderung im Regime der türkischen Meerengen als eine Verletzung des status quo betrachten würde, doch beunruhige in dieser Hinsicht in Wien der Abschluß der russisch-französischen Marinekonvention S. 536, — die bisher getroffenen militärischen Maßnahmen haben bescheidenen Umfang S. 536, — Reise Berchtolds nach Bukarest und Buchlau zur Besprechung mit Bethmann Hollweg S. 536. — 29. Aug. Russ. Botschaft Paris an Neratow: Poincaré bereit, eine Initiative zu ergreifen, um Berchtoldschen Vorschlage zuvorzukommen S. 537. — 21. Aug. Russ. Botschaft Rom an Neratow: Ablehnende Haltung Italiens gegenüber dem Berchtoldschem Vorschlage S. 537. — 1. Sept. Russ. Botschaft Paris an Neratow: England wünscht

Rivalität zwischen den beiden Mächtegruppen und Verschärfung des österreichisch-russischen Gegensatzes zu vermeiden S. 538. —

Russische Vorsichtsmaßregeln zum Schutze seiner Interessen. 29. Aug. 1912. Russ. Botschaft Konstantinopel an Neratow: Durch die geheimen Bündnisse ermutigt und von ihrer Übermacht überzeugt, drängen die Balkanstaaten auf einen Krieg, um den gegebenen günstigen Zeitpunkt auszunutzen S. 538, — Hoffnungen auf Rußland S. 538, — mögliche Absichten Bulgariens auf Konstantinopel S. 539, — Notwendigkeit militärischer Bereitschaft Rußlands zur Verteidigung seiner historischen Ziele S. 539. — 20. Sept. Russ. Gesandtschaft Sofia an Neratow: Notwendigkeit der Bereitschaft der russischen Schwarzmeer-Flotte S. 539. — 23. Okt. Neratow an Staatssekretär Kokowzew: Rußland und die allgemeine politische Lage S. 540—542. — 23. Okt. Russ. Botschaft Paris an Außenministerium: Rußland und die durch den Balkankrieg aufgeworfenen Probleme, Haltung Poincarés S. 542—546. — Auszug aus einem Berichte Sasonows an den Zaren über seine Auslandsreise im Sept.-Okt. S. 546—550. —

Vierzehntes Kapitel. **Die Großmächte während des Balkankrieges: 21. Oktober 1912 bis 23. November 1912** ..... S. 551—592

Slawophile Evolution Englands und Standpunkt des Londoner Kabinetts gegenüber der Türkei. 21. Okt 1912. Russ. Botschaft London an Sasonow: In London befürchtet man die Möglichkeit eines allgemeinen Krieges und erblickt in einem österreichisch-russischen Einverständnis ein wirksames Mittel, den Frieden zu erhalten S. 551, — eventuelle Basis einer Intervention S. 552, — Notwendigkeit, die Empfindlichkeit der Franzosen zu schonen S. 552. — 21. Okt. Dies. an dens.: Nicolson betrachtet das serbisch-bulgarische Bündnis als gegen österreichische Übergriffe gerichtet, hat kein Zutrauen zu König Ferdinand S. 552. — 21. Okt. Dies. an dens.: Sasonow für eine genaue Verständigung der drei Ententemächte, Grey für Erhaltung des territorialen status quo auf dem Balkan, Türkei dürfe selbst im Falle eines Sieges keine Vorteile erringen, England gegen die Besitzergreifung Kretas oder der Ägäischen Inseln durch eine Großmacht S. 553. — 21. Okt. Dies. an dens.: Grey wird der Entente zuliebe große Zugeständnisse auf Kosten der Türkei zulassen S. 554. — 22. Okt. Dies. an dens.: Greys Standpunkt entschieden proslawisch, ähnliche Tendenzen auch bei anderen Mitgliedern des englischen Kabinetts S. 554—556. —

Rußlands Standpunkt gegenüber Österreich-Ungarn im Oktober 1912 24. Okt. 1912. Russ. Botschaft London an Sasonow: Nicolson für ein von Rußland ausgearbeitetes Reformprojekt und Mitteilung desselben an Österreich S. 556. — 24. Okt. Sasonow an russ. Botschaft London: Er ist gegen ein gemeinsames Vorgehen Rußlands mit Österreich und für ein enges Einvernehmen mit Frankreich, England und Italien S. 557. — 28. Okt. Russ. Botschaft London an Sasonow: In England hält man die Erhaltung des status quo auf dem Balkan nicht für möglich und ist für

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

territoriale Veränderungen zugunsten der Balkanalliierten S. 557. — 29. Okt. Dies. an dens.: Rußland ebenfalls gegen die Erhaltung des status quo auf dem Balkan, doch muß es Vorsicht beobachten, um nicht Kompensationsforderungen Österreichs hervorzurufen, denn selbst andere als territoriale Forderungen von seiten Österreichs wären für Rußland unannehmbar S. 558. — 30. Okt. Dies. an dens.: Rußlands geheime Absicht, in Zukunft eine ökonomische Verständigung Österreichs mit dem vergrößerten Serbien zu vereiteln S. 559, — da jedoch dieser Standpunkt von den Westmächten im Interesse des europäischen Friedens nicht unterstützt werden würde S. 560, — so muß die russische Politik gegen eine derartige Verständigung als gegen eine Serbien von Österreich auferlegte Bedingung ankämpfen S. 560. —

Rußland und der serbisch-bulgarische Geheimvertrag. 31. Okt. 1912. Sasonow an russ. Botschaft London: In Anbetracht des engen Einvernehmens der drei Ententemächte in Balkanfragen S. 560, — macht Petersburger Kabinett jetzt in London genauere Angaben über diesen Vertrag und Rußlands Rolle beim Abschluß desselben S. 560, — zwar enthält er einige bedenkliche Bestimmungen S. 561, — doch hat sich Rußland seinerzeit enthalten, Einwendungen zu erheben, um die Politik Serbiens und Bulgariens nicht in einem für Rußland unerwünschten Sinne zu beeinflussen S. 561, — die territorialen Bestimmungen im Falle eines siegreichen Krieges gegen die Türkei bedeuten seiner Ansicht nach nicht eine endgültige Abgrenzung, sondern einen Hinweis auf das gegenseitige Verhältnis der serbischen und bulgarischen Ansprüche S. 562. —

Russische Befürchtungen wegen bulgarischer Absichten auf Konstantinopel. 31. Okt. 1912. Sasonow an russ. Botschaft London: Rußland warnt Bulgarien vor weiterem Vordringen nach Konstantinopel S. 562. — 31. Okt. Sasonow an russ. Botschaften London und Paris: Bittet um diesbezügliche Unterstützung der beiden Kabinette in Sofia S. 563. — 1. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Englische öffentliche Meinung gegen Erhaltung der Türkei auf dem Balkan außer Konstantinopel S. 564. — 2. Nov. Sasonow an russ. Botschaft London: Französischer Vorschlag einer Intervention der Mächte S. 564. — 3. Nov. Ders. an dies.: Maritzalinie zur Sicherung Konstantinopels notwendig, der Rest der europäischen Türkei könnte zwischen den Balkanstaaten aufgeteilt werden, nur so kann Besetzung Konstantinopels durch die Balkanalliierten vermieden werden S. 564, — gleichzeitige Lösung verschiedener anderer Fragen betreffend Serbien, Albanien, Rumänien und Österreich S. 565. — 2. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey hält es für schwer, von Bulgarien zu fordern, vor Chataldja stehen zu bleiben, englische öffentliche Meinung auf seiten Bulgariens S. 565, — Grey persönlich gibt große Bedeutung der Konstantinopler Frage für Rußland zu S. 566, — er rät dem bulgarischen Gesandten in London zur Mäßigung, da Rußlands Standpunkt hinsichtlich Konstantinopels unverrückbar sei S. 566. — 4. Nov. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Wünscht einen Interventionsvorschlag Frankreichs, wenn Balkanalliierte Konstantinopel besetzen,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

würde gleichzeitig russische Schwarzmeer-Flotte dort erscheinen, Gefahr allgemein europäischer Verwicklungen, russischer Generalstab mit Überlassung Adrianopels an Bulgarien jetzt einverstanden S. 567. — 4. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey mit Sasonows Vorschlägen einverstanden, glaubt, daß man die österreichischen Bedingungen kennenlernen müsse S. 568. — 4. Nov. Dies. an dens.: Grey befürwortet Lösung der Meerengenfrage entsprechend den Interessen Rußlands S. 568. — 6. Nov. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Befürwortet sofortige Intervention der Mächte S. 569. — 7. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey durch Entschluß Rußlands, event. Flotte nach Konstantinopel zu schicken, überrascht, gibt aber große Bedeutung dieser Frage für Rußland zu S. 570. — 7. Nov. Dies. an dens.: Grey hält Verbleiben des Sultans in Konstantinopel für einzige befriedigende Lösung S. 570, — sollte dies unmöglich sein, so denkt er an eine Art Neutralisierung S. 570, — Benckendorff glaubt nicht, daß Rußland einer solchen Lösung zustimmen könnte S. 570. — 9. Nov. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Übersicht über die Forderungen des Balkanblockes, die er mit Waffengewalt gemeinsam durchzusetzen beschlossen hat S. 571. —

Europäische Spannung wegen der Frage des serbischen territorialen Zuganges zur Adria. 5. Nov. 1912. Sasonow an russ. Botschaft London: Österreich verzichtet auf territoriale Kompensationen zu seinen Gunsten, Sasonow weist den österreichischen Botschafter in Petersburg auf Lebensinteresse Serbiens hin, einen Zugang zur Adria zu erhalten, er hofft auf deutsche Einwirkung in Wien S. 572. — 6. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Italien erklärt, daß Dreibundmächte einig und Frieden nicht bedroht, statt in der Adria könnte Serbien im Ägäischen Meere befriedigt werden S. 573. — 7. Nov. Dies. an dens.: Grey durch die zwischen Serbien und Österreich schwebenden territorialen und ökonomischen Fragen sehr beunruhigt, Benckendorff weist auf ernsten Charakter auch der letzteren hin, da Rußland eine Absorption Serbiens durch Österreich befürchtet S. 573, — Grey befürwortet Vermittlung der Mächte zwischen Balkanalliierten und Türkei, erkennt Berechtigung der österreichischen ökonomischen Wünsche an S. 574. — 8. Nov. Sasonow an russ. Botschaft Rom: Österreich sollte in der Frage des serbischen Zuganges zur Adria nachgeben S. 574, — Serbien wird sich mit nichts weniger zufrieden geben und sich auf den Balkanblock stützen S. 574, — von der Einwirkung des römischen Kabinettes auf Österreich werden Italiens zukünftige Beziehungen zu Rußland und den Ententemächten abhängen und auch sein erschüttertes moralisches Prestige im Balkan würde wiederhergestellt werden S. 575. — 7. Nov. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Bericht über eine wichtige Veränderung in der Politik Frankreichs in Balkanfragen: während Frankreich bisher seine eigenen Interessen durch rein balkanische Fragen nicht berührt betrachtete und zu militärischen Maßregeln nicht bereit war, erklärt jetzt Poincaré die Bereitwilligkeit der französischen Regierung, im Falle österreichischer territorialer Erwerbungen aktiv einzugreifen S. 575, — Iswolsky schlägt vor, diese Gelegenheit zu benutzen, um eine gemeinsame Aktion Rußlands,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Frankreichs und Englands vorzubereiten S. 576, — Text des eigenhändigen Briefes Poincarés an Iswolsky S. 576. — 9. Nov. Sasonow an russ. Gesandtschaft Belgrad: Entente unterstützt diplomatisch die serbischen Forderungen, doch scheint Dreibund sich einem territorialen Zugange Serbiens zur Adria zu widersetzen, ein Krieg aus diesem Anlasse unzulässig S. 577, — Mahnung an Serbien, eine vorsichtige Haltung einzunehmen und die Rolle seines Advokaten, d. h. Rußlands, nicht zu erschweren S. 578, — seine ökonomischen Interessen würden auch in anderer Weise wahrgenommen werden können, Serbien gehe aus dem kurzen Kriege mit Erorberungen hervor, auf die es früher kaum hoffen durfte S. 578. — 11. Nov. Ders. an dies.: Mitteilung an Serbien, daß Frankreich und England seiner adriatischen Forderungen wegen nicht mit dem Dreibunde Krieg führen wollen; wenn Serbien seine Ansprüche mäßige, werde Rußland auf für Serbien günstige Bedingungen bei der notwendig gewordenen Bildung Albaniens bestehen können S. 578. — 11. Nov. Sasonow an russ. Botschaft London: In Anbetracht der Solidarität des Dreibundes will Rußland wissen, wie Frankreich und England sich verhalten werden, wenn Österreich aktiv vorgeht; Österreich bereit, Serbien eine Eisenbahn nach der Adria zuzubilligen; Sasonow will nicht, daß Österreich die Frage des serbischen Zuganges zur Adria jetzt regele, sondern dies solle der gemeinsamen Entscheidung der Mächte vorbehalten bleiben S. 579. — 11. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey findet, daß Eisenbahn unter serbischer Kontrolle den berechtigten Ansprüchen Serbiens Genüge leiste S. 580. — 12. Nov. Dies. an dens.: Jules Cambon berichtet, Kiderlen habe dem serbischen Vertreter in Berlin erklärt, Deutschland werde Österreich im Falle eines Konfliktes mit Rußland zu Hilfe kommen, selbst wenn Frankreich sich nicht beteiligt S. 580. — 14. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey hofft, daß Österreich sich irgendwelcher Drohungen anläßlich der serbischen Expedition nach Durazzo enthalten wird S. 581. — 14. Nov. Zwei Telegramme ders. an dens.: Die Eventualitäten eines Eingreifens Englands in einen Krieg S. 581—583. — 14. Nov. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Projekt einer russischen Antwort auf die Poincarésche Erklärung über die Beteiligung Frankreichs an einem Kriege, obwohl nach sicheren Informationen Österreich augenblicklich keine aggressiven Absichten hegt, so muß man doch alle Eventualitäten vorbereiten, Rußland muß aber allzu kategorische Erklärungen über eventuelle territoriale Erwerbungen einer Großmacht auf dem Balkan vermeiden, da dies seine eigene Aktionsfreiheit im Meerengengebiet einschränken könnte S. 583—584. — 16. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Italien zieht eine allgemeine europäische Garantie Albaniens einer österreichisch-italienischen vor S. 584. — 18. Nov. Dies. an dens.: Rußland muß in Albanien Entgegenkommen zeigen S. 585, — und Serbien von weiteren Provokationen zurückhalten S. 585, — wenn Rußland die Verantwortung für eine aggressive Politik auf Österreich zurückfallen lassen könnte, so wäre dies für das Eingreifen Englands in einen Krieg von entscheidender Bedeutung S. 585. — 17. u. 18. Nov. Zwei Telegramme der russ. Bot-

schaft in Paris an Sasonow: Poincaré über das Eingreifen Frankreichs in einen Krieg S. 586—587. — 20. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Die Eventualität einer Beteiligung Englands an einem Kriege S. 587, — zwei Bedingungen nötig: 1. muß der Krieg durch aktives Eingreifen Frankreichs zu einem allgemeinen werden und 2. muß die Verantwortung für den Angriff auf die Gegner fallen S. 588, — durch Aufrechterhaltung des Prinzips der eigenen Uneigennützigkeit erlangt Rußland einen vielleicht entscheidenden Einfluß S. 588, — Rußland muß zu gewissen Opfern bereit sein, um sich die Teilnahme Englands zu sichern S. 588, — die lebhaften Sympathien der englischen öffentlichen Meinung für die Balkanslawen augenblicklich befriedigt, was für Rußland nicht ganz vorteilhaft S. 589, — daß Österreich wichtige ökonomische Interessen auf dem Balkan besitzt, wird in England anerkannt S. 589, — um energisch handeln zu können, muß die englische Regierung der Unterstützung der öffentlichen Meinung sicher sein S. 589. — 20. Nov. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Unterredung zwischen Poincaré und Tittoni über die Haltung Frankreichs und Italiens im Falle eines österreichisch-russischen Konfliktes S. 589. — 23. Nov. Dies. an dens.: Beunruhigende französische Nachrichten aus Wien S. 590, — Poincaré betont, daß Serbien sich nicht auf Ratschläge von seiten Rußlands berufen dürfe und daß es ganz klar sein müsse, daß Serbien bei einer etwaigen Expedition nach Durazzo auf eigene Gefahr handelt S. 592. —

Fünfzehntes Kapitel. **Die Londoner Botschafterkonferenz: November bis Dezember 1912** ..... S. 593—614

Serbische Unnachgiebigkeit. 23. Nov. 1912. Russ. Botschaft London an Sasonow: Nicolson glaubt, daß Österreich sich nicht dem serbischen Zugange zum Meere, wohl aber einer territorialen Erwerbung widersetzen wird S. 593, — in England bedauert man, daß Rüstungen Rußlands diejenigen Österreichs übertreffen, was um so wichtiger, als Haltung Deutschlands für England ausschlaggebend sein wird S. 593, — man findet Österreichs jetzige Wünsche mäßig im Vergleich zu seinen früheren Plänen S. 593 — und Serbien zu anspruchsvoll S. 593. — 24. Nov. Dies. an dens.: Wenn Rußland allzu weitgehende Forderungen Serbiens unterstützt, wird es selbst der moralischen Unterstützung Frankreichs und Englands verlustig gehen S. 594, — russische öffentliche Meinung will Revanche für 1909 S. 594, — eine solche aber schon auf friedlichem Wege erreicht, da Österreich allein durch Rußlands Politik gezwungen ist, auf alle seine früheren Pläne zu verzichten S. 594. — 25. Nov. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Österreich läßt serbischen territorialen Zugang nach San Giovanni di Medua nicht zu S. 595, — wohl aber serbische Eisenbahnverbindung mit neutralem Hafen in Albanien, Österreich verzichtet für sich selbst auf alle außergewöhnlichen kommerziellen Vorzüge S. 595. — 25. Nov. Dies. an dens.: Italien verpflichtet, Österreich nur in genau bestimmten Grenzen Albaniens zu unterstützen S. 595, — Iswolsky erklärt Tittoni, Italien würde sich im Falle eines Krieges in der

Reihe der bewaffneten Gegner Rußlands und Frankreichs befinden S. 596, — Tittonis Mitteilungen über maßvolle Haltung Österreichs S. 596, — Iswolskys Vorschlag einer zeitweiligen gemeinsamen Besetzung Albaniens durch Österreich und Italien mit nachfolgender europäischer Regelung, da Italien kein Kondominium mit Österreich wünscht S. 596. — 25. Nov. Dies. an dens.: Vorzüge einer kollektiven Besetzung Albaniens S. 597. — 26. Nov. Dies. an dens.: Selbst wenn Serben Durazzo besetzen, wird Österreich nicht aktiv eingreifen S. 597. — 26. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey schreibt alle Mißverständnisse und die Nervosität in Wien der Sprache und Haltung Pasitchs und anderer serbischer Führer zu S. 597. — 24. Nov. Dies. an dens.: Greys Unzufriedenheit mit der Veröffentlichung Pasitchs in der „Times" S. 598. — 27. Nov. Sasonow an russ. Botschaft London: Russische Vorstellungen in Belgrad und Verwarnung des russischen Gesandten Hartwig S. 598. —

Der Gedanke einer Konferenz der Großmächte und Verhandlungen über das Programm derselben. 23. Nov. 1912. Russ. Botschaft London an Sasonow: Poincarés Vorschlag, den telegraphischen Meinungsaustausch durch eine Konferenz zu ersetzen S. 599, — Greys drei Programmpunkte S. 599. — 26. Nov. Zwei Telegramme der russ. Botschaft Paris an Sasonow: Über den Nutzen des Zustandekommens einer Konferenz und die Beteiligung der Großmächte S. 599—600. — 28. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey für Einigung zwischen Rußland und Österreich in der Zugangsfrage zur Adria, Serbien müsse maßvoll sein, da die moralische und diplomatische Unterstützung Rußlands ihm bereits die Annexion des Sandschaks ermöglicht habe S. 600. — 28. Nov. Dies. an dens.: Grey hält Beteiligung Österreichs an Konferenz für notwendig S. 601, — seine wichtige Erklärung an den deutschen Botschafter über das gegenseitige Interesse Englands und Deutschlands an der Erhaltung des Friedens, da die Möglichkeit vorliege, daß sie sich alle beide an einem Kriege zu beteiligen hätten S. 601. — 28. Nov. Dies. an dens.: Die Programmpunkte des Berliner Kabinetts S. 602. — 29. Nov. Dies. an dens.: Benckendorff hat Grey bedeutet, wie gefährlich es wäre, wenn Deutschland auf alle Fälle auf die Neutralität Englands zählen zu können glaube, darauf hat Grey dem deutschen Botschafter die obige Erklärung abgegeben, dies bedeutet jedoch noch keine Verpflichtung Englands Rußland gegenüber, Englands Entscheidung wird von den Umständen der Eröffnung der Feindseligkeiten abhängen S. 602. — 30. Nov. Sasonow an russ. Botschaft London: Eine Initiative Rußlands, um Serbien und Montenegro zu überreden, sich mit dem schon Erreichten zu begnügen, würde von der russischen öffentlichen Meinung entschieden abgelehnt werden S. 603, — das Verhältnis der gegenseitigen Interessen und der Kräfte läßt einen Vergleich mit 1909 nicht zu S. 604. — 1. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey denkt vor allem an die Möglichkeit eines Krieges, deshalb wird alles davon abhängen, ob der Vorwurf der Unnachgiebigkeit auf Österreich fällt S. 604, — es wird nicht leicht sein, dies zu erreichen, aber Grey muß die englische öffentliche Meinung auf seiner Seite haben S. 604, — der Vergleich mit 1909 soll nur ein Argument gegenüber Bel-

grad und der russischen öffentlichen Meinung sein S. 605, — Frankreich und England sollten die äußerste Grenze der Zugeständnisse Rußlands im voraus kennen S. 605. — 4. Dez. Zwei Telegramme Sasonows an russ. Botschaft London: Paris aus persönlichen Erwägungen als Versammlungsort der Konferenz vorzuziehen S. 605—606. — 4. Dez. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré durch österreichische Bevorzugung Londons verletzt, doch würde er eine solche Wahl nicht bedauern, da Resultat der Beratungen im besten Falle nur Stückwerk sein werde S. 606. — 4. u. 5. Dez. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow: Deutschland, Österreich und auch Italien geben London den Vorzug S. 606—607. — 6. Dez. Dies. an dens.: Österreich stimmt einer Botschafterkonferenz in London zu und stellt eine Bedingung hinsichtlich der Frage des serbischen Hafens S. 607. — 6. Dez. Dies. an dens.: Grey hätte vorgezogen, daß diese Frage den Gegenstand von Instruktionen an den österreichischen Vertreter gebildet hätte S. 608. — 8. Dez. Sasonow an russ. Botschaft London: Er ist nicht einverstanden, daß österreichisch-italienisches Abkommen über Albanien zum Ausgangspunkt der Beratungen über Albanien angenommen wird S. 608. — 9. Dez. Ders. an dies.: Nimmt die Wahl Londons an, um die Lage zu entspannen S. 608, — erblickt hierin einen Versuch Deutschlands, sich England zu nähern, um es von Rußland und Frankreich zu trennen S. 609. — 9. Dez. Ders. an dies.: Gegen die Teilnahme Rumäniens an den allgemeinen Beratungen der Konferenz S. 609. — 9. Dez. Ders. an dies.: Petersburger Kabinett wünscht völliges Einvernehmen mit London und Paris S. 609, — Rußlands Hauptziel die politische und ökonomische Emanzipation Serbiens S. 609, — Entwicklung des russischen Programms hinsichtlich Albaniens und des serbischen Zuganges zur Adria S. 610. — 10. Dez. Ders. an dies.: Russisches Programm der politischen und ökonomischen Emanzipation Serbiens S. 610, — im Interesse Serbiens wird es Österreich nicht mitgeteilt S. 611, — doch muß Serbien erklären, daß es sich den Beschlüssen der Entente unterwerfen wird, da die Entscheidung bezüglich eines europäischen Krieges nicht Serbien überlassen werden kann S. 611. — 10. Dez. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré sogar gegen eine bedingte Zulassung eines rumänischen Vertreters S. 612. — 10. Dez. Dies. an dens.: Poincaré stimmt Sasonows Absichten hinsichtlich Albaniens zu, nur wünscht er eine internationale Kontrolle und möglichste Einengung der Grenzen des neuen Staates S. 612. — 11. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey findet die Vorschläge Sasonows ausgezeichnet, Österreich müsse auf dieselben eingehen, wenn es nicht seinen ursprünglichen Standpunkt geändert hat S. 613. — 12. u. 14. Dez. Zwei Telegramme ders. an dens.: Grey über die Zulassung eines rumänischen Vertreters S. 613—614. —

Sechzehntes Kapitel. **Die Lage auf dem Balkan Anfang 1914: 24. Januar bis 30. Juni 1914** ..... **S. 615—638**

Die Gruppierung der Balkanstaaten. 24. Jan. 1914. Russ. Gesandtschaft Bukarest an Sasonow: Bericht des neuen russischen Gesandten

Poklewski über den Umschwung in der öffentlichen Meinung Rumäniens zugunsten Rußlands und Abwendung von Österreich S. 615, — Bestehen eines geheimen Vertrages zwischen Österreich und Rumänien S. 617, — doch würde das rumänische Volk einen bewaffneten Zusammenstoß mit Rußland nicht mehr zulassen S. 618. — 17. Febr. Dies. an dens.: Rumänien erklärt auf Veranlassung Serbiens und Griechenlands, daß es bei einem Landangriffe der Türkei gegen Griechenland nicht neutral bleiben werde S. 618, — Mißtrauen Rumäniens zu den bulgarischen Absichten S. 619. — 24. Febr. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Ohne daß Rumänien bis jetzt dem serbisch-montenegrinisch-griechischen Bunde beigetreten ist S. 620, — sind diese Staaten doch in eine enge Gemeinschaft eingetreten S. 620. — 2. März. Sasonow an russ. Gesandtschaft Sofia: Da die leitenden bulgarischen Persönlichkeiten Rußland kein Vertrauen einflößen S. 621, — so muß sich dieses einstweilen Bulgarien gegenüber die größte Zurückhaltung auferlegen S. 622. — 3. April. Russ. Botschaft Wien an Sasonow: So beklagenswert der zweite Balkankrieg vom Standpunkt des Slawentums auch gewesen sein mag S. 622, — so ist er insofern für Rußland von Vorteil, als Österreich jetzt auf dem Balkan völlig isoliert ist S. 623, — es ist jedoch unklug, daß die russische und französische Presse den Abfall Rumäniens von der der Entente gegenüberstehenden Koalition so geräuschvoll begrüßt S. 624. —

Möglichkeit der Vereinigung Serbiens mit Montenegro. 26. März 1914. Zwei Telegramme der russ. Gesandtschaft Cettinje an Sasonow: Vorschlag des Königs von Montenegro bezüglich einer Vereinigung der beiden Nationen S. 624, — wahrscheinlicher Widerstand von seiten Österreichs und Italiens S. 624, — nützliche Tätigkeit der russischen Militärinstrukteure in Montenegro im Rahmen des serbischen Militärprogrammes S. 625. — 29. März. Sasonow an russ. Gesandtschaft Belgrad: Entsendung serbischer Militärinstrukteure nach Montenegro würde politische Schwierigkeiten hervorrufen S. 625. — 30. März. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Serbische Regierung hat eine derartige Maßregel nicht beabsichtigt S. 625. — 30. März. Dies. an dens.: Der montenegrinische Vorschlag bedeutet keine Verschmelzung der beiden Nationen und Pasitch wird mit der größten Vorsicht handeln, um nicht österreichischen und italienischen Widerspruch hervorzurufen S. 626. — 5. März. Sasonow an russ. Gesandtschaft Belgrad: Der österreichische Botschafter in Petersburg erklärt, daß die Möglichkeit einer Vereinigung Serbiens mit Montenegro in Österreich stark beunruhige, die Adria bedeute für Österreich dasselbe wie das Schwarze Meer für Rußland, es könne keine Verschiebung des dortigen Gleichgewichtes zugelassen werden S. 626, — Sasonow stellt die Möglichkeit einer derartigen Vereinigung fürs erste in Abrede, bestreitet aber, daß eine derartige Eventualität nachteilige Folgen für Österreich nach sich ziehen müsse S. 627, — er empfiehlt jedoch den Serben Vorsicht in dieser wichtigen Frage S. 628. — 7. April. Russ. Gesandtschaft Belgrad an Sasonow: Serbien wird alle nötige Vorsicht beobachten, ist aber einmal alles vorbereitet, so wird keine Macht der Welt diese historische Ent-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wicklung hemmen können S. 628. — 19. Mai. Dies. an dens.: Verhandlungen zwischen Montenegro und Serbien S. 629, — die Frage der russischen Militärinstrukteure in Montenegro wird im Einklange mit den serbischen Plänen in Montenegro gelöst werden S. 630. — 7. Juli. Sasonow an russ. Gesandtschaft Belgrad: Nach dem Morde in Serajewo und der antiserbischen Stimmung in Wien rät Rußland, die serbisch-montenegrinischen Verhandlungen hinauszuschieben, da Österreich und auch Deutschland auf dieselben aufmerksam geworden sind S. 631. —

Die Frage einer bulgarischen Anleihe. 22. April 1914. Russ. Gesandtschaft Sofia an Sasonow: Anleiheverhandlungen in Berlin, nachdem Rumänien seine ablehnende Haltung aufgegeben S. 631. — 26. April. Dies. an dens.: Die Anleihe ist eine Lebensfrage für das Kabinett Radoslawow, die russischen und französischen Gesandtschaften in Sofia tun alles, um die Anleihe zu vereiteln S. 632. — 29. April. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Französische Regierung unterstützt diese Bestrebungen S. 632. — 6. Mai. Sasonow an russ. Botschaft London: Bitte an die englische Regierung, dasselbe zu tun S. 632, — um wirtschaftliche Unterwerfung Bulgariens unter Deutschland zu verhindern S. 633. — 13. Mai. Russ. Gesandtschaft Sofia an Sasonow: Plan, das Zustandekommen der Anleihe zu verhindern, indem direkt dem Könige französische Hilfe angeboten wird, auf diese Weise würde der deutsche und österreichische Einfluß in Bulgarien unterbunden und später auch der Sturz des mißliebigen Kabinettes Radoslawow eintreten S. 633. — 18. Mai. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Französische Regierung mit diesem Plane einverstanden S. 634. — 23. Mai. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Schwierigkeiten von seiten der französischen Banken S. 635. — 25. Mai. Dies. an dens.: Man wünscht in Paris eine Beteiligung der russischen Banken S. 635. — 30. Mai. Zwei Telegramme ders. an dens.: Projekt der dem Könige Ferdinand zu machenden Erklärung S. 635, — die finanziellen Vorschüsse würden die Möglichkeit geben, auf die Richtung der bulgarischen Politik einzuwirken S. 636. — 6. Juni. Dies. an dens.: Da die Anleihe in Berlin nicht wird verhindert werden können, ist eine Mitteilung an den König gegenstandslos geworden, doch müssen die Anstrengungen Frankreichs und Rußlands darauf gerichtet sein, die Annahme der Berliner Anleihe durch das bulgarische Parlament zu verhindern S. 637. — 19. Juni. Dies. an dens.: Verhandlungen der französischen Bank Périer mit Bulgarien S. 637. — 29. u. 30. Juni. Zwei Telegramme der russischen Gesandtschaft Sofia an Sasonow: Erschwerung dieser Verhandlungen durch den Mord in Serajewo S. 638. —

Siebzehntes Kapitel. **Rußland und die Militärmission des Generals Liman von Sanders: 21. November 1913 bis 16. Januar 1914** ..... S. **639—673**

Verhandlungen in Berlin während der Anwesenheit des russischen Staatssekretärs Kokowzew. 21. Nov. 1913. Russ. Botschaft Berlin an

Sasonow: Unterredung zwischen Kaiser Wilhelm und Kokowzew über den deutschen Standpunkt in dieser Frage S. 639—640. —

Frage der Unterstützung der russischen Vorstellungen in Konstantinopel durch Frankreich und England. 25. Nov. 1913. Sasonow an die russ. Botschaft London: Rußland will keine deutschen Offiziere nach Konstantinopel zulassen, dies entspricht auch nicht den Interessen Frankreichs und Englands, Sasonow schlägt gemeinsame Schritte in Konstantinopel vor, um gleichwertige Kompensationen zu fordern S. 641. — 26. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Nicolson pflichtet persönlich diesem Vorschlage bei S. 641. — 26. Nov. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Druck der französischen Regierung auf die Türkei S. 641. — 28. Nov. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey gibt prinzipiell die Möglichkeit von Kompensationen zu, praktisch seien jedoch solche schwer zu finden, da das Hauptziel der Entente: die Deutschen aus Konstantinopel zu entfernen S. 642, — er rät freundschaftliche Verhandlungen mit Berlin fortzusetzen S. 642, — der feindselige Ton der russischen Presse sei zu bedauern S. 643. — 2. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Gemeinsame Anfrage Englands und Frankreichs in Konstantinopel S. 643, — wenn kein befriedigendes Resultat erzielt, so werden sie Kompensationen, namentlich für Rußland hinsichtlich der Meerengen, verlangen S. 643. — 2. Dez. Dies. an dens.: Grey dafür, daß dieser Schritt von den drei Ententemächten gemeinsam in Konstantinopel unternommen wird S. 644. — 7. Dez. Sasonow an russ. Botschaft London: Projekt einer gemeinsamen Note an die Türkei S. 644. — 9. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey mit diesem Texte nicht einverstanden, Drohungen seien verfrüht, er kommt auf seinen ersten Vorschlag zurück S. 645. — 9. Dez Dies. an dens.: Kühlmann erklärt wahren Charakter der Mission, bedauert Pressefehde, zieht Analogie zwischen deutschem General und englischem Admiral in der Türkei S. 645, — Grey betont große Bedeutung von Konstantinopel für alle Mächte, englischer Admiral sei Nichtkombattant S. 646. — 9. Dez. Dies. an dens.: Frankreich teilt den Standpunkt Greys S. 646. — 9. Dez. Grey an englischen Botschafter in Konstantinopel: Text der von ihm vorgeschlagenen Mitteilung an die Pforte S. 647. — 10. Dez. Zwei Telegramme Sasonows an russ. Botschaft London: Bezeichnet den Greyschen Text als nichtssagend, schlägt andere Redaktion vor S. 647, — ist auch mit einer mündlichen, aber identischen Mitteilung an die Pforte einverstanden S. 648. — 11. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey beharrt auf seinem Standpunkte, hält einen Schritt zu dreien, ganz abgesehen vom Texte der Mitteilung, für ein sehr wichtiges Ereignis S. 648. — 10. Dez. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Wangenheim persönlich schlägt Zugeständnisse vor, für Deutschland sei es unangenehm, einen deutschen General aus Konstantinopel zu entfernen, während ein englischer Admiral dort bleiben könne S. 649. — 11. Dez. Sasonow an russ. Botschaft London: Eine Überführung des englischen Admirals nach Ismid würde Lösung erleichtern S. 650. — 12. Dez. Ders. an dies.: Beklagt sich über die Haltung Greys und die Unwirksamkeit seiner Unterstützung

S. 650, — der Mangel an Solidarität der drei Ententemächte bilde eine ernste Gefahr gegenüber dem soliden Block des Dreibundes S. 651. — 12. Dez. Sasonow an russ. Botschaft Konstantinopel: Infolge der Haltung Greys ist Rußland gezwungen, den englischen Standpunkt anzunehmen S. 651. — 12. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey gibt zu, daß Mission des englischen Admirals ein wirksames Argument Deutschlands ist S. 651. — 13. Dez. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Mitteilung an die Pforte erfolgt S. 651. — 14. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey von den Äußerungen Sasonows schmerzlich berührt S. 652. — 14. Dez. Dies. an dens.: Antwort der Pforte an England 652. — 14. Dez. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Militärische Maßnahmen Rußlands an der türkischen Grenze S. 652. — 15. Dez. Dies. an dens.: Türkische Erklärungen über die Kompetenzen des deutschen Generals S. 653. —

Frage der direkten Verhandlungen zwischen Berlin und Petersburg. 16. Dez. 1913. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey weist Lichnowsky auf die außerordentlich große Bedeutung Konstantinopels für die russische Politik hin S. 654. — 16. Dez. Dies. an dens.: Der Schritt der drei Mächte in Konstantinopel hat Deutschland in eine schwierige Lage versetzt, man müßte Verhandlungen nach Berlin verlegen, um Deutschland möglichst große Aktionsfreiheit zu lassen S. 654. — 17. Dez. Sasonow an russ. Botschaft London: Die Erklärungen der Türkei unbefriedigend, hält es nicht für möglich, die Verhandlungen mit Berlin fortzusetzen, vielleicht könne England mehr in Berlin erreichen S. 655. — 17. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: England will die Stellung seines Admirals modifizieren S. 655. — 18. Dez. Dies. an dens.: Es ist fraglich, ob Grey allein ohne Rußland in Berlin verhandeln kann, der Schritt der drei Ententemächte in Konstantinopel hat großen Eindruck gemacht und eine Wiederholung würde Deutschland in eine Zwangslage versetzen S. 656. — 18. Dez. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Französische Regierung bereit, Rußland energisch zu unterstützen, doch fürchtet man, daß Forderung von Kompensationen zur Liquidierung der asiatischen Türkei führen könne, Notwendigkeit, die französische Presse zu orientieren S. 656. —

Vermittlungsvorschlag des deutschen Botschafters in Konstantinopel. 20. Dez. 1913. Sasonow an russ. Botschaft London: Mitteilung der Eröffnungen Wangenheims, Notwendigkeit Presse-Indiskretionen zu vermeiden S. 657. — 20. Dez. Drei Telegramme der russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Wangenheim schlägt einen Ausweg aus der schwierigen Lage vor S. 657—659. — 21. Dez. Sasonow an russ. Botschaft Konstantinopel: Ist mit Verhandlungen zwischen dem deutschen und russischen Militäragenten in Konstantinopel einverstanden S. 660. —

Zuspitzung der Krise. 29. Dez. 1913. Russ. Botschaft London an Sasonow: Jagow hat Goschen erklärt, er hoffe, daß sich ein Kompromiß werde finden lassen S. 660, — englisches Außenministerium glaubt, daß, wenn Sasonow jetzt einen Schritt zu dreien in Berlin beabsichtige, man sich vorher genau über die möglichen Folgen Rechenschaft geben müsse

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

S. 660. — 30. Dez. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Französische Regierung fest entschlossen, allen Schritten Rußlands beizutreten, doch glaubt Pariser Kabinett, man sollte gewisse ausstehende Erklärungen abwarten, ehe Ententemächte zu einer Intervention schreiten, die die Lage verschärfen könnte S. 661, — welche Entschlüsse glaubt Petersburger Kabinett Frankreich und England vorschlagen zu müssen, wenn keine versöhnliche Lösung gefunden werden kann S. 662. — 30. Dez. Dies. an dens.: In Paris glaubt man, daß die Beteiligung Frankreichs an dem in Vorschlag gebrachten Schritte der Entente in Berlin verletzen würde S. 662. — 30. Dez. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Versöhnliche Erklärungen Wangenheims S. 662, — er bittet, jetzt jeden Druck auf das Berliner Kabinett zu vermeiden S. 663. — 31. Dez. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow: Grey will Verhandlungen mit Berlin fortsetzen S. 663. — 1. Jan. **1914.** Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Rußland darf sich bis jetzt über mangelhafte Unterstützung von seiten des Kabinetts Doumergue-Cailleaux nicht beklagen S. 664, — jedoch technische Schwierigkeiten der diplomatischen Verhandlungen mit Doumergue S. 664, — persönlicher Vorschlag Bompards, Rußland solle ein Kriegsschiff in den Bosporus schicken, um seine Forderungen betreffend General Liman von Sanders durchzusetzen S. 665, — französische öffentliche Meinung empfindet deutschen Einfluß in der Türkei als unzulässig S. 665. — 1. Jan. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: In Berlin hofft man auf eine befriedigende Lösung S. 666. — 2. Jan. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Über die Unzulässigkeit periodischer finanzieller Unterstützung der Türkei durch Frankreich S. 666. — 4. Jan. Sasonow an russ. Botschaft London: Befürchtet, daß Reise Wangenheims nach England das Ziel verfolgt, England und Rußland zu entzweien S. 667. — 5. Jan. Russ. Botschaft London an Sasonow: Das Panzerschiff „Rio" wird der Türkei erst im Herbste abgeliefert werden können S. 667. — 5. Jan. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow: Wangenheim ist nach Irland gekommen, um Pferde für sich zu kaufen S. 667—668. — 5. Jan. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré hat von Jules Cambon gehört, in Berlin wünsche man den Zwischenfall beizulegen, doch will man einen „europäischen Charakter" desselben vermeiden, er folgert hieraus, daß ein gemeinsamer Ententeschritt in Berlin auf starken Widerstand stoßen wird, trotzdem ist Poincaré bereit, sich uns anzuschließen, bittet aber, den weiteren Gang der Ereignisse vorauszusehen S. 668, — Frankreich trotz aller Friedensliebe ruhig entschlossen, seine Bündnispflichten Rußland gegenüber zu erfüllen S. 669. — 7. Jan. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey zufrieden, daß Sasonow den beabsichtigten gemeinsamen Schritt in Berlin um eine Woche aufgeschoben hat, er weist Lichnowsky auf die Notwendigkeit einer Einigung hin S. 669. — 8. Jan. Dies. an dens.: Grey über die Kompetenz General Limans S. 670. —

Beilegung der Krise. 12. Jan. **1914.** Russ. Botschaft London an Sasonow: Liman von Sanders verläßt das Kommando des I. Armeekorps, Nicolson hofft, Rußland werde sich mit dieser moralischen Genug-

tuung zufrieden geben S. 670. — 13. Jan. Sasonow an russ. Botschaft Konstantinopel: Anfrage über Bedeutung des neuen Postens Limans S. 671. — 16. Jan. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Unterredung zwischen Jagow und Swerbejew über die Beilegung der Krise, schwierige Stellung der deutschen Regierung, Notwendigkeit der Reorganisation der türkischen Armee S. 671—673. —

Achtzehntes Kapitel. **Die Grundzüge der russischen Meerengenpolitik: 23. Oktober 1911 bis 10. Mai 1913** ..... S. **674—695**

Englands und Frankreichs Stellungnahme zu den Verhandlungen Tcharykoffs mit Said Pascha 1911. 23. Okt. 1911. Russ. Botschaft London an stellvertr. Außenminister Neratow: Rußland teilt England seine Verhandlungen mit der Türkei mit, die sich auf Herstellung besserer Beziehungen, Garantie der Stadt Konstantinopel und freie Durchfahrt für russische Kriegsschiffe beziehen, eine derartige Übereinkunft für Mittelmeerinteressen der Entente von Vorteil, Grey wird diese neue Lösung der Meerengenfrage vom Ministerrate prüfen lassen S. 674. — 23. Okt. Dies. an dens.: Bericht Benckendorffs über seine diesbezügliche Unterredung mit Cambon und Grey und den Standpunkt des letzteren hinsichtlich der Erhaltung der Entente, der Meerengenfrage und einer eventuellen Garantie des türkischen Territoriums S. 675—678. — 24. Okt. Russ. Botschaft Konstantinopel an Neratow: Völlige Übereinstimmung der drei Ententevertreter in Konstantinopel S. 678, — Möglichkeit eines englisch-französisch-russisch-türkischen Mittelmeer-Abkommens für den östlichen Teil desselben S. 679. — 25. Okt. Neratow an russ. Botschaft London: Anfrage über die Tragweite der Greyschen Erklärungen S. 679. — 25. Okt. Russ. Botschaft London an Neratow: Nicolson glaubt, daß eine etwaige territoriale Garantie des türkischen Territoriums schwer mit Neutralität im italienisch-türkischen Kriege vereinbar S. 679. — 26. Okt. Dies. an dens.: Weitere Erklärungen des Greyschen Standpunktes S. 680. — 2. Nov. Neratow an russ. Botschaft London: Konstantinopeler Verhandlungen werden vielleicht aus örtlichen Gründen hinausgeschoben werden, doch will Petersburger Kabinett die jetzige Gelegenheit benutzen, um Standpunkt Englands und Frankreichs in konkreter schriftlicher Form festzulegen S. 681. — 8. Nov. Russische Botschaft London an Neratow: Zusammenhang der russischen Verhandlungen in Konstantinopel mit Annäherungsversuchen der Türkei an die Entente und dem Tripoliskriege S. 682, — es ist immer schwer, England zu prinzipiellen Verpflichtungen zu bewegen, die sich auf zukünftige Eventualitäten beziehen S. 683. — 8. Nov. Dies. an dens.: Meerengenfrage wird vielleicht nicht sofort gelöst werden können, aber in England sind immerhin seit zwei Jahren Fortschritte in dieser Frage zugunsten Rußlands zu verzeichnen S. 684, — vielleicht wird Europa Einwendungen erheben, wenn das Schwarze Meer in einen Zufluchtshafen für Rußlands Kriegsflotte verwandelt würde S. 684, — Tendenz der Entente, sich immer mehr aus-

zudehnen und zu erstarken S. 684. — 24. Nov. Neratow an russ. Botschaft London: Berliner Kabinett widersetzt sich nicht einem eventuellen Übereinkommen Rußlands mit Türkei über Öffnung der Meerengen, Wien möchte Einzelheiten kennen S. 686. —

Rußlands Standpunkt im Jahre 1912. 26. Nov. 1912. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Frankreich wird Rußland in Meerengenfrage aufs energischste unterstützen, möchte aber über seine Absichten unterrichtet sein S. 686. — 30. Nov. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Rußland behält sich hinsichtlich der Erörterung der Meerengen-Frage auf Pariser (Londoner) Botschafterkonferenz freie Hand vor S. 687. — 28. Nov. Ders. an dies.: Zurückhaltung Rußlands in der Meerengen-Frage, bis der Umfang der Erfolge der Balkanalliierten und die Haltung der Großmächte klar in Erscheinung getreten S. 687, — Rußlands Lebensinteressen können nicht durch vertragliche Garantien gewährleistet werden, sondern nur durch effektive Macht, die sich auf ein bestimmtes Regime der Meerengen stützt S. 688, — Ablehnung des österreichischen Wunsches, mit Rußland einen Parallelismus der beiderseitigen Balkaninteressen herzustellen, da Theorie der Kompensationen den Balkanvölkern schaden würde S. 688, — da Bulgarien und Türkei auf lange Zeit geschwächt, kann Rußland jetzt seinen Einfluß unter Balkanstaaten und Rumänien erweitern, und seine Stellung in Türkei befestigen S. 689, — Rußland will vermeiden, daß jetzt eingegangene Abmachungen ein Hindernis bilden könnten, die Meerengenfrage in Zukunft endgültig seinen Interessen entsprechend zu lösen S. 689, — einzelne praktische Modifikationen des jetzigen Regimes allerdings schon jetzt durchführbar S. 689, — bedingte Zustimmung von allen Großmächten bereits erfolgt S. 689, — eventueller österreichischer Widerstand kaum ein ernstliches Hindernis S. 690. — 2. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Rußland kann in Meerengen-Frage auf Englands Unterstützung rechnen, immerhin darf man in Petersburg nicht vergessen, daß die Türkei als mohammedanisches und asiatisches Reich für England eine äußerst wichtige Macht ist S. 690—692. —

Die Meerengen-Frage und die internationale Kontrolle der türkischen Finanzen. 1. Mai 1913. Sasonow an russ. Botschaft London: Wenn infolge europäischer Kontrolle Rüstungen der Türkei eingeschränkt werden, würde es ihr schwerfallen, Konstantinopel zu Lande gegen Bulgarien zu verteidigen S. 692, — der Zukunft will Rußland nicht vorausgreifen, aber ein vorzeitiges Aufrollen der Meerengen-Frage wäre für seine Politik von Schaden S. 693, — eine internationale Finanzkontrolle könnte außerdem zu einer Vormachtsstellung Deutschlands in Konstantinopel führen S. 693. — 10. Mai. Russ. Botschaft Konstantinopel an Sasonow: Ein internationales Kontrollelement in der Türkei kann das historische Streben Rußlands, sich der Meerengen zu bemächtigen, nur hindern und verzögern S. 694, — für Rußland am günstigsten wäre es, zeitweilig Ordnung in der Türkei zu schaffen, um Liquidation des türkischen Reiches bis zu dem Augenblicke hinauszuschieben, der für Rußland die größten Vorteile verspricht S. 695. —

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die beiden Mächtegruppen in Europa.

Neunzehntes Kapitel. **Deutsch-russische Beziehungen 1909—1914: 2. April 1909 bis 9. April 1914** ..... S. 696—715

1909. 2. April. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Nach Lösung der bosnischen Krise glaubt Deutschland aus seiner isolierten Lage nach Algeciras befreit zu sein S. 696, — Theorie des bewaffneten Friedens die Grundlage seiner Realpolitik S. 697, — wünscht gute Beziehungen zu Rußland wiederherzustellen S. 697. — 2. Juli. Iswolsky an russ. Botschaft Berlin: Politische Zurückhaltung Kaiser Wilhelms bei der Monarchenzusammenkunft in Finnland S. 697, — Iswolsky beklagt sich gegenüber Baron Schön über die Haltung Deutschlands während der Annexionskrise S. 698, — Schön erklärt, daß Deutschland sich einer neuen Mächtegruppierung gegenüber befindet und seine Bande mit Österreich enger knüpfen müsse S. 699, — Iswolsky gibt zu, daß man in Petersburg und Paris weiß, daß eine Umwandlung der Entente in Bündnisse eine Bedrohung des europäischen Friedens bedeuten würde S. 699, — Schön für eine freundschaftliche Lösung der deutsch-englischen Flottenrüstungen S. 700, — Kaiser Wilhelm kein Freund der russischen reaktionären Partei S. 700, — Deutschland verfolgt in Persien nur ökonomische Ziele S. 700. — 25. Juni. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Rede Kaiser Wilhelms über das Friedensbedürfnis der Völker S. 701. — 12. Nov. Dies. an dens.: Zunehmende Nervosität Kaiser Wilhelms wegen der allgemeinen Entwicklung der europäischen Politik, die zu einer Isolierung Deutschlands führt, sein Zweifel an der Freundschaft Rußlands, größere Anlehnung an Österreich S. 701—702. —

1910. 18. März. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Deutschland glaubt sich immer mehr isoliert S. 702. — 5. Aug. Dies. an dens.: Die Zusammenkunft zwischen Kiderlen und Aehrenthal in Marienbad wird auf eine Verschärfung der Lage auf dem Balkan zurückgeführt S. 703. — 11. Nov. Dies. an Sasonow: Deutsche öffentliche Meinung und Presse erblicken in Potsdamer Monarchenzusammenkunft eine Garantie für weitere Erhaltung des Friedens S. 704. —

1912. 4. Juni. Sasonow an russ. Botschaft London: Die franko-russische Allianz ist so fest, daß man in Frankreich keinerlei Besorgnisse wegen etwaiger Folgen der bevorstehenden Zusammenkunft des Zaren mit Kaiser Wilhelm zu hegen brauche S. 704, — systematische Vorbereitung der öffentlichen Meinung in Frankreich auf dieses Ereignis S. 705. — 4. Juni. Ders. an dies.: Ähnliche Erklärungen in London S. 705. — 7. Juli. Ders. an dies.: Befriedigender Verlauf der Kaiserzusammenkunft in Baltischport, keinerlei Versuche Deutschlands, eine Veränderung der Mächtegruppierung herbeizuführen S. 705. — 8. Juli. Ders. an dies.: Ausführlicher Bericht über die Monarchenbegegnung in Baltischport S. 706—708. — 18. Juli. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: In Frankreich hat die Zusammenkunft keinerlei Beunruhigung hervorgerufen S. 709, — wozu

die systematische Vorbereitung der öffentlichen Meinung und Presse und auch der gleichzeitige Besuch russischer militärischer Führer in Paris wesentlich beigetragen S. 709. —

1913. 28. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Vermehrung der deutschen Armee durch militärische Schwächung Österreich-Ungarns bedingt S. 710. — 14. März. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Bedeutung und Ursachen der Verstärkung der deutschen Heeresmacht S. 710—713. —

1914. 12. März. Der russ. Botschafter in Berlin Swerbejew an Sasonow: Die wachsende militärische Kraft Rußlands erweckt immer ernstere Befürchtungen in Berlin S. 713, — namentlich die Fertigstellung der schweren russischen Artillerie im Jahre 1916 S. 714, — auch Deutschland ist bestrebt, für den Kriegsfall mit Rußland bereit zu sein, obwohl es Rußland trotz allem fürchtet S. 714, — Swerbejew hofft, daß Rußland in der Tat alles zur Stärkung seiner Heeresmacht tut, um Deutschland auf diese Weise zu zwingen, seine eigene Kriegsbereitschaft bis zum äußersten zu treiben S. 714. — 9. April. Ders. an dens.: Feindselige Haltung der deutschen Presse Rußland gegenüber S. 714, — die Militärs und preußischen Junker fürchten das Anwachsen der militärischen und wirtschaftlichen Macht Rußlands und halten den gegebenen Zeitpunkt für einen Krieg mit Rußland für günstig, da er doch auf alle Fälle unvermeidlich scheint S. 714, — Erregung besonders in Süddeutschland S. 715, — nicht allein die vergrößerte Kriegsbereitschaft Rußlands, sondern auch die Frage der Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages beunruhigt in Berlin S. 715, — die deutsche Regierung teilt nicht den Standpunkt der kriegerischen Elemente und wünscht zuerst alle friedlichen Mittel zu einer beiderseitigen Versöhnung zu versuchen S. 715. —

Zwanzigstes Kapitel. **Deutsch-englische Beziehungen 1908—1914: 25. November 1908 bis 13. Februar 1914** ..... S. 716—776

1908. 25. Nov. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey befürchtet die Wirkung einer militärischen Intervention in Persien auf das englisch-russische Übereinkommen S. 716, — Benckendorff glaubt, daß ein Bruch dieser Konvention eine Neuorientierung der äußeren Politik Englands im Sinne einer Annäherung an Deutschland und nachfolgenden Isolierung Rußlands nach sich ziehen würde S. 716, — aus politischen Gründen ist England gegen ein Übereinkommen mit Deutschland und für die Entente mit Frankreich und Rußland S. 716, — Deutschland bemüht, letztere zu sprengen S. 717, — persönliche Schritte Kaiser Wilhelms in dieser Richtung S. 717, — man mißtraut zwar in England der deutschen Regierung, hat aber Achtung vor dem Lande selbst S. 718, — die Flottenfrage bildet zwar eine Schranke, aber Benckendorff hält sie nicht für unüberwindlich S. 718. —

1909. 3. Febr. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Politische Bedeutung des Besuches des englischen Königspaares in Berlin S. 718, — öffentliche Meinung und Presse in England wünschen im Interesse des

allgemeinen Friedens eine Entspannung der deutsch-englischen Beziehungen S. 719, — das Kabinett selbst weniger optimistisch und zurückhaltend S. 719, — wünscht jedoch eine mäßigende Einwirkung Berlins auf Wien S. 719, — König Eduard beabsichtigt augenscheinlich die allgemeine Situation zu beobachten, sich jedoch politischer Besprechungen zu enthalten S. 720, — die deutsche Kritik an der Haltung Kaiser Wilhelms hat auch auf ihn zurückgewirkt S. 720, — Hardinge bestätigt Benckendorffs Ansicht über die Bedeutung dieses Besuches, hält jedoch die Hoffnung des englischen Publikums für übertrieben, da Flottenrüstungen ganz normale Beziehungen zwischen beiden Ländern unmöglich machen S. 721. — 10. Febr. Dies. an dens.: Eventuelle Verhandlungen über die Bagdadbahn während des Besuches S. 722. — 15. Febr. Dies. an dens.: Die Befürchtungen des Petersburger Kabinettes hinsichtlich einer möglichen Änderung der englischen Politik durchaus unbegründet S. 722, — England wünscht gemeinsam mit Rußland in Balkankrise vorzugehen S 723, — und hat jetzt die Überzeugung gewonnen, daß auch Deutschland keinen Krieg wünscht S. 723. — 16. Febr. Dies. an dens.: Der Empfang in Berlin ist ein sehr herzlicher gewesen und die wenigen politischen Unterredungen durchaus versöhnlich S. 723, — sind jedoch über Allgemeinheiten nicht hinausgegangen S. 723, — Bülow betont Friedensliebe Deutschlands und mäßigende Einwirkung auf Wien S. 724, — aber Beziehungen zwischen Österreich und Serbien infolge der Haltung des letzteren gespannt S. 724, — Hardinge zufolge besteht Hauptergebnis des Besuches in Überzeugung, daß Deutschland im kritischen Augenblicke sein ganzes Gewicht auf Seite der Erhaltung des europäischen Friedens legen wird S. 725, — öffentliche Meinung Englands optimistisch, aber Flottenrüstungen werden weiter fortgesetzt S. 725. — 19. Febr. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Zwischen den beiden Monarchen ist nicht über Politik gesprochen worden S. 726, — zwischen Bülow und Hardinge über Balkanfragen, wobei die friedlichen Bestrebungen beider Mächte betont worden sind S. 726, — England erblickt im Marokkoabkommen zwischen Deutschland und Frankreich ein wertvolles Friedensunterpfand und hegt zu Deutschland keine Feindschaft S. 727. — 10. Febr. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Grey mit dem deutsch-französischen Marokko-Abkommen zufrieden S. 727, — er hofft, daß das Gefühl der Isolierung in Deutschland abnimmt S. 728, — ein Krieg wäre seiner Ansicht nach unvermeidlich, wenn Deutschland wirklich isoliert wäre oder die europäische Hegemonie erlangt hätte, letztere Gefahr jetzt beseitigt S. 728. — 28. Mai. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: Anläßlich der Zusammenkunft der Souveräne Deutschlands und Österreichs betont die deutsche offiziöse Presse Festigkeit des Dreibundes und seine friedlichen Ziele, sie sucht in Anbetracht der unbefriedigenden Beziehungen zu England auf diese Weise zu beweisen, daß Deutschland nicht isoliert ist S. 728, — Anwachsen des Mißtrauens zwischen England und Deutschland S. 728 — letzteres sucht deshalb auch die Beziehungen zu Frankreich zu bessern und befürchtet noch weitere Annäherung zwischen England und Rußland S. 729. — 10. Nov. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Asquith urteilt

optimistisch über die allgemeine internationale Lage und die Möglichkeit besserer Beziehungen zu Deutschland S. 729, — Kolonialminister Dernburg hat wahrscheinlich eine Initiative in dieser Hinsicht ergriffen S. 729. — 12. Nov. Russ. Botschaft Berlin an Iswolsky: In Deutschland wird immer mehr das Bestreben bemerkbar, bessere und aufrichtigere Beziehungen zu England herzustellen, Ernennung Bethmann Hollwegs wird als ein in dieser Richtung günstiges Symptom begrüßt S. 730. —

1910. 5. Jan. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Bei der Wahlkampagne macht sich ein unerwarteter gegen Deutschland gerichteter Chauvinismus bemerkbar, selbst von seiten ernster Redner S. 731, — der deutsche Botschafter Metternich sieht jedoch hierin nur ein Wahlmanöver S. 731, — Benckendorff teilt diese Ansicht S. 732. —

1911. 31. März. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Der englisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag beunruhigt in Deutschland, wo man geneigt ist, hierin den Anfang einer Koalition England, Amerika, Frankreich zu erblicken S. 732. — 14. März. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey teilt mit, Deutschland habe direkte Verhandlungen über bestimmte Fragen vorgeschlagen S. 733, — Grey selbst deutet drei Punkte an: Bagdadbahn, südpersische Bahnen, Rüstungen S. 733, — Grey gegen den deutschen Vorschlag einer allgemeinen Formel S. 734. — 28. März. Dies. an dens.: Die Frage der Rüstungen eine Formsache, wichtig jedoch die allgemeine Formel, die ein englisch-deutsches Übereinkommen über den ganzen Osten bedeuten würde S. 735, — Grey entschlossen, auf dem Boden der Entente zu bleiben S. 735, — die öffentliche Meinung und Presse in England wünscht aber immer stärker bessere Beziehungen zu Deutschland S. 735, — die Entente mit Rußland nicht in allen Kreisen populär S. 735, — Rußland muß daher jeden Anschein eines russisch-englischen Gegensatzes vermeiden, welcher Deutschland unmittelbar nützen würde S. 736. — 22. Nov. Dies. an dens.: Die parlamentarische Opposition gegen Greys Politik wächst S. 737, — zwar haben die Beziehungen zwischen Deutschland und England soeben eine akute Krise durchgemacht S. 737, — aber bei der gegenseitigen Achtung der beiden Nationen voreinander wäre eine Reaktion im Sinne einer Annäherung nicht ausgeschlossen S. 738, — König und konservative Opposition unterstützen zwar Greys Ententepolitik, aber ein Verzicht auf dieselbe würde zu einer Aussöhnung mit Deutschland führen S. 738. —

1912 und die Mission Lord Haldanes. 1. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Zusammenhängender Überblick über die Politik Englands, die bisherige Bilanz der Ententepolitik vom englischen Standpunkte aus, Möglichkeit eines deutsch-englischen Abkommens und dessen Folge S. 738—748. — 8. Febr. Dies. an dens.: Grey macht Benckendorff Mitteilungen von der Reise Haldanes nach Berlin S. 748, — eine Entspannung zwischen England und Deutschland würde dem allgemeinen Frieden dienen, zwar seien die Flottenrüstungen ein ernstliches Hindernis, doch hält Grey die Stimmung in Berlin für einen Gedankenaustausch mit einem hervorragenden englischen Staatsmann für günstig S. 748. — 9. Febr. Dies. an

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

dens.: Unterredung zwischen Grey und Benckendorff über die Haldanesche Mission S. 749, — England will versuchen, zu Deutschland Beziehungen herzustellen, die denen zwischen Deutschland und Frankreich und Deutschland und Rußland entsprechen S. 750. — 10. Febr. Dies. an dens.: Zu der lange bestehenden Spannung zwischen England und Deutschland war noch infolge der Marokkokrise die englandfeindliche Stimmung in Deutschland und die weitere Vergrößerung der beiden Flotten hinzugekommen S. 751, — deshalb schien eine private Aussprache geboten, um das Terrain für Verhandlungen zu ebnen S. 752, — Haldane in jeder Beziehung die geeignete Persönlichkeit S. 752, — Grey glaubt, daß Rüstungsfrage durch ein direktes Übereinkommen geregelt werden könnte S. 752, — ein Erfolg scheint durch die allzu große Öffentlichkeit der Haldaneschen Mission gefährdet, sollte ein deutsch-englisches Übereinkommen erzielt werden, so brauchen Rußland und Frankreich sich nicht zu beunruhigen, aber immerhin ist das gute Einvernehmen zwischen England und Rußland in Persien gerade zur rechten Zeit wiederhergestellt worden S. 753, — die konservative Partei gegen die Mission S. 753, — Paul Cambon befürchtet Möglichkeit einer falschen Auslegung von seiten der öffentlichen Meinung Frankreichs und Rußlands S. 754. — 13. Febr. Dies. an dens.: Jules Cambon zufolge hat Haldane in Berlin erklärt, die Entente mit Rußland und Frankreich bleibe die Grundlage der englischen Politik S. 754. — 13. Febr. Zwei Telegramme ders. an dens.: Grey teilt mit, die Unterredungen in Berlin hätten sich auf die Flottenbauten, die Bagdadbahn S. 754 — und den Charakter der englischen Ententen mit Frankreich und Rußland bezogen S. 755, — die Initiative zu den Berliner Verhandlungen ist seinerzeit von Berlin ausgegangen S. 755. — 17. Febr. Dies. an dens.: Nicolson bedauert die Beunruhigung, die in Frankreich und Rußland entstanden zu sein scheint, die Reise Haldanes bedeute keine Modifikation der anglorussischen Entente S. 756. — 18. Febr. Dies. an dens.: Die öffentliche Meinung in England hat die Nachricht von der Mission Haldanes mit großem Beifalle aufgenommen S. 756, — da gleichzeitig ein gewisses Mißtrauen zu Rußland wegen der persischen Frage um sich griff, konnte dies für die russische Politik eine Gefahr bedeuten S. 756, — die politischen Kreise sind für die Erhaltung der alten Ententen Englands eingetreten S. 757, — immerhin hat sich die öffentliche Meinung mehr für die Mission Haldanes als für die Ententen interessiert S. 758, — in zwei öffentlichen Reden hat nun Grey die Prinzipien seiner Politik ausgedrückt: Aufrechterhaltung der Ententen und Rüstungen Englands, Entspannung der Beziehungen zu Deutschland, soweit dies mit den beiden ersten Bedingungen vereinbar S. 758, — nun ist wieder überall eine allgemeine Rückkehr zur alten Politik Englands zu konstatieren S. 758, — Grey hat so offen gesprochen, weil er von dieser Umkehr in der öffentlichen Meinung überzeugt war S. 759, — immerhin kann der Mission Haldanes nicht jeder Erfolg abgesprochen werden S. 759, — Englands Erklärungen haben vielleicht in Berlin beruhigt, ebenso der Umstand, daß es sich der kolonialen Expansion Deutschlands im tropischen Afrika nicht widersetzt S. 760, — Rußlands

Interessen werden durch eine mögliche Entspannung zwischen England und Deutschland nicht geschädigt und kann es darangehen, die englisch-russischen Beziehungen noch enger als bisher zu gestalten S. 761. — 1. März. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Die Reise Haldanes hat zuerst in Paris eine gewisse Nervosität hervorgerufen, doch haben die Erklärungen Englands völlig beruhigt S. 761, — Poincaré hat keine Zweifel an Loyalität Englands und glaubt, daß ein Mißerfolg der deutsch-englischen Verhandlungen eine Gefahr für den Frieden bedeuten würde S. 762, — die militärischen Kreise Frankreichs befürchten eine ungünstige Wirkung eines eventuellen deutsch-englischen Flottenabkommens auf die strategische Lage Frankreichs und Rußlands zu Lande S. 762. — 15. März. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow: Offizielle Erklärungen Greys über den nichtaggressiven Charakter der englischen Politik S. 762—763. — 29. März. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Allgemeine Erregung in Deutschland über die Erklärung Churchills, daß die englische Flotte nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zum Kampfe mit derjenigen Deutschlands bestimmt sei, die Wirkung des Haldaneschen Besuches stark abgeschwächt S. 763. — 8. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Der Rücktritt Metternichs ruft in England allgemeines Bedauern hervor, Nicolson über angebliche Versuche des neuen Botschafters-Marschall, England von seinen Freunden zu trennen S. 765. — 18. Mai. Dies. an dens.: Die Pressekampagne gegen Metternich wird die Tätigkeit Marschalls erschweren S. 765, — es kann aber nicht geleugnet werden, daß in England die Sympathien für Deutschland ernstliche Fortschritte gemacht haben S. 767, — politische und moralische Zwischenfälle zwischen Rußland und England gereichen Deutschland zum Vorteile S. 767. — 24. Mai. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Der Lärm wegen der Ernennung Marschalls in der deutschen Presse entspricht nicht der wirklichen Bedeutung dieses Ereignisses S. 767, — er beweist nur, welche Beunruhigung die gespannten Beziehungen zu England in Deutschland hervorgerufen haben S. 768, — die englisch-deutschen Beziehungen sind das hauptsächlichste Moment in der Weltpolitik S. 768, — England glaubt sich als Weltmacht bedroht und ein Übereinkommen wäre nur möglich, wenn es endgültig darauf verzichtet, sich der wirtschaftlichen Ausbreitung Deutschlands und dem Anwachsen seiner Kriegs- und Handelsflotte zu widersetzen S. 768, — wahrscheinlich ist jedoch Marschalls Programm ein viel bescheideneres S. 769. — 7. Juni. Dies. an dens.: Die Möglichkeit einer Umwandlung der frankoenglischen Entente in ein Bündnis beschäftigt lebhaft Deutschland S. 769, — die Presse behauptet, die letzten Ereignisse hätten bewiesen, daß England auch ohne Bündnis in einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich sich auf die Seite des letzteren stellen wird S. 769, — man befürchtet vor allem, daß England sich endgültig von der Möglichkeit einer Annäherung an Deutschland abwendet S. 769, — das Marokko-Abkommen hat die deutsch-französischen Beziehungen nicht gebessert S. 769, — Deutschlands Maßnahmen in Elsaß-Lothringen rufen in Frankreich Erregung hervor S. 769, — chauvinistische

Ausfälle der französischen Presse werden deutscherseits scharf zurückgewiesen S. 770, — unter diesen Umständen haben die Beziehungen zu England für Deutschland ganz besondere Bedeutung S. 770. — 6. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: Russ. Mitteilung in Bern über die Spannung der politischen Lage mit Rücksicht auf die schweizerische Neutralität S. 770, — Erklärungen Greys an den Schweizer Gesandten über die Haltung Englands im Falle eines Krieges S. 770. —

1913. 3. Jan. Russ. Botschaft London an Sasonow: Grey über die diplomatische Unterstützung Rußlands von seiten Englands und die Haltung des letzteren im Falle eines Krieges S. 771. — 9. Febr. Dies. an dens.: Die Erklärungen von Tirpitz werden in England als Anerkennung der Vorherrschaft Englands zur See gedeutet, Befriedigung in der englischen Presse S. 771. — 12. Febr. Sasonow an russ. Botschaft London: Befürchtet Wirkung der Erklärungen von Tirpitz auf die Haltung der englischen Regierung in der Balkankrise S. 771. — 13. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Die Erklärungen haben in London keinen nachhaltigen Eindruck gemacht, doch ist Grey von Friedensliebe Berlins überzeugt und will dies zu einer Einwirkung auf Wien benutzen S. 772. — 10. April. Sasonow an russ. Botschaft London: Anfrage über den Zweck der Reise des Prinzen Heinrich von Preußen nach England S. 772. — 11. u. 14. April. Zwei Telegramme der russ. Botschaft London an Sasonow: Die Reise hat nur privaten und Familienangelegenheiten gegolten S. 773. — 19. April. Dies. an dens.: Die Reise König Georgs nach Berlin ist nur ein Familienbesuch S. 773. — 16. Mai. Sasonow an russ. Botschaft London: Anfrage wegen der Reise Morleys nach Berlin S. 774. — 19. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Morleys Reise steht in keinem Zusammenhang mit kleinasiatischen Fragen S. 774. —

1914. 13. Febr. Russ. Botschaft Berlin an Sasonow: Wiederholte Beteuerungen der deutschen Minister, daß sich die englisch-deutschen Beziehungen bessern S. 774, — der englische Botschafter in Berlin, Goschen, mißt diesen Erklärungen keine Bedeutung bei S. 775, — er hält Churchills Vorschlag eines Verhältnisses von 16 : 10 für Deutschland kaum annehmbar, da die kanadischen Dreadnoughts nicht mitgerechnet werden S. 775, — auch der Vorschlag eines Freijahres für Deutschland unausführbar S. 775, — Jules Cambon blickt trübe auf die Gerüchte einer Besserung in den deutsch-englischen Beziehungen und läßt eine derartige Möglichkeit zu S. 775, — der russische Botschafter in Berlin bestätigt seinerseits die entgegenkommende Haltung der deutschen Regierung gegenüber England, kann jedoch nicht beurteilen, welchen Eindruck dies in London hervorruft S. 776. —

Einundzwanzigstes Kapitel. England, Frankreich, Rußland: 18. Juni 1908 bis 16. Juli 1914 ..... S. 777—827

1908. 18. Juni. Iswolsky an russ. Botschaft London: Bericht über die Revaler Zusammenkunft S. 777—779. — 3. Dez. Iswolsky an russ. Botschaft Rom: Frankreich beklagt sich, daß russ. Botschafter in Rom die

deutscherseits aufgestellte Behauptung nicht widerlegt habe, daß Rußland in einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland anläßlich des Casablanca-Zwischenfalls neutral geblieben wäre S. 779, — Iswolsky betont, daß die Allianz mit Frankreich ungeschwächt fortbestehe und daß man dies in Berlin wissen müsse S. 780, — gibt aber zu, daß die Umwandlung der Entente in eine neue gegen Deutschland gerichtete Tripel-Allianz eine Gefahr für den europäischen Frieden bedeuten würde S. 780. —

1910. 10. Mai. Russ. Botschaft London an Iswolsky: Thronbesteigung König Georgs und seine Äußerungen über die englisch-russischen Beziehungen S. 781. — 11. Juni. Dies. an dens.: Hardinge wird als Vizekönig von Indien an dem Ausbau der englisch-russischen Beziehungen weiterarbeiten S. 781. — 15. Juni u. 8. Juli. Zwei Telegramme der russ. Botschaft in London an Iswolsky: Die Ernennung Nicolsons zum Unterstaatssekretär bezweckt, die guten Beziehungen zwischen England und Rußland zu erhalten und noch enger zu gestalten S. 782. —

1911. 2. Febr. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Frankreich und die Befestigung Vlissingens im Zusammenhang mit der Frage der belgischen Neutralität S. 782—784. — 3. März. Zwei Telegramme ders. an dens.: Das neue Kabinett Monis wird die Allianz weiter fördern S. 784, — Delcassé das hervorragendste Mitglied dieses Kabinettes, sein Eintritt in dasselbe eine Garantie, daß auf die militärische Kraft Frankreichs ganz besondere Sorgfalt verwendet werden wird S. 785. — 14. März. Dies. an dens.: Unerschütterlichkeit der auswärtigen Politik Frankreichs, Delcassé wird auf Tätigkeit des neuen Außenministers Cruppi Einfluß haben S. 785. — 25. April. Dies. an dens.: Iswolsky beklagt sich Cruppi gegenüber, daß die französische Finanz oft die vitalen Interessen Rußlands nicht genügend berücksichtigt S. 786, — wie z. B. in China oder Österreich-Ungarn S. 787, — dies könne Rußlands militärische Kraft an seiner Westgrenze ungünstig beeinflussen, was den Interessen des Zweibundes widerspricht S. 787, — Notwendigkeit einer einheitlichen Politik der drei Ententemächte S. 787, — Iswolsky über die Notwendigkeit eines Druckes auf die einflußreiche französische Finanz, um ihre Tätigkeit mit der Politik des Zweibundes in Einklang zu bringen S. 788. — Denkschrift N. N. Rafalowitschs vom 14. Mai **1914** über die Beziehungen der französischen und österreichischen Finanzwelt und die Möglichkeit für Rußland, dieselben noch weiter abzuschwächen S. 788—790. —

1912. 18. Mai. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Die französische Presse und der Zwischenfall Georges Louis S. 790. — 2. Aug. Dies. an dens.: Enthüllungen des „Temps" über die frankorussische Marinekonvention S. 791. — 6. Aug. Dies. an dens.: Indiskretionen in der französischen Presse S. 791. — 10. Aug. Neratow an russ. Botschaft London: Auf eine Anfrage der deutschen Regierung hinsichtlich der Marinekonvention ist russischerseits geantwortet worden, daß dieselbe einen unter Verbündeten ganz natürlichen direkten Kontakt zwischen den beiden Admiralstäben betreffe S. 792. — Bericht Sasonows über die Verhandlungen mit Poincaré im August anläßlich seines Besuches in Petersburg: Beiderseitige Befrie-

digung über den Abschluß der Marinekonvention S. 792, — Wichtigkeit guter Beziehungen zwischen Italien und Frankreich im Hinblick auf die bevorstehende Erneuerung des Dreibundes S. 793, — Poincaré bedauert, die Vermittlungsbestrebungen Rußlands im italienisch-türkischen Kriege nicht in dem von ihm gewünschten Maße unterstützt haben zu können S. 793, — sowohl Frankreich als auch Rußland würden in der Festsetzung Italiens auf den Ägäischen Inseln eine Bedrohung des politischen Gleichgewichtes im östlichen Mittelmeer erblicken S. 794, — völlige Übereinstimmung zwischen Frankreich und Rußland hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens auf dem Balkan S. 795, — jedoch würde es die öffentliche Meinung Frankreichs nicht gestatten, wegen reiner Balkanfragen zu den Waffen zu greifen, wenn sich Deutschland nicht auch am Kriege beteiligt S. 795, — analoge Lage Rußlands bei außereuropäischen kolonialen Verwicklungen S. 795, — Petersburger Kabinett hat volles Zutrauen zu Poincaré und wünscht eine ähnliche Persönlichkeit an der Spitze der Republik zu sehen, wenn der kritische Moment in den internationalen Beziehungen eintritt S. 795. — 31. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Frage einer frankoenglischen Allianz im Zusammenhang mit Mittelmeerfragen S. 796, — Nicolson hält den gegenwärtigen Zeitpunkt zu einem diesbezüglichen Meinungsaustausch für ungeeignet, um so mehr als Deutschland dies als eine Provokation betrachten würde S. 797, — aber Benckendorff hält Nicolson doch für einen Anhänger nicht nur einer derartigen Allianz, sondern sogar eines neuen Dreibundes, um ein Gegengewicht gegen den schon bestehenden Dreibund zu bilden S. 798. — 2. Juni. Dies. an dens.: Die öffentliche Meinung in England und der Gedanke eines Bündnisses mit Frankreich S. 798. — 6. Juni. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Poincaré glaubt, daß selbst die Unterzeichnung eines formalen Aktes die bisherige Gemeinsamkeit der Politik Englands und Frankreichs nicht noch weiter erhöhen könnte S. 799, — die Entscheidung wird der englischen Regierung im Kriegsfalle von der Nation vorgeschrieben werden S. 800, — taktvolle Haltung der französischen Presse in der Frage der militärischen Organisation Englands S. 800. — 11. Juli. Russ. Botschaft London an Sasonow: Bonar Law erklärt, die Entente sei nicht nur der Ausgangspunkt, sondern die Grundlage der englischen Politik S. 800. — 16. Juli. Dies. an dens.: Grey war von mehreren Seiten vorgeworfen worden, daß er durch seine unnachgiebige Haltung eine Entspannung mit Deutschland unmöglich mache, jetzt haben jedoch seine Erklärungen im Parlament einen großen Erfolg für ihn errungen S. 801, — der Umstand, daß Rußland in wenigen Jahren über eine große Flotte verfügen wird, erhöht in den Augen Englands den Wert einer Annäherung an dasselbe S. 801. — 17. Juli. Dies. an dens.: Grey schätzt die offenen Erklärungen Sasonows über die Zusammenkunft des Zaren mit Kaiser Wilhelm, er hat völliges Zutrauen zu Rußland und zur Entente S. 802. — 6. Dez. Russ. Botschaft London an Sasonow: In Paris gewisse Beunruhigung wegen einer angeblichen Annäherung zwischen Deutschland und England S. 802, — Grey erklärt, daß sich zwischen Berlin und London nichts Neues

ereignet habe und nur über koloniale und andere nebensächliche Fragen gesprochen worden ist S. 802. — 11. Dez. Dies. an dens.: Diesbezügliche Erklärungen Poincarés in der französischen Kammer S. 803. —

1913. 27. Juni. Russ. Botschaft London an Sasonow: Besuch Poincarés und Pichons in London S. 804, — Unterredungen über Albanien S. 804, — das Prinzip einer Intervention auf dem Balkan, um einen allgemeinen Krieg zu vermeiden S. 804, — die Unzweckmäßigkeit einer Teilung der Türkei in Einflußsphären und Notwendigkeit, die Türkei bis zu einem gewissen Grade zu stützen S. 805, — der Empfang Poincarés von seiten der Bevölkerung ist ein ganz besonders warmer gewesen und bedeutet Kräftigung der Entente S. 805. —

1914. 12. Febr. Sasonow an russ. Botschaft London: Die Gemeinsamkeit des Vorgehens der drei Ententemächte sollte durch Beratungen ihrer Vertreter in London gefördert werden, um ein Gegengewicht gegen die andere Mächtegruppe zu bilden S. 805. — 18. Febr. Russ. Botschaft London an Sasonow: Zustimmung Greys S. 806. — 2. April. Sasonow an russ. Botschaft Paris: Die Umwandlung der Tripel-Entente in einen neuen Dreibund erscheint geboten S. 806, — zwischen England und Frankreich sind bereits Schritte zur Präzisierung der beiderseitigen Verpflichtungen getan worden S. 807, — Rußland muß in derselben Richtung arbeiten S. 807, — der bevorstehende Besuch König Georgs in Paris könnte eine gute Gelegenheit bieten, um auf das Wünschenswerte eines politischen Abkommens hinzuweisen S. 807. — 9. April. Russ. Botschaft Paris an Sasonow: Außenminister Doumergue wird englischen Besuch in gewünschtem Sinne benutzen S. 808, — Koordinierung der militärisch-maritimen Vereinbarungen am zweckmäßigsten S. 808, — zwischen Regierungen Frankreichs und Englands bestünden keine positiven Verpflichtungen, doch würden sie sich je nach dem Gang der Ereignisse an die Abmachungen zwischen den beiden Generalstäben halten S. 808. — 12. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: König Georg und Grey haben von ihrer Reise ganz besonders tiefe Eindrücke empfangen S. 809, — die franko-englische Entente habe tiefe Wurzeln gefaßt S. 809, — Grey will augenscheinlich mit dieser Mitteilung den Beginn einer Phase einer noch stärkeren Annäherung Englands an Frankreich ankündigen S. 809, — Grey bereit der russischen Regierung alle zwischen England und Frankreich bestehenden militärischen Abmachungen mitzuteilen S. 810, — wozu noch die Zustimmung des Kabinettes eingeholt werden müsse S. 810, — Benckendorff erklärt Grey, daß Rußland dann Vorschläge auf analoger Basis machen werde und daß Sasonow sogar den Abschluß eines Bündnisses befürworte S. 810, — Grey jedoch hält den Abschluß eines Bündnisses nicht für möglich, da sogar zurzeit kein Bündnis mit Frankreich bestehe S. 810. — 16. Mai. Dies. an dens.: Der englische Ministerrat billigt die Mitteilung der bestehenden englisch-französischen Vereinbarungen an Rußland S. 810 — Grey schlägt vor, daß nun die Mitteilungen von Frankreich und England erfolgen, und da die Abmachungen zwischen Frankreich und England sich hauptsächlich auf das Zusammenwirken der beiden Armeen beziehen

so sollten die eventuellen englisch-russischen Vereinbarungen die beiden Flotten betreffen S. 811, — Cambon der Ansicht, daß die Verhandlungen zum Zwecke möglichster Geheimhaltung in London vom russischen Marineattaché geführt werden sollten S. 811. — 18. Mai. Russ. Botschaft London an Sasonow: Wenn der Plan russisch-englischer maritimer Abmachungen verwirklicht sein wird, ist der Hauptzweck erreicht, nämlich die bisherigen allzu theoretischen und friedlichen Grundgedanken der Entente durch etwas Greifbareres zu ersetzen S. 812—813, — ein formales Bündnis oder öffentliche Abmachung nicht möglich S. 813, — aber der Geist der Entente verstärkt durch die bestehenden militärischen Abmachungen ist die beste Garantie für gemeinsame militärische Operationen im Kriegsfalle S. 813, — in bedrohlichen Augenblicken hat England niemals gezögert, sich auf die Seite Frankreichs und Rußlands zu stellen S. 813, — selbst ein noch so vorsichtiges, aber öffentliches Bündnis mit Rußland würde in gewissen Kreisen auf Opposition stoßen und einer Agitation zugunsten Deutschlands Vorschub leisten S. 813. — 23. Mai. Dies. an dens.: Grey erklärt, der Wortlaut der im Jahre 1912 zwischen Frankreich und England ausgetauschten Schriftstücke zeige, daß kein Bündnis geschlossen sei S. 814, — sie setzen jedoch die militärischen Abmachungen ins rechte Licht S. 814, — denn ohne letztere würde trotz der engen politischen Entente ein sofortiges Zusammenwirken ernsten technischen Schwierigkeiten begegnen S. 815, — England bereit, in demselben Geiste ein analoges Abkommen mit Rußland zu treffen S. 815, — Grey schlägt Verhandlungen des russischen Marineattachés in London mit dem englischen Admiralstabe vor S. 815, — das mit Rußland verbündete Frankreich könne die übrigen englisch-französischen Abmachungen mitteilen S. 815, — Text des Briefes Grey an Cambon vom 22. Nov. 1912 S. 816 — und der Antwort Cambons vom 23. Nov. 1912 S. 816. — 28. Mai. Sasonow an russ. Botschaft London: Zufriedenheit des Petersburger Kabinetts mit der Bereitwilligkeit Englands in Verhandlungen einzutreten S. 817, — dies hat, ganz abgesehen von der militärischen, große allgemeinpolitische Bedeutung, um England dem frankorussischen Bündnisse enger anzuschließen S. 817, — Mitteilung der Beschlüsse und Wünsche der russischen Regierung im Falle eines Krieges der Tripel-Entente mit den Mächten des Dreibundes S. 818—820. — 6. Juni. Russ. Marineagent in London an den russ. Admiralstab: Über die Möglichkeit des Ankaufes eines chilenischen Panzerschiffes durch Rußland S. 820, — Stand der Verhandlungen über das englisch-russische Marineabkommen S. 821, — Frankreich wünscht Beschleunigung derselben S. 821. — 11. Juni. Londoner russ. Botschaft an Sasonow: Grey bedauert die Indiskretionen in der Presse S. 821, — beabsichtigt, im Parlament eine Erklärung abzugeben S. 822. — 12. Juni. Dies. an dens.: Grey wird den russischen Wünschen hinsichtlich der Verhinderung der Reorganisation der türkischen Flotte Rechnung tragen S. 822. — 13. Juni. Dies. an dens.: Der Ankauf des chilenischen Schiffes stößt auf Schwierigkeiten S. 823. — 25. Juni. Dies. an dens.: Grey erklärt dem deutschen Botschafter, daß die Meerengen-Frage zwischen England und

Rußland seit fünf Jahren nicht erörtert worden ist, daß zwischen England einerseits und Frankreich und Rußland anderseits weder Bündnis noch Konvention besteht, jedoch sei die Intimität zwischen ihnen so groß geworden, als ob sie Verbündete wären, aber die Verhandlungen hätten niemals einen gegen Deutschland gerichteten Charakter angenommen und sich nicht auf die sogenannte Einkreisungspolitik bezogen S. 823. — 25. Juni. Sasonow an russ. Botschaft London: Befürchtungen wegen einer möglichen Rückwirkung der persischen Frage auf die englisch-russischen Beziehungen S. 824, — gewisse Befürchtungen in England wegen Indiens S. 825, — Sasonow bereit, eine Garantie der englischen Besitzungen in Indien zu geben wie Japan 1912 S. 825, — Sasonow für möglichste Beschleunigung des Abschlusses der Marinekonvention S. 825. — 2. Juli. Russ. Botschafter London an Sasonow: Solange die Entente besteht, hegt man in England keine ernstlichen Besorgnisse wegen Indiens S. 825, — eine eventuelle Garantie würde jedoch die Entente noch enger gestalten S. 826, — die Marinekonvention hat in den Augen der englischen Regierung eine noch größere Bedeutung angenommen und sie hält dieselbe für eine praktische Notwendigkeit und natürliche Folge der Entente, aus technischen Gründen und infolge der Presseindiskretionen haben sich die Verhandlungen etwas verzögert S. 826, — vielleicht will Grey, daß die Beunruhigung in Berlin sich etwas legt, bevor er weiter verhandelt, da es ihm schwerfallen würde, gleichzeitig zu dementieren und zu verhandeln S. 827. — 16. Juli. Dies. an dens.: Der Mord von Serajewo und Beunruhigung Greys S. 827. —

Erstes Kapitel.

Die Lösung der bosnischen Krise.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Paris Nelidow vom 23. Oktober/5. November 1908.

Sie erhalten mit dem Kurier eine Abschrift meines Briefes an unsern Botschafter in Berlin über unsere Beziehungen zu Deutschland. Die große Bedeutung dieses Briefes wird Ihnen nicht entgehen. Aus allen meinen Unterredungen in Berlin ergibt sich mit vollkommener Klarheit: In der allgemeinen europäischen Situation hat sich eine radikale Veränderung vollzogen; unter dem Einfluß von politischen, ich möchte sogar sagen, historischen, unabwendbaren Notwendigkeiten haben sich die Mächte in zwei verschiedene Gruppen getrennt: auf der einen Seite Deutschland und Österreich-Ungarn, — auf der andern Rußland, Frankreich und England. Italien, durch den Dreibund gebunden, aber gleichzeitig sich zu Frankreich und zu uns hingezogen fühlend, scheint zu zögern; die Türkei wird sich auf die Seite derer stellen, die ihr neues Regime zu stützen verstehen und ihr eine uninteressierte Freundschaft zeigen. Diese neue Situation bietet uns gewiß große Vorteile, was Macht und Sicherheit anbelangt, aber sie enthält auch große Gefahren. Kaiser Wilhelm, durch das Gefühl der Isolierung oder, wie er zu sagen beliebt, „der Einkreisung" beunruhigt, wird immer nervöser und ungeduldiger, wie aus seinem letzten englischen Interview hervorgeht. Schließlich wird der latente Gegensatz zwischen den beiden Mächtegruppen durch die abenteuerliche Politik Baron Aehrenthals ganz besonders unterstrichen. Unter diesen Bedingungen ruft die Reise Kaiser Wilhelms nach Österreich bei uns große Beunruhigung hervor. Man

versichert, die Militärpartei in Wien sei sehr kriegerisch und treibe zu einem Angriff auf Serbien; an der Spitze dieser Partei stehe der Thronfolger, aber der alte Kaiser widersetze sich allen derartigen Versuchen. Muß man nicht fürchten, daß Kaiser Wilhelm die Militärpartei unterstützen wird?

Inmitten all dieser Gefahren arbeite ich an der Lösung der bosnischen Krise. Meine Aufgabe wird durch die Gärung in der öffentlichen Meinung Rußlands und in der hiesigen Presse noch ganz besonders erschwert. Diese Gärung hat viele und verwickelte Ursachen; Erwägungen der inneren Politik spielen hierbei eine große Rolle; wenn man diese Bewegung aufmerksam untersucht, kommt man zum Schlusse, daß im Grunde genommen Rußland augenblicklich nicht kriegerisch gestimmt ist, und obgleich man der Regierung in der auswärtigen Politik auch gern Schwierigkeiten bereitet, so ist man hier trotzdem durchaus nicht geneigt, aus Vorliebe für Serbien Krieg zu führen. Aber man gibt sich bei uns nicht Rechenschaft, daß diese geräuschvolle Bewegung in Serbien und in Montenegro Illusionen hervorrufen und diese beiden Länder in ein Abenteuer stürzen könnte, in dem sie isoliert bleiben würden und von Rußland nicht materiell unterstützt werden könnten. Auch glaube ich, daß man anfängt, dieses in Belgrad und in Cettinje einzusehen; das Telegramm von Khomiakoff hat dazu beigetragen.

Trotzdem wir die feste Hoffnung haben, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen, müssen wir doch die Möglichkeit plötzlicher Komplikationen voraussehen, und meine erste Aufgabe ist es, mir ein möglichst klares Bild von dem Spiel der politischen Kräfte im gegenwärtigen Zeitpunkte zu machen. Wir kennen den Bündnisvertrag von 1879 zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sehr gut in all seiner Brutalität, einen Bündnisvertrag, der augenblicklich nicht bloß in defensiver Hinsicht verstärkt worden zu sein, sondern noch eine offensive Spitze auf dem Balkanterrain erhalten zu haben scheint. Aber welches ist der genaue Inhalt der übrigen Vereinbarungen, welche den Dreibund bilden? In dieser Hinsicht finde ich in meinen Archiven keine zusammenhängende Arbeit, und mit dem Tode des Grafen Lamsdorff hat alle mündliche Tradition aufgehört. Es ist sicher, daß man in dieser Hinsicht in Paris besser bewandert ist, und Sie

selbst besitzen ja ganz besondere Kenntnisse. Ihre Korrespondenz aus Rom aus den Jahren 1898 bis 1902 enthält wertvolle Hinweise auf neue Vereinbarungen zwischen Frankreich und Italien, welche die Bestimmungen des Dreibundvertrages merklich beeinflussen; aber seitdem haben noch andere Veränderungen der europäischen Situation stattgefunden — in erster Linie die Annäherung zwischen England und Frankreich, ein Umstand, der notwendigerweise neue Gesichtspunkte eröffnen muß.

In all diesen wichtigen Fragen würde ich gern Ihre Meinung kennen. Ich möchte vor allem wissen, wie Sie, mit Ihrer großen Erfahrung in der europäischen Politik, über die Möglichkeiten urteilen, die sich aus der jetzigen Krise ergeben könnten. Es scheint mir, daß, dank Gott, die Gefahr eines türkisch-bulgarischen Konfliktes beseitigt ist. Es bleibt die Gefahr eines austro-serbischen Konfliktes, des gefährlichsten von allen. Wir tun und wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um einem solchen Konflikte vorzubeugen; aber wenn er ausbrechen sollte, so würde in demselben Augenblicke die Möglichkeit eines allgemeinen Krieges in nächste Nähe gerückt.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 15./28. Januar 1909.

Grey teilt mir mit, er habe Cambon erklärt, es liege ihm daran, die französische Regierung davon zu verständigen, daß das Londoner Kabinett der russischen Regierung seine diplomatische Unterstützung in der Frage der Kompensation Serbiens und Montenegros versprochen habe. Grey sagt mir, er habe diesen Schritt getan, um die Lage von jedem Mißverständnis zu klären; die Schwierigkeiten, die sich bei Regelung der zwischen Österreich und der Türkei und Bulgarien schwebenden Fragen ergeben haben, beweisen aber, daß im Interesse des Friedens verlangt werden müsse, daß die serbischen Forderungen möglichst eingeschränkt werden.

Mitteilung der französischen Botschaft in Petersburg an das russische Außenministerium vom 13./26. Februar 1909.

Die lange Dauer der austroserbischen Krise und die Ungewißheit, die über den endgültigen Absichten Österreich-Ungarns und

Rußlands schwebt, ruft in Europa allgemeine Beunruhigung hervor.

Diese Lage der Dinge muß die Aufmerksamkeit der französischen Regierung im höchsten Maße auf sich lenken.

Die Gefühle Frankreichs für Rußland, sein Festhalten an dem unlösbaren Bündnis, welches die beiden Länder vereint, und die Verantwortlichkeiten, die Frankreich unter diesen Umständen auf sich nimmt, machen es ihm zur Pflicht, ohne Verzug in einen Gedankenaustausch mit der russischen Regierung zu treten, um zusammen mit ihr die Richtlinie zu untersuchen, welche sie, unter Berücksichtigung der höheren Interessen beider Länder, einhalten müssen. Die russische Regierung wird sicherlich mit der französischen übereinstimmen, daß sie beide alles tun müssen, um die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes in einer Frage abzuwenden, von der die Lebensinteressen Rußlands nicht direkt berührt werden. Die französische öffentliche Meinung würde nicht verstehen, daß eine derartige Frage zu einem Kriege führen könne, an dem sich die französischen und russischen Armeen beteiligen müßten.

Seit dem Abschlusse der Allianz haben beide Regierungen und beide Länder sich stets bereit gezeigt, ihren gegenseitigen Verpflichtungen nachzukommen, sobald ihre vitalen Interessen bedroht waren; aber umgekehrt haben sie in allen anderen Zwischenfällen des internationalen Lebens stets danach getrachtet, ihre Anstrengungen im Interesse des Friedens und der Versöhnung zu vereinigen. Dies ist heute der Fall, und dies war auch der Gedanke des russischen Außenministeriums, als es im verflossenen Oktober öffentlich erklärte, daß Rußland, welches immer seine Gefühle hinsichtlich der Ursache der gegenwärtigen Krise seien, in dieser keinen casus belli erblicke. Seither haben wir nicht aufgehört, gemeinschaftlich nach Mitteln zu suchen, um die Krise zur möglichsten Befriedigung der Balkanstaaten zu lösen, da diesen Staaten die Sympathien sowohl Rußlands als auch Frankreichs zugesichert sind.

Alle im Interesse Bulgariens unternommenen Schritte, denen beizutreten die russische Regierung uns nahelegte, sind von uns aufs wirksamste unterstützt worden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Was die serbischen Forderungen anbelangt, welche, wie allgemein anerkannt, schwerlich zu rechtfertigen sind, so haben wir Zweifel geäußert, ob es möglich sei, sie zu verwirklichen. Aber wir haben uns der russischen Regierung angeschlossen, um zu verlangen, daß die Frage einer Konferenz unterbreitet würde. Dies ist in Wirklichkeit die einzige Schwierigkeit, für die eine andere Lösung gefunden werden muß, als die vom Belgrader Kabinett hinsichtlich seiner territorialen Kompensationsforderungen beanspruchte.

Der Augenblick ist also für Rußland und Frankreich gekommen, diese Frage gemeinschaftlich zu prüfen. Wir bitten die russische Regierung, uns ihre Ansicht mitteilen zu wollen, in der festen Überzeugung, daß die gemeinschaftliche Erörterung der Frage durch die beiden Regierungen es erlauben wird, die gegenwärtige Krise unter Bedingungen zu lösen, die für Frankreich und Rußland in gleichem Maße befriedigend sind.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 11./24. Februar 1909.

. . . . . .

Es scheint mir, daß die englische Regierung sich über den Ernst der Lage deutlich Rechenschaft gibt. Dieser Eindruck wird durch alle Nachrichten bestätigt, die sie aus offiziellen und privaten Quellen erhält. Trotz des dringenden Wunsches, Serbien zu helfen, gibt man sich hier deutlich Rechenschaft, daß die Anstrengungen der Mächte hauptsächlich darauf gerichtet sein müssen, Serbien vor der Vernichtung zu bewahren, aber daß man ohne Krieg von Österreich nicht wird erreichen können, Serbien andere als ökonomische Konzessionen zu gewähren. Hardinge teilte mir heute als seine persönliche Ansicht mit, daß die allgemeine Lage weniger gespannt wäre, wenn Rußland in Belgrad erklären würde, Serbien könne weder auf territoriale Zugeständnisse, noch auf eine volle Autonomie Bosniens und der Herzegowina rechnen. Da Österreich gerade befürchtet, daß Rußland, vielleicht auch noch einige andere Mächte, die unerfüllbaren serbischen Forderungen unterstützt, so würde ein derartiger Schritt von seiten Rußlands in Belgrad das Wiener Kabinett in hohem Maße beruhigen und dadurch die Möglichkeit einer friedlichen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Lösung erhöhen. Man hat hier wohl bemerkt, daß die russische Regierung noch nicht auf die englische Anfrage geantwortet hat, mit welchen Zugeständnissen Serbien der Ansicht Rußlands nach sich begnügen müßte.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 14./27. Februar 1909.

Man ist hier sehr beunruhigt, daß die Verhandlungen zwischen den Mächten zur Vorbeugung eines austroserbischen Konfliktes nicht vorwärtsschreiten. Augenblicklich legt man in England der Frage der territorialen Zugeständnisse zugunsten Serbiens besondere Bedeutung bei, in der festen Überzeugung, daß das Festhalten an einer solchen Forderung unausbleiblich zum Kriege führen müsse. Hier würde man überhaupt geneigt sein, jeden Vorschlag zu unterstützen, der eine endgültige Verständigung zwischen Österreich und Serbien erleichtern würde, aber unter der Bedingung, daß die gemeinsam vorgehenden Mächte sich deutlich darüber Rechenschaft geben, daß man Österreich territoriale Zugeständnisse nicht zumuten könne. Englischen Nachrichten zufolge scheint das neue serbische Kabinett sich deutlich Rechenschaft zu geben, daß die serbischen Forderungen unerfüllbar sind, und bereit zu sein, den Vorstellungen der Mächte nachzugeben.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 14./27. Februar 1909. — Nr. 250.

Die Mitteilung, die mir die hiesige französische Botschaft gemacht hat, hat bei uns einen peinlichen Eindruck hervorgerufen, den ich dem Admiral Touchard nicht verheimlicht habe. Von den friedlichsten Absichten beseelt, hatten wir uns bereit erklärt, den von Cambon vorgeschlagenen Weg zu betreten, d. h. in Belgrad friedliche Erklärungen zu verlangen und dieselben nach Wien weiterzugeben. Aber der Kiderlensche Vorschlag, augenscheinlich in Wien inspiriert und von Pichon gebilligt, hat eine ganz andere Bedeutung. Er zielt darauf ab, eine gemeinsame Aktion der Mächte durch eine direkte Abmachung zwischen Wien und Belgrad zu ersetzen, nach dem Vorbild der österreichisch-türkischen Vereinbarung. Die Sprache der offiziösen Presse in Österreich läßt hierüber keinen Zweifel. Aber dieses ist gleichbedeutend mit

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

der Auslieferung Serbiens an die Gnade des bis zu den Zähnen bewaffneten Österreichs. Ein derartiger Schritt, wenn in Belgrad unternommen, würde in Rußland allgemeine Entrüstung hervorrufen und einem Konflikt nicht vorbeugen. Keine serbische Regierung könnte sich einverstanden erklären. Es muß hervorgehoben werden, daß die Idee einer direkten Verständigung zwischen Österreich und Serbien ganz neu ist und allem widerspricht, was bis jetzt zwischen den Mächten vereinbart wurde. Die Kompensationen, die Serbien und Montenegro zugebilligt werden sollen, bilden Punkt 7 des Konferenzprogramms. Österreich hat sich damit einverstanden erklärt, diesen Punkt mit den Mächten zu erörtern, mit der einzigen Einschränkung, daß diese Zugeständnisse nur ökonomischer Natur sein könnten. Um jeden Argwohn zu vermeiden, daß Serbien von Rußland ermutigt werde, unerfüllbare Forderungen zu stellen und dadurch die friedliche Lösung der Krise unmöglich zu machen, haben wir soeben nach Serbien telegraphiert und der serbischen Regierung empfohlen, auf alle territorialen Ansprüche zu verzichten, sich bei der Regelung der noch schwebenden Fragen auf die Entscheidung der Mächte zu verlassen und alles zu vermeiden, was als eine Provozierung Österreich-Ungarns ausgelegt werden könnte. Es will uns scheinen, daß, wenn man von der serbischen Regierung eine derartige Erklärung erhalten könne, die Mächte dieselbe zur Kenntnis des Wiener Kabinetts bringen und dieses ersuchen sollten, seinerseits seine Absichten zu erklären. Ich teile Ihnen sub Nr. 2 den vollständigen Text meines Telegramms an unsern Belgrader Gesandten mit und bitte Sie, denselben zur Kenntnis Pichons zu bringen und mich von der Ansicht der französischen Regierung zu verständigen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 16./27. Februar 1909. — Nr. 251.

Nr. 2. In Beantwortung der beiden Mitteilungen, die uns der serbische Gesandte am 10. und 13. Februar gemacht hat, bitte ich Sie folgendes zur Kenntnis der Königlichen Regierung zu bringen. Wir nehmen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die serbische Regierung ihrem Entschlusse treu bleibt, den von ihr eingenommenen friedlichen Standpunkt nicht zu ver-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

lassen, alles zu vermeiden, was zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Serbien und Österreich führen könnte, und keine militärischen Maßnahmen an der Grenze zu treffen. Wir sind überzeugt, daß die vitalen Interessen Serbiens, dem wir von jeher die größte Sympathie entgegenbringen, ihm diese Richtlinie mit Notwendigkeit auferlegen, welche auch einzig der augenblicklichen allgemeinen Situation entspricht. Wir haben uns andererseits überzeugen können, daß die Mächte nicht geneigt sind, die Idee einer territorialen Vergrößerung Serbiens zu unterstützen. Die Königliche Regierung muß hieraus folgern, daß alle Anstrengungen, die Mächte zur Unterstützung ihrer diesbezüglichen Forderungen zu bewegen, ohne Resultat bleiben werden und daß Serbien sich die Sympathien der Mächte nur erhalten kann, indem es darauf verzichtet, auf Forderungen zu bestehen, die zu einem bewaffneten Konflikt mit Österreich führen müßten. Es ist uns ein Bedürfnis, die Königliche Regierung zu warnen, sich einer solchen Gefahr auszusetzen. Wir hoffen, daß Serbien, wie es soeben erklärt hat, seinen Verpflichtungen, dem Rate der Großmächte zu folgen, treu bleiben wird. Wir glauben gleichzeitig, daß die serbische Regierung unter den obwaltenden Umständen diesen Mächten deutlich erklären müßte, daß sie auf ihren territorialen Forderungen nicht besteht, und daß sie sich in allen schwebenden Fragen auf die Entschließungen der Mächte verläßt. Diese könnten dann alle ihre Anstrengungen darauf richten, die serbischen Interessen wahrzunehmen. Abschrift nach Cettinje mitgeteilt.

Inhaltsangabe eines Telegramms des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 14./27. Februar 1909.

Nach dringendem Anraten, Serbien solle sich zu einem Verzicht auf territoriale Kompensationen entschließen, heißt es: ... es ist kaum anzunehmen, daß die bosnisch-herzegowinische Frage in nächster Zukunft gelöst werden wird; unser Standpunkt ist nach wie vor derselbe: er hat in unserm Zirkular vom 9. Dezember Ausdruck gefunden; eine allgemeine Einigung aller Mächte auf der Konferenz kaum möglich; die Annexion wird nicht formell sanktioniert werden; Pasitschs Wunsch wird erfüllt

werden. Was eine Bahn durch türkisches Territorium anbelangt, werden wir bei den Verhandlungen mit der Türkei energisch darauf bestehen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 15./28. Februar 1909. — Nr. 40.

Hinsichtlich des Kiderlenschen Vorschlages ist ein Mißverständnis entstanden. Pichon hat diesen Vorschlag weder angenommen noch empfohlen. Er hat ihn bloß nach London und Petersburg mitgeteilt, um die Ansicht der beiden Kabinette kennenzulernen. Aber er selbst hat die Art und Weise des Vorgehens unannehmbar gefunden, vor allem das in Aussicht genommene tête-à-tête zwischen Österreich und Serbien. Man hat hier einen neuen Text der in Belgrad zu machenden Vorstellungen soeben aus Berlin erhalten. Ich werde ihn Ihnen zustellen, sobald ich ihn von Pichon erhalten habe, mit denjenigen Veränderungen, die er einzuführen für nötig hält, wenn nicht die Folgen Ihres direkten Schrittes in Belgrad, welchen er vollkommen billigt, weitere Kollektivschritte in Belgrad überflüssig machen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 15./28. Februar 1909. — Nr. 41.

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 40. Beifolgend das in Berlin vorgeschlagene Projekt einer in Belgrad zu übergebenden Note: Infolge einer Übereinkunft vom 26. Februar 1909 hat Seine Majestät der Sultan seine Einwilligung gegeben, daß hinfort Bosnien und die Herzegowina zum integralen Bestandteile der österreichisch-ungarischen Monarchie gehören sollen, und Seine Majestät der österreichisch-ungarische Kaiser hat auf die militärische Okkupation des Sandschaks von Nowibasar verzichtet, zu welcher ihn der Berliner Kongreß berechtigte. Die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Rußlands lenken die Aufmerksamkeit der serbischen Regierung auf die neue Lage, die sich aus diesem Übereinkommen zwischen den interessierten Mächten ergibt, und sie geben sich der Hoffnung hin, daß die serbische Regierung unter Verzicht auf alle territorialen Aspirationen außerhalb der Grenzen des Königreichs sich aller Handlungen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

enthalten wird, die die Ruhe der benachbarten Monarchie stören könnten „und für welche die volle Verantwortung auf Serbien zurückfallen würde", und daß sie eine Richtlinie einnehmen wird, welche Serbien zu denjenigen ökonomischen Vergünstigungen verhelfen wird, welche Österreich „auf Grund einer direkten Übereinkunft zwischen den beiden Mächten" ihm zu bewilligen bereit ist.

Wenn trotz Ihres direkten Schrittes in Belgrad ein Kollektivschritt der Großmächte in Belgrad nötig wäre, glaubt Pichon, daß der soeben mitgeteilte Text die Elemente einer Übereinkunft enthält, unter der Bedingung, daß die beiden in Anführungszeichen gestellten Sätze weggelassen werden. Dies ist übrigens nur eine persönliche Ansicht und er wendet sich gleichzeitig auch an die Kabinette von London und Rom.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 17. Februar / 2. März 1909. — Nr. 265.

Ich verweise auf die Telegramme unseres Pariser Botschafters Nr. 40 und 41. Der in Berlin vorgeschlagene Text ruft selbst mit den von Pichon in Vorschlag gebrachten Weglassungen ernstliche Einwendungen hervor; der Text ist augenscheinlich in Wien redigiert worden, und der ganze erste Teil verrät die Absichten Österreich-Ungarns, das austrotürkische Protokoll als die definitive Regelung der Annexionsfrage annehmen zu lassen. Wir können in keinem Falle diesem Manöver zustimmen. Wir sind der Ansicht, daß dieses Protokoll internationale Bedeutung nur dann beanspruchen kann, wenn es von der Konfernz sanktioniert worden sein wird, und wir sehen keinen Grund, dieses Protokoll in der in Aussicht genommenen Note zu erwähnen. Gleicherweise unannehmbar betrachten wir den Satz „unter Verzicht auf alle territorialen Aspirationen außerhalb der Grenzen des Königreichs". Kein Land, so schwach und klein es sein möge, kann eine derartig allgemeine Erklärung abgeben. Die Kabinette von Paris und London müssen auch verstehen, wie sehr die Tatsache, daß ein österreichisch-deutsches Projekt zum Ausgangspunkt der Diskussion gemacht wird, so gewandt auch dieses Projekt zusammengestellt sein mag, — die Möglichkeit einer Versöhnung erschwert. Dies wird uns in die Notwendigkeit versetzen, unserer-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

seits ein Gegenprojekt vorzuschlagen, was vermieden worden wäre, wenn Jules Cambon sich nicht so sehr beeilt hätte, sich das Projekt Baron Schöns anzueignen. Wir kennen noch nicht das Resultat unseres letzten Schrittes in Belgrad, und wir können noch nicht beurteilen, ob eine weitere Aktion der Mächte noch nötig sein wird; deshalb enthalten wir uns fürs erste, unser Gegenprojekt zu formulieren. Der französische Botschafter hat mir versichert, Fürst Bülow hätte Cambon erklärt, daß, wenn der Schritt in Belgrad Erfolg haben würde, das Berliner Kabinett sich den andern Mächten anschließen würde, um gemeinsam in Wien zu handeln. Ich habe eine solche Erklärung in der bisherigen diplomatischen Korrespondenz nicht gesehen, und ich würde gern die Sicherheit haben, daß dies wirklich der Fall ist.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 18. Februar / 3. März 1909.

Admiral Touchard hat Pichon die Bemerkungen mitgeteilt, die Sie ihm über die Lauheit der französischen Diplomatie, speziell der französischen Botschafter in Wien und in Berlin, gemacht haben, mit welcher sie den von der russischen Regierung eingenommenen Standpunkt unterstützt hätte.

Von diesem Vorwurfe sehr betroffen, hat Pichon mir gegenüber die Aufrichtigkeit und absolute Loyalität hervorgehoben, die seine Politik Rußland gegenüber stets befolgt hat, und er beeilt sich, die Handlungsweise der von Eurer Exzellenz beschuldigten französischen Vertreter zu rechtfertigen. Diese haben, hat er mir gesagt, die erhaltenen Instruktionen befolgt; diese Instruktionen stimmen mit unseren Absichten genau überein, und wenn vielleicht Crozier, von dem Glanze der Wiener Gesellschaft, in der er sich eine gute Stellung schaffen will, ein wenig geblendet, sich in der Form weniger energisch gezeigt hatte, als er es vielleicht hätte sein müssen, so gilt dies nicht von Jules Cambon. Dieser hat nicht aufgehört, dem Berliner Kabinett ausdrücklich zu verstehen zu geben, daß Frankreich in dieser Krise der von der russischen Regierung eingeschlagenen Politik in allen Punkten folgen und in loyaler Weise den Allianzvertrag, der es mit Rußland verbindet, einhalten würde. Er hat es so gut verstanden,

den Fürsten Bülow davon zu überzeugen, daß in einer kürzlichen Unterredung, in der über mögliche Eventualitäten gesprochen wurde, der Kanzler unter anderem Jules Cambon gesagt hat: „Sie werden sich auf die Seite Rußlands stellen, wie wir auf die Seite Österreichs . . .“

Aber es ist klar, daß sowohl die deutsche als auch die österreichische Presse ein großes Interesse daran hat, die Farben zu verdichten und, indem sie sich auf die weniger gespannten Beziehungen zwischen der französischen Diplomatie und den politischen Kreisen Berlins und Wiens bezieht, glauben zu machen, daß Frankreich sich allmählich von seinem Bundesgenossen und Freunde loslöst und sich dem Dreibund nähert. Pichon hat mir bei dieser Gelegenheit die entschiedensten Versicherungen über die Haltung Frankreichs gegeben, falls die jetzige Krise uns zwingen würde, uns aktiv in den österreichisch-serbischen Konflikt einzumischen. „Wir werden unsere Allianzverpflichtungen loyal erfüllen,“ sagte mir der Minister, „und solange ich auf diesem Posten bleibe, wird diese Politik befolgt werden. Aber da dies für beide Länder, die beide den Krieg nicht wünschen, eine außerordentlich ernste Situation schafft, so habe ich es für meine Pflicht gehalten, nach Mitteln zu suchen, um dieser Gefahr vorzubeugen und nicht zu extremen Entschließungen zu greifen.“ Er hat mir wiederholt, daß auf Grund aller Nachrichten, über die er verfügt, hauptsächlich die territorialen Ansprüche Serbiens, auf die es ein Recht zu haben behauptet, Österreich in Erregung versetzen und das Wiener Kabinett die Geduld verlieren lassen. Milowanovitch hatte hier zugegeben, daß Österreich auf derartige Forderungen nie eingehen würde; keine einzige der Großmächte zeige sich geneigt, sie zu unterstützen. Es war folglich unnütz und für Serbien gefährlich, darauf zu bestehen, während ein freiwilliger Verzicht seinerseits den Mächten die Möglichkeit gegeben hätte, die ökonomischen Interessen des Königreichs um so energischer zu vertreten. Er glaubte, daß ein Schritt in diesem Sinne, von Rußland ausgehend, für die Serben weniger beleidigend wäre und mehr Aussichten auf Erfolg gehabt hätte als ein Kollektivschritt der Kabinette. Dies war der Sinn der Mitteilung, die der französische Botschafter Eurer Exzellenz zu machen hatte.

Was die Vorschläge Cambons und Kiderlens anbelangt, so hatte der Minister sie weder angenommen noch empfohlen; er fand namentlich die letzteren für uns wenig annehmbar und hat sie nach Petersburg und London weitergegeben, nur um die Ansicht der Kabinette kennenzulernen und ohne sich in irgendeiner Weise zu verpflichten.

Dies sind, Herr Minister, die Erklärungen und die Versicherungen, die mir Pichon in den aufeinanderfolgenden Unterredungen gegeben hat, welche ich mit ihm Ende der letzten Woche gehabt habe.

Ich habe keinen Grund zu zweifeln, daß er durchaus aufrichtig ist, wenn er mir erklärt, die französische Regierung sei fest entschlossen, die Verpflichtungen, die ihr unser Bundesvertrag auferlegt, auf das genaueste zu erfüllen. Ich höre, daß andere Mitglieder des Kabinetts sich im selben Sinne geäußert hätten, indem sie betonen, daß, wenn Frankreich anders handelte und seine Verpflichtungen nicht erfüllte, es sich moralisch verurteilen würde und sich in materieller Beziehung, wenn der Krieg einen für Rußland günstigen Ausgang nähme, in Europa isoliert und entehrt sehen würde, während im entgegengesetzten Falle es Deutschland ohne Gnade ausgeliefert wäre, — denn, so sagen die Engländer, wenn Frankreich Rußland gegenüber versagen sollte, so würde dies das Ende der frankoenglischen Entente für immer bedeuten. Indem ich Ihnen dies alles mitteile, kann ich jedoch nicht umhin zu betonen, daß die Möglichkeit eines Krieges vom hiesigen Publikum und von der Presse mit sehr verschiedenen Gefühlen betrachtet wird. Die demokratische Republik ist ihrer Natur nach eine Feindin der Kriege. Der Antimilitarismus und der Sozialismus machen in dieser Hinsicht bedeutende Fortschritte. Aber es sind hauptsächlich Tendenzen und Erwägungen merkantiler Natur im französischen Publikum und seine Sorge um die Erhaltung seines außerordentlichen Reichtums, welche dazu dienen, hier ultrapazifistische Tendenzen zu entwickeln. Wenn Frankreich angegriffen würde, oder wenn seine direkten, allen verständlichen Interessen in Frage kämen, so würde die Nation handeln. Aber so wie die Frage jetzt von der Presse hingestellt wird — und ein großer Teil der Presse ist von Österreich gewonnen worden, mit dem „Temps"

an der Spitze —, „Europa in einen Krieg zu verwickeln um eines territorialen Streifens wegen, auf den Serbien durchaus kein Recht hat": eine solche Politik wäre in den Augen der Franzosen der verbrecherischste Wahnsinn.

Ihr mutiger Schritt in Belgrad, mit dem hier alle Welt einverstanden ist, dient dazu, dieser Gefahr vorzubeugen, und wenn, nachdem eine Antwort aus Belgrad erhalten, die neuen maßlosen österreichischen Forderungen von Wien nicht aufrechterhalten werden, so darf man mit Recht hoffen, daß die Krise eine friedliche Lösung finden wird. Aber eine energische Aktion der Mächte dürfte wahrscheinlich auch in Wien nötig sein, und wie ich Ihnen gestern telegraphierte, ist Pichon vollkommen einverstanden, sich mit uns und den Engländern zu verständigen, in welcher Form dies geschehen könne und welche weiteren Folgen dieser Schritt haben müsse. Er ist bereit zu versuchen, die andern Mächte zur Teilnahme zu veranlassen. Man erwartet hier also mit doppeltem Interesse die weiteren Nachrichten aus Belgrad und die Entschließungen der russischen Regierung, welche die weitere Richtung der diplomatischen Aktion der Kabinette bestimmen werden. Persönlich glaubt der französische Minister des Auswärtigen und, seiner Ansicht nach, auch sein Londoner Kollege, daß man die Konferenz möglichst bald einberufen müsse. Da die Übereinkunft zwischen Bulgarien und der Türkei in nächster Zeit unter russischer Ägide abgeschlossen werden wird, so hofft Pichon, daß die Einladung zur Konferenz ebenfalls in nächster Zeit an die Mächte ergehen könnte. Wie wird diese Einladung in Wien und Berlin aufgenommen werden? — Dies ist eine Frage, die wahrscheinlich zu schwierigen Verhandlungen führen wird, denn bis jetzt zeigte man sich dort einer Konferenz durchaus abgeneigt, wenn sich diese nicht darauf beschränkt, die zwischen den interessierten Parteien getroffenen Vereinbarungen einfach zu registrieren.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Iswolsky vom 17. Februar / 2. März 1909.

Ich habe mich Milowanovitch gegenüber im Sinne Ihres Telegrammes ausgesprochen. Der von uns der Königlichen Regierung gegebene Rat wird im Ministerrat besprochen und die

Entscheidung mir morgen mitgeteilt werden. Aus meiner Unterredung mit dem Außenminister habe ich den Eindruck, daß die Regierung nachgibt. In seiner Antwort wird mir Milowanovitch wahrscheinlich mitteilen, soviel ich bisher beurteilen kann, daß Serbien nicht die Absicht hat, irgendwelche kategorische Forderungen territorialer oder ökonomischer Natur zu stellen, so daß es folglich gar nicht nötig hat, auf die ersteren zu verzichten. Serbien legt sein Geschick ganz in die Hände der Großmächte, indem es im voraus ihre Entscheidung annimmt und es ihnen überläßt zu entscheiden, ob man die serbisch-bosnische Frage gleich lösen oder diese Lösung auf einen günstigeren Zeitpunkt verschieben solle. Jetzt schon direkte Verhandlungen mit Österreich anzufangen, hält er nicht für ratsam. Gemäß erhaltenen Instruktionen haben die Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens nach meinem Besuch bei Milowanovitch diesem mitgeteilt, daß ihre Regierungen sich der russischen Ansicht anschließen.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Iswolsky vom 18. Februar / 3. März 1909.

Nr. 1. Milowanovitch ist es nur mit großer Mühe geglückt, seine Kollegen zu der Annahme des in meinem gestrigen Telegramm dargelegten Standpunktes zu bewegen. Der Text der Antwort der Königlichen Regierung auf die russische Mitteilung über die Notwendigkeit eines serbischen Verzichtes auf territoriale Kompensationen ist in meinem Telegramm Nr. 2 wiedergegeben. Wenn Euere Exzellenz diese Antwort als der augenblicklichen Lage entsprechend ansehen, so möchte Milowanovitch auf Grund dieses Textes eine Zirkularnote an die Großmächte erlassen, indem er sich dabei auf die freundschaftlichen Vorstellungen der russischen Regierung bezieht. Nachdem meine Kollegen von der Absicht des serbischen Außenministers Kenntnis genommen hatten, finden sie diese Antwort annehmbar, obwohl sie nicht ohne Grund voraussehen, daß Österreich-Ungarn, welches direkte Verhandlungen mit Serbien zu führen wünscht, mit dieser Antwort außerordentlich unzufrieden sein wird. Bei der bergabe der Antwort bat mich Milowanovitch Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß die serbische Regierung, indem sie sich zu einem für das Land so schweren Verzichte entschloß, unsern Wünschen

entgegenzukommen suchte, aber daß sie die Hoffnung nicht verliert, daß die russische Regierung ihrerseits die schon früher übernommene Verpflichtung erfüllen wird und nicht die Absicht hat, ihre Unterschrift unter die Annexion zu setzen. Der Ton der Presse hinsichtlich Österreichs ist bedeutend gemäßigter geworden. Die Unzufriedenheit richtet sich hauptsächlich gegen uns.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Iswolsky vom 18. Februar / 3. März 1909.

Nr. 2. Text der serbischen Antwort.

Von der Annahme ausgehend, daß in legaler Hinsicht das Verhältnis Serbiens zu Österreich-Ungarn nach der Proklamation der Annexion Bosniens und der Herzegowina normal geblieben ist, hat die Königliche Regierung durchaus nicht die Absicht, einen Krieg mit der benachbarten Monarchie hervorzurufen, und wünscht durchaus nicht, die juristischen Beziehungen zwischen den beiden Mächten und ihre Haltung korrekter Nachbarschaft zu modifizieren. Sie verlangt auch durchaus nicht von Österreich-Ungarn, als Folge der bosnisch-herzegowinischen Frage, irgendeine Kompensation, weder territorialer, noch politischer oder ökonomischer Natur. Insofern als die bosnisch-herzegowinische Frage als eine interne österreichisch-ungarische oder als eine österreichisch-türkische Frage betrachtet wird, enthält sich Serbien jeder Einmischung. Serbien hat seine Stimme erhoben und hat seinen Standpunkt in dieser Frage dargelegt nur für den Zeitpunkt und nur insofern, als diese Frage einen europäischen Charakter annimmt. Folglich, wenn die Signatarmächte des Berliner Traktates zugeben, daß die bosnisch-herzegowinische Frage durch das österreichisch-türkische Abkommen gelöst worden ist, oder wenn diese Signatarmächte aus irgendeinem Grunde sich in diesem Augenblicke über die Frage nicht äußern wollen, so wird Serbien, ihrem Beispiel folgend, sich in Zukunft jeder Diskussion enthalten. Wenn hingegen die Mächte die Prüfung der Fragen, die mit der Anerkennung der Annexion und der neuen Fassung des Artikels 25 des Berliner Traktates zusammenhängen, in ihre Hände nehmen, so wird Serbien ihnen als einem kompetenten Tribunal seinen Standpunkt unterbreiten, indem es vollkommen und ohne Vorbehalt ihrer hohen Einsicht

und Billigkeit vertraut. Was die militärischen Rüstungen Serbiens anbelangt, so stehen sie in keinem Zusammenhang mit der bosnisch-herzegowinischen Krise, sondern werden durch unsere allgemeinen Bedürfnisse bedingt, was schon durch die Tatsache bezeugt wird, daß sie auf Grund eines noch vor der Proklamation der Annexion erlassenen Gesetzes stattfinden. Was die militärischen Maßnahmen anbelangt, welche die Vorbereitung der Mobilisation und die Sicherung unserer Grenze mit Österreich-Ungarn betreffen, so ist Serbien bereit, obwohl die Rüstungen einen durchaus defensiven Charakter tragen und aufs äußerste Minimum beschränkt sind, sie zu unterbrechen und rückgängig zu machen, wenn Österreich-Ungarn seinerseits bereit ist, die normale militärische Lage an seiner serbischen Grenze wiederherzustellen, — oder aber, wenn die Mächte uns garantieren wollen, daß Österreich-Ungarn uns nicht angreifen wird.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 20. Februar / 5. März 1909. — Nr. 288.

Ich beziehe mich auf die beiden Telegramme unseres Belgrader Gesandten vom 18. Februar. Die Antwort des Belgrader Kabinetts scheint uns, abgesehen von einzelnen Formfehlern, die vollkommene Zustimmung der Mächte zu verdienen. Wir finden es sehr weise und richtig von der Belgrader Regierung, darauf zu verzichten, von Österreich-Ungarn als Folgen der Annexion irgendwelche territoriale, politische oder ökonomische Kompensationen zu verlangen, und sich in dieser Hinsicht auf den Beschluß der Mächte zu verlassen. Wir billigen ebenfalls die Absicht der serbischen Regierung, eine Zirkularnote in diesem Sinne an die Mächte zu richten. Andererseits hat uns die österreichisch-ungarische Regierung soeben erklärt, daß sie niemals die Absicht hätte, eine Vermittlung der Mächte zwischen sich und Serbien zu verlangen, noch wird sie eine solche Vermittlung je in Zukunft zulassen; es ist folglich wahrscheinlich, daß, wenn die serbische Zirkularnote nur an einen Teil der Mächte gerichtet ist und diese den Versuch machen, sie zur Kenntnis des Wiener Kabinetts zu bringen, dieses sich weigern wird, die Mitteilung entgegenzunehmen, und eine direkte Anfrage Serbiens verlangen wird. Wir glauben, daß das beste Mittel, diese Schwierigkeit

zu beheben, darin bestehen würde, daß Serbien die Zirkularnote an alle Signatarmächte des Berliner Traktates, Österreich-Ungarn und die Türkei inbegriffen, zu richten hätte. In diesem Falle wäre es nötig, in dem Texte der serbischen Note Veränderungen vorzunehmen, um sie für das Wiener Kabinett annehmbarer zu machen. Unserer Ansicht nach müßte Serbien auch fürs erste den ganzen letzten Teil, der sich auf die serbischen Rüstungen bezieht, weglassen, da diese Frage bis jetzt weder im Laufe der Verhandlungen zwischen den Mächten, noch von Österreich-Ungarn selbst aufgeworfen worden ist.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 20. Februar / 5. März 1909. — Nr. 292.

Fortsetzung meines heutigen Telegramms Nr. 288. Folgende Bemerkungen wollen wir der serbischen Regierung hinsichtlich der Redaktion der projektierten Zirkularnote unterbreiten: Es will uns scheinen, daß die beiden ersten Sätze der serbischen Note nicht verändert zu werden brauchen. Der dritte, vierte, fünfte und sechste Satz ist unserer Meinung nach gefährlich und könnte den Zusammentritt der Konferenz noch schwieriger gestalten. Sie könnten durch eine Erklärung ersetzt werden, daß Serbien sich jeder Einmischung in eine Frage enthalten wird, deren Lösung den Signatarmächten des Berliner Traktates obliegt, in deren Gerechtigkeitssinn Serbien vollkommenes Vertrauen hat. Das Ende des serbischen Textes, das sich auf die Rüstungen bezieht, müßte vollkommen weggelassen werden. Wenn trotzdem die serbische Regierung auf diesem Punkte besteht, so müßte man diesen Teil der Zirkularnote derart fassen, daß Österreich-Ungarn und die Garantie der Mächte nicht erwähnt werden. Ich bitte Sie, das Vorhergehende zur Kenntnis des Ministers des Auswärtigen zu bringen und um seine Ansicht zu fragen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 21. Februar / 6. März 1909.

Grey ist mit Ihrem Gedanken einer serbischen Zirkularnote an alle Mächte in der von Ihnen vorgeschlagenen gekürzten Form vollkommen einverstanden. Er hat in diesem Sinne schon

an Nicolson telegraphiert. Andererseits werden Grey und Pichon der russischen Regierung in nächster Zeit mitteilen, welche Schritte ihrer Ansicht nach in Wien unternommen werden müßten, um die Einberufung der Konferenz zu beschleunigen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 22. Februar / 7. März 1909. — Nr. 301.

Nach Berücksichtigung der verschiedenen Erwägungen, welche den Inhalt der serbischen Zirkularnote bestimmen müssen, glauben wir, daß die Note in definitiver Redaktion folgendermaßen lauten sollte. Von der Annahme ausgehend, daß in juristischer Hinsicht das Verhältnis Serbiens zu Österreich-Ungarn nach der Proklamation der Annexion Bosniens und der Herzegowina normal geblieben ist, hat die Königliche Regierung durchaus nicht die Absicht, einen Krieg mit der benachbarten Monarchie hervorzurufen, und hat durchaus nicht den Wunsch, diese juristischen Beziehungen zu ändern, und ist entschlossen, ihren Verpflichtungen guter Nachbarschaft Österreich-Ungarn gegenüber nachzukommen. Indem sich Serbien jeder Einmischung in eine Frage enthält, deren Lösung den Signatarmächten des Berliner Traktates zukommt, in deren Gerechtigkeitssinn es volles Vertrauen hat, verlangt Serbien auch nicht von Österreich-Ungarn als Folge der bosnisch-herzegowinischen Frage irgendeine Kompensation, sei es territorialer, politischer oder ökonomischer Natur, indem es nach wie vor bereit ist, zusammen mit dem Wiener Kabinett die Fragen zu prüfen, welche sich auf die ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern beziehen. Geben Sie gleichzeitig Milowanovitch zu verstehen, daß in Anbetracht der Entspannung, die sich in der allgemeinen Situation zu vollziehen scheint, man zur Annahme berechtigt ist, daß das Wiener Kabinett davon absehen wird, an Serbien eine Anfrage wegen der Rüstungen zu richten, und daß folglich eine solche Erwähnung in der serbischen Zirkularnote unzeitgemäß und sogar gefährlich erscheint. Wenn jedoch ein derartiger Schritt von seiten der österreichisch-ungarischen Regierung erfolgen sollte, so könnte die Königliche Regierung unter Berufung auf die erwähnte Zirkularnote Rußland und die anderen Mächte von diesem Schritt in Kenntnis setzen, um von ihnen neuen Rat einzuholen. Es ver-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

steht sich von selbst, daß die Zirkularnote an alle Signatarmächte, Österreich inbegriffen, gerichtet sein muß. Ich bitte Sie, obiges zur Kenntnis der serbischen Regierung zu bringen und uns von ihrer Entscheidung zu benachrichtigen. Unseren Nachrichten zufolge ist Graf Forgach beauftragt worden, mit der serbischen Regierung über ein Handelsabkommen zu verhandeln. Aehrenthal hat bei dieser Gelegenheit geäußert, es läge ihm fern, Serbien erniedrigen zu wollen, und die Mission Forgach soll durchaus nicht den Charakter eines Ultimatums haben; andererseits sei es wünschenswert, daß Serbien nicht zu lange zaudere, da das Erlöschen des Handelsvertrages eine provisorische Verlängerung nötig macht; was die ökonomischen Verhandlungen zwischen beiden Ländern anbelangt, so könnten sie auf ein späteres Datum verschoben werden. Aehrenthal hat hinzugefügt, er wolle in keiner Weise einen Druck auf die serbische Regierung in dieser Frage ausüben. Angesichts dieser Versicherung hoffen wir, daß die serbische Regierung die Eröffnungen des österreichischen Vertreters nicht ablehnen wird, indem sie sich anläßlich dieser Verhandlungen auf den Boden normaler kommerzieller Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien stellt.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 22. Februar / 7. März 1909. — Nr. 296.

Ich beziehe mich auf meine Telegramme Nr. 288 und 292. Um den Anschein zu vermeiden, daß Serbien sich solchen direkten Verhandlungen mit Österreich-Ungarn entziehen will, die gewöhnlich den Gegenstand von Verhandlungen zwischen zwei Nachbarstaaten bilden, wäre es wünschenswert, zu dem zweiten Satze der serbischen Zirkularnote, der mit den Worten: „politischer oder ökonomischer Natur" endigt, die Worte hinzuzufügen „indem die Regierung nach wie vor bereit ist, zusammen mit dem Wiener Kabinett die Fragen zu prüfen, welche die ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten betreffen". Die serbische Regierung würde dadurch Europa einen neuen Beweis ihrer friedlichen Absichten geben. Es scheint uns sehr wichtig, daß Milowanovitch diesen Vorschlag annimmt, hauptsächlich im Hinblick auf die Ankunft von Forgach, der, wie die Presse mitteilt, Verhandlungen mit dem Belgrader Kabinett zu führen beauf-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

tragt ist. Teilen Sie dies Milowanovitch mit. Was unsere andern Bemerkungen betrifft, so werden wir sie Ihnen in Kürze mitteilen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 23. Februar / 8. März 1909.

Reden Sie Milowanovitch zu, die russische Redaktion anzunehmen. Serbien braucht nicht zu zögern zu erklären, sich in die Annexionsfrage nicht einmischen zu wollen. Juristisch ist dies der einzige unanfechtbare Standpunkt und bedeutet nicht, daß Serbien damit das Recht verliert, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, die Mächte mit seinen Wünschen bekannt zu machen. Unsererseits können wir nur wiederholen, daß die Tatsache der Annexion letzten Endes unsere Unterschrift nicht erhalten wird.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Cettinje an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. Februar 1909.

Es sind Maßregeln getroffen worden, um unverzüglich über einen gemeinsamen Feldzugsplan mit Serbien zu beraten; entweder wird ein Vorschlag nach Belgrad geschickt, oder eine kompetente Persönlichkeit hinkommandiert.

Inhaltsangabe eines Briefes des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Bukarest vom 24. Februar / 9. März 1909.

Der rumänische Gesandte hat mir beruhigende Erklärungen über ein neutrales Verhalten Rumäniens im Falle eines Konfliktes zwischen Serbien und Österreich gegeben. Bei passender Gelegenheit müßte diese Frage von Ihnen aufgeworfen werden, um eine diesbezügliche offizielle Erklärung zu erhalten, auf die man sich in Zukunft gegebenenfalls stützen könnte.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 26. Februar / 11. März 1909. — Nr. 318.

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat mir den Text des österreichisch-türkischen Abkommens übergeben, ebenso wie

die Abschrift einer Note Aehrenthals. Ich habe die Absicht, den Empfang dieser beiden Schriftstücke zu bestätigen und dabei dem Wiener Kabinett in Erinnerung zu bringen, daß unserer Ansicht nach eine direkte Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei die Notwendigkeit nicht ausschließt, die bosnisch-herzegowinische Frage einer Konferenz der Signatarmächte des Berliner Traktats zu unterbreiten und hinzuzufügen, daß wir folglich bereit seien, uns schon jetzt mit Österreich-Ungarn und den andern Signatarmächten ins Einvernehmen zu setzen, um eine Konferenz einzuberufen, welche sich sowohl mit der bosnisch-herzegowinischen Frage, als auch mit den andern Punkten des Programmes zu befassen hätte, das schon früher von allen Kabinetten angenommen worden ist. Teilen Sie dies der englischen Regierung mit und benachrichtigen Sie mich, ob das Londoner Kabinett bereit ist, Wien eine analoge Antwort zu geben.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 26. Februar / 11. März 1909. — Nr. 319.

Die serbische Zirkularnote, die mir heute von dem serbischen Gesandten übergeben wurde, ist trotz einiger redaktioneller Einzelheiten, die, unserm Rate entgegen, hinzugefügt worden sind, im großen ganzen zufriedenstellend, und müßte es für jeden Unbefangenen sein. Unglücklicherweise haben wir Grund anzunehmen, daß dies nicht die Ansicht des Wiener Kabinetts ist. Wie mir der österreichisch-ungarische Botschafter gesagt hat, wird seine Regierung auf einer anderen Formel bestehen, die das österreichisch-türkische Protokoll erwähnt und die Annexion als eine vollzogene Tatsache anerkennt, die weiter nicht in Frage gestellt werden kann. Eine derartige Forderung des Wiener Kabinetts läßt wenig Hoffnung auf eine gütliche Einigung, denn es erscheint zweifelhaft, daß sich in Serbien eine Regierung finden ließe, die dazu ihre Zustimmung gäbe. Wir haben unsererseits alles was möglich getan, um Serbien zu mäßigen; es scheint uns nun dringend notwendig, daß die Kabinette von Paris, London und Rom ihren ganzen Einfluß in Wien und in Berlin zur Geltung bringen, um Aehrenthal zu einer versöhnlicheren Haltung zu bewegen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 27. Februar / 12. März 1909.

Ihr Telegramm Nr. 319 erhalten. Grey ist der Ansicht, man könne von Serbien nicht verlangen, es solle die Annexion anerkennen, ehe die Signatarmächte des Berliner Traktats sich auf der Konferenz in dieser Frage ausgesprochen hätten. Er findet auch, daß die letzte serbische Zirkularnote, namentlich wenn Serbien in Bälde seine Zustimmung zu direkten Verhandlungen mit Österreich über den Handelsvertrag gibt, das Wiener Kabinett befriedigen sollte. Wenn Mensdorff hier in demselben Sinne wie Berchtold mit Ihnen sprechen wird, wird Grey ihm in kategorischer Form seine Meinung zum Ausdruck bringen und hinzufügen, daß, wenn Österreich immer noch mit Serbien unzufrieden ist, dies nur bedeuten könne, daß man Österreich überhaupt nicht befriedigen könne. Wenn eine solche Unterredung stattfinden wird, wird Grey sofort die englischen Botschafter in Wien, Berlin, Paris, Rom und Petersburg hiervon verständigen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 28. Februar / 13. März 1909.

Im Nachgang meines gestrigen Telegramms. Gestern hat der österreichische Botschafter in versöhnlicher Form Grey die Bemerkungen Aehrenthals über den Text der serbischen Zirkularnote mitgeteilt, und da von österreichischer Seite die Zurücknahme der Zirkularnote nicht verlangt und diese sogar als ein weiterer Schritt zur friedlichen Regelung der österreichisch-serbischen Beziehungen bezeichnet wurde, so hat auch die Antwort Greys einen viel weicheren Ausdruck gefunden. Mensdorff bestand darauf, daß, wenn Serbien die Frage der Annexion der Entscheidung der Mächte überläßt, dies seinen eigenen Erklärungen widerspricht, daß die Annexion Bosniens und der Herzegowina die juristischen Beziehungen Serbiens zu Österreich nicht verändert. Das Wiener Kabinett ist der Ansicht, daß die Vereinbarungen der Türkei mit Österreich und Bulgarien die faktische Seite der Verletzung des Berliner Traktates endgültig regeln und den Signatarmächten nur die formelle Sanktion der stattgefundenen Modifikationen übrigbleibt. Grey bestritt im

Prinzip die letztere Meinung und rechtfertigte den Standpunkt der serbischen Zirkularnote in den in meinem gestrigen Telegramm wiedergegebenen Ausdrücken. Ferner betonte der österreichische Botschafter ganz besonders die Form der Antwort, welche Serbien auf den Vorschlag direkter Verhandlungen wegen des Handelsvertrages geben wird, und fügte hinzu, daß Österreich sich nicht mit einem Versprechen Serbiens begnügen könne, freundnachbarliche Beziehungen mit Österreich „fortzusetzen", da das Wiener Kabinett, mit den jetzigen Beziehungen unzufrieden, diese zu ändern wünscht. Während der Unterredung hat Mensdorff kein einziges Mal darauf angespielt, daß Österreich von Serbien eine formale Anerkennung der Annexion verlangen wird. Daher glaubt Grey, daß wenn Mensdorff nicht speziell den Auftrag hatte, die Form seiner gestrigen Mitteilung an die englische Regierung zu mildern, Österreich-Ungarn sich mit einer günstigen Antwort auf die Vorschläge Forgachs begnügen wird, wenn dieser Antwort eine allgemeine Erklärung hinzugefügt wird, daß Serbien gute nachbarliche Beziehungen zu unterhalten wünscht. Mensdorff hat angedeutet, die serbische Regierung könnte sich hinsichtlich der Redaktion dieser Antwort mit dem österreichischen Gesandten in Belgrad verständigen, und Grey erblickt keine Hindernisse, diesen Vorschlag anzunehmen. Serbien müßte jedoch die Anerkennung der Annexion entschieden ablehnen, wenn dies von ihm bei dieser Gelegenheit verlangt werden sollte.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 2./15. März 1909. — Nr. 337.

In Beantwortung der Mitteilung des Wiener Kabinetts, welche das österreichisch-türkische Protokoll begleitete, habe ich heute Berchtold eine Note übergeben, in der ich den Empfang der beiden Schriftstücke bestätige und mich alsdann folgendermaßen äußere: „Indem Euerer Exzellenz der Gedankenaustausch in Erinnerung gebracht wird, der im November und Dezember letzten Jahres zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg stattgefunden hat, und unter besonderer Bezugnahme auf die Mitteilungen vom 9. November und 6. Dezember, hält es der Unterzeichnete für seine Pflicht, nochmals zu bestätigen, daß der Ansicht der Kaiserlich Russischen Regierung gemäß eine direkte

Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei die Notwendigkeit nicht ausschließt, die Frage Bosniens und der Herzegowina einer Konferenz der Signatarmächte des Berliner Traktats zu unterbreiten. Die russische Regierung ist also bereit, sich schon jetzt mit Österreich-Ungarn und den andern Signatarmächten ins Einvernehmen zu setzen, um das definitive Zusammentreten der Konferenz herbeizuführen, welche sich sowohl mit der bosnisch-herzegowinischen Frage, als auch mit den andern Punkten des von allen Mächten angenommenen Programms zu beschäftigen hätte." Bringen Sie bitte den Inhalt dieser Mitteilung zur Kenntnis der englischen Regierung.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1909.

Grey bedauert außerordentlich, daß die serbische Regierung in ihrer dem Wiener Kabinett gegebenen Antwort die Ratschläge Rußlands und der übrigen Mächte nicht genügend berücksichtigt und versäumt hat, eine vorteilhafte diplomatische Position einzunehmen, die Österreich jeden Vorwand zum Mißvergnügen genommen hätte. Man hat hier keine Nachrichten über die weiteren Absichten Österreichs. Die letzten Berichte des englischen Botschafters in Wien weisen auf eine versöhnliche Stimmung Aehrenthals hin, und Cartwright glaubt sogar, daß Österreich, ehe es zu schroffen Maßregeln Serbien gegenüber greift, sich noch mit einer Mitteilung an die Mächte wenden wird. Grey hält es für ziemlich wahrscheinlich, daß die serbische Regierung aus Erwägungen der inneren Politik nur einem energischen Drucke der Mächte nachgeben will. Die englische Regierung wird, wenn nötig, an einem solchen Drucke teilnehmen und wird auf jeden Fall jede russische Initiative mit allen Mitteln in Belgrad unterstützen, die bezwecken würde, die serbische Regierung zu bewegen, eine Antwort zu geben, die den Wünschen des Wiener Kabinetts entspricht. Grey glaubt jedoch, diese Antwort müßte sich auf Versicherungen von Friedensbereitschaft, auf den Wunsch gutnachbarlicher Beziehungen und auf die Bereitwilligkeit beschränken, unmittelbare Verhandlungen über Fragen rein ökonomischer Natur aufzunehmen, die die Interessen der beiden Staaten betreffen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 4./17. März 1909.

Aus meinen Telegrammen während der letzten zwei Wochen und aus den Unterredungen mit Sir A. Nicolson wird Euerer Exzellenz der Standpunkt der englischen Regierung hinsichtlich der verschiedenen Phasen der serbisch-österreichischen Krise bekannt sein, und ich erlaube mir daher diese Frage jetzt nur kurz zu erwähnen. Man war hier überzeugt, daß die serbische Zirkularnote, im Sinne der Ratschläge der russischen Regierung verfaßt, ihren Zweck erreichen würde. Die trockene und abweisende Form aber, welche das Belgrader Kabinett diesem diplomatischen Dokumente gegeben, hat auf die englische Regierung keinen sehr günstigen Eindruck gemacht. In Anbetracht dessen jedoch, daß die Zirkularnote wertvolle friedliche Erklärungen enthält, hoffte Grey, daß die redaktionellen Fehler der serbischen Note durch neue Versicherungen von seiten Serbiens gutgemacht werden würden; diese hätten dahin gehen sollen, daß Serbien friedliche nachbarliche Beziehungen mit Österreich zu unterhalten wünscht. Eine solche Gelegenheit bot sich, als Serbien den österreichischen Vorschlag direkter Verhandlungen über den Handelsvertrag zu beantworten hatte. Nach seiner Unterredung mit Mensdorff, über welche ich seinerzeit Euerer Exzellenz berichtet habe, hatte Grey den Eindruck, daß ein derartiges Vorgehen Serbiens das Wiener Kabinett befriedigt und Serbiens internationale Stellung bedeutend gestärkt haben würde. Serbien hätte auf diese Weise die Möglichkeit gehabt, unter dem Schutze der Mächte die Annexion nicht anzuerkennen, aber gleichzeitig die Gefahr abzuwenden, auf weitere Forderungen Österreichs eingehen zu müssen.

Leider hat die serbische Regierung diese Hoffnung nicht erfüllt. Nachdem Milowanovitch mit Forgach einen Meinungsaustausch über die Redaktion der serbischen Antwort begonnen hatte, schickte er plötzlich diese Antwort nach Wien, unter Umgehung des österreichischen Gesandten in Belgrad, und teilte außerdem den Inhalt dieser Antwort der Presse mit, ehe sie noch dem Wiener Kabinett bekannt geworden war. Abgesehen hiervon war auch die Antwort selbst taktlos: statt freundschaft-

licher Versicherungen — die Wiederholung der Ausdrücke der Zirkularnote, die in Wien nicht gefallen hatten, und statt einer kurzen Darlegung der Wünsche Serbiens hinsichtlich des Handelsvertrages — wird dem Wiener Kabinett eine lange Lektion erteilt, wie diese Frage in den beiden Parlamenten der Donaumonarchie behandelt werden soll.

Die englische Regierung gibt sich natürlich nach wie vor Rechenschaft, daß Österreich Serbien gegenüber mehr Nachgiebigkeit und Wohlwollen zeigen könnte. Aber man weiß hier sehr wohl, daß, um einen Konflikt zwischen zwei Staaten so verschiedener Größe und Macht beilegen zu können, der schwächere mehr guten Willen zeigen müsse, als Serbien dies bis jetzt hat tun wollen.

Augenblicklich ist Sir Edward Grey zwar, was die Zukunft anbelangt, beunruhigt, aber ich kann nicht sagen, daß er die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des österreichisch-serbischen Konfliktes aufgibt. Seiner Ansicht nach hängt die Zukunft ausschließlich davon ab, ob Österreich Krieg oder Frieden will, und er sieht absolut keinen Grund zur Annahme, daß Österreich einen bewaffneten Konflikt herbeizuführen wünscht. Abgesehen davon, daß es unmöglich ist, mit Bestimmtheit vorauszusehen, wieviel Staaten in diesen Krieg hineingezogen werden würden, liegt auch ein Kampf mit Serbien allein nicht in den Absichten Aehrenthals, da sogar ein solcher Kampf sehr bedeutende menschliche und materielle Opfer erfordern würde. Auch der englische Botschafter in Wien hat in letzter Zeit mehrere Male auf eine versöhnlichere Stimmung im österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußeren hingewiesen, und deshalb hofft Grey, daß Österreich nicht sofort zu radikalen Maßnahmen Serbien gegenüber greifen wird. Er glaubt, daß das Wiener Kabinett jetzt entweder von den Mächten oder aber auch von Serbien selbst Erklärungen erbitten wird, aber nicht in der Form eines Ultimatums, und dies wird nicht allein dem Belgrader Kabinett die Möglichkeit geben, sich zu besinnen, sondern wird auch den Serbien freundschaftlich gesinnten Mächten erlauben, einen mäßigenden Einfluß auf dasselbe auszuüben. Wenn diese Hoffnung sich bestätigt, so rechnet die englische Regierung darauf, daß Rußland seine großmütigen Anstrengungen in Belgrad zugunsten des all-

gemeinen Friedens fortsetzen wird, wobei es stets auf die Unterstützung des Londoner Kabinetts rechnen kann. In letzter Zeit kommt Grey immer mehr und mehr zu der Überzeugung, daß König Peter und die serbische Regierung aus Furcht vor inneren Erschütterungen sich nicht entschließen werden, einem freundschaftlichen Rate Folge zu leisten, sondern zu zeigen wünschen, daß sie zu dieser Nachgiebigkeit durch einen energischen Druck der Mächte gezwungen worden sind. Im Interesse des Friedens wäre die englische Regierung bereit, an einem solchen Schritte teilzunehmen, aber natürlich unter der Bedingung, daß derselbe von Rußland gutgeheißen wird.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Botschafter in London und Paris vom 4./17. März 1909. — Nr. 356.

Der deutsche Botschafter hat hier soeben im Auftrage des Fürsten Bülow einen vertraulichen Schritt unternommen, der zum ersten Male seit dem Ausbruch der Krise auf den Wunsch des Berliner Kabinetts hinzuweisen scheint, ein Mittel zu finden, um die Lage zu entspannen. Graf Pourtalès hat mir erklärt, die deutsche Regierung sei bereit, das Wiener Kabinett zu sondieren, um zu erfahren, ob dieses einverstanden wäre, den Mächten die Übereinkunft mit der Türkei mitzuteilen und ihnen die formelle Sanktion der Veränderung des Artikels 25 des Berliner Traktates zu unterbreiten. Diese Sanktion könnte auf dem Wege eines Notenaustausches stattfinden. Wenn das Petersburger Kabinett sich dieser Anschauungsweise anschließt, so würde die deutsche Regierung, allein oder zusammen mit Rußland, bei den anderen Mächten Schritte unternehmen, um sie aufzufordern, dieses Vorgehen anzunehmen, welches dem Prinzip der europäischen Sanktion, für das Rußland sich einsetzt, Genüge tut und letzterem gleichzeitig erlauben würde, in Belgrad eine energischere Sprache zu führen. Ich habe dem Grafen Pourtalès für diese freundschaftliche Mitteilung gedankt und mich darauf beschränkt, zu bemerken, daß auf den ersten Blick hin der deutsche Vorschlag eine Konferenz auszuschließen scheine und Österreich die Möglichkeit gäbe, wenn einmal die Annexion von den Mächten anerkannt worden ist, sich der Lösung der andern Punkte des Programms zu entziehen und Serbien in seine

Gewalt zu bekommen. Ich fügte jedoch hinzu, daß ich den versöhnlichen Geist der Mitteilung des Grafen Pourtalès anerkenne und daß ich den Vorschlag reiflich überlegen würde. Es will mir scheinen, man müsse dies Bestreben Deutschlands, eine Entspannung herbeizuführen, ermutigen, und man könnte diesen Vorschlag im Prinzip annehmen, unter der Bedingung, daß man die Form des österreichischen Schrittes genau festsetzen und weiterhin Garantien für das Zusammenkommen der Konferenz verlangen müßte. Teilen Sie obiges in vertraulicher Weise dem Minister des Äußeren mit, und wenn er meine Ansicht teilt, so werde ich eine Antwort in diesem Sinne verfassen und sie den Kabinetten von Paris und London mitteilen, ehe ich sie nach Berlin abschicke.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Botschafter in London und Paris vom 4./17. März 1909. — Nr. 364.

Nr. 1. Sub Nr. 2 erhalten Sie das Projekt meiner Antwort an das Berliner Kabinett. Fragen Sie den Minister des Auswärtigen, ob er mit meiner Antwort einverstanden ist.

Telegramm desselben an dieselben vom 4./17. März 1909. — Nr. 365.

Nr. 2. Anbei das in meinem Telegramm Nr. 1 erwähnte Projekt. Die russische Regierung hat nicht verfehlt, die vertrauliche Mitteilung des Berliner Kabinetts reiflich zu prüfen, deren freundschaftlicher Geist vollkommen gewürdigt wird. Das Berliner Kabinett kennt all die Anstrengungen, die Rußland gemacht hat, um mäßigend auf die serbische Regierung einzuwirken. Wenn die Ratschläge der Kaiserlichen Regierung nicht in allen Punkten in Belgrad befolgt worden sind, so sind sie auch nicht resultatlos geblieben, und das Kaiserliche Kabinett ist bereit, in demselben Sinne weiter zu handeln. Unglücklicherweise ist das Wiener Kabinett weit davon entfernt, den guten Willen, den Serbien trotz mannigfacher Schwierigkeiten gezeigt hat, anzuerkennen, und zeigt sich immer anspruchsvoller. Den letzten Nachrichten zufolge, die aus Wien erhalten worden sind, muß man befürchten, daß der Krieg dort endgültig beschlossen ist. Wie dem auch sei, die russische Regierung hat seit Beginn der Krise

nichts vernachlässigt, um die friedliche Beilegung der schwebenden Streitfragen zu fördern; sie wird deshalb auch jetzt die Vorschläge des Berliner Kabinetts annehmen, und wenn Österreich einen Schritt in dem von der deutschen Regierung angegebenen Sinne unternimmt, das heißt, wenn es die Mächte um eine durch Notenaustausch zu erfolgende formelle Sanktion der Veränderung des Artikel 25 des Berliner Traktates bittet, so wird die russische Regierung es sich ihrerseits zur Pflicht machen, diesem Schritte mit dem aufrichtigen Wunsche entgegenzukommen, hierin die Elemente einer Lösung zu finden, die für alle Signatarmächte des Berliner Traktates in gleicher Weise befriedigend wäre.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Botschafter in London und Paris vom 4./17. März 1909. — Nr. 363.

Wie wir erfahren, ist die serbische Antwort auf die Mitteilung des Grafen Forgach in Wien nicht als befriedigend anerkannt worden. Ohne in die Prüfung der Einzelheiten dieser Antwort eintreten zu wollen, glauben wir feststellen zu müssen, daß diese Antwort ohne unsere Teilnahme zusammengestellt worden ist und keineswegs den Ratschlägen, die in Belgrad erteilt wurden, entspricht; es scheint jedoch, daß das Wiener Kabinett die Absicht hat, die Verhandlungen mit Belgrad fortzusetzen, und es steht zu erwarten, daß Forgach der serbischen Regierung eine neue Mitteilung zukommen lassen wird. Wir haben die Absicht, in diesem Falle unsern ganzen Einfluß geltend zu machen, um zwischen der serbischen Regierung und dem österreichischen Gesandten ein Einvernehmen zustande zu bringen, das sich auf die Abfassung einer beide Seiten in gleicher Weise befriedigenden definitiven Antwort bezieht, und wir hoffen, daß die Regierung, bei der Sie akkreditiert sind, uns im Interesse des allgemeinen Friedens hierbei unterstützen wird.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Iswolsky vom 4./17. März 1909.

Die Lage verschärft sich. Die Nachrichten, die hier über verstärkte militärische Rüstungen Österreichs eintreffen, können Serbien veranlassen, zu ähnlichen Maßnahmen zu greifen. Diese

würden von Österreich jedenfalls als Provokation angesehen werden. Andererseits ist die Königliche Regierung auf Grund der von Aehrenthal und Forgach abgegebenen Erklärung überzeugt, daß Österreich in seiner nächsten Mitteilung offen verlangen wird, Serbien solle vor allem die bosnisch-herzegowinische Frage auf Grund des österreichisch-türkischen Protokolles als erledigt erklären, um sich auf diese Weise die Teilnahme an der Konferenz zu erleichtern. Serbien wird jedenfalls ebenso wie früher antworten, und dann würde der Zusammenstoß unvermeidlch sein. Simitsch glaubt, daß der einzige Ausweg aus dieser kritischen Lage darin bestehen würde, daß die Großmächte auf die eine oder andere Weise Österreich verhindern würden, direkt mit Serbien zu verhandeln. Der Minister glaubt, daß dieses z. B. durch einen Kollektivschritt der Mächte in Belgrad erreicht werden könnte, indem man dem Belgrader Kabinett vorschlägt, abzurüsten. Diesem Verlangen würde die Regierung bedingungslos nachgeben und auf diese Weise Österreich in eine äußerst schwierige Situation Europa gegenüber versetzen. So sonderbar diese Ansicht des Ministers erscheint, so halte ich es dennoch für meine Pflicht, sie Ihnen mitzuteilen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 4./17. März 1909.

Die Antwort der serbischen Regierung auf die Mitteilung Forgachs hat in Wien nicht befriedigt. Auch die andern Mächte sind der Ansicht, daß die Antwort den jetzigen Verhältnissen nicht entspricht. Man muß annehmen, daß Österreich jetzt noch energischere Forderungen an Serbien stellen wird. Wir sind erstaunt, daß das Belgrader Kabinett, obwohl es augenscheinlich im Prinzip die Notwendigkeit, Österreich nachzugeben, eingesehen hat, unserm Rat nicht gefolgt ist, sich mit Forgach über die endgültige Antwort zu verständigen, die Österreich befriedigt hätte. Man muß nicht vergessen, daß das Wiener Kabinett bei jeder neuen Forderung seine Ansprüche erhöht, und auf diese Weise wird unsere Aufgabe, Serbien nach Möglichkeit bei den diplomatischen Verhandlungen mit den Mächten zu helfen, außerordentlich erschwert. Wie wir schon erklärt haben, kann die serbische Antwort, unter dem Drucke von Zwangsmaßregeln gegeben,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

auch wenn in ihr ein kategorischer Verzicht auf Bosnien und die Herzegowina enthalten ist, doch nicht eine entscheidende Bedeutung für das Schicksal dieser Provinzen haben. Diese Frage muß ausschließlich von den Mächten entschieden werden und ihre Ansicht hängt nicht vom Standpunkte der serbischen Regierung ab, sondern stützt sich, wie in Belgrad wohl bekannt, auf Fragen des Rechts und die Notwendigkeit, unter den Mächten ein Einvernehmen zu erzielen. Teilen Sie dies der serbischen Regierung mit und drücken Sie die Erwartung aus, daß diese Erwägungen bei der Redaktion der Antwort in Betracht gezogen werden, da Forgach wahrscheinlich in nächster Zeit eine neue Mitteilung machen wird.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 6./19. März 1909. — Nr. 7.

Der englische Botschafter in Petersburg ist beauftragt worden, Ihnen die Erwägungen seiner Regierung anläßlich des deutschen Vorschlages und unserer Antwort mitzuteilen. Der allgemeine Eindruck ist der, daß der Vorschlag augenscheinlich in Wien inspiriert worden ist und die Absicht verfolgt, eine Konferenz unnütz zu machen; da die Konferenz auch im Projekte unserer Antwort nicht erwähnt wird, so würde die Annahme des deutschen Vorschlages dahin führen, daß die Konferenz durch einen Notenaustausch ersetzt würde. England hat sich zugunsten einer Konferenz hauptsächlich deshalb ausgesprochen, weil Rußland dies wünschte; wenn die russische Regierung es jetzt für möglich hält, auf diesen Gedanken zu verzichten, so ist auch die englische Regierung bereit, sich mit einem Notenaustausch hinsichtlich folgender Fragen zu begnügen: Bosnien, Herzegowina, Türkei, Bulgarien und die Ungültigkeitserklärung des Artikels 29 des Berliner Traktates, welcher sich auf Montenegro bezieht. Grey ist ferner der Ansicht, die russische Regierung müßte noch mit einer Antwort auf den deutschen Vorschlag warten, bis die augenblickliche österreichisch-serbische Krise eine Lösung gefunden hat. Hardinge machte die Bemerkung, daß die in Ihrer Antwort enthaltenen Worte, man müsse befürchten, daß man sich in Wien endgültig für den Krieg entschieden habe, kaum der jetzigen Lage der Dinge entsprechen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 9./22. März 1909. — Nr. 10.

Aehrenthal hat dem englischen Botschafter in Wien das Projekt einer serbischen Note mitgeteilt, die Österreich befriedigen würde. Vor allem wird verlangt, Serbien solle zugeben, daß die Annexion Bosniens die serbischen Rechte nicht verletzt habe, und versprechen, daß es in Zukunft die Politik der Opposition und der Proteste hinsichtlich der Annexion aufgeben werde. Grey hat in Wien mitteilen lassen, daß eine solche Forderung erniedrigend sei und eine Entschuldigung für das frühere Benehmen bedeute. Aehrenthal bestand auf seinem Standpunkt, gab aber zu verstehen, daß Österreich den englischen Vorschlag annehmen würde, wenn die Mächte, wenn auch einzeln und in nichtoffizieller Form, ihre Zustimmung zur Annexion geben würden. In der Annahme, daß diese letzte Frage mit dem österreichisch-serbischen Konflikt nicht in Zusammenhang gebracht werden muß, hat Grey die Absicht, wenn die Lage sich morgen nicht verändert, Aehrenthal das Projekt einer Note mitzuteilen. Cartwright wird dabei beauftragt werden, zu erklären, daß dies der letzte Versuch der Mächte ist, Österreich mit Serbien zu versöhnen, und er wird auf die Verantwortung hinweisen, die auf Österreich fallen würde, wenn es so weitgehende Garantien der versöhnlichen Absichten Serbiens abweisen würde. Wenn Aehrenthal das englische Projekt annimmt, so müßten die Vertreter der anderen Mächte ihre Zustimmung geben. Hardinge beriet sich heute gleichzeitig mit dem französischen Botschafter und mir, und wir beide haben uns erlaubt, die Meinung auszudrücken, daß die englische Note nichts enthält, was der Ansicht unserer Regierungen widersprechen würde. Hardinge und Cambon haben beide geäußert, man müsse allzu großen Forderungen Aehrenthals mit Festigkeit begegnen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Vertreter in Paris und London vom 10./23. März 1909.

Der deutsche Botschafter hat mir mündlich und vertraulich folgende Mitteilung gemacht: „Die deutsche Regierung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die russische Regierung

den freundschaftlichen Geist des von Deutschland unternommenen Schrittes anerkennt, und daß die Kabinette geneigt zu sein scheinen, den ihnen gemachten Vorschlag anzunehmen. Die deutsche Regierung ist bereit, sich schon jetzt an das Wiener Kabinett zu wenden und ihm vorzuschlagen, die Mächte, unter Bezugnahme auf die Notifikation der österreichisch-türkischen Übereinkunft, um ihre formelle Zustimmung zur Annullierung des Artikels 25 des Berliner Traktates zu bitten. Ehe jedoch das Berliner Kabinett diesen Schritt in Wien unternimmt, möchte es die Gewißheit haben, daß das Petersburger Kabinett fest entschlossen ist, den österreichischen Vorschlag anzunehmen und seine bedingungslose formelle Zustimmung zur Annullierung des Artikels 25 zu geben."

Im Auftrage des Kaisers habe ich dem Grafen Pourtalès mündlich und vertraulich wie folgt geantwortet: „Das Berliner Kabinett hat die Kaiserliche Regierung benachrichtigt, daß es bereit ist, dem Wiener Kabinett vorzuschlagen, die Mächte, unter Bezugnahme auf die Notifikation der österreichisch-türkischen Übereinkunft, um ihre formelle Zustimmung zur Annullierung des Artikels 25 des Berliner Traktates zu bitten. Die russische Regierung hat keine Bedenken zu erklären, daß, wenn das Wiener Kabinett eine solche Anfrage an die Mächte richten würde, sie nicht verfehlen wird, ihre bedingungslose formelle Zustimmung zu geben. Indem wir diesen neuen Beweis unseres Wunsches, die Krise zu lösen, geben, hoffen wir, daß das Berliner Kabinett seinen ganzen Einfluß aufbieten wird, um Wien zu bestimmen, der englischen Initiative Entgegenkommen zu zeigen und eine Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien herbeizuführen."

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Vertreter in Paris und London vom 10./23. März 1909. — Nr. 409.

Graf Pourtalès hat der im vorhergehenden Telegramm enthaltenen Mitteilung hinzugefügt, daß eine ablehnende oder sogar ausweichende Antwort unsererseits zur Folge haben würde, daß Deutschland „den Dingen freien Lauf lassen und uns für die Folgen verantwortlich halten würde"; er hat mir gleichzeitig zu verstehen gegeben, daß der Erfolg der englischen Schritte in Wien ausschließlich von unserer Annahme des Bülowschen

Vorschlages abhängt. Wir haben es also augenscheinlich mit einer keinen Widerspruch zulassenden Aktion zu tun, die zwischen Wien und Berlin vereinbart worden ist und dazu dient, uns vor folgende Alternative zu stellen: unverzügliche Regelung der Annexionsfrage durch Notenaustausch oder Invasion Serbiens. In Anbetracht der großen Gefahr, die ein österreichisch-serbischer Konflikt sowohl für uns als auch für den allgemeinen Frieden bedeuten würde, und um Serbien zu schützen, haben wir keine andere Wahl, als den deutschen Vorschlag anzunehmen. Ich habe folglich, mit Zustimmung des Kaisers, dem deutschen Botschafter erklärt, daß, wenn das Wiener Kabinett den in der deutschen Mitteilung angedeuteten Schritt macht, die russische Regierung ihn mit der bedingungslosen Annahme des Vorschlages beantworten würde. Ich habe hinzugefügt, daß wir, indem wir diesen neuen Beweis unseres Wunsches, die Krise zu lösen, geben, uns der Hoffnung hingeben, daß das Berliner Kabinett seinen ganzen Einfluß aufbieten wird, um Wien zu bestimmen, der englischen Initiative Entgegenkommen zu zeigen. Indem Sie obiges dem Minister des Auswärtigen mitteilen, seien Sie bitte darauf bedacht, das große Opfer zu betonen, welches wir der Sache des Friedens bringen; die Kabinette von Berlin und Wien bezwecken augenscheinlich, eine Konferenz zu vermeiden. Obwohl wir uns enthalten, die Konferenz in diesem Augenblicke zu erwähnen, so haben wir doch durchaus nicht die Absicht, auf dieselbe zu verzichten, und wir sind der Ansicht, daß der in Berlin vorgeschlagene Notenaustausch diese Möglichkeit nicht ausschließt.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister Iswolsky vom 11./24. März 1909. — Nr. 22.

Die Antwort, die Eure Exzellenz gestern dem Grafen Pourtalès gegeben haben, hat in der Wilhelmstraße die größte Befriedigung hervorgerufen. Kiderlen betrachtet sie als die erste Etappe einer friedlichen Lösung der Krise. Berlin hat die Kabinette von Paris, London und Rom benachrichtigt, daß die deutsche Regierung bei Rußland angefragt habe, wie es eine österreichische Anfrage bezüglich der Anerkennung der österreichisch-türkischen Übereinkunft und der Veränderung des Artikels 25 des Berliner Traktates aufnehmen würde. Da von

Petersburg eine günstige Antwort erhalten worden sei, würde die deutsche Regierung gerne wissen, welche Aufnahme ein analoger Schritt des Wiener Kabinetts in London, Paris und Rom finden würde. Kiderlen ist der Ansicht, daß eine solche Lösung die Möglichkeit des Zusammentritts der Konferenz nicht ausschließt und daß letztere außer der Sanktion der Annullierung des Art. 25 sich auch noch mit der bulgarischen und montenegrinischen Frage zu befassen haben würde. Kiderlen lenkte meine Aufmerksamkeit auf einen Artikel der Kölnischen Zeitung, der heute abend erscheinen wird und dessen Ton, wie ich verstanden habe, bedeutend von dem abweicht, was in letzter Zeit selbst von der offiziösen Presse über unsere Politik geschrieben worden ist. Diese Wendung zum Besseren ist augenscheinlich das Resultat Ihrer Verhandlungen mit Pourtalès. Der in Frage kommende Artikel erwähnt in keiner Weise die vorhergehenden Verhandlungen, die Kiderlen nicht in der Presse erörtert zu sehen wünscht.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in Berlin vom 13./26. März 1909. — Nr. 425.

Mitgeteilt von der französischen Botschaft in Petersburg. Telegramm Pichons: Radolin hat mir die von der russischen Regierung getroffene Entscheidung, die Annullierung des Artikels 25 bedingungslos anzunehmen, mitgeteilt. Er hat mich gefragt, ob wir bereit wären, eine österreichische Anfrage in derselben Weise zu beantworten; er hat hinzugefügt, die deutsche Regierung betrachte den Entschluß des russischen Außenministers als einen wichtigen Schritt zur friedlichen Lösung der Krise und er glaube, daß die vorgeschlagene Handlungsweise die in Belgrad in Aussicht genommenen Schritte aufs wirksamste unterstützen würde. Ich habe geantwortet, daß wir kein Bedenken haben zu erklären, daß, wenn Österreich uns bitten würde, unsere bedingungslose Zustimmung zu geben, ebenso wie es Rußland getan hat, wir eine bejahende Antwort geben würden. Aber da diese Antwort unserm Wunsche entspringt, die höheren Interessen des allgemeinen Friedens zu wahren, so bitten wir unsererseits die österreichische Regierung inständigst, diese Anfrage nur dann an uns zu richten, wenn die Verhandlungen, die soeben in Wien zur Beilegung des Konfliktes mit Serbien geführt werden, Er-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

folg gehabt haben werden. Soweit wir wissen, ist das Projekt der serbischen Note, welches von dem österreichischen Außenminister vorbereitet worden ist, von Iswolsky mit sehr leichten Veränderungen angenommen worden. Es handelt sich folglich nur um einen ganz kurzen Aufschub, und es würde uns zur Befriedigung gereichen, dies Zugeständnis von der österreichischen Regierung zu erhalten.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. März 1909. — Nr. 24.

Man hat in Berlin die Antworten erhalten, wie London, Paris und Rom die von Deutschland vorgeschlagene österreichische Anfrage aufnehmen würden. Die römische Antwort wird hier als befriedigend betrachtet. Die aus Paris ist es weniger, aber schließt die Möglichkeit einer Zustimmung nicht aus. Die Antwort aus London hat in der Wilhelmstraße Enttäuschung hervorgerufen. Man nimmt an, daß die deutschen Botschafter in Paris und London den Gedanken, welcher dem deutschen Vorschlage zugrunde liegt, nicht deutlich genug erklärt haben, nämlich, daß die Anerkennung der Annexion durch die Mächte ihnen die gemeinsame Aktion in Belgrad erleichtern würde. Erläuternde Instruktionen sind an Radolin und Metternich abgegangen. Baron Schön hat mir seine Enttäuschung nicht verhehlt, daß der deutsche Schritt in London keinen Erfolg gehabt, da Grey darauf besteht, daß der Schritt der Mächte in Belgrad der Anerkennung der österreichisch-türkischen Übereinkunft vorhergehen müsse.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in Berlin vom 13./26. März 1909. — Nr. 429.

Ich lasse Ihnen die Antworten der Kabinette von Paris und London auf den deutschen Vorschlag zukommen. Wir folgern aus ihnen, daß England und Frankreich die Bülowsche Redaktion annehmen, mit einigen Vorbehalten, die aber den Grund der Frage nicht betreffen. Da die Nachrichten über kriegerische Vorbereitungen Österreichs nach wie vor beunruhigend sind, so scheint es uns notwendig, die Verhandlungen, die in Wien über die Form der serbischen Erklärung geführt werden, möglichst schnell zum Abschluß zu bringen. Wir hoffen, daß Aehrenthal die leichten

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Veränderungen, die nur die Form betreffen, annehmen wird. Ich habe nach Wien telegraphiert, daß wir bereit sind, die Redaktion anzunehmen, die Aehrenthal mit Cartwright vereinbaren wird. Bitten Sie Baron Schön, auf Wien einzuwirken, damit die beiden schwebenden Fragen, d. h. die serbische Erklärung und Artikel 25 des Berliner Traktates, möglichst schnell abgeschlossen werden. Um die öffentliche Meinung zu orientieren, haben wir ein Communiqué veröffentlicht, ohne aber, wie Kiderlen wünscht, die Verhandlungen mit Pourtalès zu erwähnen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 14./27. März 1909. — Nr. 19.

Sehr vertraulich. Cartwright hat gestern telegraphiert, Aehrenthal bäte die englische Regierung inständigst, von Entgegnungen auf seine Redaktion zur serbischen Note abzusehen, da er schon von Ihnen die Zusicherung erhalten hat, Rußland nähme jeden Text an, der zwischen Wien und London vereinbart wird. Diese Versicherung Aehrenthals hat hier einen außerordentlich unangenehmen Eindruck hervorgerufen. Hardinge glaubt, daß, wenn diese Erklärung richtig ist, die englischen Anstrengungen, eine günstigere Redaktion der serbischen Note herbeizuführen, von Anfang an ohne Erfolg bleiben mußten. Ich habe gesagt, daß mir nichts Derartiges bekannt sei und daß ich nur den Auftrag habe, die Instruktionen mitzuteilen, die unserm Geschäftsträger in Wien hinsichtlich der endgültigen Redaktion der Note gegeben worden sind.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 22. März / 4. April 1909. — Nr. 503.

Es will uns scheinen, daß die zustimmende Antwort auf die österreichische Anfrage hinsichtlich des Artikels 25 des Berliner Traktates von jeder Macht einzeln gegeben werden muß. Wir haben folglich die Absicht, dem österreichisch-ungarischen Botschafter die folgende Antwortnote zu übergeben: „Der Unterzeichnete hat die Ehre, Seine Exzellenz den Grafen Berchtold, österreichisch-ungarischen Botschafter, zu benachrichtigen, in Beantwortung der Note vom 21. März/3. April d. J., daß die russische Regierung ihre Zustimmung zur Annullierung des Ar-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

tikels 25 des Berliner Traktates gibt." Telegraphieren Sie uns bitte, ob die englische Regierung derselben Ansicht ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 24. März / 6. April 1909. — Nr. 30.

Persönlich und sehr vertraulich. Ich habe im hiesigen Publikum gewisse Befürchtungen hinsichtlich der zukünftigen Orientierung der russischen Politik England gegenüber gefunden, und diese Befürchtungen scheinen mir sogar gewisse Kreise der Regierung ergriffen zu haben. Ich habe gestern eine günstige Gelegenheit benutzt, die sich mir infolge der freundschaftlichen Gesinnung Greys darbot, um ihm zu sagen, allerdings vertraulich und in meinem eignen Namen, daß ich zwar zugebe, daß die Gerüchte im Publikum und in den Zeitungen über den deutschen Schritt in Petersburg übertrieben sein können, daß aber alles, was ich von diesem Schritt wüßte, in mir die feste Überzeugung hervorrufe, daß dieser Schritt eine Handlungsweise darstelle, welche Rußland nicht leicht vergessen werde, und daß, wenn die indirekte Absicht vorgelegen habe, Zwietracht zwischen Rußland einerseits und Frankreich und England andererseits zu säen, dieser Zweck sicherlich nicht erreicht worden ist. Ich habe hinzugefügt, daß, ohne über Dinge urteilen zu wollen, die außerhalb meiner Kompetenz liegen, meiner unmaßgeblichen Ansicht nach die Pressenachrichten hinsichtlich Ihrer Demission jeder Grundlage entbehren müssen.

Bericht des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 19. März / 1. April 1909. — Nr. 28.

Der Telegraphistenstreik hat, abgesehen von den Störungen des täglichen Lebens in Frankreich, auch auf die schwebenden politischen Verhandlungen einen außerordentlich ungünstigen Einfluß ausgeübt. Das Telegramm Eurer Exzellenz vom 4./17. März, welches den Bülowschen Vorschlag enthielt und die Grundlage für unsere spätere Anerkennung der Annexion bildete, habe ich erst nach einer Woche erhalten, zusammen mit einigen andern Telegrammen vom 3., 4. und 8. März. Ich habe nur ein Telegramm rechtzeitig erhalten, ohne Nummer, welches das Projekt

Ihrer Antwort auf den Bülowschen Vorschlag enthielt. Ich habe den Inhalt sofort dem Minister des Auswärtigen mitgeteilt, aber die ganze Angelegenheit und der Entschluß, der gefaßt werden mußte, waren so wichtig, daß Pichon, der hierüber keine Mitteilung, weder aus Berlin noch aus Petersburg, erhalten hatte, keine bestimmte Ansicht äußern konnte, ohne die Einzelheiten vorher zu kennen. Trotzdem habe ich Ihnen sofort telegraphiert, daß Pichon Ihre Erwägungen hinsichtlich des Bülowschen Vorschlages vollkommen teilt. Als die telegraphischen Verbindungen wiederhergestellt waren, hatte die ganze Frage unter dem Drucke der deutschen Regierung eine nicht mehr zu ändernde Richtung genommen.

Obgleich Ihr Entschluß, die österreichisch-türkische Übereinkunft durch einen Notenaustausch anzuerkennen, von dem zwischen Rußland, England und Frankreich getroffenen Abkommen, diese Frage auf einer Konferenz zu erörtern, abweicht, so war die französische Regierung hiermit im großen und ganzen zufrieden, da dieser Entschluß zur friedlichen Lösung einer Krise beitrug, welche zu einem bewaffneten Konflikte zu führen drohte, dessen Ursache, wie ich Ihnen schon berichtet habe, in der Bevölkerung keinen Widerhall fand.

Hier hat man die Größe unseres Opfers vollkommen verstanden, und die öffentliche Meinung dankt Ihnen für den tapfern Entschluß, mit diesem hohen Preise die Erhaltung des europäischen Friedens zu erkaufen. Im hiesigen Auswärtigen Amt war man jedoch unangenehm berührt, daß die russische Regierung, die bisher im Einvernehmen mit London und Paris gehandelt hatte, ihre Zustimmung nicht auch von derjenigen der andern Mächte abhängig machte, und daß die Anerkennung der Annexion Bosniens nicht durch die Zustimmung Österreichs zu den Serbien betreffenden Vorschlägen der drei Mächte bedingt wurde. Auf diese Weise bestand die Gefahr eines Zusammenstoßes weiter, und nur infolge der Hartnäckigkeit der englischen Regierung hat das Wiener Kabinett die vorhergehende Lösung des österreichisch-serbischen Konfliktes zugestanden.

Alle diese Umstände, welche in der Presse einen lebhaften Widerhall gefunden haben, mußten das allgemeine Urteil über unsere Handlungsweise ungünstig beeinflussen. Im Zusammen-

hang damit haben deutsche und österreichische Zeitungen den Erfolg der österreichischen Diplomatie unterstrichen und die vorherrschende Stellung der Doppelmonarchie auf dem Balkan betont. Infolgedessen verlangt die öffentliche Meinung in Frankreich, wie auch England, immer mehr eine größere Annäherung zwischen Rußland, Frankreich und England, wie sie bereits im österreichisch-serbischen Konflikt gemeinsam gehandelt haben. Die weitere Entwicklung der europäischen Lage voraussehend, kommen viele Zeitungsorgane zu dem Schlusse, daß, ähnlich wie Deutschland und Österreich jetzt einen glänzenden Sieg davongetragen hätten, auch die beiden Westmächte, zusammen mit Rußland, darauf bedacht sein müßten, ihre Kräfte planmäßig zu entwickeln, um, wenn sie in der Lage sein werden, eine Herausforderung des Dreibundes nicht zu fürchten — und in diesem Falle würde Italien sich vom Dreibunde absondern —, ihrerseits Forderungen aufzustellen, welche das politische Gleichgewicht wiederherstellen würden, nachdem es jetzt zugunsten Deutschlands und Österreichs verschoben worden ist.

Die Erfahrung der letzten fünf Jahre hat gezeigt, daß eine derartige Politik nicht notwendigerweise zum Kriege führen muß. Während der Marokkokrise hat das enge Zusammenhalten des Zweibundes mit England die deutschen Versuche zum Stehen gebracht. Auch jetzt ist das Übergewicht der einen Seite ohne Blutvergießen erreicht worden. Es handelt sich nur darum, ein enges Einvernehmen zwischen den Mächten herzustellen und fest entschlossen zu sein, weitere Übergriffe des Dreibundes nicht zuzulassen, wobei man über genügend starke Kräfte verfügen muß, um Widerstand leisten zu können.

Dies ist die Richtung, welche sowohl das Pariser als anscheinend auch das Londoner Kabinett ihrer Politik geben wollen, in der festen Überzeugung, daß auch die russische Politik dieses Ziel erstrebt, da die Verschiebung des europäischen Gleichgewichts Rußland am nächsten berührt.

Die öffentliche Meinung Frankreichs ist mit einem solchen Plane völlig einverstanden und wird die Regierung unterstützen, obwohl der Wunsch besteht, mit Deutschland in Frieden zu leben und die gegenseitigen kommerziellen und finanziellen Beziehungen zu entwickeln.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Auszug aus einem vertraulichen Bericht des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 19. März / 1. April 1909. — Nr. 30.

..... Das Streben der mitteleuropäischen Staaten zum Mittelmeer widerspricht sowohl unsern eignen Absichten als auch den Interessen unserer Bundesgenossen und Freunde, der Franzosen und Engländer. Hauptsächlich die letzteren sind darauf bedacht, den Weg zum Kanal von Suez nach Indien zu schützen, und halten es für nötig, jedem Versuche, diesen Weg abzuschneiden, entgegenzutreten. So z. B. hatte das im vorigen Jahre abgeschlossene Übereinkommen mit Spanien hinsichtlich der Erhaltung des status quo in den spanischen Gewässern seinen Ursprung in den nach London gelangten Nachrichten, Deutschland beabsichtige, eine der spanischen Inseln im Mittelmeer zu erwerben, um daselbst eine Kohlenstation zu errichten. Für Frankreich wäre es auch unbequem, wenn deutsche Seestreitkräfte in der Nähe seiner Küste erscheinen würden. Für Rußland wäre in Anbetracht der Stellung Deutschlands in Konstantinopel die Anwesenheit einer deutschen Flotte im Mittelmeere ebenso gefährlich, wie es die vorherrschende Stellung Englands in der Türkei war, bis das von Ihnen mit London getroffene Übereinkommen die Ursachen etwaiger Zusammenstöße zwischen Rußland und England beseitigt hat. Alle diese Umstände weisen darauf hin, wie nötig es für uns ist, uns noch enger mit Frankreich und England zu verbinden, um gemeinsam dem weiteren deutsch-österreichischen Vordringen auf dem Balkan entgegenzutreten.

Ein solcher Widerstand wird nicht unter allen Umständen zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit dem Dreibund führen müssen. Ebenso wie Österreich, von Deutschland unterstützt, seine Streitkräfte zusammengezogen und Serbien bedroht hat, ohne auf die berechtigten Forderungen Europas zu hören, könnten auch wir, nachdem unsere militärische Macht wiederhergestellt, im Einvernehmen mit Frankreich und England, Österreich-Ungarn im günstigen Augenblicke zwingen, seinen Balkanplänen zu entsagen und den jetzt unterworfenen Serben die Handlungsfreiheit wiederzugeben. Die Erfahrung der letzten Krise hat bewiesen, daß, wenn die militärischen Maßnahmen schon in

Friedenszeiten vorbereitet sind, diplomatische Fragen bereits durch Drohungen und Ausübung eines starken Druckes gelöst werden können. Die Kunst der Diplomatie besteht darin, den günstigen Augenblick auszuwählen und die günstige allgemeine Lage zu benutzen, um, im Bewußtsein der eignen Kraft, bis zum Ende durchzuhalten. Auf diese Weise werden wir unbedingt den schweren Eindruck abschwächen können, den unser Mißerfolg jetzt hervorgerufen hat, und auf diese Weise wird es uns allmählich gelingen, die uns verwandten Balkanstaaten von dem österreichisch-deutschen Einflusse zu befreien.

Im jetzigen kritischen Augenblick halte ich es für meine Pflicht, auf die Richtung unserer Politik hinzuweisen, welche meiner festen Überzeugung nach allein unsern Interessen entspricht und welche gleichzeitig sowohl von der französischen als auch, wie ich glaube, von der englischen Regierung unterstützt werden wird.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 19. März / 1. April 1909.

In der Presse sind in diesen Tagen für die Regierung äußerst beleidigende Beschuldigungen erhoben worden, Frankreich habe seine Verpflichtungen Rußland gegenüber nicht erfüllt und habe letzteres auf diese Weise gezwungen, den Forderungen des Wiener Kabinetts, das von Deutschland unterstützt wurde, nachzugeben. Pichon hält diese Anschuldigung für völlig grundlos, hat sie durch Havas dementieren lassen und hat hierbei hervorgehoben, daß sowohl Frankreich als auch England, zusammen mit Rußland, die von Anfang an beschlossene Politik befolgt haben. Der „Temps" hat diesen Gedanken in dem beigefügten Leitartikel weiter entwickelt. Wie ich schon seinerzeit an Eure Exzellenz berichtet habe, hatte die französische Regierung sich nicht bloß auf diplomatische Maßnahmen beschränkt. Der französische Botschafter in Berlin hat die Aufmerksamkeit Pichons darauf gelenkt, daß Deutschland und Österreich so entschieden vorgehen, weil sie überzeugt sind, daß Rußland sich auf keinen Fall zum Kriege entschließen und daß aller Wahrscheinlichkeit nach England und Frankreich sich einer Teilnahme am Kriege enthalten würden, selbst wenn Rußland in denselben hinein-

gezogen werden sollte. Jules Cambon hat hinzugefügt, es wäre notwendig, irgendwelche militärische Maßnahmen zu treffen, welche zeigen würden, daß Frankreich entschlossen ist, seinen Bündnisvertrag mit Rußland zu erfüllen. Außerdem wies er auf den ungünstigen Eindruck hin, den die Worte eines englischen Ministers hervorgerufen hätten, England habe nicht die Absicht, Serbiens wegen Krieg zu führen. Diese Betrachtungen sind hier beim Ausbrechen des Telegraphenstreiks erhalten und sind sofort dem Ministerpräsidenten und mit einem speziellen Kurier auch nach London weitergegeben worden.

Infolgedessen wurde hier sofort die Verfügung getroffen, keine Urlaubsbewilligungen in den östlichen Armeekorps zu erteilen, und es wurden verschiedene Truppenbewegungen und andere Maßregeln zur Vorbereitung der Mobilisation durchgeführt.

In London hat man diese Erwägungen auch beherzigt, und man hat mit der französischen Regierung vereinbart, eine Eskader zusammenzustellen, welche sich bei Malta zu versammeln hätte. Die englische Admiralität hat auch noch andere Maßregeln getroffen. Inzwischen haben aber die Telegraphenagenturen ganz Europa von einer geheimen Sitzung des Ministerrats in Tsarskoe Selo benachrichtigt, in der die Minister der Finanzen, des Handels und des Krieges bewiesen hätten, daß es für Rußland unmöglich sei, Krieg zu führen.

Eine derartige öffentliche Bloßstellung unserer völligen Machtlosigkeit hat auf unsere Freunde einen niederschmetternden Eindruck gemacht und mußte unsere Gegner ermutigen, an Rußland die unmöglichsten Forderungen zu stellen, in der festen Überzeugung, daß wir nachgeben werden. Die Kabinette von Paris und London haben hieraus den Schluß gezogen, daß Rußland, Frankreich und England mehr denn je auf gemeinsames Handeln bedacht sein und gleichzeitig militärisch rüsten müssen, um ihren Gegnern die Überzeugung beizubringen, daß sie es mit einer politischen Kombination zu tun haben, die sich Achtung zu verschaffen weiß und ihre Forderungen durchsetzen wird.

Nur auf diese Weise wird es möglich sein, das zugunsten des Dreibundes gestörte europäische Gleichgewicht wiederherzustellen, und nur auf diese Weise wird es Rußland vermögen,

seinen Einfluß auf die Balkanstaaten, den es zeitweilig verloren, wiederzugewinnen. Nur auf diese Weise endlich wird Rußland seine große, ihm von der Vorsehung vorgezeichnete historische Mission erfüllen können.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 26. März / 8. April 1909.

Persönlich und streng vertraulich. Hardinge hat mir vertraulich ein Telegramm des englischen Botschafters in Petersburg gezeigt, das über die Unterredung mit Ihnen berichtet. Der Eindruck ist sehr stark. Ihre Absicht zu demissionieren bedauert man außerordentlich, ebenso wie die Zweifel, die Sie über die weiteren Absichten der englischen Politik geäußert haben. In dieser Hinsicht kann ich bezeugen, daß die englische Politik nie eine bestimmtere und deutlichere Grundlage gehabt hat. Dies zeigt sich nicht nur in der Regierung, sondern auch im Publikum. Der Zwischenfall, von dem Sie sprechen, im Laufe dessen die englische Regierung vielleicht mit zu wenig Umsicht gehandelt hat, kann doch in keinem Falle als ein Anzeichen einer Kursänderung betrachtet werden. Der Gedanke, der Grey geleitet hat, war sicherlich nicht der, die montenegrinische Frage dem Entschlusse der Mächte zu entziehen. Da Italien zusammen mit England die einzige Macht gewesen ist, die bestimmte Bedingungen hinsichtlich Montenegros gestellt hat, so hat Grey zusammen mit Italien gehandelt. Dies mag ein Mangel an Umsicht gewesen sein, aber ich meine, man müsse deswegen nicht die sehr energische Unterstützung vergessen, die England uns in schwierigen Verhältnissen stets gezeigt hat. Ich telegraphiere Ihnen dies in der Absicht, Ihren letzten Eindruck von der englischen Politik richtigzustellen. Meiner Ansicht nach kann dies in keinem Falle ein Grund Ihrer Demission sein. In diesem Zwischenfall kann ich keine wirkliche, prinzipielle Divergenz erblicken. Übrigens hat die englische Unterstützung in Cettinje bereits aufgehört, was meiner Ansicht nach dem Zwischenfalle seine richtige Bedeutung wiedergibt. Zum Schlusse kann ich nicht anders als Sie beschwören, Ihre Folgerungen und Entschlüsse nochmals genau zu prüfen, denn diese könnten äußerst unglückliche Folgen für unsere politische Lage nach sich ziehen.

Zweites Kapitel.

Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland.

Telegramm des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 9./22. November 1909.

Ich habe soeben Aehrenthal gesprochen. Er hat mir wiederholt, was ich Ihnen am 31. Oktober über seinen Wunsch geschrieben habe, der Pressepolemik über die Beziehungen zwischen den Kabinetten von Petersburg und Wien ein Ende zu setzen. Er wiederholte auf das entschiedenste seinen Protest gegen die Berchtold zugeschriebene Rolle, und er wird durch das Preßbureau alle diesbezüglichen Gerüchte dementieren lassen. Der Minister ist gegen die Veröffentlichung von Dokumenten, und ich habe diesem Standpunkt meinerseits zugestimmt. Die ganze Frage ist also erledigt.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 14./27. Januar 1910.

Anläßlich der von der ganzen österreichischen und auch ausländischen Presse wiedergegebenen Gerüchte über die Möglichkeit einer Entspannung und Annäherung zwischen unsern beiden Kabinetten hat Aehrenthal mich gebeten, Ihnen mitzuteilen, daß er dieser Pressekampagne fernsteht, ebenso wie er nie gezweifelt hat, daß diese Gerüchte nicht in Petersburger Regierungskreisen entstanden sind. Wie er Ihnen bereits mitgeteilt, glaubt der Minister, es wäre erst dann ratsam, die öffentliche Meinung aufzuklären, wenn die Frage festere Gestalt angenommen haben wird, und auf alle Fälle könnte die Orientierung der öffentlichen

Meinung nur gemeinsam vorgenommen werden. Ich habe mit Bedauern konstatiert, daß die Zeitungen sich dieser ganzen Frage in ihrem ersten Stadium bemächtigt haben, und ich glaube, daß die Unzufriedenheit auf die Unterredung Wesselitzki — Aehrenthal zurückzuführen ist. Der Minister sagte mir, er hoffe Ihnen Sonnabend eine Antwort geben zu können.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 21. Januar / 3. Februar 1910.

Sie haben die Güte gehabt, mich über die letzte Phase unserer Beziehungen zu Österreich-Ungarn zu unterrichten. Ich verdanke Ihnen diese Mitteilungen und ich stelle mit der größten Genugtuung fest, daß Ahrenthal, sein früheres Unrecht und die daraus entspringenden politischen Nachteile einsehend, jetzt danach strebt, mit Ihnen wieder normale Beziehungen anzuknüpfen. Ich schätze Ihre Antwort auf die letzten Eröffnungen des Grafen Berchtold um so höher, als Sie in derselben, die persönliche Seite außer acht lassend, sich ausschließlich auf das Terrain der politischen Interessen begeben; denn es wäre ohne Zweifel vorteilhaft, zwischen uns und Österreich ein Einvernehmen in Balkanfragen herzustellen.

Ich wünsche aufrichtig, daß diese Verhandlungen zu einem Ergebnis führen, was für mich übrigens außer Zweifel steht; aber ich kann nicht umhin, an der Aufrichtigkeit der Erklärungen des Wiener Kabinetts und an seiner Absicht, diesen Erklärungen unter allen Umständen nachzukommen, ernstlich zu zweifeln. Zu viele Beispiele älteren und neueren Datums verpflichten uns zu der größten Vorsicht, und wir müssen alle möglichen Maßregeln treffen, um den Folgen der bei den Staatsmännern der Habsburger Monarchie traditionellen Treulosigkeit vorzubeugen. Es will mir scheinen, daß es in diesem Falle nur ein einziges Mittel gibt, das Kabinett von Wien an die Verpflichtungen, welche es uns gegenüber übernommen haben wird, zu binden, nämlich durch den internationalen Charakter, der diesen Verpflichtungen gegeben werden müßte, indem die beiden Kabinette die getroffenen Vereinbarungen den anderen Großmächten, welche die Integrität der Türkei garantiert haben, durch eine offizielle Mitteilung zur Kenntnis bringen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Was die Sache selbst anbelangt, so ist sowohl für uns als auch für den allgemeinen Frieden das Prinzip der Erhaltung des status quo in der Balkanpolitik das Wichtigste. Ist dieses Prinzip einmal klar aufgestellt und von den anderen Großmächten anerkannt worden, so würde dadurch dem Ehrgeiz der kleinen Balkanstaaten ein Hemmschuh angelegt; sie würden gleichzeitig ihrer Zukunft sicher sein, aber damit würden auch die österreichischen Pläne auf dem Balkan in wirksamer Weise eingedämmt.

Wenn unvorhergesehene Umstände die Ruhe plötzlich stören sollten, so könnten die Mächte übereinkommen, nichts zu unternehmen, ohne sich vorher über die einzuschlagende Politik zu verständigen.

Eine derartige Übereinkunft, für eine bestimmte Anzahl von Jahren geschlossen, ließe den Balkanstaaten vollkommene Freiheit, sowohl was ihre innere Entwicklung als auch ihre gegenseitigen Beziehungen anbelangt, welch letztere sie in jeder Weise weiter ausbauen könnten. Gleichzeitig wäre Rußland in den Stand gesetzt, in aller Sicherheit seine militärischen Kräfte auszubilden und sich für Ereignisse vorzubereiten, die nicht vermieden werden können. Unterdessen würde die weitere Entwicklung des ottomanischen Reiches klarer zutage treten, die dortigen Probleme würden reifen, und wir könnten den vorauszusehenden Ereignissen besser gerüstet entgegentreten.

Man wird natürlich sowohl in Konstantinopel als auch in den Balkanhauptstädten auf der Hut sein müssen, vor allem aber in Wien, und es wird die Aufgabe unserer dortigen Diplomatie sein, ganz besonders umsichtig und vorausssehend zu handeln.

Ich beglückwünsche Eure Exzellenz auf das aufrichtigste zu dem glücklichen Anfang der begonnenen Verhandlungen, und ich glaube erwähnen zu müssen, daß Pichon, durch den französischen Botschafter in Petersburg auf dem laufenden gehalten, den Gang der Verhandlungen mit lebhaftem Interesse verfolgt.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in Wien vom 23. Januar / 5. Februar 1910.

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat mir am 19. Januar/1. Februar im Auftrage seiner Regierung eine mündliche

Mitteilung gemacht, deren Inhalt von mir sofort niedergeschrieben und von Berchtold bestätigt worden ist. Diese Mitteilung lautet folgendermaßen:

„Wie Sie wissen, habe ich meiner Regierung über unsere letzte Unterredung berichtet. Vor allem habe ich Ihren Standpunkt hinsichtlich der Veröffentlichung der Fortnightly Review erklärt und zur Geltung gebracht, daß Sie das Recht zu haben glauben, zu verlangen, daß dieser Artikel richtiggestellt wird insofern, als er falsche und verleumderische Angaben enthält; gleichzeitig erkennen Sie aber an, daß man vermeiden muß, die Polemik in der Presse wieder aufleben zu lassen, und Sie seien bereit, die persönliche Seite im Interesse der Sache selbst beiseite zu lassen. Aehrenthal ist gleichfalls der Ansicht, daß es unzeitgemäß, ja sogar gefährlich sei, in den Zeitungen auf diesen Artikel zurückzukommen, und erklärt sich bereit, sich mit Ihnen zu verständigen, wie etwaige Interpellationen in der Duma und in den Delegationen zu beantworten wären. Ganz abgesehen von dieser persönlichen Seite der Frage hatte ich auch meinem Minister über Ihre Eröffnung hinsichtlich der Wiederherstellung des Kontaktes zwischen den beiden Regierungen zu berichten. Aehrenthal ist ganz Ihrer Ansicht, daß die normale und friedliche Entwicklung der Orientfragen durch die Wiederherstellung eines Meinungsaustausches zwischen unsern beiden Staaten nur gewinnen könne. Ein derartiger Kontakt könnte um so leichter wiederhergestellt werden, als wir noch immer uns zu den Prinzipien der Übereinkunft des Jahres 1897 bekennen, — Prinzipien, die uns erlauben werden, jederzeit einen Meinungsaustausch mit dem Petersburger Kabinett zu beginnen. Diese prinzipiellen Grundsätze sind folgende: 1. Erhaltung des status quo in der Türkei, solange die Umstände dies erlauben, 2. gegenseitiges Desinteressement, im Falle der status quo nicht mehr aufrechterhalten werden könnte, und 3. Politik der Nichteinmischung in diesem letzteren Falle."

Ich habe Berchtold erwidert, daß ich nicht verfehlen werde, seine Erklärung dem Kaiser zu unterbreiten, und ihm dann die Antwort der russischen Regierung mitzuteilen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Iswolsky vom 20. Januar / 2. Februar 1910.

Die aus dem Ausland kommenden Nachrichten über eine bevorstehende Annäherung zwischen Rußland und Österreich haben hier ungeheures Aufsehen erregt. Die Agitation verschärft sich mit jedem Tage und ruft in politischen, administrativen und sozialen Kreisen große Beunruhigung hervor. In Zeitungsartikeln, sogar offiziellen, wird die Ansicht vertreten, daß im Falle einer Versöhnung der beiden Monarchien Serbien das Opfer sein wird, da es Österreich zur vollen Versklavung überlassen werden würde. Aus diesem Anlaß ist ein besonderer Ministerrat einberufen worden, und man wendet sich an mich von allen Seiten mit ängstlichen Fragen. Ich glaube, es wäre nötig, einige beruhigende Erklärungen abzugeben, wenn Sie dies für möglich halten. In diesem Falle bitte ich mich zu benachrichtigen, in welchem Sinne ich mich hier aussprechen kann.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 22. Januar / 4. Februar 1910.

Ihr Telegramm vom 20. Januar erhalten. Unsere Verhandlungen mit Österreich müssen der serbischen Regierung gar keine Besorgnisse einflößen. Es handelt sich weder um eine Teilung in Interessensphären, noch in der einen oder andern Form um die Rückkehr zum früheren Einverständnis, sondern nur um die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten. Unser hauptsächlichstes Ziel: die bestmögliche Erhaltung des status quo auf dem Balkan und die friedliche Entwicklung und Unabhängigkeit der Balkanstaaten. Sie können dies dem Belgrader Kabinett vertraulich mitteilen. Ich habe in diesem Sinne schon mit dem serbischen Gesandten gesprochen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister Iswolsky vom 22. Januar / 4. Februar 1910. — Nr. 37.

Da der österreichische Botschafter schon mit dem türkischen Außenminister über die zu erwartende Annäherung zwischen

Österreich und Rußland auf dem Boden der Balkanfragen gesprochen hat, wobei er den Standpunkt vertreten hat, wie Österreich ihn der Pforte darzustellen versucht, halten Sie es nicht für nötig, daß wir der türkischen Regierung mitteilen, auf welchen Standpunkt Rußland sich in dieser Frage stellt? Die Türken befürchten infolge der österreichischen Andeutungen, daß es sich wieder um ein Übereinkommen zum Zwecke der Aufteilung der Türkei handelt. Aber ebenso, wie wir sie hinsichtlich der in Racconigi getroffenen Abmachungen haben beruhigen können, so müßten wir sie jetzt mit dem Gedanken normaler Beziehungen zwischen Petersburg und Wien aussöhnen. Zu diesem Zweck müssen wir ihnen zu verstehen geben, daß es sich nicht um die Erneuerung des Mürzsteger Programms handelt, sondern daß Österreich die Nachteile gespannter Beziehungen zum Petersburger Kabinett fühlt und sich gezwungen gesehen hat, das russische Balkanprogramm anzunehmen; dieses letztere, dem Italien auch schon beigetreten ist, beruht wie bekannt auf guten Beziehungen zur Türkei und auf dem Streben, allen türkischen Untertanen Gleichberechtigung zu sichern; endlich auch auf der Erhaltung des status quo auf dem Balkan.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 24. Januar / 6. Februar 1910. — Nr. 136.

Ihr Telegramm Nr. 37 erhalten. Wir teilen vollkommen Ihre Ansicht über den Meinungsaustausch, der augenblicklich zwischen uns und Wien stattfindet. Unsere Verhandlungen mit Österreich sind durchaus nicht gegen die Türkei gerichtet, zu der wir nach wie vor freundschaftliche Gefühle hegen. Es handelt sich nicht um eine Aufteilung der Türkei oder um die Abgrenzung von Interessensphären, noch um eine Erneuerung des früheren Übereinkommens, sondern nur um die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Kabinetten, wobei unser hauptsächlichstes Ziel eine möglichst deutlich formulierte Garantie des status quo auf dem Balkan ist. Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne der türkischen Regierung gegenüber zu äußern.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in Wien vom 27. Januar / 9. Februar 1910.

Ich habe Sie zu benachrichtigen, daß ich heute im Auftrage des Kaisers die Mitteilung des österreichischen Botschafters vom 19. Januar beantwortet habe. Trotzdem ich diese Antwort mündlich erteilt, um die Ausdrücke genau präzisieren zu können, habe ich gleichzeitig ein aide-mémoire folgenden Inhalts überreicht.

„Obwohl der Ansicht, daß es vorzuziehen sei, nicht mehr auf den Artikel der Fortnightly Review zurückzukommen, sind wir bereit, uns mit Aehrenthal zu verständigen, falls öffentliche Erklärungen in dieser Frage nötig werden sollten.

Die Kaiserliche Regierung stimmt gern der Idee eines Gedankenaustausches zwischen den beiden Regierungen über die leitenden Grundsätze ihrer Balkanpolitik zu; sie erachtet jedoch, daß unter den obwaltenden Umständen dieser Gedankenaustausch nicht mehr den Charakter der Abmachungen des Jahres 1897 haben könne und im Gegenteil eine Form annehmen müsse, die es allen interessierten Mächten möglich machen würde, an diesem Meinungsaustausche teilzunehmen; andererseits muß man bei der Formulierung der in Frage kommenden Grundsätze die neuerlichen Veränderungen in der politischen Lage der Türkei in Betracht ziehen.

Die Kaiserliche Regierung schlägt deshalb dem Wiener Kabinette vor, folgende Punkte anzunehmen, die entweder durch einen Notenaustausch festgelegt oder aber in einem einzigen Dokument niedergelegt und dann zur Kenntnis der anderen Mächte gebracht werden könnten:

1. Erhaltung des status quo auf der Balkan-Halbinsel. 2. Da das neue Regime der Türkei auf der Gleichberechtigung aller die Türkei bewohnenden Völkerschaften beruht, — Erhaltung und Konsolidierung dieser neuen Lage der Dinge. 3. Unabhängigkeit, Konsolidierung und friedliche Entwicklung der kleineren Balkanstaaten."

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 11./24. Februar 1910. — Nr. 245.

Berchtold hat mir am 7. Februar die Antwort des Wiener Kabinetts auf unsere letzte Mitteilung übergeben. Diese Ant-

wort erhebt keinen Widerspruch gegen unsere drei Punkte, die Ihnen bereits bekannt sind. Andererseits möchte das Wiener Kabinett augenscheinlich eine Mitteilung an die anderen Mächte vermeiden und schlägt uns vor, uns mit einer Veröffentlichung zu begnügen, in der einfach erklärt wird, daß der Gedankenaustausch zwischen beiden Regierungen zu einem befriedigenden Resultate geführt hat. Ich habe heute Berchtold mit einem Memorandum geantwortet, in dem ich feststelle, daß zwischen Rußland und Österreich-Ungarn in Balkanfragen vollkommene Einheit der politischen Prinzipien besteht und daß folglich die normalen diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Kabinetten wieder aufgenommen werden können. Ich füge gleichzeitig hinzu, daß unserer Ansicht nach unter den obwaltenden Umständen eine derartige einfache Mitteilung nicht genügen würde, und daß es im Interesse des allgemeinen Friedens liege, schon jetzt die anderen Kabinette zum Beitritt der von Rußland und Österreich anerkannten Grundsätze zu bewegen, damit, falls irgendwelche Ereignisse den status quo bedrohen, ein Meinungsaustausch sofort zwischen den interessierten Mächten stattfinden könne. Ich wiederhole also unsern Vorschlag, die Punkte, über die wir uns geeinigt haben, zur Kenntnis der anderen Mächte zu bringen.

Teilen Sie obiges dem Außenminister vertraulich mit und drücken Sie die Hoffnung aus, er werde uns seine moralische Unterstützung in Wien zuteil werden lassen, um die Abneigung Aehrenthals gegen unsern Vorschlag zu überwinden, da wir diesem Vorschlag eine sehr große Bedeutung beimessen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. Februar 1910. — Nr. 40.

Ihr Telegramm Nr. 245 erhalten. Den Inhalt habe ich heute morgen vertraulich mitgeteilt. Grey ist sehr dankbar und ist bereit, in Wien zu handeln. Nicolson ist beauftragt, Sie zu fragen, in welcher Form Sie dies getan zu sehen wünschen, da ja unsere Mitteilung an das Londoner Kabinett eine sehr vertrauliche ist und Wien von diesem Schritte keine Kenntnis besitzt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 14./27. Februar 1910. — Nr. 256.

Ihr Telegramm Nr. 40 erhalten. Auf Nicolsons Frage habe geantwortet, daß Cartwright, ohne zu zeigen, daß er den Inhalt unseres letzten aide-mémoire kenne, vielleicht Aehrenthal in allgemeinen Ausdrücken sagen könne, das Londoner Kabinett wünsche, daß die austrorussischen Verhandlungen zu einem Resultate führen, und halte es vor allem für sehr nützlich, daß alle andern Mächte an diesem Resultate teilnehmen.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister Iswolsky vom 30. Januar / 12. Februar 1910.

Da ich unwohl, habe ich Korff gebeten, dem Außenminister Ihre Mitteilung zu machen. Der Minister hat mit dem größten Interesse von der Erklärung Kenntnis genommen und ist sehr dankbar, auf dem laufenden gehalten zu werden. Er ist bereit, in Wien alles zu tun, um Ihren Vorschlag zur Annahme zu bringen. Er hat jedoch hinzugefügt, daß er persönlich daran zweifle, daß Aehrenthal ihm zustimmen werde.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister Iswolsky vom 30. Januar / 12. Februar 1910.

Heute morgen hat Bollati in einer vertraulichen Unterredung Korff erklärt, die italienische Regierung beglückwünsche sich zu den von Eurer Exzellenz dem Wiener Kabinett gemachten Vorschlägen, da sie in diesen Vorschlägen die Bekräftigung ihrer eignen Politik erblickt. Aber in Anbetracht der speziellen Interessen Italiens in der Adria und folglich der besonderen Beziehungen zu der Türkei muß das Kabinett von Rom sich fragen, ob der Gedankenaustausch zwischen Petersburg und Wien nicht zu einem zweiseitigen Einvernehmen unter Ausschluß Italiens führen könne. Korff bemerkte, diese Befürchtung sei grundlos, da Ihr Memorandum deutlich betont, daß eine Rückkehr zu dem Einvernehmen von 1897 ausgeschlossen sei, und daß, wenn eine neue Abmachung getroffen würde, diese derart sein müßte, daß alle interessierten Mächte ihr beitreten könnten. Der beste Beweis sei die gestrige vertrauliche Mitteilung. Bollati

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

hat dann gefragt, wie und unter welchen Bedingungen die andern Mächte aufgefordert werden würden, ihren Beitritt zu erklären.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 4./17. Februar 1910.

Ich statte Eurer Exzellenz meinen besten Dank ab für den Brief, durch den ich über die mit dem österreichischen Botschafter stattgefundene Unterredung informiert werde. Wie verabredet, ging ich Montag abend zu Aehrenthal, um von ihm zu erfahren, welchen Eindruck die letzten Berichte Berchtolds auf ihn gemacht hätten. Mein Telegramm vom 1. Februar hat Ihnen einen kurzen Bericht über meine Unterredung mit Aehrenthal erstattet; diese Unterredung war sehr freundschaftlich, und ich habe meinem Telegramm nicht mehr viel beizufügen.

Aehrenthal fing damit an, daß er mir mitteilte, wie zufrieden er sei, daß unsere beiden Kabinette in den Hauptpunkten übereinstimmten. Die drei Punkte, die Sie an Stelle der drei österreichischen vorgeschlagen haben, haben bei Aehrenthal keine Erwiderung hervorgerufen; er sagte mir, die Veränderungen schienen ihm unbedeutend, die Grundprinzipien unserer Balkanpolitik seien identisch und er betrachte sie als endgültig festgelegt.

Indem er sodann zur Frage überging, in welcher Weise unsere Übereinkunft zum Ausdruck gebracht werden sollte, verweilte der Minister längere Zeit auf dieser Seite der Frage und sagte mir, er sei von Anfang an der Ansicht gewesen, man müsse sich auf einen Kontakt zwischen den beiden Regierungen beschränken; dieser Kontakt sei notwendig, um einer gefahrvollen Situation auf dem Balkan vorzubeugen; der Notenaustausch oder irgendein anderes derartiges Dokument, wie Sie es vorschlagen, würde seiner Ansicht nach unserer Annäherung den Charakter eines „Übereinkommens" geben; diese Übereinkunft müsse man für den Zeitpunkt aufbewahren, wenn die Ereignisse auf dem Balkan eine solche nötig machen sollten.

Aehrenthal hatte die Absicht, Ihnen durch Berchtold gleichzeitig mit seiner mündlichen Antwort ein kurzes Schriftstück zu übergeben, das eine Antwort auf Ihr Memorandum darstellen

würde, welches Ihre Mitteilung begleitete, und er glaubt, daß diese beiden kurzen Schriftstücke oder aide-mémoires für den Augenblick genügen sollten.

Wie ich in meinem Telegramm vom 1./14. Februar erwähnte, hat es mir geschienen, ohne daß es ausdrücklich erwähnt wurde, daß Aehrenthal eine Mitteilung unserer Abmachung an die andern Mächte vermeiden wolle.

Wenn ich mich nicht täusche, so schließt der Mangel eines Notenaustausches oder irgendeines anderen diplomatischen Instrumentes, in dem unsere Abmachung zum Ausdruck kommt, die Möglichkeit einer derartigen Mitteilung nicht aus, da ja die beiden Kabinette kurze Schriftstücke bereits ausgetauscht haben. Augenscheinlich müßte Aehrenthals Mitteilung genau dem entsprechen, was er mir während unserer letzten Unterredung zu verstehen gegeben hat.

Am Ende unserer Unterredung erwähnte Aehrenthal die Antworten, die er den anderen Mächten geben würde, im Falle er von ihnen über die Punkte, über die wir jetzt verhandelten, gefragt werden sollte, wie dies die italienische Regierung schon getan hat. Er glaubt, er müsse letzterer eine ausführlichere Antwort geben, da das Kabinett von Rom sozusagen von Eurer Exzellenz schon von den Grundlagen der Unterhandlungen unterrichtet worden ist. Was die anderen Kabinette anbelangt, so würde Aehrenthal sich darauf beschränken, ihnen zu sagen, daß, solange die Verhandlungen noch fortgesetzt würden, es ihm nicht möglich sei, genauere Erklärungen abzugeben.

Ich schätze mich glücklich, Ihnen mitteilen zu können, wie gut Ihr Vorschlag im Prinzip von Aehrenthal aufgenommen worden ist; dies läßt der Hoffnung Raum, daß es nicht bloß möglich sein wird, unsern gespannten Beziehungen ein Ende zu setzen, sondern daß auch unsere beiden Regierungen sich verständigen werden, auf welche Weise am besten der Gefahr jederzeit möglicher Verwicklungen auf dem Balkan vorzubeugen wäre.

Der italienische Botschafter hat mich einen Augenblick Montag abend, vor meinem Besuche bei Aehrenthal, gesprochen; er wollte wissen, was Aehrenthal auf unsere letzten Mitteilungen geantwortet habe, und er schien ziemlich pessimistisch zu sein, was den Erfolg unserer Verhandlungen mit Österreich anbe-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

langt. Avarna schien über die Grundlagen unserer Verhandlungen unterrichtet, und gerade der dritte Punkt „friedliche Entwicklung der kleineren Balkanstaaten" schien ihm Bedenken einzuflößen. Da das Wort „friedlich" beigefügt ist, antwortete ich, ist Argwohn nicht am Platz.

Der französische Botschafter hatte am Anfang dieselben Zweifel, da er befürchtet, daß Aehrenthal hierin etwas Verdächtiges erblicken könne.

Eure Exzellenz wollen mich benachrichtigen, ob ich mich nötigenfalls an den französischen Botschafter wenden soll, der mir im Auftrage seiner Regierung seine Unterstützung im Falle von auftretenden Schwierigkeiten zugesagt hat. Solange die Verhandlungen sich so glatt abwickeln, wie sie begonnen haben, scheint mir jede Unterstützung unnütz. Während die ganze österreichische Presse mit sehr wenigen Ausnahmen die Verhandlungen zwischen unsern beiden Kabinetten mit Genugtuung verfolgt, scheinen die deutschen Zeitungen Aehrenthal immer heftiger anzugreifen, indem sie ihm Mangel an Loyalität dem Dreibunde gegenüber vorwerfen. Wenn man gewissen Zeitungen Glauben schenken darf, wird Aehrenthal anläßlich seines nächsten Besuches in Berlin nicht der liebenswürdigste Empfang zuteil werden.

Von Berlin will der Minister nach München gehen, und man fragt sich hier, welchen Zweck er dabei verfolgt. Dieser Besuch scheint in ein tiefes Geheimnis gehüllt, und man wünscht sozusagen am Ballplatz nicht, daß die Zeitungen hierüber sprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. Februar 1910.

Der Außenminister will überlegen, wie er Ihrem Wunsche gemäß Ihre Vorschläge in Wien unterstützen kann. Er dankt für die Mitteilung und würde gerne wissen, ob Sie die gleiche Anfrage an die andern Mächte gerichtet haben.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. Februar 1910.

Pichon dankt für die vertrauliche Mitteilung, ist ganz Ihrer Ansicht und hat dem französischen Botschafter in Wien bereits

Instruktionen gegeben, Sie in allem zu unterstützen, um Ihren Vorschlägen zum Triumph zu verhelfen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Rom vom 14./27. Februar 1910.

Ihr Telegramm vom 13./26. Februar erhalten. Wir halten über unsere Verhandlungen mit Österreich die Kabinette von Rom, Paris und London auf dem laufenden und, weniger ausführlich, auch Berlin.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 16. Februar / 1. März 1910.

Ich habe Ihr Telegramm vom 11./24. Februar über unsere Verhandlungen mit Österreich Sonnabend morgen bekommen und habe an diesem Tage weder Sir Edward Grey, noch Sir Charles Hardinge im Auswärtigen Amt treffen können; ich habe diese wichtige Mitteilung daher Herrn Tyrell gemacht, dem Privatsekretär Greys, der dessen ganz besonderes Vertrauen genießt. Ohne die Kompetenz zu haben, mir eine endgültige Antwort zu geben, sagte Tyrell, daß der Standpunkt des Londoner Kabinetts in dieser Frage von Anfang an so klar gewesen sei, daß er keinen Augenblick zweifle, Sir Edward werde alles tun, um uns nützlich zu sein. Jedoch, fuhr er fort, wie sollen wir es tun und was sollen wir in Wien sagen, ohne eine Indiskretion zu begehen und ohne uns auf ungenügende Allgemeinheiten zu beschränken? Er schlug mir vor, man solle Nicolson beauftragen, diese Frage der diplomatischen Technik mit Ihnen zu besprechen. Ich nahm diesen Vorschlag an. Nachdem ich Ihr Telegramm erhalten hatte, welches eine sehr glückliche Formel enthält, die Sir F. Cartwright in seinem Gespräche benutzen könnte, suchte ich Hardinge auf. Dieser bestätigte mir die Absicht des Londoner Kabinetts, uns zu unterstützen. Auch er sagte mir, daß dieser Schritt in Wien sehr delikater Natur sei und daß Aehrenthal in demselben, wenn nicht Mißtrauen, so doch eine Einmischung und eine nicht ganz gerechtfertigte Neugierde erblicken könne.

Sir Charles sagte mir dann, Grey hätte sich entschlossen, einen andern Vorwand zu benutzen, um den österreichischen

Botschafter in London zu bitten, zu ihm zu kommen, und mit ihm zu sprechen, nachdem irgendeine andere Angelegenheit ihre Erledigung gefunden habe. Ich nahm es auf mich zu antworten, ich glaube, Euere Exzellenz wäre mit diesem Vorgehen zufrieden, da es den Vorzug habe, dem Wiener Kabinett weniger unangenehm zu sein, und doch denselben Zweck erreiche. Dies hätte auch den Vorzug, daß Mensdorff, zu dem ich enge Beziehungen unterhalte, mit mir über diese Angelegenheit sprechen wird. Dies wird mir die Gelegenheit geben, ihm zu sagen, ich wäre sehr froh zu ersehen, daß das Londoner Kabinett zum selben Schlusse gekommen ist wie unsere Regierung; ich wüßte, daß man in London seit langem die Wiederaufnahme des Kontaktes zwischen Petersburg und Wien wünsche, und es scheine mir, wovon ich übrigens ganz überzeugt bin, daß eine Mitteilung an die andern Mächte bezüglich der drei vereinbarten Pnukte nicht nur nützlich, sondern durchaus notwendig sei.

Die von Aehrenthal vorgeschlagene lakonische Formel einer eventuellen Veröffentlichung, die beinahe geheimnisvoll wirke, würde weder die andern Mächte, noch die öffentliche Meinung und Presse in Europa befriedigen. Sie würde beunruhigen und nichts würde die andern Mächte hindern, andere Vereinbarungen zu treffen, die uns unbekannt bleiben und Aehrenthals Absicht, eine ausführlichere Mitteilung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, zunichte machen würden; es wäre falsch, mit dem Schleier des Geheimnisses zu bedecken, was man nicht zu verbergen brauche, und nach dem, wasvorgefallen, zweifle ich, daß die öffentliche Meinung in Rußland einer Mitteilung zustimmen würde, die eigentlich nichts sage und die fast den Eindruck eines geheimen Abkommens zwischen Rußland und Österreich-Ungarn erwecke.

Ich hoffe, daß Euere Exzellenz einverstanden sind, daß ich in diesem Sinne mit meinem österreichischen Kollegen spreche.

Telegramm des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister Iswolsky vom 16. Februar / 1. März 1910. — Nr. 17.

In seiner Antwort auf unsere letzte Mitteilung hat Schön seinen Standpunkt bezüglich Ihres Wunsches, allen Großmächten die Resultate unserer Verhandlungen mit Österreich mitzuteilen,

verändert. Das frühere Gefühl der Befriedigung scheint einem gewissen Mißtrauen Platz gemacht zu haben. Er betont, wie das erstemal, die Zurückhaltung Aehrenthals in dieser Frage und die persönliche Empfindsamkeit, die jede deutsche Einwirkung schwierig mache, und er gab mir zu verstehen, daß er im Grunde genommen die österreichische Meinung teile, es sei unzweckmäßig, in diesem Augenblicke eine Mitteilung an die andern Mächte gelangen zu lassen. Er meine, man könne dies später tun, wenn der status quo auf dem Balkan in der einen oder andern Weise bedroht wäre. Diese Antwort ist augenscheinlich erfolgt, nachdem der Staatssekretär dem Kaiser seinen Bericht erstattet hat.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 16. Februar / 1. März 1910. — Nr. 19.

Ich habe soeben Aehrenthal die vorgeschriebene mündliche Mitteilung über die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Mächten gemacht. Der Minister hat mir geantwortet, er wäre glücklich feststellen zu können, daß die politischen Prinzipien der beiden Kabinette in Balkanfragen identisch seien, und hinzugefügt, daß er dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg die nötigen Instruktionen zukommen lassen werde, die normalen Beziehungen wieder aufzunehmen. Was den zweiten Teil des aide-mémoire anbelangt, so sagte Aehrenthal, er wolle die Frage nochmals prüfen, glaube aber nicht, er könne seinen früheren Standpunkt verändern, nämlich, daß es unangebracht wäre, die anderen Kabinette zum Beitritt zur österreichisch-russischen Abmachung zu bewegen. Die Wiederaufnahme des Kontaktes, welche uns erlaubt in einen Meinungsaustausch über alle politischen Tagesfragen zu treten, erscheine ihm für den Augenblick genügend, da die Lage auf dem Balkan eine ruhige sei. Ich bemerkte, es wäre vielleicht doch besser, dies schon jetzt zu tun, da man nach Ansicht des Ministers zu diesem Mittel greifen müsse, wenn der status quo auf dem Balkan bedroht werde, und augenblicklich eine Gefahr in Griechenland nicht ganz ausgeschlossen erscheine. Aehrenthal erwiderte, er werde Ihren Vorschlag nochmals prüfen. Ich weiß

nicht, ob die englischen und italienischen Botschafter beauftragt worden sind, uns moralisch zu unterstützen, um die Abneigung Aehrenthals zu überwinden. Sowie ich mich hiervon überzeugt haben werde, werde ich Ihnen telegraphieren.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 17. Februar / 2. März 1910.

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 19. Der englische Botschafter sagte mir gestern, Grey habe beschlossen, persönlich auf Mensdorff in dieser Frage einzuwirken. Er fügte hinzu, daß, wenn es ihm im Laufe seiner Unterredung mit Aehrenthal möglich sein werde, etwas zugunsten Ihres Vorschlages zu sagen, er dies tun würde, ohne zu zeigen, daß er über den Gang der Unterhandlungen unterrichtet sei. Was den italienischen Botschafter anbelangt, so vermeidet er, wie mir die französischen und englischen Vertreter sagen, jede Unterredung über unsere Annäherung an Österreich. Ich würde deshalb vorziehen, mit ihm einstweilen nicht darüber zu sprechen. Aehrenthal fährt heute auf mehrere Tage nach Abazzia.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 18. Februar / 3. März 1910.

Infolge der Krankheit meines Vorgesetzten habe ich in letzter Zeit öfters Gelegenheit gehabt mit Pichon zu sprechen. Wie ich Ihnen schon telegraphierte, teilt der Minister vollkommen Ihre Ansicht und wird alles was in seinen Kräften tun, um in Wien eine Mitteilung an die andern Mächte zu erreichen, welche nicht den geringsten Zweifel über die Natur und den Zweck unserer Versöhnung mit dem Wiener Kabinett läßt, und welche in gewisser Hinsicht die österreichische Politik auf der Balkan-Halbinsel bindet. Pichon ist mit den drei Punkten, auf die Sie diese Mitteilung beschränken wollen, ganz einverstanden. Seiner Ansicht nach umschreiben dieselben die gegenseitigen Beziehungen der beiden Mächte in der Balkanpolitik und werden einen Meinungsaustausch aller Mächte im Falle von plötzlichen Verwicklungen erleichtern.

Pichon hat mir jedoch nicht verheimlicht, er befürchte, daß im jetzigen Augenblicke, wo die normalen Beziehungen mit

Wien wieder aufgenommen worden sind, Aehrenthal nur sehr ungern seine Zustimmung zu einer Veröffentlichung geben werde, welche Österreich hinsichtlich der andern Kabinette und der öffentlichen Meinung Europas allzusehr binden würde. „Um so mehr sind wir bereit," fügte Pichon hinzu, „Herrn Iswolsky jedesmal zu unterstützen, wenn er so wichtige und nützliche Forderungen durchsetzen will."

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 25. Februar / 10. März 1910. — Nr. 22.

..... Die österreichisch-ungarische Antwort wird Ihnen morgen mit dem Kurier zugeschickt werden; da die Lage sich nicht verändert hat, sagte mir Aehrenthal, sehe er keinen Grund, seine Meinung zu ändern, daß es unzweckmäßig sei, die von beiden Staaten angenommenen Prinzipien ihrer Balkanpolitik den andern Mächten mitzuteilen. Die beiden Länder, fügte er hinzu, haben den Kontakt wieder aufgenommen; die diplomatischen Beziehungen sind wieder normal. Aber da kein Übereinkommen getroffen worden ist, und die Grundlagen der Politik der beiden Regierungen nicht verändert worden und den andern Kabinetten schon bekannt sind, so ist es unnütz, sie ihnen mitzuteilen. Aehrenthal glaubt, eine solche Mitteilung würde die aufgestellten Grundlagen eher abschwächen als stärken. Ich bemerkte, daß auf alle Fälle das Prinzip der Erhaltung und der Konsolidierung des neuen türkischen Regimes etwas Neues sei. Der Minister erwähnte hierauf ein kleines Mißverständnis zwischen Ihnen und dem deutschen Botschafter hinsichtlich eines „angeblichen geheimen Abkommens", welches Rußland mit Österreich-Ungarn habe abschließen wollen. Er sagte mir, daß dieses Mißverständnis aufgeklärt worden sei. Es scheine ihm jedoch, Sie wären der Ansicht, daß Wien dadurch, daß es den andern Mächten keine Mitteilung machen wolle, dem politischen Kontakt zwischen Rußland und Österreich den Charakter eines Abkommens geben wolle. Dies, sagte Aehrenthal, ist kaum richtig. Er betrachtet unsern Meinungsaustausch als beendet; das Resultat ist ein sehr glückliches und es sei wünschenswert, die öffentliche Meinung der beiden Länder zu orientieren. Der Minister schloß die Unterredung, indem er mir sagte, die Lage

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

auf dem Balkan beunruhige ihn nicht und auch in Konstantinopel scheine alles ruhig zu sein.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 6./19. März 1910.

Aehrenthal hat mir soeben den Wortlaut der Mitteilung übergeben, die zur Orientierung der öffentlichen Meinung bestimmt ist. Berchtold wird Ihnen diesen Text übergeben. Die Veröffentlichung soll Montag in der politischen Korrespondenz erfolgen. Aehrenthal hält es nicht für nötig, daß die beiden Regierungen eine identische und gleichzeitige Veröffentlichung machen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 7./20. März 1910. — Nr. 362.

Nachdem unsere Verhandlungen mit Wien die Übereinstimmung der Prinzipien der russischen und österreichischen Balkanpolitik ergeben haben und normale diplomatische Beziehungen zwischen beiden Regierungen wiederhergestellt worden sind, habe ich dieses heute den Botschaftern von Deutschland, Frankreich, England, Italien und der Türkei durch ein aide-mémoire mitgeteilt, dem ich die diplomatische Korrespondenz, die sich auf diese Verhandlungen bezieht, beigefügt habe. Ein kurzes Resumé wird morgen durch die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht werden.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister Iswolsky vom 9./22. März 1910. — Nr. 27.

Ihr Telegramm Nr. 362 ist in der Nacht von Sonntag auf Montag erhalten worden und ich habe es nicht für nötig gehalten, den Inhalt Aehrenthal mitzuteilen, da das Telegramm keinen diesbezüglichen Auftrag enthielt. Als ich heute Aehrenthal aufsuchte, der am Abend nach Abazzia abreist, sagte er mir, er erwarte, daß ich ihm eine Mitteilung über das russische Communiqué machen werde, da Berchtold dies nicht habe tun können. Es blieb mir nichts anderes übrig als ihm zu sagen, ich hätte keinen derartigen Auftrag erhalten und wäre auch nicht im

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Besitze des Wortlautes dieses Communiqués. Sodann berührte er die Tatsache, daß Euere Exzellenz den Wunsch des Wiener Kabinetts in bezug auf die Unzweckmäßigkeit, die andern Mächte an unserer Übereinkunft teilnehmen zu lassen, nicht berücksichtigt hätten. Endlich sprach Aehrenthal von dem Artikel in der Fortnightly Review und fügte hinzu, es wäre wünschenswert gewesen, sich, wie er vorgeschlagen, über die Antworten auf eventuelle Interpellationen in der Duma und in den Delegationen zu einigen. Zum Schlusse sagte mir Aehrenthal in warmen Ausdrücken, wie zufrieden er sei, daß unsere Verhandlungen zur Aufrechterhaltung des Friedens zu einem glücklichen Abschluß gebracht worden sind.

Sehr vertraulicher Bericht des russischen Botschafters in Wien Urussow an den russischen Außenminister Iswolsky vom 26. Oktober / 8. November 1910.

Die Zusammenkunft unseres Kaisers mit Kaiser Wilhelm hat in allen hiesigen Kreisen einen freudigen Widerhall gefunden. Man sieht in dieser Zusammenkunft ein weiteres Pfand zur Erhaltung des Friedens, obwohl, wie die Wiener Zeitungen bemerken, der Friede nicht direkt bedroht war. Es ist bemerkenswert, daß die deutsch-österreichische Presse von der Potsdamer Entrevue in einer Weise spricht, als ob Österreich-Ungarn selbst daran beteiligt wäre. Auch aus den Worten Aehrenthals könnte man schließen, daß diese Zusammenkunft direkt die österreichische Politik betrifft.

Wir brauchen uns darüber natürlich nicht zu wundern oder damit unzufrieden zu sein. Im Gegenteil: wenn das Wiener Kabinett, obwohl es im geheimen sich von der Abhängigkeit von Berlin zu befreien sucht, Deutschland auf diesem Wege folgt, so ist dies ein Beweis seines aufrichtigen Wunsches, sich Rußland zu nähern. Wahrscheinlich würde man hier vorziehen, letzteres Resultat direkt zu erreichen, aber man würde sich mit dem Gedanken aussöhnen, zu diesem Zwecke auch unsere besseren Beziehungen zu Deutschland zu benutzen. Diese Erwägung veranlaßt mich, noch einmal auf den Gedanken zurückzukommen, den ich schon öfters zum Ausdruck gebracht habe: es wäre wün-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

schenswert, uns bis zu einem gewissen Grade mit dem Wiener Kabinett für den Fall von Verwicklungen auf dem Balkan zu verständigen und die in Wien vorhandene Neigung zu einer solchen Verständigung zu benutzen.

Es steht meiner Ansicht nach fest, daß man versuchen müßte, eine derartige präventive Übereinkunft durch direkte Verhandlungen zu erzielen, ohne fremde Vermittlung. Der jetzige Augenblick scheint mir günstig. Selbst wenn von österreichischer Seite unerwartete und unüberwindbare Schwierigkeiten erhoben würden, so wäre auch ein erfolgloser Versuch nützlich, da die unüberwindbaren Widerstände des Wiener Kabinetts uns seine wirklichen Pläne und Absichten enthüllen würden.

Vertraulicher Bericht des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 2./15. Februar 1911.

Nachdem ich mit größter Aufmerksamkeit und Objektivität die Berichte unserer Vertreter in Sofia und Belgrad und auch unseres Geschäftsträgers in Konstantinopel gelesen habe, komme ich zu dem Schluß, daß alle aus geheimen Quellen geschöpften Nachrichten der serbischen Regierung nur unter Vorbehalt angenommen werden können. Die schwache Seite der Serben ist ihr beständiges Bedürfnis politischer Intrigen, eine Unmenge der allerunwahrscheinlichsten Nachrichten, die ausschließlich den Zweck verfolgen, keine guten Beziehungen Rußlands zu denjenigen Mächten zuzulassen, mit denen Serbien selbst in schlechten Beziehungen ist. Die ganze Atmosphäre Belgrads ist mit ungerechtfertigter Empfindlichkeit und Erregung gesättigt. Die serbische Regierung will nicht zulassen, daß Rußland auf irgendeiner Grundlage ein Übereinkommen mit Österreich abschließt; wenn nicht die serbische Regierung, so lenkt der serbische Generalstab unsere Aufmerksamkeit auf die allerverräterischsten Absichten Österreichs. In diesem Augenblicke, da die Beziehungen Serbiens zur Türkei lange nicht befriedigend sind, besteht in den Augen der Serben kein Zweifel, daß die Türkei ein Abkommen mit Österreich geschlossen hat.

Ich teile vollkommen die Ansicht unseres Geschäftsträgers in Konstantinopel, daß Österreich-Ungarn zur Zeit keine Ab-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

sichten auf den Sandschak hat. Zu diesem Schluß komme ich sowohl infolge der wiederholten Erklärungen des österreichischen Außenministers in den Delegationen, daß Österreich nicht die Absicht hat, die Politik territorialer Erwerbungen auf dem Balkan fortzusetzen, als auch auf Grund der Erwägung, daß nur auf diese Weise eine Übereinstimmung mit Rußland erzielt werden kann, welche für Österreich ein direktes politisches Bedürfnis ist.

Die für Österreich wünschenswerte Annäherung an Frankreich ist auch nur unter diesen Bedingungen möglich.

Die Vereinigung aller slawischen Nationalitäten muß natürlich das Ziel der russischen Politik sein, aber man fragt sich, wie soll man es erreichen, jetzt, da König und Regierung in Bulgarien ein solches Mißtrauen Serbien gegenüber an den Tag legen.

Ich halte es für meine Pflicht zu erklären, daß ich ganz wie unser Geschäftsträger in Konstantinopel der Ansicht bin, wir müssen die Notwendigkeit, ein neues Abkommen mit Wien zu treffen, ernstlich ins Auge fassen, um soweit als möglich auf friedliche Weise unsere Interessen zu schützen. Es liegt ausschließlich der Kaiserlichen Regierung ob zu beurteilen, wann der günstige Augenblick für ein solches neues Balkanübereinkommen eingetreten sein wird. Ich habe nur die Verpflichtung, die Balkanintrigen unwirksam zu machen, die gegen ein solches Abkommen gerichtet sind und die uns leicht und gegen unsern Willen zu einem völligen Bruche mit Österreich führen könnten.

Drittes Kapitel.

Bildung des Balkanblockes[1]).

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Sofia an den russischen Außenminister vom 28. Februar / 13. März 1909.

Wie mir der serbische Geschäftsträger mitteilte, ist der serbische Außenminister Milowanovitch mit seinem zweitägigen Aufenthalt in Sofia sehr zufrieden. Aus seinen Unterredungen mit dem Zaren, den Ministern und andern politischen Persönlichkeiten hat er den Eindruck gewonnen, daß beide Staaten gemeinsame politische Interessen haben, die auf die Notwendigkeit einer engeren Verbindung hinweisen. Der Zar erwähnte ihm gegenüber den unauslöschlichen Eindruck, den ihm seine Petersburger Reise gemacht habe, und wies darauf hin, daß die militärische Kraft und das lebhafte Interesse für die slawischen Volksstaaten in Petersburg wieder auflebe.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 3./16. April 1909.

Der serbische Gesandte hat heute dem Ministerpräsidenten erklärt, das Belgrader Kabinett halte es für wünschenswert, in einen Meinungsaustausch mit Bulgarien hinsichtlich der türkischen Ereignisse zu treten, um eine gemeinsame Aktion zum Schutze der gegenseitigen Interessen einzuleiten. Dieselbe Mitteilung hat Milowanovitch dem bulgarischen Vertreter in Belgrad gemacht. Malinow hat geantwortet, es sei schwierig, zur Zeit in dieser Hinsicht einen Beschluß zu fassen, da die ganze Auf-

[1]) Siehe auch Kapitel XIII und XIV.

merksamkeit der bulgarischen Regierung augenblicklich auf die Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit gerichtet sei. Trotzdem würde er gerne weitere Erklärungen haben und bäte Milowanovitch, er solle ihm seine Ansicht über die türkischen Ereignisse und seine Auffassung von einer gemeinsamen Handlungsweise mitteilen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Sofia vom 5./18. April 1909.

Die serbische Regierung hat uns gebeten, ihre Anstrengungen zu unterstützen, mit Bulgarien Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen in der türkischen Krise einzuleiten. Unsern Standpunkt ersehen Sie aus meinem Telegramm an unsern Belgrader Gesandten. Ihrerseits bitte ich Sie, diesen Standpunkt im Auge zu behalten, wenn weitere Verhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien stattfinden. Obwohl ich aus den Worten des hiesigen bulgarischen Gesandten schließen kann, daß seine Regierung bereit ist, die Frage engerer Beziehungen zu Serbien ernstlich in Erwägung zu ziehen, so müssen wir dennoch an dem Erfolge derartiger Verhandlungen bis zu einem gewissen Grade zweifeln, wie uns die frühere Erfahrung gelehrt hat. Jedoch haben wir Grund, dieses Mal größeren Erfolg zu erwarten, da man in Bulgarien die volle Unterwerfung Serbiens unter Österreich fürchtet, was für Bulgarien die unmittelbare Nachbarschaft mit Österreich-Ungarn zur Folge haben würde; andererseits hat mir der bulgarische Gesandte die Überzeugung ausgedrückt, daß Bulgarien jetzt ein volles Einverständnis in der mazedonischen Frage mit Serbien erreichen könne. Aus allem diesem geht hervor, wie vorsichtig die Verhandlungen zwischen Serbien und Bulgarien geführt werden müssen, wobei auch wir nicht allzu aktiv hervortreten dürfen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 5./18. April 1909.

Wir haben stets den Gedanken einer Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien mit dem größten Wohlwollen verfolgt und eine gemeinsame Handlungsweise dieser beiden Mächte ge-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wünscht, um auf diese Weise Mißverständnissen vorzubeugen, die den gemeinsamen slawischen Interessen gefährlich werden könnten.

Ich habe in diesem Sinne mit dem hiesigen bulgarischen Gesandten gesprochen, der mir versichert hat, daß auch Bulgarien solidarisch mit Serbien zu handeln wünscht. Ich teile dies unserm Gesandten in Sofia mit, da Paprikow die Absicht hat, sich mit dieser Frage nach seiner Rückkehr nach Sofia zu beschäftigen. Es ist wünschenswert, daß Serbien in der türkischen Krise die Selbstbeherrschung bewahrt und vor allem durch seine Handlungen oder unvorsichtigen Verhandlungen mit Bulgarien Österreich-Ungarn nicht den Vorwand gibt, sich aktiv in die türkische Frage einzumischen. Sprechen Sie in diesem Sinne vertraulich mit Milowanovitch.

Bericht des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 14./27. April 1909. — Nr. 34.

Die serbischen Sympathien für Bulgarien treten seit der Beendigung des serbisch-österreichischen Konfliktes immer stärker zutage. Die Presse spricht immer lauter von der Notwendigkeit einer Annäherung der beiden Länder auf der Grundlage der allgemeinen slawischen Interessen. Dieser Standpunkt wird auch von der serbischen Regierung geteilt. Die Eröffnungen, die in diesem Sinne von dem bulgarischen Vertreter in Belgrad gemacht worden sind, sind sehr beifällig aufgenommen worden. Trotzdem haben die schon begonnenen Verhandlungen noch zu keinem positiven Resultat geführt — nicht einmal der Umriß eines Abkommens zwischen den beiden slawischen Staaten ist festgestellt worden. Es wäre am natürlichsten, das frühere Abkommen als Grundlage zu benutzen, welches schon vollkommen ausgearbeitet war, schließlich aber infolge österreichischer Einwirkung nicht durchgeführt wurde. Auf alle Fälle erscheint es wünschenswert, die Annäherung ganz allmählich durchzuführen, indem man jetzt mit weniger wichtigen Fragen anfängt, z. B. der Verbesserung der Eisenbahnverbindungen, der Geldeinheit usw. Fragen politischer Art würden die ersten Verhandlungen erschweren und das endgültige Resultat unnötigerweise in Frage stellen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Aus meinen Unterredungen mit Milowanovitch ersehe ich, daß die serbische Regierung befürchtet, daß man bei den Verhandlungen gefährliche und schwierige Besprechungen über Mazedonien und die dort herrschende Feindschaft zwischen serbischen und bulgarischen Elementen nicht wird vermeiden können.

Der Außenminister versicherte mir jedoch, daß den serbischen Konsuln in Mazedonien der Befehl gegeben worden ist, sich jeder Einmischung in die dortigen Unruhen zu enthalten und nötigenfalls im Einvernehmen mit den bulgarischen Agenten zu handeln.

Dieser Standpunkt der serbischen Regierung ist in der Erwägung begründet, daß es augenblicklich unzweckmäßig wäre, in Mazedonien nationale Fragen aufzuwerfen. Serbien hat die Absicht, sich aller aktiven Maßnahmen zu enthalten. Das Kabinett Novakovitch will jetzt ganz korrekt handeln.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 21. April / 4. Mai 1909.

In feierlicher Audienz habe ich heute als erster der hiesigen ausländischen Vertreter König Ferdinand mein Beglaubigungsschreiben übergeben. In einer darauffolgenden einstündigen Unterredung hat der König in den wärmsten Ausdrücken von der Unterstützung gesprochen, die Bulgarien in unserm Souverän gefunden hat, und wies hierbei auf die bulgarische Bereitschaft hin, die zwischen Rußland und Bulgarien bestehenden herzlichen Beziehungen weiter zu entwickeln. Der Gedanke einer weiteren Annäherung zwischen beiden Ländern werde jetzt in Sofia besprochen und der König hoffe, daß auch ich mich hieran beteiligen werde. Da ich keine Instruktionen in dieser Hinsicht bekommen habe, ich aber aus den Worten des bulgarischen Außenministers schließe, daß die Frage eines politischen Abkommens zwischen Rußland und Bulgarien im Prinzip beschlossen sei, so antwortete ich dem König in allgemeinen Ausdrücken und wies darauf hin, daß es wünschenswert sei, daß Paprikow konkrete Vorschläge ausarbeite. Auf diese Weise, scheint es mir, würden wir bei Verhandlungen in einer günstigen Position sein.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Sofia vom 29. April / 12. Mai 1909.

Ihr Telegramm vom 21. April erhalten. Alles, was Sie König Ferdinand hinsichtlich des in Aussicht genommenen politischen Abkommens gesagt haben, findet unsere Zustimmung. Sie können weiter sagen, daß die russische Regierung mit Vergnügen konkrete Vorschläge von seiten Bulgariens prüfen und in Betracht ziehen wird.

Bericht des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 12./25. Mai 1909. — Nr. 38.

Soviel ich erfahre, hat die bulgarische Regierung ausweichend auf den serbischen Vorschlag geantwortet, man solle den Text des alten Handelsvertrages zwischen Serbien und Bulgarien zum Ausgangspunkte der bevorstehenden Verhandlungen machen. Ohne eine direkte Absage zu geben, hat die bulgarische Regierung angedeutet, sie ziehe es vor, diese ganze Frage einstweilen noch aufzuschieben. Es ist jedoch zu bemerken, daß gerade auf dieser konkreten Grundlage eine erste Annäherung hätte stattfinden können, welche dann realere Formen anzunehmen hätte. Die Serben wünschen die Verhandlungen gleichberechtigt zu führen, während Bulgarien augenscheinlich die serbischen Vorschläge bloß anzuhören wünscht und selbst keine Vorschläge macht, was in hiesigen Regierungskreisen verletzt. Deshalb erscheint die Möglichkeit einer Annäherung, trotzdem in der jetzigen politischen Lage die günstigsten Vorbedingungen gegeben sind, recht problematisch, wenigstens was die nächste Zukunft anbelangt.

Bericht des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 26. Mai / 8. Juni 1909. — Nr. 44.

Die serbisch-bulgarischen Verhandlungen sind immer noch auf einem toten Punkte. In serbischen Regierungskreisen schreibt man diese bedauerliche Verzögerung nicht so sehr der ablehnenden Haltung der bulgarischen Regierung zu, als der persönlichen Einwirkung König Ferdinands.

Diese Ansicht wird durch den Umstand bekräftigt, daß der bulgarische König bei einer ganzen Reihe von Anlässen deutlich

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gezeigt hat, daß er den serbischen Bestrebungen nicht entgegenkommen will. So z. B. hat er bei seiner Durchreise durch Belgrad nach Venedig seine Zustimmung zu einem offiziellen Empfange in Serbien nicht gegeben und statt in Belgrad den königlichen Zug in dem ungarischen Grenzstädtchen Semlin anhalten lassen. Ferner, als der serbische Vertreter in Sofia sein Beglaubigungsschreiben übergeben sollte, befanden sich in dem letzteren die Worte: „Die slawische Solidarität, die Stimme des Blutes, die gemeinsamen Leiden und Hoffnungen und mehr als alles das — der unerschütterliche Glaube an unsere gemeinsame Zukunft veranlaßt uns, den bulgarischen Erfolg als eine wichtige Unterlage unserer gemeinsamen Zukunft zu begrüßen." Das bulgarische Kabinett hat gegen diese Worte Einwand erhoben und deren Veränderung verlangt. Der serbische Vertreter hat sich deshalb mit einer Begrüßung in allgemein gehaltenen Ausdrücken begnügt.

Diese Ereignisse veranlassen die serbische Regierung zur Annahme, daß Bulgarien die Rücksichtnahme Österreich gegenüber übertreibt und dadurch die Annäherung zwischen den beiden Brudervölkern, die augenblicklich so wünschenswert ist, unmöglich macht.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in Sofia vom 3./16. August 1909. — Nr. 759.

Ich habe Ihre letzten politischen Berichte erhalten, die die wichtige Frage der jetzigen Richtung der bulgarischen Außenpolitik erörtern. Ihre Nachrichten stimmen mit dem überein, was mir auch von serbischer Seite mitgeteilt worden ist. Von beiden Seiten ist auf den bedeutungsvollen Umstand hingewiesen worden, daß die bulgarische Regierung den Wunsch geäußert hat, aus dem Beglaubigungsschreiben des serbischen Gesandten in Sofia sollten die Worte ausgelassen werden, welche die engen Beziehungen zwischen den beiden slawischen Völkern erwähnen.

Sehr bedeutsam ist die Erwähnung von Verhandlungen zwischen Bulgarien und Österreich, deren Charakter uns bisher noch nicht bekannt ist. Man muß annehmen, daß außer rein kommerziellen Fragen auch solche politischer Natur besprochen

wurden, und zwar wohl kaum in einem für Rußland sehr freundschaftlichen Sinne.

Was jedoch Ihren Hinweis auf die Möglichkeit einer Aufteilung Serbiens anbelangt, so erscheint uns eine solche Annahme unwahrscheinlich, da Bulgarien wohl kaum wünscht, der direkte Nachbarstaat Österreich-Ungarns zu werden.

In Anbetracht all dieser Umstände kann die russische Regierung der neuen Richtung der bulgarischen Politik nicht teilnahmlos gegenüberstehen und ich bitte Sie, einen diesbezüglichen vertraulichen Meinungsaustausch mit dem bulgarischen Außenminister herbeizuführen. Sie können das Ihnen hiermit zur Verfügung gestellte Material benutzen, ohne jedoch zu erkennen zu geben, aus welcher Quelle es stammt, um dem Minister in freundschaftlicher Weise zu erklären, einen wie ungünstigen Eindruck auf uns einerseits die geheimnisvollen Beziehungen zu Wien machen und andererseits die unliebenswürdige Haltung dem benachbarten slawischen Staate gegenüber. Wir lassen natürlich nicht die Möglichkeit zu, daß während des Bestehens der bekannten gegenseitigen Verpflichtungen zwischen Rußland und Bulgarien letzteres wirklich die Absicht habe, Österreich gegenüber Verpflichtungen einzugehen; doch finden wir, daß die russische Regierung, ohne sich in die inneren Angelegenheiten des Königreichs einmischen zu wollen, das Recht hat zu verlangen, daß Bulgarien, dem Rußland soeben einen so wichtigen Dienst erwiesen hat, größere Offenheit an den Tag legt.

Vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 21. Oktober / 3. November 1909.

Ich habe Ihnen telegraphisch über den Eindruck berichtet, den der serbische Außenminister während seines Londoner Besuches aus seinen Unterredungen mit Grey und Hardinge über die Stellung Italiens in der internationalen Politik empfangen hat. Im allgemeinen ist ihm dasselbe gesagt worden wie mir von seiten Hardinges. Aber Milowanovitch gegenüber scheint Grey ganz besonders auf die Möglichkeit hingewiesen zu haben, daß von seiten Österreichs ein Schritt erfolgen könne, um den nachhaltigen und günstigen Eindruck abzuschwächen, den der

Besuch des russischen Kaisers an dem italienischen Hofe überall hervorgerufen hat.

Diese Befürchtungen scheinen Milowanovitch übertrieben; es scheint ihm unwahrscheinlich, daß Aehrenthal sich zu irgendeinem aktiven Schritt entschließen wird.

Der serbische Minister hat mir nicht gesagt, weshalb er nach London gekommen ist; Hardinge jedoch, den ich gestern gesehen habe, erklärte mir, er und auch Grey fänden Milowanovitch zu unruhig, vielleicht auch ein bißchen zu unternehmend. Es wäre ihm unverständlich gewesen, weshalb er hier in London die Frage aufgeworfen habe, daß der Endpunkt der zukünftigen adriatischen Eisenbahn mehr nach Süden verlegt werden solle. Es ist ihm geantwortet worden, daß England kein direktes Interesse in dieser Angelegenheit habe, die eher Rumänien interessiere, mit dem sich also Serbien verständigen solle. Außerdem hat der serbische Minister den Wunsch geäußert, man solle die zukünftige Lage des Sandschaks von Nowibasar genau bestimmn, um die Wahrscheinlichkeit einer zukünftigen Besitzergreifung von seiten Österreichs zu verhindern. Hardinge hat mir nicht gesagt, was Grey erwidert hat, doch scheint die Antwort negativer Natur gewesen zu sein, da er mir gleichzeitig mitgeteilt hat, daß Tittoni sich mit einem ähnlichen Ersuchen an den englischen Botschafter in Rom gewandt hat. Tittoni, unter Berufung auf das zwischen Italien und Rußland in Racconigi getroffene Abkommen über die Erhaltung des status quo auf dem Balkan, welchem Abkommen England und Frankreich beigetreten seien, scheint es für möglich zu halten, auch die anderen Staaten, d. h. Österreich und Deutschland, aufzufordern, diesem Abkommen beizutreten.

Hardinge nannte Tittoni einen „äußerst nervösen" Menschen und gab mir zu verstehen, daß die Anregung einer solchen Frage hier für unzeitgemäß und gefährlich gehalten wird.

Es will mir scheinen, daß man hier mit dem Milowanovitch gemachten Hinweis auf die Stellung Italiens und die möglichen Absichten Österreichs nicht nur bezweckte, Serbien von einem unbedachten Schritte zurückzuhalten, sondern auch Italien darauf hinweisen wollte, aus der abwartenden Stellung nicht herauszutreten. In Wirklichkeit hält man wohl auch hier irgendeinen

Schritt Aehrenthals im Hinblick auf die Zusammenkunft in Racconigi für kaum wahrscheinlich.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister Iswolsky vom 2./15. November 1909.

Während einer Unterhaltung mit dem englischen Botschafter hat Tittoni der Meinung Ausdruck gegeben, daß, da in Racconigi zwischen Rußland und Italien ein Einvernehmen hinsichtlich der Erhaltung des status quo auf dem Balkan erzielt worden sei und auch Österreich sich zu diesem Standpunkt bekenne, es im Grunde genommen gelingen müsse, dieses Prinzip in der Praxis durchzuführen. Tittoni hat weder von einem Schritt bei den Großmächten noch von einer gegenseitigen schriftlichen Verpflichtung gesprochen. Da von derartigen Gerüchten auch im französischen Ministerium des Auswärtigen gesprochen worden ist, so soll diese Nachricht außer in London und Petersburg auch in Paris dementiert werden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Sofia vom 15./28. September 1910.

Sie haben recht getan, Malinow in Anbetracht der zwischen der Türkei und Rumänien abgeschlossenen Militärkonvention auf die Notwendigkeit einer Annäherung mit Serbien hinzuweisen. In demselben Sinne habe ich mit dem hiesigen bulgarischen Gesandten gesprochen und hinzugefügt, daß derartige Gerüchte beweisen, wie vorsichtig die bulgarische Politik in den jetzigen unruhigen Zeiten sein muß. Meinerseits muß ich hervorheben, daß man in Paris, trotz der Behauptung Paléologues, das Bestehen einer türkisch-rumänischen Militärkonvention nicht als erwiesen erachtet. Ich teile diese Ansicht der französischen Regierung, halte aber die Lage für Bulgarien trotzdem nicht für minder gefährlich. Die Haltung der rumänischen Regierung in Balkanfragen ist deutlich hervorgetreten und das schwache Dementi, das der Militärkonvention entgegengesetzt wird, bestärkt uns in unserer Ansicht über die Absichten Rumäniens im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes zwischen Bulgarien und der Türkei.

Geheimer Bericht des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 12./25. November 1910. — Nr. 52.

Der geheime Brief Eurer Exzellenz vom 4. Oktober d. J. — Nr. 848 —, der bestimmte Instruktionen enthält, den jetzigen Augenblick zu benutzen, um die bulgarische Regierung zu einer Annäherung an Serbien zu veranlassen, ist hier gleichzeitig mit meiner Rückkehr aus dem Urlaube erhalten worden. Deshalb hat unser Geschäftsträger diesen Brief nicht beantworten können und diese Aufgabe fällt naturgemäß mir zu. Nach genauer Prüfung der hiesigen Situation erlaube ich mir, Eurer Exzellenz die folgenden Erwägungen zu unterbreiten.

Aus der langen Reihe meiner Berichte weiß die Kaiserliche Regierung, daß ich während meiner dreijährigen Tätigkeit in Sofia nichts unterlassen habe, um aufrichtige und dauerhafte Beziehungen zwischen Bulgarien und Serbien herbeizuführen. Im Laufe der zahlreichen Unterredungen, die ich nicht nur mit Mitgliedern der Regierung, sondern auch mit dem König selbst und verschiedenen Parteiführern gehabt habe, habe ich alle diejenigen Beweisgründe vorgebracht, welche auf die Notwendigkeit einer Annäherung der beiden slawischen Staaten hinweisen. Abgesehen von dieser, von mir persönlich ausgehenden Einwirkung, hat auch der Ministerpräsident Malinow während seiner Anwesenheit in Petersburg vom Außenminister selbst eine deutliche und erschöpfende Darlegung unseres Standpunktes gehört. Alle diese Versuche haben jedoch bis jetzt zu keinem praktischen Ergebnis geführt und man kann mit Sicherheit sagen, daß wir unter den jetzigen Verhältnissen auch jetzt keinen Erfolg in dieser Hinsicht werden erzielen können.

Man muß nicht vergessen, daß die Bulgaren praktisch veranlagte Leute sind, und dem Ministerium wird es bekannt sein, daß der jetzige bulgarische Ministerpräsident sich in der Politik als einen Realisten bezeichnet hat. Wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, so muß ein Übereinkommen mit Serbien unnütz erscheinen: es kann Bulgarien nichts geben, denn an und für sich kann es nicht dazu beitragen, Bulgarien die Verwirklichung seiner nationalen Aspirationen zu erleichtern. Dann muß man im Auge behalten, daß der bestimmende Faktor der

bulgarischen auswärtigen Politik König Ferdinand ist, der sich vor allem von persönlichen Erwägungen leiten läßt. Dieser Umstand hat die beständigen Schwankungen hervorgerufen, die sich in letzter Zeit ganz besonders deutlich in den bulgarisch-serbischen Beziehungen gezeigt haben.

Unter solchen Umständen wird es nötig sein, die Politik Bulgariens sozusagen zu kanalisieren, wobei wir natürlich darauf Bedacht haben müssen, daß die Richtung, die wir der bulgarischen Politik zu geben suchen, im allgemeinen der serbischen entspricht. Soviel ich weiß, haben sich die serbischen politischen Führer endgültig auf Rußlands Seite gestellt und befinden sie sich folglich auch auf dem Wege einer Annäherung an Frankreich und England. Diese Formel müßte auch von Bulgarien angenommen werden. Zu diesem Zwecke wird es nötig sein, letzteres zu überzeugen, daß, indem es diese Formel annimmt, es sich damit auch die restlose Verwirklichung des nationalen Ideals zusichert. Unter solchen Umständen wird es auch König Ferdinand schwer werden, von diesem Wege abzuweichen, ohne befürchten zu müssen, daß ein solches Abweichen als Verrat ausgelegt werden wird, für den er sich persönlich wird verantworten müssen; und diese Furcht wird ihn zurückhalten. Sein ganzer früherer Standpunkt der mazedonischen Bewegung gegenüber ist der beste Beweis. Aber um der Entwicklung der Dinge diese Richtung zu geben, ist es notwendig, daß auch wir die von uns zu verfolgenden Ziele genau umschreiben und die Mittel hierzu vorbereiten, unter der Bedingung natürlich, daß unsere Politik, wie ich schon früher betont habe, einen „nationalen und slawischen" Charakter trägt. Wenn wir auf die eine oder andere Weise hier bewiesen haben werden, daß Rußland sich endgültig auf diesen Standpunkt gestellt hat, dann wird es leicht sein, eine Vereinigung der slawischen Balkanstaaten herbeizuführen, denn dann werden sie alle ein allgemeines, grundsätzliches Interesse daran haben. Aus diesem Grunde habe ich öfters darauf hingewiesen, daß die Einigung der Balkanvölker nur möglich ist, wenn Rußland die ganze Angelegenheit in seine eigenen Hände nimmt; im andern Falle werden alle Bestrebungen zu keinem Ergebnis führen.

Dies ist meine prinzipielle Ansicht. Zu Einzelheiten übergehend muß ich offen sagen, daß ich, unter Berücksichtigung der

augenblicklichen Lage, die Reise des bulgarischen Ministerpräsidenten nach Belgrad nicht für wünschenswert halte. Es kann kein Zweifel bestehen, daß diese Reise als eine Antwort auf die türkisch-rumänische Verständigung ausgelegt und dazu benutzt werden wird, das Mißtrauen zu Bulgarien von seiten seiner nächsten Nachbarn, der Türkei und Rumänien, und dann auch das Mißtrauen zu Serbien von seiten Österreichs und der Türkei zu verschärfen. Öl ins Feuer zu gießen haben wir keinen Grund und entspricht nicht unsern Wünschen. In dieser Hinsicht wird schon genug gearbeitet. Die Frage der Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien müssen wir vorsichtig anfassen, ohne Lärm und ohne Demonstrationen. Die Reise Malinows wäre gerade eine solche Demonstration und könnte nur Schaden anrichten. Natürlich äußere ich diese Ansicht nur als eine der augenblicklichen Lage angepaßte Erwägung, prinzipiell habe ich nichts gegen sie, halte sie aber nur dann für möglich, wenn sie nichts anderes bedeutet, als einen einfachen Höflichkeitsakt. Ich kann außerdem nicht umhin zu bemerken, daß, abgesehen von allen seinen guten Eigenschaften, der jetzige bulgarische Ministerpräsident mir nicht als die geeignete Persönlichkeit erscheint, so heikle Verhandlungen zu führen.

Ich habe meine erste Unterredung mit dem Ministerpräsidenten dazu benutzt, die Frage der bulgarisch-serbischen Beziehungen zu berühren. Malinow versuchte mich zu überzeugen, daß diese Beziehungen „freundschaftliche" seien; aber es wollte mir scheinen, daß er selbst dieses kaum glaubt. Außerdem habe ich in demselben Sinne mit dem Chef des Geheimkabinetts gesprochen, der den Inhalt unserer Unterredung dem König mitgeteilt hat. Auf diese Weise habe ich alles augenblicklich Notwendige getan; aber wie gesagt, man muß den Dingen auf den Grund gehen, und der Grund sind jene allgemein radikalen Erwägungen, welche ich ganz offen oben dargelegt habe und welche das Resultat meiner dreijährigen hiesigen Tätigkeit sind.

Geheimer Bericht des russischen Gesandten in Griechenland an den russischen Außenminister vom 2./15. Januar 1911. — Nr. 1.

Mein bulgarischer Kollege hat mir vertraulich folgendes mitgeteilt: Nach einer kurzen Unterredung, die sich auf eine der

schwebenden Fragen bezog, hat der griechische Außenminister ihm gesagt, er hoffe, daß er in nächster Zukunft mit Hadjimischew „ernstere Fragen" besprechen wird, worauf letzterer geantwortet hat, er wäre vollkommen bereit, mit Griparis einen Meinungsaustausch zu beginnen. Es handelt sich augenscheinlich um Verhandlungen, die eine Annäherung zwischen Griechenland und Bulgarien herbeiführen sollen. Da aber der bulgarische Gesandte bisher keine diesbezüglichen Instruktionen erhalten hat, so hat er die Erklärungen von Griparis sofort zur Kenntnis seiner Regierung gebracht. Hadjimischew beteuert, man wolle in Sofia freundschaftliche Beziehungen zu Griechenland herstellen. Ein Beweis ist seine Ernennung nach Athen, wo Bulgarien bis jetzt nur einen Geschäftsträger hatte. Aber „ein Übereinkommen mit dem Athener Kabinett (er benutzte sogar den Ausdruck Allianz) entspricht durchaus nicht den Interessen Bulgariens. Einerseits," sagte er, „weil schriftliche Abmachungen oft zum entgegengesetzten Resultat führen, und andererseits, weil Bulgarien mit allen Balkanstaaten in Frieden zu leben wünscht und hauptsächlich danach trachtet, seine Beziehungen zur Türkei zu verbessern. Obwohl die letzteren durchaus normal, so sind sie doch nicht derartig, wie die bulgarische Regierung sie zu sehen wünscht." Zur Frage der griechisch-bulgarischen Beziehungen übergehend sagte mir Hadjimischew, er sehe nicht ein, auf welcher Grundlage ein solches Übereinkommen abgeschlossen werden könne, um so mehr als Bulgarien erst dann ein Handelsabkommen mit Griechenland abschließen wolle, nachdem es seine Handelsbeziehungen zu den Großmächten geordnet haben werde. Was die jahrhundertelangen Kämpfe zwischen griechischen und bulgarischen Elementen in Mazedonien anbelangt, so erscheint die Beendigung derselben seiner Ansicht nach die Folge der gleichen Bedrückungen zu sein, denen die Griechen und Bulgaren von seiten der Türken ausgesetzt sind.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 26. Februar / 11. März 1911.

Der hiesige bulgarische Gesandte hat seinen Monarchen auf dessen Rückreise aus Wien begrüßt und hat mir vertraulich mit-

geteilt, er habe aus seiner Unterredung mit König Ferdinand die feste Überzeugung gewonnen, daß Seine Majestät von seiner Zusammenkunft mit dem österreichischen Kaiser sehr wenig befriedigt sei, da dieselbe zu keinem Resultate geführt habe. Der Ansicht des bulgarischen Gesandten nach wird dieses dazu beitragen, die Beziehungen zwischen beiden Staaten erkalten zu lassen und eine russophile Strömung zu erleichtern. Die Richtigkeit meiner Folgerungen, sagte Tochew, wird sich vielleicht schon in nächster Zeit erweisen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 19. März / 1. April 1911. — Nr. 110.

Der bulgarische Gesandte hat mir mitgeteilt, daß die Bildung eines Ministeriums Tochew unter Teilnahme von Parteigängern Danews in türkischen Kreisen einen ausgezeichneten Eindruck hervorgerufen hat. Der türkische Außenminister hat vertraulich mitgeteilt, türkischerseits würden alle Maßregeln getroffen werden, um die guten Beziehungen zu Bulgarien zu kräftigen, indem der bulgarischen Bevölkerung Mazedoniens Ruhe, persönliche Sicherung und Gleichberechtigung zugestanden werden sollen, was, wie wir glauben, die bulgarische Regierung interessieren dürfte.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 20. März / 2. April 1911.

Der König von Montenegro hat hierher mitteilen lassen, daß er den Standpunkt der serbischen Regierung teile — sowohl was die allgemeine politische Lage anbelange, als auch was die Ziele der gemeinsamen serbischen und montenegrinischen Politik betreffe. Der König zieht die serbische Antwort in Betracht; diese Antwort soll zur Grundlage eines Abkommens zwischen beiden Staaten dienen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Sofia an den russischen Außenminister vom 26. März / 8. April 1911.

In einer langen und aufrichtigen Unterredung sagte mir Danew, daß er die Meinung Geschows über die bulgarisch-serbi-

schen Beziehungen nicht ganz teilen könne. Seiner festen Überzeugung nach muß Bulgarien mit Serbien mit unlöslichen Banden verknüpft sein — es ist für Bulgarien im eignen Interesse außerordentlich wichtig, Serbien von einem möglichen Hinneigen zu Österreich abzuziehen und auf diese Weise einen Damm gegen österreichische Aspirationen auf dem Balkan zu ziehen, hauptsächlich in der Richtung Salonikis, welches auch für Bulgarien ein langersehntes Ziel ist. Der Abschluß eines Zollbundes soll der erste Schritt in dieser Richtung sein. Der kategorische Ton dieser Erklärungen und die Stellung, die Danew in der von ihm ins Leben gerufenen Koalition einnimmt, lassen mich glauben, daß die bulgarische Politik jetzt diese Richtung endgültig einschlagen wird.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 14./27. Mai 1911. — Nr. 80.

Wenn Sie nichts dagegen haben, beabsichtige ich nach Sofia zu fahren, um daselbst zusammen mit unserm Gesandten in einen Meinungsaustausch mit den bulgarischen Mimstern und Danew zu treten, die ich schon seit langem kenne. Dies würde hier einen guten Eindruck hervorrufen und würde vielleicht die Verhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien weiter fördern.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Gesandten in Sofia vom 25. Juni / 8. Juli 1911.

Wenn Sie es aus örtlichen Erwägungen für nötig halten, so haben wir keine Einwendungen, daß Sie im Einvernehmen mit der bulgarischen Regierung durch die Presse die Gerüchte von einer Militärkonvention des Jahres 1902 als apokryph bezeichnen[1]).

[1]) Daß die Militärkonvention tatsächlich bestanden hat, geht aus folgendem Telegramm hervor: Telegramm Sasonows an den russischen Botschafter in London. Petersburg, den 16./29. Januar 1913 Nr. 136. Identisches Telegramm nach Paris. Sehr geheim und ganz vertraulich. Ich bitte Sie, in vertraulicher Weise den Außenminister von Folgendem zu verständigen: Da seinerzeit das Bestehen einer Militärkonvention zwischen Österreich und Rumänien festgestellt wurde, haben Rußland und Bulgarien im Jahre 1902 einen Ver-

Telegramm des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 25. September / 8. Oktober 1911. — Nr. 42.

Sehr vertraulich. Der bulgarische Ministerpräsident Geschow war heute bei mir und teilte mir die Unterredung mit, die er mit den Außenministern Frankreichs und Österreichs gehabt hat. Beide schienen ihm optimistisch und haben ihm angeblich gesagt, daß Italien, um die tripolitanische Frage schnell zu liquidieren, darauf eingehen wird, die nominelle Souveränität der Türkei in Tripolis anzuerkennen und ihr eine Entschädigung zu zahlen. Sodann sagte mir Geschow, daß unsere Gesandten in Sofia und Belgrad energisch auf dem Abschluß eines Bündnisses zwischen Bulgarien und Serbien unter dem Protektorate Rußlands bestehen. Geschow gibt sich vollkommen Rechenschaft, daß ein derartiger Balkanblock, in diesen unruhigen Zeiten gebildet, Österreich gegen Bulgarien und Serbien aufbringen muß, und hinter Österreich würden in diesem Falle Rumänien und die Türkei stehen. Ehe er sich zu einem solchen Schritt entschließt, möchte Geschow wissen, auf welche Garantie von seiten Rußlands Bulgarien rechnen könne. Geschow fügte hinzu, es sei ihm bekannt, unser Gesandter in Sofia sei nach Davos zu Sasonow gefahren, um ihm die Lage darzulegen. Ich habe Geschow geantwortet, daß eine Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien von uns nur begrüßt werden kann. Die Vereinigung des griechisch-orthodoxen-slawischen Elementes stelle eine große Kraft dar, aber ich könne ihm nichts über die Garantien eines solchen Bundes sagen, da die unsern Gesandten in Sofia und Belgrad zu diesem Zwecke gegebenen Instruktionen mir

---

trag geschlossen, auf Grund dessen Bulgarien sich verpflichtet, uns im Falle eines Krieges mit einer der Dreibundmächte zu Hilfe zu kommen, während wir uns unsererseits verpflichteten, Bulgarien die territoriale Integrität zu garantieren. Dieser Vertrag nützte bis jetzt ausschließlich uns, da Bulgarien durch ihn gebunden war. Von uns wurde weiter nichts verlangt, als das was wir Bulgarien aus politischen und ökonomischen Gründen nicht hätten verweigern können, selbst wenn kein Vertrag bestanden hätte. Heute jedoch, in Anbetracht der drohenden Haltung Rumäniens, haben wir es für nötig erachtet, in Bukarest durch unsern dortigen Gesandten eine freundschaftliche Warnung zu erteilen, über die Sie ebenfalls dem Minister in vertraulicher Weise evrichten können. Wir halten es unsererseits für sehr wünschenswert, daß die Kabinette von Paris und London ihrerseits auf Bukarest einwirken.

unbekannt seien. Unsere Vertreter auf dem Balkan seien die einzigen kompetenten Organe für solche Verhandlungen. Ich könne ihm nur raten, die Rückkehr unseres Gesandten nach Sofia abzuwarten. Außerdem sei heutzutage unser allgemeines Interesse — die Beobachtung der strengsten Neutralität. „Dies ist möglich," erwiderte mir Geschow, „auf der Balkan-Halbinsel werden wir jedenfalls nichts tun, ohne Rußland vorher in Kenntnis zu setzen."

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 29. November / 12. Dezember 1911. — Nr. 98.

König Ferdinand hat bis gestern Geschow nichts über seine Unterredungen in Wien gesagt. Danew dagegen hat er gesagt, daß er mit dem „alten und kranken" Kaiser über Politik nicht gesprochen hat. Mit Aehrenthal hat er lange gesprochen, wobei Aehrenthal die Absichten Bulgariens zu erkennen suchte und dem König angeblich erklärt hat, im Prinzip und unter gewissen Bedingungen wäre Österreich nicht abgeneigt, wenn Bulgarien seine Grenzen in der Richtung Mazedoniens erweitern würde. Der König hat hierauf ausweichend geantwortet. Er hat bemerkt, daß Aehrenthal und die Wiener politischen Kreise beunruhigt und unsicher sind. König Ferdinand hat in den letzten Monaten beständige und aufrichtige Beziehungen zu Danew unterhalten und hat damit seine Zurückhaltung Geschow gegenüber sozusagen unterstreichen wollen. Danew teilte mir mit, daß, soviel er hat beobachten können, König Ferdinand sich in den letzten Wochen immer mehr davon überzeugt hat, daß zwischen Rußland, Frankreich und England dauernde, enge und sich gegenseitig stützende Beziehungen unterhalten werden, und er ist überzeugt, daß die Kräfte dieser drei Mächte denen Deutschlands und Österreichs überlegen sind. Diese Erkenntnis, wie Danew und Geschow hoffen, können den König veranlassen, sich endgültig einem Abkommen mit Serbien und Rußland zuzuwenden; und dann wird es für ihn und Bulgarien kein Zurück mehr geben. Ich hege dieselbe Hoffnung, fürchte aber immer noch, daß die sozusagen organische Unentschiedenheit des unbedingt neurasthenischen Monarchen schließlich doch die Ober-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

hand gewinnt; auch fürchte ich, daß die außergewöhnlichen Gunstbezeigungen, die dem überzeugtesten Russophilen Danew vom König erwiesen werden, schließlich damit enden, daß Geschow sich zurückziehen muß und daß dadurch die augenblicklich außerordentlich starke Koalition der Zankowisten und Narodniki geschwächt wird.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 17./30. März 1912. — Nr. 580.

Identisches Telegramm nach Paris. Persönlich. Zwischen Serbien und Bulgarien ist mit unserm Wissen ein Bündnis abgeschlossen worden zu gegenseitiger Verteidigung und zum Schutze der gemeinsamen Interessen für den Fall der Veränderung des status quo auf dem Balkan oder des Angriffes einer dritten Macht auf eine der vertragschließenden Parteien. Geschow und der serbische Gesandte in Sofia Spalaikovitch haben das Zustandekommen dieses Vertrages dem englischen Gesandten in Bulgarien Ironside mitgeteilt. Ich bitte Sie, einen Ihrer Ansicht nach richtigen Zeitpunkt zu benutzen, um Poincaré obiges mündlich zu seiner persönlichen Information mitzuteilen, indem Sie ihn auf die allerernsteste Weise darauf aufmerksam machen, daß der Abschluß des Bündnisses unbedingt geheimgehalten werden muß. Sie können hinzufügen, daß, da eine besondere Geheimklausel beide Seiten verpflichtet, die Ansicht Rußlands einzuholen, ehe sie zu aktiven Maßnahmen schreiten, — wir der Ansicht sind, daß wir auf diese Weise ein Mittel in Händen haben, auf beide Staaten einzuwirken, und daß wir gleichzeitig eine Schutzmaßregel getroffen haben, um uns der Erweiterung des Einflusses einer größeren Macht auf dem Balkan zu widersetzen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 19. März / 1. April 1912. — Nr. 91.

Ihr Telegramm Nr. 580 erhalten. Da Ironside auf dem laufenden ist, halte ich es für nötig, Grey gegenüber diese Frage in vertraulicher Weise zu erwähnen. Wenn ich keine anderen Instruktionen erhalte, will ich es in einigen Tagen tun.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Sofia an den russischen Außenminister vom 22. März / 4. April 1912. — Nr. 33.

Die bulgarische Regierung bedarf dringend einer Anleihe von 160 bis 180 Millionen Franken, um die Konversion der 82 Millionen der 6 % igen Anleihe zu Ende zu führen und um die Eisenbahnlinie Jamboli—Kisil—Agatch und Kaspian—Silistria in Angriff zu nehmen. Die Anleihe soll in Frankreich abgeschlossen werden, dessen hiesiger Vertreter Geschow in letzter Zeit immer wieder darauf hingewiesen hat, daß die erste Bedingung des französischen Kabinettes, diese Finanzoperation zu gestatten, die kategorische Erklärung der bulgarischen Regierung sei, daß von jetzt an Bulgarien sich dem Kreislaufe der Politik der drei Ententemächte anschließe. Infolgedessen hat sich Geschow mit Zustimmung des Königs an mich gewandt, um Sie zu bitten, Bulgarien in dieser Frage zu unterstützen und das Pariser Kabinett von der von Bulgarien gewählten politischen Richtung zu verständigen. Geschow fügte hinzu, die bulgarische Regierung gebe formale Garantien, daß die Anleihe nicht zu Rüstungszwecken verwendet werden wird, sondern zur Konversion und zu Eisenbahnbauten. Geschow wird dem französischen Gesandten mitteilen, daß die bulgarische Regierung die Absicht habe, eine derartige Anleihe aufzunehmen; der bulgarische Vertreter in Paris hat schon diesbezügliche Instruktionen erhalten.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Sofia an den russischen Außenminister vom 3./16. April 1912. — Nr. 34.

Der französische Gesandte hat Geschow mitgeteilt, seine Regierung gebe ihre prinzipielle Zustimmung zu der bulgarischen Anleihe in Paris. Die Verhandlungen über die Summe und über die Einzelheiten werden sofort beginnen.

Bericht des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 7./20. Juni 1912. — Nr. 16.

Geschow, nach Sofia zurückgekehrt, hat mir mitgeteilt, daß das Abkommen zwischen Bulgarien und Griechenland unterzeichnet ist. Der ungefähre Inhalt dieser Übereinkunft ist in meinem Telegramm vom 1. Mai mitgeteilt worden. Die bul-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

garische Regierung hat diejenigen Ausdrücke nicht verändert, auf deren Unzulänglichkeit und Gefahr ich in Ihrem Auftrage Geschows Aufmerksamkeit gelenkt hatte. Wie Sie wissen, hat Geschow auf unsere Bemerkungen Entgegnungen geäußert, denen eine gewisse Bedeutung nicht abzusprechen ist. Aber ich weiß, daß der bulgarische Außenminister, selbst wenn er gewollt hätte, die Veränderungen im Texte nicht hätte vornehmen können, da dies die Unterzeichnung des Abkommens verzögert hätte: inzwischen verlangte aber König Ferdinand aufs energischste die möglichst schnelle Unterzeichnung und seine Ansicht wurde von einigen Kabinettsmitgliedern und von allen höheren Militärs geteilt.

Trotzdem glaube ich nicht, daß dieses Abkommen zu ernsten Verwicklungen auf dem Balkan führen wird. Das alte Mißtrauen, das zwischen Bulgaren und Griechen besteht, wird durch einen einzelnen diplomatischen Akt nicht beseitigt und jede Seite ist vor allem darauf bedacht, durch die andere nicht in ein gefährliches Abenteuer hineingezogen zu werden, ohne Gewißheit eines reichen Gewinnes im Falle des Erfolges.

Andererseits ist das griechisch-bulgarische Abkommen ein günstiger Faktor, welcher nicht allein die entsetzlichen blutigen Zusammenstöße zwischen den beiden orthodoxen Nationalitäten in Mazedonien verhindert, sondern zur Herstellung eines gewissen Einvernehmens und sogar einer gemeinsamen Handlungsweise dienen kann. Dies ist jedenfalls ein großer Schritt vorwärts.

Viertes Kapitel.

Die russisch-englische Konvention von 1907 und Persien.

Memorandum des englischen Ministeriums des Auswärtigen vom 9. Oktober 1908.

Die englische Regierung hat das russische Memorandum, welches am 2./15. August dem britischen Botschafter in Petersburg über Eisenbahnbauten in Persien mitgeteilt worden ist, mit vielem Interesse und großer Aufmerksamkeit geprüft.

In bezug auf die wahre Natur der englischen Vorschläge scheint ein Mißverständnis entstanden zu sein. Indem das Londoner Kabinett sich an die russische Regierung wandte, hatte es nicht die Absicht, Eisenbahnbauten zu unternehmen, sondern beabsichtigte, ein Einvernehmen zu erzielen, um Eisenbahnkonzessionen für sich zu reservieren, welche sonst zum Nachteile von England und Rußland hätten ausgebeutet werden können.

Die englische Regierung legt einem vollkommenen Einvernehmen mit der russischen Regierung in dieser Frage die größte Bedeutung bei; sie ist jedoch der Ansicht, daß eine Übereinkunft, die jetzt von den beiden Mächten mit Persien getroffen werden könnte, vorbeugender Natur sein sollte; die beiden Mächte müßten darauf ausgehen, sich derjenigen Unternehmungen zu versichern, die politische Bedeutung annehmen könnten, und zum Bau der Bahnen erst schreiten, wenn der richtige Augenblick hierfür gekommen.

Abgesehen von der Unsicherheit der politischen Situation, gibt es noch mehrere andere unbekannte Faktoren, welche unter den obwaltenden Umständen ein definitives Eisenbahnprogramm in Persien unzeitgemäß erscheinen lassen, so z. B. das Fehlen

von vorbereitenden Arbeiten, in Südpersien wenigstens, ferner die endgültige Zusammensetzung der Bagdadbahn-Gesellschaft und auch die Ungewißheit, ob eine Zweiglinie von Bagdad nach Khanekin gebaut werden wird. Alle diese Erwägungen müssen abgewartet werden, bevor eine Bahn von Julfa nach Mohammera mit Aussicht auf Rentabilität gebaut werden kann.

. . . . . .

Die englische Regierung ist der Ansicht, daß in Anbetracht wichtiger politischer Erwägungen England und Rußland vollkommen berechtigt sind, zur Kenntnis der persischen Regierung zu bringen, daß sie, wenn Bahnen in Persien gebaut werden, das Vorzugsrecht für alle in Aussicht genommenen Konzessionen für sich beanspruchen, und zwar unter denselben Bedingungen wie diejenigen, welche der persischen Regierung von dritter Seite angeboten werden.

. . . . . .

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 9./22. Mai 1909.

Die Nachrichten, die ich über die innere Situation in Persien von allen mir zugänglichen Seiten erhalte, sind nicht erschöpfend genug, um mir ein positives Urteil zu erlauben, wie lange noch unsere Truppen auf persischem Territorium verweilen werden. Diese Nachrichten genügen jedoch, um mich zu veranlassen, Ihre Aufmerksamkeit auf die wichtige politische Seite dieser Frage zu lenken. Es kann kein Zweifel bestehen, daß das Erscheinen unserer bewaffneten Macht in Täbriz im gewollten Augenblick, nicht zu früh und nicht zu spät, nicht bloß seinen Zweck erreicht hat, nämlich die Ordnung und Sicherheit in der Stadt wiederherzustellen, sondern daß dadurch auch unser Prestige erhöht und die letzten Bedenken über unsere wahren Absichten zerstreut worden sind, indem die Ratschläge, die wir zusammen mit England dem Schah gegeben haben, dadurch eine Bekräftigung erfahren haben.

Ich fürchte und glaube jedoch, daß dieser gute Eindruck abgeschwächt wird, wenn unsere Truppen länger als durchaus

nötig in Persien gelassen werden. Im Lande selbst würden alle politischen Parteien unseren weiteren Maßnahmen mit Argwohn gegenüberstehen; dieser Argwohn würde unsern moralischen Einfluß erschüttern und wir würden uns in eine schwer entwirrbare Lage begeben: eine energische Aktion zur Aufrechterhaltung der Ordnung, die durchaus gerechtfertigt da, wo unsere Interessen im Spiele sind, würde, wenn sie länger als notwendig dauern sollte, die Aufgabe, die wir, mehr noch als England, uns gesetzt haben — nämlich die Beruhigung des Landes und die Wiederherstellung einer normalen Situation in Teheran —, außerordentlich erschweren.

Es ist augenscheinlich, daß die Anwesenheit unserer Truppen in Teheran eine antieuropäische Stimmung hervorrufen wird, deren Entwicklung unsere diplomatische Aktion ungünstig beeinflussen könnte. Das Ganze scheint mir eine Frage von Maßhaltung zu sein. Eine russische militärische Aktion im Norden und eine englische im Süden, örtlich und zeitlich begrenzt, ist sicherlich von Nutzen. Die Bedingungen, unter denen England in Buschir hat handeln müssen, sind augenscheinlich viel leichter, aber der Befehl, wieder zurückzugehen, ist, wie Sir Charles Hardinge mir sagte, bereits gegeben worden. Um meinen Gedanken zusammenzufassen: wir müßten unsere Truppen in Täbriz nur so lange lassen, als die Truppe dort notwendig ist, und uns streng an unser bisheriges Prinzip halten, militärisch nur dort zu intervenieren, wo dies durchaus erforderlich.

Ich weiß nicht, ob der Augenblick bereits gekommen ist, aber es will mir scheinen, daß eine plötzliche und vollständige Evakuation nachteilige Folgen nach sich ziehen könnte. Das beste Mittel, in Persien einen guten Eindruck hervorzurufen und über unsere weiteren Absichten zu beruhigen, wäre meiner Ansicht nach der Entschluß, einen kleinen Teil unserer Truppen zurückzuziehen, sobald die nötige Ordnung wiederhergestellt, und bis zur Bildung einer örtlichen Regierung nur eine Abteilung zurückzulassen, die den Charakter einer Sicherheitswache hätte. Die vollständige Evakuation müßte dann sobald als möglich folgen, schon um den Parallelismus zwischen England und Rußland herzustellen — denn dieser erscheint mir durchaus notwendig, um die Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

welche nichts anderes bezwecken, als die Ruhe in Persien wiederherzustellen und die englisch-russische Kooperation zu erhalten.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 21. Mai/3. Juni 1909. — Nr. 77.

Hardinge sehr beunruhigt durch die scharfen Maßregeln, die wir in Täbriz ergriffen haben, so z. B. Zerstörung der Häuser. Er macht sich auf Interpellationen im Parlament gefaßt, die für die Regierung sehr peinlich sein dürften.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 23. Mai / 5. Juni 1909. — Nr. 969.

Der englische Botschafter Nicolson hat mir vertraulich den Inhalt von zwei von Grey erhaltenen Telegrammen mitgeteilt. Der Minister weist auf die Beunruhigung hin, die durch die unsern Truppen in Täbriz zugeschriebenen Handlungen in London hervorgerufen worden ist. Er fürchtet, daß das politische Einvernehmen, welches so glücklich zwischen den beiden Regierungen besteht, darunter leidet, da die britischen Behörden gezwungen werden könnten, gegen den Schah aufzutreten, wenn die russischen militärischen Behörden gegen die Nationalisten Partei ergreifen würden. Es erscheint ihm wünschenswert, die dem russischen General gegebenen Instruktionen nochmals zu bestätigen. Es wäre nützlich, einen Teil der russischen Truppen aus Täbriz zurückzuziehen. Grey ist von dem Wunsche beseelt, die engste Kooperation mit Rußland in persischen Fragen aufrechtzuerhalten. Er weiß sehr gut, daß dies auch der Wunsch der russischen Regierung ist. Er würde lebhaft bedauern, wenn er auf eventuelle Fragen im Parlament nicht antworten könnte, daß der russische General seine Instruktionen überschritten hat, und wenn er zugeben müßte, daß die beiden Regierungen nicht mehr im Einvernehmen handeln. Er hofft, daß die ausführlichen Berichte, welche die beiden Gesandtschaften aus Täbriz verlangt haben, die Lage klären werden.

Ich habe nicht verfehlt, dem Botschafter beruhigende Erklärungen abzugeben. Die russischen Truppen ergreifen nicht

Partei gegen die Nationalisten. Es hat einen Zwischenfall gegeben; man muß aber seine Bedeutung nicht übertreiben. Es ist wahr, daß der russische General es für seine Pflicht gehalten hat, energische Maßregeln gegen Gewalttaten, Räubereien und Provokationen unserer Truppen zu ergreifen. Sonntag abend wird eine besondere Beratung stattfinden, in deren Laufe dieser Zwischenfall geprüft werden wird, mit dem Wunsche, jedes Mißverständnis mit England zu vermeiden. Wenn nötig, werden die Instruktionen General Snarskis nochmals bestätigt werden. Ich selbst bin der Ansicht, und werde versuchen dieser Ansicht Geltung zu verschaffen, daß die Zahl unserer Truppen vermindert werden kann, sobald der neue persische Generalgouverneur, von Rußland und England empfohlen, an Stelle des unzulänglichen Vizegouverneurs nach Täbriz ernannt worden und sobald dieser die Möglichkeit gehabt haben wird, die Ordnung und die persönliche Sicherheit der russischen Untertanen und der Ausländer zu gewährleisten. Was den „Bast" von Sattar und Baghir im türkischen Konsulat anbelangt, so hat dies nichts mit unsern Truppen zu tun. Die freiwillige Abreise dieser beiden Persönlichkeiten würde viel zur Wiederherstellung der Ruhe beitragen. Ich nehme mit Befriedigung von der Erklärung Greys Kenntnis, daß er überzeugt sei, die russische Regierung wünsche, das engste Einvernehmen mit England in persischen Fragen aufrechtzuerhalten.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 25. Mai/7. Juni 1909.

Sowie ich heute bei Grey eintrat, kam der Minister sofort auf die persische Frage zu sprechen. Er sagte mir, er habe von Nicolson Telegramme erhalten, die über die mit Euerer Exzellenz stattgefundene Unterredung berichten — ich nehme an, es ist dieselbe Unterredung, deren Inhalt Sie mir telegraphisch mitgeteilt haben. Sir Edward sagte mir, er wolle klar betonen, daß, wenn die lange Anwesenheit unserer Truppen in Täbriz ihn beunruhige, dies durchaus nicht bedeute, daß die englische Regierung die Erstarkung unseres Einflusses in Nordpersien befürchte; daß dieser natürliche Einfluß in der Konvention vor-

ausgesetzt wurde; daß er schon früher bestand; daß England sich ihm durchaus nicht widersetzen wolle. Er sagte mir, er habe die letzten Ereignisse hauptsächlich vom parlamentarischen Standpunkte aus betrachten müssen, d. h. es sei wichtig für ihn, in der Lage zu sein, bestimmte Fragen im Unterhause durch ebenso bestimmte Erklärungen zu beantworten: er müsse erklären können, daß die Handlungsweise nicht bloß der russischen Diplomatie, über die ja kein Zweifel bestehe, sondern auch die Maßnahmen unserer Truppen genau mit dem von beiden Regierungen festgesetzten Programm übereinstimmten, — daß folglich die beiden Regierungen in völligem Einvernehmen handelten.

Dies ist der Fall gewesen, als die russischen Truppen persisches Territorium betraten, um einer Niedermetzelung von Europäern vorzubeugen. Aber er fügte hinzu, daß seine Stellung sehr schwierig würde, wenn die russische Abteilung nach Wiederherstellung der Ordnung an Ort und Stelle bliebe; daß ein solcher Fall durch unser Abkommen nicht vorhergesehen sei; er könne nicht das Gegenteil behaupten und erklären, daß die dauernde russische Okkupation das Resultat eines Übereinkommens sei.

Ich habe geantwortet, daß mir die letzten Zwischenfälle noch nicht genügend geklärt scheinen und daß ich hoffe, daß die Berichte der beiden Konsuln in Täbriz neues Licht auf die Ereignisse werfen würden. Sir Edward erwähnte keine Einzelheiten und ich glaubte dasselbe tun zu müssen. Ich fügte jedoch hinzu, daß mit Bedauern festgestellt werden müsse, daß die türkische Diplomatie in dieser Frage mitgespielt habe. Sir Edward leugnete dies nicht, sagte jedoch, daß nach Zurückziehung unserer Truppen es viel leichter sein würde, von der Türkei zu verlangen, sie solle sich nicht in die persischen Fragen einmischen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 17./30. Juni 1909. — Nr. 114.

Grey sagte mir heute, er gebe sich völlig Rechenschaft, wie sehr die allgemeine Lage durch das drohende Vorgehen der Bakhtiari erschwert sei, und daß er nicht die Absicht habe, die Möglichkeit einer bewaffneten Intervention Rußlands in Teheran zu besprechen; er wolle nur unsere Aufmerksamkeit darauf lenken,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

daß, wenn unsere Truppen die Ordnung in Teheran wiederherstellen, der letzte Rest des Ansehens der persischen Regierung, selbst nach Einführung von Reformen, schwinden müsse, denn alle unzufriedenen Elemente im Lande würden behaupten, daß der Schah in der Hand von Ausländern ist. Die Folge würde sein, daß die Unruhen nicht aufhören würden, und in den Provinzen würde vielleicht die örtliche Unabhängigkeit erklärt werden, was den Interessen der beiden Mächte außerordentlich schaden würde. Ich antwortete mit zwei Argumenten: 1. die Lage des Schahs müsse jetzt, da er die Ratschläge unserer Vertreter angenommen habe, anders beurteilt werden als zur Zeit, da er sich weigerte, unsern Ratschlägen zu folgen, oder seinen Verpflichtungen nicht nachkam; und 2. daß Rußland als Nachbarstaat ganz besondere Verpflichtungen habe. Aufs erste Argument erwiderte Grey, daß das Zutrauen zum Schah bereits erschüttert sei, da man wisse, daß er sich nur unter unserm Druck zu Reformen entschlossen habe, und daß die Anwesenheit von fremden Truppen den letzten Rest seines Prestige untergrabe; was unsere besondere Lage als Nachbarstaat anbetreffe, so leugnet er die Wichtigkeit dieses Argumentes nicht, hofft aber, daß die Anwesenheit unserer Truppen in Täbriz genüge, um die Ordnung nördlich von Teheran aufrechtzuerhalten, während in Teheran selbst die Kosakenbrigade gegen die Bakhtiari genügen müßte. Er wiederholte, er teile mir nur seine persönlichen Erwägungen mit. Ich glaube jedoch, daß die Möglichkeit einer Besetzung Teherans ihm viel größere Beunruhigung einflößt, als er mir gegenüber hat zugeben wollen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 19. Juni / 2. Juli 1909. — Nr. 1149.

Der englische Geschäftsträger hat mir ein Telegramm Greys mitgeteilt, in dem der Beunruhigung, die durch die Entsendung der russischen Truppen nach Persien hervorgerufen, Ausdruck gegeben wird. Er vertritt die Ansicht Barclays, daß diese Truppen eine antirussische und sogar antieuropäische Bewegung auslösen könnten und daß die persische Kosakenbrigade, von russischen Offizieren befehligt, zur Aufrechterhaltung der Ordnung

in Teheran genügt. Er deutet auch an, wie gefährlich es für uns sei, den Schah mit bewaffneter Hand zu unterstützen, was den Volksunwillen gegen Rußland richten und dieses veranlassen würde, eine größere Anzahl von Truppen nach Persien zu schicken. Dies würde England notwendigerweise zwingen, auf die Politik der Entente mit Rußland in Persien zu verzichten. Wenn wir im Gegenteil den Ereignissen freien Lauf lassen und uns darauf beschränken, wenn nötig das Leben des Schahs zu beschützen, so könnte Rußland später eine günstigere Stellung in Persien einnehmen. Ich habe O'Beirne geantwortet, daß wir gar nicht daran denken, den Schah mit Waffengewalt zu unterstützen, noch in irgendeiner Form uns in die inneren persischen Angelegenheiten einmischen wollen; daß wir aber andererseits beunruhigende Nachrichten aus Teheran erhalten, und daß der von den Bakhtiari und den Kaswinschen Revolutionären gegen Teheran gerichtete Angriff schwere Unruhen voraussehen läßt, denen die Kosakenbrigade, die im Augenblick sehr geschwächt, nicht gewachsen wäre, wodurch für die Gesandtschaften und die russischen und ausländischen Untertanen und Unternehmungen eine große Gefahr entstände. Unter diesen Bedingungen ist es unsere Pflicht, Schutzmaßregeln ins Auge zu fassen, und wir übernehmen eine schwere Verantwortung, wenn wir dies nicht tun. Zum Schlusse habe ich dem Geschäftsträger versichert, daß die Entsendung unserer Truppen in der Richtung Resht-Kaswin nur zum Schutze unserer Interessen erfolgt und nicht um dem Schah zu Hilfe zu kommen, dessen Geschick wahrscheinlich entschieden sein wird, ehe unsere Truppen an ihren Bestimmungsort gelangen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 20. Juni/3. Juli 1909. — Nr. 125.

Ihr Telegramm Nr. 1149 erhalten. In dem Auszuge, der mir von Grey mitgeteilt worden ist, befindet sich nicht die Phrase „auf die Politik der Entente mit Rußland in Persien zu verzichten". Es sind die Worte angeführt: in diesem Falle „wird es uns unmöglich sein zu behaupten, daß die Politik der Nichteinmischung aufrechterhalten werden kann, und die ganze

Richtung der Politik in bezug auf Persien wird ernstlich geändert werden müssen". Die Bedeutung dieses Satzes ist nicht ganz klar; ich bin vorsichtigerweise während unserer gestrigen Unterhaltung auf dieselbe nicht zurückgekommen. Aber die ganze Unterhaltung läßt mich annehmen, daß die Auslegung, die der englische Geschäftsträger der Phrase gegeben hat, verfrüht ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 30. Juni/13. Juli 1909.— Nr. 146.

Nr. 1. Grey hat zwei Telegramme von dem englischen Gesandten in Teheran erhalten. Das erste teilt mit, daß Teheran von den Fidais besetzt und daß die Ordnung in der Stadt wenig gestört sei, drückt aber die Befürchtung aus, daß unser Geschäftsträger Sablin daran denke, die russische Kavallerie zu rufen. Grey hat O'Beirne telegraphiert und mir das Telegramm gezeigt. Er ist außerordentlich beunruhigt und sagt, daß das Erscheinen von russischen Truppen in Teheran in jedem Falle als eine militärische Intervention zugunsten des Schahs aufgefaßt werden würde, während gerade das allgemeine Mißtrauen dem Schah gegenüber die Ereignisse hervorgerufen hat. Die Folge würde sein, daß der Schah durch unsere Truppen allein gerettet würde. Grey meint, dies bedeute den Anfang des Zusammenbruches des Landes mit allen seinen Folgen. Er fragte mich, ob es wahr sei, daß wir noch weitere Truppen in Persien landeten. Er fürchtet, daß eine so große russische Armee das muselmännische Gefühl im ganzen Lande entfacht, das schon jetzt außerordentlich erregt sei. Ich erwiderte, daß meiner Überzeugung nach Sablin die russische Kavallerie nur zum Schutze der Gesandtschaften und der europäischen Institutionen herbeirufe, durchaus nicht zum Schutze der Regierung des Schahs. Nach meinem Besuch hat Grey noch ein weiteres Telegramm erhalten, das er mir mit einem Begleitschreiben zuschickt, dessen Wortlaut ich Ihnen sub 2 telegraphiere. Das Telegramm teilt einzelne Einzelheiten mit, fürchtet keine Gefahr für die Ausländer, sagt, daß keine Plünderungen vorgekommen seien und daß Sablin jetzt beruhigt sei. Grey sagt, er glaube, wir sind am kritischen

Augenblicke angekommen, von dem die Zukunft des Landes und unsere Rolle in demselben abhängen. Die Lage scheint mir ernst genug, um neuerdings die Erklärung abzugeben, daß unsere Truppen sich jeder Einmischung enthalten und sich darauf beschränken werden, die Gesandtschaften und die Europäer zu beschützen, daß die Zahl der nach Teheran beorderten Truppen das allernotwendigste Maß nicht überschreiten werden. Überhaupt müssen wir mit Klarheit feststellen, worin die Aufgabe unserer Truppen besteht und unter welchen Bedingungen sie wieder zurückbeordert werden. Dieser Punkt muß meiner Ansicht nach geklärt werden; denn sonst wird das Zutrauen, ich will nicht sagen zu unserer Regierung, aber zur Wirksamkeit unserer Politik und ihrer Resultate erschüttert werden. Grey hat mir wiederholt, daß eine Verstärkung der Gesandtschafts- oder Konsulatswachen durchaus gerechtfertigt sei. Ich bin auch der Ansicht, daß wir uns dem kritischen Stadium nähern, und daß jede Maßregel, welche als eine Einmischung zugunsten des Schahs ausgelegt werden könnte, uns eine schwere Verantwortung aufbürdet.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 30. Juni/13. Juli 1909. — Nr. 147.

Nr. 2. Beifolgend der Wortlaut des Begleitbriefes: Dies Telegramm ist von Barclay erhalten worden, seitdem ich Sie gesehen habe. Es bestätigt, was ich sagte. Ich fühle mehr denn je, daß der jetzige Augenblick in Persien kritisch ist. Mäßigung und Geduld, um den rivalisierenden inneren Parteien die Möglichkeit zu geben, den Lauf der Dinge selbst zu bestimmen, sind durchaus notwendig, um die Möglichkeit zu haben, zu normalen Bedingungen in Persien zurückzukommen, in welchem Falle der russische Einfluß in Nordpersien nicht gelitten haben wird, ohne weitere Verantwortung und Opfer zu übernehmen, und ohne den Zusammenbruch in Persien. Die Einmischung in den inneren Streit der Parteien in diesem Augenblicke muß zum Zusammenbruch von Persien führen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des englischen Botschafters in Konstantinopel an das englische Außenministerium vom 1./14. Juli 1909.

Der britische Generalkonsul in Bagdad teilt telegraphisch mit, daß er heute als Vertreter der Ulemas, Mullah—Mohammed—Khorassani, den Schwiegersohn von Seyid Abdullah und Behbahani empfangen hat. Diese versprechen, daß sie, sobald die russischen Truppen aus Persien zurückgezogen sind, die Ordnung in diesem Lande wiederherstellen können und wollen, und sie bitten inständig, daß England all seinen Einfluß aufbietet, um dies zu errreichen. Sie behaupten, daß die russischen Truppen die reaktionäre Partei unterstützen und das Volk mißhandeln, das jetzt durch diese Maßregeln so erregt worden ist, daß es friedlichen Rat nicht mehr annehmen will. Die öffentlichen Gebete in Kerbela und Nejaf sind unterbrochen worden und bei allen religiösen Zeremonien macht sich eine außerordentliche Erregung bemerkbar. Ulemas haben davon gesprochen, nach Persien zu gehen, um das Volk zur Erhebung aufzurufen, aber bis jetzt ist dies nicht geschehen. Soweit ich von hier aus urteilen kann, beginnt die Situation kritisch zu werden und eine Lösung kann nur nach der Zurückziehung der russischen Truppen gefunden werden.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 7./20. Juli 1909.

Sonnabend morgen brachten die Telegramme der Times die Nachricht von der plötzlichen und friedlichen Lösung der Krise in Teheran. Die Telegramme Euerer Exzellenz haben mich gestern nachmittag erreicht, nachdem Grey und Hardinge die Stadt bereits verlassen. Ich mußte übrigens dies selbst tun, um den Sonntag bei Lord Clarendon auf dem Lande zuzubringen, wo ich dem König begegnen sollte.

Meine ersten Eindrücke wurden folglich durch die Worte des Königs beeinflußt. Seine Majestät sagte mir, daß die Dinge sich nicht besser hätten entwickeln können und daß er hoffe, daß der Valiagd zum Schah ausgerufen werden würde, wie wir es verabredet, und daß dies auch das natürlichste wäre. Der König

drückte die Hoffnung aus, daß der Regierungswechsel sich möglichst friedlich vollziehen würde.

Gestern habe ich Grey gesehen. Er sagte mir, wie zufrieden er sei. Bis jetzt ginge alles gut; nichts Stabiles hätte unter dem abgedankten Schah errichtet werden können; er hatte das allgemeine Zutrauen verloren, und nicht zu Unrecht. Sir Edward sagte mir, er schätze die Mäßigung und Voraussicht der russischen Regierung in der Frage der Truppensendungen; er wisse, ein wie starker Druck in Teheran auf Sablin ausgeübt worden wäre, und er sprach von Sablin in anerkennungsvoller Weise. Ich wiederhole, sagte er, daß es unsern Interessen widerspricht, wenn Rußland im Norden Persiens unpopulär ist. Es wäre jedenfalls so geworden und sein Prestige hätte nur auf der Macht der Waffen beruht, was eine große Gefahr bedeute.

Sir Edward hofft, daß der Schah bald die russische Grenze überschreiten werde, selbst wenn man zu diesem Zwecke zur Überredung schreiten müsse; er meint, daß die Anwesenheit des abgedankten Schahs die Geister nur beunruhigen und Intrigen hervorrufen würde, die im Anfang einer Regierung stets sehr gefährlich. . . . . Zum Schlusse wiederholte mir Grey, daß er zu seiner großen Zufriedenheit feststellen könne, daß die Lösung der Krise, wenn die Lage sich nicht verändere, der ganzen Welt und auch besonders einigen politischen Kreisen in London bewiesen habe, daß unsere Zusammenarbeit in Persien wirksam sei und daß die englisch-russische Konvention aus dieser Krise gestärkt hervorginge. Die gemeinsamen Anstrengungen der beiden Regierungen und die Gewandtheit unserer beiden Vertreter in Teheran, sagte er, haben denjenigen den Boden unter den Füßen entzogen, die unsere Konventionen wieder anzugreifen begannen unter dem Vorwand, die englisch-russische Konvention entspräche nicht den englischen Interessen, — eine sehr wenig zahlreiche, aber sehr lärmende Gruppe.

Ich antwortete, es wäre Zeit, die Legende von russischen annexionistischen Absichten zu zerstören und zu verstehen, daß alle ernsten Leute in Rußland einen solchen Gedanken zurückweisen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 3./16. August 1909.

Euere Exzellenz kennen bereits die sehr zufriedenstellenden Resultate, die die Unterredungen Iswolskys mit den englischen Ministern während der Anwesenheit Ihrer Majestäten in Cowes gezeitigt haben.

Abgesehen von Fragen mehr allgemeiner Natur hat ein prinzipielles Einvernehmen über die kretische Frage und über die Beziehungen zur Türkei ohne Schwierigkeit erzielt werden können. Ich will mich hier nur darauf beschränken, einige Einzelheiten über die persischen Angelegenheiten mitzuteilen.

Auch hier herrschte im Prinzip völliges Einvernehmen. Es handelte sich jedoch darum, die schwierige Frage zu lösen, unter welchen Bedingungen unsere Truppen zurückgezogen werden könnten. Um diese Maßregel zu beschleunigen, brachte das Londoner Kabinett Gründe vor, denen gewisse Bedeutung nicht abzusprechen war, doch zeigte es dabei nicht mehr die frühere Hartnäckigkeit. Die öffentliche Meinung in England begann zu fürchten, daß, trotz der guten Absichten der russischen Regierung, die zeitweilige Anwesenheit der russischen Truppen de facto zu einer ständigen Besetzung Persiens führen könne, was die Frage der strategischen Sicherung der indischen Grenze aufgeworfen und die Wirkung der Konventionen gelähmt hätte. Die Anwesenheit unserer Truppen hätte weit über die Gegenden hinaus, in denen sie sich befanden, eine geistige Bewegung auslösen können, die sich im Orient und hauptsächlich in der Türkei verbreitet und sowohl die unsrigen wie auch die englischen Interessen bedroht hätte. Außerdem hätte dies in Persien selbst Feindseligkeiten gegen Rußland hervorgerufen, was zu weiteren Unterdrückungsmaßregeln unsererseits geführt hätte.

Ohne diesen Erwägungen Berechtigung abzusprechen, ist es unserm Minister gelungen, den logischen Beweis zu erbringen, daß, selbst wenn wir jetzt unsere Truppen zurückziehen könnten, sie vielleicht zum zweiten Male in Persien eindringen müßten und daß eine zweite Evakuation viel schwieriger vor sich gehen würde als die erste. Grey hat übrigens zugegeben, daß die englischen Befürchtungen durch den Beweis der Uninteressiertheit

entwaffnet wurden, den wir dadurch erbrachten, daß wir unsere Truppen vor den Toren Teherans während des Regimewechsels zurückhielten. Dieser Teil der Unterredung, der Asquith, Sir A. Nicolson und ich beiwohnten, diente nur sozusagen als Einleitung zur Aufstellung unseres weiteren gemeinsamen Programms. Grey begann mit dem Hinweis darauf, daß England natürlich daran liege, sein Ansehen in seiner Interessensphäre zu erhalten, daß es aber durchaus nicht beabsichtige, daß der russische Einfluß im Norden durch die jetzigen Ereignisse in irgendeiner Weise geschwächt werde; daß es im englischen Interesse liege, daß das russische Ansehen, das berechtigterweise immer bestanden habe, selbst vor Abschluß der Konvention, erhalten bleibe; daß folglich die russische Regierung in allen Fragen, in denen die russischen Interessen auf dem Spiele stehen, auf die Unterstützung Englands rechnen könne.

Sir Edward führte drei Beispiele an: er gibt zu, daß die ausländischen Offiziere in persischen Diensten nur Russen sein könnten; daß der russische Erzieher des jungen Schahs nicht durch einen englischen Erzieher, weder durch Lindley noch einen anderen, ersetzt werden dürfe; daß England uns helfen werde, die Absichten Zillis, den Thron zu ergreifen, zu durchkreuzen. Als Iswolsky auf die Anomalie hinwies, daß ein kaukasischer Revolutionär, der russischer Untertan sei, als persischer Polizeiminister amtiere, pflichtete Grey dieser Ansicht bei.

Man besprach verschiedene Fragen, u. a. auch die Nationalität der finanziellen Beiräte und der Zollbeamten. Aber die Lösung dieser verwickelten Frage ist auf später verschoben worden, nachdem Erwägungen mehr negativer Natur die vollkommene Übereinstimmung unserer Auffassung bestätigt hatten.

Was die Zollverwaltung anbelangt, so meinte Grey, es wäre am einfachsten, wenn die im Norden hypothekierten Zollämter von Russen und die im Süden von Engländern verwaltet würden. Aber er selbst führte dagegen an, daß eine derartige Handlungsweise zu sehr einer Aufteilung Persiens ähneln würde.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 8./21. Januar 1910. — Nr. 38.

Der deutsche Botschafter hat mir im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, die deutsche Gesandtschaft in Teheran habe erfahren, Rußland und England hätten verabredet, außer russischen und englischen nur französische Untertanen als Beiräte in persischen Diensten zuzulassen. Graf Pourtalès ist beauftragt zu erklären, daß die deutsche Regierung durchaus bereit ist, die Vorzugsstellung Rußlands und Englands in Persien anzuerkennen, daß es aber andererseits darauf bestehen müsse, daß den Untertanen einer dritten Macht deutschen Untertanen gegenüber keine privilegierte Stellung eingeräumt werden könne. Ich habe geantwortet, daß ich die nötigen Erkundigungen einziehen und dem Botschafter eine genaue Antwort geben werde. Ich halte es für nötig, ehe ich diese Frage mit Pourtalès weiter erörtere, mit dem Londoner Kabinett, an welches wahrscheinlich eine ähnliche Anfrage gerichtet worden ist, ein genaues Einvernehmen zu erzielen, und bitte Sie, Grey zu fragen, welche Antwort wir der deutschen Regierung geben sollten. Unsererseits halten wir es für nötig, folgendes zu antworten: „Die deutsche Anfrage ist wahrscheinlich dadurch hervorgerufen, daß die persische Regierung die Absicht hat, einige Franzosen als Gehilfen Bizots anzustellen. Diese Frage ist noch im Januar vorigen Jahres angeregt worden, als die persische Regierung, ohne Rußland und England zu befragen, sich direkt an die französische Regierung mit der Bitte wandte, Franzosen als Gehilfen des genannten finanziellen Beirates nach Persien einzuladen. Auf Anfrage der französischen Regierung haben Rußland und England geantwortet, sie haben gegen diese Bitte der persischen Regierung nichts einzuwenden, da es ganz natürlich sei, daß Bizot sich Landsleute auswählt. Augenblicklich handelt es sich wahrscheinlich um dieselbe Maßregel. Es handelt sich jetzt nicht um die Anstellung irgendwelcher anderer Ausländer und von einem zwischen Rußland und England getroffenen Abkommen, auf welches Graf Pourtalès hinwies, nur Franzosen als Beiräte anzustellen, ist nicht die Rede gewesen. Wir nehmen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die politische Vorzugsstellung Rußlands und Eng-

lands in Persien von der deutschen Regierung anerkannt wird, und können nur erklären, daß im Falle der Anstellung von Ausländern in Persien, außer Russen und Engländern, wir nicht die Absicht haben, den Untertanen einer dritten Macht irgendwelche Vorrechte einzuräumen. Da man jedoch in Betracht ziehen muß, daß die Anstellung von Beiräten eine politische Frage ist, weil sie sich auf die administrative Organisation Persiens bezieht, und da zudem Rußland und England die einzigen und sehr bedeutenden Gläubiger dieses Landes sind, so haben diese beiden Staaten das unbedingte Recht zu verlangen, daß die persische Regierung ausländische Beiräte nur nach vorheriger Vereinbarung mit Rußland und England anstellt." Benachrichtigen Sie mich bitte von der Antwort Greys.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. Januar 1910. — Nr. 6.

Ihr Telegramm Nr. 38 erhalten. In Beantwortung meiner Mitteilung übergibt mir Grey folgendes Memorandum: Es ist richtig, daß die Bitte, Beiräte zu bezeichnen, im Januar 1909 von der persischen Regierung direkt an die französische Regierung gerichtet worden ist, und daß unsere beiden Regierungen sich darauf beschränkt haben, letztere zu benachrichtigen, daß sie keine Einwände erheben. Es wäre hingegen schwierig zu behaupten, wie es im russischen Projekt gesagt ist, daß die Frage der Ernennung anderer Ausländer nicht aufgeworfen worden ist, denn eine der Bedingungen der 10-Millionen-Franken-Anleihe bestimmt, daß die persische Regierung unverzüglich die französische Regierung bitten müsse, sieben weitere Beamte zu ernennen.

Die deutsche Regierung würde diese Ernennungen ohne Zweifel erfahren, ebenso den Druck, der bei dieser Gelegenheit von den beiden Regierungen ausgeübt worden ist, und Deutschland würde auf diese Weise Grund haben, sich zu beklagen, daß die ihm gegebenen Versicherungen nicht eingehalten worden sind. Grey unterbreitet folglich Euerer Exzellenz folgendes Antwortprojekt: „Die russische Regierung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Deutschland die besondere Stellung

Rußlands und Englands in Persien anerkennt. Sie nimmt an, daß die deutsche Regierung bei ihrer Anfrage die Ernennung eines französischen Generalschatzmeisters und eines Finanzinspektors im Jahre 1909 im Auge hatte. Die russische Regierung möchte bemerken, daß diese Ernennungen durch die persische Regierung auf Empfehlung von Bizot, dem finanziellen Beirat, erfolgt und von russischer und englischer Seite bloß bestätigt worden sind. Es ist natürlich, daß Bizot französische Mitarbeiter vorzieht, aber es besteht kein Einvernehmen zwischen Rußland und England bezüglich einer Einschränkung der Ernennung von ausländischen Beiräten, wenn diese weder Russen noch Engländer sind. Das Recht der persischen Regierung, die ihm genehmen Persönlichkeiten zu Ämtern in seiner eignen Administration zu ernennen, ist unleugbar, aber Rußland und England als Nachbarstaaten Persiens und als seine Gläubiger haben spezielle nteressen, die ihnen das Recht geben zu verlangen, daß derartige Ernennungen ihnen zuerst unterbreitet würden." Grey sagt, er habe noch keine analoge Anfrage von seiten der deutschen Regierung erhalten; wenn eine solche stattfindet, so werde er im obigen Sinne antworten, falls dies Ihre Zustimmung findet.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 18./31. Januar 1910. — Nr. 98.

Ihr Telegramm Nr. 6 erhalten. Nr. 1. Das Greysche Projekt erwähnt nicht den sehr wichtigen Punkt des politischen Charakters der ausländischen Beiräte. Wir messen diesem Punkte deshalb so große Bedeutung bei, weil die deutsche Regierung uns formell erklärt hatte, daß es in Persien nur ökonomische und nicht politische Ziele verfolge. Außerdem hebt dieses Projekt nicht genügend den Unterschied hervor, der zwischen Beamten an der Spitze von verschiedenen Ressorts — dies meint augenscheinlich der deutsche Ausdruck „Beirat" — und den sieben Franzosen besteht, die man als Gehilfen Bizots anzustellen beabsichtigt. Wir haben folglich einige Änderungen in dem von Grey vorgeschlagenen Texte vorgenommen. Sie erhalten unser Konterprojekt unter Nr. 2.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 18./31. Januar 1910. — Nr. 99.

Nr. 2. „Die russische Regierung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Deutschland die besondere Stellung Rußlands und Englands in Persien anerkennt. Sie nimmt an, daß die deutsche Regierung die beabsichtigte Anstellung von sieben Franzosen als Gehilfen Bizots im Auge hat. Es ist zu beachten, daß im Januar 1909 die persische Regierung auf Anraten Bizots sich direkt an die französische Regierung gewandt hat, um die Ernennung von zwei Franzosen als Gehilfen des finanziellen Beirates zu erbitten, und daß Rußland und England, von Frankreich befragt, ihre Zustimmung gegeben haben, da es natürlich sei, daß Bizot Landsleute als seine Gehilfen vorziehe. Augenblicklich handelt es sich nur darum, die Zahl der Gehilfen des finanziellen Beirates auf sieben zu erhöhen. Was die Frage anbelangt, andere Ausländer als Beiräte in den verschiedenen persischen Administrationen anzustellen, so ist diese Frage noch nicht aufgeworfen worden. Auf alle Fälle ist es noch zu keinem Einvernehmen zwischen Rußland und England gekommen, welches die Ernennung von Ausländern beschränkt, wenn es sich weder um Russen noch um Engländer handelt. Das Recht der persischen Regierung, sich selbst die anzustellenden Persönlichkeiten auszuwählen, ist unbestreitbar, aber man muß in Betracht ziehen, daß die Frage der Beiräte eine durchaus politische ist, da sie sich direkt auf die administrative Organisation Persiens bezieht, und daß Rußland und England als Nachbarstaaten und Hauptgläubiger spezielle Interessen besitzen, welche ihnen das Recht geben zu verlangen, daß derartige Ernennungen ihrer Zustimmung unterbreitet werden."

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 20. Januar/2. Februar 1910.

In Abwesenheit Greys habe ich ihm ein Memorandum zugestellt, welches die Antwort enthält, welche Sie gemäß Ihrem Telegramm Nr. 98 dem Grafen Pourtalès zu geben gedenken. Sir Charles Hardinge war überdies vom deutschen Schritt ziem-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

lich betroffen und hat mir später gesagt, daß ihm persönlich die von Ihnen in Aussicht genommene Antwort durchaus zweckmäßig erscheint.

Als ich Grey sah, wiederholte er mir ungefähr dasselbe, fügte jedoch hinzu, daß, wenn die Erklärung des Grafen Pourtalès insofern mit Befriedigung aufgenommen werden könne, als sie die speziellen Interessen Rußlands und Englands in Persien anerkenne, die Frage jedoch andererseits auf ein äußerst schwieriges Terrain versetzt werde, und daß eine Argumentation schwierig würde. Er meint, die Worte des deutschen Botschafters bedeuten im Grunde genommen: „Wir erkennen den Russen und den Engländern eine privilegierte Stellung zu, handelt es sich aber um andere Nationalitäten, so müssen alle auf gleiche Weise behandelt werden." Dies Prinzip, sagt Sir Edward, ist leicht zu verteidigen, weil es nicht unberechtigt ist, und es ist schwer anzugreifen, obwohl die Verhandlungen, die sich auf die Anleihe und selbst auf den Vorschuß von 400 000 Pfund beziehen, uns beweisen, daß wir dies Prinzip nicht aufrechterhalten können.

Er überreichte mir gleichzeitig einen Gegenvorschlag und bemerkte, es scheine ihm sicherer, nicht behaupten zu wollen, daß die Frage der Ernennung von neuen ausländischen Angestellten noch nicht aufgeworfen worden wäre.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 25. Februar/10. März 1910.— Nr. 171.

Aus beiliegender Kopie eines Telegrammes unseres Gesandten in Teheran ersehen Sie, daß die Berufung von sieben Franzosen in das persische Finanzministerium den deutschen Gesandten in Teheran beunruhigt, welcher einen derartigen Schritt der persischen Regierung als mit den deutschen Interessen unvereinbar betrachtet. Aus einer anderen, sehr geheimen Quelle ist mir bekannt, daß Graf Quadt in dieser Ernennung eine direkte Bedrohung des Grundsatzes der offenen Tür zuungunsten Deutschlands und anderer mit Persien Handel treibender Nationen erblickt, und daß er außerdem auch einige andere Bedingungen, die wir und England der persischen Re-

gierung anläßlich des Vorschusses von 10 Millionen Franken gestellt haben, als eine Verletzung der Unabhängigkeit Persiens betrachtet, ohne irgendwelche Kompensation zugunsten Deutschlands zu bieten. Er hat deshalb dem Berliner Kabinett geraten, von uns und England zu verlangen, daß die von uns gestellten Bedingungen einer Kontrolle der persischen Finanzen beseitigt und der Inhalt aller übrigen Bedingungen mitgeteilt wird. Ich muß hierzu bemerken, daß, seitdem wir dem Grafen Pourtalès die gemäß meinem Telegramm Nr. 99 redigierte Antwort gegeben haben, keine weitere Mitteilung von seiten des Berliner Kabinetts erfolgt ist. Wenn dies der Fall sein sollte, so habe ich die Absicht, die frühere Antwort zu wiederholen und darauf hinzuweisen, daß schon jetzt außer Franzosen noch andere Ausländer in persischen Diensten stehen, z. B. Belgier, welche die ganze Zollverwaltung unter sich haben, und ich werde kategorisch in Abrede stellen, daß wir das Prinzip der offenen Tür in Persien nicht beobachten wollen. Wenn sodann die deutsche Regierung auf die übrigen Bedingungen des Vorschusses zu sprechen käme, so habe ich nichts dagegen, der deutschen Regierung deren Inhalt vertraulich mitzuteilen; ich werde dabei den politischen Charakter betonen und behaupten, daß sie den ökonomischen Interessen der übrigen Staaten in Persien keinen Schaden zufügen, welche ihrerseits nicht umhin können, die besondere Stellung und die Vorzugsrechte Rußlands und Englands in diesem Lande anzuerkennen.

Es scheint mir jedoch notwendig, zuerst ein Einvernehmen mit England zu erzielen, und ich bitte Sie deshalb, den Inhalt dieses Briefes zum Gegenstand einer Unterredung mit Sir Edward Grey zu machen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 2./15. März 1910. — Nr. 51.

Ihr Brief Nr. 171 erhalten. Der Inhalt desselben ist schon telegraphisch erörtert worden und ich will daher Greys Ansicht nur kurz zusammenfassen. Er glaubt, man müsse den Abschluß der Anleihe beschleunigen, um eine deutsche Einmischung zu verhindern. Er glaubt, daß unsere Argumente zugunsten der

Anstellung von Franzosen einer soliden Grundlage entbehren, da es sich weder um Engländer noch um Russen handelt. Grey glaubt daher, man solle auf eine derartige Bedingung verzichten. Bizot könnte seine Gehilfen in anderen Ländern, die nicht Großstaaten sind, wählen. Grey befürchtet in hohem Grade, daß die Ankunft von russischen Verstärkungen in Persien einen Eindruck hervorrufen wird, der den Abschluß der Anleihe außerordentlich erschweren könnte. Er wiederholte, er sähe keinen andern Ausweg, als unsere Kaswiner Abteilung zurückzurufen, da Teheran nicht bedroht sei. Was die Frage der Mitteilung der Bedingungen der Anleihe anbelangt, so will Grey bis morgen überlegen. Er sagte, ihm wäre es gleichgültig, wenn Deutschland diese Bedingungen erführe, aber er befürchtet, daß Deutschland diese Bedingungen auf diplomatischem Wege erfahren will, um dann andere Fragen aufzuwerfen, so z. B. die der Eisenbahnen. Die Form beunruhigt ihn mehr als die Sache selbst. Grey berichtete mir über einen Schritt des hiesigen deutschen Botschafters. Die Einzelheiten hierüber brieflich.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1910. — Nr. 52.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 51. Grey hat im Prinzip keine Einwendungen dagegen, daß wir die Bedingungen der persischen Anleihe dem Berliner Kabinett vertraulich mitteilen. Aber seiner Ansicht nach wäre eine solche Mitteilung nicht ohne Gefahr. Eine derartige deutsche Anfrage würde darauf hinweisen, daß das Berliner Kabinett die Absicht hat, Einsprüche gegen die eine oder andere Bedingung zu erheben, die sie wahrscheinlich schon durch die persische Regierung kennt, und daß ein derartiger deutscher Schritt nur den Anfang einer weiteren Entwicklung bedeutet. Er hält es für sehr möglich, daß die deutsche Regierung die Frage der Eisenbahnbauten in Persien aufwerfen wird, und Grey hält gerade diese Frage im Sinne unserer Konvention für außerordentlich wichtig. Grey bittet mich, Ihnen diese Erwägungen mitzuteilen.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1910.

Grey hat mir folgende Einzelheiten über seine Unterredung mit dem deutschen Botschafter Metternich mitgeteilt. Die Sprache Metternichs war viel zögernder, als es beim Grafen Pourtalès gewesen zu sein scheint. Im Auftrage seiner Regierung sprechend erklärte er zuerst, daß Persien Deutschland 10 000 Pfund Sterling schuldet, und es wäre nur billig, wenn der Vorschuß dazu verwendet würde, diese Schuld zu begleichen. Er berief sich dabei auf den Umstand, daß die englische Regierung Persien Zahlungen leiste und daß es auf diese Weise die ihr geschuldeten Summen zurückerhalte, während Deutschland über kein derartiges Mittel verfüge. Grey erwiderte, der Botschafter irre sich. England leiste keinerlei Zahlungen und sein Guthaben und selbst die Zinsen desselben würden durch die Gewährung eines Vorschusses nicht berührt, da letzterer ausschließlich dazu dienen solle, die dringendsten Bedürfnisse der persischen Verwaltung zu befriedigen; bei einer größeren Anleihe würde dies vielleicht anders sein, aber nicht heute. Sodann erwähnte Metternich den Umstand, daß die Gewährung eines Vorschusses die Anstellung von Ausländern nach sich ziehen würde, und daß in diesem Falle Deutschland auf Grund des Prinzips der offenen Tür nicht zulassen könne, daß deutsche Untertanen umgangen würden. Grey antwortete, es handele sich in Wirklichkeit nicht um neue ausländische Beamte, die es bereits in Persien gäbe, sondern man wolle Bizot einige Gehilfen geben, welche natürlich Franzosen wie er sein würden, was ganz natürlich sei. Metternich sagte, die deutsche Regierung habe gerade diese Berufung von Franzosen im Auge, da dadurch die persischen Finanzen in ausschließlich französische Hände geraten würden. Grey erwiderte, das Prinzip der offenen Tür scheine ihm aber in keinem Falle verletzt. Grey teilte mir sodann die persönlichen Erwägungen mit, die den Gegenstand meines gestrigen Telegrammes bilden. Er meint, wir sollten auf dieser Bedingung nicht länger bestehen. Würde es sich um Russen oder Engländer handeln, so ständen wir auf sicherem Boden. Die politische Lage und englisches Kapital würden uns berechtigen, dies Privileg zu beanspruchen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Anders liegen die Dinge, wenn es sich um Franzosen handelt, eine Wahl, die die Deutschen in Wirklichkeit ausschließt, denen also nicht die gleiche Behandlung wie den Angehörigen anderer Nationalitäten zuteil wird. Grey findet unsere Argumente nicht stichhaltig. Seiner Ansicht nach kann die Lage in Teheran kritisch werden und es sei notwendig, die Anleiheverhandlungen zu einem schnellen Abschluß zu bringen. Das Haupthindernis sieht er in der Anwesenheit unserer Truppen in Kaswin. Wenigstens scheint es ihm zweifelhaft, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden, solange unsere Truppen dort bleiben, ohne daß ihre Anwesenheit durch die Möglichkeit von Unruhen in Kaswin oder in Teheran begründet ist. Ich bemerkte dem Minister, es würde schwer sein, diese Frage während der Verhandlungen zu berühren. Sir Edward gab dies zu, meinte aber, man könnte dies durch eine gewisse „Gewandtheit" in Teheran erreichen: unsere gemeinsamen Interessen seien wichtiger als alles andere.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1910.

Im Laufe der gestrigen vertraulichen Unterredung sagte ich Grey, Sie hielten es für möglich, daß die deutsche Regierung den Wunsch äußern würde, die Bedingungen kennenzulernen, die Rußland und England an die Gewährung einer Anleihe geknüpft hätten. Sir Edward antwortete mir einigermaßen zögernd, er habe im Grunde genommen keine Einwendungen zu machen, wolle sich aber die Sache noch überlegen, und bat mich, ihn heute wieder aufzusuchen. Er hat mir soeben erklärt, daß er im Prinzip keine Einwendungen habe, da er es für mehr als wahrscheinlich hält, daß Deutschland diese Bedingungen von den Persern bereits erfahren hat. Aber gerade diese Annahme ruft in ihm folgende Erwägungen wach. Wenn Deutschland die Bedingungen kennt, so hat es augenscheinlich den Wunsch, gegen die eine oder andere Einwendungen zu erheben, und zu diesem Zwecke muß es sie auf offiziellem Wege in Erfahrung bringen. Dies ist wahrscheinlich die deutsche Absicht, und die Bedingung, gegen die Deutschland, wie Grey glaubt, protestieren

wird, ist wahrscheinlich die Frage der Eisenbahnbauten in Persien. „Sie werden die große Wichtigkeit dieser Frage zugeben," sagte mir der Minister, „wir haben so große Sorgfalt auf den Abschluß unserer Konventionen verwandt, um unsere eigenen Interessen und nicht die Interessen Deutschlands zu wahren; deutsche Eisenbahnen in Persien würden die Bedeutung unserer Konvention in Frage stellen." Sir Edward machte keine anderen Andeutungen, aber der Sinn seiner Worte ist klar. Dies wurde mir übrigens durch Hardinge bestätigt, den ich nach Grey aufsuchte. Sir Charles sagte mir: „Ich glaube, es ist sehr gefährlich." Bevor ich sein Kabinett verließ, sagte Sir Edward, er müsse wiederholen, es sei dringend notwendig, die Verhandlungen in Teheran so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen. Seinen Informationen zufolge wären unsere Truppen, die auf Täbriz vorrückten, bereits nach Julfa zurückgekehrt. Aber Kaswin ist der gefährliche Punkt, von dem der Erfolg der Verhandlungen abhängt.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 3./16. März 1910. — Nr. 339.

Ich teile Ihnen den Text eines von Deutschland erhaltenen Memorandums mit und bitte Sie, Grey zu fragen, ob in London ein ähnlicher Schritt erfolgt ist. Unsererseits erblicken wir in der deutschen Mitteilung eher einen Versuch, uns zur Erneuerung der Verhandlungen wegen der Bagdadbahn zu bewegen, als eine ernstliche Absicht der deutschen Regierung, in der persischen Frage zu intervenieren. Trotzdem werden wir dem Berliner Kabinett weitere Erklärungen über die Anstellung von sieben Franzosen geben müssen. Wir haben die Absicht, außer den in meinem Brief Nr. 171 angeführten Argumenten darauf hinzuweisen, daß die von uns gestellte Anleihebedingung mehr die Anzahl der europäischen Gehilfen als deren Nationalität im Auge hat, und daß die Franzosen geeigneter erscheinen, weil sie Bizots Landsleute sind. Wenn wir späterhin gezwungen sein sollten, Deutschland in diesem Punkte nachzugeben, so müßte man die Franzosen durch Belgier, Schweizer oder Untertanen eines neu-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

tralen Landes ersetzen. Was die Bagdadbahn anbetrifft, so haben wir die Absicht dem Berliner Kabinett zu antworten, daß wir bereit sind über diese Frage gemeinschaftlich mit England und Frankreich zu verhandeln, daß wir uns aber auch direkten Verhandlungen mit Deutschland nicht entziehen wollen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 3./16. März 1910. — Nr. 340.

Der Wortlaut des mir von Pourtalès übergebenen Memorandums: Die Zurückhaltung, die Deutschland die letzte Zeit in Persien beobachtet hat, soll nicht so ausgelegt werden, als ob die deutsche Regierung aufgehört hat, Persien als ein unabhängiges Land zu betrachten, in dem Deutschland das Recht hat, seine Interessen zu regeln, ohne andere Mächte vorher befragen zu müssen. Die russische Regierung hat seinerzeit Deutschland ein Übereinkommen über die persische Frage und die Bagdadbahn vorgeschlagen. Deutschland war bereit, in einen Meinungsaustausch einzutreten. Jedoch seit Ende 1907 hat die russische Regierung keine weiteren Schritte in dieser Angelegenheit unternommen. Im Gegenteil, es hat bei mehreren Gelegenheiten gehandelt, ohne die deutschen Interessen genügend in Betracht zu ziehen. Die Anstellung von sieben Franzosen als Gehilfen Bizots scheint eine der hauptsächlichsten Bedingungen für das Zustandekommen der Anleihe zu sein. Würde diese Bedingung angenommen, so wäre Deutschland damit aus einem der wichtigsten Teile der inneren Administration Persiens ausgeschlossen, während Frankreich zugelassen würde, was in Deutschland gewiß befremden würde. Die persische Regierung wäre ihrerseits gewiß geneigt, verschiedene deutsche Beamte anzustellen. Was die Bagdadbahn anbelangt, so scheint die russische Regierung immer noch die Ansicht zu vertreten, daß die Verhandlungen zu vieren geführt werden müssen, was Deutschland im Prinzip nicht annehmen zu können erklärt hat. Diese Haltung Rußlands scheint kaum das Wohlwollen zu zeigen, auf das Deutschland rechnen zu können glaubte, nachdem es in Persien eine so loyale Zurückhaltung gezeigt hat. Die deutsche Regierung muß bemerken, daß diese Zurückhaltung nicht so weit gehen kann,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

daß es kommerziellen und finanziellen Kreisen in Deutschland überhaupt unmöglich gemacht wird, in Persien ein Betätigungsgebiet zu finden. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung zu der Reise eines Vertrauensmannes der Deutschen Bank, Said Ruete, ihre Zustimmung gegeben, der sich in nächster Zeit aus Persien über Khanekin nach Bagdad begeben wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 5./18. März 1910. — Nr. 54.

Ihr Telegramm Nr. 339 erhalten. Nr. 1. Habe Grey gestern die entsprechende Mitteilung gemacht. Zwischen den Schritten Pourtalès und Metternichs besteht ein großer Unterschied. Sub Nr. 2 erhalten Sie den Wortlaut eines Memorandums, welches die Antwort enthält, welche Grey zu machen beabsichtigt. Auf meine Frage erklärte Grey, er glaube nicht, daß es die deutsche Absicht sei, mit uns die Bagdadbahn-Verhandlungen wieder aufzunehmen. Er meint, die ganze Angelegenheit erinnere an Marokko. Aber er hat Zutrauen zur Ruhe und zur Mäßigung Bethmann Hollwegs. Immerhin befürchtet er deutsche Absichten auf Eisenbahnen in Persien und hat mir wiederholt, er sei der Ansicht, daß in dieser Frage Rußland und England besonders festbleiben müßten. Grey benachrichtigte mich, daß die Bagdadverhandlungen zwischen englischen und deutschen Finanzleuten zu keinem Resultat geführt haben. Hinsichtlich dieser Frage enthält das Memorandum folgenden Satz: Grey hat nichts zu sagen, außer aber, daß die von Ihnen in Aussicht genommene Antwort mit der Haltung übereinstimmt, die das Londoner Kabinett Rußland und Frankreich gegenüber einnehmen wollte, als die Verhandlungen Cassel-Gwinner stattfanden. Dies will bedeuten, daß England sich vorbehielt, mit Deutschland zu verhandeln, aber nicht abzuschließen, ohne Frankreich und Rußland zu benachrichtigen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 5./18. März 1910. — Nr. 55.

Nr. 2. Inhalt des in Nr. 1 erwähnten Memorandums. Grey hält es für nützlich, sich auf die erste Antwort zu berufen, bemerkt aber, daß unsere Erklärung, wir hätten mehr die An-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zahl der Angestellten als deren Nationalität im Auge gehabt, Deutschland die Möglichkeit gäbe, die Anstellung von deutschen Beamten zu verlangen. Grey meint, man könne vielleicht dem Bedauern Ausdruck verleihen, daß die früheren Erklärungen nicht genügt haben, und hinzufügen, daß im Jahre 1909 die persische Regierung selbst sich an Frankreich gewendet hat. Sodann könnte man hinzufügen, es sei natürlich, daß Bizot Franzosen vorziehe, daß aber weder England noch Frankreich die Anstellung von Gehilfen für durchaus notwendig erachten. Was den deutschen Hinweis auf die Verletzung der deutschen Interessen und die russischen Versuche, deutsche finanzielle und kommerzielle Interessen aus Persien auszuschließen, und was endlich die Eisenbahn anbelangt, so glaubt Grey, man müsse abwarten, bis die persischen Finanzen geordnet seien, was ja die Grundbedingung der Erhaltung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit Persiens ebenso wie des Prinzipes der offenen Tür sei, und daß daher der deutsche und ausländische Handel hieraus nur Nutzen ziehen würden. Andererseits könne man aus dem Umstande, daß Deutschland die privilegierte Stellung der beiden Nachbarstaaten anerkannt habe, folgern, daß diese Staaten durch die Anarchie mehr als die anderen in Mitleidenschaft gezogen werden und daß sie deshalb Persien in Sachen der Finanzreform beistehen müssen, was ja die Grundlage der anderen Reformen sei. Grey legt dem Umstande Bedeutung bei, daß Belgier in der Zollverwaltung angestellt werden: und vielleicht würde dann Deutschland seine Einwendungen zurückziehen und die Anstellung von Angehörigen eines neutralen Landes könnte vielleicht einen guten Ausweg bieten. Grey möchte Ihre Antwort so bald wie möglich erhalten, um ihr seine Antwort an Metternich anpassen zu können.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 5./18. März 1910. — Nr. 56.

Nr. 3. Hardinge sagte mir gestern vertraulich, man könne vielleicht der persischen Regierung zu verstehen geben, daß man in der Frage der Anstellung der Franzosen Nachgiebigkeit zeigen werde, wobei dies auf Grund einer persischen Bitte erfolgen könne.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 7./20. März 1910. — Nr. 57.

Da Bizot in seinem Reformprojekt vorschlägt, die Funktionen eines finanziellen Beirates abzuschaffen, sobald die drei Räte und vier französischen Gehilfen ernannt sein werden, meint Grey, man müsse seine Worte „es ist natürlich, daß Bizot Franzosen vorzieht", folgendermaßen abändern: „da Bizot der Urheber des Projektes der Finanzreformen ist, so ist es natürlich, daß er die Ausführung dieser Reform Franzosen anvertrauen will".

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 8./21. März 1910. — Nr. 62.

Nachdem Grey seine Mitteilung an Metternich beendigt hatte, sagte ihm der Botschafter, daß das Berliner Kabinett Einwendungen gegen folgende Bedingungen erheben müsse, die den deutschen Informationen zufolge während der Anleiheverhandlungen gestellt worden wären: 1. In der russischen Sphäre würden keine Konzessionen an Ausländer, sondern nur an Russen erteilt und dieselbe Bedingung wäre für die englische Einflußsphäre aufgestellt worden. Grey will morgen antworten, daß eine derartige Bedingung nicht gestellt worden sei. 2. Die Bedingung bezüglich des Sees Urmia. Grey wird antworten, daß diese Bedingung die russischen Interessen beträfe und daß er sich hierüber nicht zu äußern habe. 3. Bedingung bezüglich der Eisenbahnen in den beiden Interessensphären. Grey wird sich auf den Standpunkt der politischen Interessen der Nachbarstaaten stellen und sich auf die Unmöglichkeit berufen, ausländischen Gesellschaften Konzessionen zu gewähren, die für Rußland oder England in strategischer Hinsicht gefährlich wären. 4. Die Bedingung, welche Perser von der Erhaltung von Konzessionen ausschließt, wenn sie nicht den Beweis erbringen, daß das Kapital nicht ausländischen Ursprungs ist. Grey wird antworten, daß eine Bedingung in dieser Form nicht gestellt worden ist, daß aber Rußland und England Maßregeln ergreifen müssen, um die Erteilung von Konzessionen an Perser zu verhindern, die dieselben Nachteile wie die Erteilung von Eisenbahnkonzessionen haben würden. In einer Unterredung mit Hardinge habe

ich bemerken können, daß dieser weitere Schritt des Berliner Kabinetts hier sehr mißfallen hat.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 8./21. März 1910. — Nr. 63.

Fortsetzung meines Telegramms 62. Grey schreibt mir heute abend, Metternich habe ihm erklärt, die deutsche Regierung sei der Ansicht, daß die Bedingungen der persischen Anleihe dem ausländischen Handel die Türe schließen und die Unabhängigkeit Persiens illusorisch machen, wobei der Botschafter die Bedingungen nicht richtig angeführt habe. Grey wird morgen antworten und teilt mir seine Absicht mit, die wirklichen Bedingungen zur Kenntnis Metternichs zu bringen. Ihren Standpunkt kennend, erhebe ich keinen Einspruch. Grey hat die Absicht, Metternich zu sagen, daß der Zweck der von uns gestellten Bedingungen nicht darin besteht, ausländisches Kapital von Eisenbahnbauten in Persien notwendigerweise auszuschließen, daß Rußland und England aber auf dieser Bedingung bestehen müßten, um der Möglichkeit des Baues einer Eisenbahnlinie vorzubeugen, die ihre Grenzen bedroht und unter ausländischer Kontrolle steht. Grey hält die Mitteilung der wirklichen Bedingungen für notwendig, um auf die Einwendungen bezüglich der Konzessionen an persische Untertanen und russischer und englischer Privilegien in den Interessensphären antworten zu können.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in London vom 9./22. März 1910. — Nr. 372.

Der deutsche Botschafter hat mir erklärt, daß den Informationen der deutschen Regierung zufolge Rußland und England anläßlich der Anleiheverhandlungen folgende Bedingungen gestellt haben: Verbot, Eisenbahnen ohne ihre Zustimmung zu bauen, Monopol der Schiffahrt auf dem See Urmiah zugunsten Rußlands, Monopol aller kommerziellen und industriellen Konzessionen zugunsten Rußlands und Englands unter Ausschluß ausländischer Unternehmungen. Wenn diese Informationen richtig sind, so hält sie die deutsche Regierung für unvereinbar mit dem Prinzip der ökonomischen Gleichberechtigung aller Nationen,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

welches Prinzip in der englisch-russischen Konvention anerkannt worden sei und dessen Verletzung die Unabhängigkeit Persiens bedrohe. Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß diese Informationen nicht der Wirklichkeit entsprächen. Die von Rußland und England gestellten Bedingungen halten das Prinzip der ökonomischen Gleichberechtigung aller Mächte aufrecht, und die beiden Staaten haben nie den Gedanken gehabt, irgend jemand von allen kommerziellen und industriellen Unternehmungen auszuschließen. Was die Eisenbahnen und andere Unternehmungen anbelangt, die eine politische Seite und für Rußland strategische Bedeutung haben können, so haben wir von jeher erklärt, nicht zugeben zu können, daß derartige Konzessionen in die Hände von Ausländern gelangen. In diesem Sinne haben wir mit Deutschland im Jahre 1907 Verhandlungen begonnen, welche dann zeitweise unterbrochen wurden und welche wir jetzt bereit sind wiederaufzunehmen. Pourtalès schien mir von diesen Erklärungen befriedigt und bestätigte mir noch einmal, daß Deutschland die besondere politische Stellung Rußlands und Englands in Persien anerkenne, daß es nur die Absicht habe, die Freiheit deutscher kommerzieller Unternehmungen sicherzustellen, und daß es an keine Eisenbahnbauten in Persien denke. Ich bitte die erste Gelegenheit zu benutzen, obiges mündlich zur Kenntnis Greys zu bringen und mir seinen Eindruck mitzuteilen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 10./23. März 1910. — Nr. 380.

Unsere der deutschen Regierung gegebene Antwort stimmt in allgemeinen Zügen mit der englischen Antwort überein. Nicolson schreibt mir heute, das Londoner Kabinett habe keine Einwendungen zu machen, wenn wir Pourtalès mitteilen, daß in allen Fragen, die die anglorussische Konvention betreffen, wir es für nötig erachten, uns zuerst mit der englischen Regierung zu beraten; Nicolson fügte hinzu, daß wir hierbei auf die völlige Unterstützung des Londoner Kabinetts rechnen können. Wir werden diesen Vorschlag benutzen, wenn das Berliner Kabinett mit einer neuen Erklärung an uns herantreten sollte.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 11./24. März 1910. — Nr. 383.

Wir haben aus ganz geheimer Quelle erfahren, daß das persische Parlament bei Quadt angefragt hat, ob Deutschland auf Grund des persisch-deutschen Vertrages Rußland hinsichtlich der Anleihe und der Abberufung der russischen Truppen aus Persien Vorstellungen machen wird. Wir haben den Persern zu verstehen gegeben, daß der Eingriff einer dritten Macht in unsere Beziehungen zu Persien die Lage noch verschlimmern und uns veranlassen könnte, unsere Truppen nicht abzuberufen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 11./24. März 1910. — Nr. 65.

Ihr Telegramm 383 erhalten. Hier sind ähnliche Nachrichten erhalten worden. Hardinge ist der Ansicht, Deutschland werde sich nicht auf den deutsch-persischen Vertrag vom Jahre 1873 berufen können, da ein Eingriff nur im Falle der Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes mit einer andern Macht vorgesehen ist.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 13./26. März 1910. — Nr. 406.

Da unser Protest gegen den Abschluß einer persischen Anleihe außerhalb Rußlands und Englands ungünstig beantwortet worden ist, schlägt die englische Regierung vor, Persien alle rückständigen Forderungen aufzuzählen und zu erklären, daß wir auf die Begleichung nicht bloß dieser Forderungen, sondern auch aller anderen Vorschüsse dringen werden, wenn Persien darauf bestehen sollte, die Einnahmen des Landes als Garantie einer Anleihe einer dritten Macht zu verpfänden. Unserer Ansicht nach müssen wir eine solche Erklärung zu vermeiden suchen, da man uns beschuldigen könnte, daß wir Persien daran verhindern, sich in andern Ländern Kredit zu verschaffen, und wir haben heute dem englischen Botschafter vorgeschlagen, der persischen Regierung folgende Erklärung abzugeben: Rußland und England sind bereit, das Recht Persiens anzuerkennen, in andern

Ländern Anleihen abzuschließen, aber nur unter folgenden Bedingungen: 1. Die Zoll- und sonstigen Einnahmen, welche die russischen und englischen Anleihen garantieren, dürfen nicht verpfändet werden. 2. Alle früheren finanziellen Verpflichtungen Rußland und England gegenüber müssen zusammen mit den rückständigen Zinsen genau festgesetzt und diejenigen Einnahmequellen bezeichnet werden, die zur Abzahlung unserer rückständigen Forderungen dienen werden. 3. In der russischen und englischen Einflußsphäre dürfen andern Ausländern keine Konzessionen erteilt werden, die politische und strategische Bedeutung haben, nämlich Verkehrswege, Telegraphen, die Schiffahrt auf dem See Urmia und ähnliche.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister Iswolsky vom 10./23. März 1910.

Wenn wir darauf verzichten, Franzosen im persischen Finanzressort anzustellen, so wird dies die Zusammenarbeit des finanziellen Beirats mit den übrigen Fachleuten anderer Nationalitäten sehr erschweren. Nur die Kaiserliche Regierung ist in der Lage, ein Urteil zu fällen, ob Deutschland, nachdem es in dieser Frage sein Ziel erreicht, nicht auch andere Vorwände benutzen wird, um auf das Zusammenhalten Englands und Rußlands in Persien einen Druck auszuüben. Besteht eine solche Möglichkeit, so wäre es vielleicht besser, wenn wir jetzt auf der Ernennung der Franzosen bestehen würden. Auf alle Fälle scheint es mir, daß ein eventueller Verzicht unsererseits als eine Konzession Persien und nicht Deutschland gegenüber dargestellt werden müsse. Gleichzeitig müßten wir den Grundsatz aufstellen, daß als ausländische Beiräte und andere Beamte entweder nur Russen und Engländer oder nur die Angehörigen kleinerer Staaten angestellt werden können.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 3./16. April 1910. — Nr. 492.

Ich telegraphiere unserm Gesandten in Teheran. Nr. 1. Sub Nr. 2 erhalten Sie den Auszug aus einem Memorandum des englischen Botschafters mit Bezug auf deutsche Forderungen

in Persien. Auch wir haben den Vorschlag des Berliner Kabinetts erhalten, die Verhandlungen des Jahres 1907 wiederaufzunehmen, und der deutsche Botschafter hat uns zu verstehen gegeben, daß es außer der englischen und russischen Zone in Persien auch noch eine neutrale gäbe, die allen übrigen Staaten offen sei. Die Bedingungen Deutschlands erscheinen uns in mancher Hinsicht unannehmbar, und deshalb müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß wir auf Persien einen starken Druck auszuüben haben werden, um zu verhindern, daß Ausländern uns mißliebige Konzessionen erteilt werden. Wenn wir dies erreicht haben werden, so werden wir uns weiter mit dem Berliner Kabinett verständigen können; letzteres scheint uns natürlich wünschenswert. Wenn die endgültige Bestätigung von Konzessionen vom Regenten abhängt, so kann man ihm erklären, daß die Gewährung von Konzessioven an Ausländer ohne vorherigen Meinungsaustausch mit Rußland und England von uns als eine feindselige Handlung betrachtet werden und für Persien die schwersten Folgen nach sich ziehen wird. Gleichzeitig beauftragen wir Benckendorff, das Londoner Kabinett zu veranlassen, in dieser Frage gemeinsam mit uns vorzugehen. Was die Zwangsmaßregeln anbelangt, die wir nötigenfalls Persien gegenüber anzuwenden hätten, so sollen dieselben in diesen Tagen Gegenstand einer besonderen Beratung bilden und werden wir uns dann über dieselben mit London verständigen müssen. Telegraphieren Sie uns dringend, welche Maßregeln Sie Ihrerseits vorschlagen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 3./16. April 1910. — Nr. 493.

Ich telegraphiere nach Teheran sub Nr. 2. Der deutsche Reichskanzler hat dem englischen Botschafter in Berlin gegenüber die deutschen Wünsche hinsichtlich Persiens folgendermaßen formuliert. Die ganze Frage sollte einen Teil eines allgemeinen politischen Abkommens zwischen Deutschland und England bilden. Rußland und England hätten das Prinzip der offenen Tür zu bestätigen. Als Gegenwert für den deutschen Verzicht auf Eisenbahn-, Telegraphen- und andere Konzessionen in der englischen Einflußsphäre hätte England Deutschland einen angemesse-

nen Anteil an der Lieferung der Materialien usw. zu gewähren. Deutschland beansprucht bei persischen Anleihen denselben Anteil wie dritte Staaten; dasselbe bezieht sich auf die Anstellung von Ausländern. Deutschland verzichtet auf ähnliche Konzessionen in der russischen Zone; Rußland dagegen räumt Deutschland Gleichberechtigung in allen kommerziellen Fragen ein, wird seine Eisenbahnen in Nordpersien mit der Bagdadlinie vereinigen und verpflichtet sich, den internationalen Handel auf dieser Linie nicht zu hindern und die Verbindung der deutschen Linie mit Teheran zu ermöglichen. Bethmann Hollweg wies auf die Behinderung des ausländischen Handels durch das Verbot des Transitverkehrs durch den Kaukasus hin und fügte hinzu, daß, nachdem die russischen Eisenbahnen in Nordpersien fertiggestellt sind und die Weigerung aufrechterhalten würde, eine Bahn Teheran—Khanekin zu bauen, Rußland ein Monopol für den Handel in Nordpersien erhalten würde — was auch den englischen Interessen kaum entspräche.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 3./16. April 1910. — Nr. 494.

Ich beziehe mich auf meine Telegramme nach Teheran Nr. 1 und 2. Aus der Mitteilung Bethmann Hollwegs kann man ersehen, daß Deutschland entschlossen ist, eine Stellung in Persien zu beanspruchen, welche den russischen und englischen Interessen in diesem Lande zuwiderläuft. Die Hoffnung, uns mit Deutschland zu verständigen, indem wir ihm in der Bagdadfrage Zugeständnisse machen, läßt sich augenscheinlich nicht verwirklichen. Unter diesen Umständen scheint es uns nur einen Ausweg zu geben, nämlich einen energischen Druck auf Persien auszuüben, um es zu verhindern, den Deutschen Konzessionen zu erteilen, die unsern Interessen nicht entsprechen. Rußland und England müßten also auch vor äußersten Maßregeln nicht zurückschrecken und schlagen wir vor, in die Beratung dieser Maßregeln einzutreten. Einstweilen können die Vertreter der beiden Regierungen dem persischen Regenten die in meinem Telegramm nach Teheran erwähnte Erklärung abgeben. Dies alles schließt natürlich nicht die Möglichkeit aus, zu einem annehmbaren Einvernehmen mit Berlin zu kommen, was um so leichter sein wird, je weniger

Chancen das Berliner Kabinett haben wird, sich direkt mit der persischen Regierung zu verständigen. Wir beraten augenblicklich, wie wir die deutschen Vorschläge beantworten sollen, und wir werden nicht verfehlen, uns vorher mit dem Londoner Kabinett zu verständigen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 10./23. April 1910. — Nr. 531.

Unser Gesandter in Teheran telegraphiert am 6./19. April — Nr. 175: Ich bin der Ansicht, daß wir, bevor irgendwelche weitere Schritte unternommen werden, das Resultat der Ministerkrise abwarten müssen. Wenn ein Kabinett aus radikalen Elementen gebildet wird, welches Rußland und England kein Vertrauen einflößt und von dem zu erwarten steht, daß es trotzdem Verhandungen führen wird, die mit den Forderungen unserer letzten gemeinsamen Note nicht übereinstimmen, so müßte man der persischen Regierung erklären, daß Rußland und England vor nichts zurückschrecken werden, um die Perser zu zwingen, ihre Politik mit den Forderungen der genannten Note in Einklang zu bringen. Es ist für uns vorteilhafter, uns an diese gemeinsame Note zu halten, da sie unsere Interessen vollkommen schützt und Deutschland in ihr nicht erwähnt wird. Wenn wir einen solchen Schritt tun, so müssen wir bereit sein, nötigenfalls die letzten Konsequenzen zu ziehen, da die geringste Nachgiebigkeit unsererseits unser Ansehen hier auf lange erschüttern würde. Folgende Zwangsmaßregeln könnten Persien gegenüber angewandt werden: 1. Die Weigerung der beiden Gesandtschaften, irgendwelche Beziehungen zum Kabinett zu unterhalten, das uns kein Vertrauen einflößt. 2. Die Erklärung, daß unsere Truppen aus Persien nicht abberufen, sondern im Gegenteil auf ihren Normalbestand verstärkt werden. 3. Die Forderung der sofortigen Bezahlung der persischen Schulden und die darauffolgende Besetzung der Zollämter. 4. Die Drohung, Truppen nach Teheran zu schicken. Letztere Maßregel ist nicht wünschenswert und kann Unruhen hervorrufen, aber ich glaube, daß die Drohung allein genügen würde und daß man sie nicht auszuführen haben wird.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 13./26. April 1910.

In Abwesenheit Sir Edward Greys habe ich gestern Hardinge eine Übersetzung Ihres Telegramms Nr. 531 zukommen lassen. Der Unterstaatssekretär sagte mir, er werde dieselbe dem Minister unverzüglich mitteilen. Er sagte, er teile vollkommen die Ansicht Poklewskis, daß man vor allem den Ausgang der persischen Ministerkrise abwarten und sich nicht beeilen müsse, Schritte zu tun, die, wenn das jetzige Ministerium sich halten könne, nur die Autorität der uns günstig gesinnten Minister untergraben und eine neue Krise hervorrufen könnten.

Man verfügt hier in dieser Hinsicht über keine neuen Informationen.

Was den Gegenstand selbst und die in Aussicht genommenen Maßregeln anbelangt, so hat Sir Charles sich nicht geäußert und überläßt dies Grey. Er schien mir jedoch optimistischer als das letzte Mal und scheint eine Beratung über derartige Maßregeln als verfrüht zu betrachten. Ich weiß, daß er nötigenfalls energische Maßregeln billigt; das letzte Mal hat er jedoch als seine persönliche Ansicht geäußert, man müsse in Teheran eine Erklärung abgeben, daß jede Handlung der persischen Regierung, die den Interessen der beiden Staaten schaden könnte, von letzteren als ein feindseliger Akt betrachtet und für Persien die schlimmsten Folgen nach sich ziehen würde, — ohne jedoch bestimmte Drohungen hinzuzufügen. Er hoffe, daß dies genügen würde, ohne daß wir uns von Anfang an durch die Ankündigung von Zwangsmaßregeln zu kompromittieren hätten.

Ich selbst glaube, daß wir die Sache reiflich überlegen müssen, namentlich was die äußerste Maßregel einer eventuellen Besetzung Teherans anbelangt.

Es besteht für mich kein Zweifel, daß letztere die Natur unserer bisherigen militärischen Aktion völlig verändern würde.

Die Besetzung von Täbriz und von Kaswin war eine Intervention, keine Einmischung, und hatte den Charakter einer der persischen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung geleisteten Hilfe.

Teheran zu besetzen und die persische Regierung zu zwingen, uns das zu bewilligen, was es uns auf diplomatischem Wege

verweigert, ist nichts anderes als eine kriegerische Aktion, die einen Wechsel im Ministerium und die Bildung einer von uns aufgedrängten Regierung zur Folge haben würde; eine solche Regierung würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich nur so lange halten können, als die Okkupation dauert. Diese neue Regierung würde Bedingungen anzunehmen haben, die das Resultat einer direkten Einmischung sind und in einem diplomatischen Schriftstück Ausdruck gefunden haben, das einem aufgezwungenen Vertrage gleichkommt. Dies ist meiner Ansicht nach die wichtigste Erwägung. Eine derartige Tatsache müßte von dritten Staaten einen ausdrücklichen Protest hervorrufen. Wir sind gewarnt, daß dieser dritte Staat Deutschland sein wird, welcher zur Theorie der offenen Tür zurückkehren wird, als ob nichts vorgefallen wäre.

Der Konflikt würde auf diese Weise seinen Charakter verändern und aus einer russisch-persischen eine allgemein europäische Frage machen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an das russische Außenministerium vom 1./14. April 1910.

Ich habe heute eine Beschwerde Schünemanns erhalten. Die Verwaltung der Chaussee Julfa-Täbriz weigert sich eine von ihm gekaufte Lokomobile durchzulassen, unter dem Vorwand, das Gewicht sei zu groß. Schünemann weist darauf hin, daß Lokomobilen, die von der Verwaltung der Chaussee und von einem persischen Untertan gekauft worden sind, viel schwerer wiegen. Ich halte es nicht für wünschenswert, der deutschen Einfuhr nach Persien so offen künstliche Hindernisse in den Weg zu legen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 29. April / 12. Mai 1910. Nr. 631.

Nicolson teilt mir das Projekt unserer gemeinsamen Erklärung an die persische Regierung mit. Dies Projekt ist vom englischen Geschäftsträger in Teheran ausgearbeitet worden. Der englische Botschafter teilt mir mit, Grey sei nicht mit dem letzten

Teile einverstanden und schlägt folgende Redaktion vor: „In Anbetracht der Schwierigkeit, diejenigen Konzessionen anzuführen, die ihren politischen oder strategischen Interessen schaden könnten, erwarten die beiden Regierungen, daß die persische Regierung, ehe sie einem Ausländer irgendwelche Konzessionen hinsichtlich der Eisenbahnen, Verkehrswege, Telegraphen- oder Hafenanlagen erteilt, mit Rußland und England in einen Meinungsaustausch eintritt, um festzustellen, auf welche Weise die politischen oder strategischen Interessen dieser beiden Staaten genügend geschützt werden könnten." Ich teile Greys Ansicht, was den letzten Teil des in Teheran ausgearbeiteten Projektes anbelangt. Was aber den ersten Teil anbelangt, so halte ich es für vorsichtiger, die von Grey vorgeschlagenen Worte „Eisenbahnen, Verkehrswege, Telegraphen- oder Hafenanlagen" wegzulassen, denn es kann noch andere Konzessionen geben, die uns schädlich sind. Man muß nicht außer acht lassen, daß, wenn wir von der persischen Regierung eine formelle Verpflichtung im Sinne der identischen Note vom 25. März verlangen, dies einen deutschen Protest in Teheran hervorrufen könnte. Wir würden es deshalb vorziehen, für den Augenblick nicht darauf zu bestehen, daß die persische Regierung eine derartige Verpflichtung eingeht. Man könnte hingegen der in Aussicht genommenen Mitteilung die Worte beifügen: „Wenn die persische Regierung den Wunsch der beiden Mächte nicht erfüllt, so werden letztere diejenigen Maßregeln ergreifen, die sie für nötig halten werden, um ihre Interessen zu schützen."

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an das russische Außenministerium vom 12./25. April 1910.

Der französische Gesandte hat von seiner Regierung gehört, daß ein gewisser Cohen aus Teheran in Paris angekommen ist, welcher von einem der persischen Minister das Vorzugsrecht zum Abschluß einer Anleihe von 200 Millionen Franken unter Garantie der Zoll- und Telegrapheneinnahmen erhalten habe. Der Zweck der Anleihe besteht darin, daß Persien den Regierungen Rußlands und Englands und den beiden Teheraner Banken seine Schulden abzahlt. An dieser Finanzoperation sind vier große französische Banken interessiert, u. a. Crédit Lyonnais und

verweigert, ist nichts anderes als eine kriegerische Aktion, die einen Wechsel im Ministerium und die Bildung einer von uns aufgedrängten Regierung zur Folge haben würde; eine solche Regierung würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich nur so lange halten können, als die Okkupation dauert. Diese neue Regierung würde Bedingungen anzunehmen haben, die das Resultat einer direkten Einmischung sind und in einem diplomatischen Schriftstück Ausdruck gefunden haben, das einem aufgezwungenen Vertrage gleichkommt. Dies ist meiner Ansicht nach die wichtigste Erwägung. Eine derartige Tatsache müßte von dritten Staaten einen ausdrücklichen Protest hervorrufen. Wir sind gewarnt, daß dieser dritte Staat Deutschland sein wird, welcher zur Theorie der offenen Tür zurückkehren wird, als ob nichts vorgefallen wäre.

Der Konflikt würde auf diese Weise seinen Charakter verändern und aus einer russisch-persischen eine allgemein europäische Frage machen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an das russische Außenministerium vom 1./14. April 1910.

Ich habe heute eine Beschwerde Schünemanns erhalten. Die Verwaltung der Chaussee Julfa-Täbriz weigert sich eine von ihm gekaufte Lokomobile durchzulassen, unter dem Vorwand, das Gewicht sei zu groß. Schünemann weist darauf hin, daß Lokomobilen, die von der Verwaltung der Chaussee und von einem persischen Untertan gekauft worden sind, viel schwerer wiegen. Ich halte es nicht für wünschenswert, der deutschen Einfuhr nach Persien so offen künstliche Hindernisse in den Weg zu legen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 29. April / 12. Mai 1910. Nr. 631.

Nicolson teilt mir das Projekt unserer gemeinsamen Erklärung an die persische Regierung mit. Dies Projekt ist vom englischen Geschäftsträger in Teheran ausgearbeitet worden. Der englische Botschafter teilt mir mit, Grey sei nicht mit dem letzten

Teile einverstanden und schlägt folgende Redaktion vor: „In Anbetracht der Schwierigkeit, diejenigen Konzessionen anzuführen, die ihren politischen oder strategischen Interessen schaden könnten, erwarten die beiden Regierungen, daß die persische Regierung, ehe sie einem Ausländer irgendwelche Konzessionen hinsichtlich der Eisenbahnen, Verkehrswege, Telegraphen- oder Hafenanlagen erteilt, mit Rußland und England in einen Meinungsaustausch eintritt, um festzustellen, auf welche Weise die politischen oder strategischen Interessen dieser beiden Staaten genügend geschützt werden könnten." Ich teile Greys Ansicht, was den letzten Teil des in Teheran ausgearbeiteten Projektes anbelangt. Was aber den ersten Teil anbelangt, so halte ich es für vorsichtiger, die von Grey vorgeschlagenen Worte „Eisenbahnen, Verkehrswege, Telegraphen- oder Hafenanlagen" wegzulassen, denn es kann noch andere Konzessionen geben, die uns schädlich sind. Man muß nicht außer acht lassen, daß, wenn wir von der persischen Regierung eine formelle Verpflichtung im Sinne der identischen Note vom 25. März verlangen, dies einen deutschen Protest in Teheran hervorrufen könnte. Wir würden es deshalb vorziehen, für den Augenblick nicht darauf zu bestehen, daß die persische Regierung eine derartige Verpflichtung eingeht. Man könnte hingegen der in Aussicht genommenen Mitteilung die Worte beifügen: „Wenn die persische Regierung den Wunsch der beiden Mächte nicht erfüllt, so werden letztere diejenigen Maßregeln ergreifen, die sie für nötig halten werden, um ihre Interessen zu schützen."

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an das russische Außenministerium vom 12./25. April 1910.

Der französische Gesandte hat von seiner Regierung gehört, daß ein gewisser Cohen aus Teheran in Paris angekommen ist, welcher von einem der persischen Minister das Vorzugsrecht zum Abschluß einer Anleihe von 200 Millionen Franken unter Garantie der Zoll- und Telegrapheneinnahmen erhalten habe. Der Zweck der Anleihe besteht darin, daß Persien den Regierungen Rußlands und Englands und den beiden Teheraner Banken seine Schulden abzahlt. An dieser Finanzoperation sind vier große französische Banken interessiert, u. a. Crédit Lyonnais und

Banque de Paris. Zum 7. Mai soll eine besondere persische Kommission zu Verhandlungen nach Paris kommen und das Vorzugsrecht ist vier Monate gültig, vom Tage der Ankunft der Kommission an gerechnet. Cohen ist nach Teheran zusammen mit dem Juwelier gekommen, der die persischen Kronjuwelen schätzen sollte; er sagte, er wäre sein Begleiter, und hat dem hiesigen französischen Gesandten von dem wirklichen Zweck seiner Ankunft nichts gesagt. Auf die Frage meines französischen Kollegen, wie die russische Regierung einem solchen Projekt gegenüberstehe, sagte ich, daß die Bezahlung der uns geschuldeten Summen unseren Interessen durchaus nicht entsprechen kann, da auf diese Weise dem politischen Einflusse von Ausländern die Türe geöffnet wird. Aus demselben Grunde können wir auch keine ausländische Kontrolle irgendwelcher persischer Einnahmen in unserer Zone zulassen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 15./28. April 1910. — Nr. 25.

Aus Teheran zurückgekehrt, hat Cohen niemandem nähere Mitteilungen gemacht und hat nur die Unterstützung der französischen Regierung nachgesucht. Diese ist ihm verweigert worden und man hat ihm erklärt, man wird hier nur solche finanzielle Operationen zulassen, die von Rußland und England begutachtet werden. Den andern wird man die Kotierung an der Börse verweigern. Übrigens nehmen die hauptsächlichsten Kreditinstitutionen an diesem internationalen Syndikate kaum teil. Der Außenminister hat mir die Versicherung gegeben, daß in persischen Fragen Frankreich nichts zulassen wird, was Rußland und England unangenehm sein könnte. Die finanziellen Kreise sind hiervon benachrichtigt worden.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 30. April / 13. Mai 1910. — Nr. 102.

Ihr Telegramm Nr. 631 erhalten. Persönlich. Der erste Eindruck von Hardinge ist der, daß die von Ihnen vorgeschlagene Formel, die nicht erwähnt, um welche Konzessionen es sich han-

delt, sehr radikaler Natur sei und schwerlich von der persischen Regierung angenommen werden könne. Er findet auch die letzte Drohung sehr stark. Ich glaube, man wird Ihnen eine mäßigere Redaktion vorschlagen. Dies ist noch keine offizielle englische Antwort.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 5./18. Mai 1910. — Nr. 104.

Nicolson wird Ihnen mitteilen, was Grey Metternich gesagt hat. Er hat erklärt, daß, da die persische Regierung Erklärungen über die letzte Note verlangt hat, diese Erklärungen erfolgen müssen. Grey hat dem Botschafter nicht verheimlicht, daß, wenn die persische Regierung Rußland und England vor die vollendete Tatsache einer Eisenbahnkonzession, die strategischen und politischen Charakter hat, stellt, diese beiden Mächte gezwungen sein würden, energische Maßnahmen gegen Persien zu ergreifen. Grey hat erklärt, er habe durchaus nicht die Absicht irgendwelchen deutschen Konzessionen zu schaden, die keinen politischen oder strategischen Charakter haben. Deshalb könne ein deutscher Protest nur erfolgen, wenn ein gerechtfertigtes Gesuch einer deutschen Konzession von Persien verweigert worden sei. Grey hat hinzugefügt, daß ein deutsch-englisches Übereinkommen über Persien nur im Zusammenhang mit der Bagdadbahnfrage abgeschlossen werden könne.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 8./21. Mai 1910. — Nr. 109.

Mit Bezug auf Ihre Unterredung mit Pourtalès sagt mir Grey, daß Ihre Worte und die seinigen übereinstimmen, mit dem Unterschiede, daß Sie betont haben, daß wir von der persischen Regierung keine Antwort verlangen werden, was er nicht erwähnt hat. Was unsere zukünftigen Verhandlungen mit Deutschland anbelangt, so hat Grey angefragt, ob sie außer Persien auch die Bagdadbahn betreffen. Ich habe geantwortet, daß ich dies nicht wüßte, da wir während unserer früheren Ver-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

handlungen hauptsächlich unsere Stellung in Persien haben sichern wollen. Grey bemerkte, daß die Bagdadfrage schwerlich werde ausgeschlossen werden können, da es sich auch um die Zweiglinie Khanekin handle. Ich habe ihn gefragt, was für einen modus procedendi er für möglich halte; er antwortete, daß Deutschland sich weigere, zu vieren zu verhandeln, und daß er deshalb glaube, daß die drei interessierten Mächte getrennt verhandeln, sich aber den Gang der Verhandlungen gegenseitig mitteilen sollten; der Abschluß müsse jedoch gemeinsam zu vieren erfolgen. Grey hat mir mitgeteilt, er habe in seiner Unterredung mit Metternich die Möglichkeit einer Übereinkunft mit Deutschland nicht von der Hand gewiesen, nur habe er darauf hingezeigt, daß es ihm unmöglich sei, eine Übereinkunft zu schließen oder dem Parlament vorzulegen, welche Deutschland in Persien Zugeständnisse macht, ohne daß England in der Bagdadfrage entsprechend entschädigt wird, was für England von vitaler Bedeutung sei.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 9./22. Mai 1910. — Nr. 695.

Ehe ich Poklewski Instruktionen gebe, möchte ich wissen, wie Grey über die letzte von Schön unserm Berliner Botschafter gemachte Erklärung denkt, welche die formelle Versicherung enthält, daß Deutschland nie versucht hat, in Persien Konzessionen zu erhalten, welche Rußland und England unbequem sein könnten, und daß es auch in Zukunft dies nicht zu tun beabsichtigt. Andererseits besteht Schön darauf, daß der gemeinsame russisch-englische Schritt in Teheran aufgeschoben wird, um eine freundschaftliche Lösung zu finden. Fragen Sie bitte Grey, ob er glaubt, daß man letzteren Antrag nicht zu beachten braucht, was jedoch dem Berliner Kabinett den offenbaren Vorwand geben würde, sich im Laufe der Verhandlungen unnachgiebiger zu zeigen, oder ob man dem Schönschen Vorschlage Folge leisten soll. Im ersten Falle muß man daran denken, welchen Eindruck eine solche Verzögerung in Teheran hervorrufen würde. Es scheint mir, daß unter den gegebenen Verhältnissen unsere Vertreter in Teheran sich darauf beschränken könnten, der persischen Regierung zu erklären, daß sie fürs erste keine Antwort auf ihre Mitteilung

erwarten; sollte aber die persische Regierung Rußland und England vor eine vollendete Tatsache stellen, die ihren politischen oder strategischen Interessen nicht entspricht, so würde dies als eine Unfreundlichkeit von seiten Persiens aufgefaßt werden und könnte die beiden Staaten veranlassen, die nötigen Maßnahmen zum Schutze ihrer Interessen zu ergreifen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 11./24. Mai 1910. — Nr. 113.

Sehr vertraulich. P. Cambon hat mir eine Unterredung mitgeteilt, die in der letzten Woche zwischen Pichon, Grey und ihm stattgefunden hat. Unter anderm hat Grey über seine Unterredung mit Metternich berichtet. Dieser Bericht stimmt vollkommen mit dem überein, was wir aus den englischen Mitteilungen wissen. Es findet sich jedoch ein Passus, den Grey uns gegenüber nicht erwähnt hat, und Cambon hat mich gebeten, von demselben einstweilen keinen Gebrauch zu machen: ich bitte Sie also inständig, den Wunsch meines französischen Kollegen zu berücksichtigen.

Metternich hat dem Londoner Kabinett ein politisches Abkommen bezüglich Persiens vorgeschlagen und hinzugefügt, daß, wenn ein solches abgeschlossen würde, es keine Schwierigkeiten mehr in der Bagdadbahnfrage gäbe. Grey hat geantwortet, die englische Regierung habe mit Rußland eine politische Entente in Persien abgeschlossen, daß sie folglich kein Abkommen mit einer andern Macht abschließen könne; England sei in diesem Falle mit Rußland verbunden, wie mit Frankreich in der Marokkofrage.

Ich kann die Zurückhaltung Greys uns gegenüber nur einem übertriebenen Gefühl von Diskretion zuschreiben. Dies erklärt die Worte, daß das Londoner Kabinett in dem deutschen Vorschlage keine Verhandlungsbasis erblicke, was Ihnen seinerzeit nicht klar genug schien. Dies erklärt auch Sir Edward Greys Worte, die Verhandungen über Persien von den Bagdadbahn-Verhandlungen nicht trennen zu können. Endlich erklärt sich so auch Greys Ansicht, daß Verhandlungen mit Deutschland in

bezug auf Persien von Rußland und England gemeinsam geführt werden müssen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 13./26. Mai 1910. — Nr. 717.

Ich telegraphiere unserem Botschafter nach Berlin: Der englische Geschäftsträger hat mir den Inhalt eines aus Berlin erhaltenen Telegrammes mitgeteilt, aus dem ersichtlich ist, daß Schön dem englischen Geschäftsträger erklärt hat, der deutsche Vertreter in London habe den Auftrag erhalten, auf die persische Frage nicht mehr zurückzukommen, da auf Grund der von der deutschen Regierung erhaltenen Erklärung diese Frage ihren akuten Charakter eingebüßt habe. Meinerseits kann ich bestätigen, daß seit meiner letzten Unterredung mit dem Grafen Pourtalès er die persische Frage nicht mehr berührt und überhaupt größere Nachgiebigkeit gezeigt hat.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 18./31. Mai 1910.

Hardinge hat mir den Bericht des englischen Geschäftsträgers in Berlin über seine letzte Unterredung mit Schön vorgelesen.

Der deutsche Minister sagte zuerst, er habe den Grafen Metternich beauftragt, einstweilen auf die persische Frage nicht mehr zurückzukommen, und erklärte diese Instruktion damit, daß ein Mißverständnis zwischen Deutschland, Rußland und England in dieser Frage vorgelegen habe. Er schilderte darauf den Gang der letzten Verhandlungen. Er sagte, zuerst hätte man in Petersburg geglaubt, die deutsche Regierung beabsichtige mit Persien zu verhandeln, um verschiedene spezielle Vorteile zu erhalten und eine Anleihe abzuschließen. Dieses Mißverständnis sei bald aufgeklärt worden. Sodann hatte die deutsche Regierung Nachrichten erhalten, welche bei ihr die Meinung hervorriefen, daß Rußland und England durch einen Druck auf Persien Vorzüge beanspruchten, die mit den Rechten Deutschlands kaum hätten in Einklang gebracht werden können. Die von beiden Seiten abgegebenen offenen Erklärungen hatten auch diese Schwierig-

keit beseitigt. Es blieb nur noch die Erwägung, daß die deutsche Regierung dem Wunsche Ausdruck verlieh, England und Rußland sollten Persien gegenüber nicht zu Mitteln greifen, die die öffentliche Meinung in Deutschland beunruhigt hätten. Schön fügte hinzu, man hätte ihn in gewissen Kreisen beschuldigt, er habe in Persien Schwierigkeiten hervorrufen wollen, die mit denen Ähnlichkeit gehabt hätten, die später zu der Konferenz von Algeciras geführt. Nichts sei ihm ferner gelegen.

Ich kann hier den genauen Inhalt dieses ausführlichen Berichtes aus dem Gedächtnis nicht genau wiedergeben. Aber die erwähnten Äußerungen sind mir genau in Erinnerung geblieben und das Wort „Mißverständnis" wird öfters gebraucht.

Der englische Geschäftsträger sieht in dieser Unterredung eine deutliche Änderung der Haltung des Berliner Kabinetts. Er meint, daß einer der Gründe der Aufenthalt Kaiser Wilhelms in London gewesen sei und daß die Eindrücke, die er daselbst empfangen, einen entschiedenen Einfluß auf die Haltung des Berliner Kabinetts ausgeübt haben. Er glaubt auch, daß der Mangel an Unterstützung von seiten des Wiener Kabinetts zu dieser Haltung der Berliner Regierung beigetragen habe. Wenn die Eindrücke des englischen Geschäftsträgers durch die weiteren Ereignisse bestätigt werden, so kann ich nicht umhin zu glauben, daß das Berliner Kabinett hauptsächlich dadurch beeinflußt worden ist, daß Rußland und England, ohne sich zu weigern Deutschland diejenigen Erklärungen zu geben, auf die es ein Recht hatte, sich der Form nach nachgiebig gezeigt haben, ohne jedoch hierbei irgend etwas von ihren politischen Rechten abzutreten, die sie auf Grund der geographischen Lage und der auf dem Spiele stehenden Interessen beanspruchen können.

Auszug aus dem Berichte des russischen Außenministers Sasonow an den Zaren über seinen Besuch in Balmoral im Oktober 1912.

. . . . . Hinsichtlich der neutralen Zone sagte ich, daß wir wahrscheinlich früher oder später genötigt sein würden, unser gegenseitiges Verhältnis zu ihr im Sinne einer Annullierung zu revidieren, da bei der jetzigen Sachlage der Zugang zur neutralen Zone allen offen stehe und sie vor Anschlägen von dritter Seite

nicht geschützt sei. Natürlich müßten wir bemüht sein, zu einem jeden derartigen Abschluß die Anerkennung Persiens zu erlangen, da ein Abschluß ohne Anerkennung keine praktische Bedeutung haben würde. Grey äußerte dazu sein prinzipielles Einverständnis. Dabei regte er den Gedanken an, es zu ermöglichen, ein für allemal die uns unerwünschten Anschläge Deutschlands auf die neutrale Zone auszuschalten, indem Rußland von der persischen Regierung die Option zum Bau der Eisenbahnlinie Teheran-Ispahan erhält und England und Rußland gemeinsam für die Strecke Ispahan-Mohammera. Es ist selbstverständlich, daß die Erlangung des Vorzugsrechts zum Bau dieser Linien weder den einen noch den anderen Staat verpflichtet, dieses Unternehmen unbedingt zu verwirklichen, sondern nur im Auge haben würde, Deutschland aus der neutralen Zone zu verdrängen, wo nach einem solchen Abschluß keine einzige für die Deutschen irgendwie verlockende Konzession übrigbleiben würde. — Ich erwiderte, daß ich bereit sei, unseren Gesandten in Teheran anzuweisen, eine solche Option von Persien durch alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu erlangen, wenn es möglich sei, eine solche Option, die alle Bemühungen anderer Mächte in der neutralen Zone tatsächlich ausschließen würde, von der persischen Regierung zu erhalten, wovon ich nicht völlig überzeugt sei.

Auszug aus einem persönlichen Briefe des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 4./17. August 1910.

..... Die Gefahr besteht, daß England und Rußland durch den Gang der Ereignisse gezwungen werden, gerade das in Persien zu tun, was sie im Grunde vermeiden wollen. In dieser Hinsicht halte ich es für meine Pflicht, Sie genau über den Standpunkt der englischen Regierung zu unterrichten.

Genau wie bei uns, so macht sich auch hier eine gewisse Enttäuschung über den Gang der Ereignisse in Teheran bemerkbar; diese Enttäuschung wird verstärkt durch den absoluten Mangel an fähigen Leuten in Persien und durch die Hoffnungslosigkeit,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

normale Zustände wiederhergestellt zu sehen. Ich glaube jedoch, daß man das augenblickliche persische Ministerium für fähiger als seine Vorgänger hält.

Aber die beiden Vertreter in Teheran sehen früher oder später die Möglichkeit einer Einmischung voraus, die bis zu einer Teilung Persiens oder wenigstens bis zu einer Art Kondominium gehen könnte. Dies ist eine Folgerung, der sich die englische Regierung auf das entschiedenste widersetzen wird.

Erstens will England keine Annexion mehr, es weiß aus Erfahrung, wie man zu einer solchen gezwungen werden kann. Es will Persien nicht besetzen, weil es überzeugt ist, daß dies ohne Krieg nicht möglich ist. Dann will ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand lenken, daß der englische Standpunkt negativer Natur ist. England hat weniger Interesse daran, was in Persien vor sich geht, als daran, daß es jede andere Macht außer Rußland und England daran verhindern will, in Persien eine Rolle zu spielen. Dies bezieht sich vor allem auf Deutschland und die Türkei — natürlich aus politischen Gründen. Aus diesem Grunde ist England so vorsichtig gewesen, wenn es sich um den Schutz seiner kommerziellen Interessen gehandelt hat. Aber in dieser Hinsicht hat es in letzter Zeit seinen Standpunkt verändern müssen. Die Unruhen im Süden sind größer, als man zuerst annahm; die Unzufriedenheit der englischen Handelskreise wird immer lauter und die Regierung kann sich im Parlament dem Vorwurf nicht aussetzen, im Süden für den Schutz der englischen Interessen weniger zu tun, als es im Norden von seiten Rußlands geschieht; dies der Grund einer Landung im Süden. Aber gerade in diesem Umstande sieht die englische Regierung einen gefährlichen Anfang und aus diesem Grunde ist England stets einer militärischen Okkupation abgeneigt gewesen. Das politische Interesse stimmt mit dem kommerziellen nicht überein. In den Augen der englischen Regierung ist ersteres der bestimmende Faktor. Was die englische Regierung am meisten fürchtet, ist die Notwendigkeit, uns oder vielmehr der von unsern Vertretern in Teheran vorgeschlagenen Richtung folgen zu müssen. Man muß hieraus durchaus nicht den Schluß ziehen, daß England überhaupt abgeneigt ist, die Ordnung in Persien zu stützen; aber es will nicht zu Mitteln greifen, die den orientalischen Fa-

natismus gegen England oder gegen Rußland entfachen könnten. Soweit ich mir über den englischen Standpunkt Rechenschaft geben kann, fürchtet man hier, durch einen auf Persien ausgeübten Druck das Land in die Arme von andern zu werfen, mit andern Worten, von Deutschland und der Türkei. Ich brauche die Frage nicht zu erörtern, in welcher Richtung unser politisches Interesse liegt, aber ich kann mich nicht enthalten zu sagen, daß das, was für England wahr ist, noch mehr für uns gilt. Der Norden Persiens ist eine neue Mandschurei und kann ohne Krieg von uns nicht absorbiert werden — und was für ein Krieg! Wenn ich diese Frage so ausführlich behandle, so tue ich es nur, weil ich den Augenblick für sehr gefährlich halte. Eine militärische Intervention unsererseits muß eine ähnliche Maßregel von seiten Englands hervorrufen; wir können nicht verlangen, daß es von einer solchen absieht, und in diesem Augenblick würde das gefährliche Kondominium beginnen. Erlauben Sie mir zu wiederholen, was ich Ihnen bereits geschrieben habe: dadurch, daß wir unsere Besetzung Kaswins zum Gegenstand von Verhandlungen mit der persischen Regierung gemacht haben, haben die vielen politischen Intriganten in Teheran eine für uns gefährliche Waffe in die Hand bekommen, denn diese Leute müssen ja im Grunde genommen einsehen, daß die Besetzung von Kaswin ihrer Sache nur nützt. Sie haben alles Interesse daran, daß der gegen uns gerichtete wilde und blinde Fanatismus der Massen sich noch verstärkt. Die persische Regierung verfügt dadurch über ein Argument, das es bald im persischen Parlament, bald bei den andern Mächten benutzt. Und wenn man ihr entgegnet, daß die Anwesenheit der russischen Truppen nur dazu dient, die allgemeine Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, so kann sie jetzt antworten, daß dies nicht wahr ist, denn Rußland benutzt die Verhandlungen über die Zurückziehung der Truppen, um Vorteile für sich auszubedingen.

Die Absicht, Angehörige von Großmächten in persischen Diensten anzustellen, ist ein deutlicher Beweis, wie sehr Persien bereits nach auswärts blickt. Italien wird sich vielleicht weigern. Dieses Land liebt nicht direkte Konflikte. Aber kann man dasselbe von allen Mächten sagen? Ehe man sich zu dem einen oder andern Mittel entschließt, muß man sich fragen, ob der Gang der

Ereignisse uns nicht zu einer direkten und durchgreifenden Einmischung in die persischen Angelegenheiten führen wird.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Geschäftsträger in London vom 13./26. September 1910. — Nr. 1420.

Ich habe in diesen Tagen dem englischen Geschäftsträger erklärt, daß in Anbetracht der Ungeneigtheit der Perser, unsere berechtigten Ansprüche zu erfüllen, und der Unmöglichkeit, selbst unwichtige laufende Fragen zu erledigen, ich voraussehe, daß wir auf Persien einen Druck ausüben werden müssen, und ich habe ihn gefragt, ob das Londoner Kabinett unsere Ansicht teile. O'Beirne hat bei Grey angefragt und mir geantwortet, letzterer stehe einem Plane eines gemeinsamen Druckes eher ablehnend gegenüber. Ich habe erwidert, daß ich nicht auf meiner Ansicht bestehen werde, um unser Einvernehmen in persischen Fragen nicht zu stören, daß ich aber wahrscheinlich gezwungen sein werde, selbständig zu Zwangsmaßregeln zu greifen, so z. B. würden wir uns weigern, den Persern eine Ausnahme von der allgemeinen Regel des Verbotes des Transites durch den Kaukasus zu gestatten usw. usw.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 15./28. September 1910. — Nr. 242.

Ihr Telegramm Nr. 1420 erhalten. Von der Erwägung ausgehend, daß eine Störung des englisch-russischen Einvernehmens in Persien unzulässig ist, hat Grey dem englischen Gesandten in Teheran telegraphiert, er solle seinen russischen Kollegen bei den Verhandlungen mit der persischen Regierung unterstützen, unter der Voraussetzung, daß unsere Truppen in nächster Zeit abberufen werden. Da England auf diese Weise wahrscheinlich zu energischeren Maßnahmen in Persien greifen wird, so wird es seine Bewachungstruppen in Südpersien verstärken müssen.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Teheran vom 16./29. September 1910.

Der englische Geschäftsträger hat mir gestern gesagt, Grey könne keine Meinungsverschiedenheit in persischen Fragen zu-

lassen und habe die Absicht, sich streng an unser Einvernehmen zu halten. Er ist zu einem gemeinsamen Druck auf die Perser bereit und erwartet, daß wir ihn unsererseits in der Frage des Schutzes der südpersischen Straßen unterstützen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister Sasonow vom 18. Sept. / 1. Oktober 1910.

Der englische Gesandte hat kategorische Weisungen erhalten, unsere Forderungen zu unterstützen. Grey fügt hinzu, die Solidarität der beiden Gesandtschaften wäre wichtiger als alle Erwägungen bezüglich der Erhaltung des jetzigen persischen Ministeriums.

Sehr geheimer Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Teheran vom 25. Sept. / 8. Okt. 1910. — Nr. 884.

Wie Ihnen bereits bekannt, ist es uns geglückt, das Londoner Kabinett dazu zu bewegen, einen gemeinsamen Druck auf die persische Regierung auszuüben, um letztere zu veranlassen, die Bedingungen anzunehmen, unter denen wir unsere Truppen aus Kaswin abberufen werden, und auch um möglichst schnell die Frage der Konversion und Unifikation der unserer Bank geschuldeten Summe zu erledigen.

Sir Edward Grey hat dem englischen Gesandten in Teheran die nötigen Instruktionen zukommen lassen und auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich dem Geiste des russisch-englischen Abkommens anzupassen und keine Meinungsverschiedenheit in bezug auf grundsätzliche Fragen der persischen Politik zuzulassen.

Ich stütze mich auf Erwägungen, die einer sicheren Grundlage nicht entbehren, wenn ich sage, daß das Londoner Kabinett die englisch-russische Konvention vom Jahre 1907 als bedeutsam für die asiatischen Interessen Englands betrachtet; daß dieses Abkommen für England im Sinne der englischen europäischen Politik jedoch noch eine viel größere Bedeutung hat. Infolgedessen brauchen wir keinen Zweifel zu haben, daß die englischen politischen Kreise wirklich den Wunsch haben, das englisch-russische Abkommen genau einzuhalten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diese Erwägungen haben für uns eine große Bedeutung, da wir überzeugt sein können, daß die Engländer, in Europa politische Ziele vitaler Bedeutung verfolgend, im Notfall auf einige Interessen in Asien verzichten werden, nur um die für sie so wichtige Konvention mit uns zu erhalten. Aus diesem Umstande können wir natürlich Nutzen für uns ziehen, so z. B. in der persischen Politik.

Wir müssen augenblicklich abwarten, welche Resultate die gemeinsamen Schritte, welche Sie mit Ihrem englischen Kollegen unternehmen, zeitigen werden. Wenn die Perser unsere Bedingungen annehmen, wollen wir unsere Truppen aus Persien abberufen. Vielleicht wird dies endlich eine grundsätzliche Änderung in der persischen Politik hervorrufen und wir werden dann jene Unmenge von unerledigten Fragen, die sich im Laufe der letzten Jahre angehäuft haben, in normaler Weise erledigen können. Ich muß jedoch sagen, daß ich wenig Hoffnung habe, die Perser werden sich nachgiebig zeigen, da sie augenscheinlich die Fähigkeit verloren haben, sich der veränderten politischen Lage anzupassen. Wenn wir trotzdem einen letzten Versuch machen, so geschieht es aus dem Wunsche, einer unnormalen Situation ein Ende zu setzen, welche uns zwingt, unsere Truppen ohne irgendwelchen Nutzen in Persien zu halten, und auch um alle Mittel einer friedlichen Beilegung der Frage zu erschöpfen, ehe wir zu energischen Maßnahmen schreiten. Auf alle Fälle können wir nicht zulassen, daß die Dinge so weitergehen wie bisher. Wir können nicht länger eine Lage der Dinge zulassen, bei der nicht nur die Interessen, sondern auch die Autorität und das Prestige Rußlands leiden. Aus diesem Grunde werden wir zu Zwangsmaßregeln greifen müssen, wie ich dies bereits in meinem Telegramm Nr. 1420 erwähnt habe, wenn dieser unser letzter Versuch nicht zu einem Ergebnis führt.

Wie gesagt, glaube ich nicht, daß es ohne einen Druck auf die persische Regierung abgehen wird. Auf alle Fälle muß der genaue Plan dieser Maßregeln genau ausgearbeitet werden, um sie nötigenfalls sofort zur Anwendung zu bringen. Vor allem werden wir hierbei im Auge haben müssen, daß diese Maßregeln nicht dazu dienen sollen, uns in bestimmten konkreten Fragen Genugtuung zu verschaffen, sondern sie sollen die Perser über-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zeugen, daß man sich unsern Wünschen nicht beständig widersetzen darf und daß sie ihre demonstrative unfreundliche Politik uns gegenüber in Zukunft aufzugeben haben. Deshalb müssen unsere Maßregeln nicht den Charakter einer Übereinkunft mit den Persern annehmen. Wir müssen mit ihnen nicht zu handeln anfangen, sondern wir müssen sie davon überzeugen, daß wir unser freundschaftliches Verhältnis zu Persien nicht wiederherstellen werden, wenn sie uns diese oder jene Konzession erteilen, sondern nur, wenn ihre ganze Politik uns gegenüber grundsätzlich geändert wird.

Ich gehe auch von der Erwägung aus, daß Persien unser viel mehr bedarf als wir seiner, und wir haben genug Mittel, den Persern diese Erkenntnis beizubringen. Ich nehme an, wir könnten zu diesem Zwecke mit einem System kleinerer Unannehmlichkeiten anfangen, z. B. indem wir uns weigern, ihre beständigen Bitten um zollfreie Einfuhr verschiedener Gegenstände für den Hof und die Regierung zu erfüllen; indem wir systematisch die Anerkennung der neuernannten persischen Konsuln verweigern; indem wir persischen Beamten keine russischen Orden mehr verleihen; indem wir von der hiesigen persischen Gesandtschaft energischer als bisher verlangen, daß sie die Miete für das Gesandtschaftsgebäude und die Auslagen für Telegraphengebühren bezahlt; indem die Ausgabe von Einfuhrbewilligungen von Häuten usw. nach Rußland verweigert wird. Sodann könnte man zu wichtigeren Maßnahmen greifen, indem man der persischen Regierung den Verkauf oder den Transit der für Persien jetzt so wichtigen Waffen und Munition verweigert; Schwierigkeiten bei der Einfuhr persischer Gegenstände nach Rußland unter dem Vorwande sanitärer Maßnahmen; die Entsendung von kleinen Abteilungen zum Schutze der Liegenschaften unserer Untertanen in Persien; keine Darlehen und andere finanzielle Operationen im Einvernehmen mit unserm Finanzministerium, was für die Perser ganz besonders empfindlich sein wird. Dies bezieht sich natürlich nicht auf Zahlungen, die durch die Bedürfnisse der Kosakenbrigade hervorgerufen werden; letztere müssen wir nicht schwächen, sondern im Gegenteil stärken. Endlich, wenn dies alles nicht wirkt, können wir zu denjenigen äußersten Maßnahmen schreiten, die in Ihrem Telegramm Nr. 177

erwähnt sind, d. h. uns weigern, irgendwelche Beziehungen zum Ministerium zu unterhalten; erklären, daß unsere Truppen nicht nur nicht abberufen, sondern im Gegenteil verstärkt werden; die Bezahlung der Schulden verlangen, die Zollämter besetzen und schließlich drohen, daß wir in Teheran einrücken werden. Natürlich ist es wünschenswert, diese äußersten Maßnahmen womöglich zu vermeiden. Ich teile aber Ihre Ansicht, daß es nicht so weit kommen wird und daß der Widerstand der Perser gebrochen sein wird, ehe wir diese ganze Reihe von Zwangsmaßnahmen erschöpft haben werden.

Die von mir in Vorschlag gebrachten Maßnahmen sollen natürlich nur zum Beispiel dienen und ich überlasse es völlig Ihnen, einen genauen Plan vorzuschlagen, da Sie mit den örtlichen Verhältnissen besser bekannt sind. Ich bitte Sie daher, uns Ihre Ansicht so bald wie möglich mitzuteilen, wenn nötig auf telegraphischem Wege, wenn der Augenblick der Anwendung der Zwangsmaßregeln Ihnen nahe bevorstehend erscheint. Man muß dabei im Auge behalten, daß einige von den in Aussicht genommenen Maßnahmen längere Zeit in Anspruch nehmen werden, da man sich betreffs ihrer Ausführung an die verschiedenen dabei beteiligten Ressorts wird wenden müssen. Auch bitte ich Sie, von solchen Maßnahmen abzusehen, die unserm Handel mit Persien schaden würden, und wenn möglich auch von solchen, die hauptsächlich die ärmere persische Bevölkerung treffen würden, z. B. die periodisch nach Rußland kommenden Arbeiter, da es ungerecht wäre, die Vergehen der persischen Regierung solchen Leuten fühlbar zu machen. Diese Erwägung hat mich auch veranlaßt von Zwangsmaßregeln abzusehen, die an und für sich sehr wirksam wären, nämlich die Wiederherstellung der Paßgebühren zugunsten des Roten Kreuzes und die Weigerung, persische Pässe überhaupt zu visieren.

Natürlich könnten wir viel eher auf einen Erfolg rechnen, wenn der Druck auf Persien nicht von uns allein, sondern auch von England ausgeübt werden würde. Ich sehe jedoch keine Möglichkeit, England in der jetzigen Zeitlage zu veranlassen, an unserm System von Zwangsmaßregeln teilzunehmen. Andererseits bin ich überzeugt, daß die jetzige Handlungsweise der Perser nicht nur uns, sondern auch den Engländern schadet, da sie

Persien uns beiden entfremdet und dem Eindringen deutschen Einflusses Vorschub leistet, was ebensowenig den unsrigen wie den englischen Interessen entspricht. Wenn es Ihnen gelingen würde, den englischen Gesandten in Teheran zu überzeugen, so würden dessen Berichte nach London Grey vielleicht bewegen, sich uns anzuschließen. Dies ist aber bloß ein Gedanke, und ich weiß nicht, ob Sie ihn werden ausführen können. Aber ich halte es natürlich nicht für nötig, daß Sie Ihrem englischen Kollegen alle Einzelheiten unseres Planes mitteilen, noch weniger, daß Sie die Einzelheiten mit ihm zusammen ausarbeiten, da dieses nur zur Folge haben könnte, ihn in seinem Widerstande gegen unser System zu bestärken.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 13./26. Oktober 1910.

Ihren Brief Nr. 884 erhalten. Meine bisherigen Einwirkungen, wobei ich bis jetzt vom englischen Gesandten unterstützt worden bin, haben noch kein Resultat ergeben. Gestern hat mir das Ministerium einen Vorschlag gemacht, der zwar einen Schritt vorwärts bedeutet, aber doch nicht annehmbar ist, so daß ich mich geweigert habe, denselben Ihnen zu unterbreiten, obwohl ich es natürlich per Post tun werde. Immerhin scheint man in hiesigen politischen Kreisen die Notwendigkeit einzusehen, normale Beziehungen zu uns herzustellen, um so mehr als im ganzen Lande Unruhen ausbrechen und man glaubt, daß diese Unruhen von uns unterstützt würden. Erfreulicher sind die Verhandlungen über die Konversion, die Hoffnung auf den baldigen Fall des Ministeriums und die Ankunft des Regenten. Um die persische Regierung zur Nachgiebigkeit zu zwingen, halte ich es für nötig, auf meinen jetzigen Vorstellungen zu bestehen und mich gleichzeitig einer Besprechung aller anderen laufenden Fragen zu enthalten. Die von Ihnen genannten Zwangsmaßnahmen erster und zweiter Kategorie können nicht auf einmal eine starke Wirkung hervorbringen, da man eine günstige Gelegenheit abwarten muß, um sie anzuwenden. Es ist aber wünschenswert, den Persern den Transit aller Gegenstände und auch der Waffen und Patronen zu verweigern; ferner müssen wir nicht nur die persi-

schen Konsuln, sondern auch die uns nicht genehmen Gouverneure und andere Beamte nicht anerkennen, Bezahlung von der persischen Gesandschaft in Petersburg verlangen, im Kampfe zwischen Regierung und Revolutionären eine neutrale Haltung einnehmen und endlich Persien keinerlei finanzielle Hilfe erweisen. Ferner könnten wir Mukhbir völlig ignorieren und ich könnte in einzelnen Fällen selbständig handeln, um die verletzten Rechte russischer Untertanen wiederherzustellen. Die Maßnahmen hinsichtlich der Häute sind nicht wünschenswert, da sie nur die persischen Kaufleute und nicht die Regierung treffen würden; auch Repressalien gegen die persische Einfuhr nach Rußland wären nur unserm Handel schädlich. Falls unsere Beziehungen zu Persien sich zuspitzen und wenn die Regierung des Schahs fortfahren würde, unsere Rechte zu verletzen, so wäre das wirksamste Mittel, um der großen Masse der Bevölkerung die Situation fühlbar zu machen, unsere Grenze völlig zu schließen. Die von Ihnen erwähnten äußersten Maßnahmen ergeben sich dann als logische Folge. Meine persönliche Ansicht ist jedoch, daß die Perser schon früher nachgeben werden, und die möglichst baldige Ankunft des Regenten würde die Lage erleichtern.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Fünftes Kapitel.

Rußland und die Tätigkeit Morgan Shusters in Persien.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 5./18. August 1910.

Die persische Regierung hat in das Parlament eine Gesetzesvorlage über die Anstellung von Ausländern eingebracht, ohne die beiden Gesandtschaften vorher gefragt zu haben, und eine Zurücknahme der Gesetzesvorlage kann man ohne starken Druck nicht erreichen. Da unser Ziel hauptsächlich darin besteht, die Anstellung von deutschen oder österreichischen Instrukteuren in der persischen Armee nicht zuzulassen, so würde es vielleicht genügen zu erklären, daß die Anstellung von Angehörigen einer Großmacht als Instrukteure Rußland und England veranlassen könnte, ihre eigenen Untertanen in persische Dienste zu stellen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 24. Aug. / 6. Sept. 1910.

In diesen Tagen wird die Entscheidung des Parlaments hinsichtlich der Anstellung von Ausländern erfolgen. Man glaubt, daß im Finanzministerium entweder Schweizer oder Amerikaner angestellt werden. Der Anstellung von Belgiern ist das Parlament abgeneigt. Was die Schweizer anbelangt, so hat der englische Gesandte im Auftrage seiner Regierung die Hoffnung ausgedrückt, daß diese nicht zu den deutschschweizerischen Kantonen gehören werden, da sie sich sonst unter dem Schutze der deutschen Gesandtschaft befinden würden. Am meisten Aussichten scheinen die Amerikaner zu haben, zu denen man jetzt um so größere Sympathien hegt, als der hiesige amerikanische Gesandte sich geweigert hat, die Protestnote des diplomatischen Korps gegen das Monopol des Handels mit Häuten zu unterzeichnen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Teheran vom 26. Aug. / 8. Sept. 1910.

Wir glauben an und für sich, daß die Anstellung von Amerikanern als finanzielle Beiräte unsere Interessen nicht bedroht, aber die Tatsache, daß die Angehörigen einer Großmacht angestellt werden, beweist, daß die Perser den Ratschlägen Rußlands und Englands nicht haben folgen wollen. Außerdem bildet die Anstellung von Amerikanern ein Präzedens, nach dem es schwer sein wird, der Anstellung von Angehörigen anderer Großmächte und folglich auch der Ausbreitung des Einflusses der letzteren, vorzubeugen. Ich habe in diesem Sinne mit O'Beirne gesprochen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 28. August / 10. Sept. 1910. — Nr. 564.

Ich teile Ihre Ansicht, daß die Anstellung von Amerikanern unsern Interessen nicht schadet, und zweifle, daß dies ein Präzedens sein könnte, da die Vereinigten Staaten keine europäische Großmacht sind und in Persien keine politischen Interessen verfolgen. Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß die persische Regierung unsere Ratschläge in dieser Frage nicht befolgt hat. Wir werden aber die getroffene Entscheidung nicht mehr rückgängig machen können, ohne zu äußersten Maßnahmen zu greifen. Wenn unsere beiden Regierungen dies vermeiden wollen, so wäre es besser, diese Frage der persischen Regierung gegenüber zu ignorieren und uns an die Regierungen derjenigen Länder zu wenden, aus denen die persische Regierung die ausländischen Beiräte zu erhalten wünscht. Hier beständig Ratschläge geben, die doch nicht befolgt werden, schadet nur unserem Ansehen.

Telegramm des russischen Botschafters in Washington an den russischen Außenminister vom 20. Sept. / 3. Okt. 1910.

Ich habe vom Staatsdepartement ein Memorandum erhalten, welches in der Übersetzung lautet: „Das Staatsdepartement schätzt die Erklärungen der russischen und englischen Regierungen, daß die Vereinigten Staaten in Persien nicht interessiert seien. In Beantwortung einer Anfrage hat England

die Föderale Regierung durch die amerikanische Botschaft in London benachrichtigt, daß ‚beide Regierungen übereingekommen sind, diese Frage in Persien überhaupt nicht aufzuwerfen'. Bis jetzt hat das Staatsdepartement keine Anfrage von seiten Persiens hinsichtlich der Ernennung von amerikanischen Beiräten erhalten und das Departement erwartet nicht einen derartigen Schritt. Es besteht infolgedessen auch kein Grund, irgendwelche Maßnahmen in dieser Hinsicht zu treffen."

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 15./28. Jan. 1911. — Nr. 62.

Die Anstellung von amerikanischen Experten in Persien widerspricht unserm Übereinkommen mit England, daß die persische Regierung keine Angehörigen von Großmächten anzustellen hat; auch würde dadurch Deutschland die Möglichkeit gegeben, auf der Anstellung von deutschen Experten zu bestehen. Der hierdurch sehr beunruhigte französische Botschafter ist der Ansicht, daß die deutsche Regierung diese sich ihm darbietende Gelegenheit gewiß benutzen wird. Ich bitte Sie, baldmöglichst in Erfahrung zu bringen, inwieweit die Amerikaner berechtigt sind zu behaupten, daß die Engländer keine Einwendungen gegen die Anstellung von Amerikanern erheben.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 9. Jan. / 1. Febr. 1911. — Nr. 13.

Ihr Telegramm 62 erhalten. Grey schreibt mir in privater Form, daß, nachdem die russische und englische Regierung diese Frage im September letzten Jahres besprochen haben, sie übereingekommen wären, daß die Anstellung von Amerikanern keine Schwierigkeiten hervorrufen dürfte. Die Vereinigten Staaten seien keine europäische Großmacht, und infolge dieser Entscheidung hätten die Gesandten in Teheran die persische Regierung am 29. September hiervon in Kenntnis gesetzt. Wenn Sie es wünschen, wird Grey offiziös Erkundigungen einziehen, ob die Vereinigten Staaten auf dieser Angelegenheit bestehen. Grey glaubt aber, es wird schwer sein, unsere im September beschlossene Stellungnahme zu ändern. Er glaubt nicht, daß die Perser

andere Ausländer als Amerikaner anstellen werden, wenn England und Rußland erklären, daß sie in einem solchen Falle auf der Anstellung von Russen und Engländern bestehen werden. Buchanan ist beauftragt, mit Ihnen hierüber zu sprechen. Er selbst war im September in Urlaub und hatte von diesen Verhandlungen keine Kenntnis.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 28. Juni / 11. Juli 1911. — Nr. 871.

Unser Gesandter in Teheran telegraphiert unter Nr. 1524: Es stellt sich heraus, daß einer von den neuen Amerikanern ein Offizier sein soll, der eine spezielle Gendarmerie beim Generalschatzmeister zur Erhebung der Steuern zu organisieren haben wird. Der englische Gesandte hat mir als Geheimnis mitgeteilt, daß Shuster diesen Posten Stokes angetragen hat, der im Oktober seinen Posten als Militärattaché bei der englischen Gesandtschaft in Teheran verläßt. In dem Briefe wird darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit Stokes' hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, im Süden Persiens liegen wird. Ich erlaube mir zu bemerken, daß die Ernennung Stokes' dem Grundsatze widersprechen würde, daß nur die Angehörigen kleiner Staaten derartige Posten einnehmen dürfen. Auch scheint es mir, wir könnten zur Ernennung Stokes' nur in dem Falle die Zustimmung geben, wenn ein russischer Offizier ähnliche Funktionen in unserer Interessensphäre zu erfüllen hätte, oder wenn die Organisation der persischen Streitkräfte uns übertragen würde. Doch halte ich letzteres beim Bestehen des jetzigen Parlamentes kaum für möglich.

Telegramm des russischen Außenministeriums an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 4./17. Juli 1911. — Nr. 903.

Die Ernennung Stokes' würde auf unsere öffentliche Meinung einen sehr nachteiligen Eindruck machen und würde Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten zwischen Rußland und England in Persien aufkommen lassen. Befragen Sie das Londoner Kabinett, ob es nicht auf Stokes einwirken will, um

diesen zu veranlassen, den ihm angebotenen Posten auszuschlagen. Wir befürchten, daß wir sonst in die Lage kommen würden, auf Kompensationen bestehen zu müssen, so z. B. der Reorganisation der persischen Streitkräfte durch russische Offiziere.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 4./17. Juli 1911. — Nr. 149.

Man bedauert hier den Zwischenfall Stokes außerordentlich und befürchtet um so mehr Verwicklungen, als, wenn Stokes wirklich seinen Abschied nimmt, es sehr schwer sein wird, auf ihn einzuwirken; auch Shuster scheint einen sehr schweren Charakter zu haben.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Gesandten in Teheran vom 4./17. Juli 1911. — Nr. 150.

Vertraulich. Nicolson teilt mir vertraulich die Möglichkeit der Demission Stokes' und selbst Shusters mit. Man legt hier dem Zwischenfall große Bedeutung bei.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 13./26. Juli 1911. — Nr. 160.

Grey sagte mir heute, man hätte Stokes nahegelegt, den englischen Dienst zu verlassen. Er meint, dies sei deutlich genug. Grey will nicht weitere Schritte tun, da dies den Rücktritt Shusters zur Folge haben könnte, und es könnte ihm, Grey, dann der Vorwurf gemacht werden, daß er der finanziellen Reorganisation Persiens Schwierigkeiten in den Weg legt, da er Shuster sonst für die geeignete Persönlichkeit hält. Aber Grey versteht auch Ihren Standpunkt und hat keine Einwendung zu machen, wenn wir Kompensationen verlangen und uns auf die Tatsache berufen, daß Stokes ein Engländer ist. Grey wird diesem Standpunkt in Teheran nicht entgegentreten, wodurch bewiesen werden wird, daß beide Regierungen im Einvernehmen handeln.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 4./17. August 1911. — Nr. 189.

Grey hat mich gebeten, ihn aufzusuchen. Er sagte mir, aus den aus Petersburg erhaltenen Nachrichten ersehen zu müssen, daß Sie seinen Anstrengungen nicht ganz Gerechtigkeit widerfahren lassen. Der Abschied ist Stokes verweigert worden, bis der ganze Zwischenfall beigelegt ist. Folglich spielen die persönlichen Interessen Stokes' keine Rolle; er, Grey, habe die persische Antwort ungenügend gefunden; er habe Shuster sofort benachrichtigt, daß der Angehörige einer kleineren Macht an Stelle von Stokes ernannt werden müßte; er habe alle unsere Proteste in Teheran unterstützt. Grey erinnerte mich an seine öffentlichen Erklärungen im Parlamente und fügte hinzu, er hätte gehofft, sie würden in Rußland einen besseren Eindruck machen. Ich erwiderte Grey, daß ich von Ihnen ein Telegramm erhalten hätte, das mich beauftragte, ihm nochmals den ganzen Ernst der Lage darzustellen. Ich fügte hinzu, daß es scheine, der englische Botschafter in Petersburg hätte Sie nicht davon benachrichtigt, daß die persische Antwort in London als ungenügend betrachtet würde, noch daß er Sie von den seither bei Shuster unternommenen Schritten in Kenntnis gesetzt habe.

Zum Schlusse sagte Grey, man könne ihm im Parlament den Vorwurf machen, daß er sich mehr um die russischen Interessen im Norden als um die englischen im Süden kümmere, wo die Lage sich beständig verschlimmere. Deshalb bäte er Sie, jetzt die Initiative zu ergreifen, und er würde Sie seinerseits in Teheran unterstützen.

Telegramm des russischen Außenministeriums an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 6./19. August 1911. — Nr. 1101.

Wir erfahren, daß dem englischen Gesandten in Teheran vorgeschrieben worden ist, der persischen Regierung zu erklären, daß, wenn sie auf der Ernennung Stokes' besteht, die englische Regierung diesem Offizier den Austritt aus englischen Diensten verweigert. Diese Mitteilung erledigt die ganze Frage, und ich erblicke in diesem Entschlusse Greys einen weiteren Beweis der Einheitlichkeit unserer Handlungen in Persien.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 9./22. August 1911.—Nr. 703.

Shuster hat mich gestern aufgesucht und mir mitgeteilt, im Hinblick auf die letzten Schritte der beiden Regierungen in der Angelegenheit Stokes bleibe ihm kein anderer Ausweg übrig, als eine Mitteilung zu veröffentlichen, welche die Gründe darlegen wird, die seine Tätigkeit in Persien lähmen. Der Hauptgrund ist die Veränderung der Haltung Englands, die unter unserm Einfluß erfolgt ist, und dieser Umstand veranlasse ihn, Shuster, seinen Abschied zu nehmen. Zur Frage Stokes zurückkehrend, erklärte er, daß es in Persien durchaus keine passenden Persönlichkeiten gäbe, die die Reorganisation der finanziellen Gendarmerie übernehmen könnten, da sogar die soeben eingetroffenen schwedischen Offiziere erklären, sie würden kaum vor einem Jahre irgendeinen Nutzen bringen können, weil ihnen die örtlichen Verhältnisse und die Sprache unbekannt seien. Aber jede Verzögerung der Zolleinnahmen droht Persien mit völligem Ruin und macht selbst den Anfang irgendeiner Finanzreform unmöglich. Shuster weist darauf hin, daß Großmut in dieser Frage Rußlands Prestige nur erhöhen könne, und er seinerseits sei bereit, die Verpflichtung einzugehen, daß Stokes nur sechs Monate in Teheran bleiben und dann in den Süden geschickt werden wird, während die Verwaltung der Gendarmerie in Nordpersien Offizieren einer kleineren Macht oder sogar Rußlands anvertraut werden wird, falls die russische Regierung dies wünscht. In Anbetracht des Mißtrauens der Perser sei es ihm, Shuster, schwer, eine formelle Verpflichtung in dieser Hinsicht zu übernehmen, aber er hegt die Hoffnung, daß es ihm gelingen wird, selbst dieses von den Persern zu erreichen. Er erwähnte seine Verhandlungen bezüglich einer Anleihe mit dem Hause Seligmann und erklärte sich bereit, den Abschluß der Konversions-Anleihe mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern, unter der Bedingung, daß die persische Regierung über eine Million Pfund Sterling verfügen könne. Zum Schluß beteuerte mir Shuster, daß seine zukünftige Tätigkeit in Persien die russischen und englischen Interessen berücksichtigen wird, und er bat mich, die russische Regierung hiervon in Kenntnis zu setzen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich sagte ihm dies zu, gab ihm aber keine Hoffnung, daß sein Vorschlag vollauf Berücksichtigung finden würde.

Ich muß zugestehen, daß meine Unterredung mit Shuster auf mich Eindruck gemacht hat; es ist wohl kein Zweifel möglich, daß der Rücktritt Shusters der englischen Regierung viel Schwierigkeiten bereiten würde, sowohl in der englischen, als auch namentlich in der amerikanischen Presse. Vielleicht hält es unsere Regierung für möglich, da wir in der Angelegenheit Stokes völlige Genugtuung erhalten haben, den Vorschlag Shusters anzunehmen; in diesem Falle könnten wir von letzterem schriftlich verlangen, daß er die Bedingungen hinsichtlich Stokes' und des Abschlusses der Anleihe erfüllen wird. Auch wäre es besser, Stokes in englischen Diensten zu belassen, um es der englische Regierung zu ermöglichen, auf ihn auch in Zukunft einwirken zu können.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 10./23. August 1911. — Nr. 193.

Während der Verhandlungen über Stokes haben Grey und Nicolson mir wiederholt ihre Besorgnis ausgedrückt, daß ein möglicher Rücktritt Shusters noch einmal eine ernstliche Reform der persischen Finanzen in Frage stellen würde; dies wäre an und für sich sehr bedauerlich und würde eine starke Opposition hervorrufen. Ich glaube, es liegt in unserem Interesse, dies zu berücksichtigen, nachdem unser prinzipieller Standpunkt durchgesetzt worden ist und die Erklärungen Shusters unserm Gesandten gegenüber bezeugen, daß seine Haltung sich verändert und daß er sich nun an uns als an die letzte Instanz wendet. Wenn Eure Exzellenz meine Ansicht teilen, so scheint es mir wünschenswert, einen diesbezüglichen Entschluß so bald wie möglich zu fassen, um demselben den Charakter eines großmütigen, im Interesse Persiens gemachten Zugeständnisses zu geben, ehe hier und in Teheran neue Agitation einsetzt.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 7./20. Okt. 1911.

Ich habe Ihnen einen Artikel der Times über die von Shuster veröffentlichten Anschuldigungen zugestellt. Letzterer be-

hauptet, daß Rußland und England die Unabhängigkeit und Integrität Persiens verletzen. Den Beweis für diese Behauptung sieht er in dem Abbruch seiner Verhandlungen mit unserm Gesandten über die Schaffung einer besonderen Gendarmerie und die temporäre Rolle, die er dabei Major Stokes zugedacht hatte. Die Times weist diese Anschuldigung zurück, sowohl was Rußland als auch England anbelangt. Während Sir A. Nicolson mir gestern sehr beunruhigt mitteilte, er habe schlechte Nachrichten aus Persien erhalten, machte er keine Anspielung auf diese Angelegenheit, über die ich keine anderen als die in der Times veröffentlichten Informationen habe. Nicolson sprach nur von der Möglichkeit einer ministeriellen Krise, der Wahrscheinlichkeit der Bildung eines radikalen nationalistischen Kabinettes und der Demission des persischen Regenten.

Ich würde es nicht für nötig halten, auf den Zusammenhang zwischen diesen beiden Ereignissen hinzuweisen, wenn ich nicht glaubte, daß der Artikel der Times — der augenscheinlich die Absicht verfolgt, Schwierigkeiten zwischen Rußland und England zu vermeiden und das englische Publikum vorzubereiten — genau die Auffassung der ganzen Angelegenheit in England wiedergibt und nur eine indirekte Anspielung auf die äußerst schwierige Lage macht, in der sich Grey beim Zusammentritt des Parlaments befinden wird.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die englische Regierung der Frage Stokes von Anfang an zu wenig Bedeutung beigemessen hat. Aber es muß beachtet werden, daß, sobald ihre Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Angelegenheit gelenkt worden ist, Grey sofort die Konsequenzen gezogen hat. Er ist so weit gegangen, daß er ein Mittel angewandt hat — die Weigerung, Stokes den Abschied zu bewilligen —, dessen Legalität angefochten werden kann. Ich zweifle nicht, daß eine derartige Handlungsweise bei ihm durch den Wunsch bedingt worden ist, unsere Entente in Persien auf das genaueste aufrechtzuhalten, wobei er sich kaum Illusionen über die ihm hierbei erwachsenden Schwierigkeiten gemacht haben dürfte. Denn ich glaube, daß er in seinem Innersten den von unserm Gesandten in Teheran gemachten Vorschlag für annehmbar hielt.

Denn abgesehen von der Frage der englisch-russischen Kon-

vention mußte er notwendigerweise die unmöglichen Zustände in Persien im Auge behalten, die den englischen Interessen im Süden mehr schaden als den unsrigen im Norden.

In dieser Hinsicht ist es leicht, Grey im Parlament anzugreifen, wo die Anklagen Shusters einen größeren Widerhall gefunden haben, als für uns wünschenswert ist. Die englische öffentliche Meinung wird in dem jetzigen Zustande in Persien den wenn auch nicht beabsichtigten, so doch tatsächlich nötig werdenden Anfang einer bewaffneten Intervention erblicken, der man hier in England durchaus abgeneigt ist.

Ich möchte nicht noch einmal von den Erwägungen sprechen, die ich in meinen früheren Berichten geltend zu machen suchte. Die Hauptstadt und der Regierungssitz Persiens befinden sich in unserer Zone. Ich meine, wir dürfen nicht behaupten, daß aus diesem Grunde die Handlungen der persischen Regierung hauptsächlich Rußland angehen. Dies würde ein russisches Protektorat bedeuten, wobei den englischen Interessen im Süden eine gewisse Interessensphäre zugestanden würde, analog dem, was in Marokko zwischen Frankreich und Spanien stattfindet. Es besteht eine ganze Reihe von Fragen, die Persien im ganzen betreffen, die unsere beiden Regierungen in gleicher Weise interessieren und über die man sich verständigen muß. Die öffentliche Ordnung und die Finanzen gehören zu diesen Fragen.

Ich gestehe, ich sehe nur die Möglichkeit von Kompromissen, wenn es sich darum handelt, eine so schwierige Lage der Dinge aufrechtzuerhalten. Kompromisse zuerst zwischen England und Rußland und dann zwischen ihnen und Persien. Dies ist meiner Ansicht nach wenn nicht der Wortlaut, so doch der Sinn der englisch-russischen Konvention. Sonst könnte man letztere nicht anwenden, wie übrigens ein jedes internationale Abkommen schwer anwendbar wird, wenn es nicht die Möglichkeit von Kompromissen in sich schließt. Unter Kompromissen verstehe ich Mittel und Auswege aus Schwierigkeiten in der Art der Zugeständnisse, die unser Ministerpräsident in der Angelegenheit der Seligmännschen Anleihe gemacht hat. Es scheint mir dringend, daß ein derartiger Ausweg auch für die Bildung der Gendarmerie in Persien gefunden wird. Wenn ich auf diesen Erwägungen bestehe, so tue ich es ausschließlich, weil ich befürchte, daß man

unsere beiden Regierungen beschuldigen wird, sich nicht einigen zu können, um der Anarchie in Persien ein Ende zu setzen, und nichts Wirksames in dieser Hinsicht zu versuchen. Ich fürchte, diese Beschuldigung wird immer festere Gestalt annehmen und hauptsächlich gegen Rußland gerichtet sein.

Dies wäre der Anfang von großen und ernsten Schwierigkeiten in einem Augenblicke, da alles mich glauben läßt, daß ein enges Einvernehmen mit England für uns wichtiger und nötiger denn je ist.

P. S. Dieser Brief war schon geschrieben, als heute morgen in der Times der beigefügte Brief Lynchs veröffentlicht wurde. Dieser Abgeordnete, Mitglied des persischen Komitees, besitzt keinen großen Einfluß. Aber das Ende dieses Briefes berührt den Kern der ganzen Schwierigkeit — die Erhaltung der englisch-russischen Entente im Falle einer Aufteilung Persiens. Dieser Gedanke kann äußerst gefährlich werden und es gibt nur ein Mittel ihm entgegenzutreten, nämlich ein Einvernehmen mit der englischen Regierung zwecks Wiederherstellung der Ordnung und eines gewissen Wohlstandes in Persien.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an das russische Außenministerium vom 11./24. Okt. 1911. — Nr. 246.

Grey bat mich, ihn aufzusuchen. Er teilte mir zuerst mit, daß man Major Stokes den Abschied definitiv verweigert habe, so daß diese ganze Angelegenheit nun erledigt sei. Sodann sagte mir Grey, er sei außerordentlich beunruhigt von O'Beirne zu erfahren, die russische Regierung rechne mit der Möglichkeit einer militärischen Expedition oder der Besetzung Nordpersiens. Er legte mir die außerordentlich schwerwiegenden Folgen eines derartigen Schrittes dar: die Unabhängigkeit Persiens wäre verletzt; die englisch-russische Konvention würde ungültig und man müßte eine Revision der letzteren unter sehr schwierigen Bedingungen ins Auge fassen. Er wies darauf hin, daß, welches auch immer die Haltung Shusters sei, es sich immer noch um gewisse Tendenzen und nicht um schon getroffene Maßregeln, wie gegen uns gerichtete Konzessionen oder Anleihen, handle. Shuster habe ja in Wirklichkeit noch nichts getan, was die Not-

wendigkeit einer militärischen Expediton rechtfertigen könnte. Was die Anarchie anbelange, so hält er die Lage im Süden für viel schlimmer als im Norden, wo wir über zahlreichere Truppen verfügen als die paar hundert Engländer, die nach Ispahan, Shiraz und Buschir geschickt worden sind. Übrigens hat Grey der persischen Regierung mitgeteilt, daß, wenn letztere den Schutz der Verbindungswege im Süden wirksam übernehmen könne, die englischen Truppen nur als Konsulatswache verwendet werden würden. Grey teilte mir sodann seine persönliche Ansicht mit, daß Shuster nicht werde bleiben können. Er sei der Situation nicht gewachsen; er kenne bis jetzt nur die von Shuster gegen die beiden Regierungen gerichteten Anklagen aus den Zeitungen. Er hält es unter der Würde der beiden Regierungen, auf diese Anklagen offiziell zu antworten, und er wird diesen Standpunkt im Parlament energisch vertreten.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 11./24. Okt. 1911.

. . . . . Sir Edward sagte mir sodann, daß man sich keinen Illusionen hingeben dürfe, daß eine neue militärische Besetzung das Prinzip der Integrität und Unabhängigkeit Persiens verletzen und daß die englisch-russische Konvention auf diesem Prinzip beruhe und folglich hinfällig werden würde. Sir Edward bestand in durchaus freundschaftlicher aber dringlicher Weise auf seiner Hoffnung, die russische Regierung werde diese ernsten Folgen berücksichtigen, und er erwähnte nochmals den Umstand, daß Shuster, der wohl antirussische Gefühle an den Tag lege, bis jetzt noch nichts Konkretes gegen Rußland unternommen habe. Er sagte mir sodann: „Wenn die Konvention hinfällig ist, urteilen Sie selbst über die Folgen. Es gäbe keinen andern Ausweg, als zur Revision der Konvention zu schreiten, aber unter äußerst schwierigen Umständen und auf einer Grundlage, die jetzt noch viel schwerer zu finden wäre."

Ich habe Grey von der Notwendigkeit, unsere Konvention so wie sie ist aufrechtzuerhalten, überzeugt gefunden; er widersetzt sich jedoch jedem Schritt, der die Unabhängigkeit Persiens in Frage stellen würde.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Erlauben Sie mir, auf einen Passus Ihres Privatbriefes zurückzukommen. Sie sagen: „England fährt in seiner Politik der friedlichen Penetration mit beneidenswerter Beharrlichkeit fort, indem es die Sympathien Shusters England gegenüber ausnützt." Diese Worte mögen berechtigt sein, entsprechen jedoch nicht ganz der wirklichen Lage der Dinge, wenn man hierin eine beabsichtigte Wirkung der englischen Politik erblicken will.

Erstens hat die englische Regierung im Grunde genommen noch nichts erreicht. Es handelt sich nicht so sehr um Penetration, als um Erhaltung des blühenden Handels, der bis jetzt bestand. Tatsächlich verfügt England entschieden über weniger wirksame Mittel als wir im Norden. Und ich werde mir erlauben nochmals zu sagen, daß unsere Politik in Teheran, welche ausschließlich unsere eigenen Interessen im Auge hat, die englische Politik im Süden erschwert und auf unsere gemeinsamen Interessen zurückgewirkt hat. Diese Politik der Penetration, bis jetzt noch sehr unwirksam, ist daher eher ein Resultat als eine beabsichtigte Tendenz.

Was die Eisenbahnkonzessionen anbelangt — übrigens ist bis jetzt noch keine erhalten worden und wird wohl auch nie erhalten werden —, so behalten Sie wohl im Auge, daß die englischen Pläne sozusagen die notwendige kommerzielle und strategische Folge des von uns angenommenen Projektes sind, Bagdad mit Teheran über Khanekin zu verbinden, ohne daß Gewißheit besteht, daß die Bahn in Persien in russischen Händen bleibt. Die englischen Projekte in Südpersien sind in Wirklichkeit mit dem sehr verwickelten Problem der ganzen Bagdadbahn aufs engste verbunden. Ich erlaube mir deshalb zu wiederholen, daß, wenn wir uns an den Wortlaut der englisch-russischen Konvention bis zu seinen letzten Konsequenzen halten, die englisch-russische Konvention, die schon auf jedem Schritt den schlechten Willen und die Unfähigkeit der Perser zu überwinden hat, sehr schwer durchzuführen ist und daß wir deshalb zu Kompromissen und Bezeigung gegenseitigen Zutrauens greifen müssen. Vor allem muß man nicht vergessen, daß, wenn die Wirkung der russischen Entente mit England sich heute immer weiter auszubreiten trachtet, die Basis unseres Einvernehmens mit England Persien bleibt. Dies ist ein Umstand, der von der allergrößten Bedeutung ist.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 26. Okt. / 8. Nov. 1911. — Nr. 1730.

Ich telegraphiere unserem Gesandten in Teheran: Der persische Geschäftsträger hat uns anläßlich des Zwischenfalls Shoa-es-Saltaneh gebeten, uns damit zu begnügen, die Gendarmen durch Kosaken zu ersetzen und nicht auf Entschuldigungen wegen Beleidigung der Konsulatsbeamten zu bestehen. Er bat, dieses Ansuchen Persiens dem Kaiser zu unterbreiten. Wir haben dem persischen Vertreter geantwortet, daß der Kaiser bereits seine Direktiven gegeben hat und daß die russische Regierung alle ihre Forderungen aufrechterhält. Deshalb solle sich Persien beeilen, die gestellten Bedingungen zu erfüllen, um weiteren Folgen vorzubeugen. Was die Entschuldigungen anbelangt, so betreffen diese die Handlungsweise der Gendarmen persönlich den Konsulatsbeamten gegenüber, so daß unsere Forderung für die persische Regierung nicht erniedrigend sein könne.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 26. Okt. / 8. Nov. 1911. — Nr. 1732.

Ihr Telegramm erhalten. Wir sind überzeugt, daß die englische Regierung unter ähnlichen Umständen niemals zulassen würde, daß die Handlungsweise englischer Beamter den Gegenstand einer Untersuchung bilde, zu der Perser hinzugezogen würden. Wir sind unsererseits der Ansicht, daß wir allein das Recht haben, über die Handlungsweise unserer Beamten ein Urteil zu fällen. Die in der englischen Presse erwähnten Maßnahmen sind von uns bis jetzt noch nicht in Erwägung gezogen worden; sollte aber die persische Regierung hartnäckig bleiben, so müssen wir ein Mittel finden, um unsere Interessen zu schützen. Die Expeditionen nach Gilan und Talysch waren von uns schon vor diesem Zwischenfall ins Auge gefaßt worden, da die Lage in diesen Gegenden sehr unsicher ist, unseren Interessen ernstlich schadet und die persische Regierung die Ordnung daselbst nicht wiederherstellen kann. Diese Maßregel soll jedoch den Charakter einer Strafexpedition haben, nicht den einer ständigen Okkupation.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 29. Okt. /11. Nov. 1911. — Nr. 278.

Persönlich. Ich würde es an der nötigen Offenheit fehlen lassen, wenn ich den peinlichen Eindruck für mich behielte, daß Ihr Telegramm Nr. 1732 eine indirekte Kritik meiner selbst enthält. Erlauben Sie mir folgende Bemerkungen. Man kann unmöglich behaupten, daß zwei Großmächte wie Rußland und England, die in einem Lande wie Persien sich zu einer gemeinsamen Aktion verbinden, dies tun können, ohne daß einzelne Schwierigkeiten bei der Ausführung entstehen. Dies macht unsere gemeinsame Tätigkeit in Persien, die die Basis unserer Entente ist, so schwierig. Vor allem ist gegenseitige Unterstützung notwendig, aber der Norden Persiens mit der Hauptstadt gibt zu öfteren Zwischenfällen Anlaß als der Süden. Wir haben deshalb öfters Veranlassung, uns an England, als letzteres, sich an uns zu wenden. Dies schadet immer in gewisser Hinsicht den Interessen Englands. Ich gestehe, daß diese gegenseitige Unterstützung, welche weniger zur Lösung der Fragen selbst, als wegen des Eindruckes in Persien notwendig ist, nur durch einen beständigen Meinungsaustausch über entstehende Zwischenfälle möglich wird. Im entgegengesetzten Falle wird der obenerwähnte Unterschied der Lage der beiden Länder das Prinzip der Zusammenarbeit in Frage stellen. Wenn jemals unsere Zusammenarbeit mit England ein Ende nimmt, so würden die Folgen ernster Natur sein. Sie verstehen daher, welche Verantwortung in diesem Falle auf mich fallen würde, und ich muß daher meine Ansicht dem Ministerium stets mit völliger Offenheit darlegen. Es ist wahr, Grey hat mir wiederholt beteuert, er werde das Prinzip der Entente den Schwierigkeiten in Persien nicht zum Opfer bringen. Dies ist Greys Richtlinie in schwierigen Lagen gewesen, namentlich als er gegen englische Untertanen handeln mußte — die undankbarste Aufgabe für einen Außenminister. Aber Grey ist nicht allein Herr der Ereignisse, und auf diesen Standpunkt habe ich mich in meinem Berichte stellen müssen. Sie wollen die Länge dieses persönlichen Telegramms entschuldigen, aber ich halte es für durchaus notwendig, diese Erklärung abzugeben.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 3./16. November 1911. — Nr. 1798.

Ich bitte Sie, dem Londoner Kabinett folgende Mitteilung zu machen: Wie bekannt, ist in letzter Zeit die Haltung der persischen Regierung uns gegenüber nichts weniger als freundschaftlich gewesen und die Verantwortung hierfür fällt hauptsächlich auf den finanziellen Beirat Morgan Shuster, welcher vom ersten Augenblicke seiner Ankunft in Persien die russischen Interessen unberücksichtigt gelassen hat. Dieser Ausländer hat im Parlament und unter den persischen Nationalisten einen starken Rückhalt gefunden, so daß das Teheraner Kabinett ihm gegenüber nicht die nötige Autorität besessen hat. Neulich hat in Teheran ein Zwischenfall stattgefunden, als die persische Regierung die Absicht äußerte, die Besitzungen der Parteigänger des früheren Schahs, unter anderm auch des Shoa-es-Saltaneh zu konfiszieren; mit der Besitzung des letzteren verbanden sich auch russische Interessen. Shuster hatte den Auftrag, diese Maßregeln auszuführen, und hat sich auch in diesem Falle uns gegenüber herausfordernd benommen. Die ihm unterstellten Gendarmen haben nicht nur mit Gewalt von der Liegenschaft des Prinzen Besitz ergriffen, ehe noch die Verhandlungen zwischen den Vertretern Shusters und unserm Generalkonsul zu einem Ergebnis geführt hatten, und dabei die Kosaken der persischen Brigade aus dem Hause des Shoa getrieben, sondern sie haben auch die Gewehre auf die Angestellten unseres Generalkonsulats angelegt und zu schießen gedroht. Ihrerseits hat die persische Regierung allen Traditionen zum Trotz in zwei Noten die Abberufung unseres Generalkonsuls verlangt. Wir betrachten eine derartige Handlungsweise als mit der Würde und den Interessen Rußlands unvereinbar und wir haben unsern Gesandten beauftragt, der persischen Regierung die beiden erwähnten Noten zurückzuschicken und mündlich zu verlangen: 1. die Gendarmen im Hause des Shoa durch Kosaken zu ersetzen, bis die in Frage stehenden russischen Interessen am Besitze des Shoa festgestellt sein werden, und 2. durch den persischen Außenminister Entschuldigungen für die Handlungsweise der persischen Gendarmen auszudrücken.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Entgegen aller Erwartung ist diese maßvolle Forderung von der persischen Regierung abgelehnt worden. Wir haben deshalb unsern Gesandten beauftragt, die Forderung schriftlich zu wiederholen und hinzuzufügen, daß er im Falle der Ablehnung seine Beziehungen zur persischen Regierung abbrechen wird und wir uns vorbehalten, die uns nötig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen. Da wir bisher noch keine Antwort erhalten haben, so wird jetzt der Gesandte die Beziehungen abbrechen. Außerdem hat die russische Regierung beschlossen, eine russische Abteilung verschiedener Waffengattungen nach Kaswin vorrücken zu lassen, wobei es dem Gesandten überlassen bleibt, im Notfalle Truppen nach Teheran kommen zu lassen, um die persischen Gendarmen aus der Besitzung des Shoa mit Gewalt zu entfernen. Diese Maßregel hat natürlich nur temporären Charakter, und sowie der Zwischenfall erledigt sein wird und wir die nötigen Garantien erhalten haben werden, daß die Haltung der persischen Regierung uns gegenüber in Zukunft korrekt sein wird, werden unsere Truppen zurückbeordert werden.

Aus den telegraphischen Berichten über die von Grey dem englischen Parlament abgegebenen Erklärungen ersehen wir mit Befriedigung, daß er die Lage richtig einschätzt, und wir sind unsererseits der Überzeugung, daß unser Schritt den Grundsätzen unseres Einvernehmens mit England nicht widerspricht; wir haben nach wie vor die Absicht, in der persischen Frage in völligem Einvernehmen mit England zu handeln.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 4./17. Nov. 1911. — Nr. 1810.

Der soeben nach Petersburg zurückgekehrte Botschafter Buchanan hat mir ausführlich Greys Standpunkt dargelegt, wobei er darauf hinwies, daß sich seine Worte nur bis zum Zeitpunkte unseres Entschlusses, unsere Truppen in Persien einrücken zu lassen, beziehen. Grey findet unsere Forderung verständlich; an unserer Stelle hätte er sich jedoch mit einer anderen Maßregel, etwa der Besetzung der persischen Zollämter, begnügt. Die Entsendung von Truppen hält er für gefährlich, sowohl

was die persischen Angelegenheiten selbst anbelangt als auch hinsichtlich der Rückwirkung auf das englisch-russische Übereinkommen. Grey hat Buchanan beauftragt, mir und Kokowtzew zu sagen, ihm wäre an der Erhaltung der guten Beziehungen zu uns viel gelegen und er habe unsern Standpunkt nicht nur in Persien, sondern auch in England vertreten. Er betonte, daß es keine einzige Weltfrage gäbe, in der Rußland und England nicht Hand in Hand vorgingen. Es wäre nun sehr bedauerlich, wenn Persiens wegen ein Mißverständnis entstünde. Die öffentliche Meinung ist in persischen Fragen äußerst empfindlich, und die englische Regierung muß diesem Umstande Rechnung tragen. Die Entsendung von russischen Truppen wirkt in England beunruhigend, um so mehr als unser Vorgehen mit der Anwesenheit König Georgs in Indien zusammenfällt, wo das muselmännische Element in einer für England und den Monarchen unliebsamen Weise seine Mißbilligung über das Einvernehmen mit Rußland zum Ausdruck bringen könnte. Grey hofft daher, daß wir Mäßigung an den Tag legen werden.

Persönlich fügte Buchanan hinzu, daß seit zwei Tagen die Lage sich verändert habe. Die Entsendung unserer Truppen wirft jetzt die Frage unserer weiteren Handlungsweise auf. Er fragte mich, welches unsere Absichten hinsichtlich des Verbleibens unserer Truppen in Persien seien, welches unser Standpunkt dem Abkommen mit England gegenüber sei und welche Wirkung die jetzigen Ereignisse auf die Verwaltung Persiens haben würden, indem er die Hoffnung ausdrückte, wir würden noch zuwarten, unsere Truppen in Teheran einrücken zu lassen, um den Persern Zeit zu lassen, sich zu bedenken und unsere Forderungen zu erfüllen. Indem er sodann auf die Sympathien Englands zum jetzigen Regenten hinwies, fügte er hinzu, daß die Wiedereinsetzung des alten Schahs Mohammed Ali in England Widerstand hervorrufen würde und daß die englische Regierung eine solche Restauration nicht anerkennen könne, um so mehr als letztere die Folge einer militärischen Intervention wäre. Endlich erwähnte er das Benehmen unseres Generalkonsuls und seiner Beamten und äußerte Zweifel, daß deren Handlungsweise gerechtfertigt werden könne. Ich erwiderte dem Botschafter, daß wir unsererseits die guten Beziehungen zu England außerordent-

lich schätzen. Die Frage, welche Maßregeln ergriffen werden müßten, um Genugtuung zu erhalten, ist bei uns reiflich erwogen worden. Die Besetzung der Zollämter hätte keinen Erfolg gehabt. Die Einnahmen fließen sowieso in unsere Kasse und die persische Regierung hätte in einem solchen Schritte bloß ein gewisses Zögern erblickt, während es unserer Ansicht nach nötig ist, einen starken Schlag zu führen, um den gewollten Eindruck hervorzurufen. Wie dem immer auch sei, der Befehl, in Kaswin einzurücken, ist unseren Truppen gegeben worden und das Weitere wird von dem Gang der Ereignisse abhängen. Die Perser haben Zeit zur Überlegung, ehe wir in Teheran einrücken. Dies enthält auch unsere Antwort auf die Frage, wie lange unsere Truppen in Persien bleiben werden. Wir bedauern, daß unser Entschluß die englische öffentliche Meinung beunruhigt hat. Wir glauben aber, daß dieselbe unter ähnlichen Verhältnissen ihrer eigenen Regierung die Zustimmung nicht verweigert haben würde. Man muß in Betracht ziehen, daß unsere eigene öffentliche Meinung sich schon längst über die schwankende Haltung der russischen Regierung beklagt und von uns energische Maßnahmen fordert. Selbstverständlich bleibt unser Abkommen mit England bestehen und wir werden im weiteren Verlauf der Dinge alles zu vermeiden suchen, was die englische Regierung in eine schwierige Lage versetzen könnte. Was die Zukunft Persiens anbelangt, so bleibt das Prinzip der Unabhängigkeit und Integrität dieses Landes die Grundlage unserer Politik. Den jetzigen Regenten werden wir gern unterstützen, wenn er in Zukunft mehr Energie zeigt und ihm die Möglichkeit gegeben wird, einen größeren Anteil an der Regierung des Landes zu nehmen. Je länger unsere Truppen in Persien bleiben müssen, je größer werden natürlich auch unsere Forderungen sein. Wir schließen hierbei auch nicht die Möglichkeit aus, daß wir auf der Entfernung Shusters bestehen werden, obwohl wir zugeben, daß wir ihm als einem Ausländer gegenüber die in Persien üblichen Mittel nicht anwenden können. Auf die Frage Buchanans, ob wir nicht den Persern zu verstehen geben könnten, daß sie durch die Erfüllung unserer Forderungen der Ankunft unserer Truppen in Persien vorbeugen könnten, antwortete ich, daß dies an und für sich klar sei und daß irgendwelche weitere Erklärungen un-

sererseits bloß den Eindruck von Schwäche hervorrufen würden. Wir könnten nur die eigene Initiative der Perser zulassen, der gegenüber wir uns großmütig zeigen würden. Was das Benehmen unserer Beamten während des Zwischenfalles Shoa anbelangt, so erklärte ich Buchanan, daß unser Generalkonsul die ganze Zeit sich auf unsere Rechte und die Gewohnheiten des Landes gestützt habe, die ihm infolge seiner langjährigen Tätigkeit in Persien gut bekannt seien. Ein ähnlicher Vorfall hat im vorigen Sommer stattgefunden und hat keinerlei Verwicklungen hervorgerufen. Wenn einer der Unterbeamten des Generalkonsuls auch zu viel Eifer an den Tag gelegt hat, so kann dies einen Verweis auf disziplinarischem Wege zur Folge haben, berührt aber in keiner Weise die internationale Seite des Zwischenfalls. Ich fügte hinzu, daß auch die englischen Subalternbeamten nicht immer ihren Verpflichtungen in ganz korrekter Weise nachgekommen wären, wie z. B. Major Stokes.

Ich gebe die Zuvorkommenheit Greys uns gegenüber in persischen Fragen zu; ich brachte aber dem Botschafter in Erinnerung, daß auch wir englische Handlungen zugelassen haben, die unsern Interessen nicht entsprechen, so z. B. die Ernennung eines Finanzagenten in Ispahan. Was endlich die Wiederherstellung Mohammed Alis betreffe, so hätten wir diese Frage beim Ergreifen von militärischen Maßnahmen nicht im Auge gehabt. Indem Sie obiges zur Kenntnis Greys bringen, bitte ich Sie ihm zu wiederholen, daß wir unsererseits den herzlichen Wunsch hegen, die guten Beziehungen mit ihm aufrechtzuerhalten.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 5./18. Nov. 1911. — Nr. 280.

Infolge einer leichten Erkrankung habe ich nicht ins Auswärtige Amt gehen können. Nicolson ist zu mir gekommen und hat mir vertraulich von einem langen Telegramm Buchanans über seine letzte und wichtige Unterredung mit Ihnen Kenntnis gegeben. Nicolson hat keine Bemerkung hinzugefügt, außer der Versicherung, daß das Kabinett alles tun wird, um die Entente mit uns aufrechtzuerhalten, an der ihm mehr denn je gelegen ist. Er hat mir die schwierige parlamentarische Situation Greys

dargelegt, da Grey seine Haltung in Persien, aber nicht nur in Persien allein, verteidigen muß. Ich glaube, die Schwierigkeit besteht darin, daß Grey alle möglichen Folgen der Ereignisse in Persien nicht überblicken und für dieselben nicht einstehen kann. Nun fußt aber die Opposition gegen Grey hauptsächlich auf der Ungewißheit, welches das endgültige Resultat der englisch-russischen Politik in Persien sein wird. Diese Opposition wächst ohne Frage. Ein russisches Protektorat kann nicht zugelassen werden, ebenso nicht die Wiederherstellung der Regierung Mohammed Alis. Wenn dieser wieder auf den Thron gelange oder im Lande Fortschritte mache, solange die Besetzung unserer Truppen dauere, so würden diese beiden Ereignisse in Verbindung gebracht werden und denjenigen recht geben, die behaupten, daß dies der Hintergedanke der russischen Regierung sei, den sie jetzt verwirklichen wolle. Jedes Zutrauen zu der englisch-russischen Konvention wird gestört. Die Konvention selbst würde dies nicht überleben. Grey und Nicolson verstehen, daß die hauptsächlichste Schwierigkeit augenblicklich die Persönlichkeit Shusters ist. Das Londoner Kabinett wäre zufrieden, wenn er verschwinden würde. Aber es fragt sich, wie soll seine Entfernung vor sich gehen, da während der Anwesenheit unserer Truppen es in Teheran keine Regierung gibt, die sich dem Parlament gegenüber zur Geltung bringen könnte, welch letzteres allein Autorität zu besitzen scheint und Shuster unterstützt. Es will mir scheinen, daß Sie Grey Ihre Ansicht in dieser Frage mitteilen und daß die beiden Regierungen gemeinsam vorgehen müßten. Grey hat Donnerstag im Parlament zu sprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Gesandten in Teheran vom 6./19. Nov. 1911. — Nr. 281.

Persönlich. Man ist hier der Ansicht, daß der wirkliche Zweck unseres Vorgehens die Entfernung Shusters ist. Man würde ihn hier ohne Bedauern gehen sehen und keine Einwendungen erheben. Man wird aber nie eine Restauration Mohammed Alis zulassen, dagegen wünscht man den jetzigen Regenten zu erhalten.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Gesandten in Teheran vom 7./20. Nov. 1911. — Nr. 1833.

Wir teilen vollkommen Ihre Ansicht, daß Sie den Außenminister nur in dem Falle empfangen müssen, wenn er Sie davon benachrichtigt, daß die persische Regierung bereit ist, unsere Forderungen zu erfüllen. Es ist jedoch wünschenswert, schon jetzt den Persern auf irgendeine Weise zu verstehen zu geben, daß wir uns jetzt nicht mehr mit der Erfüllung unserer früheren Forderungen zufrieden geben werden, sondern daß wir die Absicht haben, noch einige andere Fragen aufzuwerfen, deren Erledigung wir für nötig halten, um in Zukunft die beständigen Reibungen zu vermeiden und eine Grundlage für dauernde freundschaftliche Beziehungen zu schaffen. Wir haben die Londoner Regierung bereits davon benachrichtigt, daß wir die Zurückberufung unserer Truppen von Garantien eines zukünftigen korrekten Benehmens der Perser uns gegenüber abhängig machen. In London teilt man übrigens unsere Ansicht über die Entfernung Shusters. Was die übrigen Garantien anbelangt, so halten wir, abgesehen von den schon früher in Aussicht genommenen, es für wünschenswert, die Frage der weiteren Entwicklung der persischen Armee aufzuwerfen, welche in unserer Zone unserer Kontrolle unterworfen werden müßte. Um aber diese heikle Frage nicht in ihrem ganzen Umfange aufzuwerfen und uns der Beschuldigung auszusetzen, daß wir die Reorganisation der ganzen persischen Armee beanspruchen, die ja eventuell auch im Süden Persiens vorzugehen hätte, ziehen wir es vor, fürs erste auf der Bildung einer besonderen Abteilung für Azerbeidjan, analog der schon bestehenden Kosakenbrigade, zu bestehen, wobei wir darauf hinweisen könnten, daß wir dann unsere Abteilung aus Täbriz abberufen könnten, was für die persische Regierung wünschenswert ist. Außerdem könnten wir die Frage der Erweiterung der Konzessionsrechte der Gesellschaften Julfa-Täbriz und Enzeli-Teheran anregen, in dem Sinne, daß diesen beiden Gesellschaften in ihrer Interessensphäre das Vorrecht für Eisenbahnbauten eingeräumt wird.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 8./21. Nov. 1911. — Nr. 283.

Der persische Gesandte hat Grey gestern erklärt, seine Regierung sei bereit, die beiden russischen Forderungen, d. h. Entschuldigungen und Ersetzung der Gendarmen durch Kosaken anzunehmen, wonach die russischen Truppen zurückgezogen würden. Grey hat geantwortet, er billige die persische Haltung, könne es aber nicht übernehmen, in Petersburg für Persien einzutreten. Grey möchte wissen, ob Sie es wünschen, offiziell von diesem persischen Schritte in Kenntnis gesetzt zu werden, was natürlich dann eine günstige Antwort auf den persischen Vorschlag bedingen und den ganzen Zwischenfall erledigen würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 8./21. Nov. 1911. — Nr. 284.

Die in meinem Telegramm 283 erwähnte Erklärung ist unserem Botschaftsrat gemacht worden. Ich selbst kann das Haus noch nicht verlassen und habe Grey nicht gesprochen. Ich möchte Ihnen jedoch folgendes mitteilen: Der persische Schritt, obwohl spät gekommen, stellt die Initiative dar, von der Sie Buchanan gesprochen haben. Ich selbst habe mehrfach Grey und Nicolson auf die sich beständig steigernden Forderungen unserer öffentlichen Meinung hingewiesen. Sie geben dies zu. Ihr Standpunkt hinsichtlich Shusters hat sich bereits verändert, aber es besteht ein Unterschied zwischen den Äußerungen der öffentlichen Meinung in beiden Ländern. In England kann sie in einem Votum des Parlaments Ausdruck finden. Grey ist einer Majorität sicher. Aber eine allzu große Verminderung derselben könnte schaden. Die Debatte wird Montag stattfinden. Sie wird lebhafter und länger als gewöhnlich sein. Was die persischen Fragen anbelangt, so wird Grey von der gewöhnlichen Gruppe, die keine große Bedeutung hat, angegriffen werden. Immerhin wird es ihm schwer fallen, unsere jetzige militärische Expedition zu rechtfertigen, da es nicht bewiesen ist, daß in dem Zwischenfall, der unsere militärischen Maßnahmen zur Folge

gehabt hat, das Recht ganz auf unserer Seite ist. Ich sage dies, weil ich nicht glaube, daß Grey Beweise in Händen hat, daß die Perser in allem schuld sind. Ich selbst habe nicht die Möglichkeit, ihn zur Annahme unseres Standpunktes zu zwingen. Dieser Umstand wird die Diskussion beeinflussen und auch diejenigen Mitglieder des Parlamentes erregen, die sich gewöhnlich mit den persischen Fragen nicht beschäftigen. Diese Seite der Frage sollte meiner Ansicht nach die russische Regierung aus politischen Erwägungen allgemeiner Natur im Auge behalten. Dieses Mal wird Grey nicht bloß wegen der persischen Frage, sondern auch wegen der marokkanischen Angelegenheit und der Italien gegenüber allzu freundlichen Haltung in Tripolis angegriffen werden. Das Votum kann dadurch beeinflußt werden. Sollte es gelingen, den jetzigen Zwischenfall beizulegen, so könnte uns Grey um so energischer in der Frage Shuster unterstützen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 10./23. Nov. 1911. — Nr. 286.

Ich glaube, Ihnen die hiesige Lage genau beschreiben zu müssen. Es wird immer klarer, daß nächsten Montag Grey in der persischen Frage viel heftiger angegriffen werden wird, als vorauszusehen war. Die Angriffe werden sich auf die Tatsache stützen, daß die persische Regierung sich bereit erklärt hat, die in unserm Ultimatum gestellten Forderungen zu befriedigen. Grey hat keine andere Möglichkeit, als unsere Handlungsweise vollständig zu rechtfertigen. Er ist fest dazu entschlossen, aber er wird sich nicht mit unserer Absicht solidarisch erklären können, die militärische Okkupation zu benutzen, um noch neue Forderungen an Persien zu stellen. Der ganze Zwischenfall und das Ultimatum werden als ein von uns in Szene gesetzter Vorwand dargestellt werden und man wird Grey beschuldigen, sich von uns weit über unsere früheren Erklärungen hinaus haben mitziehen zu lassen. Um uns die weitere Unterstützung Englands in der Frage Shuster zu sichern, müssen wir Grey die Möglichkeit geben, seine Politik dem Parlament gegenüber zu rechtfertigen. Dazu sehe ich keinen anderen Ausweg, als unsere Truppen zurückzuziehen, sobald uns Genugtuung gegeben ist; selbstverständ-

lich hätte Persien die Verantwortung zu tragen, wenn unsere Truppen gezwungen wären, ein zweites Mal in Persien einzurücken. Eine schnelle Entscheidung der Kaiserlichen Regierung ist um so notwendiger, als die Debatten am nächsten Montag von der höchsten politischen Bedeutung für die Entente sein werden.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 10./23. Nov. 1911. — Nr. 1861.

Wir erfahren, daß Shuster im Volke eine Broschüre verteilt hat, die heftige Angriffe gegen uns enthält. Wir sind der Ansicht, daß die Handlungsweise eines in persischen Diensten stehenden Ausländers, die deutlich gegen uns gerichtet ist, zusammen mit dem Umstande, daß die persische Regierung uns zu so einem ernsten Schritte als der Entsendung eines Expeditionskorps gezwungen hat, eine derartige Lage schafft, daß wir neue Forderungen stellen müssen und bis zu deren Erfüllung unsere Truppen nicht zurückrufen können. Die Handlungsweise Shusters wird von mir unserem Ministerrate unterbreitet werden und ich nehme an, daß beschlossen werden wird, die Entfernung dieses Ausländers und seiner Kreaturen zu verlangen; wenn diese Forderung nicht erfüllt werden wird, werden wir gezwungen sein, mit Gewalt vorzugehen, ohne natürlich uns von England absondern zu wollen.

Unser Gesandter in Teheran hat noch keine diesbezüglichen Instruktionen erhalten. Ich halte es aber für nötig, daß Sie schon jetzt mit Grey darüber sprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 10./23. Nov. 1911. — Nr. 287.

Ihr Telegramm 1861 erhalten. In der Buchanan gegebenen Antwort wiederholt Grey seinen Entschluß, uns zu unterstützen, wenn wir die Entfernung von Shuster verlangen. Aber er glaubt, daß diese Frage den Gegenstand von neuen energischen gemeinsamen Schritten der beiden Gesandtschaften bilden müsse,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

nachdem die direkten Beziehungen zwischen unserem Gesandten und der persischen Regierung wiederaufgenommen sein werden. Er besteht darauf, daß es notwendig sei, das weitere Vorrücken unserer Truppen aufzuhalten, nachdem die persische Regierung unsere beiden ersten Forderungen erfüllt haben wird, die wir allein durch eine militärische Demonstration unterstützen zu wollen erklärt haben.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 11./24. Nov. 1911. — Nr. 288.

Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß die ernstliche Gefahr einer englischen Ministerkrise besteht. Sie wird wahrscheinlich nicht Montag ausbrechen, sondern an dem Tage, an dem unsere Truppen in Teheran einziehen. Dies würde den Fall von Grey zur Folge haben, den einige seiner Kollegen verlassen würden. Was seine allgemeine Politik anbelangt, so ist Grey der Zustimmung des Parlamentes sicher; nicht aber in der persischen Frage. Was ihm fehlt, ist eine Argumentation, die sich auf eine mit uns vereinbarte gemeinsame diplomatische Aktion mit fest umrissenen Zielen stützt. Aus diesem Grunde besteht Grey darauf, daß der Zwischenfall Shoa unabhängig von der Frage Shuster behandelt und daß letztere nicht zum Vorwand unserer militärischen Expedition gemacht wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 11./24. November 1911. — Nr. 289.

Aus derselben Quelle erfahre ich, daß das persische Parlament und Shuster hauptsächlich bezwecken, das englisch-russische Einvernehmen zu sprengen; aus diesem Grunde befürchten sie die russische Besetzung Teherans nicht. Da in der Tat unser Einzug in Teheran zur Bildung einer neuen Regierung führen würde, die mit Waffengewalt aufrechterhalten werden müßte, wird die Okkupation Persiens eine dauernde sein müssen, um die von uns auferlegten Bedingungen aufrechtzuerhalten. Die englischen Kreise, die gegen die Entente mit uns sind, und das

persische Parlament würden gemeinsame Sache machen, was in nächster Zeit zu einem Bruche zwischen uns und England führen würde.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 13./26. Nov. 1911. — Nr. 1877.

Ich telegraphiere unserem Gesandten in Teheran: Der englische Botschafter hat mir gestern mitgeteilt, Grey erkenne unser Recht an, den Persern noch weitere Forderungen zu stellen, und sei der Ansicht, daß einige von ihnen von der englischen Gesandtschaft in Teheran unterstützt werden könnten. Er hält es für wünschenswert, daß wir unsere diplomatischen Beziehungen zu Persien wiederaufnehmen und unsere Truppen in Resht zurückhalten. Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß in Anbetracht der Erfüllung unserer ersten Forderungen von seiten der Perser Sie die Beziehungen zum persischen Außenminister bereits aufgenommen hätten und daß das Programm unserer neuen Forderungen vom Ministerrate festgesetzt werden wird; hierauf würden Sie gemeinsam mit dem englischen Gesandten feststellen können, inwieweit die englische Gesandtschaft uns unterstützen könnte.

Zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme: Wir haben durchaus nicht die Absicht, die Forderungen, die wir an die Perser stellen werden, von der Zustimmung des englischen Gesandten abhängig zu machen. Was Ihre Beziehungen zu dem persischen Außenminister anbelangt, so sollten dieselben, da wir im Begriff stehen, neue Forderungen zu stellen, einen rein geschäftsmäßigen Charakter haben und nicht die Wiederaufnahme normaler Beziehungen bedeuten.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 13./26. November 1911. — Nr. 1881.

Der Ministerrat ist von der Erwägung ausgegangen, daß unser Konflikt mit Persien durch unkorrekte Handlungen der persischen Regierung und ihrer Agenten in einem speziellen

Falle hervorgerufen worden ist; daß aus diesem Grunde die von uns jetzt gestellten Forderungen den Rahmen des Zwischenfalles nicht verlassen sollten und daß nur ein solcher Standpunkt von der öffentlichen Meinung in Rußland und im Auslande verstanden werden würde. Wir sehen deshalb davon ab, Forderungen zu stellen, die sich nicht auf den Zwischenfall beziehen, und verlangen von der persischen Regierung: 1. die Entlassung Shusters und Lecoffres; die Lage der übrigen von Shuster angestellten Beamten ergibt sich aus Punkt 2; 2. die Verpflichtung der persischen Regierung, keine Ausländer anzustellen, ohne die vorherige Zustimmung der russischen und englischen Gesandtschaften in Teheran eingeholt zu haben; 3. die Ersetzung der durch die Expedition hervorgerufenen Kosten durch die persische Regierung. Die allgemeine Summe und die Bezahlungsart werden später festgesetzt werden. Indem Sie diese Forderungen schriftlich stellen, werden Sie in Ihrer Note darauf hinweisen, daß wir zu diesem Schritt genötigt sind, um Genugtuung für die uns aufgezwungene militärische Expedition und für die herausfordernden Handlungen Shusters zu erhalten; daß wir den sehnlichsten Wunsch haben, die Ursachen, die bisher zu Konflikten geführt haben, zu beseitigen, um in Zukunft zwischen beiden Regierungen ein freundschaftliches Verhältnis herzustellen und die vielen noch nicht gelösten Fragen zu erledigen. Ich bitte Sie außerdem hinzuzufügen, daß wir eine Erfüllung unserer Forderungen binnen 48 Stunden erwarten, während unsere Truppen in Resht zurückgehalten werden. Wenn nach Ablauf dieser Zeit keine Antwort erfolgt sein wird, oder diese Antwort unbefriedigend sein sollte, so werden unsere Truppen vorrücken, was natürlich u. a. auch die Kosten vergrößern wird, die uns die persische Regierung zu ersetzen hat.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 16./29. November 1911. — Nr. 1901.

Der Kaiser hat geruht, die Instruktion an unsern Gesandten in Teheran zu bestätigen. Letzterer ist beauftragt worden, der persischen Regierung die betreffende Note zu übergeben.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 18. Nov. / 1. Dez. 1911. — Nr. 302.

Grey schickt mir einen kurzen eigenhändigen Brief, den ich wörtlich übersetze: „Ich bin sehr glücklich, daß Herr Neratow meine Rede im Parlament billigt. Gleichzeitig bin ich aber durch die weitere Entwicklung der Dinge in Persien sehr beunruhigt. Es handelt sich, wie es scheint, noch um weitere Forderungen. Wenn Rußland gezwungen wäre, Gewalt anzuwenden, um die Annahme der soeben gestellten drei Forderungen zu erzwingen — so wäre dies ein großes Unglück."

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 19. Nov. /2. Dez. 1911. — Nr. 305.

In einem besonderen Telegramm berichte ich Ihnen über meine heutige Unterredung mit Grey. Ich will hier Ihre besondere Aufmerksamkeit auf die allgemeinen Folgerungen Greys lenken.

Wenn die Gemeinsamkeit unseres Handelns in Persien aufhört, so würde dies notwendigerweise den Bruch der Entente bedeuten. Dies würde in kürzerer Zeit, als man allgemein annimmt, eine neue Orientierung der englischen Politik nach sich ziehen, über die Grey sich weiter nicht geäußert hat. Dies Ereignis würde an dem Tage eintreten, an dem er im Parlamente erklären müßte, daß zwischen England und Rußland nicht mehr völliges Einvernehmen herrscht. In einem solchen Falle würde er zurücktreten, da, wie er sagte, es den Interessen Englands nicht entsprechen würde, wenn er eine andere Politik weiterführen würde als die, welche er bis jetzt mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln vertreten hat, da er ein überzeugter Anhänger einer solchen Politik ist. Ich glaube, daß dies vollkommen der allgemeinen Stimmung hier entsprechen würde, welche über die Schnelligkeit unserer Entschlüsse bestürzt ist. Diese Schnelligkeit scheint die Möglichkeit eines befriedigenden Ausganges auszuschließen und muß zu Resultaten führen, mit denen man sich hier nicht abfinden könnte.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Noch nie habe ich Grey so beunruhigt gesehen, und Cambon hat mir diesen Eindruck bestätigt. Der italienische Botschafter hat mich gefragt, ob ich die Demission Greys für möglich halte. Grey hat allein mit mir gesprochen, nicht einmal mit Cambon.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 19. Nov. /2. Dez. 1911. — Nr. 307.

Folgendes ist die Übersetzung des von Grey dem englischen Botschafter in Petersburg mitgeteilten Resumés unserer heutigen Unterredung: „Ich sprach heute mit Benckendorff in den ernstesten Ausdrücken über die beunruhigende Lage in Persien. Ich sagte ihm, es wäre zu bedauern, daß das russische Ultimatum sich auf die Frage der Liegenschaft des Shoa-es-Saltaneh stützte: diese ganze Frage wäre etwas trivial, und der russische Standpunkt ist nicht ganz zu rechtfertigen. Es sei außerdem bedauerlich, daß, nachdem Rußland erklärt hatte — in der Tat haben wir eine formelle diesbezügliche Zusicherung von Kokowtzew erhalten —, daß die russischen Truppen zurückgezogen werden würden, sobald die beiden auf den Zwischenfall bezüglichen Forderungen erfüllt wären, und nachdem der englische Gesandte die persische Regierung bewogen hatte, diese Forderungen anzunehmen, die russischen Truppen nicht zurückgezogen, sondern neue Bedingungen gestellt worden sind. Es ist richtig, daß die Forderungen mit ein paar Tagen Verspätung angenommen wurden, aber die Umstände, unter denen Rußland gehandelt hat, sind nicht sehr glücklich gewesen.

Drei neue Forderungen sind gestellt worden. Was die beiden ersteren anbelangt, so kann ich keine Einwendungen erheben. Shuster hat den ihm von uns erteilten Rat nicht befolgt; er hat uns in eine sehr schwierige Lage gebracht; und wir müssen uns mit der persischen Regierung in der Frage der ausländischen Beiräte in irgendeiner Weise verständigen, um nicht wieder in eine solche Lage gebracht zu werden. Ich meine, es wäre besser gewesen, wenn wir von der persischen Regierung das Versprechen verlangt hätten, keine ausländischen Beiräte anzustellen, ohne sich vorher mit der russischen und englischen Gesandtschaft zu be-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

raten, anstatt sie zu zwingen, deren Einwilligung einzuholen: im Grunde genommen ist dies aber eine Frage der Form.

Ich bedaure, daß eine Entschädigung verlangt worden ist. Der englische Handel hat mehr gelitten als der russische. Ich glaube sogar, der russische Handel im Norden hat infolge des Umstandes, daß die englischen Interessen im Süden gelitten haben, nur gewonnen. Geld ist nötig, um die Ordnung im Süden wiederherzustellen, und die russischen Entschädigungsforderungen würden hier als eine Schädigung der englischen Interessen betrachtet werden. Da die Forderung gestellt worden ist, so muß die persische Regierung ja sagen; aber ich hoffe, daß russischerseits auf der Bezahlung nicht bestanden oder später in der einen oder andern Form eine Kompensation gefunden werden wird.

Ich wies den Botschafter ernstlich darauf hin, daß die russischen Truppen nur im äußersten Notfalle Teheran besetzen und daß keine weitergehenden Forderungen erhoben werden sollten, ohne sich vorher mit uns zu verständigen. Ich befürchte, das Petersburger Kabinett gibt sich nicht genügend Rechenschaft darüber, wie unerwartet die persische Frage, wenn nicht richtig behandelt, die ganze Frage der äußeren Politik zur Diskussion stellen kann. Wenn Forderungen erhoben werden, von denen wir nicht behaupten können, daß sie sich mit der englisch-russischen Konvention decken, so würde die persische Frage verschwinden und an deren Stelle die ausländische Politik überhaupt, sowohl Rußlands als auch Englands, treten. Dies wäre bedauernswert, und ich hege die größten Besorgnisse.

Wenn andererseits die russische Regierung sich auf ihre jetzigen Forderungen beschränken und nur im äußersten Notfall nach Teheran gehen würde, so hoffe ich die jetzigen Schwierigkeiten überwinden zu können. Wir können vielleicht eine persische Regierung bilden, welche einsehen würde, daß sie den russischen Interessen entgegenkommen muß, statt beständig Opposition zu machen. Wir würden eine solche Regierung durch die Anstellung von ausländischen Beiräten und die Gewährung einer Anleihe durch Seligmann oder ein anderes Bankhaus unterstützen. Die Lage in Persien würde besser werden, als sie bisher gewesen.

Aber augenblicklich haben wir noch große Schwierigkeiten zu

überwinden, und ich fürchte, die russische Regierung gibt sich nicht Rechenschaft, um einen wie großen Einsatz es sich handelt und wie große Anstrengungen wir machen müssen, um zu vermeiden, daß unsere Politik sich trennt."

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 21. Nov./ 4. Dez. 1911.

Es ist nicht leicht, Ihnen ein vollständiges Bild der Lage in London zu geben. Die Rede Sir Edward Greys, in der er die ganze politische Situation, wie sie sich aus den letzten Ereignissen in Europa und in Persien ergibt, mit der seiner Beredsamkeit eigenen Klarheit dargelegt hatte, hat großen Eindruck gemacht.

Im allgemeinen ist er von der Mehrzahl im Lande unterstützt worden, und die Presse nimmt ziemlich einstimmig seine Partei. Die großen Zeitungen enthalten keinen einzigen Angriff.

Allein schon während der Sitzung konnte man sich nicht der Einsicht verschließen, daß die Rede des Ministers nur bei der konservativen Opposition völlige Zustimmung fand, während auf der Seite der ministeriellen Partei der Eindruck kein einheitlicher war.

Die liberale Partei hat von jeher Tendenzen gezeigt, eine Annäherung zwischen England und Deutschland herbeizuführen. Man hat in diesen Kreisen gefunden, daß die Rede Sir Edward Greys ihre Wünsche zu wenig berücksichtigt, und von hier aus macht sich gegen Grey eine Opposition fühlbar, die fürs erste noch schwer zu unterscheiden ist, die aber in der Tat besteht und sich weiter entwickelt.

Die Autorität Greys im Parlament ist so groß, daß diese Opposition nicht weiter gefährlich wäre, wenn nicht die persische Frage hinzukäme.

Die kleine Fraktion der ultraradikalen Partei, die sich speziell für persische Fragen interessiert, ist durch Greys Erklärungen über den russischen Standpunkt in Persien zum Äußersten getrieben worden. Dieser Teil der Rede Greys hat in der Tat einen großen Eindruck hervorgerufen. Man hatte zwar geglaubt, daß er sich auf unsere Seite stellen würde, doch erwartete man

nicht, daß er den russischen Standpunkt zu erklären versuchen würde. Seitdem wird Grey beständig von Mitgliedern des Parlamentes angegriffen, auf deren Votum das jetzige Kabinett angewiesen ist. An diese wenig zahlreiche, aber heftige Opposition schließen sich die gemäßigteren, aber auch gefährlicheren Angriffe derjenigen Parlamentsmitglieder an — und zwar gehören sie nicht alle zur liberalen Partei —, welche ihm den Vorwurf machen, er nähme Deutschland gegenüber eine allzu ablehnende Haltung ein.

In Wirklichkeit ist Grey, wie er es in seiner Rede erklärt hat, nicht gegen eine Besserung der Beziehungen zu Deutschland. Eine solche erscheint ihm sogar wünschenswert. Aber er will ihr nicht die beiden Ententen zum Opfer bringen, und er ist überzeugt, daß eine ernstliche Annäherung an Deutschland nur unter dieser Bedingung möglich ist. Wie er mir gestern vertraulich erklärt hat, steht und fällt er mit dieser Politik. Aus diesem Grunde, sagte er, muß die russische Politik England gegenüber ganz klar sein. Er fügte hinzu, daß, wenn unser Einvernehmen die jetzige Krise überlebt, England darin den Triumph der gemeinsamen persischen Politik erblicken wird, was zur Kräftigung der Beziehungen zwischen beiden Ländern führen muß.

Aber um die Opposition zum Schweigen zu bringen, genügt es nicht, die russische Politik von Tag zu Tag erklären zu können.

Im Laufe unserer Unterredung sind wir auf viele Einzelheiten zu sprechen gekommen, und Greys vertrauliche Mitteilung an Buchanan enthält eine kurze Darlegung der ganzen politischen Lage.

Der Gedanke, daß die russische Regierung die Integrität oder die Unabhängigkeit Persiens — sowenig faktische Bedeutung diese Begriffe auch den beiden Mächten gegenüber haben mögen — verletzen wolle, kommt bei Sir Edward Grey nicht in Betracht. Dies ist aber sicherlich der Ausgangspunkt der Opposition.

Mehrfach hatte Grey darauf hingewiesen, daß die beständige Steigerung unserer Ansprüche die Opposition stärkt. Er gibt sich Rechenschaft, daß seine Demission mit Bestimmtheit zu einem völligen Wechsel der englischen Politik führen muß.

. . . . . .

Um die Entente mit England aufrechterhalten zu können, müssen wir meiner Ansicht nach der englischen Regierung erklären, daß wir uns in Teheran an die Abmachungen der englisch-russischen Konvention halten werden und daß die Integrität und Unabhängigkeit Persiens, so wie sie von den beiden Mächten verstanden werden, nicht verletzt werden sollen. Sonst ist es sicher, daß Grey zurücktreten muß, was immer er auch sagen oder tun möge.

Wenn wir in ihm nur einen Staatsmann von großem Verdienste verlieren würden, so müßte diese Erwägung vielleicht den Interessen Rußlands untergeordnet werden und könnte die Entschließungen der Kaiserlichen Regierung nicht beeinflussen. Aber ich glaube wiederholen zu müssen, der Rücktritt Greys zieht die Neuorientierung der englischen Politik nach sich.

Es kann keinen Zweifel darüber geben, was dann folgen würde. Gerade jetzt bereitet sich eine allmähliche Annäherung an Deutschland vor. Im Anfang mag diese Annäherung eine teilweise sein, später wird sie jedenfalls allgemein und alles andere ausschließend werden. Dies wenigstens ist meine feste Überzeugung — allen Anzeichen zum Trotz, da es sich ja nicht leugnen läßt, daß die Erbitterung sowohl in London als auch in Berlin noch andauert. Ich glaube jedoch, daß, wenn einmal Rußland von England getrennt ist, sich auch die jetzige Stimmung sehr schnell ändern wird. Es ist klar, daß für diejenigen, die einen Bruch der russisch-englischen Entente herbeiführen wollen, die ganze Angelegenheit Shuster ein wirksamer Hebel ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 22. Nov. / 5. Dez. 1911. — Nr. 313.

Nicolson teilt mir mit, Major Stokes werde wiederholten Befehlen gehorchen und nach England zurückkehren. Er wird Persien in zehn Tagen verlassen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 17./30. Nov. 1911. — Nr. 1173.

Nach langen geheimen Beratungen mit dem Ministerrate hat das persische Parlament über die Antwort auf unser Ultimatum in offener Sitzung abgestimmt und mit erdrückender Mehrheit beschlossen, unsere Forderungen abzulehnen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 18. Nov. / 1. Dez. 1911. — Nr. 1923.

Wir haben unsern Gesandten in Teheran beauftragt, dem Kommandanten unseres Expeditionskorps vorzuschlagen, in der Richtung auf Kaswin vorzurücken, mit der Berechnung, aus Resht nicht früher als am Nachmittage des morgigen Tages aufzubrechen, wie ich dies Buchanan versprochen habe.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 20. Nov. / 3. Dez. 1911. — Nr. 1938.

Der englische Gesandte hat im Auftrage des Londoner Kabinetts den Persern mitgeteilt, daß beide Regierungen über die Lage in Teheran beraten, daß man aber in Teheran sich nicht der Hoffnung hingeben solle, daß irgendeine von den russischen Forderungen zurückgenommen werden würde. Die Nichterfüllung des russischen Ultimatums werde das Vorrücken unserer Truppen zur Folge haben. Diese Mitteilung hat in den Augen der Perser und der hiesigen Engländer die Solidarität der beiden Regierungen wiederhergestellt, hinsichtlich welcher hier nach unserm letzten Ultimatum mannigfach Bedenken geäußert wurden.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 21. Nov. / 4. Dez. 1911. — Nr. 1951.

Wir geben uns nicht Rechenschaft, aus welchen Gründen Grey über unsere Handlungsweise in Persien so beunruhigt ist, da dieselbe unserem Abkommen mit England nicht wider-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

spricht. Wir haben nicht die Absicht, auf der unmittelbaren Ersetzung unserer Kosten zu bestehen. Wir haben darauf hingewiesen, daß diese Frage den Gegenstand weiterer Beratungen bilden wird. Unsere Truppen werden wahrscheinlich am 30. November in Kaswin konzentriert sein, und der kommandierende General wird dort weitere Instruktionen abwarten. Ich habe hierbei Buchanan darauf hingewiesen, daß das Stehenbleiben unserer Truppen in Kaswin von der weiteren Entwicklung der Dinge abhängen wird; vielleicht wird eine Beschleunigung unseres Einzuges in Teheran nötig sein. Was neue Forderungen anbelangt, falls solche z. B. infolge bewaffneten Widerstandes und Blutvergießens nötig sein werden, so werden sie sich nur auf speziell russische Interessen in unserer Zone beziehen, so z. B. Eisenbahnen in Nordpersien, die Organisation einer bewaffneten Truppe in Täbriz unter russischer Kontrolle, um unsere dortigen Truppen abberufen zu können usw. Es versteht sich von selbst, daß wir Forderungen allgemeiner politischer Natur ohne ein vorheriges Einvernehmen mit England nicht stellen werden.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 25. Nov. / 8. Dez. 1911. — Nr. 315.

Der englische Gesandte telegraphiert aus Teheran, daß er zur Annahme berechtigt ist, die persische Regierung werde unsere Forderungen erfüllen. Aus der Unterredung des hiesigen persischen Gesandten mit Grey ergibt sich, daß die Forderung einer vorherigen Zustimmung von seiten Rußlands und Englands zur Ernennung von ausländischen Beiräten am meisten Widerstand hervorruft. Grey meint, man sollte für diese Forderung eine Form finden, die die Eigenliebe der Perser weniger verletzt. Dieses Zugeständnis müsse man natürlich erst machen, nachdem die Bedingung der Entfernung Shusters erfüllt worden ist.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 27. Nov. / 10. Dez. 1911. — Nr. 2009.

Ihr Telegramm Nr. 315 erhalten. Wir haben unserem

Gesandten bereits Instruktionen erteilt, dem zweiten Punkt unseres Ultimatums eine für die Eigenliebe der Perser weniger verletzende Form zu geben und die Worte „ohne die vorherige Zustimmung der beiden Gesandtschaften" durch „ohne ein vorheriges Übereinkommen mit den beiden Gesandtschaften" zu ersetzen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 9./22. Dez. 1911. — Nr. 2109.

Ich telegraphiere unserem Gesandten in Teheran: Der persische Geschäftsträger hat uns heute mitgeteilt, daß seine Regierung alle unsere Forderungen annimmt, wobei Punkt 2 in der von uns zugelassenen Fassung beantwortet werden wird. Gleichzeitig hat der persische Vertreter der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß unsere Truppen sofort aus Kaswin zurückgezogen werden werden. Wir haben ihm erklärt, daß wir seine Mitteilung mit Vergnügen zur Kenntnis nehmen und daß natürlich unsere Truppen zurückgerufen werden sollen, daß wir aber hoffen, daß zu diesem Zeitpunkte unsere Forderungen faktisch erfüllt und Shuster entfernt sein wird. Gleichzeitig hoffen wir, daß die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und Persien die Bereitwilligkeit der persischen Regierung zur Folge haben wird, auf diplomatischem Wege eine ganze Reihe von Fragen zu regeln, die im Laufe der letzten Jahre keine Lösung gefunden haben und die in keinem Zusammenhang mit dem soeben glücklich beendeten Zwischenfalle stehen.

Sodann teilte der Geschäftsträger mit, in Rescht und Täbriz sei es zu Zusammenstößen mit unseren Truppen gekommen; die Schuld falle auf letztere. Wir haben ihm geantwortet, daß nach unseren Informationen die Perser angegriffen hätten, daß wir noch keine genauen Informationen besäßen, daß aber auf alle Fälle die weitere Handlungsweise unserer Truppen in diesen beiden Städten nicht von Befehlen der zentralen Institutionen, sondern von den militärischen Befehlshabern abhänge.

Telegramm des russischen Statthalters im Kaukasus an den russischen Außenminister vom 10./23. Dez. 1911. — Nr. 7637.

Bis zum heutigen Tage habe ich keine Befehle hinsichtlich

der Handlungsweise unserer Truppen in Persien erlassen. Die Befehlshaber der einzelnen Abteilungen haben im Einvernehmen mit unseren Konsuln gehandelt. Ich halte jedoch eine solche Lage der Dinge für unrichtig und bei den zugespitzten Verhältnissen für unhaltbar. Man muß den Befehlshabern Instruktionen geben, die das Ziel der Expedition genau umschreiben und ihnen zur Erreichung desselben volle Handlungsfreiheit lassen. Die Instruktionen müssen meiner Ansicht nach folgende sein: ohne anzuhalten auf Teheran vorzurücken, diese Stadt zu besetzen und sich zur Verfügung unseres dortigen Gesandten zu halten; den ganzen Weg bis Teheran zu sichern und in Enzeli, Rescht und Kaswin die nötigen Etappen zu belassen; energisch gegen Arbeitsniederlegung, Boykott und Räubereien vorzugehen; die Fidai müssen gefangengesetzt, falls sie Widerstand leisten, vernichtet werden. Die Ansichten der Konsuln können in Erwägung gezogen werden, aber die Befehlshaber müssen selbständig handeln und bloß die Befehle des Gesandten berücksichtigen. Das lange Stehenbleiben unserer Truppen in Kaswin hat den Revolutionären bewiesen, daß ein bestimmter ausländischer Einfluß unsere Handlungsfreiheit einschränkt. Dies hat den Mut der Fidai erhöht und zu Kämpfen mit unserer Abteilung in Täbriz geführt.

Telegramm des russischen Statthalters im Kaukasus an den russischen Außenminister vom 11./24. Dezember 1911. — Nr. 7785.

Die Angriffe auf unsere Truppen und die Verstümmelung unserer Verwundeten machen strenge Vergeltung notwendig, und ich finde es wünschenswert, General Woropanow zu beauftragen, die Zitadelle von Täbriz in die Luft zu sprengen und Kriegsgerichte einzusetzen, welche alle Urheber des Angriffes abzuurteilen hätten, ebenso diejenigen, die unsere Verwundeten verstümmelt haben, und endlich auch alle russischen Untertanen, die sich nach Persien geflüchtet und an den Angriffen auf unsere Truppen teilgenommen haben. Die Urteile müssen sofort vollstreckt werden. Außerdem muß man von der Bevölkerung von Täbriz eine bedeutende Entschädigung für die Familien der Getöteten und Verwundeten verlangen. Ähnliche Maßregeln sind in Enzeli und Rescht und in anderen persischen Städten zu ergreifen, in denen Zusammenstöße stattgefunden haben.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Statthalters im Kaukasus an den russischen Außenminister vom 11./24. Dez. 1911. — Nr. 7786.

Alle Schuldigen sollten vor den Kriegsgerichten an Ort und Stelle in Persien selbst abgeurteilt und nicht nach Rußland in die kaukasischen Gefängnisse geschickt werden, da letztere überfüllt sind und die Verurteilung sich lange hinziehen und die Strafe im Verhältnis zur Schuld nicht streng genug sein würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 19. Dez. 1911/1. Jan. 1912. — Nr. 337.

Mallet und verschiedene Redakteure der großen englischen Zeitungen, die für die Entente eintreten, u. a. auch der Times, haben mir gesagt, daß sie die Maßlosigkeit der Nowoje Wremja hinsichtlich der blutigen Unterdrückung der Unruhen in Persien bedauern. Dies sei um so mehr zu bedauern, als es sich um die friedliche örtliche Bevölkerung handelt, die sich im großen und ganzen Rußland gegenüber entgegenkommend gezeigt hat. Ich habe Mallet erwidert, ich sei überzeugt, daß die militärischen Befehlshaber Befehle haben, jede ungerechte Maßnahme zu vermeiden; daß der Einfluß des Statthalters und der Konsuln im selben Sinne tätig sei; daß die Regierung für die Artikel der Nowoje Wremja nicht verantwortlich gehalten werden könne; daß ich aber bereit sei, diese Erwägungen zu Ihrer Kenntnis zu bringen, um eine Pressekampagne zu vermeiden.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 21. Dez. 1911/3. Jan. 1912. — Nr. 341.

Mallet hat mir vertraulich ein Telegramm des englischen Gesandten in Teheran über die Hinrichtung des Sikat ül Islam gezeigt. Barclay drückt seine Bestürzung aus. Dieser Geistliche sei in einem großen Teile Persiens ganz besonders verehrt worden. Seine Hinrichtung sei eine Katastrophe und könne unberechenbare Folgen nach sich ziehen. Er hält den Sturz des persischen Kabinetts für möglich. Die Nachricht ist heute hier veröffentlicht worden. Die Times widmet der ganzen Lage in

Täbriz einen Leitartikel. Der Artikel ist für uns im großen ganzen günstig, mit Ausnahme dieser Hinrichtung. Ich befürchte einen sehr ungünstigen Eindruck in der hiesigen öffentlichen Meinung. Man befürchtet vor allem ein Aufflackern des religiösen Fanatismus.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 23. Dez. 1911/5. Jan. 1912. — Nr. 343.

Die Hinrichtung des Sikat muß unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden. Zuerst die Wahl des Tages. Diese Wahl scheint mir ein bedauerlicher Irrtum unserer Behörden gewesen zu sein. Die von uns ergriffenen Maßregeln hatten den einzigen Zweck, die Urheber der Unruhen exemplarisch zu bestrafen. Wenn sich unter diesen Geistliche befinden, so hätte man augenscheinlich nicht einen religiösen Festtag für ihre Bestrafung wählen sollen, um klar zu zeigen, daß diese Bestrafung mit dem religiösen Gefühl und der islamischen Religion nichts zu tun hat. Dadurch, daß die Hinrichtung gerade an dem Tage der religiösen Gebete vollzogen worden ist, hat die ganze Angelegenheit einen antimuselmanischen Charakter angenommen. Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß der durch die Hinrichtung des Sikat hervorgerufene Eindruck so außerordentlich groß ist, daß die russische Regierung allen weiteren Hinrichtungen ein Ende setzen sollte.

Auszug aus einem Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 24. Dez. 1911/6. Jan. 1912. — Nr. 346.

..... Die Ereignisse können nicht verfehlen, den Eindruck hervorzurufen, daß unsere ganze Politik in Persien zwischen zwei Polen zu schwanken scheint: die eine, geheime Strömung, scheint immer die andere, die unser offizielles Programm bildet, mit sich fortzureißen. Diese Ansicht gewinnt immer mehr Boden. Sie schadet ganz außerordentlich der Autorität und dem Ansehen der offiziellen Äußerungen unserer Regierung. Ich würde mir einen Vorwurf machen, Sie nicht auf diese Gefahr hinzuweisen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Teheran vom 5./18. Jan. 1912. — Nr. 38.

Wir haben mit Vergnügen davon Kenntnis genommen, daß die persische Regierung energische Maßnahmen gegen die Demokraten zu ergreifen gedenkt. Wir sind überzeugt, daß nur auf diese Weise die Ordnung im Lande wiederhergestellt werden kann. Teilen Sie dem Kabinett mit, daß man in dieser Frage auf unsere volle Unterstützung rechnen könne.

Auszug aus einem persönlichen Briefe des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 15./28. Jan. 1912.

.....Ich habe bis jetzt keinen Gebrauch von dem letzten Satze Ihres Telegramms Nr. 13 gemacht: „Wir machen jetzt einen neuen entscheidenden Versuch, mit der persischen Regierung freundschaftliche Beziehungen herzustellen, und wenn sie sich wieder als unseres Vertrauens unwürdig erweist, so werden wir in einen ernsten Meinungsaustausch mit dem Londoner Kabinett über die bestehende Lage eintreten müssen."

Solche Erwägungen scheinen mir verfrüht zu sein. Wenn ich sie dem Londoner Kabinett mitteilen würde, so könnte letzteres sie so auffassen, als ob wir selbst kein Zutrauen zu dem Erfolge unserer jetzigen Anstrengungen haben und schon jetzt mehr an ihre eventuellen Folgen denken. Was folgt, kann nur eine mehr oder weniger offene Aufteilung Persiens sein. Dies würde den Zusammenbruch der Greyschen Politik bedeuten, in deren Namen er bis jetzt alle Gegner der Entente zum Schweigen gebracht hat. Es ist augenscheinlich, daß wir versuchen müssen, eine neue Situation in Teheran zu schaffen, aber ich möchte nicht von einem endgültigen Versuche sprechen — dies erinnert zu sehr an einen letzten Versuch. Wir haben bereits konkrete Resultate erreicht. Shuster ist verschwunden und das persische Parlament ist aufgelöst. Der neue Geist braucht Zeit, um sich durchzusetzen. Es wird mir nicht schwer fallen, Grey gegenüber die von uns an den Tag gelegte Nachgiebigkeit zur Geltung zu bringen: die Abdankung Mohammed Alis und die persische Anleihe. Was ich vermeiden möchte, ist unsere Entente mit

England, unsere Beziehungen zu diesem Lande von dem Verhalten der persischen Regierung abhängig zu machen und dadurch sozusagen den Schlüssel der englisch-russischen Beziehungen in die Hände der persischen Regierung zu legen. Es scheint mir illusorisch zu glauben, daß die gemeinsame Prüfung eines vollkommen neuen Programms zu einem Ergebnis führen könne. Weder Grey noch die jetzige Regierung kann die Aufteilung oder ein gemeinsames Protektorat über Persien zugeben. Nicht nur die liberale, sondern auch die ganze konservative Partei in England würde sich dem widersetzen.

Ich glaube, die Konservativen werden es vermeiden, selbst wenn sie es könnten, die Regierung in einer Frage der äußeren Politik zu stürzen. Sie ziehen es vor, ans Ruder zu gelangen, ohne in einer bestimmten Frage gebunden zu sein. Ich glaube auch nicht, daß Grey wird zurücktreten müssen, es sei denn, es tritt ein unvorhergesehenes Ereignis ein. Aber andererseits kann ein Außenminister nicht lange auf seinem Posten bleiben, wenn er von seiner Partei angegriffen und nur von der Opposition gestützt wird. Dies muß aber eintreten, wenn wir erklären, daß wir in Persien zu weiteren Maßregeln greifen müssen. Man darf sich nicht verheimlichen, daß die Opposition in England wächst. Die persische Frage fällt am meisten in die Augen; sie ist aber nicht die einzige. In Wirklichkeit handelt es sich um die Beziehungen zu Deutschland; man findet sie zu gespannt, und man macht Grey dafür verantwortlich — meiner Ansicht nach zu Unrecht. Bonar Law hat in seiner Rede der auswärtigen Politik nur ein paar Worte gewidmet. Er hat jedoch mit der Äußerung geschlossen, daß die Greysche Politik logischerweise dazu hat führen müssen, die ganze Verstimmung (ill will) in Deutschland auf England zurückfallen zu lassen. Dies ist das Hauptthema der Opposition, sosehr es auch geleugnet werden mag.

Wenn es sich nur um die Angriffe des persischen Komitees handeln würde, so wäre die Sache nicht gefährlich. Man macht jedoch Grey den Vorwurf, die Angelegenheiten des nicht sehr dankbaren Frankreichs besorgt zu haben und nun die Interessen Italiens und Rußlands zu vertreten. Frankreich und Italien gehören schon der Vergangenheit an, die persische Frage bezieht

sich jedoch auf die Gegenwart, und die Opposition wird zu beweisen suchen, daß Grey die Interessen Englands in Südpersien und in Indien zugunsten Rußlands vernachlässigt.

Nicolson hat mir gesagt, der englische Vizekönig in Indien habe geschrieben, daß die Ereignisse in Persien einen großen Widerhall in der muselmanischen Bevölkerung gefunden haben.

Der deutsche Botschafter war soeben bei mir. „Die öffentliche Meinung in England fängt an, sich wieder uns zuzuwenden", hat er mir gesagt. Dies ist richtig. Man muß nur vermeiden, daß sie sich in demselben Maße von uns abwendet. Und doch ist dies der Fall. Man kann diese Entwicklung noch aufhalten; sie kann aber auch schnelle Fortschritte machen, wie Grey selbst mir vor einigen Wochen gesagt hat. An jenem Tage war Grey sehr ernst.

Ich habe Bedenken, immer wieder die Kassandra zu spielen, aber wer hätte die Pflicht, wenn nicht ich, Ihnen zu schreiben, was ich voraussehe und was ich beobachte?

Die Beziehungen von Regierung zu Regierung sind nicht getrübt, da keine Unklarheit besteht. Die englische Regierung weiß, woran sie ist. Dies ist jedoch nicht der Fall, soweit es sich um Beziehungen der beiden öffentlichen Meinungen zueinander handelt. Und doch werden diese die weitere Entwicklung der Dinge bestimmen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Sechstes Kapitel.

Rußland und Japan in China.

Telegramm des russischen Gesandten in Peking an den russischen Außenminister vom 2./15. Okt. 1909.

Die Nachricht von der Ankunft des Prinzen Ito zum Besuch unseres Finanzministers scheint in hiesigen Regierungskreisen starke Beunruhigung hervorgerufen zu haben, da man eine Annäherung zwischen Rußland und Japan zum Schaden Chinas befürchtet. Man spricht wieder von der Möglichkeit, daß wir den südlichen Abschnitt der mandschurischen Eisenbahn verkaufen und ein Abkommen über Mandschurien unterzeichnen. Es will mir scheinen, daß die chinesische Regierung befürchten muß, daß die ablehnende Haltung einiger Mächte, besonders Rußlands, zu den chinesisch-japanischen Abmachungen im Zusammenhang mit den Protesten der Ausländer in der Kharbinschen Frage zu einem engen Einvernehmen zwischen Rußland und Japan führen könne, um die gegenseitigen Interessen in der Mandschurei gegen China und die übrigen Mächte zu schützen. Das Mißtrauen der Chinesen wird wohl noch durch die Erkenntnis bestärkt, daß sie die uns gegenüber am 27. April übernommenen Verpflichtungen nicht einhalten und einen Widerstand an den Tag legen, welcher uns leicht veranlassen kann, uns die Unterstützung Japans zur Lösung der schwebenden Fragen zu sichern. Falls die Chinesen mir irgendwelche diesbezügliche Fragen stellen, habe ich die Absicht, ausweichend zu antworten und sie nicht zu beruhigen, um sie hierdurch vielleicht zu einer nachgiebigeren Haltung uns gegenüber zu veranlassen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 29. Sept./12. Okt. 1909.

Prinz Ito fährt nach Kharbin, um unsern Finanzminister zu sprechen. Er hat dabei die Absicht, beruhigende Erklärungen über das letzte japanisch-chinesische Abkommen abzugeben, und er wird vielleicht den Versuch machen, eine Annäherung zum Schutze der russisch-japanischen Interessen vorzubereiten. Auch wird er die Frage eines endgültigen Abkommens zwischen der ostchinesischen und der südmandschurischen Eisenbahngesellschaft berühren. Obwohl Ito nicht zur jetzigen Regierung gehört und seine Mission keine offizielle ist, so hat er doch mit den Mitgliedern des Kabinetts Fühlung genommen. Jedenfalls wird die japanische Regierung seine große Autorität und seinen Ruf eines überzeugten Russenfreundes dazu benutzen, in der russischen öffentlichen Meinung eine möglichst günstige Stimmung hervorzurufen. Einige Zeitungen weisen schon darauf hin, man könne vielleicht ein russisch-japanisch-chinesisches Übereinkommen in mandschurischen Fragen erzielen und dadurch ein Gegengewicht gegen amerikanische Absichten in der Mandschurei schaffen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Peking vom 5./18. Oktober 1909.

Ihr Telegramm vom 2. Oktober erhalten. Ich teile Ihre Ansicht, daß es nützlich ist, den Chinesen anläßlich der Reise des Prinzen Ito und der Möglichkeit einer Annäherung zwischen Rußland und Japan keine beruhigenden Erklärungen abzugeben.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 2./15. Dezember 1909.

Goto hat mir versprochen, mir die Ansicht Katsuras über das in Aussicht genommene Vorgehen Rußlands und Japans in der Mandschurei mitzuteilen. Er persönlich ist der Ansicht, daß es äußerst wünschenswert ist, nichts in der Mandschurei zu unternehmen, ohne ein vorheriges Einvernehmen zwischen Rußland und Japan erzielt zu haben. Er wies hierbei auf unser Übereinkommen mit China in Kharbin und auf das japanisch-chinesische Übereinkommen hinsichtlich des Territoriums Kanto

hin. Diese beiden Fragen sollten nur gemeinsam geregelt werden. Die Solidarität der beiden Mächte soll nicht bloß China, sondern auch den andern Mächten gegenüber zum Ausdruck gebracht werden. Dann wird kein Zweifel bestehen, daß Rußland und Japan imstande sind, die mandschurische Frage in gegenseitigem Einverständnis selbständig zu lösen. Die in Aussicht genommenen Eisenbahn- und Tarif-Abkommen würden Europa und Amerika die stattgefundene politische Annäherung zwischen Rußland und Japan beweisen. Ganz im Vertrauen teilte er mir mit, der Mikado habe den Willen geäußert, seine Regierung solle die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland fördern. Die Reise des Prinzen Ito hat dazu gedient, eine Einigung in der mandschurischen Frage zu erzielen.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 7./20. Dezember 1909.

Goto hat mir den Standpunkt des japanischen Ministerpräsidenten in der mandschurischen Frage mitgeteilt. Katsura glaubt, daß die politische Seite große Schwierigkeiten biete und reiflich erwogen werden müsse, da man andere Mächte zu berücksichtigen habe. Er meint, man müsse mit ökonomischen Fragen anfangen, und zwar könnten diese Eisenbahn-, Tarif- und Telegraphen-Fragen betreffen. Die politische Seite würde sich dann auf administrative Maßregeln in der enteigneten Zone beziehen, und zwar hätten die beiden Regierungen sich untereinander zu verständigen, ehe sie sich in diesen Fragen an China wenden. Im übrigen würde man in Tokio gern unsern Standpunkt kennenlernen.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 11./24. Dezember 1909.

Anläßlich des amerikanischen Vorschlages sagte mir der Minister, er halte es für zeitgemäß, daß Rußland und Japan, die im Jahre 1907 den ersten Schritt einer Annäherung gemacht haben, sich nun zum zweiten Schritt entschließen. Als Grundlage der weiteren Entwicklung der politischen Beziehungen sollten die gemeinsamen Interessen in der Mandschurei dienen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Er gibt sich noch nicht Rechenschaft, welche Form ein derartiges Übereinkommen annehmen und welche konkreten Fragen darin behandelt werden sollen, hält es aber für dringend notwendig, in einen sofortigen Meinungsaustausch einzutreten. Komura fragte mich, ob ich diesbezügliche Instruktionen erhalten habe. Ich erwiderte, daß ich zwar keinerlei Instruktionen besitze, jedoch an Ihrer Zustimmung nicht zweifle.

Telegramm des russischen Botschafters in Washington an den russischen Außenminister vom 15./28. Dezember 1909.

Das in dem Ihnen übergebenen Memorandum enthaltene Projekt ist, wie mir Knox mitteilt, Deutschland und England zugestellt worden, deren prinzipielle Zustimmung erfolgt ist. Man ist noch ohne Nachricht über den japanischen Standpunkt. Das Projekt von Knox bezweckt, wie er mir mitteilte, die Mandschurei unter der Kontrolle der Großmächte zu neutralisieren, die Rechte Chinas in diesem Lande sicherzustellen und einen Puffer zwischen Rußland und Japan zu errichten, wodurch der Möglichkeit eines Konfliktes zwischen diesen beiden Staaten vorgebeugt würde.

Die Haltung Japans in dieser Frage wird meiner Ansicht nach beweisen, ob die Pläne dieses Landes auf die Mandschurei oder auf das ussurische Gebiet zielen. Daß solche Absichten bestehen, beweist meiner Ansicht nach die beständige Entwicklung der Landstreitkräfte, wenn man nicht annehmen will, daß Japan wirklich ausschließlich defensive Zwecke verfolgt, um in der Lage zu sein, seine Eroberungen in Korea gegen alle Zufälligkeiten verteidigen zu können.

Brief des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 31. Dezember 1909/13. Januar 1910.

Ich habe soeben eine zweistündige Unterredung mit Motono gehabt. Wir sprachen natürlich über das berüchtigte amerikanische Projekt. Komura hat dem Botschafter die zwischen beiden Staaten stattfindenden Verhandlungen hinsichtlich dieses Projektes mitgeteilt. Motono ist äußerst zufrieden, daß unsere beiden Regierungen in dieser Frage gemeinsam vorgehen. Er hält es

für beachtenswert, daß das Projekt der japanischen Antwort uns zuerst mitgeteilt worden ist und daß Sie ein ähnliches Versprechen hinsichtlich der den Amerikanern zu erteilenden russischen Antwort gemacht haben. In diesem gegenseitigen Zutrauen erblickt der Botschafter nicht nur ein Anzeichen gegenseitigen Vertrauens, sondern auch eine beständig fortschreitende Gemeinsamkeit der Politik in der Mandschurei.

Was die Vervollständigung des Abkommens vom Jahre 1907 anbelangt, so erblickt der Botschafter in dem amerikanischen Vorschlage einen deutlichen Beweis, daß die Notwendigkeit vorliegt, eine Annäherung zwischen Rußland und Japan in der mandschurischen Frage herbeizuführen.

Auf meinen Hinweis, wie schwer es sein würde, eine Formel für diese Annäherung zu finden, wies der Botschafter darauf hin, daß die Verträge mit China hinsichtlich der ostchinesischen und südmandschurischen Eisenbahnen zeitlich begrenzt seien. „Hat die russische Regierung wirklich die Absicht, ihre Linie China zurückzugeben, wenn der für den Rückkauf festgesetzte Zeitpunkt eintritt?", fragte der Botschafter. Ich habe natürlich eine ausweichende Antwort gegeben und nur darauf hingewiesen, daß dieser Zeitpunkt erst 36 Jahre nach Beginn der Exploitation der Eisenbahnlinie eintritt und daß es daher schwer sei, so fernliegende Ereignisse vorauszusehen. Die Bemerkung des Botschafters führt mich jedoch auf die Vermutung, daß man in Japan weitergehende Absichten hegt, als ich zuerst annehmen zu können glaubte. Ich glaube nicht, daß der sonst so vorsichtige Vertreter Japans in Petersburg diese schwierige Frage angeregt hätte, wenn er hierzu nicht besonders beauftragt worden wäre. Sollte die japanische Regierung sich entschließen, diese Frage in den bevorstehenden Verhandlungen zu berühren, so würde dies deutlich beweisen, wie sehr Japan an der Erhaltung des status quo in der Mandschurei und an unserer Unterstützung interessiert ist.

Zu dem Gedanken eines neuen politischen Abkommens mit uns zurückkehrend, betonte Motono den Umstand, daß das Abkommen des Jahres 1907 ausschließlich negativen Charakter hat, während der neue Vertrag positive Seiten enthalten müsse. Es liegt ihm offenbar daran, solange er noch in Japan ist, d. h. bis

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Mitte Februar, den allgemeinen Umriß der bevorstehenden Verhandlungen festzusetzen. Ich wäre Ihnen daher für möglichst baldige Instruktionen dankbar.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 31. Dezember 1909/13. Januar 1910. — Nr. 2291.

Sub Nr. 2 erhalten Sie einen kurzen Auszug aus der Antwort, die wir der amerikanischen Regierung auf das Neutralisierungsprojekt der mandschurischen Eisenbahn zu geben beabsichtigen. Ich bitte Sie, den Inhalt dieser Antwort Grey vertraulich mitzuteilen und hinzuzufügen, daß wir in dieser Frage im Einvernehmen mit Japan handeln.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 31. Dezember 1909/13. Januar 1910. — Nr. 2291.

Nr. 2. In unserer Antwort auf den amerikanischen Vorschlag stellen wir fest, daß unserer Ansicht nach die Lage in der Mandschurei nichts enthält, was Chinas Integrität und das Prinzip der offenen Tür in Frage stellen könne, und wir weigern uns, dem amerikanischen Projekt der Neutralisierung der mandschurischen Eisenbahnen zuzustimmen. Wir begründen diesen Standpunkt einerseits mit nachteiligen Folgen für die Eisenbahngesellschaft und die zahlreichen privaten Interessen, und andererseits weisen wir auf die Rolle hin, die die in Frage kommende Linie für unsere ostasiatischen Verbindungslinien spielt, so daß eine jede Änderung der Lage in jenen Gebieten von uns kaum zugelassen werden könnte. Indem wir uns im Prinzip bereit erklären, das Projekt einer Eisenbahnlinie Chinchow—Aigun zu erörtern, bitten wir um weitere Mitteilungen von Einzelheiten. Was die Möglichkeit des Baues von anderen Eisenbahnlinien in der Mandschurei durch das internationale Syndikat der Bahn Chinchow—Aigun anbetrifft, so behalten wir uns vor, in das Studium dieser Frage vom Standpunkte unserer Interessen aus einzutreten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 31. Dezember 1909/13. Januar 1910.

Beiliegend erhalten Sie ein Resumé der Verhandlungen über den amerikanischen Vorschlag.

Sowie der neue amerikanische Botschafter Rockhill auf seinen neuen Posten in Petersburg angelangt war, begann er uns auf einen ziemlich unbestimmten Plan eines gemeinsamen Vorgehens im fernen Osten vorzubereiten. In einzelnen Unterredungen wies der Botschafter bald auf die japanisch-chinesischen Abmachungen, bald auf die Mißverständnisse hinsichtlich der Administration der enteigneten Zone der mandschurischen Eisenbahnen hin und versuchte uns von der Notwendigkeit zu überzeugen, Rußland und Amerika müßten in mandschurischen Fragen gemeinsam handeln und das Prinzip der offenen Tür und der chinesischen Unabhängigkeit zu wahren suchen. Gleichzeitig machte sich in Japan der Wunsch bemerkbar — obwohl gerade in jener Zeit in der Presse immer wieder Gerüchte über aggressive Absichten Japans Rußland gegenüber auftraten —, mit uns eine Einigung in mandschurischen Fragen zu erzielen. Hinsichtlich der Abmachungen mit China versuchte der japanische Botschafter zu beweisen, daß das wahre Objekt der japanischen Politik nicht Rußland, sondern China sei; indem er auf die Schwierigkeiten hinwies, die unsere Politik in der Mandschurei zu überwinden habe, suchte er darzulegen, daß in den Augen der ganzen Welt die Übereinstimmung der russischen und japanischen Interessen in China bewiesen werden müßte. Gleicherweise hat die Reise des Prinzen Ito den Zweck verfolgt, eine ganze Reihe von zwischen Rußland und Japan schwebenden Fragen ökonomischer Natur einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Was China anbelangt, welches natürlich seine Souveränitätsrechte in der Mandschurei schützen wollte, so machte sich in Peking das Bestreben bemerkbar, die anderen Mächte, die an der Handelsfreiheit in der Mandschurei interessiert sind, Rußland und Japan entgegenzustellen.

Alles dies wies deutlich darauf hin, daß wir an einem Wendepunkt der ostasiatischen Politik angekommen sind und daß der bestehende status quo den Interessen von drei Mächten, nämlich Amerika, Japan und China, nicht mehr entspricht.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

In der Tat, würde das amerikanische Projekt verwirklicht, so wäre damit die ganze politische Lage der Mandschurei einer durchgreifenden Veränderung unterzogen worden.

Rockhill hat zuerst in persönlichen Gesprächen und dann im Auftrage seiner Regierung einen Plan entwickelt, den er als „kommerzielle Neutralisierung" der Mandschurei bezeichnet hat. Auf Grund dieses Planes sollten alle Eisenbahnen in der Mandschurei, sowohl die bestehenden als die in Aussicht genommenen, China gehören und gleichzeitig von den Mächten garantiert werden, die gleichzeitig China eine Anleihe gewähren würden, um schon bestehende Linien aufzukaufen und neue zu bauen. Da unser Standpunkt dem Japans analog ist und eine Ablehnung oder Annahme des amerikanischen Projektes unsere Beziehungen zu Japan beeinflussen müßte, so ergab sich von selbst die Notwendigkeit, uns mit letzterem in ein Einvernehmen zu setzen. Der Kaiser hat dem Außenminister diesbezügliche Instruktionen gegeben, und die ganze Frage ist von einem besonderen Ministerrate geprüft worden. Hierauf haben wir uns mit dem Kabinett von Tokio ins Einvernehmen gesetzt und dem amerikanischen Botschafter nur mitgeteilt, daß der amerikanische Vorschlag in allen Einzelheiten erwogen werden würde.

Unsere Eröffnungen sind in Tokio sehr gut aufgenommen worden. Komura hat es für möglich gefunden, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß Japan in keinem Falle zugeben wird, daß die südmandschurische Eisenbahn in fremde Hände übergeht. Im Laufe der Verhandlungen hat sich herausgestellt, daß aus irgendwelchen Gründen uns ein nicht vollständiger Text des amerikanischen Vorschlages übergeben worden ist, da in den in Tokio übergebenen Vorschlägen darauf hingewiesen wird, daß die Mächte, die die kommerzielle Neutralität schützen wollen, der amerikanisch-englisch-chinesischen Abmachung beitreten könnten, wenn das amerikanische Projekt nicht in seinem ganzen Umfange durchgeführt werden kann. Später haben auch wir von Rockhill den vollständigen Text erhalten. Außer Rußland und Japan ist ein derartiger Vorschlag auch England, Frankreich und Deutschland gemacht worden.

Wie es scheint, ist die chinesische Zustimmung zum Bau der Linie Chinchow—Aigun noch nicht endgültig, da die Bestätigung

der Pekinger Regierung noch nicht erfolgt ist. Im großen und ganzen ist jedoch das amerikanische Projekt in China sehr beifällig aufgenommen worden; es besteht sogar die Annahme, daß es von Amerika und China gemeinsam ausgearbeitet worden ist. Was die übrigen Mächte anbelangt, so hält Frankreich den amerikanischen Vorschlag für undurchführbar. Amerikanischen Nachrichten zufolge hat Deutschland im Prinzip seine Zustimmung erklärt, ebenso England, doch unterstützt es bis jetzt das amerikanische Projekt in keiner Weise. Auf unsern Hinweis, daß die Teilnahme Englands unserm Abkommen vom Jahre 1899 widersprechen würde, hat das Londoner Kabinett geantwortet, daß wir in formeller Hinsicht recht haben, daß aber andererseits es sich nicht um die Konzession einer Eisenbahnlinie, sondern um die Finanzierung eines chinesischen Unternehmens handelt, und daß die russische Regierung einen ähnlichen Standpunkt eingenommen hat, als sie sich um die Beteiligung der russisch-chinesischen Bank an der Erbauung der Bahnlinie Hankow—Setchuan bemühte.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 23. Februar/8. März 1910.

Komura sagte mir, er teile unsere Ansicht über den Zweck des in Aussicht genommenen politischen Übereinkommens zwischen Rußland und Japan. Die Grundlage müßte die Erhaltung des status quo in der Mandschurei und die endgültige Abgrenzung der speziellen russischen und japanischen Interessen und deren Schutz vor jeglichen Eingriffen einer dritten Macht bilden. Er ist bereit, in die Beratung der Einzelheiten einzutreten. Er fragt an, ob die russische Regierung mich beauftragt hat, die betreffenden Verhandlungen zu führen. Ich erwiderte, ich hätte Vollmachten, mich mit ihm über die allgemeinen Grundlagen des in Aussicht genommenen Übereinkommens zu verständigen.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 24. April/7. Mai 1910.

Die hiesigen Zeitungen verbreiten die Nachricht, daß die

Unterzeichnung des russisch-japanischen Vertrages bereits erfolgt sei oder in diesen Tagen erfolgen wird. Da Komura befürchtet, daß ein vorzeitiges Bekanntwerden unserer Absichten schädlich sein könne, wird er morgen in den Zeitungen ein offizielles Dementi veröffentlichen lassen. Gleichzeitig bittet er mich, Ihnen mitzuteilen, daß er eine mögliche Beschleunigung unserer Verhandlungen für wünschenswert hält.

Telegramm des russischen Gesandten in Peking an den russischen Außenminister vom 29. April/12. Mai 1910.

China ist durch die Nachricht vom Abschluß eines russisch-japanischen Übereinkommens stark beunruhigt. Wenn möglich, bitte ich Sie, mir Einzelheiten mitzuteilen, um auf etwaige an mich gestellte Fragen antworten zu können.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 11./24. Juni 1910. — Nr. 760.

Zwischen den Kabinetten von Petersburg und Tokio finden schon seit längerer Zeit Verhandlungen statt, um ihre gemeinsamen Interessen in der Mandschurei genau festzustellen und in Übereinstimmung zu bringen, wodurch der Friede im fernen Osten eine weitere Sicherung erfahren würde.

Eine dreijährige Erfahrung hat die Zweckmäßigkeit des russisch-japanischen Vertrages vom 17./30. Juli 1907 bewiesen, und die beiden Regierungen haben jetzt einmütig anerkannt, daß das obengenannte Ziel am besten durch eine weitere Entwicklung dieses Abkommens erreicht werden kann.

Heute ist zwischen beiden Kabinetten ein völliges Einvernehmen erzielt worden, und sie stehen im Begriff, ein öffentliches und ein geheimes Abkommen zu unterzeichnen. Das erstere stellt zwischen Rußland und Japan eine engere gemeinsame Handlungsweise hinsichtlich der mandschurischen Eisenbahnen dar und bestätigt von neuem den festen Willen der beiden Regierungen, den status quo in diesen Gegenden aufrechtzuerhalten. In dem geheimen Abkommen werden die beiden Interessensphären genauer bestimmt, ebenso die Beschränkungen, die sie sich auferlegen, um ihre gegenseitigen Beziehungen zu befestigen und

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

die ihnen in der Mandschurei zukommende Stellung vor allen Eingriffen anderer Mächte zu bewahren.

Die russische Regierung ist überzeugt, daß die beiden Abkommen, die ausschließlich den Zweck verfolgen, die friedlichen Beziehungen zu Japan sicherzustellen, nichts enthalten, was den englischen Interessen schaden könnte. In Anbetracht der herzlichen Beziehungen, die zwischen Rußland und England bestehen, bitte ich Sie, obiges zur Kenntnis Sir Edward Greys zu bringen und ihm vertraulich die beiden Projekte mitzuteilen, indem Sie gleichzeitig die Hoffnung ausdrücken, daß er in diesen beiden diplomatischen Dokumenten eine neue Garantie des Friedens und der Ruhe im fernen Osten erblicken wird.

Projekt eines öffentlichen Abkommens zwischen Rußland und Japan.

Die russische und die japanische Regierung, den im Abkommen vom 17./30. Juli 1907 festgestellten Grundsätzen treu bleibend und eine weitere Entwicklung dieses Abkommens zur Erhaltung des Friedens im fernen Osten wünschend, haben beschlossen, obengenanntes Abkommen durch folgende Bestimmungen zu ergänzen:

Artikel 1. Zur Erleichterung des Verkehrs und zur Entwicklung des internationalen Handels verpflichten sich beide Seiten, sich gegenseitig bei der Verbesserung ihrer Eisenbahnverbindungen in der Mandschurei zu unterstützen und sich jeder Konkurrenz, die dem in Aussicht genommenen Ziele schaden könnte, zu enthalten.

Artikel 2. Jede der vertragschließenden Parteien verpflichtet sich zur Erhaltung und Beobachtung des status quo in der Mandschurei, so wie er sich aus allen Traktaten, Konventionen und anderen Abkommen ergibt, die bis jetzt zwischen Rußland und Japan, oder zwischen diesen Staaten und China, abgeschlossen worden sind. Die Abschriften der diesbezüglichen Verträge sind zwischen Rußland und Japan ausgewechselt worden.

Artikel 3. Wenn der oben bezeichnete status quo in irgendeiner Weise bedroht wäre, werden die beiden vertragschließenden Parteien in einen Meinungsaustausch eintreten, um sich über die Mittel zu verständigen, die zur Erhaltung des status quo zu ergreifen wären.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Projekt eines Geheimvertrages zwischen Rußland und Japan.

Um die Bestimmungen des geheimen Abkommens vom 17./30. Juli 1907 zu bestätigen und weiter zu entwickeln, haben die russische und japanische Regierung sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1. Rußland und Japan erkennen als Grenze ihrer speziellen Interessensphären in der Mandschurei die Demarkationslinie an, die im Zusatzartikel des geheimen Abkommens vom Jahre 1907 festgelegt worden ist.

Artikel 2. Die beiden vertragschließenden Parteien verpflichten sich gegenseitig, ihre speziellen Interessen in den oben angeführten Gebieten anzuerkennen. Jede von ihnen kann also, eine jede in ihrer Interessensphäre, diejenigen Maßnahmen ergreifen, die für die Wahrung und Verteidigung dieser Interessen nötig werden sollten.

Artikel 3. Jede Seite verpflichtet sich, die Bestätigung und weitere Entwicklung der speziellen Interessen der andern Seite in den Grenzen der genannten Interessensphären in keiner Weise zu hindern.

Artikel 4. Jede der vertragschließenden Parteien verpflichtet sich, sich aller politischen Handlungen in der Interessensphäre der anderen Partei in der Mandschurei zu enthalten. Es wird außerdem bestimmt, daß Rußland in der japanischen Zone — und Japan in der russischen Zone — keinerlei Privilegien oder Konzessionen erstreben wird, welche den gegenseitigen speziellen Interessen schaden könnten, und daß die beiden Regierungen die in ihren Interessensphären erworbenen Rechte, wie sie in Artikel 2 des öffentlichen Vertrages vom heutigen Datum dargelegt worden sind, beachten werden.

Artikel 5. Um die Wirkung der gegenseitigen Verpflichtungen sicherzustellen, werden beide Parteien jederzeit in einen offenen und freundschaftlichen Meinungsaustausch über alles, was ihre speziellen Interessen in der Mandschurei betrifft, eintreten.

Im Falle der Bedrohung dieser speziellen Interessen werden sich die beiden Regierungen über die Maßnahmen verständigen, die im Hinblick auf eine gemeinsame Handlungsweise oder eine gegenseitige Unterstützung zum Schutze dieser Interessen nötig werden sollten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Artikel 6. Das vorliegende Abkommen wird von beiden Regierungen streng geheimgehalten werden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 12./25. Juni 1910 — Nr. 889.

Mit einem besonderen Kurier erhalten Sie Instruktionen über eine Sir Edward Grey zu machende Erklärung, die ein politisches Abkommen betrifft, welches wir soeben mit Japan abzuschließen im Begriffe stehen. Ich bitte Sie, diesen Schritt, wenn möglich, nicht später als Mittwoch zu tun und mich sofort telegraphisch zu verständigen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. Juni 1910. — Nr. 157.

Ihren Brief Nr. 760 erhalten. Ich bitte, mich zu benachrichtigen, ob die japanische Regierung von unserer Mitteilung in London Kenntnis hat.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. Juni 1910 — Nr. 160.

Ihren Brief Nr. 760 erhalten. Ich habe soeben die mir erteilten Instruktionen ausgeführt. Grey ist von dem Schritte der russischen Regierung sehr befriedigt und bittet mich, Ihnen seinen besten Dank zu übermitteln. Er habe stets mit Genugtuung die Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Rußland und Japan im Laufe der letzten drei Jahre verfolgt und sei von der Bestätigung seiner Beobachtung, die ich ihm gebracht habe, außerordentlich befriedigt. Das politische Interesse Englands im fernen Osten bestehe in der Erhaltung des Friedens, wie seine Handelsinteressen auf dem Grundsatze der offenen Tür begründet seien. Grey hat mich gebeten, seinen Erklärungen den herzlichsten und freundschaftlichsten Ausdruck zu verleihen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 16./29. Juni 1910 — Nr. 911.

Ihr Telegramm Nr. 157 erhalten. Die Mitteilungen an die

englische und französische Regierung ergehen im Einverständnis mit dem Kabinett von Tokio, und Ihr japanischer Kollege wird dieselben Instruktionen wie Sie erhalten haben.

Auszug aus dem Bericht des russischen Geschäftsträgers in Peking vom 1./14. Juli 1910 an den russischen Außenminister.

. . . . . Das einzige friedliche Mittel, um auf China einen Druck auszuüben, ist augenblicklich die Errichtung eines zweiten Geleises unserer sibirischen Bahn. Nur diese Maßregel fürchten die Chinesen, da sie deren Folgen voraussehen und dadurch unsere allgemeinen Beziehungen zu dem chinesischen Reich bestimmt werden können. Alle anderen ähnlichen Maßregeln, welche bereits in Anbetracht der wenig freundschaftlichen Haltung der chinesischen Regierung uns gegenüber ins Auge gefaßt worden sind, wie z. B. ein Ausfuhrverbot für Getreide, haben entweder keine entscheidende Bedeutung oder sie sind für uns selbst im Hinblick auf unsere Handelsbeziehungen zu China schädlich und gefährlich.

Wenn man kriegerische Maßnahmen, soweit man sie vorbereitet und mit Vorbedacht anwendet, nicht bloß als ein Mittel, sondern als das Ziel der Politik betrachtet, so braucht man eine diplomatische Aktion nur insofern in Rechnung zu stellen, als diese diplomatische Einwirkung den Charakter einer direkten Drohung annimmt. Dies letztere Mittel kann sich jetzt, da wir dank Ihren Bemühungen ein enges Einvernehmen mit Japan erzielt haben, auf eine außerordentlich große moralische Wirkung stützen; es fragt sich nur, wie soll man dieses Mittel am besten ausnutzen.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Chinesen von einer diplomatischen Aktion so nachhaltig beeinflußt werden könnten, daß sie auf einmal, restlos und für lange, Nachgiebigkeit an den Tag legen. In der Praxis also wird man in jeder einzelnen Frage Druck ausüben müssen. Es ist möglich, daß man auf diese Weise Zugeständnisse von seiten Chinas erreichen könnte, aber jedesmal, wenn die chinesische Regierung unsere Forderungen als allzu schwer oder als ihre Rechte verletzend empfinden sollte, wird sie versuchen, uns möglichst lange Widerstand zu leisten. . . . . Es ist für uns um so wichtiger, die chinesischen Fragen

in richtiger Perspektive zu sehen, als wir, wenn man das System von Kompromissen zwischen uns und China zuläßt, den Charakter unserer Politik in China ändern und immer mehr ökonomische, und nicht territoriale Erwerbungen ins Auge fassen müßten. Diese letzteren haben bis jetzt direkt oder indirekt im Vordergrund unserer Bestrebungen gestanden. Wenn wir ökonomisch genügend stark sind, so ist es einfacher, alle unsere Anstrengungen auf den Abschluß eines Handelsvertrages zu richten. Wenn wir aber, wie ich fürchte, auf diese Weise nur den Ausländern nützen werden und für uns selbst aus dem Erreichten keinen Nutzen ziehen können (so z. B. haben wir in den letzten 30 Jahren im Grunde genommen keinen Nutzen aus den außerordentlichen Vorteilen des Handelsvertrages von 1881 ziehen können), so besteht meiner Ansicht nach kein Grund, die Grundlinie unserer bisherigen Politik, die der territorialen Erwerbungen, zu verlassen. Wir müßten nur unsere Absichten genau umschreiben und bestimmen, was für uns am vorteilhaftesten und am leichtesten zu erreichen ist. Vielleicht werden uns die vorauszusehenden Konflikte und die Erlöschung des Handelsvertrages des Jahres 1881 die Möglichkeit geben, das Gebiet von Ili, das wir im Jahre 1881 abgetreten haben, wieder in unseren Besitz zu bringen.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Finanzminister vom 6./19. November 1910.

Aus den Telegrammen unserer Auslandsvertreter sind Sie über die Frage einer chinesischen Anleihe unterrichtet. Wir haben am 3. November d. J. eine Anfrage des hiesigen amerikanischen Botschafters erhalten. Herr Rockhill hat sich jedoch darauf beschränkt, uns mitzuteilen, daß die chinesische Regierung beabsichtigt, eine Anleihe von 50 Millionen Dollar in Amerika aufzunehmen und diese Summe für eine Reform des Geldumlaufs in China und die kommerzielle Entwicklung der Mandschurei zu benutzen; er hat dabei weder von irgendwelchen Garantien, noch von der Anstellung eines Amerikaners im chinesischen Finanzministerium gesprochen. Späterhin hat er mir jedoch mitgeteilt, daß die amerikanischen Bankhäuser auf reale Garantien von seiten Chinas und auf der Anstellung eines Ame-

rikaners bestehen. Der Botschafter versicherte mir, seine Regierung würde es gern sehen, wenn sich russisches Kapital an der Anleihe beteiligen würde.

Aus allem diesem geht hervor, daß die amerikanische Regierung ausländisches, nicht amerikanisches Geld benutzen will, um einen doppelten Gewinn zu erzielen: erstens eine Provision für die amerikanischen Banken und zweitens die Anstellung eines Amerikaners, welcher wahrscheinlich versuchen wird, nicht nur einen ökonomischen, sondern auch einen politischen Einfluß auszuüben.

Zu derselben Folgerung ist auch der hiesige japanische Botschafter gekommen, der mir offen seine Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Frage des Eindringens fremden Kapitals in China mitgeteilt hat. Als persönliche Ansicht sprach Motono den Gedanken aus, Rußland und Japan könnten eine Anleihe gemeinsam garantieren. Ich lenkte seine Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß es unwahrscheinlich sei, daß die chinesische Regierung, die schon jetzt den russischen und japanischen Einfluß in allen chinesischen Angelegenheiten lästig empfinde, sich dazu bereit erklären werde, ihre Abhängigkeit von Rußland und Japan noch zu verstärken. Ich wies darauf hin, daß, wenn die Amerikaner sich auf die im chinesisch-amerikanischen Vertrage des Jahres 1903 enthaltene Verpflichtung Chinas berufen, die Reform des Geldumlaufes in Angriff zu nehmen, eine ähnliche Verpflichtung auch in den Verträgen Englands und Japans mit China der Jahre 1902 und 1903 bestände. Diese beiden Regierungen haben folglich das volle Recht, einen Anteil an der Kontrolle über das Geldwesen in China zu verlangen. Dieses Verlangen Japans, namentlich wenn England folgen würde, wird die Chinesen und die Amerikaner veranlassen, darauf zu verzichten, die chinesischen Finanzen einer amerikanischen Kontrolle zu unterstellen. Selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte, so würde die Anwesenheit eines japanischen und englischen Finanzrates den ausschließlichen politischen Einfluß lähmen, den die Amerikaner jetzt in China augenscheinlich erstreben.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1910.

Der hiesige französische Botschafter hat mir gesagt, daß in einer Unterredung mit Knox letzterer in seiner Erregung zugegeben hätte, daß die Summe von 50 Millionen Dollar an und für sich zu gering für die Reform des Geldwesens und anderer administrativer Maßnahmen in China sei, und daß die Amerikaner in Wirklichkeit diese Summe zu Eisenbahnbauten und zum Eindringen in die Mandschurei benutzen wollen. Knox beabsichtigt, hauptsächlich Rußland und Japan und deren Verbündeten, Frankreich und England, in der Mandschurei Widerstand zu leisten.

Die französische Regierung hält es nicht für möglich, ein Unternehmen finanziell zu unterstützen, welches gegen Rußland gerichtet ist. Cambon hat dies auch Sir A. Nicolson gegenüber geäußert und ihn gefragt, ob die englische Regierung es nicht für möglich halten werde, den gegen Rußland und Japan gerichteten amerikanischen Bestrebungen keinen Vorschub zu leisten. Sir A. Nicolson entgegnete, daß Grey wahrscheinlich einverstanden sein würde, in Washington anzufragen, ob die in Aussicht genommene Anleihe wirklich für die Reform des Geldwesens in China bestimmt sei; im entgegengesetzten Falle würde England sich an der Anleihe kaum beteiligen. Auf alle Fälle hält er ausschließlich amerikanische Verhandlungen mit der chinesischen Regierung für unzweckmäßig.

Soweit Cambon unterrichtet ist, verfolgen die Amerikaner politische Ziele — sie wollen die Vermittlerrolle zwischen China und den europäischen Mächten übernehmen, da sie beabsichtigen, den ihnen zukommenden vierten Teil der Anleihe nicht in Amerika unterzubringen, sondern zwischen England, Frankreich und Deutschland zu verteilen.

Cambon neigt zu der Ansicht hin, daß die amerikanische Regierung aus Mißvergnügen über das Fehlschlagen ihrer vorjährigen Pläne nun neue Verwicklungen in China hervorzurufen und gleichzeitig ihre großmütige Haltung diesem Lande gegenüber zu beweisen sucht.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 27. November/10. Dezember 1910. — Nr. 1369.

Sie erhalten eine Abschrift des sehr vertraulichen Berichtes unseres Gesandten in Peking Nr. 104, in dem der Plan eines auf China auszuübenden Druckes entwickelt ist, um China die Verpflichtung aufzuerlegen, den status quo in der Mongolei nicht zu ändern und dort keine militärischen Maßnahmen zu treffen.

Die ganze Frage ist eine sehr verwickelte, und die Lösung derselben in der einen oder andern Richtung wird den Kern unserer Beziehungen zu China berühren. Ebenso wichtig ist dieses Projekt aber auch in internationaler Hinsicht: seine Ausführung hängt, wie schon der Gesandte bemerkt, von einem vorherigen Einverständnis mit den andern Mächten, hauptsächlich mit England und Japan ab.

Ehe wir die Frage in ihrem ganzen Umfang erörtern, möchte ich wissen, wie weit wir auf die Unterstützung oder wenigstens auf die Zustimmung der beiden genannten Mächte rechnen können. Ich bitte Sie daher, ohne der englischen Regierung etwas von unserem Plane mitzuteilen, mir Ihre Beobachtungen über die allgemeine Entwicklung der englischen Politik in ostasiatischen Fragen mitteilen zu wollen: Können wir überhaupt und unter welchen Bedingungen auf englische Unterstützung rechnen, wenn der von unserem Gesandten in Vorschlag gebrachte Plan wirklich zur Ausführung kommen sollte?

Was die Bemerkung unseres Gesandten anbelangt, die Verpflichtung, keine wissenschaftlichen Expeditionen nach Tibet zuzulassen, aufzuheben und dies zum Ausgangspunkt unserer Verhandlungen mit dem Londoner Kabinett zu machen, so teile ich mit, daß die russische Regierung keine Einwendungen erhebt. Doch bitte ich Sie mir mitzuteilen, ob wir nicht doch mit der Erteilung unserer Zustimmung zu dem englischen Vorschlage warten sollten, bis wir den Standpunkt Englands in der von mir angeregten Angelegenheit kennengelernt haben.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Protokoll einer besonderen Ministerratssitzung in Petersburg vom 19. November/2. Dezember 1910.

Der Außenminister berichtet, daß die Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrages mit China wahrscheinlich große Schwierigkeiten hervorrufen werden, da die chinesische Regierung die Absicht an den Tag legt, neben rein kommerziellen auch eine ganze Reihe politischer Fragen aufzuwerfen. Dies hat das Außenministerium veranlaßt, die rein politischen Fragen auszuschalten und sie zum Gegenstand besonderer, dem eigentlichen Handelsvertrag vorhergehender Besprechungen zu machen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer möglichst raschen Lösung der politischen Fragen; es wird hierbei nötig sein, die Forderungen an China in ein Ultimatum zu kleiden, was seinerseits die Notwendigkeit hervorrufen wird, die russischen Forderungen mit Waffengewalt zu unterstützen. Der Außenminister wünscht die Meinung des Ministerrates zu kennen, ob ein solches Programm in militärischer und finanzieller Hinsicht gebilligt wird und ob die zu diesem Zwecke in Aussicht genommenen militärischen Maßnahmen an der chinesischen Grenze die Zustimmung der Regierung finden.

Der Ministerpräsident weist auf den Unterschied hin, der zwischen dem Standpunkt des Kriegsministeriums und dem Außenministerium besteht; während letzteres von der Wahrung nur unserer vertraglichen Rechte spricht, weist der Kriegsminister aus strategischen Gründen auf die Notwendigkeit einer Annexion der Nord-Mandschurei durch Rußland hin. Sollte der Standpunkt des Kriegsministers angenommen werden, so muß man ohne weiteren Zeitverlust alle vorbereitenden Maßregeln zur Annexion dieses Landes treffen. Vom allgemeinen Standpunkt aus findet eine solche Handlungsweise nicht die Zustimmung des Ministerpräsidenten; wenn jedoch der Kriegsminister recht hat, daß wir Gefahr laufen, falls wir den jetzigen günstigen Zeitpunkt nicht benutzen, zuerst aus der Mandschurei und dann auch aus dem Ussurigebiet verdrängt zu werden, so muß uns diese Erwägung veranlassen, alle Maßregeln zur Annexion der nördlichen Mandschurei zu treffen, da der Besitz dieses Gebietes uns zur Verteidigung unserer ostasiatischen Besitzungen unumgänglich notwendig ist.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Kriegsminister bestätigt, daß nach seinen Informationen die Lage Rußlands in der Mandschurei eine äußerst schwierige sei. Japan trifft offen Maßnahmen zur Besitzergreifung der südlichen Mandschurei. China hat die Reorganisation seiner Streitkräfte in der Mandschurei begonnen, mit der Absicht, unsere Eisenbahnverbindungen in diesem Lande unterbrechen zu können, ehe wir imstande sind, sie durch schnelle Verstärkung unseres längs der ganzen Linie verteilten Grenzkorps zu schützen. Die fortschreitende Kolonisation der Mandschurei durch die Chinesen verfolgt gleicherweise strategische Ziele. Unter diesen Umständen ist die Konzentration unserer Armee nur westlich von den Khinganischen Bergen möglich, von wo unsere Truppen den Kriegsschauplatz nur nach einer sehr schwierigen Überschreitung der Hügelkette erreichen können. Der Kriegsminister ist der Ansicht, daß der jetzige Augenblick für uns um so günstiger ist, uns im Einvernehmen mit Japan in den Besitz der Mandschurei zu setzen, als die Japaner offensichtlich die Annexion der südlichen Mandschurei vorbereiten. Auf diese Weise würde der Anwesenheit chinesischer Streitkräfte in der Nähe unserer Eisenbahnverbindungen und auch der chinesischen Kolonisation ein Ende gesetzt werden. Ist die Annexion der nördlichen Mandschurei jetzt unmöglich, so wäre es für uns besser, uns freiwillig aus diesem Gebiete zurückzuziehen, ehe wir durch Gewalt dazu gezwungen werden.

Der Außenminister erklärte, er wäre vollkommen damit einverstanden, daß die Annexion der nördlichen Mandschurei für uns eine Notwendigkeit darstellt, doch hält er den jetzigen Augenblick für ungünstig, da Amerika, England und vielleicht sogar Japan sich unserm Plane widersetzen würden und wir von keiner Seite Unterstützung zu erwarten hätten. Er halte unsere strategische Lage im fernen Osten für nicht gefährlich: ein Angriff Japans sei nicht vorauszusehen, da wir mit diesem Lande soeben ein politisches Abkommen geschlossen haben und Japan andererseits mit der Absorbierung Koreas vollauf beschäftigt sei. Was die chinesischen Streitkräfte anbelangt, so sind sie in der Mandschurei wenigstens noch nicht entwickelt, und finanzielle Erwägungen hindern China an der schnellen Reorganisation seiner Armee. Endlich sind wir von den in Chili konzentrierten chine-

sischen Hauptstreitkräften durch die südliche Mandschurei getrennt: natürlich würden die Japaner den Durchzug der chinesischen Armee durch ihre Interessensphäre nicht zulassen. Viele Jahre werden vergehen, ehe China uns gefährlich werden könnte.

Der Handelsminister wies darauf hin, daß die Annexion der nördlichen Mandschurei mit dem Risiko eines großen Krieges verbunden sei. Zu einem solchen ist jedoch Rußland im gegenwärtigen Augenblick nicht vorbereitet.

Der Finanzminister weist auf die beständige Nervosität in unsern ostasiatischen Grenzgebieten hin. Vor drei Jahren hielt der Generalgouverneur des Amurgebietes einen Krieg mit Japan für unvermeidlich: jetzt befinden wir uns jedoch in durchaus normalen Beziehungen zu diesem Staate. Man muß sich Rechenschaft geben, wer uns im fernen Osten bedrohen kann. Durch den Abschluß des Vertrages vom 21. Juni haben wir unser Zutrauen zur japanischen Politik bezeugt, und wir brauchen in nächster Zeit nicht mit einem Kriege mit diesem Lande zu rechnen. Aus demselben Grund ist auch die Möglichkeit eines gemeinsamen japanisch-chinesischen Angriffs auf uns ausgeschlossen. Bleibt nur China allein, jedoch gegen die unbedeutenden chinesischen Streitkräfte genügen die 29 000 Mann des Grenzkorps, die sich auf die Militärbezirke Irkutsk und Amurgebiet stützen, um die ostchinesische Bahn vor einer plötzlichen Unterbrechung zu schützen. Kokowzew ist um so mehr mit dem Standpunkt des Außenministers einverstanden, als derselbe seiner eigenen Politik während der letzten vier Jahre entspricht. Wir müssen natürlich unsere vertraglichen Rechte in China mit allen Kräften schützen. Wenn nötig, müssen wir zur gewaltsamen Einsetzung unserer Konsuln oder zu anderen derartigen energischen Maßnahmen greifen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß China jedesmal nachgegeben hat, wenn wir im Bewußtsein unseres Rechtes ihm kategorische Forderungen gestellt haben. Eine solche Politik wird stets von der öffentlichen Meinung in Rußland gebilligt werden, und wird auch von seiten der anderen Großmächte keinen offenen Widerspruch hervorrufen. Die Losreißung einer Provinz von China kann durch juristische Erwägungen nicht gerechtfertigt werden. Wir wissen, wie teuer derartige Annexionen zu stehen kommen und zu welchen internationalen Verwicklungen sie führen. Der

Zweck einer solchen Annexion wird in Rußland nicht verstanden werden. Man kann natürlich nicht behaupten, daß die nördliche Mandschurei niemals von Rußland annektiert werden wird: die künftigen politischen Ereignisse können uns hierzu nötigen, wenn gleichzeitig eine günstige politische Konjunktur eintritt. Aber indem wir jetzt alle unsere vertraglichen Rechte in der Mandschurei verteidigen, können wir die soeben erwähnte Möglichkeit am besten vorbereiten. Wir müssen uns nicht aus der Mandschurei zurückziehen, sondern unsere Stellung in diesem Lande zu befestigen suchen, um im gegebenen Augenblick unsere dortigen Aufgaben den Umständen gemäß erfüllen zu können. Indem Kokowtzew auf diese Weise für die Annahme des politischen Programms des Außenministers eintritt, ist er jedoch der Ansicht, daß es uns nicht gelingen wird, einen Zollkrieg mit China zu vermeiden, welches bei der Revision des Petersburger Handelsvertrages für uns unannehmbare Forderungen stellen wird, bis wir ihm die Überzeugung beibringen, daß seine Hartnäckigkeit zu keinem Resultat führen kann.

Der Handelsminister berichtet über die vorbereitenden Arbeiten der ihm unterstellten Kommission zur Revision des Handelsvertrages. Diese Kommission hält einen Zollkrieg wenn nicht für wahrscheinlich, so doch für möglich. Deshalb ist es durchaus wünschenswert, alle politischen Fragen abzusondern und auf einer schnellen Erledigung derselben zu bestehen.

Unter Berücksichtigung aller dieser Erwägungen nimmt der Ministerrat den Vorschlag des Außenministers an. Was die nördliche Mandschurei anbelangt, so hält der Ministerrat eine Annexion im jetzigen Zeitpunkt für gefährlich, ist jedoch der Ansicht, daß der Gang der Ereignisse uns zu einer solchen zwingen kann. Alle Ministerien müssen daher von der Erwägung ausgehen, daß unsere vertraglichen Rechte in der nördlichen Mandschurei voll gewahrt werden müssen, um gegebenenfalls zur Annexion in einem späteren Zeitpunkte schreiten zu können.

Der Ministerrat billigt die vom Außenminister vorgeschlagenen Maßnahmen, um auf China einen Druck auszuüben. Aber nötigenfalls muß man auch vor Zwangsmaßregeln nicht zurückschrecken. Außerdem wies der Ministerrat darauf hin, daß gegen den Verkauf von billigem Spiritus an den Ufern des Amur vorzugehen

sei, da dieser Handel einen demoralisierenden Einfluß auf die russische Bevölkerung ausübt.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Tokio vom 27. November/10. Dezember 1910. — Nr. 1742.

Mit dem nächsten Kurier erhalten Sie Mitteilung über einen besonderen Ministerrat, in dem beschlossen worden ist, unsere vertraglichen Rechte in China zu wahren und zu diesem Zwecke selbst solche Mittel der chinesischen Regierung gegenüber anzuwenden, wie militärische Demonstrationen an der Grenze und gewaltsame Einsetzung unserer Konsuln in denjenigen Gebieten, in denen die Chinesen sie nicht zulassen wollen. Ich habe gestern den japanischen Botschafter benachrichtigt, daß der Augenblick gekommen ist, von Japan die Erfüllung der uns anläßlich der Annexion Koreas gemachten Versprechungen zu verlangen. Der japanische Botschafter hat uns versichert, daß seine Regierung unser Recht, alle uns nötig erscheinenden Maßnahmen zu treffen, anerkennt, und daß uns jegliche Unterstützung zuteil werden wird. Ich bitte Sie, dem Außenminister eine ähnliche mündliche Erklärung abzugeben und mir über das Resultat Ihrer Unterredung telegraphisch zu berichten.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 4./17. Dezember 1910. — Nr. 206.

Ihr Telegramm Nr. 1742 erhalten. Nachdem Komura meine Mitteilung entgegengenommen hatte, erklärte er mir, der japanische Botschafter in Petersburg hätte ihm seine Unterredung mit Ihnen nur in allgemeinen Zügen mitgeteilt, ohne die von ihm gegebene Antwort zu erwähnen. Komuras Standpunkt ist folgender: Nach Abschluß des letzten Vertrages zwischen Rußland und Japan haben sich die chinesische Regierung und die chinesische Nation diesen beiden Staaten gegenüber sehr argwöhnisch gezeigt. Deshalb könnte ein starker von uns auf China ausgeübter Druck eine Schwenkung der Politik Chinas zur Folge haben und dieses Land in die Arme Amerikas und Deutschlands treiben. Gerade die Schwäche Chinas sei gefährlich, und obwohl es zweifelhaft sei, daß Amerika und Deutschland mit China ein

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

politisches Abkommen schließen werden, so muß man doch voraussehen, daß unser Druck auf China den beiden genannten Mächten die Möglichkeit geben wird, sich materielle Vorteile und eine Vorzugsstellung in Peking zu sichern. Infolgedessen hofft Komura, daß Rußland die Möglichkeit dieser gefährlichen Folgen im Auge behalten wird. Auch Japan hat noch verschiedene Fragen in der Mandschurei zu regeln, aber es bemüht sich, das chinesische Mißtrauen zu zerstreuen und möglichst maßvoll aufzutreten. Da Komura von der Solidarität der russischen und japanischen Interessen im fernen Osten überzeugt ist, so wünscht er unsere Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die jetzige Lage Chinas große Geduld und Vorsicht von unserer Seite nötig macht. Auf meine Frage, ob Rußland auf die Unterstützung Japans in Peking rechnen könne, wie dies der japanische Botschafter in Petersburg in Aussicht gestellt hat, erwiderte Komura, Japan sei prinzipiell bereit, uns in jedem einzelnen Falle zu unterstützen, nachdem wir es mit den Einzelheiten desselben bekannt gemacht haben würden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in China vom 10./23. Dezember 1910. — Nr. 1793.

Die jetzige Lage der Dinge läßt es nicht wünschenswert erscheinen, ein Kompromiß mit China zuzulassen. Ich bitte Sie, dem chinesischen Minister mündlich zu verstehen zu geben, daß die chinesische Antwort uns nicht befriedigen kann und daß wir zu weitergehenden Mitteln greifen müssen. Wir brauchen jedoch die Versuche Chinas, uns wenigstens teilweise entgegenzukommen, nicht direkt zurückzuweisen. Zu Ihrer persönlichen Information teile ich Ihnen mit, daß wir zusammen mit dem Kriegsministerium die Zusammenziehung unserer Truppen in Djarkend und Ussin begonnen haben.

Telegramm des russischen Gesandten in China an den russischen Außenminister vom 11./24. Dezember 1910. — Nr. 645.

Wenn wir der japanischen Regierung Einzelheiten über strittige Fragen in China mitteilen, so würde dies zur unmittelbaren Einmischung Japans in Fragen führen, die wir bisher

vor jeder fremden Einmischung bewahrt haben. Ich sehe voraus, daß dies unsere Politik in China stark beeinträchtigen würde.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in China vom 24. Jan. / 6. Februar 1911.

Wenn China unser Ultimatum ablehnt, so beabsichtigen wir eine militärische Demonstration in Ili und sehen von der Besetzung des Gebietes von Uriankhai ab. Die hierzu nötigen Truppenbestände werden erst zum 1. März bereit sein. Bis zu diesem Zeitpunkt erscheint es nicht wünschenswert, unsere Truppen über die chinesische Grenze in Ili vorrücken zu lassen, da man die Möglichkeit eines Mißerfolges bei der Stadt Suidun in Betracht ziehen muß.

Wir haben deshalb die Absicht, das Ultimatum ohne Bestimmung einer Frist in den ersten Tagen des Februar an China zu richten, das heißt, ehe man die Kündigung des Petersburger Handelstraktates durch China erwarten kann, um nicht den Anschein zu erwecken, daß unser Ultimatum die Antwort auf die chinesische Kündigung ist. Wird das Ultimatum abgelehnt, so werden wir es wiederholen und als Termin seiner Erfüllung den 1. März bezeichnen. Wenn die Chinesen trotzdem den Handelsvertrag kündigen werden, so werden wir uns einer Revision desselben widersetzen, bis China die von uns gestellten Forderungen angenommen haben wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 7./20. Februar 1911. — Nr. 43.

Bis jetzt hat die öffentliche Meinung in England unsern Schwierigkeiten in China nur geringe Beachtung geschenkt, und es besteht hier keine Beunruhigung. Abgesehen von dem ersten Artikel in der Times, haben sich die Zeitungen mit dieser Frage nicht weiter befaßt. Ein heute in der Times erschienener Artikel drückt die Erwartung aus, daß die chinesische Antwort, so wie sie vom englischen Korrespondenten nach London telegraphisch mitgeteilt worden ist, der Hoffnung Raum läßt, daß ein friedlicher Ausgleich gefunden werden wird. Grey hat mit mir über diese Frage nicht gesprochen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 8./21. Februar 1911. — Nr. 172.

Unser Gesandter in Peking hat uns die Antwort der chinesischen Regierung auf unser Ultimatum mitgeteilt. Diese Antwort kommt unsern Forderungen entgegen und kann im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden, obwohl noch einige Unklarheiten vorhanden sind, die den Gegenstand von weiteren Verhandlungen bilden werden.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Peking vom 19. März/1. April 1911. — Nr. 368.

Der soeben beigelegte scharfe Konflikt zwischen uns und China hat aufs neue die Fragen der Sicherung unserer ostchinesischen Eisenbahn und unserer Lage in der Mandschurei selbst aufgeworfen. Obwohl die Mitteilungen des Generals Khorwat auf die Übertriebenheit der in der Presse geäußerten Befürchtungen hinweisen und den Umstand betonen, daß sich nur schwache chinesische Kräfte in nächster Nähe unserer Eisenbahn befinden, hält das Kriegsministerium es für notwendig, unsere Truppen in der enteigneten Zone zu verstärken und starke Abteilungen in Tsitsikar und Echo zusammenzuziehen.

Unsere Verhandlungen mit der japanischen Regierung berechtigen uns zu der Hoffnung, daß Japan keine Einwendungen gegen die Pläne unseres Kriegsministeriums erheben wird.

Diese Maßregeln werden den Gegenstand einer besonderen Beratung der Minister bilden, und ich bitte Sie, mich telegraphisch von Ihrer Ansicht zu verständigen. Es wäre für uns besonders wünschenswert, genaue Nachrichten über chinesische und vor allem japanische militärische Maßnahmen in der Mandschurei zu erhalten.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Tokio vom 16./29. April 1911. — Nr. 518.

Ich habe den hiesigen japanischen Botschafter auf die Befürchtungen hingewiesen, die die Tätigkeit Chinas in der Mandschurei bei uns hervorruft, namentlich die chinesische Kolonisation, die Aufnahme einer Anleihe und die Verstärkung der chinesischen Streitkräfte in dieser Provinz. Unsere militärischen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Kreise sind der Ansicht, daß letztere schon jetzt genügend stark sind, um unsere Eisenbahnverbindungen zu zerstören. Ich fragte den Botschafter, wie sich seine Regierung zu den militärischen Maßnahmen Chinas stellt.

Motono hat mir geantwortet, daß die chinesischen Truppen in der Mandschurei quantitativ und qualitativ keine Gefahr bedeuten. Er hält es für ausgeschlossen, daß die Chinesen uns oder die Japaner angreifen würden. Eine Gefahr sieht er nur von seiten Amerikas voraus, dessen Flotte nach Fertigstellung des Kanals von Panama im Stillen Ozean so stark sein wird, daß die japanische Flotte wohl eine Verteidigung, aber keinen Angriff zu führen imstande sei. Der Botschafter glaubt, daß Rußland und Japan ihre Lage in China endgültig vor dem Eintritt dieses Zeitpunktes regeln müssen. Er ist bereit, als Vermittler zu dienen, um unsere Wünsche der japanischen Regierung gegenüber zu vertreten, ist jedoch der Ansicht, daß die Verhandlungen über die zum Schutze unserer Interessen in der Mandschurei zu treffenden Maßnahmen in Tokio geführt werden müssen. Ich bitte Sie, den Außenminister mit unsern Befürchtungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der chinesischen Armee bekannt zu machen und die japanische Regierung zu fragen, wie sie sich zu unserm Gedanken eines Abkommens zwischen Rußland, Japan und China stellt, um die Zahl und die Verteilung der chinesischen Truppen im Gebiete der mandschurischen Eisenbahnen genau festzustellen und auf diese Weise die in unserem Abkommen vom 21. Juni 1910 in Aussicht genommene Wahrung des status quo in der Mandschurei weiterzuentwickeln.

Da meine Besprechungen mit dem japanischen Botschafter nur vorbereitenden Charakter hatten, so bitte ich Sie, sich Ihrerseits konkreter Vorschläge zu enthalten. Ich bitte Sie hauptsächlich feststellen zu wollen, welche Ziele die Instruktionen verfolgen, welche dem soeben nach Peking zurückgekehrten japanischen Vertreter gegeben worden sind.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 4./17. Juli 1911.

Ich habe soeben mit Sir A. Nicolson eine sehr vertrauliche Unterredung über die Erneuerung der englisch-japanischen Allianz

gehabt. Ich sagte ihm, daß wir uns über den veränderten Text des Vertrages nicht wundern, da dies augenscheinlich eine Folge des beabsichtigten Schiedsgerichtsvertrages mit den Vereinigten Staaten sei. Was jedoch die Verlängerung des Vertrages selbst anbelange, so könne man in Rußland nicht vergessen, daß der ursprüngliche Allianzvertrag eine Vorsichtsmaßregel gegen einen eventuellen Konflikt zwischen Rußland und England bedeutete, wie mir dies Lord Lansdowne selbst einmal in einem Privatbriefe mitgeteilt hat.

Sir Arthur entgegnete, daß in England niemand an die Möglichkeit einer Rückkehr zu den früheren Beziehungen zwischen Rußland und England glaube und daß solche Erwägungen bei der Erneuerung des Bündnisses mit Japan nicht mitgespielt haben. In Wirklichkeit handele es sich um eine sehr heikle Frage, die speziell die Kolonien, d. h. Australien, betreffe. In Anbetracht des Umstandes, daß die Gesetze in den englischen Kolonien der gelben Rasse wenig Entgegenkommen zeigen, hätte ein Erlöschen des Vertrages zu ernsten Reibungen führen können, die für England wenn nicht eine direkte Kriegsgefahr, so doch eine beständige Unruhe bedeutet hätten.

Der soeben erneuerte Vertrag ist eine Garantie gegen alle möglichen Zufälligkeiten, und in diesem Sinne findet die Erneuerung in England lebhafte Zustimmung. Es ist, sagte er, eine Garantie gegen die schlechte Laune Japans, welche durch die schlechte Behandlung der Japaner, vor allem in Australien, hervorgerufen wird.

Sir Arthur fügte hinzu, auch eine andere Erwägung habe mitgesprochen. Seit Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses habe England seine Seestreitkräfte im fernen Osten bedeutend vermindern und seine Flotte in europäischen Gewässern in demselben Maße verstärken können. Auf diese Weise besitze England eine wichtige Garantie für die Erhaltung des Friedens im fernen Osten und sei in die Lage versetzt worden, seine Seestreitkräfte dort zu stärken, wo man sie gegebenenfalls brauchen werde.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 12./25. Januar 1912. — Nr. 33.

Der bevorstehende Regierungswechsel in China führt uns zu der Erwägung, daß wir diesen günstigen Augenblick benutzen müssen, um eine ganze Reihe zwischen Rußland und China schwebender Fragen zu erledigen.

Ich habe diesen Gedanken in einem Memorandum niedergelegt und Seiner Majestät unterbreitet. Der Kaiser hat meine Erwägungen zu bestätigen geruht. Ich bringe dies zu Ihrer persönlichen Kenntnis, füge jedoch hinzu, daß die konkreten Entschließungen der russischen Regierung erst dann erfolgen können, wenn wir ein Einvernehmen mit dem Kabinett von Tokio erzielt haben werden.

Memorandum des russischen Außenministers vom 10./23. Januar 1912.

Die Nachrichten aus Peking lassen die bevorstehende Abdankung der herrschenden Dynastie und die Übernahme der Regierung durch Juanshikai voraussehen. Auf diese Weise entsteht die Frage der Anerkennung der neuen Regierung von seiten der übrigen Mächte. Unser Geschäftsträger hat bereits feststellen können, daß die Vertreter der in China am meisten interessierten Staaten es für nötig halten, die Anerkennung der Regierung Juanshikais von der Sicherstellung der Rechte der Ausländer in China abhängig zu machen. Man muß annehmen, daß Juanshikai gezwungen sein wird, in der einen oder andern Weise diesen Wünschen Rechnung zu tragen, da seine Regierung, die nicht in allen Teilen Chinas Zustimmung findet, ausländischer Hilfe in der Form der Gewährung von Anleihen zur Unterdrückung der Unruhen dringend bedarf. Besondere Bedeutung für Juanshikai haben Rußland und Japan, welche als Nachbarstaaten Chinas in diesem Lande größere politische Interessen besitzen als alle anderen Mächte. Rußland und Japan müssen daher den gegenwärtigen günstigen Augenblick dazu benutzen, ihre Stellung in China zu kräftigen und auf diese Weise die chinesische Regierung daran verhindern, sich, wie in den letzten Jahren, den russischen und japanischen politischen Interessen beständig zu widersetzen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Dieser Widerstand von seiten Chinas hat seinerzeit die russische Regierung auf den Gedanken gebracht, die Stellung Rußlands im fernen Osten durch die Gewalt der Waffen und durch die Annexion einzelner chinesischer Gebiete so weit zu stärken, daß Rußland Verwicklungen in Ostasien nicht weiter zu befürchten braucht, wenn es genötigt wäre, seine Kräfte an andern Punkten anzusetzen. Die Lostrennung und Annexion weiter Gebiete wurde jedoch von uns stets als eine äußerste Maßnahme angesehen. Der jetzige Zeitpunkt erscheint aber geeignet, das gewünschte Resultat auf diplomatischem Wege ohne gewaltsame Annexion chinesischer Gebiete zu erreichen.

Die mandschurische Frage nimmt die erste Stelle ein. Hier mußten wir ganz besonders den Widerstand Chinas befürchten. Wir müssen deshalb jetzt versuchen, uns gegen ein feindliches Vorgehen Chinas in der Mandschurei zu schützen. Da unsere Interessen in der Mandschurei mit denen Japans übereinstimmen und wir mit letzterem in den Jahren 1907 und 1910 politische Verträge abgeschlossen haben, so wird unsere Aufgabe durch ein Zusammengehen mit Japan entschieden erleichtert. Man muß in Betracht ziehen, daß sowohl Juanshikai als auch die revolutionäre Partei in China angedeutet haben, daß sie eventuell unsere Stellung in der Mandschurei anzuerkennen bereit wären.

Zu diesem Zwecke müssen wir uns mit Japan über unsere gegenseitigen Wünsche einigen. Unsererseits müssen wir versuchen, von China die Zusicherung zu erhalten, in folgenden Fragen ein Einvernehmen mit uns herzustellen: 1. Eisenbahnbauten in der Mandschurei und in der benachbarten inneren Mongolei; 2. die Zahl und die Verteilung der chinesischen Streitkräfte in der Mandschurei; 3. die Anerkennung von seiten der chinesischen Regierung, daß der ostchinesischen Eisenbahn das Recht zusteht, nicht nur in rein technischen Eisenbahnfragen selbständig zu handeln, sondern auch die ganze Administration in der enteigneten Zone zu übernehmen.

Diese drei Punkte müssen, genau umschrieben, China vorgelegt werden.

Von diesen drei Punkten kann nur die Eisenbahnfrage die Japaner direkt interessieren: die chinesischen Rüstungen können bei ihnen keine Beunruhigung hervorrufen; auch haben sie keinen

Grund, mit der Lage der Dinge in der enteigneten Zone der südmandschurischen Eisenbahn unzufrieden zu sein. Man muß voraussehen, daß die Japaner die Anerkennung der Regierung Juanshikais mit der für sie sehr wichtigen Frage der Pachtdauer der Halbinsel von Kwantung in Verbindung bringen werden. Sie werden versuchen, einen längeren Termin als 25 Jahre auszubedingen. Eine solche Forderung widerspricht nicht unsern Interessen, und wir hätten keinen Grund, ihr entgegenzutreten.

Eine andere Frage, die wir anläßlich der Anerkennung der neuen chinesischen Regierung zu regeln versuchen müssen, ist die Revision des Petersburger Handelsvertrages. Wenn es uns gelingt, bei Erneuerung desselben seine Grundzüge beizubehalten, die die Basis unserer politischen Tätigkeit im äußern China bilden, so werden wir damit nicht bloß die Sicherung unserer handelspolitischen Interessen erreichen, sondern auch der weiteren Entwicklung der mongolischen Frage im Sinne des Fortbestehens der Mongolei als eines autonomen Bestandteiles des chinesischen Reiches Vorschub leisten. Die endgültige Regelung dieser verwickelten und speziell russische Interessen berührenden Frage muß auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden, denn wir müssen hierbei unsere politischen Interessen in Erwägung ziehen, die dem Prinzip der Erhaltung der territorialen Integrität Chinas direkt zuwiderlaufen. Auf diese Weise werden die Chinesen daran verhindert werden, ihre Gewalt über diese Gebiete wiederherzustellen. Wenn wir im Einvernehmen mit Japan vorgehen, so werden wir um so eher auf die Erfüllung unserer Wünsche rechnen können, als es uns gelingen wird, uns der Unterstützung des uns verbündeten Frankreichs zu vergewissern, ebenso wie England seine Unterstützung Japan zuteil werden lassen könnte.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 14./27. Dezember 1911. — Nr. 1331.

Während meiner letzten Anwesenheit in Paris haben die Direktoren der Banque Indo-Chine und des Comptoir National d'Escompte darauf hingewiesen, wie wünschenswert es sei, wenn eine russische und eine japanische Finanzgruppe dem „Vierersyndikat" beitreten würde. Unsere beiden Gruppen könnten

einen gleichen Anteil wie die übrigen erhalten. Sowohl der französische Außenminister als auch die genannten Direktoren erklärten, daß wir auf diese Weise den Haupteinfluß im Syndikat erhalten würden, da die russische Gruppe mit der französischen und japanischen und oft auch mit der englischen solidarisch vorgehen würde.

Ich habe keine endgültige Antwort gegeben und mir vorbehalten, diese Frage mit unserem Finanzminister zu besprechen. Aber schon in meiner Unterredung mit dem französischen Außenminister habe ich ihm gesagt, daß ich keinen Nutzen in unserm Beitritt zum Syndikat fände, da wir vielleicht nur mit der französischen Gruppe vollkommen solidarisch wären, während die Japaner und Engländer oft unabhängig von uns handeln würden und die Deutschen und hauptsächlich die Amerikaner eine uns feindliche Haltung einnehmen könnten. Ich glaube auch, habe es aber dem französischen Minister nicht gesagt, daß die französische Gruppe hauptsächlich bestrebt ist, finanzielle Vorteile zu erzielen, und uns nicht helfen würde, Projekte zu Falle zu bringen, die für uns zwar unangenehm wären, ihnen aber finanzielle Vorteile versprechen würden. Außerdem habe ich dem Minister gegenüber Zweifel geäußert, daß wir und die Amerikaner uns an ein und derselben finanziellen Aktion in China beteiligen könnten, da die amerikanischen Bankhäuser uns direkt feindliche politische Ziele im fernen Osten verfolgen.

Aus der vorhergehenden Korrespondenz ist Ihnen die ablehnende Haltung der russischen Regierung gegenüber dem englisch-französisch-deutsch-amerikanischen Syndikat bekannt. Wir versuchen dieses Syndikat aufzulösen, indem wir die französische Gruppe zum Austritt bewegen, und wären nur in dem Falle bereit, uns an dem Syndikate zu beteiligen, wenn letzteres in der Weise umgebildet würde, daß uns in den Unternehmungen im Norden der großen chinesischen Mauer eine Vorzugsstellung eingeräumt würde. Die mir vom französischen Außenminister gemachten Vorschläge würden dies Ziel in keiner Weise erreichen, da wir unsere Einflußsphäre in China vor dem Eindringen uns feindlicher finanzpolitischer Einflüsse nicht schützen könnten und sogar unsere Stimme bei Entscheidungen des Syndikats keinen entscheidenden Einfluß haben würde.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 5./18. März 1912. — Nr. 475.

Wenn wir dem Internationalen Syndikat gestatten, China schon jetzt eine Anleihe zu gewähren, bevor die Regierung Juanshikais von den Mächten offiziell anerkannt worden ist, so ist die Frage der Anerkennung in positivem Sinne entschieden, ehe wir die Möglichkeit haben, die in Aussicht genommenen politischen Vorbedingungen zu stellen. Auf diese Weise werden staatliche Interessen den privaten Interessen von Bankhäusern untergeordnet. Eine solche Tätigkeit des Syndikates wird militärische Rüstungen des asiatischen Reiches gegen europäische Staaten möglich machen. Rußland, als die nächste Nachbarin Chinas, wird dies zuallererst zu fühlen bekommen und wird infolgedessen gezwungen sein, seine ganze Aufmerksamkeit auf den fernen Osten zu lenken. Wir müssen uns deshalb fragen, ob es für uns nicht vorteilhafter sei, uns in dieser Frage abzusondern und von China zu verlangen, daß es auf finanzielle Operationen verzichtet, die wir für schädlich halten, und im Falle einer chinesischen Weigerung unsere Forderung mit Gewalt zu unterstützen..... Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne mit Grey auszusprechen und ihm zu bedenken zu geben, ob es den Interessen der Mächte der Tripelentente entspricht, daß Rußland seine Aufmerksamkeit und seine Kraft nach dem fernen Osten ablenken muß.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 9./22. März 1912. — Nr. 508.

In meinem Telegramm Nr. 475 habe ich nicht einen unmittelbaren Konflikt mit China im Auge gehabt. Ich sehe bloß die Möglichkeit einer militärischen Aktion voraus, wenn die chinesische Regierung unter Nichtbeachtung unseres Protestes auf der Verwirklichung einer finanziellen Operation besteht, die ihr vom internationalen Syndikat vorgeschlagen wird. Wir weigern uns indessen nicht, uns offiziell dem Syndikate anzuschließen. Wir können dies aber nur unter Bedingungen tun, die uns erlauben würden, nicht unsere Aufmerksamkeit von unseren Interessen in Europa und der Balkanhalbinsel abzulenken, um sie

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

der Verteidigung unserer Stellung im fernen Osten zuzuwenden. Wir sind der Ansicht, daß dies ein gemeinsames Interesse der Mächte des Dreiverbandes ist.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 7./20. April 1912. — Nr. 716.

Anläßlich der Anerkennung unserer speziellen Interessen in China von seiten Englands hat Lord Morley dieselben insofern eingeschränkt, als er von unseren Interessen jenseits der großen Mauer spricht, die sich aus unseren Verträgen mit China ergeben. Diese Einschränkung entspricht nicht unserem Standpunkte. Geographische Lage und ökonomische Entwicklung ziehen diese Gegenden immer mehr zu Rußland hin; daraus ergibt sich für uns eine besondere Stellung, und unsere politischen Interessen haben nicht immer Ausdruck in unseren Abkommen mit China gefunden. Ich bitte Sie, dieses zur Kenntnis der englischen Regierung zu bringen, damit kein Mißverständnis hinsichtlich der Unterstützung entsteht, die wir vom Londoner Kabinett erwarten, wenn wir uns am chinesischen Reorganisationskonsortium beteiligen.

Bericht des russischen Gesandten in Peking an den russischen Außenminister vom 1./14. Mai 1912. — Nr. 32.

In meinen früheren Telegrammen habe ich die Meinung vertreten, daß es uns nicht möglich sein wird, die mongolische Frage auf rein diplomatischem Wege zu lösen, sondern daß wir unseren Forderungen militärischen Nachdruck werden verleihen müssen.

In Fortsetzung meiner früheren Berichte glaube ich Ihnen heute mitteilen zu können, daß ich mich aus meinen Gesprächen mit meinen ausländischen Kollegen davon habe überzeugen können, daß wir augenblicklich keinen Widerstand von seiten der ausländischen Mächte zu befürchten haben, wenn wir es für nötig erachten sollten, die genannten militärischen Maßnahmen in der nördlichen Mandschurei, in der Mongolei und in Westchina zu ergreifen.

In seinem Brief vom 30. März hat unser Geschäftsträger

Ihnen mitgeteilt, der amerikanische Vertreter habe ihm kategorisch erklärt, daß in seinen Instruktionen nichts enthalten sei, was ihn veranlassen könne, unsere Tätigkeit in der Mongolei und in der Mandschurei zu durchkreuzen. In diesem Sinne hat sich der amerikanische Vertreter auch dem englischen Gesandten gegenüber geäußert. Aus diesem Anlaß hat mir Sir John Jordan mitgeteilt, daß auch keine andere Macht es versuchen würde, sich unsern Maßnahmen zu widersetzen. „Sie können jetzt ohne Zweifel vollkommen unbesorgt in Westchina und in der äußeren Mongolei vorgehen," sagte mir mein englischer Kollege, „und nur in der Mandschurei werden Sie den japanischen Interessen und Wünschen Rechnung tragen müssen." Dies ist auch die Ansicht der Mehrzahl meiner andern Kollegen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 19. Juni/2. Juli 1912. — Nr. 1233.

Persönlich. Vertraulich. Es besteht die Absicht, mit Japan ein geheimes Abkommen über unsere Interessensphären in der inneren Mongolei zu unterzeichnen. Im Einvernehmen mit der japanischen Regierung teilen wir den Wortlaut der in Aussicht genommenen Redaktion dem französischen und englischen Vertreter mit. Die japanische Regierung wird eine ähnliche Mitteilung in Paris und London machen.

Projekt einer geheimen Konvention zwischen Rußland und Japan hinsichtlich der Mongolei.

Um die Bestimmungen der geheimen Verträge vom 17./30. Juli 1907 und vom 21. Juni/4. Juli 1910 genauer festzulegen und zu vervollständigen und um die Möglichkeit jeden Mißverständnisses hinsichtlich ihrer speziellen Interessen in der Mandschurei und in der Mongolei zu verhindern, haben die russische und die japanische Regierung beschlossen, die in dem Zusatzartikel des Abkommens vom 17./30. Juli 1907 festgesetzte Demarkationslinie zu verlängern und die Sphären ihrer speziellen Interessen in der inneren Mongolei abzugrenzen. Es ist deshalb folgendes vereinbart worden. Artikel 1. Ausgehend von dem Überschneidungspunkt des Flusses Tola-Ho und des 122.

Meridians östlich Greenwich folgt die Demarkationslinie dem Laufe der Flüsse Oulountchourh und Moushisha bis zur Wasserscheide der Flüsse Moushisha und Haldaitai; von da folgt sie der Grenze der Provinz Hei-loung-Chiang mit der innern Mongolei, um den äußersten Grenzpunkt der innern und äußern Mongolei zu erreichen. Artikel 2. Die innere Mongolei zerfällt in zwei Teile: den einen im Osten, den anderen im Westen vom Pekinger Meridian. Die japanische Regierung verpflichtet sich, die speziellen Interessen Rußlands in der inneren Mongolei im Westen von genanntem Meridian anzuerkennen und zu beobachten; die russische Regierung übernimmt die gleiche Verpflichtung hinsichtlich der japanischen Interessen im Osten des genannten Meridians. Artikel 3. Die vorliegende Konvention wird zwischen den beiden vertragschließenden Seiten streng geheim bleiben.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Generalkonsul in Ourga vom 18./31. August 1912. — Nr. 1694.

Der Kriegsminister hält es für nötig, die Mongolen mit modernen Gewehren gegen entsprechende Bezahlung auszurüsten. Indem Sie den mongolischen Ministern diese Mitteilung zukommen lassen, bitte ich Sie, auf sie einzuwirken, um sie zu verhindern, Waffen aus dem Auslande zu beziehen. Machen Sie sie auch darauf aufmerksam, daß die russischen Gewehre nicht zur Bewaffnung der inneren Mongolei dienen sollen, da dies zwecklos wäre, weil die Chinesen die unbedingte militärische Übermacht in diesem Teile der Mongolei haben. Die Waffen dienen zum Schutze von Khalkha und der angrenzenden Gebiete der westlichen Mongolei, wobei die Mongolen von unserer Seite auf Unterstützung rechnen können.

Telegramm des russischen Außenministeriums an den russischen diplomatischen Agenten in der Mongolei vom 8./21. Nov. 1913. — Nr. 3179.

Um die Ausfuhr von ausländischen Waren aus China in die Mongolei möglichst zu erschweren, haben wir unsern Konsuln in diesem Gebiete den Auftrag gegeben, keine Erlaubnis mehr zum Transport von Waren auf der Karawanenstraße zu

erteilen, indem wir diese Maßnahme damit begründen, daß durch die Deklaration vom 23. Oktober eine autonome Mongolei geschaffen worden ist, hinsichtlich deren der Handelstransport noch nicht geregelt werden konnte.

Telegramm des russischen Botschafters in Tokio an den russischen Außenminister vom 26. November/9. Dezember 1913. — Nr. 200.

Aus einer langen Unterredung mit Motono habe ich die Überzeugung gewonnen, daß Japan nicht beabsichtigt, uns konkrete Vorschläge hinsichtlich Chinas zu machen. Seine Erklärungen bedeuten, daß Rußland und Japan der chinesischen Regierung und den an eren Mächten deutlich zu verstehen geben müssen, daß sie beide in der Mandschurei und der Mongolei spezielle Interessen haben, auf die sie in keinem Falle verzichten werden. Motono ist der Ansicht, man müsse sich gemeinsam der Aufnahme weiterer Anleihen widersetzen und sich auf alle Fälle an diesen Anleihen nicht beteiligen — womöglich auch Frankreich hierzu veranlassen. Möge China sich selbst überlassen bleiben. In den übrigen China betreffenden Fragen müssen Rußland und Japan gemeinsam mit Frankreich und England vorgehen, doch müßten die beiden erstgenannten Mächte ein engeres Einvernehmen unter sich herstellen, um immer genau über die gegenseitigen Ansichten und Absichten unterrichtet zu sein. Motono glaubt nicht, daß die neue Regierungsform in Peking von Dauer sein werde. Auf meine Frage, welches die Absichten Japans in der innern Mongolei und der südlichen Mandschurei seien, erwiderte er, daß die Annexion der südlichen Mandschurei mit der Zeit von selbst erfolgen werde, man brauche sich deshalb damit nicht zu beeilen; was die Mongolei anbelangt, so ist, wie er glaubt, in Tokio noch kein fester Plan gefaßt worden. Im großen und ganzen finde ich den Botschafter sehr maßvoll, was vielleicht damit zu erklären ist, daß das Projekt der Vergrößerung der japanischen Armee nicht hat verwirklicht werden können, wodurch der militärischen Partei ein großer Schlag versetzt worden ist.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Peking vom 24. Februar/9. März 1914. — Nr. 417.

Die englische Regierung regte die Frage über eine Revision

unseres Abkommens über Tibet an, und zwar im Sinne der Aufhebung der England beschränkenden Bestimmungen und der Gewährung von Aktionsfreiheit in jenen Gegenden. Ich antwortete, daß wir bereit seien, in eine Prüfung dieser Frage einzutreten, allerdings müßten wir dann andere Zugeständnisse zu unsern Gunsten verlangen. Ich bitte Sie mir zu telegraphieren, ob Sie es für möglich halten, von England irgendeine Kompensation in unserer Interessensphäre zu fordern. Behalten Sie im Auge, daß England sich zuerst auf die Basis der gegenseitigen Anerkennung der Vorzugsstellung Rußlands in der Mongolei und Englands in China stellte. Wir lehnten jedoch eine solche Verhandlungsbasis ab, indem wir darauf hinwiesen, daß Rußland in der Mongolei bereits Aktionsfreiheit besaß, als wir im Jahre 1907 mit England das Abkommen über Tibet abschlossen.

Telegramm des russischen Gesandten in Peking an den russischen Außenminister vom 26. Februar/11. März 1914. — Nr. 104.

Die einzige Kompensation von seiten Englands für unsere Anerkennung seiner Aktionsfreiheit und seiner Sonderstellung in Tibet, auf die ich hinweisen könnte, wäre seine Anerkennung unserer ausschließlichen Einflußsphäre in der nördlichen Mandschurei, der Mongolei und dem westlichen China außer Kaschgar, sowie die Verpflichtung, uns nicht an der Ausführung unserer Pläne in diesen Gebieten zu hindern und selbst keine Ziele zu verfolgen, welche von uns als mit unseren Interessen unvereinbar angesehen werden müssen. Wenn dies eine annehmbare Kompensationsbasis darstellen würde, so könnten die Engländer vielleicht außerdem noch eine ähnliche Verpflichtung bezüglich des Tales von Jansda eingehen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Peking vom 1./14. März 1914. — Nr. 471.

Nach Prüfung der Frage unserer Eisenbahnpolitik in der Mandschurei halten wir es für notwendig, von der chinesischen Regierung das Versprechen zu erhalten, Rußland das Vorzugsrecht zum Bau folgender Linien zu gewähren: 1. Blagoweschtschensk-

tschensk—Kharbin mit einer Zweiglinie nach Tsitsikar; 2. Kharbin—Boduno; 3. Imjanowpo—Nan—Tjan—Mun an dem untern Laufe des Sungari; 4. Tsitsikar—Boduno; 5. Zuführungslinien zu der chinesischen Ostbahn in Barga. Über die Mittel zum Bau dieser Linien ist noch kein Beschluß gefaßt worden; doch schließt dies nicht die Möglichkeit aus, eine besondere Gesellschaft nach dem Muster Englands, Frankreichs und Belgiens zu bilden und den Bau unter denselben Bedingungen auszuführen, wie in der letzten Zeit die Eisenbahnen im Innern Chinas von Ausländern gebaut worden sind.

Da die Vertreter der Großmächte sich bei Eisenbahnkonzessionen gleichzeitig das Recht der Ausbeutung der Naturschätze Chinas gesichert haben, so hat der Ministerrat es für wünschenswert erachtet, von der chinesischen Regierung das prinzipielle Einverständnis zu erlangen, daß den russischen Konzessionären das Recht der Ausbeutung der Berg-, Wald- und übrigen Reichtümer im Bereiche der genannten Linien zugestanden wird.

Ich bitte Sie, mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten in entsprechende Verhandlungen zu treten, indem Sie darauf hinweisen, daß wir einstweilen nur ein prinzipielles Versprechen der chinesischen Regierung in obigem Sinne zu erhalten wünschen.

Telegramm des russischen Gesandten in Peking an den russischen Außenminister vom 3./16. März 1914. — Nr. 116.

Ihr Telegramm Nr. 471 erhalten. Ich habe mit dem auswärtigen Minister in dem mir vorgeschriebenen Sinne wegen der Frage unserer Eisenbahnbauten in der Mandschurei gesprochen. Er versprach mir, nach Beratung der Angelegenheit im Ministerrat Antwort zu geben; einstweilen beschränkte er sich auf die Bemerkung, daß in den andern Übereinkommen bezüglich Eisenbahnbauten von einer Ausbeutung der Naturschätze nicht die Rede sei, mit Ausnahme des Übereinkommens über die Schantung-Eisenbahn mit den Deutschen, die jedoch jetzt auf ihre diesbezüglichen Rechte verzichtet hätten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Siebentes Kapitel.

Russische Politik in der Türkei 1909—1912.

Bericht des russischen Botschafters in Paris Nelidow an den russischen Außenminister vom 2./15. April 1909.

Die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes wegen der Annexion Bosniens und der Erklärung der bulgarischen Unabhängigkeit scheint beseitigt zu sein. Die hauptsächlichsten internationalen Fragen, die durch das einseitige Vorgehen des Wiener Kabinetts und der bulgarischen Regierung aufgeworfen worden sind, scheinen geregelt. Es bleibt nur noch die Erfüllung der diplomatischen Formalitäten, die wohl kaum zu ernsten Verwicklungen führen werden. Die allgemeine Nervosität, die den Gang der Ereignisse in Europa beeinflußt hat, ist vom Gefühl einer gewissen Erleichterung abgelöst worden, das auch auf Börsen- und Finanzfragen zurückgewirkt hat. Die Mehrzahl der Minister haben die Osterferien dazu benutzt, Paris zu verlassen. Auch der Außenminister hat sich in den Jura begeben und wollte am 11./24. April den Präsidenten der Republik in Nizza treffen, wo die feierliche Enthüllung des Denkmales von Gambetta stattfinden soll. Aber das plötzliche Aufflackern von gefährlichen Unruhen in Konstantinopel hat den Ministerpräsidenten veranlaßt, Pichon nach Paris zurückzurufen. Die beunruhigenden Nachrichten aus der Türkei haben natürlich die öffentliche Meinung sehr beschäftigt. Man befürchtet hier die Möglichkeit einer weiteren Ausdehnung des Aufruhrs und infolgedessen auch von bewaffneten Zusammenstößen und Christenverfolgungen auf dem Balkan, was der Aufrollung der orientalischen Frage in ihrem ganzen furchtbaren Umfange gleichkommen würde.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich kann nicht umhin, meinem Bedauern Ausdruck zu geben, daß dieser Augenblick uns unvorbereitet findet, nicht nur, um die orientalische Frage in einem uns günstigen Sinne zu lösen, sondern sogar, um uns in wirksamer Weise an der Regelung dieser Frage zu beteiligen, denn die Erfahrung der Geschichte und das Beispiel der letzten Ereignisse haben wiederum bewiesen, daß derartige Weltfragen ohne Anwendung von Gewalt nicht gelöst werden können. In Erkennung dieser Wahrheit habe ich während meiner 15jährigen Tätigkeit als Botschafter in Konstantinopel nicht aufgehört, darauf zu bestehen, daß Rußland für Ereignisse bereit sein müsse, die zwar, was den Zeitpunkt anbelangt, unbestimmbar, aber in jedem Falle unabwendbar sind. Kurz vor meiner Abreise aus der Türkei schien diese Frage endgültig geregelt. Von seiten unseres Kriegsministeriums und des Admiralstabes waren alle Vorbereitungen getroffen, um auf die Dinge in der türkischen Hauptstadt einwirken zu können, wenn dort Unruhen ausbrechen sollten. Leider haben wir uns im letzten Sommer während der unter Ihrem Vorsitz abgehaltenen geheimen Beratungen davon überzeugen können, daß von diesen Maßregeln nichts mehr übrigbleibt.

Erlauben Sie mir jetzt der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß dank Ihren Anstrengungen Maßnahmen getroffen werden oder wenigstens deren Notwendigkeit anerkannt wird, die es Rußland ermöglichen werden, seine historische Mission zu erfüllen und nicht zuzulassen, daß eine Weltfrage nicht im Einvernehmen mit unseren Interessen geregelt wird.

Auszug aus einem Privatbrief des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 8./21. April 1910.

Das türkische Marineministerium hat im letzten Jahre eine energische und zielbewußte Tätigkeit entfaltet. Wir selbst bauen im Schwarzen Meer keine neuen Schiffe und ersetzen nicht einmal die alten. Während die Türkei sich angeblich gegen Griechenland rüstet, steht sie im Begriff, uns bald zu überholen, wenn wir auf unserm jetzigen Standpunkte stehenbleiben. Jedenfalls haben uns die Türken hinsichtlich der Hochsee-Torpedoboote übertroffen. Die in Deutschland gekauften Schiffe laufen 35 Knoten, während die unsrigen es nur auf 25 bringen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Sollten die Türken jene Schiffe des Dreadnought-Typus käuflich erwerben, über die unser Marineagent in Paris berichtet, so wird die Herrschaft im Schwarzen Meere zur Türkei übergehen. Dies können wir aber nicht zulassen.

Denn dies wäre gleichbedeutend mit der Zerstörung des nützlichen Werkes Alexanders III. Gleichzeitig würde dadurch die Grundlage der russisch-türkischen Beziehungen zu unsern Ungunsten verschoben. Solange wir im Schwarzen Meere stärker sind, können wir auf die eine oder andere Weise den Bosporus und die ganze türkische Küste bedrohen. Die Türken fürchten uns, schätzen unsere guten Beziehungen und müssen mit unsern speziellen Interessen in Kleinasien und Persien rechnen, trotz aller Einflüsterungen Deutschlands.

Sobald aber die Türken, den jetzigen Augenblick benutzend, die Vorherrschaft im Schwarzen Meere an sich reißen würden, was seit der Zeit Peters des Großen nicht vorgekommen ist, wird in einem ganz andern Tone verhandelt werden müssen, und wir werden gezwungen sein, entweder den Türken in diesen wichtigen Fragen nachzugeben oder den Fehdehandschuh aufzunehmen, wobei wir aber in maritimer Hinsicht von Anfang an entwaffnet wären. Was ist vorzuziehen?

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 14./27. April 1910. — Nr. 200.

Ich habe heute mit dem Großwesir vertraulich über die türkischen Flottenrüstungen Rücksprache genommen. Zu dieser Unterredung durch unsern ersten Dragoman vorbereitet, hat mir Haki Pascha gesagt, daß die besagten Rüstungen nichts anderes bezwecken, als Feindseligkeiten Griechenlands entgegentreten zu können. Auch muß die Türkei in Betracht ziehen, daß Bulgarien eine kleine Minenflotte besitzt. Weder mit Rußland noch mit Frankreich und England oder mit Österreich kann die Türkei den Kampf aufnehmen, beabsichtigt dies auch gar nicht zu tun, da sie durch das Landheer und durch Bündnisse geschützt ist. Die Ausgaben für die Flotte sind auf 5 Millionen türkische Pfund, auf 10 Jahre verteilt, beschränkt. Hiervon müssen noch die freiwilligen Beiträge und andere Prozente abgezogen werden. Der Marineminister hat in der Tat die Absicht, einen Kreuzer von

15 000 Tonnen zu erwerben. Aber das ganze Programm wird vom Ministerrate neuerdings nachgeprüft werden, da man nur über geringere Geldmittel verfügt, als man anfänglich glaubte. Der Großwesir persönlich hält das Programm des Marineministers für zu weitgehend. Die türkische Regierung beabsichtigt keineswegs in einen Wettbewerb mit uns einzutreten, da sie ja unser Flottenprogramm kennt und außerdem von unseren freundschaftlichen Gefühlen überzeugt ist.

Bericht des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 2./15. April 1911.

Wie ich Ihnen telegraphisch berichtete, hat die türkische Regierung nach langwierigen Verhandlungen, die beinahe $1^1/_2$ Jahre gedauert haben, zwei Dreadnoughts bestellt. Auf diese Weise werden im Anfang des Jahres 1913 türkische Schiffe im Schwarzen Meere erscheinen, die die unsrigen weit übertreffen, und wenn Rußland zu jenem Zeitpunkt im Schwarzen Meere nicht eine bestimmte Anzahl größerer Panzerschiffe besitzt, so wird die Seeherrschaft im Schwarzen Meer von Rußland zur Türkei übergehen. Die politische Wirkung dieses Ereignisses ist schon lange klar erkannt worden. Wir haben es jetzt mit der Tatsache einer türkischen Bestellung zu tun und, wie schwer es uns auch fallen mag, wir müssen jetzt ohne Zögern die nötigen Gegenmaßregeln ergreifen. Sonst müssen wir schon jetzt unsere Flagge im Schwarzen Meere vor dem türkischen Halbmond herabholen. Allerdings beteuert mir der Großwesir, daß die türkische Maßregel nicht gegen uns gerichtet sei, und er ist bereit, uns alle möglichen Garantien zu geben, daß die Türkei keine fremden Kriegsschiffe in das Schwarze Meer durchlassen wird. Aber selbst wenn diese Zusicherungen vertraglich festgelegt werden, so würden derartige Erklärungen für uns nur insofern Bedeutung haben, als sie sich auf die Tatsache der absoluten Überlegenheit der russischen Flotte im Schwarzen Meer stützen würden. Ich füge hinzu, daß die Bestellung der türkischen Dreadnoughts darauf berechnet ist, daß Rußland ähnliche Schiffe im Laufe von 20 Monaten nicht herstellen kann, wie dies bei den türkischen Bestellungen in England und Deutschland möglich ist. Diese Berechnung stützt sich auf die veröffentlichten Debatten in der Duma und

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

auf einige höchst unpatriotische Äußerungen in der russischen Presse. Wir können aber nicht zulassen, daß ein solches Ereignis eintritt, wenn nur Rußland alle nötigen Opfer zu bringen bereit ist.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 15./28. Juni 1910. — Nr. 905.

Da man in nächster Zeit in Paris die Ankunft des türkischen Finanzministers oder von Delegierten der türkischen Regierung zu Anleiheverhandlungen erwartet, so halte ich es für nötig, Ihnen unsern Standpunkt in dieser Frage mitzuteilen.

Handelt es sich bloß um eine Anleihe von 250 Millionen Franken zur Deckung des diesjährigen türkischen Budgets, so wird eine Einmischung unsererseits kaum möglich sein. In diesem Falle könnten wir uns damit begnügen, daß Frankreich die Anleihe von der Gewährung der Eisenbahnkonzession Samsun—Siwas an ein russisch-französisches Konsortium abhängig macht.

Sollten sich die Verhandlungen auf eine größere Anleihe beziehen, welche nach Deckung des Budgetdefizits bedeutende Mittel in den Händen der türkischen Regierung lassen würde, so könnten wir nicht umhin, der französischen Regierung unsere Erwägungen mitzuteilen, die auch für Frankreich von Bedeutung sind.

Frankreich ist daran interessiert, daß wir in militärischer Hinsicht der Türkei überlegen sind. Jede Stärkung der militärischen Stellung der Türkei, namentlich an der kaukasischen Grenze, müßte entsprechende Gegenmaßnahmen unsererseits hervorrufen; dies müßte aber notwendigerweise auf unsere Westgrenze Einfluß haben. Wir sind daher der Ansicht, daß es sowohl unsern als auch den französischen Interessen entspricht, wenn wir den Geldmangel in Konstantinopel im Einvernehmen mit dem Pariser Kabinett dazu benutzen, um von der Türkei Verpflichtungen zu erhalten, die die weitere militärische Erstarkung der Türkei einschränken. In militärischer Hinsicht hat die Frage der türkischen Eisenbahnbauten im Kaukasusgebiet und in Nordpersien und ebenso der Ankauf von Kriegsschiffen ganz besondere Bedeutung.

Die türkische Aktionsfreiheit in diesem Sinne einzuschränken, ist ganz besonders wichtig. Teilt die französische Regierung im

Prinzip unsere Ansicht, so müssen wir versuchen, eine Form zu finden, die für die Türkei annehmbar wäre. Unsererseits wären wir bereit, in diesem Falle auf unsere Anrechte an der Samsun—Siwasschen Linie zugunsten der französischen Mitglieder des Syndikats zu verzichten.

Ich bitte Sie, mit Pichon vertraulich Rücksprache zu nehmen, indem Sie Ihren Erklärungen den Charakter eines vorbereitenden Meinungsaustausches geben. Die weiteren Verhandlungen werden von der Antwort Pichons abhängen, die wir in allernächster Zeit zu erhalten hoffen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Juni 1910.

Djavid Bei wird Sonnabend in Paris erwartet. Pichon hat noch keine Nachrichten über die Höhe der türkischen Anleihe. Aus Berechnungen des ersten Finanzrates Laurent ergibt es sich, daß die Türkei etwa 600 Millionen braucht. Aber aller Wahrscheinlichkeit nach wird Djavid fürs erste versuchen, nur die Hälfte dieser Summe zu erhalten. Ich habe Pichon den Standpunkt unserer Regierung mitgeteilt, ebenso die in Ihrem Telegramm enthaltene Beweisführung. Er hat mir geantwortet, daß es für die französische Regierung im Prinzip unmöglich sei, die Anleihe zu verweigern oder von der Türkei die Zusicherung zu verlangen, daß die sich aus der Anleihe ergebenden Mittel weder zur Verstärkung der Flotte, noch zur Vergrößerung der Armee verwandt werden. Aber die französische Regierung ist fest entschlossen, die Anleihe dazu zu benutzen, um von der Türkei Garantien zu erhalten, die Frankreich, England und Rußland befriedigen werden. Es ist vielleicht auch möglich, bei dieser Gelegenheit die Erbauung neuer strategischer Linien zum Schaden Rußlands zu verhindern. Auf alle Fälle ist aber die Aufnahme einer Anleihe nicht möglich, ohne daß die Großmächte ihre Zustimmung zur Erhöhung des türkischen Zolltarifs geben. Dies wird Zeit gebrauchen und langwierige Verhandlungen verursachen. Ich habe den Eindruck, daß Pichon durch Ihre Erwägungen sehr beunruhigt ist.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Vertraulicher Bericht des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Juni/7. Juli 1910.

In Fortsetzung meines Telegramms vom 17./30. Juni halte ich es für meine Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß meine Erklärungen auf Pichon einen starken Eindruck gemacht haben. Ganz besonders beunruhigt schien er mir durch Ihren Hinweis, daß die Verstärkung der türkischen Streitkräfte an der persischen und kaukasischen Grenze eine unmittelbare Verminderung unserer militärischen Machtstellung an der Westgrenze Rußlands zur Folge haben würde. Trotzdem hielt er es für nötig, darauf hinzuweisen, daß Frankreich bei den Verhandlungen unmöglich türkische Garantien verlangen kann, daß die in Paris erhaltenen Mittel nicht auf militärische Rüstungen verwendet werden sollen. Eine derartige Bedingung wäre mit der Würde des ottomanischen Reiches unvereinbar, sie würde abgelehnt werden und nur dazu dienen, die Türkei Deutschland zuzutreiben, um mit diesem in ein enges Einvernehmen zu treten und das Geld irgendwo anders zu finden.

Viel leichter würde es jedoch sein, die neue türkische Anleihe davon abhängig zu machen, daß aus dem türkischen Eisenbahnprogramm alle Linien ausgeschaltet würden, die für Rußland in strategischer Hinsicht unerwünscht sind; dies um so mehr, als derartige Linien keine Einnahmen versprechen und die türkischen Finanzen schwer belasten würden.

Pichon hat mir mitgeteilt, daß er überhaupt die Absicht habe, die Anleihe dazu zu benutzen, um von der Türkei fühlbare politische Zugeständnisse zu verlangen, die für die drei Mächte des Dreiverbandes in gleicher Weise befriedigend wären.

Pichon hat es vermieden, diesen Gedanken weiterzuentwickeln; soviel ich aber aus dieser und meiner vorhergehenden Unterredung mit ihm beurteilen kann, besteht beim Pariser Kabinett die Absicht, der Pforte das Versprechen und die Versicherung abzunehmen, die türkische Politik unabhängig von der Deutschlands zu machen und die immer noch bestehenden Beziehungen zwischen Konstantinopel und Berlin hinsichtlich militärischer Instrukteure, Munitionslieferungen und Eisenbahnbauten soweit wie möglich zu lockern.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 21. Juli/3. August 1910. — Nr. 1139.

Vor einigen Tagen habe ich in einer persönlichen und freundschaftlichen Aussprache mit dem türkischen Botschafter diesen gefragt, ob es wahr sei, wie die Zeitungen immer wieder behaupten, daß die Türkei die Absicht habe, dem Dreibunde offiziell beizutreten, und daß Haki Pascha diesbezügliche Verhandlungen mit Aehrenthal in Marienbad führen wird.

Ich habe hierbei bemerkt, daß derartige Gerüchte mir unwahrscheinlich erscheinen, da die Türkei wohl kaum die Rolle Österreichs bei der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung so schnell vergessen haben wird und umgekehrt sich der Anstrengungen Rußlands erinnert, Verwicklungen von der Türkei abzuwenden. Immerhin müssen derartige Gerüchte bei uns einige Beunruhigung hervorrufen, und wenn sie auch nur teilweise wahr wären, so müßte dies einen entscheidenden Einfluß auf unsere weiteren Beziehungen zur Türkei ausüben.

Turkhan Pascha hat diese Unterredung nach Konstantinopel mitgeteilt, und heute hat er mir ein langes Antworttelegramm vorgelesen, in dem Rifaat diese Gerüchte aufs entschiedenste widerlegt und die Absicht der türkischen Regierung bekräftigt, sich volle Handlungsfreiheit zu wahren und die allerbesten Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, von dessen Seite die Türkei so viele freundschaftliche Beweise erhalten habe.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 11./24. Oktober 1910.

Der Finanzminister hat mir mitgeteilt, daß er von dem Abbruch der Anleiheverhandlungen in Paris außerordentlich enttäuscht sei. Die von der französischen Regierung gestellten Forderungen hält man hier mit der weiteren staatlichen Unabhängigkeit der Türkei für unvereinbar; außerdem entsprechen sie keineswegs der bescheidenen Summe der in Aussicht genommenen Finanzoperation. Besonders peinlich ist es für den Minister, daß Frankreich sich auch einem Abschluß der Anleihe in England, die schon gesichert war, widersetzt hat. Die Türkei braucht jetzt so sehr Geld, daß sie gezwungen sein wird, nicht nur deutsche

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Geldmittel, sondern auch die deutschen politischen Bedingungen anzunehmen, obwohl einigen Informationen zufolge letztere gegen Rußland und England gerichtet sind. Die Lage ist eine sehr ernste. Ich nehme an, daß, selbst wenn Frankreich es nicht für möglich hält, zum Schutze unserer Interessen leichtere Bedingungen zu stellen, es sich wenigstens nicht dem Abschluß der Verhandlungen zwischen Djavid und Cassel widersetzen sollte. Dies würde nicht nur in türkischen Kreisen gefallen, sondern gefährlichen Verwicklungen vorbeugen, die ein Erfolg Deutschlands und Österreichs in der Anleihefrage für uns nach sich ziehen würde.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. September 1910.

Dank den energischen Vorstellungen Hardinges und Mallets, die sie Cassel gemacht haben, ist der Abschluß einer türkischen Anleihe in London einstweilen unmöglich gemacht. Das Londoner Kabinett hat Pichon seine weitere Unterstützung in dieser Frage zugesagt, obwohl die englische Regierung leider nicht das dem Pariser Kabinett zur Verfügung stehende Mittel besitzt, das heißt die Quotierung der Anleihe an der Börse verbieten kann.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 10./23. Oktober 1910.

Man kann nur bedauern, daß die französische Regierung es nicht für nötig befunden hat, unsere wichtigen Interessen in der Frage der kleinasiatischen Eisenbahnbauten zu wahren, indem sie diese Frage mit den türkischen Anleiheverhandlungen in Verbindung bringt. Wenn daher diese Verhandlungen uns nicht nützen können, so sollten sie wenigstens unseren Interessen nicht direkt schaden. Aber es stellt sich jetzt heraus, daß die Türken die ihnen gemachten Schwierigkeiten nicht so sehr finanziellen Verhältnissen in Paris, als vielmehr unserer feindseligen Haltung zuschreiben. Der Großwesir hat dies dem französischen Botschafter direkt erklärt; dies ist auch die Ansicht der übrigen Minister, und diese Meinung hat schon auf den Gang der Verhandlungen der russischen Botschaft mit der Pforte zurückgewirkt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Wie der hiesige französische Botschafter richtig bemerkt, wenn die Türken die nötigen 150 Millionen nicht in Paris erhalten, so werden sie sie in Deutschland finden. Für die Franzosen hat die Erstarkung des deutschen Einflusses in Konstantinopel keine besondere Bedeutung, für uns ergeben sich aber sehr unzeitgemäße Verwicklungen politischer, militärischer und ökonomischer Natur. Es erscheint mir daher wünschenswert, die französische Regierung zu veranlassen, nicht so schwere Bedingungen zu stellen und einstweilen die Verhandlungen nicht zu unterbrechen, deren Gang durch allerlei persönliche Einflüsse erschwert wird. Die Franzosen selbst halten eine 150-Millionen-Anleihe durch die Konstantinopeler Zolleinnahmen völlig gesichert. Deshalb wird auch Deutschland die Summe gerne vorstrecken. Schwierigkeiten entstehen nur infolge der französischen Forderungen, die sich auf die zukünftige Verwaltung der türkischen Finanzen beziehen. Aber in dieser weitläufigen Frage müßte Frankreich aus Freundschaft zu uns sich damit begnügen, nur allmählich vorzugehen, und zu einem Einvernehmen mit der Türkei zu kommen suchen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 15./28. Februar 1911.

Der türkische Außenminister ist heute in einen ausführlichen Gedankenaustausch mit mir eingetreten, der bezwecken soll, das russische Mißtrauen zur türkischen Politik zu beseitigen. Seine Erklärungen, die ich weiter unten kurz wiedergebe, beziehen sich auf drei Fragen: 1. den Panislamismus; 2. Persien; 3. die kleinasiatischen Eisenbahnen. Rifaat Pascha berührte auch kurz die Grundlosigkeit der russischen Befürchtungen hinsichtlich türkischer Rüstungen.

1. Der Minister erklärte, daß weder die türkische Regierung noch das Komitee von Saloniki den Panislamismus zu fördern suchen, da sie sich deutlich Rechenschaft darüber geben, daß eine derartige Politik zu gefährlichen Verwicklungen mit Rußland, England und Frankreich führen müßte.

2. Der Grundsatz der türkischen Politik hinsichtlich Persiens besteht in der Anerkennung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität dieses Landes, wobei die Türkei besondere kommerzielle

und nachbarliche Interessen besitzt. Die Türkei wünscht die endgültige Grenze mit Persien so bald als möglich festzustellen, indem die gegenseitigen territorialen Forderungen und dokumentarischen Beweise einer besonderen Grenzkommission unterbreitet werden sollen. Diese Verhandlungen sollen von seiten der Türkei in möglichst versöhnlichem Sinne geführt werden. Alle neuen Besitzergreifungen sollen vermieden werden, und der Minister gibt augenscheinlich die Rückkehr zur Lage vor der Besetzung der „neuen Kreise" zu. Man hat hier eine leichte Besserung der persischen Angelegenheiten festgestellt und ist bereit, die Verhandlungen mit der persischen Regierung so bald wie möglich zu beginnen. Der Minister ist überzeugt, daß die Festsetzung der endgültigen Grenzen zwischen Persien und der Türkei auch dazu beitragen wird, das russische Mißtrauen zu entkräften, welches durch die jetzige Lage der Dinge in strategischer Hinsicht hervorgerufen worden ist.

3. Nachdem Rifaat die vertrauliche Mitteilung vom 31. Oktober 1909 bezüglich der Ersetzung des Abkommens des Jahres 1900 durch ein neues erwähnt hatte, sagte er mir, er wolle mir in nächster Zeit diesbezügliche vertrauliche Vorschläge zukommen lassen.

Ich habe dem Minister für seine Mitteilungen gedankt und hinzugefügt, daß man auch in Rußland Klarheit in die russisch-türkischen Beziehungen zu bringen wünscht. Ich habe den Eindruck, daß die türkische Regierung sich von der Notwendigkeit Rechenschaft gibt, sich mit uns in den oben angeführten Fragen zu verständigen, und wirklich ein Abkommen zu treffen wünscht, welches uns Befriedigung geben könnte.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 1./14. Oktober 1911. — Nr. 631.

Nach der Zeremonie im Parlament hat der neue Außenminister Assim Bei mich in einer langen Unterredung gebeten, ihm in seinen Bestrebungen beizustehen, eine Annäherung an Rußland herbeizuführen, worin er sich von seinem Vorgänger unterscheidet. Der Minister verständigte mich auch von dem Wunsche des Sultans, eine besondere Abordnung zur Begrüßung des russischen Kaisers in die Krim zu senden. Ich verständigte

Assim Bei von der Absicht unseres Außenministers, einige Zeit in der Krim zu verbringen. Der Minister beklagte sich über die Behinderung, die der Zufuhr von Lebensmitteln für die Bevölkerung des Yemen und des Hedschas durch englische Kreuzer in den Weg gelegt würde, und bat um Ihre Vermittlung im Interesse der russischen und muselmännischen Pilger. Es scheint mir, daß wir in dem neuen Minister eine gute Stütze finden können.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 2./15. Oktober 1911. — Nr. 634.

Der bulgarische Minister hat mir heute folgendes mitgeteilt: Der neue türkische Außenminister Assim Bei hat ihm zu verstehen gegeben, daß er den Posten nur unter der Bedingung angenommen habe, daß die türkische Regierung versuchen wird, ein besonderes Abkommen mit Bulgarien abzuschließen, und daß der Großwesir diese Bedingung mit ganz besonderer Bereitwilligkeit angenommen habe. Der Gesandte hat bis jetzt aus Sofia keine Antwort erhalten. Dieser Standpunkt scheint auch in Komiteekreisen vorzuherrschen, wobei jedoch der frühere Finanzminister Djavid Bei Zweifel geäußert hat, ob Österreich und Rußland Bulgarien erlauben werden, sich der Türkei zu nähern. Der Gesandte ist über die türkische Mobilisation vollkommen beruhigt; seine Informationen stimmen genau mit denen unseres Militäragenten überein. Assim Bei hofft, daß Bulgarien nicht durch irgendeinen unbedachten Schritt in Konstantinopel Enttäuschung hervorrufen wird. Ich sagte dem Gesandten, daß wir eine bulgarisch-türkische Annäherung begrüßen würden, wenn sie die Erhaltung des status quo bezweckt.

Telegramm des russischen Botschafters in London an das russische Außenministerium vom 21. Oktober/3. November 1911. — Nr. 257.

Vertraulich. Grey hat mir mitgeteilt, der hiesige türkische Botschafter habe ihm im Auftrage seiner Regierung eine ernstliche Annäherung zwischen England und der Türkei vorgeschlagen und habe hinzugefügt, die Pforte wende sich zuerst an England, um dann das Einvernehmen auf Rußland und Frankreich aus-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zudehnen, unter der Bedingung, daß der Türkei tatkräftige Unterstützung zur Wahrung ihrer Souveränitätsrechte in Tripolis zuteil wird. Grey hat mir gesagt, daß er in Anbetracht der augenblicklichen Verhandlungen unseres Botschafters mit der Pforte[1]) in der freundschaftlichsten Weise geantwortet habe, indem er hervorhob, daß er natürlich den Gedanken einer endgültigen und dauernden Annäherung zwischen der Türkei und den Mächten des Dreiverbandes begrüße; er halte jedoch den jetzigen Augenblick für Verhandlungen nicht für besonders günstig, da die von der Türkei gestellte Bedingung mit dem Prinzip der Neutralität Englands kaum in Einklang gebracht werden könnte. Grey hält es für nötig, mich und den französischen Botschafter von den türkischen Eröffnungen in Kenntnis zu setzen. Er hat dem türkischen Botschafter gleichzeitig zu verstehen gegeben, daß eine eventuelle Annäherung zwischen England und der Türkei die Regelung verschiedener offener Fragen, so z. B. der Bagdadbahn, in sich schließen müßte.

Privatbrief des russischen Botschafters in Konstantinopel Tscharykoff an den russischen Außenminister Sasonow vom 2./15. Januar 1912.

Mit den besten Wünschen zum Jahreswechsel will ich auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß Ihre Tätigkeit uns noch lange Jahre zum Wohle Rußlands erhalten bleibt. Meinerseits will ich versuchen, daß die äußeren und inneren Ereignisse in der Türkei Ihre Tätigkeit möglichst wenig erschweren — eine Tätigkeit, die die ganze noch nicht völlig gefestigte Front Rußlands vom Gelben Meere bis zur preußischen Grenze umfaßt.

Ich hoffe, daß wir auch im kommenden Jahre hier über diplomatische Tätigkeit nicht hinauszugehen brauchen. Ganz sicher können wir dessen nicht sein, und zwar aus drei Gründen: 1. der lange Krieg zwischen Italien und der Türkei; 2. die Zuspitzung der Ereignisse in Persien und 3. die verdächtige kriegerische Stimmung in Montenegro.

1. Die Auflösung des türkischen Parlamentes ist jetzt beschlossen, und die Neuwahlen werden in nächster Zeit stattfinden. Vorher wird die Pforte nicht von Frieden sprechen. Ich schicke

[1]) Siehe Kapitel über die Meerengen.

Ihnen einige kulturstatistische Angaben über die italienisch-türkischen Beziehungen. Ich glaube jedoch, es wäre für uns nicht vorteilhaft, wenn es zum Frieden käme, ehe wir die persische Frage geregelt haben.

2. Gestern habe ich Ihre telegraphische Anfrage über türkische militärische Maßnahmen an der persischen Grenze erhalten und habe ich mich an unsern hiesigen Militäragenten gewandt, um Aufklärung zu erhalten. Sowie ich den von Ihnen versprochenen Bericht unseres Kriegsministers erhalten haben werde, werde ich Ihnen telegraphisch antworten. Aber schon jetzt ersehe ich, daß das russische Militärprogramm in der „strittigen Zone" sich immer mehr erweitert. Noch im Frühjahr hielt unser Generalstab eine militärische Besetzung von Khoi und Maku für genügend, um unsere strategischen Interessen zu schützen. Seitdem sind noch andere Desiderata hinzugekommen, die teilweise schon verwirklicht worden sind: 1. die Beherrschung der Straße Khoi—Urmia; 2. die Besetzung einiger Punkte auf diesem Verbindungswege und vielleicht auch westlich von demselben und 3. Entsendung eines Teiles unserer Abteilung in Khoi nach Urmia. Augenscheinlich ist die ständige Erweiterung unseres Programms nicht einem systematischen Plane zuzuschreiben, sondern unter dem Einfluß von örtlichen Erwägungen und vor allem den Wünschen des kaukasischen Militärkommandos gemäß erfolgt.

Dies muß meiner Ansicht nach zur Richtlinie bei der Lösung dieser Frage genommen werden. Wir müssen endgültig feststellen, was uns in der strittigen Zone nötig ist, und diese Frage nicht vom Standpunkt örtlicher, sondern allgemeinpolitischer Gesichtspunkte lösen. Was uns nötig erscheint, müssen wir nehmen und halten, selbst wenn es zu einem Kriege mit der Türkei kommt. Lassen wir es zu, daß örtliche Erwägungen uns immer weiter in die strittige Zone hineinziehen, so wird es doch zu einem Kriege mit der Türkei kommen, ohne daß ein solcher durch allgemeinpolitische Erwägungen gerechtfertigt würde.

Die bestehende Unklarheit der Lage führt automatisch zur ständigen Verstärkung der russischen und türkischen Streitkräfte in der strittigen Zone, aber auch auf unseren beiderseitigen Grenzen, was zu einem ungewollten Zusammenstoße führen könnte.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die jetzige türkische Regierung wünscht keinen Krieg mit uns und fürchtet einen solchen. Aber sie steht unter dem Einfluß von unsern inneren und äußeren Feinden, die auf unser systematisches Vordringen hinweisen. Sobald wir selbst genau wissen werden, was uns nötig ist, wird auch die Spannung in unseren Beziehungen zur Türkei nachlassen.

3. Ich habe Ihnen heute über das merkwürdige Benehmen des hiesigen montenegrinischen Vertreters telegraphiert. Es geht hier etwas vor, das ich von hier aus nicht erklären kann. Pallavicini ist durchaus korrekt, kennt aber die montenegrinisch-türkischen Verhandlungen, wenigstens das Abgrenzungsprotokoll. Die Anleihe in Wien weist auf Unterstützung Montenegros von seiten Österreichs hin. Vielleicht erwecken unsere Sorgen in China und in Persien in Wien den Gedanken, daß jetzt der geeignete Augenblick gekommen sei, wieder aktiv auf dem Balkan aufzutreten. Wie dem aber auch sei, die unmittelbare Gefahr muß man in der kriegerischen Stimmung Montenegros erblicken.

Aus Erwägungen der inneren Politik sucht die Pforte eine Versöhnung mit den Albanern anzubahnen, was für Montenegro unvorteilhaft ist. Wenn letzteres wirklich ein Einvernehmen mit der Türkei und nicht einen Vorwand zu einem Bruche sucht, warum wendet man sich in Cettinje nicht an Rußland, um von uns in der Frage des Abgrenzungsprotokolls des Jahres 1908 unterstützt zu werden — wie dies anläßlich der Verhandlungen über den See von Skutari, über die Eisenbahn Antivari—Skutari und die Malissoren im vorigen Sommer geschehen ist?

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister Sasonow vom 27. Januar/9. Februar 1912. — Nr. 17.

Poincaré teilt mir soeben schriftlich mit, daß der französische Botschafter in Konstantinopel beauftragt worden ist, sich im Einvernehmen mit Tcharykoff mit der türkischen Regierung über eine Modifikation des Abkommens vom Jahre 1900 auszusprechen[1]). Poincaré fügt hinzu, die französische Regierung sei sehr befriedigt, uns in dieser Frage unterstützen zu können, und

[1]) Siehe Kapitel über Meerengen.

er bittet Sie, ihn über unsere Verhandlungen mit der Türkei auf dem laufenden zu halten.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 31. Januar/13. Februar 1912. — Nr. 42.

Bei dem heutigen diplomatischen Empfange hat mir der Außenminister folgende Mitteilung gemacht, die er mich bittet als streng persönlich und vertraulich zu betrachten. Obwohl unserem Wunsche gemäß die Erörterung einiger Fragen, u. a. auch der kleinasiatischen Eisenbahnen, verschoben worden ist, so fragte er bei mir an, ob wir in Anbetracht des Umstandes, daß die französischen Vorarbeiten auf den in Aussicht genommenen Strecken bald beendet sein werden, der türkischen Regierung nicht mitteilen wollen, an welchen Punkten wir eine Verbindung zwischen dem russischen und türkischen Eisenbahnnetz herzustellen wünschen und welches unsere Ansicht hinsichtlich der mit diesen Bahnen verbundenen kommerziellen Fragen ist. Dabei wies der Minister darauf hin, daß es für die Türkei wünschenswert sei, unsere Zustimmung zu der Erhöhung der türkischen Zollgebühren bis zu 15 % und zur Steuer Temetu zu erhalten. Eine solche Erklärung unsererseits würde es der Türkei erleichtern, ein Einvernehmen mit uns herzustellen, welches der endgültigen Regelung der französischen Projekte vorherzugehen hat. Ich habe erwidert, daß ich beauftragt sei, die persönlichen und vertraulichen Erklärungen des Ministers entgegenzunehmen, daß ich aber hinsichtlich meiner Antwort um Instruktionen meiner Regierung einkommen muß. Ich erinnerte daran, daß die durch Rußland im Jahre 1900 erworbenen Rechte der Deutschland gewährten Konzession der Bagdadbahn entsprechen. Wir wollen unsern Nachbar nicht in der gleichen Weise ausnützen, wir könnten jedoch auf unsere Rechte nicht verzichten, ohne unsere mit den kleinasiatischen Bahnen verbundenen kommerziellen Interessen zu wahren, hauptsächlich in Nordpersien und im Hinblick auf die neue Konzession des Hafens von Alexandrette zugunsten der Bagdadbahngesellschaft.

Ich halte es für günstig, daß der Minister die Initiative in dieser Frage ergriffen hat und die Notwendigkeit einsieht, sich mit uns zu verständigen, ehe die französischen Projekte an-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

genommen werden. Ich halte es für angebracht, dem Minister das Maximum unserer Forderungen bezüglich der kleinasiatischen Eisenbahnen mitzuteilen; wir müssen ihm jedoch nicht direkt erklären, daß wir uns dem Bau von Eisenbahnen in der bekannten Zone widersetzen werden, sondern wir müssen derartige Bauten von Bedingungen abhängig machen, die unsere Interessen völlig sicherstellen würden. Unter anderem kann man fordern, daß die Linie Kars—Erzerum gleichzeitig mit der Linie Siwas—Ersingian gebaut wird, was den Türken Bedenken gegen die letztere Linie einflößen dürfte. Die Erbauung der Linie Trapezunt—Erzerum—Bajasid könnte man erst zulassen, wenn unsere kommerzielle Vorherrschaft in Nordpersien gesichert sein wird. Unsere Zustimmung zur Erhöhung der Zollgebühren und zum Temetu könnte die Pforte veranlassen, uns in Eisenbahnfragen entgegenzukommen. Die Türken werden entschieden versuchen, mit uns zu handeln, aber unter den obwaltenden Umständen und vom Pariser Kabinett unterstützt werden wir zweifelsohne die stärkere Seite sein.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 3./16. Februar 1912. — Nr. 230.

Ehe Sie dem Außenminister eine sachliche Antwort auf seine Eröffnung machen, geben Sie der Pforte folgendes zu verstehen: 1. Den Ausgangspunkt von Verhandlungen kann bloß die durch das Abkommen des Jahres 1900 geschaffene Lage bilden; von einer Verbindung der Eisenbahnnetze in Kleinasien kann folglich erst gesprochen werden, nachdem die hauptsächlichsten Grundlagen hinsichtlich der Richtung und der Erbauung dieser Linien festgelegt sein werden. Diese Fragen haben in dem dritten Absatze des Abkommens von 1900 Ausdruck gefunden: „Beim Bau der Linien wird man von beiden Seiten die gemeinsamen kommerziellen Interessen der beiden Staaten in Betracht ziehen müssen."

2. Was die vierprozentige Zollerhöhung anbelangt, so sind alle Staaten an ihr interessiert, und wir können uns nicht einseitig der Türkei gegenüber binden, um so weniger, als wir nicht wissen, welchem Zwecke die überschüssigen Mittel dienen werden. Dies wäre eine so große Konzession unsererseits, daß wir auf

einer besonderen Kompensation zu unseren Gunsten bestehen müssen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 6./19. Februar 1912. — Nr. 53.

Ihr Telegramm Nr. 230 erhalten. Ich habe heute dem auswärtigen Minister gesagt, ich sei beauftragt worden, ihm zu erklären, daß wir den Grundsatz „der Berücksichtigung der gemeinsamen kommerziellen Interessen der beiden Staaten" festgelegt zu sehen wünschen, ehe wir uns einverstanden erklären, mit der Pforte Verhandlungen über die kleinasiatischen Bahnen aufzunehmen. Deshalb handelt es sich jetzt darum, die Linien und ihre Erbauungsart festzustellen. Nach einigem Zögern hat der Minister diesen Standpunkt angenommen. Er wird den Minister der öffentlichen Arbeiten veranlassen, die französischen Unternehmer um Mitteilung von Einzelheiten zu ersuchen, und diese dann zu unserer Kenntnis bringen. Wir haben mit Assim Bei verabredet, daß unser Meinungsaustausch jetzt privater Natur ist und daß erst später offizielle Verhandlungen geführt werden sollen. Es stellte sich heraus, daß Assim Bei diesen Gedankenaustausch infolge des Drängens der französischen Unternehmer begonnen hat. Die Vorarbeiten werden in zwei Wochen nach Paris dem dortigen Syndikate mitgeteilt werden. Letzteres wird dann das Weitere beschließen und das Projekt entweder zurückbehalten oder der hiesigen Regierung unterbreiten. Es erscheint mir nötig, auf die französischen Unternehmer einzuwirken, damit sie ihre Antwort unsern Wünschen anpassen, denn es wäre vorteilhaft, wenn das französische Syndikat selbst einen ungünstigen Bericht über diejenigen Linien erstatten würde, die für uns unvorteilhaft sind. Besonders große technische Schwierigkeiten bietet die Linie Trapezunt—Erzerum. Der Direktor der Ottomanischen Bank, Révoil, hilft uns in jeglicher Hinsicht. Lamornet hat mir mitgeteilt, daß der ursprüngliche Kostenanschlag des Syndikates um 22 % erhöht werden wird, da die Arbeitskräfte viel teurer geworden sind. Die Ernennung Djavid Beis, der uns geneigt ist und die Gunst der Franzosen zu gewinnen sucht, ist uns sehr günstig. Es ist wünschenswert, daß der französische Botschafter möglichst bald hierher zurückkehrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 7./20. Februar 1912. — Nr. 54.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 53. Ich habe von mir aus dem Minister erklärt, wie sehr wir darauf bestehen müssen, daß unsere ökonomische Vorherrschaft in Nordpersien gesichert wird, und zwar nicht gegen türkische, sondern gegen ausländische Konkurrenz; für letztere würde die Erbauung einer Eisenbahn durch türkisches Territorium in der Richtung der kaukasischen Grenze und nach Persien eine große Erleichterung bedeuten. Auf die Frage des Ministers, ob wir mit dem französischen Tracé einverstanden sind, erwiderte ich, daß meine Regierung diese Frage zur rechten Zeit beantworten wird. Ich bin überzeugt, daß die Türken sich keine Illusionen über die Art unserer Forderungen machen und daß es sich bei den neuen Verhandlungen hauptsächlich darum handeln wird, eine Formel zu finden, welche es den Türken ermöglicht, uns zu befriedigen und gleichzeitig ihre eigne Ehre zu retten. Da der Minister nicht mehr auf die Zollerhöhung zurückkam, ist diese Frage aus den Verhandlungen gänzlich ausgeschaltet, und wir bewahren vollkommene Handlungsfreiheit. Assim Bei teilt dem französischen Vertreter unsere Verhandlungen mit, welche dieser telegraphisch nach Paris weitergibt. Auf diese Weise ermöglichen es die Türken der französischen Regierung, uns in dieser Frage ihre tatkräftige Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 8./21. Februar 1912. — Nr. 58.

Der französische Geschäftsträger hat aus seiner Unterredung mit dem Außenminister den Eindruck gewonnen, daß die türkische Regierung die von uns vorgeschlagene Verhandlungsweise anzunehmen bereit ist. Außerdem scheint Assim Bei verstanden zu haben, daß wir unsere Vorherrschaft in Nordpersien sichern müssen; deshalb scheint er geneigt zuzugeben, daß die in Frage kommenden französischen Linien erst gebaut werden, nachdem unser Eisenbahnnetz in Nordpersien fertiggestellt sein wird. Es scheint mir, daß, statt die Erörterung der Richtung und Erbauungsart der Eisenbahnen in der verbotenen Zone noch lange hinaus-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zuschieben, die Türken es vorziehen würden, jetzt schon auf die Erbauung einiger uns nicht genehmen Linien zu verzichten, so z. B. auf die Linie Erzerum—Bajasid, und die Erbauung von andern Linien aufzuschieben, wie z. B. Trapezunt—Erzerum oder sogar Erzerum—Ersingian. Die Franzosen glauben, die Türken müssen auf der schleunigen Erbauung der Linie bis Erzerum und von Diarbekir nach Bitlis bestehen. Auf eine eventuelle Frage Djavid Beis werden die Franzosen antworten, daß die Resultate der Vorarbeiten der Pforte bald mitgeteilt werden, d. h. nach Empfang der erbetenen Instruktionen aus Paris. Aus technischen Gründen wird die Bahn Erzerum erst 10 Jahre nach Beginn der Arbeiten auf der Linie Samsun—Siwas erreichen können.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. März 1912. — Nr. 46.

Graf Vitali hat mir mitgeteilt, daß infolge der dringenden Anfrage der Pforte das Syndikat genötigt ist, Montag seine Projekte mitzuteilen. Aus diesen werden absichtlich wichtige Einzelheiten und Zahlen weggelassen werden, um die Verhandlungen möglichst hinausschieben zu können.

Auszug aus einem Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 21. Februar/5. März 1912. — Nr. 88.

Ich bin überzeugt, daß der Wunsch des jetzigen türkischen Kabinetts, ein Einvernehmen mit uns zu erzielen, so groß ist, daß es die Mitteilung des Ergebnisses der französischen Vorarbeiten nicht abgewartet hat, und daß die uns jetzt mitgeteilten Desiderata das Maximum der türkischen Forderungen darstellen. Diese Handlungsweise gibt uns die Möglichkeit, auf unserem Grundsatze der Berücksichtigung der gemeinsamen kommerziellen Interessen zu bestehen. Unsere Zustimmung zur Vereinigung der Linien zwischen Kars und Erzerum, was die Türken befürchten, gibt uns ein neues Mittel, jetzt auf sie einen Druck auszuüben und in Zukunft unser kommerzielles Übergewicht im östlichen Teile von Anatolien sicherzustellen. Die Verhandlungen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

mit französischen Unternehmern bestätigen die Absicht der Türkei, die Konzessionen ihnen und nicht jemand anderem zu erteilen. Hierzu werden die Türken durch ihre finanzielle Lage und durch die Notwendigkeit, bei den Dreiverbandmächten Unterstützung zu suchen, gezwungen. Der Bericht der französischen Unternehmer wird dank der Unterstützung Révoils, der in streng vertraulicher Weise auf die Entschließungen des Syndikates einwirkt, sehr pessimistisch sein, hauptsächlich in finanzieller Hinsicht, und wird der türkischen Regierung zu beweisen suchen, daß man die Erbauung des Eisenbahnnetzes in verschiedene Sektionen teilen muß; von der Erbauung der Linie östlich der Bahn Samsun—Siwas—Kharput oder wenigstens östlich von Ersingian müsse man einstweilen absehen und vor allem müsse man nicht eher die Linie Trapezunt—Erzerum bauen, bis die genannte Hauptlinie ertragreich sein wird. Diese Berichte sollen in 14 Tagen erstattet werden. Ich denke, wir warten dessen gute Wirkung ab, ehe wir dem türkischen Außenminister eine Antwort auf seine gestrige Mitteilung geben.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel Giers an den russischen Außenminister vom 17./30. April 1912. — Nr. 189.

Assim Bei hat mir gestern über seine Verhandlungen mit meinem Vorgänger Erklärungen abgegeben. Letzterer hat sich auf den Standpunkt der gegenseitigen kommerziellen Interessen gestellt und bewiesen, daß Rußland, welches mit Mühe die nordpersischen Märkte erobert habe, nicht zulassen könne, daß seine ausländischen Konkurrenten die persischen Eisenbahnen dazu benutzen, um es aus Persien zu verdrängen. Auf Grund dieser Erwägungen hat Assim Bei Tcharykoff mitgeteilt, welche Linien die Türkei im Laufe von acht Jahren zu bauen beabsichtige, und hat auf unsere Antwort gewartet.

Ich erwiderte dem Minister, daß ich die Ansicht meines Vorgängers vollkommen teile. Die Unterredungen zwischen ihm und dem türkischen Außenminister hätten, wie verabredet, einen persönlichen, vorbereitenden Charakter gehabt; jetzt aber habe die Pforte, ohne uns davon zu verständigen, in der Thronrede diese Verhandlungen offiziell erwähnt. Ich fragte den Minister, von welchen Verhandlungen eigentlich in der Thronrede ge-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

sprochen werde. Assim Bei antwortete mir sehr verwirrt, er habe geglaubt, es handle sich um vorbereitende Verhandlungen. Ich lenkte wieder seine Aufmerksamkeit auf den durchaus vertraulichen Charakter derartiger Gespräche und fügte hinzu, ich wäre bereit, den Meinungsaustausch wiederaufzunehmen, doch müsse die türkische Regierung im Auge behalten, daß die Erbauung der Eisenbahnen von früher festgelegten Bedingungen abhängt; letztere sind aber auch jetzt noch in Kraft. Den türkischen Wünschen entsprechend seien wir bereit, diese Bedingungen zu modifizieren, doch möchten wir wissen, welche Garantien wir als Kompensation für unser Entgegenkommen erhalten werden. Wir erwarteten diesbezügliche schriftliche Vorschläge. Assim Bei erwiderte, er müsse diese Frage zuerst mit dem Großwesir und dem Verkehrsminister besprechen. Was die verbotene Zone anbelangt, so habe ich diese Frage gar nicht berührt.

Ich glaube in dieser ersten Unterredung erreicht zu haben, daß wir aufs neue die Gültigkeit des Übereinkommens des Jahres 1900 bestätigt haben und daß im Laufe der weiteren Verhandlungen die Türkei von uns nicht mehr eine Antwort hinsichtlich der von ihr in Vorschlag gebrachten Eisenbahnlinien erwarten kann; ich habe mich über diese Linien gar nicht geäußert, und wir sind berechtigt, von der Türkei Vorschläge einer Revision des Abkommens von 1900 zu erwarten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Achtes Kapitel.

Die Ententemächte und die Bagdadbahn.

Protokoll der Sitzung des russischen Ministerrats vom 1. Februar 1907 bezüglich des Abschlusses eines Vertrages mit England über persische Fragen, unter besonderer Berücksichtigung der Bagdadbahn.

Bei Eröffnung der Sitzung brachte der Außenminister in Erinnerung, daß die Frage eines Übereinkommens mit England über persische Fragen bereits erörtert worden ist, aber ausschließlich aus Anlaß eines Darlehens, das der persischen Regierung gewährt werden sollte. Diesmal handle es sich darum, sich über den Vorschlag der englischen Regierung, Persien in Interessensphären zu teilen, schlüssig zu werden. Bis in die letzte Zeit hat dieser Gedanke in der russischen öffentlichen Meinung keine Zustimmung gefunden, und in Regierungskreisen war man sogar überzeugt, daß Persien ganz unter russischen Einfluß fallen und Rußland bis zum Persischen Meerbusen vordringen müsse, wobei es nötig werden würde, eine transpersische Eisenbahn zu bauen und an den Ufern des genannten Meerbusens eine befestigte Kopfstation zu errichten. Die Ereignisse der letzten Jahre haben jedoch gezeigt, daß dieser Plan unerfüllbar sei, und haben bewiesen, daß alles vermieden werden muß, was zu einem Konflikt mit England führen könne. Das beste Mittel hierzu sei eine Abgrenzung der Interessensphären in Persien. Der Außenminister erklärt sich für einen überzeugten Anhänger dieses Standpunktes und möchte die Meinung der anwesenden Minister über die Zweckmäßigkeit einer derartigen Politik kennen, ehe die Versammlung in die Beratung der von England gemachten Vorschläge eintritt. Der Ministerrat nahm das Prinzip der Interessen-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

sphären als einzig mögliche Grundlage für ein Abkommen mit England an, worauf der Außenminister auf den engen Zusammenhang dieser Frage mit der Bagdadbahn hinwies. Ein Vertrag mit England kann zu den erwarteten Resultaten nur dann führen, wenn dieses Abkommen keine Einwendungen von seiten Deutschlands hervorruft. Wie die Ereignisse in Marokko bewiesen haben, mißtraut Deutschland allen Vereinbarungen, die ohne sein Wissen abgeschlossen werden und die in irgendeiner Weise seine Lage als Weltmacht berühren können. Derartige Befürchtungen unsererseits sind um so mehr begründet, als Deutschland bereits seine Aufmerksamkeit auf Persien gelenkt hat und augenscheinlich beabsichtigt, sich daselbst wichtige Interessen zu schaffen. Dies wird ferner durch den Umstand bestätigt, daß die Möglichkeit eines Abkommens zwischen Rußland und England in Deutschland lebhafte Beunruhigung hervorgerufen hat. Letztere ist durch Erklärungen der russischen Regierung in Berlin beigelegt worden. Wir haben zu verstehen gegeben, daß Rußland keine Verpflichtungen übernehmen wird, ohne sich vorher mit Deutschland verständigt zu haben, wenn das in Aussicht genommene Abkommen die deutschen Interessen in irgendeiner Weise berühren sollte. Um sich aber vollständig zu sichern, wird es nötig sein, sich mit unserem westlichen Nachbar endgültig zu verständigen und bis zu einem gewissen Grade unsere gegenseitigen Interessen abzugrenzen. Eine solche Verhandlungsbasis bietet die Bagdadbahn, die Rußland bis jetzt auf alle mögliche Weise zu verhindern gesucht hat, wobei es sich auf Frankreich und England stützte. Deshalb muß der Ministerrat jetzt beschließen, ob es für Rußland vorteilhaft sei, von jetzt ab auf eine derartige Politik zu verzichten.

Der Finanzminister wies darauf hin, daß die Gerüchte über weitgehende ökonomische Absichten Deutschlands in Persien stark übertrieben seien. Seinen Informationen zufolge sind die deutschen Banken, die speziell die deutschen Unternehmungen in Asien finanzieren, derart in Anspruch genommen, daß sie kaum imstande sind, sich neuen Unternehmungen in Persien zuzuwenden, um so weniger, als die beständigen Unruhen im Iran kaum günstige Vorbedingungen für Handel und Industrie schaffen. Zwar haben sich einige deutsche Großbanken zu einem neuen Institut, der „Orientalischen Bank", zusammengeschlossen und be-

abſichtigen eine Filiale in Teheran zu eröffnen, aber ſoweit bekannt, hat die Tätigkeit dieſes Inſtitutes in Perſien eher informatoriſchen Charakter, um feſtzuſtellen, welche perſiſchen Märkte in Zukunft für Deutſchland in Betracht kommen könnten. Immerhin kann die Tatſache deutſcher Intereſſen in Perſien nicht geleugnet werden, und das vom Außenminiſter erwähnte Einverſtändnis mit Deutſchland iſt daher entſchieden wünſchenswert. Was die Bagdadbahn anbelangt, ſo wiederholt Kokowzew, daß alle ſeine früheren Einwendungen gegen dieſe Bahn auch jetzt noch Gültigkeit haben. Als wichtige Tranſitlinie zwiſchen Weſteuropa und Indien, welche teilweiſe die Seeverbindungen erſetzen ſoll, umgeht dieſe Bahn unſer Gebiet und läßt uns folglich an den Vorteilen des Tranſitverkehrs nicht teilnehmen. Außerdem wird die Bagdadbahn die Fruchtbarkeit der von ihr durchſchnittenen Gebiete Kleinaſiens und Meſopotamiens unbedingt erhöhen und auf dieſe Weiſe eine neue Konkurrenz für den ruſſiſchen Getreideexport bedeuten. Eine beſondere Gefahr für unſere Herrſchaft in Nordperſien bedeuten die Zweiglinien in der Richtung der perſiſchen Grenze, welche deutſchen und engliſchen Induſtrieprodukten den Zugang zu unſerer ökonomiſchen Intereſſenſphäre ermöglichen werden.

Man kann ſich jedoch nicht verhehlen, daß wir nicht die Möglichkeit haben, die Erbauung der Bagdadbahn zu verhindern oder ſie lange hinauszuſchieben. Das einzige uns zur Verfügung ſtehende Mittel — die Einwirkung auf Frankreich — iſt nicht verläßlich, und es würde uns kaum gelingen, das franzöſiſche Kapital von der Teilnahme an dieſem Unternehmen zurückzuhalten.

Ebenſo muß man den Gedanken aufgeben, mit der Bagdadbahn durch die Erbauung einer neuen Linie konkurrieren zu können, die die ruſſiſchen Eiſenbahnen mit Indien durch Afghaniſtan verbindet. England wird ohne Zweifel eine ſolche Linie für gefährlicher als die Bagdadbahn halten. Wir müſſen uns folglich mit dem Gedanken der Bagdadbahn ausſöhnen und von Deutſchland Kompenſationen zu erlangen verſuchen. Auf alle Fälle hält es der Miniſter nicht für wünſchenswert, daß Rußland ſich an der Bagdadbahn beteiligt. Unſere finanzielle Lage erlaubt uns nicht, uns aktiv zu beteiligen; eine fiktive Beteiligung jedoch durch ein privates Kreditinſtitut oder durch eine franzöſiſche

Kapitalistengruppe gibt uns keine Vorteile. Hierauf bemerkte der russische Botschafter in London, daß England bisher bei der Internationalisierung der Bagdadbahn stets an eine russische Beteiligung gedacht hat; unser Verzicht könne dieser ganzen Frage eine andere Wendung geben.

Der Handelsminister glaubt, daß eine russische Obstruktion in der Bagdadbahnfrage nur dann von Bedeutung sei, wenn man die Herstellung der Bahn auf mehrere Jahrzehnte hinausschieben könne. Da dies nicht erreichbar, so sei es wünschenswert, möglichst vorteilhafte Kompensationen für unsere Zustimmung zu erhalten.

Die Bagdadbahn ist den russischen Interessen so schädlich, daß man kaum hoffen darf, Kompensationen zu erhalten, die für uns von realer Bedeutung wären. Man muß sich daher damit begnügen, den uns zugefügten Schaden nach Möglichkeit zu verringern. In dieser Hinsicht muß man zwischen der Hauptlinie und den Zweigbahnen unterscheiden, die sich der persischen Grenze nähern. Für die russischen Interessen bedeutet die Hauptlinie die Konzentrierung des Transites aus Europa zum Persischen Meerbusen. Dieser Transit berührt, seitdem der Kaukasus im Jahre 1883 geschlossen worden ist, auch jetzt nicht Rußland, so daß unsere Verluste jetzt nur indirekte sein würden. Die erwähnten Zweiglinien jedoch, besonders die persisches Territorium berühren, bedeuten für uns eine direkte Bedrohung, da sie die nordpersischen Märkte, wo wir bis jetzt geherrscht haben, für ausländische Waren öffnen würden. Deshalb müßten in den bevorstehenden Verhandlungen mit England und Deutschland folgende Bedingungen zugunsten Rußlands festgesetzt werden:

1. Deutschland garantiert, daß in der Richtung der persischen Grenze, z. B. Khanekin, keine Zweiglinien gebaut werden sollen.

2. England und Deutschland müßten uns unterstützen, um die von der persischen Regierung bis zum Jahre 1910 übernommene Verpflichtung zu erneuern, daß Persien im Norden keine Bahnen bauen wird oder daß solche nur mit unserer Zustimmung, folglich auch unter Wahrung unserer Interessen, gebaut werden sollen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

3. Das Abkommen des Jahres 1900 mit der Türkei über Eisenbahnbauten in Kleinasien muß zu unseren Gunsten weiter ausgebaut werden.

Die Vertreter des Kriegsministeriums und des Generalstabes bestätigen einstimmig die Unvereinbarkeit der Bagdadbahn mit russischen strategischen Interessen; die Vorteile, die der Türkei durch diese Bahn erwachsen würden, können nur durch eine entsprechende Entwicklung unseres kaukasischen Eisenbahnsystems und eine entsprechende Verstärkung unserer Truppen in den Grenzgebieten aufgehoben werden. Von andern Staaten können wir in militärischer Hinsicht keine Kompensationen erhalten. Immerhin sind sie der Ansicht, daß wir unter gewissen Bedingungen unsere Zustimmung zur Bagdadbahn geben können.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 6./19. Dezember 1907.

Ich habe mit lebhaftem Interesse Ihre beiden Briefe vom 6./19. November gelesen, in denen Sie über den Gedankenaustausch über die Bagdadbahn berichten, der neulich in Windsor zwischen Kaiser Wilhelm und Baron Schön einerseits und der englischen Regierung andererseits stattgefunden hat. Ich schätze ganz außerordentlich die Haltung Sir Edward Greys und die liebenswürdige Mitteilung, die er Ihnen hat zukommen lassen.

Ich bitte Sie, dem Minister meinen besten Dank zu übermitteln, und benutze diese Gelegenheit, um Ihnen in einigen Worten den Standpunkt der Kaiserlichen Regierung in der Bagdadbahnfrage darzulegen.

Wie in England und Frankreich, so hat auch in Rußland das deutsche Projekt keine Sympathien gefunden. Ohne von der strategischen Bedeutung dieses Unternehmens zu sprechen, betrachten wir mit Unruhe den Einfluß, den eine solche Bahn in den türkischen Nachbarprovinzen des Kaukasus, des Schwarzen Meeres und Persiens ausüben würde. Hauptsächlich jedoch hat uns der Einfluß auf Persien beunruhigt, denn wir können nicht den geringsten Zweifel haben, daß die Erbauung der Bagdadbahn und eine eventuelle Verbindung mit zukünftigen Eisenbahnen in Persien dieses Land dem deutschen politischen Einfluß und seinen kommerziellen Unternehmungen eröffnen würde.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Wenn England und Frankreich in dieser Frage eine völlige Handlungsfreiheit bewahrt haben, so ist Rußlands Stellung nicht ganz die gleiche, da das Petersburger Kabinett bei Beginn der russisch-englischen Verhandlungen Berlin die Zusicherung gegeben hat, keine Verpflichtung zu übernehmen, ohne sich vorher mit Berlin in freundschaftlicher Weise verständigt zu haben.

Es ist ganz natürlich, daß unsere spezielle Stellung zu Deutschland zu einem Meinungsaustausch geführt hat, der ausschließlich den Zweck verfolgte, unsere vitalen Interessen in Persien sicherzustellen; hat doch selbst England diese Interessen in der mit uns abgeschlossenen Konvention als berechtigt anerkannt. Was Deutschland anbelangt, so wollte es uns von unserem grundsätzlichen Widerstand gegen diese Unternehmung abbringen, und in der Tat haben die finanziellen und technischen Seiten dieser Frage nie den Gegenstand von Verhandlungen zwischen Petersburg und Berlin gebildet.

Ich beeile mich hinzuzufügen, daß die Verhandlungen zu keinem Resultat geführt haben und daß Rußland keine Verpflichtung übernommen hat, außer der obenerwähnten, die ja den Kabinetten von London und Paris bereits bekannt ist.

Dies war die Lage, als wir Sir Edward Greys Mitteilung vom 5./18. November erhalten haben. Sie gibt uns die Hoffnung, daß das Berliner Kabinett in allernächster Zeit mit den drei am meisten interessierten Mächten in Verhandlungen über den Bau der Bagdadlinie eintreten wird; dadurch wird eine neue Lage geschaffen, die von der Kaiserlichen Regierung ernstlich geprüft werden muß.

Ich will hinzufügen, daß wir das Resultat dieser Prüfung dem Londoner Kabinett mitteilen werden und daß die freundschaftliche Haltung, die letzteres uns gegenüber eingenommen hat, einen wirksamen Einfluß auf unsere Entschließungen haben wird.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in London vom 5./18. November 1909.

Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, haben zwischen der Türkei und Deutschland neue Verhandlungen über die Bagdadbahn stattgefunden. Der englische Minister Churchill, der mit

Mahmud Pascha auf den Manövern in Deutschland zusammengetroffen war, hat diesem mitgeteilt, daß eine englische Gruppe die Absicht habe, von der Pforte eine Konzession für den Bau einer Bahn Bagdad—Koweit zu erbitten, und zwar ohne jegliche Garantie. Eine ähnliche Mitteilung scheint gleichzeitig auch dem türkischen Botschafter gemacht worden zu sein. Die türkische Regierung hat aus politischen Erwägungen die Zustimmung zu diesem Vorschlage schwierig gefunden; in der Annahme jedoch, daß England auf seinem Vorschlag bestehen und im türkischen Parlament Unterstützung finden wird, hat sie Deutschland um Rat gefragt. Hierbei will man dem Berliner Kabinett zu verstehen geben, daß die Pforte der englischen Regierung zu erklären beabsichtige, daß die deutsche Bagdadbahn-Gesellschaft eine derartige Konzession bereits erhalten habe, daß aber die Türkei bereit sei, Mittel und Wege zu finden, um England und sogar Frankreich die Teilnahme an dem Bahnbau Persischer Golf—Bagdad zu ermöglichen, und zwar unter denselben Bedingungen wie Deutschland, und ebenso um diesen drei Mächten eine Kontrolle über diese Linie einzuräumen. Deutscherseits hat man sich bereit erklärt, in diesem Sinne auf die Bagdadbahn-Gesellschaft einzuwirken, aber unter der Bedingung, daß die Abmachungen hinsichtlich der Zweiglinie Bulgurlu—Halif und ebenso die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen genau eingehalten werden. Augenscheinlich macht die türkische Regierung keine Einwendungen.

Memorandum der englischen Botschaft in Petersburg vom 6./19. November 1909.

Die russische Regierung hat davon Kenntnis, daß vor einigen Wochen Sir G. Lowther die Pforte um eine Eisenbahnkonzession gebeten hat, die den Persischen Golf mit Bagdad durch das Tal des Tigris verbinden würde; gleichzeitig hat man um ein Vorzugsrecht gebeten, das Mittelmeer mit Bagdad durch die Verlängerung der genannten Linie längs des Euphrats zu verbinden.

Es wird der russischen Regierung in gleicher Weise bekannt sein, daß die englische Regierung der vierprozentigen Erhöhung der türkischen Zölle unter gewissen Bedingungen zugestimmt hat, unter anderm unter dem Vorbehalt, daß keine Kilometer-Garan-

tien aus der Einnahme dieser Erhöhung bestritten werden sollten, und daß eine schriftliche Verpflichtung in diesem Sinne von Deutschland durch die türkische Regierung verlangt werden wird. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß eine derartige Versicherung gegeben werden kann, denn die Bagdadbahn-Gesellschaft ist sich dessen bewußt, daß keine Kilometer-Garantien bezahlt werden können, wenn die Mächte nicht ihre Zustimmung zu der Erhöhung geben und wenn nicht wenigstens ein Teil dieser Einnahmen für die Kilometer-Garantien verwandt wird.

Vor ein paar Tagen benachrichtigte Herr Gwinner Mr. Babington Smith, daß er jetzt bereit ist, folgende Bedingungen anzunehmen:

1. Englische Kontrolle über den Sektor Bagdad—Persischer Golf.

2. Dieser Sektor wird mit englischem Material und durch englische Unternehmer erbaut.

3. Nichtenglische Interessen nehmen an diesem Sektor nur in unbedeutendem Maße teil.

4. Die Eisenbahn nördlich von Bagdad hängt in keiner Weise von der britischen Gruppe ab.

Sir Edward Grey hat Graf Metternich benachrichtigt, daß die englische Regierung ihre Zustimmung zur Erhöhung des türkischen Zolles nicht geben könne, wenn man nicht zu einem Übereinkommen hinsichtlich der Bagdadbahn gelangt; er wies auch darauf hin, daß die Notwendigkeit, Rußland und Frankreich zu einer Beteiligung aufzufordern, es für die englische Regierung schwierig mache, sich an der Eisenbahn zu beteiligen. Grey hat jedoch soeben erfahren, daß die deutsche Regierung möglicherweise auf alle ihre Rechte, die Bahn südlich von Bagdad fortzusetzen, zugunsten Englands verzichten wolle, welch letzteres in diesem Falle ein Übereinkommen mit der Türkei hinsichtlich der Bahn Bagdad—Persischer Golf treffen könne. Dies ist für die englischen Interessen in Mesopotamien außerordentlich wichtig und ist eine Erwägung, auf welcher die englische Regierung stets bestanden hat. Die anderen Mächte, auch Rußland, sind augenscheinlich geneigt, der Erhöhung der türkischen Zölle bedingungslos zuzustimmen; die englische Regierung wird wahrschein-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

lich dasselbe tun, wenn Deutschland in den eben erwähnten Punkten nachgibt.

Eine deutsche Linie nördlich von Bagdad interessiert die englische Regierung viel weniger als eine Bahn in einer anderen Richtung von Bagdad nach dem Westen.

Ein Entschluß in dieser Frage muß gefaßt werden, da es sich um die Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle handelt. Die englische Regierung kann sich nicht allein der Zollerhöhung widersetzen, und wenn diese einmal zugestanden ist, so wird es kein Hindernis mehr für den Bau der Bagdadbahn durch Deutschland geben.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 10./23. November 1909.

Streng vertraulich. Der englische Botschafter hat mir ein Memorandum überreicht, aus dem zu ersehen ist, daß sich zwischen England und Deutschland ein Einvernehmen bezüglich der Bagdadlinie anbahnt, welches uns veranlaßt, diese Frage einer erneuten Prüfung zu unterwerfen. Deutschland überläßt England alle seine Rechte hinsichtlich der Linie Bagdad—Persischer Golf, unter der Bedingung, daß England auf die Linie nördlich von Bagdad verzichtet.

Die englische Regierung ist augenscheinlich bereit, den deutschen Vorschlag anzunehmen und ihrerseits der türkischen Zollerhöhung zuzustimmen; dadurch erteilt England seine Zustimmung zur Kilometer-Garantie aus den durch die Zollerhöhung flüssig werdenden Mitteln.

Aus dem englischen Memorandum ist nicht genau ersichtlich, ob England seinem früher gegebenen Versprechen, über diese Frage gemeinsam zu vieren zu verhandeln, jetzt auszuweichen sucht.

Immerhin muß man im Auge behalten, daß diese Frage im Falle der englisch-deutschen Verhandlungen eine ganz neue Richtung einnehmen kann, und dieser Umstand veranlaßt uns, was die Bagdadbahn, die Kilometer-Garantie und die Zollerhöhung anbelangt, zu ganz besonderer Vorsicht.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich beabsichtige, diese Frage einer Ministerberatung zu unterbreiten, und bitte Sie, mich von Ihren Erwägungen und Vorschlägen in Kenntnis zu setzen.

Brief des englischen Botschafters in Petersburg an den russischen Außenminister vom 11./24 November 1909.

Nach unserer Unterredung am letzten Freitag habe ich meiner Regierung einige Ihrer Bemerkungen mitgeteilt, die Sie selbst nur als Ihre ersten Eindrücke, nicht als Ihre endgültige Ansicht bezeichnet haben. Ich habe nun von Sir Edward Grey weitere Erklärungen erhalten, die, wie ich hoffe, alle Unklarheiten aufklären werden. Vor allem wünsche ich zu betonen, daß mit der deutschen Regierung nichts abgemacht worden ist und noch keine Verhandlungen stattgefunden haben. Meine Regierung hat Deutschland nicht freie Hand gelassen; eine solche freie Hand hat es übrigens schon auf Grund der Konzession gehabt. Deutschland hofft die nötigen Mittel durch eine Zollerhöhung zu erhalten, und alle Mächte mit Ausnahme Englands sind augenscheinlich bereit gewesen, dieser Erhöhung zuzustimmen, ohne irgendeine Bedingung hinsichtlich der Bagdadbahn zu stellen. Meine Regierung mußte überlegen, welche Bedingungen zur Wahrung der englischen Interessen gestellt werden müßten. Dem deutschen Botschafter ist nichts weiter gesagt worden als das, was ich in meinem Memorandum vom 6./19. November mitgeteilt habe. Wie ich Ihnen in meinem Privatbrief vor 2 oder 3 Tagen sagte, hat meine Regierung, sowie sie die Vorschläge Gwinners erhielt, sie Ihnen mitgeteilt, und unsere Ansicht über die Bedingungen, die für Deutschland annehmbar wären, gründete sich auf die Äußerungen Gwinners und nicht auf irgendwelche Verhandlungen mit der deutschen Regierung, denn keine Verhandlungen haben stattgefunden. Es liegt meiner Regierung viel daran zu erfahren, unter welchen Bedingungen die russische Regierung sich an der Eisenbahn nördlich Bagdads beteiligen würde. Wir haben stets die Kontrolle und die Erbauung der Linie südlich von Bagdad beansprucht und können uns nicht mit weniger begnügen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Bahn einmal gebaut werden wird, ob England oder Rußland sich daran beteiligt oder nicht; und aus diesem Grunde muß England

die jetzige Lage und die Gwinnerschen Vorschläge ernstlich prüfen: bevor aber etwas Weiteres geschieht, möchte Grey die Ansicht Rußlands kennen. Aus einem Grunde ist die Frage des südlichen Sektors der Bahn eine äußerst dringende. Die türkische Regierung beginnt Bewässerungsarbeiten südlich von Bagdad, und es ist wahrscheinlich, daß die Flüsse infolge Wassermangels unschiffbar werden. Der Flußtransport des englisch-indischen Handels, welcher mehr als 50 Jahre in englischen Händen gewesen ist, würde auf diese Weise völlig verlorengehen, ohne die Möglichkeit eines Ersatzes, bis die Eisenbahn gebaut ist.

Sie ersehen aus Obigem, daß meine Regierung Sie ohne Zeitverlust von den Gwinnerschen Vorschlägen in Kenntnis gesetzt hat; und daß sie keine Verhandlungen mit Deutschland begonnen und nichts abgeschlossen hat. Meine Regierung wünscht so bald wie möglich Ihre Ansicht über die Möglichkeit einer russischen Teilnahme an der Bahn nördlich von Bagdad zu kennen und ebenso die Bedingungen, unter denen Sie einer Zollerhöhung zustimmen würden.

Brief des englischen Botschafters in Petersburg an den russischen Außenminister vom 14./27. November 1909.

Um die Ihnen schon gemachten Mitteilungen zu vervollständigen, möchte ich noch sagen, daß die englische Regierung nichts weiter getan hat, als Sie und Paris von dem Inhalt der Gwinnerschen Vorschläge zu benachrichtigen, und letztere bisher noch nicht beantwortet hat. Diese Vorschläge stellen das Minimum dessen dar, was die englische öffentliche Meinung und englische Interessen befriedigen könnte, und um den südlichen Sektor zu erhalten, wäre meine Regierung bereit, auf ihre Interessen an der Bahn nördlich von Bagdad zu verzichten. Die britische Gruppe wünscht eine Konzession für eine Zweiglinie von Bagdad nach Khanekin zu erhalten, und obwohl meiner Regierung daran liegt, eine solche Konzession zu erhalten oder zusammen mit Rußland die betreffende Linie zu bauen, so hat sie sich doch jeglicher Schritte in dieser Frage enthalten und wird in dieser Hinsicht ohne Rußland nichts tun. Meine Regierung sieht ein, daß eine Bahnlinie, die zu einem Punkt an der Grenze der russischen Interessensphäre in Persien führt, russische Interessen berührt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die deutsche Regierung weiß, daß Gwinner bestimmte Vorschläge gemacht hat, aber meine Regierung will, daß die Verhandlungen auch weiter rein privater Natur bleiben. Wir möchten die Ansicht Rußlands kennen, die uns bisher durchaus unbekannt ist, da eine Entschließung hinsichtlich der türkischen Zollerhöhung nicht lange hinausgeschoben werden kann. Wir haben natürlich nichts dagegen, daß Deutschland die russischen Interessen in der russischen Einflußzone in Persien anerkennt; aber es könnte uns nicht gleich sein, wenn Rußland hierfür Deutschland Zugeständnisse in der neutralen Zone machen würde. Meine Regierung hat natürlich nichts gegen Verhandlungen zwischen Rußland und Deutschland hinsichtlich der Teilnahme Rußlands an der Bahn nördlich von Bagdad, aber die englische Regierung hofft, daß Rußland sie über die Verhandlungen auf dem laufenden halten wird.

Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 13./26. November 1909.

Ich habe Ihnen am 10./23. November über das mir vom hiesigen englischen Botschafter übergebene Memorandum Mitteilung gemacht. Beiliegend erhalten Sie eine Abschrift dieses Dokumentes, welches außer den Angaben über das in Aussicht genommene Abkommen zwischen England und Deutschland auch einige nicht ganz klare Hinweise enthält, aus welchen Gründen England und Deutschland ein Abkommen schließen müßten.

Ich will jedoch nicht auf Einzelheiten eingehen, die vielleicht richtiggestellt werden müßten, sondern halte es für nötig, auf die Grundlinien der ganzen Frage und die sich kreuzenden Einzelinteressen einzugehen.

Ihnen ist wohl erinnerlich, daß die Frage der Bagdadbahn, soweit diese unsere direkten Interessen berührt, im Jahre 1907 vom Ministerrat geprüft worden ist, da damals die Frage aufgeworfen wurde, ob nicht zwischen uns und Deutschland ein besonderes Abkommen getroffen werden solle, welches nicht nur die eigentliche Frage der Bagdadbahn, sondern auch deren mögliche Entwicklung mit Bezug auf Eisenbahnbauten in Kleinasien überhaupt umfassen sollte. Die von uns ausgearbeiteten Gegenvorschläge sind damals der deutschen Regierung nicht mitgeteilt

worden, da es sich aus dem Gange der damaligen allgemeinen Verhandlungen ergeben hat, daß die außer Rußland am meisten interessierten Mächte, England und Frankreich, auf den Vorschlag des Londoner Kabinettes hin, die Ansicht vertraten, daß diese Frage von allen vier Mächten gemeinsam geprüft werden müsse. Für uns war diese Stellungnahme äußerst vorteilhaft, da damit die Wahrscheinlichkeit der Erbauung der Bagdadbahn in weite Ferne gerückt schien, und seitdem ist diese Frage in der Tat in unsern Verhandlungen mit Deutschland nicht weiter berührt worden.

Die mir in diesen Tagen von Nicolson übergebenen Schriftstücke enthalten keinen direkten Hinweis darauf, daß England sich jetzt entschlossen hat, seine Haltung der Bagdadbahn-Unternehmung gegenüber unabhängig von den Ansichten und Interessen Rußlands und Frankreichs festzulegen. Die Tatsache einer solchen Mitteilung beweist eher das Gegenteil, aber auf alle Fälle müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß England und Deutschland sich in dieser Frage verhältnismäßig leicht einigen werden. Und diese Erwägung veranlaßt auch uns, unsere eigenen Aufgaben ernstlich zu prüfen und unverzüglich Maßnahmen zum Schutze unserer Interessen zu ergreifen. Die Frage, ob wir auch in Zukunft den Gedanken von gemeinsamen Verhandlungen zu vieren beibehalten oder mit Deutschland einzeln verhandeln sollen — diese Frage wird wahrscheinlich schon in nächster Zeit beantwortet werden, nachdem wir uns hierüber mit dem Londoner Kabinett verständigt haben werden. Wenn ich Ihnen in meinem Telegramm besondere Vorsicht und Zurückhaltung anempfahl, so geschah dies in der Erwägung, daß wir uns völlige Handlungsfreiheit wahren wollen.

Was nun die Frage selbst anbelangt, so kreuzen sich in ihr drei verschiedene Interessen: die Bedeutung der Bahnlinie für uns, die Möglichkeit ihrer Erbauung mit Hilfe der Kilometergarantie und die Überlassung der durch die vierprozentige Zollerhöhung flüssig werdenden Mittel zu diesem Zwecke.

Die Bedeutung der Bagdadbahn in politischer, strategischer und ökonomischer Hinsicht, soweit Rußland in Betracht kommt, ist bereits erschöpfend geprüft worden. Unser Standpunkt bleibt derselbe: die Erbauung dieser Bahn wird für uns schädliche

Folgen haben, und wir müssen Maßnahmen treffen, um diese Wirkung abzuschwächen. Es wird kaum möglich sein, die Ausführung des deutschen Planes zu vereiteln, erstens, weil Deutschland schon so große Auslagen in diesem Unternehmen gemacht hat, zweitens, weil im Grunde genommen die französischen finanziellen Kreise dem Unternehmen wohlwollend gegenüberstehen, und drittens, weil England jetzt geneigt zu sein scheint, unter gewissen Bedingungen seine Zustimmung zu erteilen. Folglich handelt es sich jetzt hauptsächlich darum, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen wir uns bereit erklären können, uns dem deutschen Unternehmen nicht länger zu widersetzen. Dabei muß man bemerken, daß Deutschland jetzt augenscheinlich darauf verzichtet, seinen ursprünglichen Plan in seinem ganzen Umfange auszuführen, und wie jetzt England, so werden auch wir die Grenzen der deutschen Handlungsfreiheit bestimmen müssen, um unsere Interessen in der Türkei und in Persien zu schützen. Was die Kilometergarantie anbelangt, so wird ohne eine solche die Bahn kaum gebaut werden können. Auch wird es kaum möglich sein, eine andere Einnahmequelle der türkischen Regierung für diese Garantie heranzuziehen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die vierprozentige Zollerhöhung zu diesem Zwecke zu gebrauchen. Der Widerstand der Mächte in dieser Frage hat das deutsche Unternehmen vor unüberwindbare Schwierigkeiten gestellt. Unser weiterer Widerstand könnte die deutschen Absichten weiterhin hemmen. Eine Veränderung unseres Standpunktes in dieser Hinsicht kann von uns von der Nachgiebigkeit abhängig gemacht werden, die Deutschland in der Frage der Abgrenzung der gegenseitigen Interessen in Verbindung mit der Erbauung der Bagdadbahn an den Tag legen würde.

Auf diese Weise ergibt sich die Möglichkeit, die von der Türkei in Vorschlag gebrachte Maßnahme dazu zu benutzen, um bei Verhandlungen über die Bagdadbahn unsere eigenen sehr wichtigen Interessen in den östlichen Gebieten der Türkei zu fördern. Natürlich können diese Verhandlungen auch unabhängig von der Bagdadbahn geführt werden. Selbst wenn wir mit der Pforte ein Einvernehmen hinsichtlich der Zollerhöhung erzielen würden, so würde dies noch nicht die Frage der Kilometergarantie lösen: hier müssen noch weitere Verhandlungen mit uns hinzukommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Wenn wir uns andererseits mit Deutschland über die Bagdadbahn einigen, so wäre das Berliner Kabinett daran interessiert, unsere Verhandlungen mit der Türkei möglichst bald zu einem Abschlusse zu bringen, und es würde uns vielleicht helfen, einen Druck auf die Türkei auszuüben.

Dies sind die allgemeinen Erwägungen. Es ist Ihre Aufgabe, alle Seiten der aufgeworfenen Frage ernstlich zu prüfen und sie vom örtlichen Standpunkt aus gesehen zu beleuchten. Ich bitte Sie daher, uns Ihre Ansicht möglichst umgehend mitzuteilen.

Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 14./27. November 1909.

Um meinen Brief vom 13./26. November zu vervollständigen, erhalten Sie anbei die Abschrift einer neuen Mitteilung des hiesigen englischen Botschafters. Wie Sie sehen, gibt uns auch England jetzt keine deutliche Antwort, ob die Verhandlungen hinsichtlich der Bagdadbahn gemeinschaftlich geführt oder ob zwischen Deutschland und den übrigen Mächten Einzelverhandlungen stattfinden sollen. Ich habe nach Erhalt des englischen Schreibens dem Botschafter sofort geantwortet, daß die Konzession der Linie Bagdad—Khanekin der deutschen Gesellschaft bereits gewährt worden ist und daß deshalb kaum neue Verhandlungen mit der Pforte geführt werden können. Was die englischen Wünsche hinsichtlich der neutralen Zone anbelangt, so habe ich in durchaus freundschaftlicher Form die Aufmerksamkeit des Botschafters auf den Umstand gelenkt, daß wir bei etwaigen Verhandlungen mit Deutschland ziemlich große Handlungsfreiheit haben müssen, da Deutschland augenscheinlich auf Zugeständnissen von unserer Seite bestehen wird — ebenso wie England die Absicht hat, auf seine Anteilnahme an der Bahn im Norden von Bagdad zu verzichten. Was endlich Mitteilungen über unsere Verhandlungen mit Deutschland an England anbelangt, so habe ich dies natürlich versprochen, ebenso wie wir auch bisher alle diesbezüglichen Verhandlungen mit Deutschland England gegenüber nicht verheimlicht haben.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief des englischen Botschafters in Petersburg an den russischen Außenminister vom 18. November/1. Dezember 1909.

Unter Bezugnahme auf unsere früheren Unterredungen betreffend die Bagdadbahn beeile ich mich Ihnen mitzuteilen, daß keine Verhandlungen mit der deutschen Regierung stattfinden, sondern daß Gwinner einer englischen Finanzgruppe Eröffnungen gemacht hat. Es steht noch nicht fest, welche definitiven Vorschläge das Ergebnis dieser Unterredungen sein werden, und bis diese Vorschläge mit Zustimmung der deutschen Regierung dem Londoner Kabinett unterbreitet sein werden, kann man nicht wissen, ob die Vorschläge für uns annehmbar sind. Ist dies der Fall, so werden sie doch nicht von uns angenommen werden, bis wir uns mit Rußland und Frankreich verständigt haben, so daß ein endgültiger Entschluß stets zu vieren gefaßt werden wird.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 25. November/8. Dezember 1909.

Ich beeile mich Ihnen mitzuteilen, was mir der hiesige französische Botschafter vertraulich über das in Aussicht genommene englisch-deutsche Bagdadbahn-Abkommen gesagt hat.

Bompard hat mir einen vom französischen Außenminister erhaltenen Erlaß vorgelesen, der den Ihnen von Nicolson gemachten Mitteilungen entspricht.

Die englischen Mitteilungen haben auf das Pariser Kabinett einen peinlichen Eindruck gemacht. Man gibt natürlich zu, daß England in dieser Frage loyal gehandelt hat und das Versprechen einlöst, ein mögliches Einvernehmen mit Deutschland über die Bagdadbahn zusammen mit Rußland und Frankreich zu prüfen. Man kann jedoch zwischen den Zeilen der englischen Mitteilung lesen, daß England viel daran liegt, die deutschen Vorschläge anzunehmen, obwohl letztere den französischen Interessen durchaus nicht entsprechen und auch den unsrigen kaum gerecht werden. Dem Inhalt nach hat das in Aussicht genommene Abkommen die größte Bedeutung: es bedeutet die Teilung der Türkei in eine englische und eine deutsche Interessensphäre, wobei England Deutschland in der europäischen Türkei und in Kleinasien Hand-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

lungsfreiheit überläßt und für sich eine solche nur in den türkischen Gebieten in der Nähe des Persischen Golfes beansprucht.

Der französische Botschafter ist der Ansicht, daß England immer mehr und mehr alle seine Anstrengungen auf die Beherrschung der nach Indien führenden Verkehrswege konzentriert: auf den Persischen Golf und die indische Ebene, und immer weniger scheint England sich für Konstantinopel und die eigentlich türkischen Fragen zu interessieren. Durch seine Konventionen mit Rußland hat das Londoner Kabinett sich gegen die Ausbreitung des russischen Einflusses im Persischen Golfe geschützt. Das mit Deutschland in Aussicht genommene Abkommen vervollständigt die Herrschaft Englands im Persischen Meerbusen. Sodann wird England versuchen, sich hinsichtlich Ägyptens von der Verpflichtung zu befreien, die Zustimmung der Türkei in gewissen politischen und finanziellen Fragen einholen zu müssen, und ist dies Ziel einmal erreicht, so wird England sich an den übrigen Fragen nicht mehr aktiv beteiligen. Dies kann aber für Frankreich nicht wünschenswert sein. Obwohl einige Franzosen sich an der Bagdadbahn beteiligen, so ist dies Unternehmen doch ein ausschließlich deutsches, und Frankreich besitzt weder eine Stimme noch irgendwelche Rechte. Die Anzahl von Aktien in französischen Händen ist nicht genügend.

Bompard ist durch die Hartnäckigkeit überrascht, mit der Deutschland auf der Zollerhöhung besteht. Diese Hartnäckigkeit beweist die Richtigkeit der Annahme, daß die für die Garantie der Bahn von Eregli bis El-Halif bestimmten Einnahmequellen für eine zweimalige Ausgabe von Obligationen nicht genügen. Der Botschafter ist der Ansicht, daß die Mächte darauf bestehen sollten, daß die Mehreinnahmen aus den Zöllen nicht zur Bezahlung der Kilometergarantie der Bagdadbahn verwendet werden dürfen. Frankreich wenigstens kann nicht zugeben, daß sein Handel durch eine Erhöhung der Zolleinnahmen zugunsten eines ausländischen Unternehmens gehemmt würde.

Ich bin meinerseits der Ansicht, daß, ähnlich wie seinerzeit zwischen Rußland und England eine Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären in Persien stattgefunden hat, jetzt eine solche zwischen England und Deutschland hinsichtlich der Türkei in Aussicht genommen ist, mit dem Unterschiede, daß

Deutschland ein ungeheures Übergewicht erhält. Andererseits enthalten die Worte des Botschafters einen deutlichen Hinweis auf das Wünschenswerte eines deutsch-englischen Abkommens vom englischen Standpunkte aus. Auch ich muß bestätigen, daß England sich immer weniger in Konstantinopel und den rein türkischen Fragen interessiert zeigt, zum Unterschiede seiner früheren aktiven Politik im nahen Osten; dies entspricht jedoch vollkommen dem allgemeinen Bestreben der englischen Politik, die jetzigen englischen Besitzungen durch diplomatische Konventionen zu sichern, sich in andern Fragen aller aktiven, sogar rein diplomatischen Handlungen enthaltend.

Den deutschen Vorschlag einfach jetzt schon annehmen kann England nur deshalb nicht, weil es früher selbst vorgeschlagen hat, diese Frage zum Gegenstand von Beratungen zu vieren zu machen. Aber die Form der jetzt stattfindenden Verhandlungen, nämlich zwischen Privatgruppen, genügt, ein Übereinkommen zu erzielen, und erschwert für uns und für Frankreich das Zustandekommen der Konferenz zu vieren. Sollte ferner ein Einvernehmen zwischen England und Deutschland erzielt werden, so würden zwei sich gegenüberstehende Gruppen das Resultat sein, Frankreich und Rußland würden allein stehen, was in politischer Hinsicht vermieden werden muß. Es bleibt also nur übrig, direkte aber parallele Verhandlungen zwischen Deutschland und England, Deutschland und Rußland und Deutschland und Frankreich zu führen. Ich bin der Ansicht, daß wir zur Ausführung unseres Planes vom Jahre 1907 schreiten müssen, wobei zu beachten ist, daß sich die Lage jetzt für uns in mancher Beziehung günstiger gestaltet hat. Erstens weist uns England selbst auf die Notwendigkeit direkter Verhandlungen mit Deutschland hin, zweitens haben wir jetzt ein Mittel, auf Deutschland einzuwirken, nämlich unsere Zustimmung zu der Zollerhöhung, drittens wird jetzt unsere Zustimmung zur Zollerhöhung den Gegenstand von Verhandlungen mit dem Berliner Kabinett bilden, und der Pforte gegenüber brauchen wir keine neuen kommerziellen Forderungen zu stellen. Deutschland muß aber von uns das kategorische Versprechen zu erhalten suchen, daß wir die in der türkischen Zirkularnote vom 5. September erwähnte Klausel hinsichtlich der Verwendung der Überschüsse der

Zollerhöhung nicht auf die Kilometergarantie anwenden werden; dies gibt uns die Möglichkeit, auch in Zukunft das deutsche Unternehmen zu hemmen; geben wir unsere Zustimmung, so werden wir entsprechende Zugeständnisse erlangen können. Sollte das Pariser Kabinett diese Klausel auf die Bagdadbahn anwenden wollen, so werden wir hierbei nur gewinnen können. Augenscheinlich werden wir bei den Verhandlungen mit Deutschland versuchen müssen, uns gegen das Eindringen des deutschen Einflusses in die uns selbst interessierenden Gebiete der Türkei und Persiens zu schützen. Zu diesem Zwecke wird Deutschland sich verpflichten müssen, die Linie Bagdad—Khanekin nicht ohne unsere Zustimmung zu bauen. Erreichen wir dies, so wird es uns leichter werden, eine Konzession zur Erbauung der Bahn Samsun—Siwas zu erhalten. Auch ist es wichtig, daß die Initiative einer Teilung der Türkei in bestimmte Interessensphären von Deutschland ergriffen wird, was den deutschen Interessen in der Türkei gewiß schaden muß.

Bericht des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 26. November/9. Dezember 1909.

England hat in Paris ähnliche Erklärungen wie in Petersburg über die von Gwinner eingeleiteten Verhandlungen gegeben. Ich muß jedoch bemerken, daß der französische Außenminister sich abfällig über die Absicht der Engländer geäußert hat, die England unmittelbar interessierende Linie zum Persischen Golfe mit der internationalen Frage der türkischen Zollerhöhung in Verbindung zu bringen.

Ich will aus diesem Anlasse erwähnen, daß man hier in Frankreich den Kampf zwischen den englischen politischen Parteien und zwischen dem Ober- und dem Unterhause mit dem größten Interesse verfolgt. Die französischen Sympathien stehen natürlich auf der Seite der jetzigen Regierungspartei, die die Jahrhunderte alten Privilegien der englischen Lords zu bekämpfen sucht. Aber in politischer Hinsicht ist Pichon durch den inneren politischen Kampf in England beunruhigt, welcher die Aufmerksamkeit der englischen Regierung von den Fragen der auswärtigen Politik ablenkt. Es ist aber bei der jetzigen Lage der Dinge für Frankreich äußerst wichtig, daß England in europäischen Fra-

gen seine frühere wichtige Rolle weiterspielt und Deutschland zurückhält; sollte England in den Hintergrund treten, so könnten in Deutschland wieder kriegerische Absichten entstehen, die für Frankreich gefährlich werden könnten.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 9./22. Dezember 1909.

Der hiesige französische Botschafter teilt mir mit, Hilmi Pascha habe kategorisch erklärt, die Türkei werde in keinem Falle einer Lösung der Bagdadbahnfrage zustimmen, welche die Aufteilung dieser Bahn zwischen den interessierten Mächten nach sich ziehen würde; die Türkei kann die Teilnahme der genannten Mächte nur in gleichem Maße auf der ganzen Linie zulassen. Louis ist der Ansicht, daß diese Mitteilung nicht bloß der Ansicht der türkischen Regierung, sondern auch den Wünschen in jungtürkischen Kreisen entspricht. Diese Stellungnahme der Türkei kann die Ausführung des englisch-deutschen Abkommens ernstlich in Frage stellen und zeigt uns einen Ausweg aus der jetzigen schwierigen Lage.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 6./19. Dezember 1909.

In Abwesenheit Greys habe ich den Unterstaatssekretär Sir Charles Hardinge auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die die letzten englisch-deutschen Verhandlungen über die Bagdadbahn hervorgerufen haben. Sir Charles wiederholte mir, daß es sich bis jetzt nur um Verhandlungen zwischen Finanzgruppen handele und daß noch nichts über die endgültigen Vorschläge bestimmt worden sei.

Obwohl er einige Zweifel über die Möglichkeit, die Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis zu führen, äußerte, verheimlichte mir Sir Charles nicht, daß ein unerwarteter Vorschlag, der den politischen Interessen Englands genau entspricht, es dem Londoner Kabinett kaum möglich macht, an demselben achtlos vorbeizugehen. Er fügte jedoch hinzu, daß die russischen Interessen dabei gewahrt werden müssen und daß uns deshalb die englische Regierung sofort von den Verhandlungen in Kennt-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

nis gesetzt habe. Ich wies darauf hin, wie unvorteilhaft es für uns sei, daß so etwas wie eine deutsche Interessensphäre im Norden Kleinasiens geschaffen werde. Sir Charles gab dies zu und sprach sofort von der Linie Samsun—Siwas und der Zweigbahn Bagdad—Khanekin, die beide geeignet wären, dieser Gefahr vorzubeugen; in diesen beiden Fragen habe England bereits das Interesse Rußlands anerkannt. Ich ging auf diese Bemerkung weiter nicht ein und begnügte mich zu erklären, daß wir auf die Unterstützung Englands rechneten, wenn Euere Exzellenz noch besondere Fragen zur Erörterung bringen werde. Ich wies jedoch Sir Charles darauf hin, daß unsere Antwort auf die Eröffnungen der englischen Regierung nur in allgemeinen Zügen gehalten sein werde und daß übrigens das Londoner Kabinett sich irre, wenn es behaupte, daß wir der türkischen Zollerhöhung bedingungslos zugestimmt hätten. Sir Charles gab zu, daß in der Tat die englischen Informationen nicht richtig gewesen seien.

Im Laufe der Unterredung gab ich mir davon Rechenschaft, daß Sir Charles Hardinge sich über die Schwierigkeiten der Verhandlungen, die noch nötig sein werden, genau Rechenschaft gibt.

Auf meine Frage, welches die politischen Folgen einer Regelung der Bagdadbahnfrage sein könnten, erwiderte er mir: „Es wird eine wichtige Frage weniger zwischen England und Deutschland geben, die einzige konkrete Frage." Ich habe es nicht für nötig gehalten, im Laufe dieser ersten Unterredung die Frage der Verhandlungen zu vieren aufzuwerfen, denn ich wußte, daß Sir Ernest Cassel noch nicht aus Berlin zurückgekehrt war.

Mein Eindruck ist der, daß die englische Regierung nur eine Lösung der Bagdadbahnfrage, wenn die Linie bis zum Persischen Golf geführt wird, zulassen wird, nämlich eine solche, die den letzten Sektor England überläßt; übrigens hat die englische Regierung es nicht eilig, ist zu weiteren Zugeständnissen an Deutschland nicht geneigt und würde dem Abbruch der jetzigen Verhandlungen mit philosophischer Ruhe gegenüberstehen. Die englischen Interessen können nur durch die Erhaltung des status quo oder durch die heute vorgeschlagene Lösung gewahrt werden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Immerhin wünscht die englische Regierung die Lösung einer dornigen Frage, die vielleicht die Beziehungen zwischen den beiden Ländern noch weiter vergiften kann.

Dies, glaube ich, ist der Geist, in dem England die Verhandlungen führt.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Dezember 1909. — Nr. 240.

Hardinge teilt mir mit, daß Cassel aus Berlin zurückgekehrt ist, ohne daß bisher eine Einigung erzielt wurde. Cambon hat mir den Inhalt eines Berichtes des französischen Botschafters in Konstantinopel mitgeteilt, der die Nachricht enthält, daß Hilmi Pascha einer Teilung der Bahn in drei verschiedene Sektoren ernstliche Schwierigkeiten bereitet. Cambon hat diesen Bericht Hardinge mitgeteilt. Dieser sagt mir, er halte die Nachricht für richtig.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 11./24. Dezember 1909. — Nr. 243.

Grey hat mir folgendes hinsichtlich der Bagdadbahn mitgeteilt. Da die englische Regierung davon Kenntnis hatte, daß die Überschüsse aus den Zolleinnahmen im voraus der deutschen Bagdadbahn-Gesellschaft zugesagt worden sind und daß in diesem Falle die Bahn unter für England unvorteilhaften Bedingungen gebaut worden wäre, hat das Londoner Kabinett seine Zustimmung zur erbetenen Zollerhöhung verweigert, wenn die türkische Regierung sich nicht verpflichtet, daß die Überschüsse dem deutschen Unternehmen nicht zugute kämen, und wenn nicht außerdem eine offizielle deutsche Erklärung in diesem Sinne erfolge. Diese letzte Erklärung hat nicht gegeben werden können. In diesem Zeitpunkte hat Gwinner auf indirektem Wege ein Mittel vorgeschlagen, welches vom englischen Standpunkte aus die bestehenden Schwierigkeiten hätte beheben können. Die russische Regierung ist hiervon sofort verständigt worden. Hierauf hat Sir Ernest Cassel seine Dienste angeboten, um die Verhandlungen mit Gwinner in Berlin fortzusetzen. Er ist hierzu ermächtigt worden, unter der Bedingung jedoch, daß das Resultat dieser

Verhandlungen in keiner Weise die Entschließungen der englischen Regierung binden könne, da Rußland und Frankreich an dem Resultate einer deutsch-englischen Übereinkunft interessiert sind. Cassel ist aus Berlin mit ziemlich verwickelten Vorschlägen zurückgekehrt, die das Londoner Kabinett nicht zu befriedigen scheinen. Wenn später zwischen den Finanzgruppen eine für die englischen Interessen befriedigende Lösung gefunden werden sollte, so wird das Londoner Kabinett, ehe es seine Antwort erteilt, Petersburg und Paris benachrichtigen. Diese beiden Kabinette würden dann zu beschließen haben, ob und unter welchen Bedingungen sie ihre Zustimmung zu der Zollerhöhung erteilen.

Vor seiner Abreise nach Berlin hat Cassel gefragt, ob die englische Regierung etwas dagegen hat, wenn er auch über die Linie Bagdad—Khanekin mit Gwinner spricht. Es ist ihm geantwortet worden, daß die englische Regierung ihn hierzu nicht beauftragen könne, da es sich um russische Interessen handele.

Auszug aus einem Bericht des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 11./24. Dezember 1909.

..... Der hiesige französische Botschafter ist der Ansicht, daß die französische Regierung der Pforte nicht nur wie bisher mündlich, sondern schriftlich mitteilen müsse, daß sie die Erhöhung des Zolles auf französische Waren zugunsten eines Unternehmens, an dem Frankreich sich nicht beteiligt, nicht zulassen kann und daß, wenn die Pforte Deutschland geraten hat, sich mit England hinsichtlich der Bagdadbahn zu verständigen, Deutschland auch mit Frankreich in Verhandlungen eintreten sollte.

Was die Verhandlungen selbst anbelangt, so legt ihnen Bompard nicht nur eine örtliche, rein türkische Bedeutung bei, sondern vielmehr eine große, allgemein europäische. Er erblickt in diesen Verhandlungen den ausdrücklichen Wunsch Englands und Deutschlands, eine Entspannung ihrer jetzigen Beziehungen herbeizuführen, wozu die Bagdadbahn eine gute Gelegenheit bietet. Für Frankreich und Rußland ist die Möglichkeit einer englisch-deutschen Annäherung unvorteilhaft und schädlich. Auf alle Fälle werden die beiden Mächte der englischen Unterstützung in Konstantinopel verlustig gehen, auf die sie bis jetzt zählen konnten.

Ich selbst gehe noch weiter als mein französischer Kollege und rechne mit der Möglichkeit eines deutsch-französischen Einvernehmens über die Bagdadbahn, welches im Grunde genommen, soweit französisches Kapital in Betracht kommt, bereits besteht. Wir dürfen kaum darauf rechnen, daß die Pforte dem beabsichtigten Übereinkommen Schwierigkeiten in den Weg legen wird und daß uns dadurch ein Ausweg aus der schwierigen Lage geboten würde. In diesem Falle droht uns eine unvorteilhafte Isolierung, wenn wir nicht bis dahin ein Einvernehmen mit Deutschland und der Türkei erzielt haben werden.

Bericht des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 7./20. Januar 1910.

In diesen Tagen haben zwischen der französischen und türkischen Regierung Verhandlungen über die Bagdadbahn stattgefunden. Die Türkei hat bei dem Kabinett von Paris angefragt, ob letzteres seine Zustimmung zu einer vierprozentigen Erhöhung der Einfuhrzölle geben würde. Der französische Außenminister hat geantwortet, daß im Hinblicke darauf, daß England und Deutschland in Eisenbahnfragen Konzessionen verlangt haben, auch die französische Regierung sich für berechtigt hält, die Konzession für eine Eisenbahn von Bagdad nach der Stadt Chems in Syrien zu verlangen, von wo eine französische Bahn zum Mittelmeer und nach den übrigen syrischen Städten führt.

Auf diese Anfrage ist aus Konstantinopel die Antwort erteilt worden, daß die Türkei unter keinen Umständen die Errichtung von ausländischen Interessensphären und dadurch bedingten Eisenbahnlinien zulassen wird.

Auf diese Weise erscheint auch das beabsichtigte Übereinkommen zwischen England und Deutschland undurchführbar, und die ganze Frage der Bagdadbahn scheint auf unbestimmte Zeit vertagt zu sein. Man muß folglich irgendein neues Ereignis abwarten, welches diese Angelegenheit wieder in Fluß bringen würde.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 20. Januar/2. Februar 1910.

Wie unser Botschafter in Konstantinopel beschränke auch ich mich jetzt auf persönliche Unterredungen mit meinen Kollegen,

hauptsächlich mit Cambon. Dieser teilte mir mit, daß er Grey gestern gefragt habe, wie es mit der Bagdadbahn stehe. Der Minister hat sich darauf beschränkt, ihm französisch zu antworten: „Es geht gar nicht."

Bei seiner Rückkehr aus Paris hat mir Cambon von einem Besuche Gwinners in der französischen Hauptstadt gesprochen, der auch zu keinem Resultat geführt hat.

Gwinner hätte sich äußerst kategorisch geäußert und behauptet, die ganze Angelegenheit habe keine politische Bedeutung und Rußland sei nicht direkt interessiert. Er hätte darauf hingewiesen, daß Deutschland im Notfalle für die Erbauung der 840 Kilometer auf die vierprozentige Zollerhöhung verzichten könne, da der Überschuß der öffentlichen Schuld frei werde und zur Finanzierung des Bagdadbahn-Unternehmens herangezogen werden könne.

Cambon hält diese Annahme für eine leere Drohung, da das türkische Budget 1910 mit einem Defizit von 100 Millionen Franken abschließt. Um es zu decken, müßte man zu einer Anleihe greifen, die ihrerseits den obenerwähnten Überschuß als Deckung in Anspruch nimmt.

Grey erwähnte auch die von Gwinner geäußerte Ansicht, es würde genügen, daß die Finanzgruppen sich untereinander verständigen, und die Zustimmung der Regierung sei unnötig. Cambon glaubt jedoch, daß dies, soweit England in Betracht kommt, eine ausschließlich finanzielle Kontrolle des südlichen Sektors bedeuten würde. Es ist kaum anzunehmen, daß die englische Regierung sich hiermit begnügen würde. England besteht augenscheinlich auf einer vollkommenen Kontrolle, d. h. England wünscht den ihm zugesprochenen Teil der Bagdadbahn mit eigenen Mitteln zu bauen und den Betrieb durch englische Beamte zu leiten. Eine Teilnahme der Regierung erscheint also durchaus notwendig.

Was die französischen Forderungen anbelangt, so scheint Cambon offener mit mir gewesen zu sein als mit unserem Botschafter in Paris. Abgesehen von Zweiglinien, die in Syrien zum Mittelmeer führen, besteht die französische Regierung auf einer besonderen Linie, die von Bagdad ausgehend sich fast direkt nach Westen wendet und nach der Durchquerung von Syrien in

Homs-Tripoli endet. Dies bedeutet, wenn ich mich nicht irre, einen rein obstruktiven Plan.

Ohne mich über die Zukunft äußern zu wollen, habe ich den Eindruck, daß die Verhandlungen der Finanzgruppen in Berlin, London und Paris bis jetzt zu keinem Resultat geführt haben.

Der hiesige türkische Botschafter ist der festen Überzeugung, daß die Türkei das Prinzip der einzelnen Sektoren nie zugeben wird.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 24. März/6. April 1910. — Nr. 457.

Ich telegraphiere nach Konstantinopel: Der französische Botschafter berichtet, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei über die Bagdadbahn in Konstantinopel wiederaufgenommen worden sind, wobei beabsichtigt wird, statt der Zollerhöhung den Überschuß der Zehntenabgaben zur Kilometergarantie zu verwenden. Louis fügt hinzu, daß den Informationen der französischen Regierung zufolge diese Verhandlungen binnen kurzem zu einem für Deutschland günstigen Resultat führen werden.

Ich bitte Sie, diese Informationen nachzuprüfen und mich zu benachrichtigen, wie derartige Verhandlungen auf die gegenseitigen Beziehungen Englands, Frankreichs, Deutschlands und der Türkei zurückwirken können.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 26. März/8. April 1910. — Nr. 75.

Ihr Telegramm Nr. 457 erhalten. Eine ähnliche Mitteilung ist gestern hier vom französischen Geschäftsträger gemacht worden, dem geantwortet worden ist, daß vor einigen Tagen ein Telegramm vom englischen Botschafter in Konstantinopel erhalten worden sei, demzufolge ein baldiger und für Deutschland günstiger Abschluß der Verhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei hinsichtlich der Ersetzung der Zollerhöhung durch die Zehntensteuer zu erwarten sei. Sir G. Lowther ist beauftragt worden, in Konstantinopel einen Protest einzureichen, da man hier der Ansicht ist, daß eine derartige Kombination unzulässig

ist und nur dazu dient, der Pforte die Möglichkeit zu geben, den Ausfall in der Zehntensteuer durch die Mehreinnahme aus den Zöllen zu decken. Soviel man weiß, ist der Überschuß der Zehntensteuer fürs erste noch nicht frei und wird die türkische Regierung über denselben erst in einigen Monaten verfügen können. Mallet fügte hinzu, man habe gleichzeitig bei der Pforte angefragt, welche Vorteile England erwarten könne, wenn das deutsch-türkische Abkommen abgeschlossen werden sollte.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 27. März/9. April 1910.

Der hiesige französische Botschafter hat mir mitgeteilt, daß er selbst die Nachricht über neue Verhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei nach Paris weitergegeben habe. Der Widerstand des Londoner Kabinetts und die Erneuerung seiner Ansprüche auf den Sektor Bagdad—Basra hat die ganze Angelegenheit wieder zum Stillstand gebracht, zum großen Mißvergnügen Deutschlands und der Türkei, und dies hat auch in Frankreich eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 6./19. April 1910. — Nr. 79.

Hardinge sagt mir, daß er infolge der deutschen Ansprüche ein Einvernehmen zwischen England und Deutschland nicht mehr für möglich hält. Auch sei die englische Regierung fest entschlossen, von der Türkei eine englische Konzession für die zum Meere führende Linie zu verlangen.

Bericht des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 8./21. April 1910.

Der englische Botschafter hat mir den Wortlaut seiner Mitteilung an die türkische Regierung vorgelesen, welche in dem Telegramm unseres Londoner Geschäftsträgers vom 26. März erwähnt wird.

Diese Mitteilung entspricht dem Inhalt des genannten Telegrammes, nur mit dem Unterschied, daß Lowther nicht anfragt, welche Vorteile England erhalten könne, sondern direkt darauf

hinweist, daß England mit Deutschland am Sektor Bagdad—Basra zusammen beteiligt sein müßte.

Es ist mir aufgefallen, daß diese Forderung weit geringer ist als die von England bisher gestellte Bedingung, nämlich daß „der Sektor Bagdad—Basra den Engländern überlassen werden müßte".

Auf meine Frage, was man unter „gemeinsamer Beteiligung" verstehen müsse, antwortete der Botschafter, daß dies mit der Wahrung der englischen Interessen gleichbedeutend sei. Augenscheinlich hält die englische Regierung es nicht mehr für möglich, die ganze Linie Bagdad—Basra in eigenen Besitz zu bringen, und ist bereit, sie mit Deutschland zu teilen, wobei es jedoch das Übergewicht in der Frage der Erbauung und der Exploitation dieser Linie für sich beansprucht. Mein englischer Kollege hat mir zu verstehen gegeben, daß er insofern die ganze Sache als einen Mißerfolg betrachtet, als es Deutschland gelingen wird, mit Hilfe der Zehntensteuer die Bahn bis nach Bagdad zu führen, unabhängig davon, ob die anderen Mächte der Erhöhung des türkischen Zolles zustimmen werden oder nicht.

Mir scheint, er hat recht, und besonders recht hat Baron Marschall, der noch neulich behauptet hat, daß die Deutschen die anatolische Bahn bis nach Bagdad führen werden, da nur sie allein diese „erstklassige" Linie erstellen können, deren die Türkei bedarf. Andererseits sind die letzten bedeutend bescheideneren Forderungen der Engländer für die Türkei viel annehmbarer als die früheren, die einer Aufteilung der Türkei in Interessensphären gleichkamen.

Da bei den letzten Berliner Verhandlungen die Deutschen augenscheinlich bereit waren, den Engländern den Sektor Bagdad—Basra zu überlassen, so muß man mit der Möglichkeit der Beilegung des Bagdad-Konfliktes zwischen England, Deutschland und der Türkei rechnen.

Für die Franzosen wird dies nicht angenehm sein, doch finden sie eine Kompensation in der Teilnahme ihres Kapitals am Unternehmen El Halifa—Bagdad, wobei die Zehntensteuer eine gute Sicherheit bietet.

Es erübrigt nun festzustellen, welche Kompensation wir verlangen könnten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutschland und England müssen uns doch irgendwelche Zugeständnisse machen schon in Anbetracht des Umstandes, daß die englisch-deutschen Verhandlungen, wenn auch nicht unter unserer direkten Beteiligung, so doch mit unserem Wissen geführt werden, wobei das Londoner Kabinett kaum das Recht hat, eine Vereinbarung mit Deutschland abzuschließen, bevor die russischen Interessen geschützt sind.

Aus dem obigen Telegramm unseres Geschäftsträgers muß man schließen, daß England uns mitteilen wird, welche Vorteile es für sich beansprucht. Dann wäre auch für uns der Zeitpunkt gekommen, unsere Wünsche geltend zu machen, z. B. hinsichtlich des Verzichtes Deutschlands auf die Linie Bagdad—Khanekin oder hinsichtlich des Verlangens einer russischen Konzession für eine Bahn von Khanekin nach Teheran.

Wenn die letzten Schritte Deutschlands in Persien wirklich mit der Bagdadbahn zusammenhängen und nicht die ernstliche Absicht Deutschlands bedeuten, sich aktiv an den persischen Angelegenheiten zu beteiligen, so darf man annehmen, daß Deutschland zu einem Kompromiß nicht nur mit England, sondern auch mit uns bereit ist.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 9./22. April 1910. — Nr. 523

Ihr Telegramm Nr. 79 erhalten. Da die Bagdadbahn-Verhandlungen äußerst verwickelt sind, möchten wir gerne wissen, was Hardinge meinte, als er auf die Unmöglichkeit eines englisch-deutschen Übereinkommens in der Bagdadbahnfrage hinwies, und was für eine Linie zum Meere gemeint ist, für die England eine Konzession von der türkischen Regierung verlangt.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 10./23. April 1910. — Nr. 80.

Ihr Telegramm 523 erhalten. Es wird schwer sein, eine Antwort zu geben, ehe Grey am nächsten Freitag zurückkehrt. Hardinge hat mir gesagt, daß die im Laufe einer Unterredung zwischen Bethmann und Goschen gestellten Forderungen keinen Raum für eine Hoffnung ließen, daß ein englisch-deutsches Über-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

einkommen erzielt werden wird; daß die englische Regierung fürs erste der deutschen keine Antwort zu geben beabsichtige und sich darauf beschränken werde, in Konstantinopel die Konzession für eine zum Meere führende Bahn zu verlangen — wie ich annehme in Verbindung mit dem französischen Projekt Tripolis—Homs—Bagdad.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 12./25. April 1910. — Nr. 82.

In Beantwortung Ihres Telegramms 523. England verlangt die Konzession zu einer Eisenbahn, die Bagdad mit dem Persischen Golf verbindet. Das Londoner Kabinett wird diese Konzession auf alle Fälle verlangen, unabhängig davon, ob die französische Forderung einer Konzession Homs—Bagdad zu einem Resultat führt oder nicht, um auf diese Weise eine vollendete Tatsache zu schaffen.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 13./26. April 1910.

Ich habe Ihr Telegramm Nr. 523 über den augenblicklichen Stand der Bagdadbahnfrage erhalten und auf demselben Wege geantwortet.

In meiner Unterredung mit Sir Charles Hardinge hat dieser nicht weiter ausgeführt, warum er nicht an einen Erfolg der deutsch-englischen Verhandlungen glaubt. Er beschränkte sich darauf zu sagen, daß, weit entfernt, zu den zwischen Cassel und Gwinner in Aussicht genommenen Bedingungen zurückzukehren, die ja schon von England als unannehmbar erklärt wurden, das Berliner Kabinett heute noch viel größere Forderungen gestellt habe; er sagte mir, die englische Regierung habe nicht die Absicht, eine direkte Antwort auf die Eröffnung, die Bethmann Hollweg Goschen gemacht hat, zu geben, sondern Deutschland vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Ich glaube jedoch nicht, daß man diese Worte so verstehen muß, daß die Wiederaufnahme der englisch-deutschen Verhandlungen in Zukunft prinzipiell ausgeschlossen ist. England beabsichtigt, ehe es im geeigneten Zeitpunkte die Verhandlungen

wiederaufnimmt, ein sicheres Pfand in der Hand zu haben; schon lange denkt es an dasselbe — heute scheint es sich entschlossen zu haben.

Dies ist übrigens ein Verfahren, das Hardinge schon öfters angedeutet hat, indem er darauf hinwies, wie vorteilhaft es für uns wäre, uns rechtzeitig ein Pfand zu sichern, so z. B. die Konzession einer Bahnlinie Teheran—Khanekin oder sogar Samsun—Siwas.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 21. April/4. Mai 1910. — Nr. 85.

Ihr Telegramm 523 erhalten. Grey hat mir bestätigt, daß er fürs erste nicht die Absicht habe, den Eröffnungen des Deutschen Reichskanzlers Goschen gegenüber Folge zu leisten. Nach seiner Ansicht erfordert diese Unterredung keine direkte Antwort; vor allem aber erblickt Grey in dieser Unterredung keine Verhandlungsbasis, weder für ein politisches Abkommen, noch für eine Lösung der Bagdadfrage. Grey hält es für unzulässig, daß die englische Regierung, welche noch verschiedene Pfeile in ihrem Köcher habe, ihre Beteiligung von Zugeständnissen in Persien abhängig macht. Grey sagt mir, er beabsichtige nicht, der Bagdadbahn systematische Opposition zu machen, aber das Londoner Kabinett widersetzt sich dem Monopol einer andern Macht bezüglich einer Eisenbahnlinie, die für die politischen und ökonomischen Interessen Englands von der größten Bedeutung ist. Hieraus muß gefolgert werden, daß die englische Regierung es entweder erreichen wird, daß sie sich an der Bahn unter den für nötig befundenen Bedingungen beteiligt, und zwar ohne Zugeständnisse in Persien zu machen, oder aber die englischen Interessen gewahrt werden, indem England den letzten Sektor ganz allein baut. Grey hat der türkischen Regierung zu verstehen gegeben, daß er unter den jetzigen Umständen seine Zustimmung zur 4prozentigen Zollerhöhung nicht geben wird. Er glaubt, daß die Absicht, die Zehntenüberschüsse für die Bagdadbahn zu verwenden, nur dann möglich ist, wenn die türkische Regierung die Zustimmung der Mächte zur Zollerhöhung erhält. Grey glaubt, es handelt sich hier nur um ein finanzielles Manöver. Die Erklärungen Greys waren durchaus nicht pessimistisch.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 28. April/11. Mai 1910.

Der hiesige englische Botschafter hat mir gesagt, er habe mit dem Außenminister und dem Großwesir ausführlich über Greys Forderung einer Konzession Bagdad—Persischer Golf gesprochen. Die Türken haben erklärt, daß sie Deutschland gegenüber juristische und moralische Verpflichtungen hinsichtlich der ganzen Bagdadlinie bis zum Persischen Golfe hätten. Der Botschafter hat entgegnet, wenn auch eine moralische Verpflichtung Deutschland gegenüber bestehe, so gäbe es keine juristische. England kann seine Zustimmung zur Zollerhöhung nicht geben, wenn es nicht entsprechende Vorteile für die englischen Kaufleute erhält. Über eine „Interessensphäre" haben die Türken nicht gesprochen. Die Unterredung ist resultatlos geblieben.

Augenscheinlich wird Rifaat Pascha die ganze Angelegenheit in London zur Sprache bringen, wohin er morgen mit dem Thronfolger zum Begräbnis König Eduards abreist. Soviel Lowther weiß, ist die Frage der neuen Richtung der Bagdadbahn nach Alexandrette immer noch nicht entschieden, obwohl der deutsche Botschafter in diesen Tagen eine günstige Antwort erwartete.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 5./18. Mai 1910. — Nr. 107.

Ich habe Hardinge gefragt, wie es um die englische Konzession bis zum Persischen Golf stände. Hardinge antwortete, diese Frage werde mit Rifaat Pascha anläßlich seiner Anwesenheit in London besprochen werden, und das Londoner Kabinett habe die Absicht, die Verhandlungen in sehr energischer Weise zu führen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 27. Mai/9. Juni 1910. — Nr. 122.

Es bestätigt sich, daß die englisch-türkischen Verhandlungen keinen günstigen Verlauf nehmen. Unter diesen Bedingungen ist es sehr unvorteilhaft, mit Deutschland zu unterhandeln, und es ist unwahrscheinlich, daß das Londoner Kabinett die Ver-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

handlungen mit Berlin aufnimmt. Ich glaube, auch wir sind in der gleichen unvorteilhaften Lage. Es scheint mir, wir müssen uns erst über eine gemeinsame Basis verständigen und dann einen günstigeren Augenblick abwarten. Hier wird man jedenfalls vorziehen, daß Deutschland die Initiative ergreift.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 10./23. Februar 1911. — Nr. 182.

Der hiesige englische Botschafter hat mir mitgeteilt, England beabsichtige eine Bahn von Mohamerra nach Khoremabad in der Nähe der Grenze unserer persischen Interessensphäre zu bauen. Ich erwiderte, daß eine solche Bahn unseren ökonomischen Interessen direkt schaden und starke Beunruhigung bei uns hervorrufen würde.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 13./26. Februar 1911.

Ich habe Ihr Telegramm Nr. 182 erhalten, und Sir G. Buchanan hat seinerseits über seine Unterredung mit Ihnen hierher berichtet. Ich werde meinerseits nicht verfehlen, die Worte zu meiner Richtlinie zu machen, die Sie dem englischen Botschafter gegenüber gebraucht haben. Ich weiß nicht, ob die englische Regierung bereits einen definitiven Entschluß in dieser Angelegenheit gefaßt hat. Ich glaube, viel wird vom Resultate der bevorstehenden Verhandlungen zwischen England und der Türkei und später auch wahrscheinlich zwischen England und Deutschland hinsichtlich des Golf-Sektors der Bagdadbahn abhängen. Auch unser Abkommen mit Deutschland über die Linie Khanekin—Teheran wird ins Gewicht fallen — mit andern Worten, es handelt sich um die ganze Linie Bagdad—Teheran. Ich neige zur Ansicht hin, daß England versuchen wird, sich Konzessionen im Süden Persiens zu sichern, um, wie Sir Edward sagt, zu verhindern, daß diese später irgendeiner andern Macht zufallen — der Bau selbst wird von den Umständen abhängen.

Ich muß jedoch bemerken, daß der Druck der öffentlichen Meinung auf die englische Regierung immer stärker wird, um einen wirksameren Schutz der englischen Handelsinteressen in diesen Gegenden zu erreichen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Solange Persien ein verschlossenes Land war, wurde die Frage nicht aufgeworfen, aber das Zeitalter der Konzessionen und der Unternehmungen ist angebrochen. Es erscheint mir kaum möglich, daß England mit seinen vielfachen Interessen Zurückhaltung zeigt. Dies war auch mein Eindruck, als ich das Telegramm unseres Generalkonsuls in Kalkutta las. Es besteht kein Zweifel, daß unsere Eisenbahnlinie im Norden, welche früher oder später ein ausgedehnteres Eisenbahnnetz nach sich ziehen muß, den Beginn der Aufteilung Persiens bedeutet und notwendigerweise zur Erbauung von englischen Linien in Südpersien führen muß: ich stelle mir vor, daß diese Bahnen an der indischen Grenze in englische Hände übergehen werden und später vielleicht mit unseren Bahnen an einem noch zu bestimmenden Punkte verbunden werden werden. Aus diesem Grunde verstehe ich nicht, warum derartige Bahnbauten bei uns so wenig Beifall finden, obwohl ich die Richtigkeit der finanziellen Erwägungen zulasse. Ich fürchte, wir verlieren Zeit, und ich glaube, wir müssen uns wenigstens die Konzessionen sichern.

Unter diesen Umständen glaube ich auch nicht, daß es uns gelingen wird, die englische Regierung zu veranlassen, auf ihre Absichten zu verzichten.

Ich sage dies, weil ich es für meine Pflicht halte, Sie über den englischen Standpunkt genau zu unterrichten.

Ich glaube, wir wären nicht gerechtfertigt, auf Grund der englisch-russischen Konvention Einspruch gegen den englischen Plan zu erheben, ebenso wie England nicht gegen unsere Linie, die nach Teheran führt, protestieren könnte.

Die englisch-russische Konvention, deren Wortlaut absichtlich so gefaßt war, daß Proteste anderer Mächte unmöglich gemacht wurden, verfolgte aber — ich glaube nicht, daß man dies bestreiten kann — den Zweck, der öfters zutage getreten ist, nämlich unsere Anstrengungen zu vereinigen, um Deutschland zu verhindern, in Persien Fuß zu fassen; Deutschland sollte sich dort nicht Interessen schaffen, die politischen Charakter annehmen könnten. Dieses Einvernehmen ist bald auf die ganze Frage der Bagdadbahn ausgedehnt worden.

Indem wir von der Freiheit, die uns die Konvention gelassen hat, Gebrauch machen, haben wir mit Deutschland ein

Übereinkommen abgeschlossen und einige Zugeständnisse ökonomischer Natur gemacht und dafür politische Vorteile erhalten. Jedenfalls haben wir aber nur in unserem eigenen Interesse gehandelt.

England hat jedoch keinerlei Zugeständnisse von seiten Deutschlands erhalten. Es handelt sich vor allem darum, ökonomische Erwägungen zu berücksichtigen. Der Bau der Bahn von Bagdad nach Khanekin gibt deutschen Waren die Möglichkeit, auf einer deutschen Eisenbahn in Gegenden einzudringen, deren Markt England bisher beherrschte. Ferner muß auch England die politische Seite der Frage berücksichtigen, wenn eines Tages Verhandlungen mit Deutschland aufgenommen werden. Es erscheint mir kaum möglich, daß England diese doppelten Interessen opfern wird, um russische ökonomische Interessen zu fördern. Was uns Grey anläßlich der Verbindung Khanekins mit Teheran gesagt hat, berührt eine Frage, die mir ganz besonders wichtig erscheint — er hat uns gesagt, daß das russische Abkommen mit Deutschland seine Stellung geschwächt habe, wenn er mit Deutschland über die Bagdadbahn verhandeln muß. Er behauptet, daß das deutsche Unternehmen sich einen Ausgang gesichert hat, der es nun von der englischen Zustimmung unabhängig macht; außerdem kann sich England nicht mehr auf den prinzipiellen Widerstand Rußlands gegen die Bagdad bahn stützen. Der Widerstand Frankreichs ist von jeher nicht sehr kategorisch gewesen. Sir Edward Grey findet also, England sei jetzt in dieser Frage viel isolierter als früher.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. März 1911.

Grey hat mich heute ersucht, ihn aufzusuchen. Er sagte mir, daß er in der letzten Zeit infolge der Abwesenheit Asquiths so beschäftigt gewesen sei, daß er mich nicht habe sehen können; er beeile sich jedoch, mich davon in Kenntnis zu setzen, daß die englische Regierung aus Konstantinopel formelle Vorschläge hinsichtlich der Bahnlinie zwischen Bagdad und dem Persischen Golfe erhalten habe.

Diese Vorschläge zielen darauf ab, diesen Teil der Bagdadbahn zu internationalisieren, wobei Deutschland, England und

Frankreich sich mit je 20 % und die Türkei mit 40 % beteiligen würden. Der Endpunkt der Linie wäre Koweit, welches als türkisches Territorium zu gelten hätte.

Sir Edward sagte mir sofort, daß die englische Regierung diesen Vorschlag nicht annehmen werde; er habe sich jedoch damit begnügt, vorerst zu erklären, daß die türkischen Vorschläge in Erwägung gezogen werden würden. Mir gegenüber hat der Minister weiter nichts hinzugefügt. Nur hinsichtlich Koweits erklärte er, daß England durch seine Verträge mit dem Scheich gebunden sei, welche es zur Aufrechterhaltung der jetzigen Lage verpflichteten.

Sir Edward ersuchte mich, obige Mitteilungen als vertraulich zu betrachten; dem französischen Botschafter hat er die gleiche Erklärung abgegeben.

Ich brauche nicht erst zu bemerken, daß die neuen türkischen Eröffnungen die Lösung der Frage nicht fördern werden und daß die vom englischen Staatssekretär in Aussicht gestellte Erwägung der türkischen Vorschläge nur eine Sache der Form ist, um die Verhandlungen nicht durch eine direkte Absage abzubrechen.

Telegramm des russischen Außenministeriums an den russischen Botschafter in London vom 3./16. März 1911. — Nr. 271.

Ich telegraphiere nach Teheran: Der englische Botschafter ist auf die Frage der Konzession für eine englische Bahn von Mohammera nach Khoremabad zurückgekommen. Er bemerkte, daß England viel daran gelegen sei, sich eine derartige Konzession zu sichern, obwohl es nicht die Absicht habe, die Bahn zu bauen, ohne sich mit uns verständigt zu haben. Später werde man diese Linie bis Julfa verlängern können, um sie mit unseren kaukasischen Linien zu verbinden, wie dies im russischen Vorschlage des Jahres 1908 hinsichtlich einer persischen Eisenbahn vom Kaspischen Meere über Teheran nach Mohammera vorgesehen war. Augenscheinlich braucht die englische Regierung eine solche Konzession hauptsächlich, um die öffentliche Meinung in England zu beruhigen, und vielleicht auch, um auf Deutschland in der Frage des südlichen Endes der Bagdadbahn einen Druck ausüben zu können. Ich habe den Botschafter wieder darauf hin-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gewiesen, wie schädlich eine solche Bahn für unsere Handelsinteressen sein würde, worauf er wiederholte, daß es sich vorerst nur um eine Konzession handele.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 8./21. März 1911.

Die Verhandlungen der Pforte mit der Bagdadbahn-Gesellschaft sind beinahe beendet, und die Unterzeichnung soll in diesen Tagen erfolgen. Gleichzeitig hat die türkische Regierung dem englischen Botschafter mitgeteilt, daß sie nur die Unterzeichnung des deutschen Verzichtes auf die Linie Bagdad—Persischer Golf erwarte, um mit England in Verhandlungen über diesen Teil der Bagdadlinie einzutreten. Die Verhandlungen mit den Franzosen über die adriatische Eisenbahn und die Linie Samsun—Siwas nehmen einen günstigen Verlauf, wobei die Türken den Franzosen augenscheinlich entgegenzukommen wünschen. Die Verhandlungen mit Chester hingegen ziehen sich in die Länge, was letzteren von uns abhängig macht; diesen Umstand werden wir wahrscheinlich in nächster Zeit ausnutzen können.

Telegramm des russischen Außenministeriums an den russischen Botschafter in London vom 11./24. März 1911. — Nr. 312.

Unser Gesandter in Teheran telegraphiert: In diesen Tagen ist aus Südpersien einer der Direktoren der Anglopersischen Petroleumgesellschaft und der persischen Banken, Greenway, eingetroffen. Er hat von sich aus persönlich den Ministern und dem Regenten vorgeschlagen, eine Eisenbahn von Mohammera nach Smirenabad zu finanzieren, wenn die englische und russische Regierung hiermit einverstanden sind.

Die Minister haben diesen Vorschlag beifällig aufgenommen, befürchten jedoch Widerstand von seiten des persischen Parlamentes. Der Regent wünscht, daß die Eisenbahnen in Persien möglichst bald gebaut werden, wobei seiner Ansicht nach Rußland und England einen gemeinsamen Plan ausarbeiten und ihn allmählich, je nach der Wichtigkeit der einzelnen Linien, zur Ausführung bringen müßten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministeriums an den russischen Botschafter in London vom 14./27. März 1911. — Nr. 330.

Wir beantworten die Mitteilung des englischen Botschafters hinsichtlich der Linie Mohammera—Khoremabad mit folgendem Memorandum: „Die in Aussicht genommene Bahn befindet sich in der neutralen Zone, und auf Grund von Artikel 3 der Konvention von 1907 können wir England das Recht nicht absprechen, eine derartige Konzession für sich zu beanspruchen. Der Endpunkt dieser Linie befindet sich jedoch in nächster Nähe unserer Einflußzone, die Linie würde unsere ökonomischen Interessen schädigen und würde deshalb von unserer öffentlichen Meinung sehr ungünstig aufgenommen werden. Wir nehmen infolgedessen mit Vergnügen davon Kenntnis, daß es sich fürs erste nur darum handelt, diese Konzession für England zu sichern, und daß alle Fragen, die sich auf die Ausführung dieses Unternehmens beziehen, später gemeinschaftlich mit uns geregelt werden sollen. Endlich danken wir dem Botschafter für seine Mitteilung, daß man in London keine Einwendungen dagegen erhebt, daß sich englisches Kapital an dem Bau der russischen Linien in Nordpersien beteiligt."

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 19. März/1. April 1911. — Nr. 221.

Der hiesige englische Gesandte ist beauftragt worden, die persische Regierung offiziell zu bitten, England eine Konzession für die Erbauung eines Hafens in Ormusieh zu gewähren, ebenso für eine Eisenbahn von diesem Punkte bis Khoremabad und eine Zweiglinie nach Mohammera. Es wird bestimmt darauf hingewiesen, daß es sich fürs erste nur um ein Vorzugsrecht handelt.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 21. März/3. April 1911. — Nr. 224.

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 221. Streng vertraulich. Sofort nach Empfang der Note des englischen Gesandten bat ihn der Außenminister, die Note zeitweilig zurückzunehmen, angeblich weil die persische öffentliche Meinung diese Konzession mit dem Bestreben Englands in Verbindung bringen werde,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

bessere Beziehungen zur persischen Regierung zu unterhalten. Auf Grund erhaltener Instruktionen hat der englische Gesandte diese Bitte abgelehnt.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 13./26. April 1911.

Die persische Regierung hat die Bitte Englands um eine Eisenbahnkonzession von Mohammera nach Khoremabad unter dem Vorwande abgelehnt, daß die Eisenbahnen in Persien rein kommerzielle Unternehmungen sein müssen. Der Außenminister hat dem Gesandten mündlich erklärt, die Perser erblicken in dieser Linie insofern ein politisches Ziel, als die Bahn nicht in die russische Einflußsphäre einführen soll, wodurch sozusagen die Teilung Persiens in Interessensphären bestätigt würde. Der Regent hat die Meinung geäußert, daß eine Konzession für eine Eisenbahn von der russischen Grenze nach Mohammera wahrscheinlich einem internationalen oder englisch-russisch-französischen Syndikate erteilt werden würde. Letzteres könnte dann die Kontrolle der einzelnen Teile der Linie gemäß den Interessensphären unter sich verteilen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 26. April/9. Mai 1911. — Nr. 576.

Die Verhandlungen über die Eisenbahn von Bagdad zum Persischen Golf scheinen sich in die Länge zu ziehen und bitte ich Sie, folgende Fragen zu beantworten:

1. Inwieweit kann die Türkei über diese Linie wieder frei verfügen und welche Rechte hat Deutschland für sich ausbedungen?

2. Ist die Deutschland gewährte Konzession für eine Bahn von Bagdad nach Alexandrette und die Erbauung des dortigen Hafens eine Kompensation für den Verzicht auf die Linie Bagdad—Persischer Golf?

3. Sind die entsprechenden Abmachungen dokumentarisch niedergelegt, und zwar in welcher Form und in einem oder mehreren Dokumenten?

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 28. April/11. Mai 1911. — Nr. 229.

Ihr Telegramm 576 erhalten. Die Verzögerung des Abschlusses der Verhandlungen beunruhigt die Türken und ist damit zu erklären, daß England immer noch keine Antwort auf den türkischen Vorschlag über die Internationalisierung der Bahn Bagdad—Persischer Golf gegeben hat.

1. Den Informationen des englischen und französischen Botschafters zufolge hat Deutschland sich nur folgendes Recht ausbedungen: Der Anteil Deutschlands muß ebenso groß sein wie der irgendeiner anderen Macht. Im übrigen scheinen die Türken wieder frei über diesen Sektor verfügen zu können.

2. Die Konzession für die Bahn und den Hafen in Alexandrette ist anläßlich der letztjährigen Anleihe in Berlin und Wien gewährt worden. Um sich aber diese wichtige Konzession endgültig zu sichern, hat Deutschland wahrscheinlich bei seinem Verzicht auf die Linie Bagdad—Persischer Golf weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.

3. Die formale Seite der Abmachungen ist geheim, doch werde ich versuchen, Ihnen möglichst genaue Mitteilungen hierüber zu machen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 2./15. Mai 1911. — Nr. 610.

Aus meiner Unterredung mit dem deutschen Botschafter schließe ich, daß Deutschland noch nicht endgültig auf die Linie Bagdad—Persischer Golf verzichtet hat. Eine endgültige Entscheidung wird erst erfolgen, nachdem einige andere Deutschland interessierende Fragen geregelt sein werden. Wir würden gern wissen, welcher Zusammenhang zwischen der Konzession Alexandrette und dem Verzichte Deutschlands auf die Linie Bagdad—Persischer Golf besteht und ob die Ausführung des ersten Unternehmens von letzterem abhängt.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 4./17. Mai 1911. — Nr. 264.

Unter Nr. 265 erhalten Sie den Wortlaut der dem englischen und französischen Botschafter gemachten türkischen Mit-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

teilungen über den deutschen Verzicht auf die Linie Bagdad—Persischer Golf. Der Wortlaut der deutschen Deklaration selbst ist den Botschaftern unbekannt. Beide halten die Deklaration für absichtlich unklar und wie alle Abmachungen Deutschlands mit der Türkei unvorteilhaft für letztere, wozu gewöhnlich Bestechungen beitragen. Die Konzession Alexandrette ist endgültig und hängt von der deutschen Teilnahme an der Bahn Bagdad—Persischer Golf nicht ab. Die englische Regierung hat immer noch nicht geantwortet.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 4./17. Mai 1911. — Nr. 265.

„8. März 1911. Deklaration. Die Bagdadgesellschaft ist bereit, von ihrer Konzession der 4- oder 500-Kilometer-Eisenbahn vom Persischen Golfe abzusehen, ebenso von der Konzession eines Hafens in Basra und im Persischen Golf zugunsten einer neuen türkischen Gesellschaft, in welcher die Bagdadbahn-Gesellschaft hinsichtlich des türkischen Kapitals in der Minderheit zu sein bereit ist. Immerhin wünscht sie sich in gleichem Maße wie das Kapital einer dritten nichttürkischen Macht zu beteiligen. Gleichzeitig behält sich die Bagdadbahn-Gesellschaft vor, sich mit der neuen Gesellschaft oder dem türkischen Staat zu verständigen, um eine Kompensation für den für sie aus dem Verzicht auf die obenerwähnten 500 Kilometer erwachsenden Schaden zu erhalten; um so mehr, als die Erbauung der erwähnten Strecke leichter und weniger kostspielig ist als der übrige Teil der Bagdadlinie." Dieser Wortlaut ist den beiden Botschaften am 11./24. März mitgeteilt worden. In dem Lowther übergebenen Exemplar sind die Worte „ist bereit abzusehen" von Rifaat Pascha in „sieht ab" verändert, und das Wort „Kompensation" ersetzt das Wort „Entschädigung", welches durchgestrichen ist. Die Botschafter erklären sich nicht diesen Unterschied.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 19. Juli/1. August 1911.

Sir Edward Grey hat mir vor einigen Tagen versprochen, mir die Antwort Englands auf die Vorschläge der Türkei hin-

sichtlich der Bahn Bagdad—Persischer Golf und der türkischen Zollerhöhung mitzuteilen. Der türkische Vorschlag sah, wie Ihnen bereits bekannt, eine neue Gesellschaft vor, an der die Türkei sich mit 40, und Deutschland, Frankreich und England mit je 20 % beteiligen sollten. Auf diese Weise hätte Deutschland indirekt über 60 % verfügen können.

Der englische Gegenvorschlag ersetzt diese Kombination durch eine gleiche Anteilnahme der genannten vier Mächte und einen fünften Teil für Rußland, wie wir es seinerzeit gewünscht haben.

Ich glaube nicht, daß die Türkei oder Deutschland diese neuen englischen Vorschläge annehmen können.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 16./29. Dezember 1911. — Nr. 762.

Der englische Botschafter hat mir gestern vertraulich mitgeteilt, er habe energisch, wenn auch nicht offiziell, gegen die der deutschen Bagdadbahn-Gesellschaft zugeschriebene Absicht protestiert, die Richtung der Linie zwischen Mossul und Bagdad im Sinne einer Annäherung an Khanekin zu verändern. Eine derartige Veränderung der Hauptlinie könne nicht zugelassen werden, solange zwischen London und Konstantinopel Verhandlungen über die Linie Bagdad—Persischer Golf geführt werden, die auf der Voraussetzung beruhen, daß der übrige Teil der Bagdadbahn keiner Veränderung unterworfen wird. Der Großwesir hat ihm geantwortet, ihm sei von einer derartigen Absicht der Bagdadbahn-Gesellschaft nichts bekannt, er halte jedoch die vom Botschafter angeführten Gründe für stichhaltig. Der stellvertretende Außenminister erklärte gleichfalls, von einem derartigen Vorhaben der deutschen Gesellschaft nichts zu wissen. Er bestätigte dem Botschafter, daß das türkisch-persische Protokoll über die gegenseitige Abgrenzung in Teheran unterschrieben worden ist und daß die türkischen Mitglieder der gemischten Kommission bereits ernannt sind und sich in Konstantinopel befinden. Aus Zeitungsnachrichten ist ersichtlich, daß der Ministerrat den türkischen Truppen in persischen Gebieten befohlen hat, alle Zusammenstöße mit russischen Truppen zu vermeiden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Konsuls in Bagdad an die russische Botschaft in Konstantinopel vom 30. Januar/12. Februar 1912.

Die Vorarbeiten der Strecke Mossul—Bagdad sind beendet und werden zur Bestätigung nach Frankfurt und dann nach Konstantinopel geschickt. Meisner sagt, daß ein neuer Rekord der Schnelligkeit erzielt worden sei, da man im Durchschnitt täglich einen Kilometer im Plan eingetragen hat, trotz mancher technischen Schwierigkeiten. Nach einer wöchentlichen Pause werden die Ingenieure die Arbeiten auf der Strecke Sadidja—Khanekin beginnen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 10./23. April 1912. — Nr. 177.

Unser Konsul in Bagdad telegraphiert: Die Pläne der Linie Bagdad—Mossul sind vom Verkehrsminister bestätigt worden. Meisner ist nach Basra gefahren, um dort Depots zu organisieren.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 19. Mai/1. Juni 1912. — Nr. 92.

Sicheren Informationen zufolge braucht die Deutsche Bank weitere Mittel für die Bagdadbahn und hat von der Ottomanischen Bank verlangt, den noch nicht eingelösten Teil der Obligationen für ungefähr 60 Millionen Franken zu bezahlen, andernfalls auf diesen Teil zu verzichten, ebenso wie auf die Teilnahme an weiteren Emissionen. Da die Ottomanische Bank über keine flüssigen Mittel verfügt, hat sie die französische Regierung gebeten, ihr zu erlauben, die genannte Summe mit Hilfe von französischen Banken zu realisieren. Die französische Regierung befürchtet einerseits, daß Frankreich im Falle einer Absage vollständig aus dem Bagdadunternehmen ausgeschlossen sein wird, und andererseits, daß eine derartige, wenn auch nicht öffentliche Realisation als erster Schritt zur Zulassung deutscher Werte an der Pariser Börse aufgefaßt werden kann. Man beabsichtigt sich an englische Banken zu wenden. Über diese Frage ist vom Ministerrate besonders beraten worden. Ich werde die weitere Entwicklung verfolgen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. Juni 1912. — Nr. 170.

Nicolson hat mich gebeten, Sie ganz vertraulich zu fragen, inwieweit es der russischen Regierung wirklich daran liegt, sich mit einem Fünftel an dem Golfsektor der Bagdadbahn zu beteiligen. Er sagt, er habe dieselbe Frage Cambon gestellt. Bis jetzt wären die Verhandlungen zwischen England und der Türkei davon ausgegangen, daß die fünf Mächte gleiche Teile erhalten, wobei Deutschland nur darauf bestanden habe, daß sein Anteil ebenso groß sei wie der irgendeiner andern nichttürkischen Macht. Nicolson sagte, daß in Wirklichkeit Deutschland anfangs mehr verlangt habe, daß diese Forderungen aber keinen Erfolg gehabt und daß die Türkei sich heute fünf gleichen Teilen widersetze; andererseits sei es jetzt möglich, eine Lösung zu finden, die England 50 % geben würde, wenn Rußland und Frankreich eine Beteiligung ihrerseits nicht für durchaus notwendig halten.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 4./17. Juni 1912. — Nr. 1131.

Ich beziehe mich auf das Telegramm Benckendorffs Nr. 170. Die Frage unserer Teilnahme an dem südlichen Ende der Bagdadbahn hat für uns wenig Bedeutung, obwohl wir auf diese Weise die Möglichkeit hätten, über die Lage der Dinge in diesem Sektor der Bagdadbahn besser unterrichtet zu sein. Seinerzeit haben wir uns bereit erklärt, einen fünften Teil zu übernehmen, hauptsächlich um das Prinzip des gemeinsamen Vorgehens mit England und Frankreich in dieser Frage aufrechtzuerhalten und um unsere Stimme zugunsten dieser beiden Staaten abgeben zu können. Jetzt sind wir bereit, auf diese Beteiligung zu verzichten, möchten aber gerne vorher die Ansicht der französischen Regierung kennen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 7./20. Juni 1912. — Nr. 113.

Ihr Telegramm Nr. 1131 erhalten. Poincaré hat eine ähnliche Anfrage aus London erhalten, dieselbe jedoch noch nicht

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

beantwortet, da in Berlin augenblicklich Verhandlungen zwischen der Deutschen Bank und den französischen Teilnehmern des Bagdadbahn-Unternehmens stattfinden. Vom Ausgange dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob die Franzosen in diesem Unternehmen bleiben, was Poincaré sehr wünscht, und dieses muß andererseits auf die Stellungnahme Frankreichs in der obenerwähnten Frage zurückwirken. Poincaré dankt für unsere freundschaftliche Anfrage, bittet uns jedoch noch zuzuwarten.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. Juni 1912. — Nr. 122.

Poincaré hat mir erklärt, daß der Zusammenhang zwischen der von den Engländern aufgeworfenen Frage und den französischen Verhandlungen mit der Deutschen Bank rein finanzieller Natur ist. Wenn die Deutschen auf der Realisation eines Teiles der Anleihe bestehen, welche sich im Portefeuille der Ottomanischen Bank befindet, wird letztere sich wahrscheinlich an englische Banken wenden und dies könnte zu einem Übereinkommen hinsichtlich des südlichen Teiles der Bagdadbahn führen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 1./14. August 1912. — Nr. 145.

Die Zeitungen haben die vom Echo de Paris gebrachte Nachricht nicht beachtet. Unser Finanzagent jedoch legt der Nachricht über die Gründung einer neuen Gesellschaft große Bedeutung bei. Dies würde seiner Ansicht nach beweisen, daß die Bagdadbahn-Gesellschaft beschlossen hat, den Bau der Bahn von Bagdad zu beginnen und eine Linie nach Sadidje und eine Zweiglinie nach Khanekin zu führen, um uns auf diese Weise zu zwingen, die Linie Khanekin—Teheran zu bauen. Aus der Zeitung ist nicht ersichtlich, ob die neue Gesellschaft von der türkischen Regierung anerkannt worden ist.

Telegramm des russischen Außenministeriums an den russischen Geschäftsträger in London vom 8./21. August 1912. — Nr. 1591.

In der französischen Zeitung Echo de Paris vom 12. August wird mitgeteilt, daß zwischen Lynch und der Deutschen Bank

ein Übereinkommen getroffen worden ist, eine Gesellschaft unter dem Namen „Gesellschaft orientalischer Flußtransporte" zu gründen, um auf dem Tigris und Euphrat Baumaterialien, Arbeiter und auch sonstige Waren für die Bagdadbahn zu befördern. Auch die türkische Dampfschiffgesellschaft soll diesem Unternehmen beitreten. Ich bitte Sie, uns zu telegraphieren, ob die Nachricht über die Bildung einer solchen Gesellschaft richtig ist — sie wäre das erste englisch-deutsche Unternehmen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 10./23. August 1912. — Nr. 214.

Ihr Telegramm Nr. 1591 erhalten. Ich erfahre von Mallet, daß in der Tat ein Abkommen zwischen Lynch und der Deutschen Bank unterzeichnet worden ist. Einzelheiten sind mir unbekannt. Die Verhandlungen wurden von Lynch selbständig geführt, und erst nach deren Abschluß hat er angefragt, ob die englische Regierung Einspruch erhebe. Da diese dem Unternehmen keine politische Bedeutung beimißt, hat sie ihre Zustimmung gegeben.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 25 August/7. September 1912. — Nr. 186.

Der aus der Schweiz zurückgekehrte N. Rafalowitch bittet mich, Ihnen folgendes mitzuteilen: Nach Abschluß des Übereinkommens mit Lynch hat Gwinner der Ottomanischen Bank in Paris als der Vertreterin der französischen Gruppe an der Bagdadbahn mitgeteilt, daß man beabsichtigt, den nächsten Abschnitt nicht von Westen aus, sondern von Bagdad aus zu bauen, um auf diese Weise Khanekin im Jahre 1916 zu erreichen. Die Mitwirkung der französischen Gruppe ist wichtig, da sie ihre Teilnahme bei der Realisation der Obligationen für den neuen Abschnitt von Westen aus versprochen hat. Gwinner wünscht diese Zustimmung zu dem Abschnitt Bagdad—Sadidje zu erhalten. Die Ottomanische Bank hat diesen Vorschlag günstig aufgenommen. Es ist durchaus notwendig, auf dieselbe mit Hilfe der französischen Regierung einzuwirken. Das beste Mittel, die Haltung der Franzosen in dieser Frage zu verändern, würde darin bestehen, daß wir sie zur Beteiligung an der transpersischen

Bahn heranziehen und möglichst schnell die Bahnlinie Baku—Teheran in Angriff nehmen. Die Franzosen werden anscheinend gern mit uns in Verhandlungen eintreten, doch darf man nicht Zeit verlieren, da sie ihre Beteiligung an der Bagdadbahn nur einem andern realen Unternehmen zum Opfer bringen werden. Das letzte Vorgehen der Deutschen ist sehr entschieden und erfolgreich gewesen und zwingt uns, unverzüglich zu handeln.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 29. August/11. September 1912. — Nr. 1790.

Unser Generalkonsul in Bagdad telegraphiert, das Übereinkommen mit den Türken ist am 3. September unterzeichnet worden. Lynch stellt die Dampfschiffe, die Deutsche Bank die Flußkähne, die Türken geben ein Drittel des nötigen Kapitales. Da Lynch das ganze Unternehmen leiten wird, so wird es von der öffentlichen Meinung nur als eine Ausdehnung der Dampfschiffahrtgesellschaft Lynch betrachtet. Man kennt hier noch keine Einzelheiten.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 31. August/13. September 1912. — Nr. 230.

Das Projekt, die Zweiglinie Bagdad—Khanekin zu bauen, ehe die Hauptlinie fertiggestellt ist, widerspricht der Ansicht Greys nach den Interessen Deutschlands und wäre nur für England vorteilhaft, da dieses dann den ganzen Handel über den Persischen Golf in seine Hände bekommen würde. Grey zweifelt daher, daß die südliche Zweiglinie im Jahre 1916 fertiggestellt sein wird, es sei denn, daß Khanekin mit der schon bereits erbauten Hauptlinie verbunden würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 26. April/9. Mai 1913. — Nr. 433.

Nicolson benachrichtigt mich, daß sich der frühere Standpunkt der englischen Regierung geändert habe, und daß das Kabinett von London keinen Einspruch mehr gegen den Bau der Bahn Bagdad—Basra erhebe, jedoch unter der Bedingung, daß zwei der Direktoren Engländer sein müssen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 3./16. Mai 1913. — Nr. 1266.

Die Zeitungen berichten über den Abschluß des folgenden englisch-türkischen Übereinkommens: Koweit befindet sich in der englischen Einflußsphäre. Die Engländer bauen einen Hafen in Basra, sie übernehmen die Leitung der Linie Basra—Koweit und gewähren eine Anleihe von 3 Millionen Pfund Sterling für Reformen in Ostanatolien und Syrien. Ich bitte Sie, uns zu benachrichtigen, wieweit diese Nachrichten richtig sind. Wenn andere Staaten im Zusammenhang mit der Lösung der Frage Kompensationen erhalten, so müssen auch wir auf solche Anspruch erheben.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 5./18. Mai 1913. — Nr. 354.

Ihr Telegramm 1266 erhalten. Soviel ich weiß, sind die von dem Korrespondenten der Zeitung Matin mitgeteilten Nachrichten übertrieben. Der englische Botschafter behauptet, nicht auf dem laufenden der Verhandlungen zu sein, da diese in London geführt werden. Der Großwesir erklärt ziemlich unbestimmt, daß die Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen, daß jedoch über zwei Punkte noch kein Einvernehmen erzielt sei. Ich nehme an, daß es sich nicht um eine offizielle Anerkennung des englischen Protektorates über Koweit handelt, sondern um die türkische Anerkennung der erblichen Rechte des Scheichs von Koweit, den die Pforte bis jetzt als einen einfachen Kaimakam betrachtete. Eine derartige Anerkennung stärkt natürlich den englischen Einfluß.

Was die Bedingungen der Erbauung der Bagdadbahn anbelangt, so sind diese aus meinen früheren Berichten bekannt, und ich habe keine Informationen, daß eine Änderung eingetreten ist. Die Dreimillionen-Anleihe scheint mir unwahrscheinlich, bis die Pariser Kommission ihre Arbeiten beendet haben wird. Ich nehme an, daß genauere Nachrichten aus London zu erhalten sein werden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 6./19. Mai 1913. — Nr. 452.

Nicolson bestätigt, daß die Nachrichten der Times vom 4. Mai den Tatsachen entsprechen. Die Verhandlungen mit der Türkei wurden hier mit Haki Pascha geführt, welcher, wie es sich jetzt herausstellt, die hiesige deutsche Botschaft über diese Verhandlungen systematisch unterrichtet hat. Nach der Rückkehr Lichnowskys erwartet man auch die Ankunft Gwinners, und dann wird wahrscheinlich der Meinungsaustausch mit der deutschen Regierung beginnen. Da es in der Türkei kaum gelingen wird, eine besondere Gesellschaft zum Bau des letzten Abschnittes zu bilden, so glaubt Nicolson, daß dieser letzten Endes der Bagdadbahn-Gesellschaft überlassen werden wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Mai 1913. — Nr. 461.

Grey hat Cambon und mich gebeten, ihn aufzusuchen, und uns mitgeteilt, er habe mit uns über die Bagdadbahn zu sprechen, erstens weil England durch die russische und französische Zustimmung zu der vierprozentigen Zollerhöhung gebunden sei, und zweitens, weil diese Frage von der Pariser Kommission besprochen werden müßte. Grey sagte uns, die englische Regierung halte es nicht mehr für möglich, sich der Bagdadbahn prinzipiell noch länger zu widersetzen, doch müsse sie ihre eigenen Interessen beim Bau der Linie bis zum Persischen Golf wahren. Deshalb sei die englische Regierung im Begriff, mit der Türkei ein Abkommen zu treffen, dem zufolge gewisse Fragen im Persischen Golf, wie Koweit, die Insel Bahrin und die Schiffahrt, geregelt werden würden, während andererseits die Türkei die Möglichkeit erhalte, die Bahn von Bagdad nach Basra zu bauen, unter der Bedingung, daß dieselbe über Basra nicht hinausgehe, jedenfalls nicht ohne englische Zustimmung, und daß zwei der Direktoren der Bahn Engländer seien, ohne daß sich England sonst an der Unternehmung beteilige, da alle Versuche, diese Bahnlinie zu internationalisieren, erfolglos geblieben wären. Diese Direktoren hätten keine andere Aufgabe, als die englischen Interessen in Tariffragen zu vertreten. Diese beiden Bedingun-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gen seien vorbeugender Natur, und England erwerbe auf diese Weise nur ein negatives Recht. Unter diesen Bedingungen sei England bereit, im Falle der Zustimmung Rußlands und Frankreichs, seine Einwilligung zur vierprozentigen Zollerhöhung zu geben. Grey hat Cambon und mich, dies zur Kenntnis unserer Regierungen zu bringen. Unterdessen hat Kühlmann, der mit einem Beamten des englischen Außenministeriums, Parker, diese Frage behandelt, erklärt, daß diese Angelegenheit zwar die deutschen Interessen direkt berühre, da die deutsche Konzession sich nicht nur bis Basra, sondern auch bis zum Persischen Golf erstrecke, daß aber Deutschland trotzdem keine Einwendungen gegen ein englisch-türkisches Abkommen erheben werde, unter der Bedingung jedoch, daß für die finanziellen Mittel zum Bau der Linie bis Bagdad und bis Basra ein Äquivalent gefunden werde, da ein Teil der zu diesem Zwecke in Aussicht genommenen Mittel aus der europäischen Türkei, die ja jetzt nicht mehr einen Bestandteil des Türkischen Reiches bildet, herstamme. Dieses der Stand der Verhandlungen mit Deutschland.

Grey wies uns darauf hin, daß Englands Zustimmung zur Zollerhöhung nur den Zweck hat, seine Interessen zu wahren, soweit sie durch das Unternehmen Bagdad—Basra in Frage gestellt werden. Diese Garantien konnten auf keine andere Weise gesichert werden. Auf meine Frage, ob im Laufe der Verhandlungen auch von der Linie Bagdad—Khanekin die Rede gewesen sei, erwiderte Grey, daß, abgesehen von nicht autorisierten finanziellen Kreisen, die Frage dieser Linie nicht berührt worden sei und daß die englische Regierung keine Verhandlungen über eine Bahnlinie führen werde, an der Rußland unmittelbar interessiert sei.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. Mai 1913. — Nr. 260.

Hinsichtlich der englisch-türkischen Verhandlungen verfügt man hier ungefähr über dieselben Informationen wie unsere Botschafter in Konstantinopel und London. England verzichtet auf den Bau der Linie Bagdad—Basra, ernennt aber zwei Mitglieder der Verwaltung. Die Strecke Basra—Koweit wird überhaupt nicht gebaut werden. Die Türkei erkennt die Stellung

Englands in Koweit und im Persischen Golfe an. Diese Frage ist nunmehr endgültig erledigt. Hinsichtlich der Verhandlungen Englands mit Deutschland glaubt Pichon, daß die Deutschen die englische Zustimmung dazu erhalten wollen, daß alle Überschüsse der „öffentlichen Schuld" zur Sicherstellung des Bagdadunternehmens verwandt werden. Grey hat versprochen, keinen Beschluß zu fassen, ohne sich mit Frankreich verständigt zu haben. Das Pariser Kabinett berät, wie es sich zu dieser neuen Lage der Dinge stellen solle. Hiermit in Verbindung steht die Frage der Realisation der 8 Millionen Franken, die den französischen Anteil an den beiden letzten Abschnitten der Bagdadbahn darstellen. Die Deutsche Bank besteht auf dieser Realisation, während die französische Regierung einer solchen Emission auf dem französischen Markte immer noch abgeneigt ist. Die Frage wird wahrscheinlich durch die Errichtung eines „Omnium" für die französischen Eisenbahnunternehmungen in der Türkei gelöst werden. Was die Linie Bagdad—Basra anbelangt, so wird Frankreich wahrscheinlich auch für sich zwei Stellen in der Verwaltung beanspruchen. Auf alle Fälle werden Verhandlungen Frankreichs mit der Türkei und auch Deutschland nötig werden, und letzteres wird wahrscheinlich versuchen, auch Frankreichs Zustimmung zu der Verwendung der Überschüsse der „öffentlichen Schuld" zu erhalten.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1913. — Nr. 264.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 260. Ich ersehe aus einer Unterredung mit Pichon, daß meine Mitteilung, Frankreich beanspruche zwei Stellen im Verwaltungsrate, auf einem Irrtum beruht. Pichon erklärt, die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland bezwecken hauptsächlich, Frankreich die Erbauung und Entwicklung eines Eisenbahnnetzes in Syrien und Anatolien zu sichern. Pichon beabsichtigt die Anwesenheit der zur Pariser Finanzkonferenz eingetroffenen deutschen finanziellen Vertreter zu benutzen, um mit ihnen in einen Meinungsaustausch einzutreten. Auf alle Fälle wird er uns von dem Gange der Verhandlungen benachrichtigen.

Neuntes Kapitel.

Frankreichs und Englands Stellungnahme zu den durch die Potsdamer Kaiserbegegnung bedingten deutsch-russischen Verhandlungen über eine Bahn Bagdad-Khanekin-Teheran.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 24. November/7. Dezember 1910.

Am Tage nach meiner Rückkehr nach London begab ich mich zu Sir A. Nicolson, da Grey in der Provinz mit den Wahlen beschäftigt war. Unsere Unterhaltung nahm einen allgemeinen Charakter an. Sir Arthur sagte mir, die englische Regierung hätte die offenen und befriedigenden Erklärungen außerordentlich geschätzt, die Sie O'Beirne anläßlich der letzten Kaiserzusammenkunft in Potsdam gemacht haben. Ich benutzte diese Gelegenheit, um dem Unterstaatssekretär zu sagen, Euere Exzellenz wäre von dem Resultate dieser Zusammenkunft sehr befriedigt, im Laufe derselben wäre von seiten Deutschlands kein Versuch gemacht worden, eine Bresche in unser Abkommen und in unsere Beziehungen zu Frankreich und zu England zu schlagen, und, abgesehen von den sehr wichtigen Versicherungen hinsichtlich der deutschen Politik in Persien, habe die Zusammenkunft die nötige Entspannung herbeigeführt, so daß wir jetzt wieder normale Beziehungen zu Berlin aufgenommen hätten, die es erlaubten, Verhandlungen zu führen und sich, wenn nötig, offen auszusprechen. Sir Arthur antwortete mir, daß dieses der englischen Regierung nur zusagen könne, da sie völliges Zutrauen zu uns habe und in dem Vorgefallenen nur eine neue Garantie für die Beruhigung der allgemeinen politischen Situation er-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

blicke. Zu Persien übergehend, sagte mir Sir Arthur, daß er zufrieden sei, daß der durch die Beleidigung unserer Flagge in Kaschan hervorgerufene Zwischenfall friedlich beigelegt werden konnte; er erwarte mit Ungeduld weitere Nachrichten über die Konversion der Anleihe; der englische Gesandte habe eine baldige Antwort versprochen, bis jetzt sei jedoch in London noch nichts erhalten worden. Überhaupt drückte er mir eine gewisse Besorgnis wegen der Lage der Dinge in Persien aus. Er habe den neuen Regenten gesehen, der ihm von seiner Absicht gesprochen, sich nach Teheran zu begeben, doch hätten ihn diese Erklärungen durchaus nicht beruhigt.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 2./15. Dezember 1910.

Grey bat mich, ihn aufzusuchen, und sagte, er wolle mit mir verschiedene politische Fragen besprechen, die ich Sir A. Nicolson gegenüber während seiner Abwesenheit erwähnt hatte.

Es handele sich zuerst um eine Verbindung der russischen und der indischen Eisenbahnen in Persien. Ich sagte, ich hätte nicht den offiziellen Auftrag, dieses Projekt mit der englischen Regierung zu besprechen, aber ich kenne die Ansicht Euerer Exzellenz, die dieses Projekt billige, sowohl hinsichtlich der ökonomischen Vorteile als auch namentlich wegen der politischen Wirkung, da ein solches Unternehmen nur dann möglich sei, wenn das gegenseitige Mißtrauen der vergangenen Jahre endgültig geschwunden sei; besser als durch irgendein anderes Mittel würde die Freundschaft und das gegenseitige Vertrauen zwischen England und Rußland hierin eine neue Bestätigung finden. Ich fügte hinzu, daß später, wenn das Projekt eine bestimmtere Gestalt angenommen habe, wir einen offiziellen Vorschlag machen würden. Sir Edward antwortete: „Ich befinde mich ungefähr in derselben Lage wie Sasonow. Die Frage wird geprüft werden. Der Staatssekretär für Indien hat sich bereits mit derselben befaßt und die Regierung wird bald einen Beschluß hinsichtlich ihrer Stellungnahme fassen müssen. Meinerseits werde ich darauf hinweisen, daß die Zeit gekommen ist, da alle aus dem früheren Mißtrauen zwischen England und Rußland entspringenden Einwendungen zum Schweigen gebracht werden müssen.

Dies schließt nicht die Notwendigkeit der Prüfung einer Frage durch die Regierung aus, da wir die Kommission der Nationalen Verteidigung befragen müssen."

Sodann wies der Minister darauf hin, daß diese Angelegenheit jetzt noch von einem anderen Standpunkte aus betrachtet werden müsse. Es handelt sich um die Bagdadbahn. Wenn die Furcht einer Invasion Indiens durch Rußland jetzt geschwunden ist, so bietet eine zu nahe Verbindung der Bagdadbahn mit dem indischen Bahnnetz durch Persien nicht geringe Schwierigkeiten. Es würde eine strategische Hauptlinie geschaffen, die in der Türkei beginnt: in diesen Zeiten, da der Islam überall zu erwachen scheint, muß dieser Umstand ernstlich in Erwägung gezogen werden.

Ich unterbrach den Minister mit der Bemerkung, daß Sie sich bereits dagegen ausgesprochen hätten, daß die transpersische Bahn Ispahan berühre, da sich diese Stadt zu nahe von Khanekin befindet; dies scheine mir die Befürchtungen des Ministers zu entkräften. Grey gab dies zu, sagte jedoch, daß auch Teheran nicht sehr weit sei.

Ich antwortete ihm, daß sein Standpunkt nur dann gerechtfertigt sei, wenn alle Schwierigkeiten, die sich dem Bau der Bagdadbahn entgegenstellen, behoben werden, mit andern Worten, wenn ein Einvernehmen zwischen den Regierungen Englands, Frankreichs, Deutschlands, Rußlands und der Türkei erzielt worden wäre.

Hierauf fragte mich Sir Edward, ob die letzten Abmachungen zwischen Rußland und Deutschland, über deren allgemeinen Inhalt er durch Sie in liebenswürdiger Weise unterrichtet worden sei, nicht auf die weitere Entwicklung der Bagdadbahnfrage Einfluß haben könnten. Ich entgegnete, daß ich von Ihnen selbst erfahren habe, daß die genannten Abmachungen, soweit sie eine Verbindung der Eisenbahnlinien betreffen, nur dann in Wirkung treten würden, wenn zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits ein Übereinkommen erzielt worden sei: dies sei Ihr Standpunkt dem deutschen Minister gegenüber gewesen.

In diesem Falle, sagte Sir Edward, ist die Lage der Dinge genau dieselbe, wie sie es gewesen wäre, wenn im vorigen Jahre

zwischen den englischen, französischen und deutschen Finanzgruppen ein Einvernehmen hätte erzielt werden können. Ein solches Einvernehmen hätte nur bestätigt werden können, wenn die vier Regierungen ihre Zustimmung gegeben hätten. In diesem Falle hätte England die ihm wünschenswerten Bedingungen erzielt, wie dies heute mit Rußland der Fall ist.

Ich antwortete, daß ich die Sache ganz ebenso auffasse. Wir hätten die Bedingungen bekanntgegeben, unter denen wir gegen das Bagdadbahnprojekt weiter keine systematische Opposition machen würden, denn in Fragen der Verkehrspolitik ist eine rein negative Politik nicht länger möglich. Sir Edward teilt diese Ansicht.

Ich fügte hinzu, es könne keine Rede davon sein, daß wir die Linien in Khanekin verbinden, bevor die ganze Frage der Bagdadbahn in internationaler Hinsicht geregelt ist.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 7./20. Dezember 1910. — Nr. 1779.

Ihren Brief vom 2. Dezember erhalten. Ihre Grey gegebene Antwort enthält einen wichtigen Irrtum. Unsere Zustimmung zur Verbindung der Bahn in Khanekin hängt nicht von dem vorherigen Übereinkommen der vier Mächte in der Bagdadfrage ab. Letzteres bezieht sich nur auf unsern Wunsch, daß im Falle der Teilung der Bahn in einzelne Abschnitte uns die Zweiglinie Seidje—Khanekin überlassen wird. Wir hatten hierbei im Auge, daß die Deutschen in jedem Falle die Bahn Bagdad—Khanekin bauen werden und daß wir nur darauf bedacht sein müssen, unsere eigenen Interessen in Persien zu schützen. In diesem Sinne habe ich mit O'Beirne vor meiner Reise nach Potsdam und nach meiner Rückkehr mit Buchanan gesprochen. Denselben Standpunkt habe ich auch in meinen Gesprächen mit Ihnen vertreten. Ich bitte Sie, Grey ohne Verzug hiervon zu benachrichtigen, um das entstandene Mißverständnis zu beseitigen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Dezember 1910. — Nr. 279.

Ihr Telegramm Nr. 1779 erhalten. In Abwesenheit von Grey habe ich Nicolson aufgesucht und ihm mitgeteilt, daß ich

einen bei meiner letzten Unterredung mit Grey unterlaufenen Irrtum zu berichtigen habe. Ich erklärte ihm, daß unabhängig von einem Einvernehmen der vier Mächte Rußland sich verpflichtet habe, die Eisenbahnen, die es im Norden Persiens bauen würde, mit Khanekin zu verbinden, sobald Deutschland die Abschnitte Konia—Bagdad und Bagdad—Khanekin fertiggestellt haben würde. Ich fügte hinzu, daß wir von der Erwägung geleitet worden sind, daß selbst ohne Einvernehmen der vier Mächte die Herstellung der genannten Abschnitte durch Deutschland gesichert sei und daß wir daher Maßregeln zum Schutze unserer Interessen in unserer persischen Einflußsphäre treffen müssen. Ich fügte hinzu, daß in dem mit Deutschland in Aussicht genommenen Übereinkommen uns vollkommene Freiheit in bezug auf die Richtung unserer Eisenbahnen in Persien gelassen worden sei und daß wir erklärt hätten, daß Deutschland unsererseits auf kein Zugeständnis finanzieller oder ökonomischer Natur in der Bagdadbahnfrage rechnen könne. Dies gebe uns im Falle von Verhandlungen Deutschlands mit England oder Frankreich vollkommene Freiheit, mit andern Worten, wir hätten uns in keiner Weise hinsichtlich der vierprozentigen Zollerhöhung verpflichtet.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 21. Dezember/3. Januar 1911.

Ich suchte heute Sir Arthur Nicolson auf und fragte ihn, ob er mir vor der Abreise unseres Kuriers nichts Besonderes mitzuteilen habe.

Sir Arthur erwiderte, daß keine besonderen Fragen vorliegen; er bedauere jedoch eine gewisse Nervosität in Paris, wenigstens in der Presse und im Publikum. Er erzählte mir, der italienische Botschafter habe ihn soeben aufgesucht und scheine einigen Artikeln in der Daily News große Bedeutung beizulegen. Diese Artikel scheinen sehr deutschfreundlich oder vielmehr franzosenfeindlich zu sein. Sir Arthur hat dem Botschafter geantwortet, daß die Daily News ein Organ der radikalen Partei sei, welche die Regierung allerdings unterstütze, jedoch keine Verbindung mit dem Kabinett habe, dessen Ansichten mit denen der genannten Partei durchaus nicht übereinstimmen. Wenn ein Teil der ra-

dikalen Partei aus dem einen oder andern Grunde gegen die französische Regierung opponieren zu müssen glaube, so habe diese Tendenz auch nicht den Schatten eines Einflusses auf die Haltung der englischen Regierung; die Beziehungen zwischen den Regierungen Englands und Frankreichs seien ebenso intim wie früher; in dieser Hinsicht habe sich nichts geändert, wie sich auch nichts in den Beziehungen vollkommenen Vertrauens zwischen England und Rußland geändert habe; er glaube im Gegenteil, daß diese Entente immer festere Formen annähme, was natürlich eine Besserung der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland nicht ausschließe, und er wenigstens wäre zufrieden, wenn dasselbe von England und Deutschland gesagt werden könne; mit einem Wort, es gäbe nichts als gewöhnliche Nervosität des Pariser Publikums und Intrigen in der französischen Presse.

Das Gespräch vertraulich fortsetzend, sagte mir Sir Arthur, daß er allerdings die Tendenzen der Daily News und einiger anderer Blätter als von der deutschen Presse inspiriert ansehe.

Diese, sagte mir Sir Arthur, versucht leider heute die Sache so darzustellen, als ob sich jetzt die ganze politische Situation auf die zwischen Rußland und Deutschland getroffenen Abmachungen stütze und ebenso auf diejenigen, welche angeblich bald zwischen England und Deutschland abgeschlossen werden sollen, wobei Deutschland die Hauptrolle zugeschrieben und Frankreich gänzlich beiseite gelassen wird. Dies beunruhigt in Paris und ist vielleicht nicht ganz unbeabsichtigt.

In London, schloß Sir Arthur, ist man ruhiger; aber ich wünsche, der Petersburger Korrespondent der Times wäre etwas vorsichtiger. Er hat der ganzen Welt mitgeteilt, daß die russische Regierung eine deutsche Note des Jahres 1907 zu beantworten beabsichtige. Ich weiß nichts davon, aber in einer ernsten Zeitung muß man entweder mehr oder weniger sagen.

Sir Arthur fügte hinzu, daß die augenblicklichen Tendenzen der radikalen Partei in England nicht von Bestand sein werden und daß man ihnen keine Bedeutung beimessen kann. Ich selbst bin hinsichtlich der Stimmung in London nicht ganz so optimistisch wie Sir Arthur; ich muß jedoch betonen, daß, ganz abgesehen von dem Vertrauen der Regierung zur Festigkeit der

englisch-russischen Beziehungen, die tiefe Wurzeln gefaßt haben, ich in dieser Hinsicht nirgends Zweifeln begegnet bin und daß das bisher noch unbestimmte Projekt einer transpersischen Bahn schon jetzt sich als ein wirksames Bindemittel erwiesen hat.

Um diesen Stand der Dinge auch weiter zu erhalten, ist es natürlich notwendig, daß die englische Regierung keine Zweifel über unsere Beziehungen zum Berliner Kabinett hegt. Es handelt sich bei jeder passenden Gelegenheit um ganz offene Erklärungen.

Was die Beziehungen zwischen Berlin und London anbelangt, so gibt es, glaube ich, nichts Neues; bis jetzt sind noch keine Eröffnungen hinsichtlich der Bagdadbahn gemacht worden.

Zum Schlusse der Unterredung sagte Sir Arthur, er habe mit Vergnügen gehört, daß Sie mit dem Gange der Verhandlungen in Teheran jetzt zufrieden scheinen. Er glaubt in der Tat, daß man in Konstantinopel einen Augenblick den Eindruck gehabt hat, namentlich nach der letzten englischen Note, daß Rußland und England an eine Aufteilung Persiens denken. Diese Befürchtungen scheinen sich gelegt zu haben — Sir Arthur glaubt, daß die deutsche Diplomatie, wenigstens im Anfang, ihre Hand im Spiele gehabt hat.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 27. Dezember/9. Januar 1911.

Da in der hiesigen Presse immer wieder Gerüchte auftauchen, die sich auf angebliche Folgen der Potsdamer Zusammenkunft beziehen, hat Pichon sich entschlossen, seine Rede im Parlament nicht länger aufzuschieben. Er wird die Beziehungen Frankreichs zu allen Mächten berühren, vor allem aber will er die Unerschütterlichkeit des frankorussischen Bündnisses betonen, ebenso das volle Zutrauen zu unserer Politik und die Befriedigung, mit der Frankreich den Umstand begrüßen würde, wenn der Möglichkeit von Reibungen zwischen Rußland und Deutschland vorgebeugt würde. Pichon ist überzeugt, daß er auf diese Weise die erwähnten Gerüchte wird widerlegen können.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 25. Dezember 1910/7. Januar 1911. — Nr. 286.

Die Evening Times hat gestern ein Telegramm aus Petersburg veröffentlicht, welches den Wortlaut Ihres Projektes unseres Abkommens mit Deutschland über Persien und die Bagdadbahn enthält.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 28. Dezember 1910/10. Januar 1911. — Nr. 1880.

Wir haben jetzt die betreffende Nummer der Evening Times erhalten. Ich bitte Sie, Nicolson das Ansuchen der russischen Regierung zu übermitteln, eine sorgfältige Untersuchung einzuleiten, aus welcher Quelle die Redaktion diesen Text hat erhalten können. Wir legen dieser Frage, die die russischen und englischen Interessen berührt, die allergrößte Bedeutung bei.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 29. Dezember 1910/11. Januar 1911. — Nr. 289.

Ihr Telegramm Nr. 1880 erhalten. Nicolson ist ganz Ihrer Ansicht, es sei außerordentlich wichtig, den Ursprung der Indiskretion zu entdecken. Das Auswärtige Amt beschäftigt sich mit dieser Frage und wird uns das Resultat mitteilen. Nicolson glaubt nicht, daß diese Indiskretion in London begangen worden ist, da der hier veröffentlichte Wortlaut einen kleinen Zusatz zu dem von Ihnen dem englischen Botschafter mitgeteilten Texte enthält.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 2./15. Januar 1911.

Letzten Freitag ist Nicolson auf die Indiskretion der Evening Times zurückgekommen. Er sagte mir, daß das Auswärtige Amt Nachforschungen anstelle; er glaube mir schon jetzt versichern zu können, daß im Ministerium kein Vertrauensbruch begangen worden sei. Er stellte keine Vermutungen auf.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Cambon sagte mir heute morgen, er habe mit einem Journalisten gesprochen, der über alle Vorgänge in der Presse gut unterrichtet sei. Alle großen Blätter versuchen das Geheimnis aufzuklären, haben aber bisher das Rätsel noch nicht lösen können.

Die Evening Times ist eine ganz junge Gründung. Sie erscheint erst seit letztem Sommer. Der Redakteur ist ein gewisser Herr Whatney, früherer Mitarbeiter der Daily Mail und des Standard. Es ist erwiesen, daß dieses Blatt keine eigenen Korrespondenten im Auslande besitzt. Dies führt zur Annahme, daß die Mitteilung in London erfolgt ist. Dies ist auch die Annahme des Gewährsmannes von Cambon. Es handelt sich entweder um eine Indiskretion im Auswärtigen Amt oder aber in einer der Botschaften Rußlands, Frankreichs oder Deutschlands.

Cambon teilt diese Ansicht nicht. Er folgert logischerweise, daß wir alle im Besitze desselben Textes sind, während die englische Übersetzung am Ende der ersten Zeile des vierten Artikels einen Zusatz enthält. Man müßte also annehmen, daß man in Petersburg in den Besitz eines später veränderten Wortlautes gelangt ist, oder aber in Berlin einer vorzuschlagenden Verbesserung.

Viele nehmen in London an, daß die deutsche Regierung die Urheberin der Indiskretion ist, namentlich in Anbetracht ihres beständigen Kontaktes mit der Presse.

Weder ich noch Cambon halten dies für möglich. Ich sehe nicht ein, was Deutschland hierbei gewinnen könnte. Ich finde, daß die deutsche Presse wenigstens ein wenig enttäuscht ist — sie findet dieses Resultat der Potsdamer Zusammenkunft zu bescheiden, wenn man es mit dem weiten Horizont vergleicht, welcher durch die Rede Bethmann Hollwegs eröffnet schien.

Wenn man diese Rede Punkt für Punkt prüft, so ist die Darlegung, soviel ich weiß, genau. Der allgemeine Eindruck jedoch hat im Publikum den Glauben an eine radikale Änderung in der politischen Lage hervorgerufen, und in diesem Sinne hatte Bethmanns Rede dazu beigetragen, in Paris und selbst in London zu beunruhigen.

Cambon neigt zur Ansicht, daß sogar die Rede Pichons nicht völlig genügen wird, um die Gemüter zu beruhigen. Er hat auf gewisse Unterbrechungen von Jaurès nicht antworten können,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

der übrigens gestern, wie es scheint, eine gefährliche Rede gehalten hat, deren Text bis heute, Sonntag, in London nicht veröffentlicht worden ist.

Cambon sagt mir, Jaurès sei, wie alle Sozialisten und extremen Radikalen, ein Gegner der Allianz mit Rußland und sei offen für eine Annäherung an Deutschland. In London gilt dasselbe von der ultraradikalen Partei, auf deren Organe, wie z. B. die Daily News, sich der deutsche Einfluß erstreckt. Auf diesem Boden wirken gewisse Agenten — zugunsten Deutschlands und gegen Rußland. Ich beeile mich hinzuzufügen, daß sie auf die Regierung keinen Einfluß haben; diese weiß besser denn alle anderen, daß die in London auftauchenden Gerüchte über angebliche Verhandlungen zwischen dem Londoner und dem Berliner Kabinett — man spricht sogar von einem schon getroffenen Übereinkommen — jeglicher Grundlage entbehren.

Ich fürchte, daß der Zusatz in dem in englischer Übersetzung in der Evening Times veröffentlichten Dokumente hier mehr, als gut ist, überrascht hat. Man hat mir kein Wort gesagt, aber der Unterschied in den beiden Texten ist sofort bemerkt worden. Ich frage mich, ob nicht diese Ungewißheit den Wert des von uns den beiden Regierungen mitgeteilten Dokumentes bis zu einem gewissen Grade in Frage stellt, und ob es nicht nützlich wäre, in dieser Hinsicht Erklärungen abzugeben. Man muß nur ja nicht den Zweifel aufkommen lassen, als ob wir ein unvollständiges Dokument mitgeteilt haben.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 2./15. Januar 1911.

Ich glaube Euerer Exzellenz mitteilen zu müssen, wie die öffentliche Meinung in England sich zurzeit zu den Beziehungen zwischen Rußland und England verhält.

Der „Observer", das einflußreichste Sonntagsblatt, hat einen langen, ein wenig unklaren und ziemlich pessimistischen Artikel über Englands Lage veröffentlicht. Die Hauptthese, die immer wiederkehrt, ist folgende: Der Dreiverband besteht; er hat nicht aufgehört zu wirken, aber ihm ist ein Schlag versetzt worden. Der Artikel behauptet, Rußland keinen Vorwurf machen zu wollen, sich mit Deutschland über die Bagdadbahn verständigt

zu haben, da die englisch-russische Konvention keine Bestimmung enthält, die ihm dies verbietet, aber der Artikel stellt fest, daß England in einer vitalen Frage seiner Politik einen Verteidiger weniger hat.

Die maßvolleren Artikel der Times, ohne so weit zu gehen, rufen im allgemeinen denselben Eindruck hervor. Der Scharfsinn des Publikums, selbst der am besten unterrichteten Kreise, hat sich nicht Rechenschaft geben können, daß im Grunde genommen zwischen Rußland und Deutschland kein Abkommen über die Bagdadbahn getroffen worden ist — ein Ausdruck, der die ganze deutsche Konzession umfaßt — und daß in dem in Frage stehenden Übereinkommen, welches die russische Einflußsphäre in Persien betrifft, die Eisenbahnfragen nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Ich glaube, daß dieser Irrtum der wirkliche Grund der Beunruhigung ist. Und unglücklicherweise werfen die bisherigen Ministerreden, sowohl die Bethmann Hollwegs als auch die Pichons, kein Licht auf diese Frage; sie übergehen sie mit Stillschweigen.

Ich wollte Ihre Aufmerksamkeit auf diesen Umstand lenken; ich glaube, es wäre gut, diese Lücke auszufüllen.

Ich bin in dieser meiner Ansicht durch meine heutige Unterredung mit Cambon bestärkt worden, der vor zwei Tagen aus Paris zurückgekehrt ist.

Er, der gewöhnlich über türkische und kleinasiatische Fragen so gut unterrichtet ist, schien mir diesmal ganz im unklaren zu sein.

Wie alle Welt sprach auch er über das russisch-deutsche Abkommen, über die Bagdadbahn, erwähnte, daß Frankreich und England in Zukunft gänzlich isoliert seien usw.

Wie ich ihn aufzuklären suchte, fragte er mich: „Was verstehen Sie eigentlich unter Bagdadbahn?"

Ich teilte ihm Ihre Definition mit: „bis nach Bagdad". Er schien darüber erstaunt und sagte nur: „Aber dies ist doch äußerst wichtig." Das Postskriptum Ihres Privatbriefes vom 1./14. Dezember kam mir in Erinnerung, und ich las ihm diejenigen Sätze vor, die sich auf diesen Gegenstand beziehen. Er schien sehr überrascht: „Niemand scheint hiervon eine Idee zu

haben, und wenn man das veröffentlichte Dokument in diesem Sinne liest, so nimmt es eine ganz andere Bedeutung an."

Ich antwortete ihm, daß Sir Arthur Nicolson auf alle Fälle den Inhalt dieses höchst vertraulichen Briefes kenne. „Deshalb", sagte mir Cambon, „habe ich ihn auch viel ruhiger gefunden; ich kann Ihnen nicht verhehlen, daß er dies vor meiner Abreise nach Paris nicht war."

Cambon hat ebenfalls Chiroll von der Times gesprochen; er ist auch beunruhigt, sieht nicht klar und fürchtet die Arbeit der radikalen Partei zugunsten Deutschlands.

Ich hoffe, daß Grey bei Eröffnung des Parlaments Gelegenheit finden wird, diese Frage so klar wie möglich zu beleuchten. Ich glaube, wir müssen ihm in dieser Hinsicht möglichst viel Material zur Verfügung stellen.

Das Parlament wird sich in der ersten Hälfte des Februar versammeln.

Der Umschwung in der öffentlichen Meinung in England hat niemals denselben ursprünglichen und plötzlichen Charakter wie in Frankreich. Ein Umschwung ist hier immer langsam, aber vielleicht geht er tiefer. Ich fürchte vor allem den sich hartnäckig haltenden Eindruck, daß die Übereinstimmung der drei Mächte in der Bagdadbahnfrage — eine Übereinstimmung, der England im vorigen Jahre gewisse Opfer gebracht hat — nicht mehr völlig besteht. Dies ist für England ein äußerst wichtiger Umstand.

Ich war überrascht, daß Cambon, der übrigens Iswolsky nicht gesehen hat, in dieser Frage nicht besser unterrichtet war. Selbstverständlich spreche ich in diesem Briefe nur von der öffentlichen Meinung. Ich hoffe Sir Edward Grey vor der Abreise unseres Kuriers zu sehen und werde Ihnen über unsere Unterredung berichten.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 4./17. Januar 1911.

Nach einer ziemlich langen Abwesenheit bat mich Sir Edward Grey heute morgen, ihn aufzusuchen. Er fing mit der Erklärung an, daß er mir den Standpunkt Englands in der Frage der zwischen Euerer Exzellenz und der deutschen Re-

gierung in Potsdam stattgefundenen Verhandlungen klar darlegen wolle.

Er fürchtet, daß Englands Stellung bei etwaigen zukünftigen Verhandlungen über die Bagdadbahn jetzt bedeutend geschwächt sei.

Mit einigen Worten schilderte er den Gang der Verhandlungen und erinnerte mich an die „Verhandlungen zu vieren", auf die wir uns vor der Ankunft Kaiser Wilhelms in Windsor geeinigt hatten. Diese Formel wurde in Windsor bestätigt, wobei Baron Schön sie weder angenommen noch abgelehnt hatte, die aber bald darauf in Berlin zurückgewiesen worden ist. Infolgedessen entstand der Gedanke an Einzelverhandlungen, wobei jedoch das endgültige Resultat „zu vieren" festgesetzt werden sollte.

Auf diese Weise sind im vorigen Jahre die Verhandlungen zwischen Cassel und Gwinner geführt worden. Aus mehreren Gründen sind die Ergebnisse dieser Verhandlungen zwischen Finanzleuten von der englischen Regierung nicht bestätigt worden, aber in dem Briefe, in dem Grey den Entschluß des Londoner Kabinetts dem Vertreter Cassels mitteilt, findet sich der Hinweis darauf, daß die englische Regierung auf alle Fälle keinen endgültigen Beschluß fassen könne, ohne Rußland und Frankreich vorher befragt zu haben. Grey zeigte mir diesen Brief. Der letzte Absatz bestätigte, was er mir sagte.

Ich entgegnete, daß mir eine derartige Mitteilung seinerzeit nicht gemacht worden ist und ich deshalb die russische Regierung davon nicht habe benachrichtigen können. Ich fügte hinzu, daß ich den Gedanken, den Euere Exzellenz unsern jetzigen Verhandlungen mit Deutschland zugrunde legten, genau kenne. In Wirklichkeit haben wir verhandelt, um unsere Interessen in unserer Einflußsphäre in Persien zu schützen, und um dies zu erreichen, haben wir in der Tat Deutschland positive Versprechen gegeben. Aber das deutsche Projekt in seinem ganzen Umfange hat nicht den Gegenstand besonderer Verhandlungen gebildet: die Benennung „Bagdadbahn" in dem der englischen Regierung mitgeteilten Projekt umfaßt nur die Linie von Konia bis nach Bagdad — eine Linie, die, wenn auch noch nicht ganz, so doch schon teilweise fertiggestellt ist.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Sir Edward nahm die Unterredung wieder auf und sagte, daß die kurze Schilderung, die er mir soeben gegeben habe, keinen andern Zweck verfolge, als seinen Gedanken klar zu formulieren; daß er mir aber schon jetzt sagen wolle, daß unsere Deutung des Ausdruckes „Bagdadbahn" von größter Bedeutung sei und daß es wichtig wäre, daß unsere Interpretation von Deutschland deutlich verstanden und angenommen, wenn möglich auch im Texte des Übereinkommens zum Ausdruck gebracht werde.

Sodann erklärte Grey, daß Englands Stellung in seinen zukünftigen Verhandlungen mit Deutschland auf alle Fälle geschwächt sei, da letzteres von Rußland zwei äußerst wichtige Zugeständnisse erreicht habe:

1. Die Bagdadbahn hat in Nordpersien einen Ausgang gefunden, was bedeutende ökonomische und finanzielle Vorteile biete und dann auch von unbestreitbarer politischer Wichtigkeit für Deutschland sei.

2. Deutschland hat erreicht, daß Rußland seinen prinzipiellen Widerstand gegen das Bagdadprojekt aufgegeben hat. Sir Edward findet dieses Resultat für Deutschland um so wichtiger, als bisher das Gegenteil der Fall gewesen ist; Rußland hat in der Tat dazu beigetragen, die Anstrengungen Deutschlands zu lähmen, indem das Petersburger Kabinett lange Zeit auf dem Standpunkt beharrt hat, daß das deutsche Projekt den russischen Interessen schadet; London hat diesen Standpunkt nicht so klar vertreten, so daß es mehrfach gerade das Londoner Kabinett gewesen ist, welches uns darauf hingewiesen hat, daß wir einen derartigen prinzipiellen Widerstand der ganzen Natur der Dinge nach nicht immer werden aufrechterhalten können.

Diese beiden Punkte bedeuten, wie Sir Edward glaubt, eine große Erleichterung für Deutschland und erschwert Englands Stellung in demselben Maße.

Nach einer Pause sagte Sir Edward: Wenn ich unseren Standpunkt deutlich erklärt habe, so bitte ich Sie zu glauben, daß ich eine ganz offene Aussprache zwischen unseren beiden Regierungen für notwendig halte; aber indem ich es tue, will ich weder Vorwürfe machen, noch mich beklagen. Im Gegenteil, ich will unsere Beziehungen im ganzen Umfange des bisherigen Zutrauens und der bisherigen Aufrichtigkeit erhalten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich sage sogar mehr, ich will durch meine Worte nicht das Resultat Ihrer Verhandlungen mit Deutschland beeinträchtigen; ich wünsche, daß diese Verhandlungen zu einem Resultate führen, und ich fürchte, daß, wenn dies nicht der Fall sein sollte, die Lage zu unser beider Schaden eine noch gefährlichere werden wird.

Sodann faßte Sir Edward Grey seine Darlegung zusammen und bat mich, Ihre Aufmerksamkeit auf drei Punkte zu lenken:

Die Wichtigkeit für Deutschland, von uns Zusicherungen bezüglich einer Verbindung der Eisenbahnen in Persien erhalten zu haben.

Sodann hält er es für äußerst wichtig, daß, wenn wir Khanekin mit einem Punkte in Nordpersien verbinden, welches immer auch die Beteiligung Deutschlands sei, die Kontrolle und die Betriebsleitung dieser Zweiglinie in unserer persischen Interessensphäre ausschließlich in russischen Händen bleibt, unter Ausschluß jeglicher deutschen Einmischung. Sir Edward begründete diese Ansicht. Er sagte, wir dürfen die panislamitische Bewegung nicht vergessen; Persien ist mohammedanisch, ebenso Afghanistan, und da sowohl Rußland als auch England zahlreiche mohammedanische Untertanen haben, so wäre eine türkische Armee unter deutschen Offizieren, die über eine Eisenbahn in Persien verfügt, die sich unter deutschem Einfluß befindet — so wäre eine solche Armee eine ständige Gefahr, deren Bedeutung man nicht unterschätzen dürfe.

Die dritte Bemerkung Greys betrifft die Grenzlinie, die wir für deutsche Unternehmungen gezogen haben. Er befürchtet, daß die deutsche Regierung hieraus den Schluß ziehen könne, daß die Erwähnung der uns interessierenden Gebietsteile Persiens ein Interesse unsererseits an den übrigen Gebieten Persiens ausschließt; dies wäre für England äußerst unvorteilhaft.

Sir Edward hofft, daß Sie diese drei Punkte bei Ihren Unterhandlungen mit Deutschland im Auge behalten werden.

Zum Schlusse sagte er mir, es wäre nicht ausgeschlossen, daß Deutschland dem Londoner Kabinett Vorschläge machen und die Türkei um die Zustimmung der Mächte zur vierprozentigen Zollerhöhung bitten wird; er hoffe annehmen zu können, daß Rußland in dieser Hinsicht vollkommene Handlungsfreiheit bewahrt hat.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich habe geantwortet, daß wir im Falle von Verhandlungen über die ganze Bagdadlinie mit Zweiglinien zum Mittelmeer und zum Persischen Golf unsern Verpflichtungen England und Frankreich gegenüber treu bleiben würden.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 8./21. Januar 1911. — Nr. 4.

Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß man hier im Falle von Veränderungen im Projekte des von uns hier mitgeteilten deutsch-russischen Abkommens eine vorherige Mitteilung erwartet, um, wenn nötig, auf eine Benachteiligung der englischen Interessen im Sinne meines Briefes vom 4./17. Januar aufmerksam machen zu können.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 14./27. Januar 1911. — Nr. 21.

In Beantwortung Ihres Telegrammes Nr. 4 bitte ich Sie, Grey mitzuteilen, daß ich nicht verfehlen werde, ihn über den Gang unserer Verhandlungen mit Deutschland zu benachrichtigen. Ich halte es jedoch für durchaus notwendig, diesen Verhandlungen den Charakter eines strengen Geheimnisses zu wahren. Um die Möglichkeit so unangenehmer Indiskretionen wie die der Veröffentlichung des Wortlautes des in Aussicht genommenen Abkommens mit Deutschland zu vermeiden, werde ich mich in Zukunft auf mündliche Mitteilungen beschränken und mich jeder Übergabe von Schriftstücken enthalten.

Persönlicher und vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 14./27. Januar 1911.

Gestern hat mich der König in Windsor mit einer sehr vertraulichen Unterredung beehrt und über zwei Fragen gesprochen, die für unsere beiden Länder gleich wichtig sind: die Bagdadbahn und das Projekt einer Verbindung der kaukasischen mit den indischen Bahnen.

In der ersten Frage stimmt der König mit der Ansicht Greys überein, und ich werde mich nur auf einige Bemerkungen beschränken.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Unter Zuhilfenahme einer kleinen Karte zeigte mir der König, daß die Bagdadbahn nur von Konia bis Bulgurlu fertiggestellt sei und daß darüber hinaus wohl einige Strecken in Angriff genommen worden seien, daß aber der Taurus große technische und finanzielle Schwierigkeiten biete und daß das ganze Unternehmen bis jetzt wahrscheinlich nicht über El Hahlil mit genügenden Mitteln versehen sei.

Der König folgerte hieraus, daß das ganze Unternehmen noch nicht so weit fortgeschritten sei, wie man behauptet, und daß wir genügend Zeit vor uns hätten. Dieser Umstand macht es seiner Ansicht nach um so notwendiger, den Wortlaut des beabsichtigten Übereinkommens zwischen Deutschland und uns so klar wie möglich zu fassen, namentlich was die Bedeutung anbelangt, die wir den Worten „Bagdadlinie", d. h. bis nach Bagdad, geben. Ich bemerkte dem Könige, daß wir zweifelsohne dieses klar betonen würden.

Der König erwiderte, daß diese Frage vielleicht erst in einigen Jahren aufgeworfen werden würde, und wenn man dann zwischen einem wenig deutlichen offiziellen Dokumente und ganz klaren Erklärungen wählen müsse, so stehe zu befürchten, daß das Dokument und nicht die Erklärungen Gültigkeit haben werden; wenigstens könnte das Dokument zu einer Deutung Anlaß geben, die eine für alle Mächte gefährliche Situation hervorzurufen imstande wäre.

Der König sagte, er spreche mit aller Offenheit im Sinne und im Interesse unserer Entente, an der er mehr denn je festhalten will und welche er für die Grundlage des Weltfriedens hält; er sei entschlossen, in allen diesen Fragen den Interessen Rußlands Rechnung zu tragen, und sei überzeugt, daß unser Kaiser dieselben Gefühle hege.

Der König betonte die außerordentliche Wichtigkeit dieser Frage für England.

Sodann besprach der König unsere Verpflichtung, Khanekin mit Teheran oder einem anderen Punkte in Nordpersien zu verbinden. Er stellte mir folgende Fragen:

Wenn Rußland eine Bahn in der Richtung des Kaspischen Meeres baut mit der Absicht, die russische Linie mit den indischen zu verbinden, ist Rußland verpflichtet, diese Linie auch mit

Khanekin zu verbinden? Ich erwiderte, ich könne keine direkte Antwort geben, hielte es jedoch für wahrscheinlich; im übrigen seien die Verhandlungen noch nicht beendet.

Der König entgegnete, daß dieser Umstand von der größten Wichtigkeit sei; es handele sich allerdings um eine Bahn in der russischen Einflußsphäre; aber diese Frage habe für England außerordentliche strategische Bedeutung und vor allem, sagte er, handelt es sich um die Kontrolle der Eisenbahn nach Teheran oder nach einem andern Punkte in Nordpersien. Die Kontrolle Rußlands ist eine Sicherheit für England — die Kontrolle Deutschlands ist eine Gefahr.

Der König führte diese Erwägungen weiter aus. Mehr als je denke er an die wichtigen Folgen, die eine Verbindung der russischen und indischen Eisenbahnen haben müsse; er trete für dieses Projekt mit seinem ganzen Einflusse ein und er erblicke hierin eine Lösung mancher Schwierigkeiten, die durch die Bagdadbahn hervorgerufen würden — namentlich wenn man die Frage einer raschen Lösung entgegenführen könne.

Der König sagte mir, er glaube zu wissen, daß man in Berlin hinsichtlich des Projektes einer transpersischen Bahn außerordentlich skeptisch sei: man glaubt, daß das gegenseitige Vertrauen zwischen Rußland und England nicht so weit gehen wird. Dies ist ein Irrtum, sagte der König, und wir müssen es beweisen.

Ich antwortete, daß unser Kaiser ebenso wie der König unser Projekt befürworte, daß auch er hierin eine Kräftigung unserer Entente erblicke; ich fügte jedoch hinzu, man dürfe sich nicht verheimlichen, daß das Projekt große finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden haben werde.

Hierauf erwiderte der König mit einiger Lebhaftigkeit, daß, wenn Rußland und England die Bahn wirklich bauen wollen, das Geld gefunden werden muß.

Wie Sir Edward Grey, so schloß auch der König diese Unterredung mit der Bemerkung, daß er, trotz der Bedenken, die er mir anvertraut habe, den Abschluß unserer Verhandlungen mit Deutschland nicht nur lebhaft wünsche, sondern sogar davon überzeugt sei, daß ein Abschluß selbst im englischen Interesse liege.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich fragte den König, ob ich Ihnen diese Unterredung mitteilen könne. Er erwiderte, daß er mich hierzu ermächtige.

Privatbrief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 1./14. Februar 1911.

Als ich Ihren privaten Brief vom 12./25. Januar erhielt, war mein Brief vom 14./27. Januar über meinen Aufenthalt in Windsor bereits geschrieben, und er soll Ihnen als Einleitung zu diesem Schreiben dienen. Ich will Ihren Brief Punkt für Punkt beantworten, mit dem letzten aber anfangen:

Buchanan hat Ihnen vertraulich von der hiesigen Tätigkeit Kühlmanns erzählt. Die Mitteilung ist eine vertrauliche — bis zu einem gewissen Grade. Herr v. Kühlmann hat in der Tat beständige Beziehungen zu den hiesigen Zeitungsredaktionen; dabei gibt er aber unumwunden zu, daß er die öffentliche Meinung für die in nächster Zeit zu erwartenden deutschen Vorschläge vorbereiten wolle. Ich persönlich habe keine Zweifel, daß es sich um eine „Entente générale" handelt, mit Persien anfangend.

Was die englische Regierung anbelangt, so erwartet sie diese Vorschläge seit Ihrer Rückkehr aus Potsdam und Ihren Gesprächen mit O'Beirne und Buchanan. Bei meinen ersten Zusammenkünften mit Grey und Nicolson wurde mir gleich gesagt: „Es ist noch nichts gekommen, wir haben noch nichts erhalten."

Übrigens war das Londoner Kabinett schon lange vorbereitet. Die Tendenz der deutschen Politik war mir seit den Entrevuen in London und Kronberg klar geworden. Noch zur Zeit Ihres Aufenthaltes in Rom habe ich in meinen Berichten beständig hierauf hingewiesen. Die Grundidee dieser Politik ist in den von Kaiser Wilhelm an Hardinge gerichteten Worten zu sehen: Die beiden ausschlaggebenden Faktoren in dieser Welt sind die deutsche Armee und die englische Flotte. Windsor, Highcliffe sind weitere Etappen. Ich will hier nicht versuchen das Geheimnis des Daily Telegraph aufzuklären. Es läßt sich jedoch nicht leugnen — es ist der Appell eines mächtigen Souveräns an die britische Nation. Die Form des Verfahrens mag nicht glücklich gewesen sein — das Wesen der Sache liegt aber klar zutage.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Und was ist die Antwort Englands gewesen: „Wir sind gebunden und können nur zu vieren verhandeln." Dasselbe ist noch neuerdings Cassel und Gwinner gesagt worden.

Ich persönlich bin fest überzeugt, daß das Londoner Kabinett auch in Zukunft auf diesem Standpunkte verharren wird — so lange, als die anglorussische Entente bestehen wird, — aber in ihrem ganzen Umfange bestehen. Sie muß die Basis der gesamten englischen Politik sein — von Marokko bis China. Dies glauben der König, Grey, Asquith, Balfour, Lansdowne, Nicolson und Hardinge. Nichts weniger jedoch: die Sicherung des Friedens zwischen den beiden großen Nationen in Asien und der Schutz der gemeinsamen Interessen. So wie die Entente auf bestimmte Fragen beschränkt wird, muß England sich gezwungen sehen, die deutschen Wünsche in bezug auf Konzessionen und Teilung von Einflußsphären zu berücksichtigen — dies wird unsere Entente schrittweise ausschalten und dann wird das englisch-deutsche Abkommen einen allgemeinen Charakter annehmen, denn eine solche Kombination hat für England eine verlockende Seite: die Möglichkeit, die Rüstungen einzuschränken. Eine derartige Entente wird gewiß viele Schwierigkeiten zu überwinden haben — vor allem der Anfang wird schwer sein, aber einmal im Flusse, wird sie nicht auf halbem Wege stehenbleiben. Und die Isolierung Rußlands ist die unausbleibliche Folge. Ich weiß wohl, daß ich mich wiederhole, aber der Ernst der Lage zwingt mich, meine Ansicht offen und unumwunden auszusprechen.

Sie sagen in Ihrem Briefe: „Argwohn, der unsere Beziehungen zu Frankreich und England umgibt". Was Frankreich anbelangt, so sind Sie natürlich besser orientiert als ich. Ich möchte jedoch bemerken, daß die Rede Pichons eine Lücke enthält: er hat von den Beziehungen Frankreichs zu Rußland, von den Beziehungen Frankreichs zu England gesprochen, aber nicht von einer Kombination der drei Mächte. Dies hat hier äußerst peinlich berührt, während es in Deutschland, wie ich aus den Zeitungen ersehe, gefallen hat.

Was nun London anbelangt, so hat man hier vollkommenes Vertrauen in die Loyalität unseres Kaisers und folglich auch seiner Minister. Man fürchtet jedoch, daß die Stellung Deutsch-

lands eine so starke ist, daß es aus den Verhandlungen mit uns die größten Vorteile für sich wird ziehen können — Vorteile, welche die englisch-russische Entente in der Wurzel treffen werden; die Stärke Deutschlands beruht darin, daß die russischen Verhandlungen mit ihm jetzt notwendigerweise zu einem Abschluß geführt werden müssen, im Hinblick nämlich auf die zukünftigen friedlichen Beziehungen der Mächte zueinander. Auch der König und Grey haben mir dies gesagt, und sie waren ganz ehrlich, als sie behaupteten, sie wünschten einen Abschluß unserer Verhandlungen. Grey befürchtet einen Mißerfolg, aber er fragt sich, welcher Preis gezahlt werden muß.

Die Offenheit, mit der Sie mit O'Beirne und Buchanan vor und nach Potsdam gesprochen haben, ist hier vollkommen gewürdigt worden. Seitdem jedoch fürchtet man — entschuldigen Sie den Ausdruck —, daß Sie hart bedrängt sind. Man erwartete zwar, daß Deutschland auf einem gewissen Termin für die Bahnbauten bestehen würde, aber die Forderung ist erst nachträglich erhoben worden. Man hoffte, daß die deutsche Beteiligung nicht über deutsche Lieferungen von Material und ähnliche finanzielle Unterstützungen hinausgehen würde. Hoffte man hier doch sogar, daß die Linie Seidje-Khanekin ganz in unsere Hände übergehen würde. Man hat es mit einer gewissen Modifizierung des persischen Eisenbahnprojektes zu tun. Und dies beunruhigt.

Was Artikel 3 anbelangt, so muß Buchanan Sie falsch verstanden haben. Er hat hierher berichtet, daß der Artikel in der Weise modifiziert werden würde, daß Deutschland die von ihm übernommenen Verpflichtungen werde einschränken können. In diesem Sinne hat Grey mit mir gesprochen. Ich glaube, man muß ihn aufklären, denn man hat hier den Eindruck von allzu großer Nachgiebigkeit unsererseits.

Sie wenden sich an mich mit der Aufforderung, ich solle Grey und Nicolson den Kernpunkt der ganzen Sache darlegen, sie auf das eigentliche Terrain zurückführen — die vierprozentige Zollerhöhung.

Dies habe ich bereits getan, und zwar mit Erfolg, wie aus meinen Berichten ersichtlich. Denn Grey selbst gibt zu, daß dies der eine Punkt sei, in dem er auf unsere Unterstützung rechnet;

der Rest seien freundschaftliche Kommentare. Aber sein Ton drückte mehr als seine Worte sein Bedauern aus.

Erlauben Sie mir, Ihnen meinen Gedankengang zu entwickeln. Sie wünschen, ich solle es verhindern, daß unser Abkommen mit England über Persien eine Einschränkung erfahre. Dies würde unbedingt die Folge nach sich ziehen, die ich im Anfang dieses Briefes erwähnte. Ich folge Ihnen aber nicht, wenn Sie sagen: „Das übrige ist im Grunde genommen Worte und Phrasen." Beim Abschlusse des persischen Abkommens garantierten wir uns gegenseitig unsere Interessen in diesem Lande, und ohne die wirtschaftlichen Interessen der andern Staaten direkt ausschließen zu wollen, wollten wir doch außer den russischen und englischen keine anderen politischen Interessen gelten lassen; auch nicht zulassen, daß ein anderer Staat sich solche politische Interessen schafft. Deutschland wird aber jetzt die Möglichkeit haben, dies zu tun — dazu kann es die Frage der Bahnbauten benutzen. Und deshalb ist es für England angebracht, sich seinerseits mit Deutschland über Persien zu verständigen. England hat nicht die Möglichkeit, mit dem anglorussischen Abkommen in der Hand und sich auf dasselbe berufend gegen unsere Verhandlungen mit Deutschland Einspruch zu erheben. Die Freiheit, die das Abkommen uns läßt, wird es aber auch seinerseits ausnutzen. Es wird nicht mehr möglich sein, sich noch auf denselben Standpunkt wie neulich zu stellen, um gemeinsam gegen die Tätigkeit des deutschen Gesandten in Teheran Front zu machen.

Ihr Brief gibt mir die Möglichkeit, Grey in bezug auf die Zollerhöhung vollkommen zu beruhigen — aber auch nichts mehr. Und ich brauche mehr, um glauben zu können, daß die bevorstehenden anglodeutschen Verhandlungen uns nicht schaden werden.

Ich will kurz resümieren: Bisher sind von deutscher Seite keine Vorschläge gemacht worden. In hiesigen Pressekreisen glaubt man nicht, daß sie in allernächster Zeit erfolgen werden. Deutschland beabsichtigt augenscheinlich, zuerst die Verhandlungen mit uns zum Abschluß zu bringen, um dann England sagen zu können: So stehen wir mit Rußland. Die englischen Minister haben Zutrauen zu Ihren Absichten, aber letztere entsprechen

nicht dem englischen Standpunkte. Es handelt sich — entschuldigen Sie — um den Grad des Solidaritätsgefühles.

Meine Verantwortung vor Kaiser und Reich zwingen mich, so offen über diese wichtige Frage zu sprechen. Zum Schlusse noch eine Angelegenheit, die nicht so weittragende Bedeutung hat: es handelt sich um Ihren Brief Nr. 21. Eine derartige Mitteilung meinerseits würde hier anstoßen und unsere guten Beziehungen trüben. Ich werde deshalb weitere Instruktionen abwarten. Der Umstand, daß die hier veröffentlichte Version nicht genau mit dem mir mitgeteilten Texte übereinstimmt, müßte das Foreign Office von jedem Verdachte befreien. Der König und Grey würden sich schwer gekränkt fühlen. Ich glaube, es ist angebracht, daß Sie Buchanan über unsere Verhandlungen stets ausführlich auf dem laufenden halten; dies um so mehr, als wir nur in diesem Falle auf eine gleiche Offenheit von seiten Englands bei seinen Verhandlungen mit Deutschland rechnen können.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 22. Januar/4. Februar 1911. — Nr. 93.

Ich beziehe mich auf das Telegramm unseres Botschafters in Paris Nr. 6. Der hiesige englische Botschafter hat mir hier ungefähr dasselbe wie Pichon gesagt, wobei er darauf hinwies, daß England bereit sei, uns beim Bau der Linie Khanekin—Teheran finanzielle Unterstützung zu gewähren, um zu verhindern, daß wir diese Bahn gemeinsam mit Deutschland bauen. In Potsdam und auch aus meinen Unterredungen mit dem hiesigen deutschen Botschafter habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Linie Khanekin—Teheran von Deutschland für durchaus notwendig gehalten und daß es in der einen oder andern Weise auf der Herstellung dieser Linie bestehen wird. Ich persönlich glaube, daß Deutschland vielleicht den unüberwindlichen Widerstand Englands voraussieht und deshalb darauf verzichtet, die Bagdadbahn bis zum Persischen Golfe fortzusetzen, und statt dessen die Hauptlinie nach Persien lenken will.

Unter diesen Umständen ist es für uns besonders wichtig, die Linie Khanekin—Teheran in unsern Händen zu behalten. Für diesen Fall müssen wir englisches und französisches Kapital

heranziehen, und die Vorschläge Pichons und Buchanans sind für uns vorteilhaft. Ich bitte Sie, feststellen zu wollen, unter welchen Bedingungen sich das englische Kapital beteiligen würde.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 22. Januar/4. Februar 1911. — Nr. 94.

Unser Botschafter in Paris telegraphiert unter Nr. 6: Pichon ist durch einen Bericht Louis' außerordentlich beunruhigt, daß aus einer Unterredung mit Ihnen hervorzugehen scheine, daß eine wichtige Veränderung des ursprünglichen russisch-deutschen Projektes ins Auge gefaßt worden sei: Sie seien geneigt, die Bahn Teheran—Khanekin gemeinsam mit Deutschland zu bauen, unter der Bedingung, daß uns die Kontrolle und 60 % Beteiligung zugesichert werden.

Pichon ist überzeugt, daß die Zulassung Deutschlands in unsere persische Interessensphäre, während Frankreich uns zuliebe auf jede Tätigkeit in diesem Lande verzichtet, wie z. B. in der Frage der ausländischen Beiräte, in Frankreich heftige Angriffe auf seine Politik hervorrufen wird und als unsere Absonderung vom Dreiverband ausgelegt werden kann. Außerdem ist er überzeugt, daß dieser Plan für England sehr unangenehm sein wird.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 22. Januar/4. Februar 1911. — Nr. 95.

Unser Botschafter in Paris telegraphiert in Fortsetzung seines Telegrammes Nr. 6: Pichon hat als persönliche Meinung geäußert, man könne, um den angeführten Schwierigkeiten zu begegnen, der Linie Teheran—Khanekin vielleicht statt eines russisch-deutschen einen internationalen Charakter geben, wobei Rußland sich gemeinsam mit England, Frankreich und Deutschland an dem Unternehmen beteiligt — ersteres hätte dabei eine Vorzugsstellung. Dieser Vorschlag scheint ihm um so natürlicher, als es auf alle Fälle nötig sein wird, zu französischem und englischem Kapital zu greifen. Pichon glaubt kaum, daß von seiten Deutschlands Einwendungen erhoben werden würden. Der Standpunkt des englischen Kabinetts ist ihm unbekannt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 24. Januar/6. Februar 1911. — Nr. 16.

Ihre Telegramme 93, 94 und 95 erhalten. In Beantwortung Ihrer Frage am Schlusse des Telegramms Nr. 93 sagt mir Nicolson, daß die Mitteilung Buchanans als ein fester Vorschlag der englischen Regierung betrachtet werden müsse, sich mit englischem Kapital an dem Bau der Linie Khanekin—Teheran zu beteiligen; und zwar entweder Rußland und England allein, in welchem Falle jedoch England nicht das ganze Kapital aufbringen könne; oder aber gemeinsam Rußland, England, Frankreich und Deutschland, wie es Pichon vorgeschlagen hat, und natürlich unter ausschließlicher russischer Kontrolle. Nicolson sagt mir, es gäbe noch eine dritte Lösung, die die englische Regierung vorgezogen haben würde, nämlich daß Rußland in seiner Interessensphäre das Unternehmen allein übernimmt, eine Lösung jedoch, die im Laufe Ihrer Unterredung mit Buchanan leider abgelehnt worden zu sein scheint. Nicolson fügte hinzu, daß es ihm heute unmöglich sei, die Höhe und die Bedingungen der englischen Beteiligung mitzuteilen, da er über kein ziffernmäßiges Material verfüge.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 24. Januar/6. Februar 1911. — Nr. 17.

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 16. Nicolson setzte die Unterredung vertraulich fort und kam auf die Formel zurück, die in Ihrer Unterredung mit Buchanan erwähnt worden ist: Rußland verpflichtet sich, die Linie Teheran—Khanekin zu bauen, behält sich jedoch vor, allein die Kontrolle auszuüben und die Teilnahme anderer Mächte an diesem Unternehmen zu bestimmen. Er hält diese Fassung für besonders glücklich. Er verheimlichte mir nicht, für wie bedenklich das Londoner Kabinett die Zulassung von deutschen Interessen in unserer Zone halte, aber er gibt zu, daß die Teilnahme Frankreichs auch diejenige Deutschlands nach sich ziehen müsse. Was die Überlassung der Linie an Deutschland allein anbelange, so erklärte Nicolson, daß die englische Nation das Kabinett hierfür verantwortlich machen würde; England habe, um die englisch-russische Konvention zu

ermöglichen, für sich selbst auf alle Vorteile in der russischen Interessensphäre verzichtet und könne jetzt nicht zugeben, daß wir jetzt Deutschland ein Zugeständnis machen, welches für die Lebensinteressen Englands hier für gefährlich gehalten wird. Nicolson ist sehr beunruhigt, und ich glaube nicht, daß er sich irrt.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 24. Januar/6. Februar 1911. — Nr. 19.

Ich habe zufällig eine kurze Unterredung mit dem hiesigen deutschen Botschafter gehabt, in deren Verlauf er mir sagte, er halte die Anspielungen in der Rede Pichons auf vertrauliche Mitteilungen, die von der russischen Regierung gemacht worden seien, für eine einfache Prahlerei; eine neue Demonstration jedoch von seiten der Tripelentente würde ernste Schwierigkeiten hervorrufen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 25. Januar/7. Februar 1911. — Nr. 20.

Gestern hat Cambon Nicolson unmittelbar nach mir aufgesucht. Er sagte mir, er sei überrascht gewesen, wie beunruhigt Nicolson sei, der immer wieder auf die außerordentliche Bedeutung der Linie Teheran—Khanekin für die Entente hingewiesen habe, da die Entente hauptsächlich auf einer gemeinsamen Politik in Persien beruhe. Er kam wieder auf die in meinem Telegramm Nr. 17 erwähnte Formel zurück. Eine Kombination zu vieren, welche auch Deutschland einschließt, wird auch hier erwogen, aber nur im schlimmsten Falle. Es besteht für mich kein Zweifel, daß diese Frage die Achse der politischen Situation geworden ist und daß England ihr eine so große Bedeutung beilegt, daß, im Falle wir die Linie Deutschland überlassen, England seine ganze Politik ändern wird. Die Beunruhigung Nicolsons hat eine persönliche Seite, da sowohl Grey als auch er im Augenblicke der allgemeinen Beunruhigung der öffentlichen Meinung nach der Potsdamer Zusammenkunft dafür gebürgt haben, daß Sie in Potsdam nichts versprochen haben, was den englischen Interessen zuwiderlaufe. Nicolson hat Cambon erklärt, daß, wenn kein Ausweg gefunden werden könne,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

dies den Zusammenbruch der ganzen englischen Politik seit sechs Jahren bedeute. Immerhin gibt er zu, daß unsere Verhandlungen mit Deutschland zu einem Resultate führen müssen, und er hofft immer noch, daß dies erreicht werden kann, ohne daß die Entente Schaden nimmt; was er befürchtet, ist nicht so sehr der Ausgangspunkt, als die weitere Entwicklung unserer Verhandlungen mit Deutschland.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 27. Januar/9. Februar 1911. — Nr. 22.

In einer persönlichen Unterredung bin ich gestern mit Tyrell auf die Frage einer englischen Beteiligung am Bau der Linie Teheran—Khanekin zurückgekommen. Er sagte mir, daß, wenn die deutsche Regierung auf den Vorschlag eingehe, es für ihn keinen Zweifel gebe, daß das nötige englische Kapital gefunden werden könne. Englische Finanzgruppen sind über ihren Standpunkt hinsichtlich einer Verlängerung der Bagdadbahn nach Norden befragt worden. Eine derartige Linie wird für ertragreicher als irgendein anderer Teil des ganzen Eisenbahnnetzes gehalten, sowohl wegen der kommerziellen Bedeutung als wegen der Pilgerzüge, die die Bahn benutzen würden.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 27. Januar/9. Februar 1911. — Nr. 23.

Persönlich. Sehr vertraulich. Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß, wenn der Tod seines Bruders für Grey natürlich ein schwerer Schlag war, dieses Unglück nicht der einzige Grund seiner augenblicklichen Abwesenheit ist. Unsere letzten Beschlüsse hinsichtlich Persiens haben viel dazu beigetragen, und es hat große Anstrengungen gekostet, ihn von seinem ursprünglichen Vorhaben abzubringen, seine Entlassung zu nehmen und sich vom politischen Leben zurückzuziehen. Unsere Haltung in der Eisenbahnfrage hat seine innere Überzeugung erschüttert, daß Rußland noch volle Handlungsfreiheit in seiner Interessensphäre besitzt, und er glaubt, daß England in einer so wichtigen Frage zuerst hätte befragt werden müssen. Da er kein Dokument besitzt, auf das er sich offiziell hätte stützen können, hatte er in

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

seinem Rücktritte den einzigen Ausweg gesehen. Jetzt hat er auf diesen Gedanken verzichtet, aber der auf Grey gemachte Eindruck beweist die große Bedeutung, die England den Fortschritten Deutschlands in diesen Gegenden, hauptsächlich aus strategischen Erwägungen, beilegt. Hiervon ist weder im großen Publikum noch in der Presse etwas bekannt geworden. Aber es steht fest, daß die englische öffentliche Meinung, weniger auf dem Wortlaut als auf dem Geist unserer späteren Übereinkommen und Abmachungen über die Bagdadbahn fußend, unsere Interessen in diesem Teile des Ostens für noch solidarischer als anläßlich der Annexionskrise auf der Balkanhalbinsel hielt. Wenn wir einer derartigen Enttäuschung nicht vorbeugen können, so müßte dies schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Vor kurzer Zeit hat Grey den lebhaften Wunsch geäußert, Sie persönlich zu sprechen. Ich habe ihm gesagt, daß ich glaube, Sie würden im Frühling hierher kommen.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 28. Januar/10. Februar 1911. — Nr. 128.

Ihre Telegramme Nr. 22 und 23 erhalten. Die Nervosität der Engländer ist überraschend. Schon im Oktober wußte das Londoner Kabinett, daß in den bevorstehenden Verhandlungen mit Deutschland vor allem die Rede von einer Bahn Khanekin—Teheran sein wird. Diesbezügliche Verhandlungen finden noch jetzt statt, aber keine Entschlüsse sind gefaßt worden. Wir haben durchaus nicht die Absicht, diese Linie Deutschland zu überlassen, und glauben auch nicht, daß es zu einer Beteiligung deutschen Kapitals oder selbst zu einer Internationalisierung des Unternehmens kommen wird. Wir beraten bloß die Frage, ob und unter welchen Bedingungen französisches und englisches Kapital sich beteiligen können, wobei natürlich die Kontrolle über das ganze Unternehmen uns vorbehalten bliebe. In diesem Sinne will ich mit Buchanan sprechen, der bis jetzt alle meine Mitteilungen ruhig aufgenommen hat, und ich hoffe, daß seine Berichte auch in London eine beruhigende Wirkung haben werden. Wir müssen vermeiden, allzuhäufig auf diese Frage zurückzukommen, ehe nicht ein endgültiger Entschluß gefaßt worden ist.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 29. Januar/11. Februar 1911. — Nr. 25.

Ihr Telegramm Nr. 128 erhalten. Ich habe Nicolson seit unserer letzten Zusammenkunft nicht mehr gesehen. Ich sprach jedoch soeben Cambon, der mir sagte, das letzte Telegramm Buchanans habe Nicolson in der Tat umgestimmt, und dasselbe sei in Paris der Fall. Man sei hauptsächlich durch Ihre dem französischen Geschäftsträger in Petersburg gemachte Erklärung beruhigt, daß Sie Deutschland gegenüber freie Hand besitzen und daß Sie im Falle englischer und französischer Beteiligung die Situation beherrschen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 29. Januar/11. Februar 1911. — Nr. 133.

Ihre Telegramme 16 und 17 erhalten. Ein besonderer Ministerrat hat die Frage der Beteiligung englischen und französischen Kapitales am Bau der Linie Khanekin—Teheran geprüft, und es ist festgestellt worden, daß, um den schädlichen Einfluß dieser Linie auf unsern Handel zu verhindern, es notwendig sei, eine neue Linie bis zum Zentrum Persiens zu bauen, indem Teheran entweder mit dem russischen Eisenbahnnetze oder mit einem persischen Hafen des Kaspischen Meeres verbunden wird. Dies kann nur mit Hilfe ausländischen Kapitales geschehen, und wir möchten deshalb wissen, ob wir auf eine französische und englische Finanzierung dieser neuen Eisenbahn rechnen können. Wir müssen unsere öffentliche Meinung berücksichtigen, welche darauf besteht, daß wir bis Teheran vorrücken, ehe die uns schädliche Bahn Teheran—Khanekin fertiggestellt wird; man hält es sogar für besser, letztere nötigenfalls Deutschland zu überlassen. Ich bitte Sie, uns wenn möglich vor nächstem Dienstag eine Antwort zukommen zu lassen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 30. Januar/12. Februar 1911. — Nr. 26.

Ihr Telegramm 133 erhalten. Ich werde Nicolson erst Montag sprechen können und glaube daher nicht, daß eine offizielle Antwort der englischen Regierung rechtzeitig erfolgen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

kann. Ich sehe keine prinzipiellen Einwendungen voraus. Man darf aber nicht vergessen, daß der Einfluß der Regierung auf Finanzkreise hier noch indirekter als in Paris ist. Die Regierung hat augenscheinlich Erkundigungen über die Linie Khanekin—Teheran eingezogen. Durch unsere neue Anfrage wird die Regierung überrascht: zwei Umstände, die es dem Londoner Kabinett kaum möglich machen werden, eine unverzügliche Verpflichtung zu übernehmen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 31. Januar/13. Februar 1911. — Nr. 27.

Nicolson sagt mir, er sei mit dem letzten Telegramme Buchanans sehr zufrieden, das eine Klärung der Lage herbeigeführt hätte.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 2./15. Februar 1911. — Nr. 32.

Grey gibt sich vollkommen Rechenschaft, wie wichtig für Rußland eine Bahn von Teheran nach dem Norden sei, glaubt aber nicht, daß englisches Kapital sich an diesem Unternehmen ohne eine Garantie der russischen Regierung beteiligen wird. Sobald die Erbauung der Linie Khanekin—Teheran gesichert zu sein schien, habe das Auswärtige Amt die Bedeutung derselben für den englischen Handel im Süden geprüft, und es sei davon die Rede gewesen, eine Bahn vom Persischen Golf aus zu bauen, deren Richtung jedoch nicht näher bezeichnet worden ist. Bei dieser Gelegenheit habe er die Überzeugung gewonnen, man werde für eine solche Linie kein englisches Kapital ohne Regierungsgarantie finden können, und er habe in parlamentarischen Kreisen dieselbe Abneigung wie Sie in der Duma gefunden. Grey zieht hieraus den Schluß, daß, wenn englisches Kapital nicht geneigt ist, sich für englische Interessen im Süden zu verwenden, dies noch weniger für russische Interessen im Norden der Fall sein dürfte.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 4./17. Februar 1911. — Nr. 37.

Grey hat mir vertraulich die Abschrift eines Telegrammes von Buchanan vom 16. Februar und den Inhalt seiner Antwort mitgeteilt. 1. Die englische Regierung teilt die Ansicht, daß ein Abbruch unserer Verhandlungen mit Deutschland im jetzigen Stadium in politischer Hinsicht unheilvoll wäre. 2. Die russische Regierung kann besser als alle anderen selbst beurteilen, wie unvorteilhaft es wäre, die Linie Khanekin—Teheran Deutschland zu überlassen. Glaubt Rußland, daß dieses seinen Interessen nicht widerspricht, so könne England auf seinen Einwendungen nicht bestehen, wenn nur die russische Regierung Handlungsfreiheit hinsichtlich der anderen mit der englisch-russischen Konvention zusammenhängenden Fragen behält. 3. Ohne Regierungsgarantie wird die Beteiligung englischen Kapitals an persischen Eisenbahnen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen. 4. Was eine englische Linie in Südpersien betrifft, so sind die englischen Absichten hinsichtlich des Golfsektors der Bagdadbahn bis jetzt noch unbestimmt. Selbst wenn aber diese Bahn gebaut würde, müßten die englischen Handelsinteressen in Abhängigkeit von dem Einflusse Deutschlands auf die Bahn Bagdad—Khanekin geraten, um so mehr, als der deutsche Einfluß sich bis Teheran werde ausdehnen können. Dies zwingt die englische Regierung, an andere Verkehrswege zu denken, welche eine Gleichheit der Vorteile gewährleisten könnten. Auf alle Fälle nimmt England die Frage einer Bahn in Südpersien auf, um zu verhindern, daß sie in andere Hände falle.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 4./17. Februar 1911. — Nr. 38.

Persönlich. Der in doppelter Hinsicht negative Beschluß unseres Ministerrates, wie er von Buchanan in seinem Telegramm dargestellt wird, muß uns zu einem toten Punkte führen, da sich die Interessen unserer Politik und unseres Schatzamtes widersprechen. Auf die Eisenbahn und jeden politischen Einfluß im Norden Persiens zugunsten Deutschlands zu verzichten, scheint mir jedenfalls unannehmbar, aber um dies zu verhin-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

dern, läßt der Ministerrat nur ein einziges Mittel zur Wahrung unserer Interessen zu — eine Garantie von seiten unserer Regierung durch eine Garantie Englands zu ersetzen. Eine derartige Stellungnahme scheint mir die Möglichkeit einer befriedigenden Lösung auszuschließen. Wäre es nicht möglich, daß der Ministerrat in Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit der in Frage stehenden politischen Interessen seinen Beschluß ändert und uns für die Zukunft eine Möglichkeit offen läßt, was uns erlauben würde, um beide Konzessionen in Teheran einzukommen, ohne die Frage der Beteiligung der andern Mächte zu berühren? Die finanzielle Seite der Frage kann dann später gelöst werden. Ein derartiges Vorgehen entspräche unseren Deutschland gegenüber eingegangenen Verpflichtungen und würde gleichzeitig die Wünsche der russischen öffentlichen Meinung hinsichtlich unseres Einflusses im Norden Persiens befriedigen. Es erscheint mir unwiderleglich, daß das Versprechen, Khanekin mit Teheran zu verbinden, notwendigerweise eine Regierungsgarantie, wenn nicht direkte russische Beteiligung zur Voraussetzung hat.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 4./17. Februar 1911. — Nr. 155.

Ich bitte Sie, uns dringend wissen zu lassen, ob die Engländer nur für die Linie von Teheran nach dem Norden keine Mittel ohne russische Regierungsgarantie geben wollen, oder ob sich dies auch auf die Linie Teheran—Khanekin bezieht.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Februar 1911. — Nr. 39.

Ihr Telegramm Nr. 155 erhalten. Ich habe Grey heute morgen gesehen. Ohne eine Garantie der russischen Regierung wird sich englisches Kapital weder an der Linie Teheran—Khanekin, noch Teheran—Nordpersien beteiligen. Eine Garantie der englischen Regierung ist ausgeschlossen; das Parlament würde seine Zustimmung verweigern. Übrigens läßt Greys Telegramm an Buchanan in dieser Hinsicht keinen Zweifel.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Februar 1911. — Nr. 40.

Es will mir immer noch scheinen, daß, wenn wir in Teheran eine Konzession für die Linie Khanekin—Teheran erbitten und Deutschland in diesem Sinne antworten, der Beschluß unseres Ministerrates ausgeführt wäre. Wir sichern uns ja nur ein Vorzugsrecht, welches die Schwierigkeit auf eine ganze Reihe von Jahren hinausschiebt, ohne daß wir finanzielle Verpflichtungen übernehmen. Bis dahin müßte sich eine internationale Kombination finden lassen. Im Notfalle bliebe immer noch unser Verzicht zugunsten Deutschlands, aber nur im allerletzten Notfall, nicht jetzt. Diese Erwägungen beziehen sich auch auf die Linie Teheran nach dem Norden. In letzterem Falle erscheint jedoch eine russische Beteiligung geboten, da russische Interessen im Spiele stehen. Wir hätten aber Zeit gewonnen.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 3./16. März 1911.

Der neue französische Außenminister Cruppi hat sich immer noch nicht mit den laufenden Geschäften genügend bekannt gemacht, um mit mir in einen Meinungsaustausch über die uns interessierenden Fragen treten zu können. Im besonderen sieht er noch nicht in der Frage der Bagdadbahn und überhaupt der Eisenbahnbauten in Kleinasien völlig klar. In diesen Tagen ist Bompard hier eingetroffen, um einen ausführlichen Bericht über diese Fragen zu erstatten. Außerdem hat Cruppi die beiden Brüder Cambon nach Paris berufen, und erst nach einem Meinungsaustausch mit letzteren hält es der neue Minister für möglich, die Besprechungen mit mir zu beginnen. Meinerseits habe ich Cruppi in Erinnerung gebracht, daß sein Vorgänger mir versprochen habe, mich stets auf dem laufenden zu halten und nichts ohne einen vorhergehenden Meinungsaustausch mit uns zu unternehmen. Cruppi erneuerte dieses Versprechen mit der größten Bereitwilligkeit und erklärte, er wolle mit mir zusammentreffen, sobald er mit den beiden Brüdern Cambon Rücksprache genommen haben werde.

Trotz des augensichtlichen Wunsches Cruppis, auf die von

mir berührten Fragen nicht näher einzugehen, benutzte ich die Gelegenheit, um den Eindruck richtigzustellen, den er aus verschiedenen Zeitungen, hauptsächlich englischen, über die Zusammenkunft in Potsdam gewonnen zu haben scheint. Diese Zeitungen stellen dies Ereignis so dar, als ob Rußland England und Frankreich in der Bagdadfrage verlassen und hierfür Zugeständnisse von seiten Deutschlands in Persien erhalten habe — dadurch sei die Lage des Londoner und Pariser Kabinetts eine viel schwierigere geworden. Ich habe Cruppi erklärt, daß unser beabsichtigtes Abkommen mit Deutschland über Persien in keiner Weise der Lösung der Frage Bagdad—Khanekin vorausgreift, ebensowenig wie allen anderen Fragen, die mit dem Bagdadunternehmen zusammenhängen. Unser Versprechen, uns der Beteiligung ausländischen Kapitals am Bagdadunternehmen nicht länger zu widersetzen, bedeutet nicht bloß keine Schwächung der englischen und französischen Position, sondern trägt im Gegenteil den beständigen Klagen englischer und französischer Finanzkreise über uns Rechnung. Zum Schlusse habe ich nochmals die lebhafte Hoffnung betont, daß das Pariser Kabinett keine Schritte tun wird, ohne uns vorher zu verständigen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 9./22. März 1911. — Nr. 31.

Ich beziehe mich auf meinen Brief vom 3. März. Nach seiner Unterredung mit den Brüdern Cambon hat Cruppi eine Zusammenkunft mit mir auf nächsten Sonnabend bestimmt. Wahrscheinlich wird die Frage der Bagdadbahn erörtert werden. Ich bitte dringend um Instruktionen, ob ich offiziell den in meinem Briefe erwähnten Gedanken bestätigen kann, daß wir uns durch den Abschluß einer Übereinkunft mit Deutschland durchaus nicht von Frankreich und England absondern und daß wir keinen wichtigen Entscheidungen vorausgegriffen haben. Kann ich im besonderen erklären, daß wir in der Frage der vierprozentigen Zollerhöhung freie Hand behalten haben und daß wir unsere Zustimmung von diesen oder jenen Bedingungen, je nach Übereinkunft mit Frankreich und England, abhängig machen können? Endlich, wenn wir von einer eventuellen In-

ternationalisierung der Bahn Bagdad—Persischer Golf sprechen werden, kann ich auf unserer Beteiligung bestehen, selbst wenn sie nur eine fiktive wäre, da wir auf diese Weise der Gruppe der drei Ententemächte das Übergewicht sichern würden?

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 10./23. März 1911. — Nr. 308.

Ihr Telegramm Nr. 31 erhalten. Wir haben nichts dagegen, daß Sie dem Außenminister die beabsichtigte Erklärung abgeben. Wir haben nichts unternommen, was die Bagdadbahn oder die Khanekinsche Zweiglinie betrifft. Wir haben bloß auf unseren Widerstand gegen die Teilnahme ausländischen Kapitals im Unternehmen verzichtet und haben den Wunsch geäußert, die Linie Seidje—Khanekin zu übernehmen, wenn eine Teilung der Bahn zwischen den interessierten Mächten erfolgen würde. In der Frage der vierprozentigen Zollerhöhung haben wir uns in keiner Weise gebunden. Hinsichtlich der Bahn Bagdad—Persischer Golf halten wir es für richtig, daß wir uns als eine der vier interessierten Mächte an diesem Unternehmen beteiligen, wenn außer England auch Deutschland und die Türkei es tun — aber nur unter der Bedingung, daß von uns keine finanziellen Opfer verlangt werden. Unsere Beteiligung kann England und Frankreich nützen. Es wäre uns angenehm, den Verlauf der weiteren Verhandlungen in dieser Frage zu kennen.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 13./26 März 1911.

Nachdem wir die Frage der Eisenbahnen in Kleinasien in der Nähe des Schwarzen Meeres besprochen hatten, gingen wir mit Cruppi zur Erörterung der Bagdadbahn über.

Auch hier versuchte Cruppi sich im Hintergrunde zu halten und teilte mir nichts Bestimmtes über den Standpunkt der französischen Regierung hinsichtlich der letzten Phase, die sich mit dem Verzicht Deutschlands auf die Strecke Bagdad—Persischer Golf eröffnet, mit, noch über die Absichten Frankreichs in Zukunft. Er sagte nur, daß meine Darlegung der Stellung Rußlands in der Bagdadbahnfrage, wie ich sie in unserer privaten

Unterredung entwickelt habe, ihm äußerst interessant erscheine und daß er meine Mitteilung P. Cambon weitergegeben habe, der diese Frage in London aufmerksam verfolge.

Auf Grund Ihres Telegrammes vom 10./23. März erklärte ich dem Minister, daß ich jetzt diese Mitteilungen im Namen der Kaiserlichen Regierung bestätige. Cruppi entgegnete mir, daß er dieser Eröffnung die größte Bedeutung beilege und verspreche, uns auf dem laufenden zu halten. Auf meine Frage, welche Lösung Frankreich vorziehe — eine Teilung in einzelne Abschnitte oder eine Internationalisierung der ganzen Linie —, hat Cruppi keine bestimmte Antwort gegeben.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 11./24. Mai 1911.

Ich habe Ihren persönlichen Brief vom 5./18. Mai erhalten. Gestern morgen suchte ich Sir Arthur Nicolson auf, der mir mitteilte, Buchanan habe ihn davon benachrichtigt, daß ich beauftragt sei, mit ihm sehr vertraulich über die Bagdadbahn und den Stand unserer Verhandlungen mit Deutschland zu sprechen. Er gab mir das Telegramm Buchanans zu lesen, welches sehr genau den Inhalt Ihres Briefes wiedergibt und Ihre Unterredung mit dem Botschafter vervollständigt.

Sir Arthur verstand sofort die Schwierigkeit der ganzen Lage. Er bemerkte, es sei unmöglich, eine Meinung zu äußern, ohne alle Gegenvorschläge Deutschlands zu kennen. Er ist überzeugt, daß ein Abbruch unserer Verhandlungen mit Deutschland unheilvoll sein würde. Wenn es sich darum handelt, wie der deutsche Botschafter Ihnen gesagt hat, eine Verpflichtung zu übernehmen, „welche sich auf das ganze Bagdadbahn-System bezieht und den Golfsektor einschließt, dessen Herstellung später noch zu erörtern sein wird", so muß man Nicolson zufolge dieser Erklärung eine Klausel hinzufügen, die zwar unseren prinzipiellen Widerstand ausschließt, uns aber die Möglichkeit läßt, uns an dem Unternehmen zu beteiligen, ohne finanzielle Opfer zu bringen. Letzteres wäre der Fall, wenn wir unabhängig von den andern Mächten dem Wunsche Deutschlands gemäß unsere Zustimmung zur Erhöhung des türkischen Einfuhrzolles geben

würden. Im übrigen sagte er mir, daß dies seine persönliche Ansicht sei und daß ich mich an Sir Edward Grey selbst werde wenden müssen.

Ich habe den Minister soeben gesprochen. Aber ehe ich Ihnen über meine Unterredung mit ihm berichte, möchte ich auf einige Behauptungen zurückkommen, die Graf Pourtalès Ihnen gegenüber gemacht hat. Er erklärt, Deutschland verfüge über genügend Mittel, um ohne jegliche Hilfe die Bahn von Konia bis nach Bagdad zu erbauen. Dies ist wahrscheinlich, jedoch nicht erwiesen. Deutsche offizielle und finanzielle Kreise behaupten es. Die englische und die französische Finanz ist skeptischer, namentlich letztere glaubt, daß Deutschland zur Unterstützung der Pariser Börse wird greifen müssen. Auf alle Fälle scheint sich die Berechnung auf den Mehrertrag der türkischen öffentlichen Schuld zu stützen. Aber das türkische Schatzamt kann ohne diese Mehrerträge nicht auskommen, es sei denn, es stehen ihm andere Einnahmequellen zur Verfügung, und dies kann nichts anderes als die Zollerhöhung sein. Graf Pourtalès behauptet, Deutschland läge so viel an einem Übereinkommen mit Rußland, weil alle Versuche, mit England und der Türkei zu einem Einvernehmen zu kommen, resultatlos geblieben sind. Was die Türkei anbelangt, so scheint der Verzicht der deutschen Konzessionäre auf den Golfsektor eine vollendete Tatsache zu sein. In dieser Hinsicht sind die Verhandlungen nicht resultatlos verlaufen; im Gegenteil, die Türkei scheint sich noch mehr den deutschen Interessen unterworfen zu haben. Was England anbelangt, so ist der Ausdruck „resultatlos" verfrüht; die Verhandlungen nehmen einen langsamen Verlauf, ganz wie die unsrigen.

Natürlich würde Deutschland eine große Erleichterung finden, wenn Rußland seine Interessen von denen Englands und Frankreichs absondert und seine hauptsächlichste Waffe ausliefert: seine Zustimmung zur Zollerhöhung.

In dieser Hinsicht müssen wir unsere direkten Interessen in Persien im Auge behalten, und wir müssen genau prüfen, auf welche Weise wir dieselben wahren können. Unsere letzte und wirksamste Waffe würden wir aus den Händen gegeben haben und gleichzeitig der Unterstützung Englands hauptsächlich,

und auch Frankreichs, verlustig gehen. England wird sich genötigt sehen, die Verhandlungen in einem ganz andern Geiste zu führen, und es scheint mir wahrscheinlich, daß Deutschland, wenn es nur noch mit England zu tun hat, und da es den Frieden zu erhalten wünscht, England sehr weit entgegenkommen wird.

Andererseits wird Deutschland ein gewaltiges Eisenbahnnetz beherrschen, gleich wichtig in ökonomischer, politischer und strategischer Hinsicht, welches sich über ganz Kleinasien ausbreitet und alle Meere verbindet: es wird so sehr mit den Interessen der Türkei verbunden sein, daß es sich in der Notlage befinden wird, die türkischen Interessen fast ebensosehr wie seine eigenen zu wahren, und es wird für Deutschland schwer, ich möchte fast sagen, unmöglich sein, alle Verpflichtungen einzuhalten, die es uns gegenüber einzugehen bereit ist. Das Interesse Deutschlands wird das Interesse der Türkei sein und nicht die Wahrung der russischen Interessen in Persien.

Ich kann mich nicht enthalten hinzuzufügen, daß, wenn wir das Anerbieten deutschen Kapitals zur Erbauung von Eisenbahnen in Persien, selbst wenn es sich nur um die Linie Khanekin—Teheran handelt, annehmen, unser politischer Einfluß in Nordpersien schwinden muß. Indem wir diese Linie bauen, welche an und für sich für unsern Handel schädlich ist, und in Wirklichkeit ein Deutschland gemachtes Zugeständnis bedeutet, werden wir nur dazu beigetragen haben, für Deutschland erstklassige politische Interessen in Persien zu schaffen. Ich sehe keine Sicherheit für unsere Interessen und ich halte das Opfer, das Deutschland von uns zu verlangen scheint, für viel weitgehender als alles, was in Potsdam und seither besprochen worden ist.

Jetzt komme ich zu meiner Unterredung mit Sir Edward Grey. Der Minister findet die Lage ernst, aber er bleibt ruhig. Er erinnerte mich an seine Worte im englischen Parlament, deren Sinn etwa folgender war: „Solange die Türkei auf ihrem eigenen Territorium Konzessionen für Eisenbahnen, Hafenanlagen oder sonstige Unternehmen erteilt, die von niemand den Verzicht auf ein erworbenes Recht zur Voraussetzung haben, ist ein prinzipieller Widerstand unmöglich und ungesetzlich — andererseits steht es aber den Mächten frei, derartige Unternehmungen zu erleichtern oder nicht zu erleichtern, wenn sie über legale Mittel hierzu verfügen."

Dies bezieht sich, sagte Sir Edward, auf die Zollerhöhung. Hierin erblickt er den Kernpunkt der ganzen Frage. Er sagt, es wäre vorzuziehen, wenn sich unsere Erklärung bloß auf den Abschnitt Konia—Bagdad bezieht; ist dies aber unmöglich, so müssen wir wenigstens in der Frage der Zollerhöhung keine Verpflichtungen übernehmen, und solange dies der Fall ist, könne er keine kategorischen Einwände erheben.

Auf meine Frage antwortend, erklärte er, daß das Übereinkommen der drei Mächte hinsichtlich der Bagdadbahn, welchem das Londoner Kabinett treu bleibe, nicht beabsichtige, der Herstellung des ganzen Systems der Bagdadbahn bedingungslose Opposition zu machen, sondern nur bezwecke, an dem Tage, an dem die Zustimmung zur Zollerhöhung nötig werden wird, sie gemeinsam und in vollem Einvernehmen zu geben. Wenn wir uns daher in der Zwangslage befinden, einer Klausel zustimmen zu müssen, die den Artikel 1 des Projektes vom 29. November auf das ganze Eisenbahnnetz ausdehnt, so muß doch der letzte Satz seinen bisherigen Sinn behalten, d. h. Rußland ist nach wie vor in der Frage der Zollerhöhung nicht gebunden, da eine Zustimmung seinerseits ein finanzielles Opfer bedingt.

Im entgegengesetzten Falle, sagte der Minister, wäre die ganze Situation verändert.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 8./21. Juni 1911.

Ihre Annahme, daß es mir in diesen Tagen nicht möglich sein wird, mit Grey oder Nicolson zu sprechen, ist richtig. Was aber die in Ihrem Briefe vom 2. Juni berührte Frage anbelangt, so ist eine derartige Aussprache gar nicht nötig. Wie Sie wissen, hat Sir Edward Grey seinen Standpunkt hinsichtlich der Linie Khanekin—Teheran mit der größten Klarheit formuliert, und dieser Standpunkt ist seither vom König in einer wichtigen Unterredung bestätigt worden. Englands Haltung in dieser Frage kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Die englisch-russische Konvention bildet keine Basis, auf der ein englischer Protest gegen eine deutsche Kontrolle der genannten Linie erhoben werden könnte; aber England befürchtet eine derartige Kontrolle so sehr, daß im Falle des Zustande-

kommens der deutschen Kontrolle unsere Konvention mit England erschüttert und ihre politische Wirkung in Frage gestellt wäre, weil dem ganzen Geiste der Konvention des Jahres 1907 zufolge der russische politische Einfluß im Norden Persiens allein maßgebend sein soll, ganz wie der englische im Süden. Eine Eisenbahnlinie unter deutscher Kontrolle gibt dieser Macht ein erstklassiges politisches Interesse in Persien. Also wird England in Teheran auch mit Deutschland rechnen müssen, was Verhandlungen zur Folge haben würde, welche, wie man hier glaubt, Deutschland sehr erwünscht wären. Es ist augenscheinlich, daß sich die ganze Situation zum Schaden unserer Interessen und unserer Stellung in Persien verändern würde. Dies bezieht sich auf die Ausübung der finanziellen Kontrolle von seiten Deutschlands; die soeben geschilderten Folgen müßten um so mehr eintreten, wenn wir auf die Herstellung der Bahn verzichten. Ein derartiger Verzicht würde, man darf daran nicht zweifeln, der englisch-russischen Politik in Persien den Gnadenstoß versetzen, und eine englisch-deutsche Kombination würde an die Stelle der englisch-russischen Konvention von 1907 treten.

Auf Grund dieser Erwägungen, deren politische Folgen übrigens nie so klar ausgedrückt worden sind, wie ich es jetzt tue, hat Sir Edward uns geraten, die finanzielle Seite einstweilen gänzlich beiseite zu lassen.

Dies ist meine direkte Antwort auf die in Ihrem Briefe gestellte Frage.

Eine deutsche Kontrolle würde in England eine starke prinzipielle Opposition hervorrufen, aber eine derartige Möglichkeit ist nicht zu befürchten, da Sir G. Buchanan uns bereits den Einfluß der englischen Regierung auf den Londoner Geldmarkt angeboten hat.

Da weder russisches privates Kapital, noch die Mittel des Reichsschatzamtes zu diesem Zwecke verwendet werden können, scheint eine englische Anleihe, allerdings mit der Garantie der russischen Regierung, zugesichert.

Ich glaube, Sir Edward betont diesen Umstand, um es uns unmöglich zu machen, zu erklären, daß wir die Kontrolle dieser Linie nicht in unsern Händen behalten können. Wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, wird man uns die nötigen

Mittel anbieten, und diese Anleihe ausschlagen oder die betreffende Garantie verweigern, würde bedeuten, nicht daß wir die betreffende Kontrolle nicht behalten können, sondern nicht behalten wollen.

Diese rein finanzielle Erwägung scheint mir aus politischen Gründen in einem bestimmten Sinne gelöst werden zu müssen. Einerseits haben wir uns Deutschland gegenüber verpflichtet, diese Linie zu bauen, andererseits können wir uns über die englischen Einwendungen gegen einen Verzicht zugunsten Deutschlands nicht einfach hinwegsetzen, ohne eine radikale Änderung unserer Beziehungen zu England herbeizuführen.

Die Anleihe wird nötig sein mit oder ohne Regierungsgarantie, je nach den Bedürfnissen des Geldmarktes. Man wird dies bestimmen müssen, wenn der richtige Zeitpunkt kommt, und das beste wäre, wie Grey und auch ich glauben, diese Frage bei unsern Abmachungen mit Deutschland gar nicht zu berühren.

Aber Ihr Brief wirft noch eine andere Frage auf, die in meinen Augen eine ganz besondere Bedeutung annimmt.

Können wir Deutschland versprechen, diese Linie zu einem Zeitpunkte zu bauen, der von Deutschland, nicht von Rußland bestimmt wird, ohne daß wir von der persischen Regierung eine Option für den Bau erhalten haben? Ich glaube, daß man in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten vorauszusehen braucht, selbst wenn Deutschland sich enthalten sollte, in Teheran irgendeinen Druck zugunsten Rußlands auszuüben. Ich glaube, daß energische Schritte Englands und Rußlands etwaige Schwierigkeiten von seiten Persiens leicht überwinden könnten.

Ich werde diese Frage später Sir A. Nicolson gegenüber erwähnen, habe aber keine Zweifel in dieser Hinsicht, denn die englischen Interessen werden durch diese Erwägungen berührt. Als ich ihn darauf hinwies, daß Deutschland im Falle des Abbruches unserer Verhandlungen eine derartige Konzession für sich selbst verlangen würde, gab Sir Arthur dies zu, fügte jedoch hinzu, daß in diesem Falle Rußland und England nichts übrigbleiben würde, als sich zusammen einer derartigen Konzession in Teheran aufs energischste zu widersetzen. Ich halte es nicht für wahrscheinlich daß die persische Regierung ihre Weigerung aufrechterhalten würde. Es ist aber immer gefährlich, etwas

zu versprechen, was man noch nicht hat, und es wäre vielleicht angebracht, sich mit Deutschland zu verständigen, um es eventuell zu einer Intervention zu unsern Gunsten in Teheran zu bewegen.

Sehr vertraulicher Brief des russischen stellvertretenden Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. August/7. September 1911. — Nr. 643.

Mit dem heutigen Kurier wird Ihnen der Wortlaut des deutsch-russischen Abkommens vom 6./19. August übermittelt.

Zu Ihrer persönlichen Information füge ich hinzu, daß wir das Versprechen Deutschlands erlangt haben, keine Zweiglinien der Bagdadbahn in dem Gebiete zwischen dieser und der russischen und persischen Grenze im Norden von Khanekin zu bauen, ebenso derartigen Unternehmungen keine Unterstützung zuteil werden zu lassen, mit Ausnahme der uns schon bekannten Zweiglinien, für die bereits eine Konzession erteilt ist, nämlich: Mossul—Erbil, Diala—Tuskurmatly und Halif—Mardin—Diarbekir—Kharput. Dies Versprechen ist mir vom deutschen Botschafter mündlich gemacht worden und dem Kaiser in der Form eines Berichtes unterbreitet worden, dessen Wortlaut von mir gemeinschaftlich mit dem Grafen Pourtalès verfaßt worden ist.

Von dieser Verpflichtung habe ich Sir G. Buchanan vertraulich Kenntnis gegeben. Sie ist nicht in den Text unseres Abkommens mit Deutschland, auf dessen Wunsch, aufgenommen worden, da sich das Berliner Kabinett in dieser Hinsicht der türkischen Regierung gegenüber offiziell dazu verpflichtet hatte.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Zehntes Kapitel.

Agadir.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 28. Januar/10. Februar 1909.

Seiner Gewohnheit gemäß hat mir der hiesige französische Botschafter die Abschriften der zwischen Frankreich und Deutschland über Marokko ausgetauschten Schriftstücke mitgeteilt, speziell die Briefe, die nicht veröffentlicht werden sollen. Im letzten Augenblicke hat die französische Regierung den Wunsch ausgedrückt, daß der Brief Baron Schöns, welcher ursprünglich nur den Empfang des französischen Briefes bestätigen sollte, außerdem noch eine Wiederholung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen enthalten sollte; diesem Verlangen hat Baron Schön ohne Zögern nachgegeben.

Cambon erzählte mir, daß in den ersten Tagen der letzten Woche die deutsche Regierung das Pariser Kabinett zu dem Abschluß eines Zusatzvertrages zur Algeciras-Akte drängte; daß die französische Regierung über letztere ursprünglich nicht hinausgehen wollte, da sie der Ansicht war, daß es sich um ein Abkommen mit gegenseitigen Zugeständnissen handele; daß übrigens Pichon Jules Cambon in dieser Frage vollkommene Freiheit gelassen habe.

J. Cambon hat die betreffenden Dokumente abgefaßt, die dann von der deutschen Regierung ohne jegliche Diskussion angenommen worden sind. Jules Cambon hat sich hierauf nach Paris begeben, und die Unterschriften wurden ausgetauscht — wie mir mein französischer Kollege sagte, zum großen Erstaunen der französischen Regierung, welcher plötzlich eine privilegierte

Stellung in Marokko von seiten Deutschlands zugestanden wurde, nachdem gegen eine solche früher zu wiederholten Malen von Deutschland Einwendungen erhoben worden waren, welche sogar den Frieden zu bedrohen schienen.

Cambon sagt mir, daß man sich jetzt noch in Paris fragte, wie man sich die deutsche Haltung erklären solle. Man glaubt zwei Antworten finden zu können.

Die erste ist die, daß Deutschlands Politik in dieser Frage die persönliche Stellung des Fürsten Bülow in Berlin erleichtert. Für mich ist dies keine sehr überzeugende Erklärung, denn ich kann nicht einsehen, wie derartige bedeutende Zugeständnisse dem Fürsten Bülow nützen könnten.

Die zweite Antwort scheint mir stichhaltiger. Deutschland verzichtet darauf, Frankreich durch Drohungen willfährig zu machen, und entschließt sich zu einem anderen Mittel; um den gewünschten Eindruck um so vollständiger zu machen, mußte das Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen sein, noch ehe der englische König in Berlin eintraf. Aus diesem Grunde ist das Abkommen am Vorabend des englischen Besuches unterzeichnet worden.

Wie Cambon und die politischen Kreise in Paris annehmen, wünscht Deutschland in hohem Grade, mit England in der einen oder andern Frage, so z. B. bezüglich der Bagdadbahn, ein Übereinkommen zu erzielen. In dieser Hinsicht schien es dem Berliner Kabinett angezeigt, mit Frankreich zu beginnen, um dann England sagen zu können: „Sie sehen, wir haben uns sogar mit Frankreich verständigen können, der mit England am engsten verbundenen Macht; wollen wir nun dasselbe tun?"

Ich antwortete Cambon, daß ich nicht glaube, daß Rußland irgendwelche Einwendungen gegen ein Abkommen erheben würde, welches sich zwar nur auf eine weniger wichtige Frage beziehe, immerhin aber einen möglichen Vorwand zur Bedrohung des Friedens beseitige; ich glaube jedoch, daß die deutsche Regierung noch den Hintergedanken verfolgt, Frankreich die engen Beziehungen zu England weniger nötig zu machen; in dieser Beziehung seien die Verhandlungen zwischen Paris und Berlin für uns nicht ohne Bedeutung.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Cambon erwiderte mir, daß Grey denselben Gedanken geäußert habe; er habe ihm gesagt, daß das neue Abkommen eine neue Garantie für den Frieden darstelle und in dieser Hinsicht gewiß zu begrüßen sei; daß er aber nicht glaube, daß die französisch-deutsche Verständigung eine sehr tiefgehende sei und deshalb wohl ein „Fassadenabkommen" bleiben werde.

Combon fügte hinzu, daß man in Paris dieselbe Auffassung habe, da die marokkanische Frage, so wichtig sie auch habe werden können, im Grunde genommen nur sekundäre und koloniale Bedeutung habe, daß aber die wahren Ursachen der Unmöglichkeit, ein wirkliches Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen, viel zu tief lägen, als daß es möglich wäre, sie durch diplomatische Dokumente zu beseitigen.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 15./28. März 1911.

Ich habe Ihr vertrauliches Telegramm vom 6. März erhalten, das mich beauftragte, dem hiesigen spanischen Botschafter bei der Beilegung des Mißverständnisses zwischen Spanien und Frankreich in der Marokkofrage nach Kräften beizustehen. Nach Empfang dieses Telegramms hat auch Perez Caballero mich aufgesucht und die gleiche Bitte an mich gerichtet.

Die Ausführung dieses Auftrages wurde mir dadurch erleichtert, daß der französische Außenminister mich schon selbst vor einiger Zeit mit den Einzelheiten dieser Frage bekannt gemacht hat. Ich konnte infolgedessen in meinem Gespräche mit Cruppi leicht auf diese Frage zurückkommen, ohne meinen Worten den Anschein einer direkten Einmischung zu geben.

Obwohl die Mißverständnisse zwischen Spanien und Frankreich für uns kein direktes Interesse haben, halte ich es doch für nötig, Sie ganz kurz über diese Frage zu orientieren.

Auf Grund der Bestimmungen der Algeciras-Akte, aber noch mehr auf Grund des halb öffentlichen, halb geheimen französisch-spanischen Abkommens aus dem Jahre 1904 erhebt jetzt das Madrider Kabinett Protest gegen die Bestrebungen Frankreichs, Spanien nicht nur von den allgemeinen Marokkofragen auszuschließen, sondern teilweise Spanien sogar in der eigenen Zone Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Diese Bestrebungen

machen sich hauptsächlich hinsichtlich der Finanzkontrolle, der militärischen Organisation und der Erbauung der Eisenbahn von Tanger nach Fez geltend. Wie der spanische Botschafter mir sagte, strebt Frankreich immer deutlicher danach, sich Marokko endgültig zu unterwerfen, entgegen dem Geiste der Algeciras-Akte und auch der einzelnen französisch-spanischen Verträge. Französischerseits wird entgegnet, daß die von Frankreich getroffenen Maßnahmen nur den Zweck verfolgen, in Marokko derartige Bedingungen zu schaffen, welche für alle europäischen Nationen in gleicher Weise vorteilhaft wären und die deshalb den Bestimmungen der Algeciras-Akte vollauf entsprechen. Die französische Regierung neigt dazu, sich den Spaniern gegenüber, wie Cruppi selbst sagte, wie armen Verwandten gegenüber zu benehmen, und man erhebt in Paris sogar Gegenklagen gegen Spanien, indem man es beschuldigt, eine unnötig große Truppenmenge in der spanischen Zone zu halten und das Prinzip der offenen Tür nicht zu beachten.

Es ist sehr schwer zu sagen, wer recht und wer unrecht hat. Immerhin habe ich mich in meinem Gespräch mit Cruppi enthalten, irgendein Urteil auszudrücken, und nur darauf hingewiesen, wie wichtig es für die allgemeinpolitischen Interessen Frankreichs und Rußlands sei, die spanischen Forderungen zu befriedigen, damit sich dieses Land nicht Deutschland und dem Dreibunde in die Arme wirft. Seit Algeciras sind die Beziehungen Deutschlands zu Spanien sehr kalt und zurückhaltend. Das Madrider Kabinett neigt jetzt eher zum Dreiverband hin, und es wäre bedauerlich, wenn es jetzt bei Deutschland Unterstützung suchen würde. Cruppi erklärte sich mit mir einverstanden und will den spanischen Forderungen möglichst entgegenkommen. Mehr als diese allgemeinen Erklärungen hat er jedoch nicht sagen wollen und vermeidet es augenscheinlich, sich über die einzelnen Punkte der spanischen Note zu äußern. Perez Caballero beklagt sich gerade über diese Unbestimmtheiten der Erklärungen Cruppis, und in diesen Tagen wird er mit dem französischen Außenminister eine Unterredung haben, um von ihm eine bestimmte Antwort zu erlangen. Über das Resultat dieser Unterredung werde ich Ihnen berichten. Wir haben uns mit Perez Caballero geeinigt, daß unsere Anteilnahme an den französisch-spanischen Verhandlungen streng geheimgehalten werden soll.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Vertraulicher Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 31. März/13. April 1911.

Cambon ist soeben aus Paris zurückgekehrt, wohin er seiner Gewohnheit gemäß gefahren war, um mit den Leitern der französischen Politik Rücksprache über die schwebenden Fragen zu nehmen. Wie er mir vertraulich mitteilte, verfolgte er hierbei noch einen andern Zweck, nämlich die Bekanntschaft Cruppis zu machen, den er bisher persönlich nicht kannte. Der neue Minister hat auf den Botschafter den Eindruck eines tüchtigen Advokaten gemacht, der den Wunsch hegt, sich so schnell wie möglich mit allen schwierigen Fragen seines Ressorts bekannt zu machen, der sich aber noch nicht eine bestimmte Meinung gebildet hat.

Cambon ist auch zu den Beratungen über die jetzige Lage in Marokko hinzugezogen worden und ist beauftragt worden, die Zustimmung des Berliner Kabinetts zu einer militärischen Intervention Frankreichs zu erlangen, wenn den in Fez lebenden Europäern eine Gefahr drohen sollte. Bei der ersten Unterredung mit dem deutschen Staatssekretär ist Cambon ein sehr unliebenswürdiger Empfang zuteil geworden, und er ist auf die kategorische Weigerung gestoßen, in irgendeine Beratung einer über die Algeciras-Akte hinausgehenden militärischen Intervention Frankreichs einzutreten. Die Verhandlungen haben sich mehrere Tage hingezogen und waren, wie mir der Botschafter sagte, recht schwierig; zu wiederholten Malen hat er darauf hinweisen müssen, eine wie schwere Verantwortung Deutschland übernehme, wenn die Europäer in Fez niedergemetzelt würden.

Nach langem Sträuben hat ihm der deutsche Staatssekretär, wie Cambon behauptet, eine Antwort übergeben, der zufolge Deutschland im Falle absoluter Notwendigkeit eine militärische Intervention Frankreichs, die Besetzung von Rabat und den Einmarsch französischer Truppen in Fez zuläßt.

Die hiesigen alldeutschen Kreise sind gegen Frankreich sehr erregt und beschuldigen es, die Algeciras-Akte zu verletzen und unter dem Vorwand des Schutzes der europäischen Bevölkerung ein Protektorat über Marokko zu erstreben.

Mir scheint es, daß die Antwort der deutschen Regierung

nicht so günstig war, wie der französische Botschafter es behauptet. Der den Staatssekretär vertretende Unterstaatssekretär Zimmermann sagte mir heute, daß Deutschland dem Pariser Kabinett keine endgültige Antwort hinsichtlich der Möglichkeit einer militärischen Intervention gegeben habe und daß man in Berlin hoffe, daß die Besserung der Lage in Marokko, über die der deutsche Botschafter in Paris und der Konsul in Fez berichten, eine Verletzung der Algeciras-Akte unnötig machen werde.

Es besteht kein Zweifel, daß, wenn Deutschland jemals seine Zustimmung zu einer solchen Verletzung geben sollte, es von Frankreich einen hohen Preis verlangen wird.

Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 15./28. April 1911.

Die Marokko-Frage wird von den Zeitungen der alldeutschen Partei stark geschürt und droht die sich dank den Bestrebungen des hiesigen französischen Botschafters bessernden Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich aufs neue zu gefährden. Obwohl in hiesigen gemäßigten Kreisen die alldeutschen Zeitungsartikel, welche die Aufteilung Marokkos zwischen Deutschland und Frankreich fordern und im Falle einer Weigerung Frankreichs mit energischen Maßnahmen drohen, abgelehnt werden, so kann man sich doch nicht der Einsicht verschließen, daß hier augenblicklich eine allgemeine Erregung gegen Frankreich herrscht.

Die Regierung selbst nimmt eine abwartende Haltung ein und vermeidet es, sich in der offiziösen Presse über die Marokko-Frage zu äußern. Eine derartige Zurückhaltung bezeugt augenscheinlich die Unzufriedenheit der Wilhelmstraße mit dem Vorgehen Frankreichs.

Denselben Eindruck habe ich aus meiner Unterredung mit Cambon gewonnen, welcher soeben mit dem Reichskanzler gesprochen hat.

Der Botschafter war beauftragt worden, Deutschland von den in Frankreich in Aussicht genommenen Maßnahmen Kenntnis zu geben; gleichzeitig hat er mitgeteilt, daß Frankreich beabsichtige, die Souveränität des Scherifs und die Integrität Marokkos unter Beobachtung des Prinzips der offenen Tür aufrechtzuerhalten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Wie mir Cambon sagte, sind seine Erklärungen sehr kalt aufgenommen worden, und man hat ihm zu verstehen gegeben, daß eine Okkupation Fez' durch die Franzosen von Deutschland als eine Verletzung der Algeciras-Akte und des Abkommens vom Jahre 1909 aufgefaßt werden müßte, wodurch das Berliner Kabinett seinerseits freie Hand bekommen würde. Cambon ist über die hiesige Stimmung beunruhigt und beabsichtigt morgen nach Paris zu fahren, um sich mit Cruppi persönlich auszusprechen. Er glaubt, daß die lange Abwesenheit Kiderlens mit dem Wunsche zusammenhängt, offizielle Erklärungen über Marokko möglichst lange hinauszuschieben.

Am Ende der Unterredung hat mir Cambon erklärt, daß in Anbetracht der Unnachgiebigkeit des Berliner Kabinetts eine für Frankreich günstige Lösung der Marokko-Frage von der Unterstützung abhängen wird, die das Pariser Kabinett in seiner jetzigen schwierigen Lage bei seinen Freunden in Petersburg und London finden wird.

Ich kann nicht umhin zu erwähnen, daß in einigen deutschen Zeitungen Delcassé als der eigentliche Urheber der französischen Marokko-Politik angesehen wird.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 26. April/9. Mai 1911.

Sir A. Nicolson hat mir gegenüber nicht verheimlicht, daß die Marokko-Frage das Londoner Kabinett beunruhige. Er glaubt, daß Frankreich gezwungen sein wird, Fez zu besetzen; daß die Lage in der Stadt gefahrdrohend zu sein scheint; daß eine einfache Expedition zum Schutze der Europäer kein besonders beunruhigendes Unternehmen sei, daß aber die Erfahrung aller europäischen Staaten, angefangen mit England, beweise, daß es leichter sei, eine Stadt zu besetzen, als sich wieder zurückzuziehen; daß im Falle einer längeren Dauer der Besetzung von Fez politische Komplikationen entstehen könnten; daß bis jetzt die offiziellen Erklärungen der deutschen Regierung in durchaus ruhigem Tone gehalten seien, daß es aber schwer sei, sich ein Urteil über die Zukunft zu bilden.

Der spanische Botschafter hat andererseits erklärt, daß im

Falle einer französischen Aktion auch Spanien in gewissen Gebieten Marokkos werde vorrücken müssen.

Sir Arthur hat mir gesagt, er habe den Botschafter darauf hingewiesen, wie unbegründet eine solche Annahme ihm erscheine: wenn Frankreich sich zu einer Expedition mit dem bestimmten Zwecke des Schutzes der Europäer entschließe, so ergebe sich hieraus für Spanien keine Berechtigung, in anderen Gebietsteilen Marokkos aktiv vorzugehen, wo die Anwesenheit seiner Truppen durchaus nicht notwendig sei.

Sir Arthur glaubt, daß seine Erklärungen in Madrid gewissen Eindruck gemacht haben, und zwar um so mehr, als er bei dieser Gelegenheit nicht verheimlicht hat, daß, ganz wie anläßlich der letzten Krise die eingegangenen Verpflichtungen das Londoner Kabinett zu einer freundschaftlichen Haltung Frankreich gegenüber veranlaßt hatten, diese Haltung auch im gegebenen Falle die gleiche bleiben werde.

Nicolson hat zu seiner großen Befriedigung erfahren, daß die russische Regierung sich in demselben Sinne geäußert hat. Er erblickt hierin eine ernste Garantie gegen etwaige zukünftige Verwicklungen.

Auszug aus einem vertraulichen Bericht des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 28. April/11. Mai 1911.

. . . . . Was die diplomatische Seite der Marokko-Angelegenheit anbelangt, so fürchte ich, daß Cruppi, welcher durchaus keine diplomatische Erfahrung hat, sich einem gefährlichen und durch nichts gerechtfertigten Optimismus hingibt. Wie Sie bemerkt haben, erwidert er auf alle meine Fragen über den Gang der Verhandlungen in Berlin, daß die deutsche Regierung keine Neigung zeige, sich der Handlungsweise Frankreichs zu widersetzen oder irgendwelche Kompensationen zu verlangen. Ebenso optimistisch, wenn auch viel unzufriedener verhält er sich Spanien gegenüber. Dieser Optimismus scheint sich darauf zu gründen, daß, wenn die französische Regierung fest entschlossen ist, über die Algeciras-Akte nicht hinauszugehen und nicht zu einer beständigen oder auch lange andauernden Okkupation von Fez zu schreiten, weder Deutschland noch Spanien

irgendeinen Grund zu Protesten oder aktiven Maßnahmen hätten. In Wirklichkeit scheint mir jedoch die Lage eine ganz andere zu sein: nach allem, was ich höre, hat das Berliner Kabinett eine sehr gewandte und vorteilhafte Position eingenommen: ohne einstweilen gegen das Vorgehen Frankreichs zu protestieren, behält es sich jederzeit vor, die Algeciras-Akte für verletzt zu erklären. Es ist wahrscheinlich, daß auch Spanien von Deutschland aufgereizt wird. Auf diese Weise bleibt die deutsche Diplomatie die Herrin der Lage und kann die Lage plötzlich verschärfen, je nach der Entwicklung der Ereignisse in Marokko oder sogar je nach den Bedürfnissen seiner innern und äußern Politik. In dieser Hinsicht besteht eine Gefahr, die Cruppi wohl kaum genügend beachtet. Diese Gefahr ist um so größer, als Cruppi, soviel ich beurteilen kann, kein festes Programm in der Marokko-Frage hat und sich unter dem Einflusse verschiedener Strömungen und Umstände befindet. In dieser Hinsicht kann man den Rücktritt Pichons nur bedauern, welcher zwar augenblicklich scharf kritisiert wird, welcher aber genau wußte, was er in Marokko wollte, und sich nicht von den hier wie überall bestehenden chauvinistischen Kreisen beeinflussen ließ.

Zum Schluß will ich bemerken, daß meine Befürchtungen auch von denjenigen der hiesigen Botschafter geteilt werden, welche mit mir am aufrichtigsten sind, nämlich den Vertretern Englands und Italiens. Es ist erwähnenswert, daß Bertie persönlich glaubt, Deutschland warte nur den günstigen Augenblick ab, um die Algeciras-Akte als nicht mehr bestehend zu erklären und um dann ein oder zwei Häfen, u. a. Mogador, zu besetzen. Dadurch wäre den englischen Interessen ein schwerer Schlag versetzt, durch den die englischen Verbindungswege mit Südafrika bedroht wären.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 10./23. Mai 1911.

Cambon hat mir gestern einige Einzelheiten über den hiesigen Aufenthalt Kaiser Wilhelms mitgeteilt. Er hat mir die Worte Sir Arthur Nicolsons bestätigt — nämlich, daß Seine Majestät sich jeder politischen Unterredung mit den englischen Staatsmännern enthalten habe.

Nur der deutsche Botschafter Graf Metternich ist zu Grey gekommen und hat ihn gefragt, welches die Haltung Englands in der Marokko-Frage sei und sein werde und was das Londoner Kabinett von dem Vormarsch der Franzosen auf Fez halte. Sir Edward hat geantwortet, daß die Abmachungen zwischen England und Frankreich ersterem die Verpflichtung auferlegen, Frankreich zu unterstützen; daß die englische Regierung die Ansicht habe, daß Frankreich nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet sei, die Interessen der Franzosen, Engländer und anderer Ausländer in der marokkanischen Hauptstadt zu schützen; daß die Lage in Fez sich täglich verschlimmere und daß infolgedessen die Intervention Frankreichs für die ganze Welt von Nutzen sei.

Der deutsche Botschafter, dessen Sprache übrigens Vertrauen und durchaus freundschaftliche Gefühle ausdrückte, stellte diese Erwägungen nicht in Abrede und beschränkte seine Erklärungen auf den Fall, daß die französische Okkupation von Fez längere Dauer haben sollte. Sir Edward erwiderte, daß selbst in diesem Falle der englische Standpunkt der gleiche bleiben würde und daß er nicht glaube, daß die deutschen Interessen dadurch verletzt würden, da auf Grund des zwischen Deutschland und Frankreich geschlossenen Abkommens Deutschland auf jeden politischen Einfluß unter der Bedingung verzichtet habe, daß seine ökonomischen Interessen in Marokko gegen alle politischen Verwicklungen geschützt würden. Graf Metternich hat hierauf die versöhnlichen und friedliebenden Absichten der deutschen Regierung beteuert, jedoch der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß irgendwelche unerwartete Ereignisse die Lage gefährden könnten. Sir Edward hat hierauf erwidert, daß England in jedem Falle und unter allen Umständen seinen Verpflichtungen Frankreich gegenüber nachkommen werde.

Cambon sagt mir, daß Sir Edward, der einen Augenblick durch die Marokko-Frage sehr beunruhigt gewesen sei, nach dieser Unterredung mit größerer Zuversicht in die Zukunft blicke. Es ist unnötig, darauf hinzuweisen, daß die Anwesenheit des deutschen Monarchen in London den Erklärungen des Grafen Metternich eine besondere Bedeutung verleiht.

Die Haltung Spaniens hat hier und in Paris beunruhigt.

Einerseits findet man es ziemlich natürlich, daß die spanische öffentliche Meinung durch die Ereignisse in Marokko erregt ist. Man fragt sich aber immerhin, ob die energische Haltung des Madrider Kabinetts, welche die Möglichkeit von Komplikationen mit Frankreich nicht ausschließt, eine ganz unabhängige sei. Die Okkupation von Fez durch die Franzosen und von Tetuan durch die Spanier öffne einer Aufteilung Marokkos die Tür, was gefährliche Folgen haben könne. Immerhin scheinen die letzten Nachrichten aus Madrid besser zu sein, und der König selbst hat erklärt, daß die spanischen Truppen Tetuan nicht besetzen werden.

Cambon sagte mir, daß diese Unterredung des deutschen Botschafters mit Grey das einzige politische Gespräch zwischen den englischen und deutschen Staatsmännern anläßlich der Anwesenheit des Deutschen Kaisers in London gebildet habe.

Ich fragte heute Nicolson, ob die Bagdadfrage in irgendeiner Weise erörtert worden wäre. Er antwortete mir, daß sie mit keinem Wort berührt worden sei.

Es ist wahr, daß Kaiser Wilhelm eine lange Unterredung mit Asquith gehabt hat. Der König hat den Premierminister hierüber befragt und die Antwort erhalten, daß das Gespräch an und für sich ein sehr interessantes gewesen sei, aber eher einen historischen und wissenschaftlichen Charakter gehabt habe: man habe sich über den wechselseitigen Einfluß der menschlichen Rassen aufeinander und die Überlegenheit einzelner derselben unterhalten.

Die hiesige Presse hat der Person des Monarchen und der Kaiserlichen Familie einen sehr warmen Empfang bereitet, sich jedoch in politischer Hinsicht zurückhaltend gezeigt.

Der Aufenthalt Kaiser Wilhelms in London ist entschieden ein großer Erfolg gewesen. Mehr als je hat der Kaiser es verstanden, sich die Sympathien des englischen Publikums zu gewinnen, und in dieser Hinsicht hat seine Anwesenheit entschieden dazu beigetragen, nationale Antipathien zu überwinden und die gemeinsamen Anstrengungen, bessere Beziehungen herzustellen, zu ermutigen; was aber die realen politischen Tagesfragen anbelangt, so glaube ich nicht, daß irgendwelche positive Resultate erzielt worden sind.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

P. S. Ich habe Sir Edward Grey gesprochen, nachdem dieser Brief bereits geschrieben war. Er hat mir bestätigt, was mir Cambon über seine Unterredung mit dem deutschen Botschafter gesagt hatte, und hat dabei ein Wort wiederholt, welches Cambon mir gegenüber erwähnt hat, welches ich jedoch in diesem Briefe zu gebrauchen zögerte, weil ich nicht ganz sicher bin, daß Cambon einen englischen Ausdruck richtig anwendet: Graf Metternich hat gefragt, welches die Folgen sein würden, wenn die marokkanische Regierung unter französischen Einfluß falle und die Algeciras-Akte verletzt würde. Sir Edward hat erwidert, daß im Falle von Verwicklungen alle englischen Verpflichtungen „operative" (in Kraft treten) werden würden.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 22. April/5. Mai 1911. — Nr. 559.

Ich bitte Sie, der französischen Regierung gegenüber zu betonen, daß unsere freundschaftlichen Vorstellungen in Berlin zu einem günstigen Resultate geführt und wir von Deutschland eine sehr zufriedenstellende Antwort erhalten haben. Drücken Sie bei diesem Anlasse die Hoffnung aus, daß wir, wenn nötig, von Frankreich in ähnlicher Weise unterstützt werden werden.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 28. April/11. Mai 1911.

Ihr Telegramm Nr. 559 erhalten. Da Cruppi im Begriff steht, nach Brüssel abzureisen, und unsere Mitteilung einen möglichst großen Eindruck auf das Pariser Kabinett machen soll, habe ich mich entschlossen, Cruppi schriftlich von den von uns in Berlin unternommenen Schritten zu benachrichtigen. Der Minister hat mir soeben mit einem Briefe geantwortet, aus dessen Wortlaut hervorgeht, daß Frankreich der ihm zuteil gewordenen Unterstützung volle Anerkennung zollt.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Berlin an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 7./20. Mai 1911.

Ich halte es für nötig, Ihnen zwei Artikel aus der Kölnischen Zeitung vom 13. und 15. Mai zuzuschicken, welche offi-

ziöse Mitteilungen über die Verhandlungen in der Marokko-Frage enthalten. Der erste Artikel ist durch die Bestrebungen einiger politischer Kreise in Paris, London und sogar Wien hervorgerufen, welche den Meinungsaustausch zwischen uns und Berlin hinsichtlich Marokkos so darzustellen versuchen, als ob Rußland auf Deutschland einen Druck ausgeübt hat, um es zu verhindern, der französischen Politik in Marokko Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Diese Andeutungen, die von einigen Wiener Blättern gemacht worden sind, werden hier auf französischen und englischen Einfluß zurückgeführt. Sie verfolgen augenscheinlich die Absicht, die Unzufriedenheit der öffentlichen Meinung und besonders alldeutscher Kreise zu erregen und die deutsche Regierung zu beschuldigen, Rußland gegenüber allzu große Nachgiebigkeit und Schwäche gezeigt zu haben. Auf diese Weise hoffte man die sich bessernden Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland durch eine Zeitungspolemik zu stören.

Die Zeitungen der Alldeutschen Partei haben in der Tat die führenden Persönlichkeiten der deutschen Politik aufs heftigste angegriffen, und zum ersten Male seit Übernahme des Auswärtigen Amtes ist Kiderlen-Wächter nicht nur wegen der Marokko-Frage, sondern auch wegen der Potsdamer Zusammenkunft, die zu keinen positiven Resultaten geführt habe, heftigen Beschuldigungen ausgesetzt gewesen.

Das Berliner Kabinett hat den gefährlichen Weg einer Pressekampagne nicht betreten wollen, und in der zweiten Mitteilung, welche eine Antwort auf den Artikel der „Rossia" enthält, wird es vermieden, irgendeine Meinungsverschiedenheit zwischen Petersburg und Berlin hinsichtlich der französischen Politik in Marokko zu betonen. Aus meiner Unterredung mit Bethmann Hollweg habe ich jedoch ersehen, daß in Wirklichkeit der Reichskanzler sich zu den Erklärungen unseres offiziösen Organs anders stellt. Er sagte mir, er habe auf unsere Mitteilung keine Entgegnung machen wollen, doch könne er mir nicht verheimlichen, daß der in einer offiziösen Mitteilung erwähnte Zusammenhang zwischen zwei Fragen, die in Wirklichkeit nichts gemein haben, wie Marokko und unsere persischen Verhandlungen, auf ihn einen äußerst unangenehmen Eindruck gemacht

habe; auch scheine es ihm, daß die Erwähnung von noch nicht abgeschlossenen vertraulichen Verhandlungen zwischen zwei Regierungen nur dann den Gegenstand von offiziösen Mitteilungen machen könne, wenn vorher ein Einvernehmen über eine derartige Mitteilung erzielt worden ist.

Ich halte es für angebracht, Ihnen diesen persönlichen Standpunkt des Reichskanzlers nicht zu verheimlichen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 9./22. Mai 1911. — Nr. 635.

Ich teile vollkommen Ihre Ansicht, daß es wünschenswert ist, Spanien von einem energischen Vorgehen in der Marokko-Frage abzuhalten. Ich halte es jedoch für besser, wenn Frankreich und Spanien sich direkt verständigen, wie Cruppi dies vorgeschlagen hat, und ehe wir daher unsererseits irgendwelche Schritte unternehmen, sollten wir das Ergebnis der französisch-spanischen Verhandlungen in Madrid abwarten.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 11./24. Mai 1911.

Ich habe Ihnen heute morgen telegraphiert, daß die französischen Truppen unter General Mouanier vorigen Sonntag in Fez eingerückt sind. Sie haben unter den Mauern von Fez keinen Widerstand gefunden, und die europäischen Kolonien sind unversehrt.

Ich habe Cruppi soeben gesprochen und ihm zu dem guten Ausgange der Expedition gratuliert. Ich fand ihn in freudiger Stimmung; er sprach in begeisterten Ausdrücken über den französischen General, dem die Zeitungen und die öffentliche Meinung allzu große Langsamkeit vorgeworfen hatten, der aber in Wirklichkeit große Voraussicht und Energie an den Tag gelegt hat.

Auf meine Frage, welches nun das weitere Programm der französischen Regierung in Marokko sei, gab mir Cruppi folgende Erklärung:

„Die französische Regierung hat den Mächten erklärt, daß sie sich im Rahmen der Algeciras-Akte halten werde und daß

die französischen Truppen Fez nur ‚so lange als durchaus nötig' besetzen werden; von dieser Erklärung wird Frankreich nicht abgehen; die Okkupation von Fez wird so lange dauern, als es nötig sein wird, um die Stellung des Sultans Mulei-Hafid und des Maghzen zu stärken. Zu diesem Zwecke verfügt Frankreich über ein Mittel — nämlich die auf Grund früherer Abmachungen in Marokko bereits bestehende französische Militärmission unter Oberst Mangin. Mit Hilfe dieser Mission wird eine genügend starke marokkanische Armee geschaffen werden; es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nach der glänzenden französischen Expedition nach Fez das Ansehen des französischen Vertreters und der französischen Regierung sehr gestiegen sein wird, und dies ist eine Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Sobald dies Ziel erreicht sein wird, wird die französische Regierung die Truppen nach Casablanca zurückrufen, und das Pariser Kabinett zweifelt nicht, daß alle Mächte ohne Ausnahme sich von seiner Aufrichtigkeit und Loyalität überzeugen werden."

In der weiteren Unterredung berührte ich Spanien und fragte, wie weit die Verhandlungen mit der Madrider Regierung geführt hätten. Der Minister sagte, er habe es nicht für nötig gehalten, die letzten spanischen Vorschläge zu beantworten, um nicht ihre Unannehmbarkeit zu betonen. Er habe jedoch dem französischen Botschafter in Madrid Instruktionen zukommen lassen, die eine ganze Reihe praktischer Zugeständnisse enthalten, welche seiner Ansicht nach Spanien befriedigen müßten. „Ich versichere Sie," sagte mir Cruppi, „daß ich bereit bin, für Spanien alles Mögliche und Unmögliche zu tun; aber eins können wir nicht tun — die uns in verschleierter Form angebotene Teilung Marokkos annehmen, da eine solche einer dritten Macht das Recht geben würde, auch für sich einen Teil Marokkos zu beanspruchen. Die Spanier haben die Manie der Nachahmung: jedes Vorgehen unsererseits in Marokko ruft ein ähnliches Vorgehen der Spanier hervor, selbst wenn dazu gar kein Grund vorliegt. So haben z. B. die spanischen Truppen soeben Stellungen in der Entfernung einiger Kilometer von Tetuan bezogen. Wenn sie sodann Tetuan selbst besetzen sollten, so wird dies einen Protest Frankreichs und auch der andern Staaten, d. h. vor allem

Englands, hervorrufen. Immerhin bin ich überzeugt, daß wir uns mit Spanien einigen müssen."

Ich habe keinen Grund, die Wahrhaftigkeit Cruppis zu bezweifeln, doch bin ich immer noch nicht überzeugt, daß sein Optimismus berechtigt ist. Auf meine Frage, ob er mir, wenn auch nur annähernd, sagen könne, wie lange die Franzosen Fez besetzen werden, antwortete er mir ausweichend, und ich glaube, er gibt sich nicht Rechenschaft darüber, wie schwer das von ihm in Aussicht genommene Programm ausführbar ist.

Wie dem auch sei, der erste Akt des Marokko-„Schauspiels" ist jedenfalls glücklich zu Ende geführt; nun beginnt aber das zweite und viel gefährlichere Stadium. Wie ich es schon in meinem letzten Briefe sagte, würde eine gleichzeitige innerpolitische Krise in Frankreich eine große Gefahr bedeuten.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 19. Juni/2. Juli 1911.—Nr. 811.

Dringend. Der französische Botschafter ist im Auftrage seiner Regierung mit uns in einen Meinungsaustausch über die Lage getreten, die durch den Entschluß der deutschen Regierung geschaffen worden ist, ein Kriegsschiff in den marokkanischen Hafen Agadir zum Schutze der deutschen Untertanen zu schicken.

Die französische Regierung gibt sich Rechenschaft über den Ernst des angewandten Mittels und scheint deswegen zu zögern. Ich habe einige Seiten der Frage betont, welche reifliche Überlegung erfordern. Da Deutschland seinen Entschluß zur Kenntnis aller Mächte gebracht hat, so kann man nicht damit rechnen, daß es ihn nicht ausführen wird. Wir haben es also mit einer Tatsache zu tun. Die militärische Seite hat untergeordnete Bedeutung; der Zweck ist ein diplomatischer — die politischen Interessen Deutschlands zu schützen, da die formalen Bestimmungen der Algeciras-Akte schon früher verletzt worden sind. Wahrscheinlich wünscht Deutschland mit Frankreich neue Verhandlungen über Marokko zu führen und will sich hierbei auf eine vollendete Tatsache stützen. Aus den Erklärungen des hiesigen französischen Botschafters geht hervor, daß Frankreich vielleicht ein Kriegsschiff nach Mogador schicken wird, um die deutsche mili-

tärische Maßnahme mit einer gleichen zu beantworten, und zwar unter dem einfachen Vorwande, die Polizei in Mogador auf Grund der Algeciras-Akte verstärken zu wollen. Was die diplomatische Seite anbelangt, so hat sich der französische Botschafter zugunsten internationaler Verhandlungen ausgesprochen, worin ich beistimme, und will nicht direkte Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland führen, da dies einerseits einen friedlichen Ausgang mehr in Frage stellen könnte und andererseits hinsichtlich unserer Beteiligung an den Verhandlungen nicht zweckmäßig wäre. Deshalb muß man annehmen, daß die französische Regierung in ihrer Antwort an das Berliner Kabinett sich auf internationale Akte stützen und dieselbe allen Teilnehmern der Algeciras-Konferenz mitteilen wird. Dem Gedanken einer Konferenz steht der französische Botschafter ablehnend gegenüber.

Da diese ganze Angelegenheit das Londoner Kabinett noch mehr als uns berührt, so möchten wir unsere Haltung der englischen genau anpassen. Ich bitte Sie daher, uns die Ansichten der englischen Regierung umgehend mitzuteilen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 20. Juni/3. Juli 1911. — Nr. 135.

Ihr Telegramm 811 erhalten. Habe dessen Inhalt Nicolson mitgeteilt. Er antwortet, daß die Frage so ernst sei, daß sie morgen vom Ministerrat geprüft werden wird. Er will mir das Resultat morgen mitteilen. Cambon und Metternich hat er dieselbe Antwort wie mir gegeben.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 20. Juni/3. Juli 1911. — Nr. 136.

Metternich hat hier die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir zum Schutze der deutschen Interessen angekündigt, und zwar hätten die deutschen Untertanen der Umgebung hierum gebeten. Er hat versichert, daß das Schiff zurückgerufen werden wird, sobald die Sicherheit in Marokko wiederhergestellt ist. Nicolson hat den Botschafter darauf hingewiesen,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

daß Agadir kein offener Hafen sei und daß er keine Kenntnis davon habe, daß Ausländer in der Umgebung wohnen. Metternich sagt, daß eine ähnliche Mitteilung in Paris und Madrid erfolgt ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 20. Juni/3. Juli 1911. — Nr. 137.

Im Auftrage seiner Regierung hat Metternich obiger Erklärung folgendes hinzugefügt: Die deutschen Informationen bestätigen nicht die Ereignisse, die das Vorgehen Frankreichs und Spaniens hervorgerufen haben. Die Handlungsweise dieser beiden Mächte macht die Algeciras-Akte illusorisch. Das deutsche Kriegsschiff wird zurückberufen werden, sobald die französischen und spanischen Streitkräfte sich zurückgezogen haben werden. Deutschland ist bereit, mit Frankreich, Spanien und auch England neue Verhandlungen über Marokko aufzunehmen. Die deutsche Regierung gibt zu, daß diese Verhandlungen schwierig sein werden, doch halte sie die Schwierigkeiten nicht für unüberwindlich.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 20. Juni/3. Juli 1911. — Nr. 138.

Wegen der deutschen Zusatzerklärung hält Nicolson die Lage wenn nicht für beunruhigend, so doch für sehr ernst. Die gesamte Londoner Presse hebt den Ernst der Lage hervor und zeigt Sympathien für Frankreich. Allein die Westminster Gazette bemüht sich, die Bedeutung des Zwischenfalles abzuschwächen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 22. Juni/5. Juli 1911. — Nr. 139.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 135. Grey hat gestern dem Grafen Metternich mündlich geantwortet, daß England sich auf keinen Fall an den Marokko-Fragen desinteressieren könne, da die englischen Interessen in Marokko bedeu-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

tender als diejenigen Deutschlands seien und England außerdem Frankreich gegenüber Verpflichtungen übernommen habe, die es in jedem Falle erfüllen werde. Das Erscheinen eines deutschen Kriegsschiffes in Agadir schaffe eine neue Lage, und England könne keiner Lösung zustimmen, an der es nicht selbst teilgenommen habe. Der Wortlaut dieser Antwort ist gestern vom Kabinett festgesetzt worden.

In Beantwortung meiner Frage, ob es seiner Ansicht nach vorzuziehen sei, alle Signatarmächte der Algeciras-Akte mit der Lage zu befassen oder aber zu Verhandlungen zwischen den am meisten interessierten Mächten zu schreiten, erwiderte Grey, daß Frankreich die am meisten interessierte Macht sei, daß er ihm die Initiative überlasse und die französische Ansicht unterstützen werde. Persönlich glaubt er, daß augenblicklich direkte Verhandlungen zwischen Deutschland, Frankreich, Spanien und England vorzuziehen seien und eine Konferenz erst im Notfall einberufen werden müsse. Grey bittet Sie, diese Mitteilung als ganz vertraulich zu betrachten.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 22. Juni/5. Juli 1911.

Ich habe meinem Telegramm Nr. 139 nur weniges hinzuzufügen. Die vom Ministerrate beschlossene Antwort ist ernst, schließt jedoch weitere Verhandlungen nicht aus, unter der Bedingung jedoch, daß England sich an denselben im Hinblick sowohl auf seine eigenen Interessen als auch auf sein Abkommen mit Frankreich beteiligt.

Grey ist von der Art und Weise des deutschen Vorgehens wenig erbaut, faßt jedoch die Lage nicht tragisch auf. Er sagte mir, er gebe sich nicht genau Rechenschaft, welches die Beweggründe Deutschlands gewesen seien. Der Vorwand, deutsche Interessen in einem geschlossenen Hafen schützen zu wollen, kann nicht ernst genommen werden. Er hat dies dem deutschen Botschafter gegenüber hervorgehoben und gesagt, die englischen Interessen seien größer als die deutschen. Metternich hat auf dieser Erwägung nicht weiter bestanden. Im übrigen, sagte der Minister, wenn es sich um den Schutz von deutschen Interessen handelt, so würde ja nach der Wiederherstellung der Ord-

nung die Zurückberufung der französischen und spanischen Truppen auch die Entfernung des deutschen Kriegsschiffes nach sich ziehen — und dann wäre der status quo ante wiederhergestellt.

Es ist möglich, sagte der Minister, daß Deutschland einfach etwas erhalten will. In diesem Falle muß man sehen, ob es sich um eine Kompensation handelt, gegen die weder Frankreich noch England etwas einzuwenden hat, denn die Zustimmung beider Länder müsse erhalten werden, da ihre Interessen nicht die gleichen sind. Ich glaube, der Minister spielt auf die Möglichkeit der Abtretung eines Hafens zugunsten Deutschlands an; dies würde in England Schwierigkeiten hervorrufen und würde wohl kaum zugelassen werden, selbst wenn die Interessen Frankreichs dadurch nicht direkt in Mitleidenschaft gezogen würden.

Ich fragte Sir Edward, wie er sich den weiteren Gang der Verhandlungen vorstelle. Er sagte mir, er würde einen französischen Vorschlag annehmen; persönlich bevorzuge er jedoch direkte Verhandlungen zwischen Frankreich, Deutschland, Spanien und England. Graf Metternich hat nichts gesagt, was eine Ablehnung der Beteiligung Englands an diesen Verhandlungen bedeuten könne. Dies ist aber eine in der englischen Antwort klargestellte Bedingung.

Seit dem Entstehen des Zwischenfalles hat die englische Presse eine entschiedene, aber nicht aggressive Haltung angenommen. Nur die Daily News ist offen antifranzösisch, und die Westminster Gazette hat einen Artikel veröffentlicht, der von Deutschland inspiriert scheint.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 23. Juni/6. Juli 1911. — Nr. 142.

Die Erklärungen von Pourtalès, über die Sie mir berichten, beschränken sich auf die offizielle Mitteilung, die das Berliner Kabinett verschiedenen Mächten gemacht hat. Pourtalès verliert die zweite Erklärung aus den Augen, die hier in London abgegeben worden ist und von der er vielleicht keine Kenntnis hat. Diese zweite Erklärung stellt die Lage ganz anders dar. Der Schutz der deutschen Untertanen ist gar nicht mehr erwähnt. Die Entsendung des deutschen Kriegsschiffes nach Agadir ist

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

mit der französischen und spanischen militärischen Einmischung begründet, die die Algeciras-Akte verletzt und illusorisch gemacht hat. Metternich hat erklärt, daß eine Rückkehr zum status quo ante ihm schwierig erscheine. Die unvollständigen Erklärungen des Grafen Pourtalès verfolgen vielleicht den Zweck, unsere Haltung und unsere diplomatische Aktion zu beeinflussen. Nicolson bittet uns, die Mitteilung, die er mir gemacht hat, geheimzuhalten. Ich wiederhole, daß man hier die Lage für ernst hält, aber nicht beunruhigt ist. Was vor allem beunruhigt, ist das Ausbleiben von allen Nachrichten über die Ereignisse in Agadir.

Persönlicher und sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 6./19. Juli 1911.

Was Marokko anbelangt, so verfügen Berlin und Paris über bessere Informationen als ich. Ich möchte jedoch immerhin einige Punkte hervorheben. Grey ist optimistisch; Nicolson sieht alles ziemlich grau. Offen gesagt hat dieser niemals geglaubt, daß Deutschland zu einem so folgenschweren und unerwarteten Vorgehen greifen werde, wenn es nicht irgendein großes Ziel im Auge habe. Auch glaubt er, und ich teile diese Ansicht, daß man in Berlin die Entspannung in der öffentlichen Meinung Englands und Deutschlands allzu oberflächlich beurteilt hat. Der Anschein mochte eine derartige Annahme als berechtigt erscheinen lassen, wenn man aber in Berlin mit der Möglichkeit einer beinahe neutralen Haltung Englands rechnen zu können glaubte, so hat man sich geirrt und in der Tat hat die Antwort Greys und die Erklärung Asquiths überrascht. Die deutsche Demonstration hat nach all den deutschen Besuchen, in deren Verlauf, abgesehen von einer Anfrage des Grafen Metternich, von Politik niemals die Rede gewesen ist, die Fortschritte, welche der deutsche Einfluß hier gemacht hatte, wieder weggewischt.

Aber die deutsche Fahne ist in Agadir. Daß sie wegen einer einfachen Grenzverbesserung oder der Wiederaufnahme irgendwelcher sekundärer Verhandlungen wieder zurückgezogen werden wird, ist kaum wahrscheinlich. Dies würde eigentlich einen Mißerfolg bedeuten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nicolson hat mir unter dem Siegel des größten Geheimnisses mitgeteilt, daß Metternich, der nicht mit ihm zu verhandeln liebt und fast niemals zu ihm kommt, ihn vor ein paar Tagen wegen einer geringfügigen Sache aufgesucht und ihm dann plötzlich (Nicolson ist fest überzeugt, daß der Botschafter sozusagen eine Warnung aussprechen wollte) folgende Rede gehalten hat: Zwischen 1866 und 1870 ist Deutschland ein großer Staat geworden, siegreich über all seine Feinde, aber gerade das besiegte Frankreich und England haben sich seither die Welt geteilt, während Deutschland nur Brocken erhalten hat; der Augenblick ist jetzt für Deutschland gekommen, berechtigte Ansprüche zu stellen.

Sie kennen gewiß besser als ich die Unterredung zwischen Kiderlen und Cambon. Nach dem, was mir Nicolson und der hiesige französische Geschäftsträger sagen, stellt es sich heraus, daß Deutschland wenn nicht den ganzen, so doch einen sehr großen Teil des französischen Kongos beansprucht, und zwar sind die deutschen Ansprüche so groß, daß ein Übereinkommen schwierig erscheint. Ich habe alle beide gefragt, was die unmittelbare Folge eines Abbruches der Verhandlungen sein würde. Beide haben mir geantwortet: Zuallererst wird Deutschland in Agadir bleiben, was es vielleicht in Wirklichkeit bezweckt.

Ist dies richtig, so kann die Lage gefährlich werden. Man darf sich hierüber keine Illusionen machen. Es ist wahr, daß Deutschland seine Karten nur zögernd zeigt, und alles kann sich noch ändern. Die Ankunft Gwinners in Paris hat bei vielen den Glauben erweckt, daß es sich im Grunde genommen um Bagdad handelt. Vielleicht als sekundäre Erwägung, aber ich glaube nicht, als eigentlicher Grund. Übrigens scheint es, daß der Besuch Gwinners nur von kurzer Dauer gewesen ist.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 19. Juli/1. August 1911.

Ich habe in der letzten Woche eine Reihe von Telegrammen an Sie abgeschickt, aus denen Sie ersehen, daß das Berliner Kabinett in London mehrere Erklärungen abgegeben hat, von denen die letzte so verschieden von allen vorhergehenden ist, daß man annehmen müßte, die deutsche Regierung habe im

letzten Augenblicke eingesehen, daß sie zu weit gegangen ist und daß nur ein versöhnlicher Ton der Gefahr eines unmittelbaren Zusammenstoßes mit England vorbeugen kann. In der Tat hat die englische Regierung unter dem Eindrucke der Sprache des Grafen Metternich die Lage als sehr ernst betrachtet, ohne daß ich in London das geringste Zaudern bemerkt hätte. Immerhin wollte es die englische Regierung vermeiden, eine an und für sich schon gespannte Lage noch zu verschärfen, und hat deshalb auf den Plan verzichtet, englische Kriegsschiffe in die atlantischen Häfen Marokkos zu entsenden. Am 12./25. Juli hat Grey mich gebeten, ihn aufzusuchen, und mir die Erklärung mitgeteilt, die ihm der deutsche Botschafter am Tage vorher gemacht hatte. Euere Exzellenz kennt den Wortlaut dieser Erklärung, welche ein verschleiertes Ultimatum an die Adresse Frankreichs zu sein schien, welche aber, in London mitgeteilt, augenscheinlich bezweckte, die englische Regierung in der einen oder anderen Weise verantwortlich zu machen.

Sir Edward sagte mir, daß wir als Bundesgenossen Frankreichs ein Recht hätten, über die wahre Lage genau orientiert zu sein. Er sprach anfangs von verschiedenen wenig freundschaftlichen Unterredungen mit dem deutschen Botschafter, ohne irgendwelche Einzelheiten anzugeben und ohne mehr zu sagen, als daß seine eigenen Antworten den Umständen und der Sprache des deutschen Botschafters angepaßt gewesen seien. Erst am Tage nach der ministeriellen Erklärung Asquiths im Unterhause erzählte mir Sir Edward, daß die erste stürmische Unterredung stattgefunden habe, als Graf Metternich in außerordentlich schroffen Ausdrücken eine Erklärung über die Rede Lloyd Georges verlangt habe. Diesmal fragte ich ihn, was er geantwortet habe. Nach einigem Zögern sagte er, er wolle mir seine Antwort nicht verheimlichen, doch läge ihm daran, daß diese Antwort nicht bekannt würde und daß er mir ein Geheimnis anvertraue. Er hat nämlich dem deutschen Botschafter geantwortet, seine, des Botschafters, Worte seien derart, daß das Gefühl der nationalen Würde es ihm unmöglich mache, zu antworten oder eine Erklärung abzugeben. Der Botschafter hat sich hierauf zurückgezogen.

Obwohl ich am Tage der von Asquith abgegebenen Er-

klärung die soeben geschilderten Einzelheiten noch nicht kannte, war ich doch über die Mäßigung des Asquithschen Tones sehr erstaunt.

England vereinfachte die ganze Frage, indem es seine Interessen genau umschrieb, alle feindlichen Absichten in Abrede stellte und die Hoffnung auf eine friedliche Lösung ausdrückte.

Asquith brachte denselben Abend in meinem Hause zu. Er schien von der Zustimmung, die seine Erklärungen in allen Teilen des Parlamentes gefunden hatten, sehr bewegt, und die Demonstration im Unterhause hatte um so mehr Eindruck gemacht, als sie am Tage nach einer Sitzung stattfand, die in ihrem stürmischen Verlaufe alles übertroffen hatte, was das englische Parlament im letzten Jahrhundert gesehen.

Asquith löste das Geheimnis, indem er mir erzählte, daß der Text seiner Erklärung vom Ministerrate im letzten Augenblicke festgesetzt worden war, und zwar als Folge und unter dem Eindrucke von Erklärungen, die diesmal nicht Graf Metternich, sondern Kühlmann Grey gemacht hatte.

Nichts konnte erstaunlicher sein, sagte der Erste Minister, als der vollständige Wechsel der Sprache und der Haltung.

Kühlmann hatte ohne jede Erwähnung der früheren Unterredungen einfach die versöhnlichen und friedliebenden Absichten des Berliner Kabinetts bekundet und bat die englische Regierung, Deutschland bei diesen Bestrebungen zu unterstützen. Asquith sagte mir, die englische Regierung habe diesem Ersuchen Rechnung tragen müssen, und seine Erklärungen im Parlamente wären die Folge gewesen. In Wirklichkeit hatten sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nur wenig geändert, und Englands Standpunkt war genau der gleiche geblieben, aber die plötzlich entstandene Spannung zwischen England und Deutschland war verschwunden. Denn man darf sich nicht verhehlen — noch ein Schritt weiter, und ein Krieg zwischen England und Deutschland wäre ausgebrochen, zwar als Folge des deutsch-französischen Zwistes, aber unabhängig von demselben.

Dies ist auch heute noch die Lage: der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland besteht weiter, die Haltung Englands hat sich nicht verändert, aber ein unmittelbarer Konflikt zwischen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

England und Deutschland ist infolge der Erklärungen Deutschlands vermieden. Man hat hier den Eindruck, daß Deutschland auch Frankreich gegenüber versöhnlichere Saiten angeschlagen hat. Man hat die Überzeugung gewonnen, daß, wenn Deutschland auch nicht beabsichtigt, auf ernstliche Zugeständnisse von seiten Frankreichs zu verzichten, Deutschland doch auf alle Fälle keinen Krieg wünscht.

Es ist außerordentlich schwer, eine Erklärung sowohl für die frühere Haltung Deutschlands als auch für die spätere Änderung derselben zu finden. Ich gestehe, ich sehe nur einen Grund: Deutschland hat sich in seiner Einschätzung der englischen Haltung völlig geirrt. Die Fortschritte der Popularität Deutschlands in England, die allerdings unbestreitbar vorhanden, aber bis jetzt doch noch oberflächlich sind, mußten, wie man in Berlin zu glauben schien, das Übergewicht über die Popularität der Entente cordiale erlangen.

Eine derartige Annahme konnte auf der Sprache eines Teiles der englischen Presse und einiger politischer, sogar konservativer Persönlichkeiten beruhen, auf dem Einfluß der hohen jüdischen Finanz, auf der Herzlichkeit des Empfanges Kaiser Wilhelms, dessen Einbildungskraft sein politisches Urteil getrübt haben mag, auf der Tatsache, daß die liberale Partei, die stets friedliebender als die konservative ist, sich am Ruder befindet, selbst auf einer gewissen Spaltung innerhalb des Kabinetts.

Diese letzte Hoffnung ist durch die Rede Lloyd Georges, des Führers der radikalen Gruppe des Kabinetts, zunichte gemacht worden. Aus diesem Grunde hat diese Rede einen solchen Eindruck in Berlin hervorgerufen und zur Anfrage des Grafen Metternich geführt.

Wenn dem so ist, so ist das Ganze ein ungeheurer Urteilsfehler gewesen.

Abgesehen von dieser Erklärung kann man nur die Annahme zulassen, daß man in Berlin geglaubt hat, England, unter Führung der liberalen Partei, werde auf seine Großmachtstellung in Weltfragen verzichten und sich passiv verhalten, wenn seine direkten Interessen nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Soweit ich die Ideen Kiderlen-Wächters von früher kenne, kann dies bis zu einem gewissen Grade zutreffend sein.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

In der Tat hat man in Berlin mit England erst an zweiter Stelle gerechnet. Da das Londoner Kabinett in den Vordergrund trat, ging man in Berlin zur Drohung über. Da diese zu keinem Resultate führte, haben Vorsicht und Mäßigung die Oberhand gewonnen.

Während meiner gestrigen Unterredung mit Nicolson sagte mir dieser, er glaube an eine Entspannung; die Gefahr scheine ihm beschworen, aber der Kern der Frage bleibe derselbe. Die letzte Unterredung zwischen Kiderlen und Cambon habe seinen Informationen zufolge nicht zu dem erhofften Resultate geführt; dieses werde von der heutigen Zusammenkunft abhängen, die Cambon mit Kiderlen nach seiner Rückkehr aus Swinemünde haben wird.

Telegramm des russischen Botschafters in Berlin an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 3./16. August 1911.

Ich habe soeben eine lange Unterredung mit Kiderlen gehabt, deren Inhalt ich kurz zusammenfassen will. Der deutsche Minister trägt mir auf, Ihnen zu sagen, wie korrekt die Haltung Rußlands bis jetzt in der Marokko-Frage gewesen sei. Wenn England dem russischen Beispiele gefolgt wäre, sagte er, so wären unsere Verhandlungen mit Frankreich weiter vorgeschritten. Der Staatssekretär würde keinen Zweifel über das endgültige Resultat dieser Verhandlungen hegen, wenn Frankreich davon absehen wollte, Deutschland mit seinen Bündnissen zu bedrohen, und wenn es das verabredete Geheimnis der Verhandlungen besser wahren würde. Es wäre wünschenswert, daß Frankreich dies einsieht oder daß seine Freunde ihm dies zu verstehen geben. Was den Stand der Verhandlungen anbetrifft, so habe ich nicht verfehlt, Kiderlen Ihre Erwägungen zu übermitteln. Er antwortete mir, daß die Verhandlungen sich noch immer in der Phase von vorgeschlagenen, verweigerten und neuerdings vorgeschlagenen Kompensationen bewegten. Gestern ist Cambon mit neuen Projekten zu ihm gekommen. Der von Eurer Exzellenz erwähnte Vorschlag, auf deutsche Ansprüche in Marokko gegen Zugeständnisse im französischen Kongo zu verzichten, ist vom Berliner Kabinett beschlossen worden, um ein für allemal den Reibungen mit Frankreich in Marokko ein Ende zu setzen.

Frankreich scheint das System des Handelns vorzuziehen, was, wie Kiderlen sagt, die Verhandlungen äußerst unangenehm macht. Die Gefahr liegt darin, daß Frankreich in den Augen der öffentlichen Meinung die Lage so darzustellen versucht, daß Deutschland der Drohung Frankreichs, die Hilfe seiner Bundesgenossen anrufen zu wollen, nachzugeben gezwungen ist.

Die Unterredung des Staatssekretärs mit dem Kaiser in Swinemünde läßt keinen Zweifel zu, daß der Kaiser nicht gewillt ist, die beständigen Provokationen der französischen Presse gleichmütig hinzunehmen.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 3./16. August 1911.

Nachdem wir die persischen Fragen besprochen hatten, fragte ich Grey, ob er Nachrichten über den Stand der Berliner Verhandlungen habe. Er antwortete mir: „Ich bin nicht ganz zufrieden. Die Verhandlungen ziehen sich hin, und diese unnatürliche Verzögerung gefällt mir nicht."

Er fügte hinzu, viel würde davon abhängen, was man in Berlin von einer eventuellen Haltung Rußlands denke, und er fragte mich: „Was würden Sie im Falle von Komplikationen tun?" Ich erwiderte Sir Edward, ich hätte nicht das Recht, eine offizielle Antwort zu geben; der Bündnisvertrag zwischen Frankreich und Rußland bestehe in seinem vollen Umfange; der Krieg wäre gewiß ein großes Unglück für Rußland, persönlich hätte ich aber nicht den geringsten Zweifel, daß die Bestimmungen des Vertrages genau ausgeführt werden würden.

Auf meine heutige Frage antwortete Sir Edward: „Ich habe eher das Gefühl, daß man sich nähert, aber im Grunde genommen gibt es nichts Neues und es wird kein Fortschritt gemacht."

Ich sagte ihm, daß ich die Kampagne eines Teiles der deutschen Presse für bedauerlich und gefährlich halte, da sie Kaiser Wilhelm in schamlosen Ausdrücken beschuldigt, zu große Mäßigung zu zeigen. Sir Edward erwiderte, daß er meine Meinung teile, doch daß er hoffe, daß diese Pressefehde bald ein Ende nehmen wird.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Dann kam er plötzlich auf die mir vor ein paar Tagen gestellte Frage zurück: Was wird Rußland im Falle von Komplikationen tun? Ich wiederholte meine Antwort. Darauf sagte Sir Edward: „Ich will Ihnen sagen, warum ich glaube, daß man dies wissen muß. Im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich wird England sich beteiligen müssen. Wenn dieser Krieg auch einen Krieg mit Rußland nach sich zieht, so wird auch Österreich mit hineingezogen werden, welches gar keine Lust hat, sich in diese Frage einzumischen, welches aber durch die Umstände dazu gezwungen werden wird. Es ist kein Zweifel, daß in einem solchen Falle sich die Lage auch in Albanien verschärfen wird. Es ist also nicht mehr ein Duell zwischen Frankreich und Deutschland — es ist der allgemeine Krieg."

Dann sagte mir Sir Edward: „Ich glaube nicht, daß Kaiser Wilhelm den Krieg gewollt hat, als dieser Zwischenfall entstand; ich glaube auch nicht, daß er den Krieg heute will. Es erscheint mir ausgeschlossen, daß er — selbst in der obenerwähnten schwierigen Lage — sich zu einem Kriege wegen einer derartigen Frage entschließen würde, wenn er die furchtbaren Folgen des allgemeinen Zusammenstoßes vor Augen hat, den er hervorrufen würde."

Ich kann nicht leugnen, daß die Weitherzigkeit dieses Urteils mir begründet scheint. Ich will hervorheben, daß diese Unterredung eine streng vertrauliche gewesen ist.

Brief des russischen Botschafters in Berlin an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 5./18. August 1911.

Die begeisterte Stimmung, die in gewissen alldeutschen Kreisen durch die Nachricht der Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir hervorgerufen worden ist, hat jetzt bitterer Enttäuschung Platz gemacht. Die sich hinziehenden Verhandlungen mit Frankreich und die Möglichkeit, nur außerhalb Marokkos Kompensationen für Deutschland zu erhalten, hat die deutschen Chauvinisten erbittert. Einzelne freikonservative Blätter, an deren Spitze „Die Post", können ihrem Unmut keine Grenzen setzen. Ohne zugeben zu wollen, daß Kiderlen die Hoffnung der Nationalisten hat täuschen können, hat die genannte Zeitung in einem scharfen Artikel sich zu äußern er-

laubt, daß der Staatssekretär auf seine Pläne hat verzichten und sich dem Willen des Kaisers hat unterordnen müssen, der in dieser Frage allzuviel Mäßigung und Nachgiebigkeit gezeigt habe. Trotz der sofortigen Dementis in der offiziösen Presse, welche die Post nicht nur der Taktlosigkeit, sondern des Mangels an Patriotismus beschuldigt, hat die öffentliche Meinung dem Gefühle der Enttäuschung des genannten Blattes ein gewisses Verständnis entgegengebracht.

Welches immer auch der Ausgang der jetzigen Verhandlungen sein mag, in der Seele des deutschen Volkes wird noch lange der Stachel des beleidigten Selbstgefühles bleiben, daß Deutschland wieder vor dem erfolgreichen Einspruche Englands zurückgewichen ist.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 16./29. August 1911.

Der Brief unseres Berliner Botschafters vom 5./18. August scheint mir die durch die Marokko-Krise in Deutschland hervorgerufenen Strömungen ganz besonders deutlich zu beleuchten. Die von ihm geschilderte Stimmung kann Folgen haben, die ich für gefährlich halte.

Wie unser Botschafter bemerkt, richtet sich die Stimmung hauptsächlich gegen England. Dies ist durch die Enttäuschung in chauvinistischen Kreisen hervorgerufen, aber unter ähnlichen Umständen behält der Chauvinismus in allen Ländern gewöhnlich die Oberhand. Das Berliner Kabinett hat es für gut befunden, eine diplomatische Aktion mit einer Demonstration in Agadir einzuleiten, die Marokko offen als Ziel der deutschen Politik bezeichnete. Die Enttäuschung machte sich an dem Tage fühlbar, als infolge einer Reihe bedauerlicher Indiskretionen in der Presse das Publikum einsah, daß sich die Verhandlungen nicht auf Marokko, sondern auf den Kongo bezogen. Diese Enttäuschung, die die ganze Lage erschwert, scheint mir das unausbleibliche Resultat der Erscheinung des „Panther" in Agadir zu sein. Die Entsendung des deutschen Kriegsschiffes mußte eine Folge nach sich ziehen, die in Deutschland nicht vorhergesehen worden zu sein scheint: die ganz klare Darlegung des englischen Standpunktes.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Londoner Kabinett erklärte sich an dem Resultate der deutsch-französischen Verhandlungen über außermarokkanische Gebiete Afrikas für nicht interessiert, behauptete aber, daß es in Marokko selbst spezielle Interessen besäße und daß ohne seine Zustimmung kein Beschluß über Marokko gefaßt werden könne. Dies bedeutete, daß Marokko aus der allgemeinen kolonialen Neuordnung, die Deutschland erstrebte, ausgeschaltet wurde.

Ich glaube, daß diese allzu unerwartete Haltung des Londoner Kabinetts die England feindliche Stimmung in Deutschland hat auslösen müssen.

Warum man in Berlin geglaubt hat, daß Frankreich isoliert bleiben würde, scheint mir nicht ganz klar. Was die von Deutschland aufgeworfene Frage selbst anbelangt, so hat Deutschland gewiß rechtliche Gründe auf seiner Seite gehabt. Aber ich kann mir nicht erklären, wie man in Berlin hat hoffen können, daß Frankreich, selbst wenn es diplomatisch isoliert wäre, sich entschließen würde, unter einer Drohung auf eine wichtige Kolonie gegen von Deutschland in Marokko übernommene Verpflichtungen zu verzichten — Verpflichtungen, die viel eher abgeändert werden können, als eine territoriale Abtretung.

Es wäre interessant zu wissen, welche Kompensationen Deutschland im Anfange im Auge hatte. Dachte es nur an den Kongo oder wenigstens auch an das Gebiet von Sousse? Ich weiß nicht, welches die Ansicht unseres Botschafters in Berlin ist. Ich glaube, die Frage ist wichtig nicht nur in bezug auf die Vergangenheit, sondern auch in Anbetracht der noch schwebenden Verhandlungen. In dieser Hinsicht sehe ich noch die größte Gefahr für den Frieden.

Meinerseits kann ich nur durch einige indirekte Andeutungen versuchen, diese Frage zu klären.

An dem Tage, als wir die Nachricht des Erscheinens des „Panther" in Agadir erhielten, traf ich Kühlmann im Auswärtigen Amte. Ich fragte ihn, was er glaube. Er antwortete mir, er glaube, man werde verhandeln müssen. Ich fragte ihn, ob Marokko oder ein marokkanischer Hafen in Frage käme. Er antwortete: „Weder das eine noch das andere. In Deutschland hält man einen Hafen für eine große Ausgabe und für eine Gefahr. Man wird wahrscheinlich wohl anderswo Kompensatio-

nen für das beständige Vorrücken Frankreichs in Marokko finden müssen." Der Wert dieses Urteils beruht darin, daß es mir von Anfang an von einem klugen und gut unterrichteten Diplomaten mitgeteilt wurde. Vor ein paar Tagen brachte ich den Abend mit Metternich zu. Wir haben diese Seite der Frage nicht berührt. Ich wollte nur wissen, ob die ziemlich allgemein verbreitete Behauptung, daß mein deutscher Kollege seine Regierung schlecht unterrichtet habe, begründet sei oder nicht. Ich habe immer daran gezweifelt und ich zweifle heute mehr denn je. Ich glaube vielmehr, daß man in Berlin seine Warnung nicht beachtet hat. Gegen meine etwas aufdringlichen Hinweise auf die Gefahren und die Unbequemlichkeiten eines so demonstrativen Vorgehens verteidigte sich Metternich, aber nur schwach. Er schien fest davon überzeugt, daß das Recht in diesem Falle auf seiten Deutschlands sei, doch schien er mir von der Art und Weise des diplomatischen Vorgehens seiner Regierung wenig erbaut, ohne dies jedoch ganz offen zugeben zu wollen. Er schloß mit den Worten: „Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich die ganze Sache von Anfang an für sehr gefährlich gehalten habe" — und wir sprachen eher von England als von Frankreich. Ich fragte ihn, was er von der Rolle Englands halte. Er antwortete: „Die englische Regierung will keinen Krieg, sie glaubt auch gar nicht, daß Deutschland ihn will. In Marokko ist England französischer als Frankreich gewesen; anderswo nicht; am Kongo ist England nicht interessiert, sogar noch weiter als am Kongo, und es würde eine Lösung der Krise, die in diesen Gebieten gefunden werden könnte, mit Befriedigung begrüßen."

Ich sagte ihm, daß dies ganz meine Ansicht sei, und fügte hinzu, es wäre vielleicht gut, wenn Deutschland sich über Marokko und über die Rolle, die es Frankreich in diesem Lande zugestehen wolle, klar aussprechen würde. Er begnügte sich, auf taktische Nachteile solcher Erklärungen hinzuweisen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 24. August/6. September 1911. — Nr. 1180.

Iswolsky teilt uns mit, daß Spanien beabsichtige, Ifni in Südmarokko zu besetzen, und daß diese Nachricht in Paris

große Entrüstung hervorgerufen habe. Der hiesige französische Botschafter teilt mir mit, man habe ein derartiges Vorgehen Spaniens erwartet und sei nicht beunruhigt. Wir würden gerne wissen, ob sich die französische Regierung aus diesem Anlasse an das Londoner Kabinett gewandt hat, und ob letzteres irgendwelche Schritte zu unternehmen beabsichtigt, um Spanien zu bewegen, sein Vorhaben bis zur allgemeinen Klärung der Lage in Marokko aufzuschieben.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 25. August/7. Sept. 1911. — Nr. 198.

Ihr Telegramm Nr. 1180 erhalten. Nach seiner Rückkehr aus Paris sagte mir Cambon, man verstehe dort um so weniger die Handlungsweise Spaniens, als Frankreich bereit sei, ihm alle möglichen Zugeständnisse zu machen. Man habe dem Madrider Kabinett sehr weitgehende Vorschläge gemacht. Der hiesige spanische Botschafter sagte mir, daß diese Vorschläge in Madrid für unannehmbar gehalten werden. Auch habe Spanien infolge der englischen Vorstellung auf die Besetzung Ifnis zeitweilig verzichtet; übrigens seien die spanischen Rechte auf diesen Hafen vertraglich gesichert. Grey hat dem Botschafter in diesen Tagen mitgeteilt, daß er Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich nicht für zeitgemäß halte, solange zwischen Frankreich und Deutschland keine Einigung erzielt sei. Er hat den Botschafter vor allen übereilten Schritten gewarnt. Dieser hat mir jedoch erklärt, daß die Besetzung Ifnis nur um einige Tage verschoben sei, da die Besetzung im Herbste wegen der ungünstigen Schiffahrtsverhältnisse unmöglich werden würde. Cambon scheint mir über die Politik Spaniens ziemlich beunruhigt zu sein.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. August/7. Sept. 1911. — Nr. 1187.

Unser Botschafter in Madrid telegraphiert: Der Außenminister hat mir erklärt, daß sich seit unserer gestrigen Unterredung die Lage vollkommen geändert habe. Der französische Botschafter hat ihm im Auftrage seiner Regierung folgende

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

mündliche offizielle Erklärungen gemacht: Frankreich erklärt Spanien, daß kein Übereinkommen möglich sein wird, wenn Spanien nicht ein für allemal darauf verzichtet, Ifni oder irgendeinen andern Punkt im Süden zu besetzen. Der Minister sagte mir, der König sei über diese Forderung empört und erkläre, es sei für Spanien unmöglich, auf Ifni zu verzichten, da dieser Hafen vertragmäßig schon lange Spanien zugestanden worden sei. Die Antwort wird Frankreich nach einem Ministerrate gegeben werden, aber Garcia Prieto hat mir vertraulich seine persönliche Meinung mitgeteilt, daß Spanien Frankreich entschädigen könne, indem es letzterem erlaubt, sich an irgendeinem andern Punkt an der Südküste festzusetzen, unter der Bedingung, daß dies nicht in der nächsten Nähe der Kanarischen Inseln geschehe. Man ist hier von dem schroffen Tone der französischen Mitteilung verletzt, und der Außenminister hat ausgerufen: „Aber das ist ja ein Ultimatum", worauf der Botschafter erwiderte: „Keineswegs, wir wollen nur Mißverständnisse vermeiden."

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 26. August/8. Sept. 1911. — Nr 200.

Ich fragte Grey, was er von der politischen Situation zwischen Frankreich und Spanien halte. Er antwortete, der König und die Regierung Spaniens hätten die Erklärung Geoffrays zuerst als Ultimatum aufgefaßt. Dies sei ein Mißverständnis, welches, wie er hoffe, jetzt beigelegt sei, und Frankreich erwarte jetzt die spanischen Gegenvorschläge. Grey hat hinzugefügt, man müsse im Auge behalten, daß, wenn die Verhandlungen in Berlin zu einem Resultate führen, Frankreich, wenn es die Zustimmung auch der andern Mächte erhält, die Anerkennung seiner Stellung in Marokko nur um den Preis sehr beträchtlicher, von ihm gemachter Zugeständnisse erreicht haben wird; daß folglich Spanien, welches immer seine historischen Rechte seien, nicht beanspruchen dürfe, daß diese Rechte gewahrt werden, ohne daß es seinerseits ein Opfer bringt. Grey hat hinzugefügt, er glaube, daß Geoffray selbst sehr friedlich gestimmt sei. Ich glaube, daß die Haltung Englands in dieser Frage durch die englisch-französische Entente bestimmt werden wird.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 26. August/8. Sept. 1911. — Nr. 202.

Cambon hat mir Mittwoch vertraulich mitgeteilt, daß sein Bruder mit Iswolsky die Möglichkeit eines österreichischen Vermittlungsvorschlages besprochen habe. Mein Kollege betonte mit Nachdruck, daß er nicht glaube, daß die französische Regierung einen derartigen Vorschlag annehmen könne. Heute erwähnte Grey diesbezügliche Informationen, die er aus Paris erhalten hat. Er wies darauf hin, daß seine Worte seine persönliche Meinung darstellen und nicht den Charakter einer offiziellen Erklärung haben, und sagte, daß er letzten Endes jeden Vorschlag annehmen werde, welcher erstens zur Erhaltung des Friedens führe, und zweitens, wenn nötig, Frankreich von dem Vorwurfe entlaste, eine aggressive Politik zu treiben. Er denke an eine Konferenz, aber im Prinzip wolle er weder Vermittlung noch Schiedsgericht ausschließen. Es sei noch zu früh, hiervon zu sprechen, doch glaube er nicht, daß Frankreich die Vermittlung eines Deutschland verbündeten Souveräns annehmen könne. Dieser Gedanke sei praktisch nicht durchführbar. Ich sagte Grey, ich hätte keine diesbezüglichen Informationen, aber eine Unterredung zwischen unsern Botschaftern in Paris scheine zu beweisen, daß ein derartiges Projekt bestehe. Ich fügte hinzu, daß man nicht vergessen dürfe, daß Rußlands Stellung in dieser Krise eine ganz besonders schwere sei. Einerseits sei Rußland durch einen Bündnisvertrag gebunden, dem es sich natürlich nicht zu entziehen gedenke; andererseits würde Rußland durch einen Krieg mitten in seiner friedlichen Arbeit überrascht werden, und es müßte aus einem Grunde zu den Waffen greifen, der seine Interessen kaum berühre; Rußland müßte dann aus Erwägungen hoher Politik Krieg führen, was für die öffentliche Meinung unverständlich bleiben würde. Infolgedessen müßte Rußland in diesem Falle mehr als in allen andern alle möglichen Vorschläge in Erwägung ziehen und nichts unterlassen, um die Erhaltung eines gerechten Friedens zu ermöglichen. Ich fügte hinzu, daß ich die Unterredung in Paris in diesem Sinne auffasse.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. August/7. Sept. 1911. — Nr. 1189.

Unser Geschäftsträger in Berlin telegraphiert am 24. August: Kiderlen sagte mir heute, daß die französischen Gesichtspunkte hinsichtlich territorialer Zugeständnisse im Kongo keine Einwendungen hervorrufen würden; was Marokko anbelangt, so muß man diejenigen Garantien genau bestimmen, welche Frankreich für die zukünftige freie Entwicklung der ökonomischen Tätigkeit Deutschlands zuzugestehen bereit ist. Die Antwort der deutschen Regierung wird wahrscheinlich Donnerstag dem französischen Botschafter übergeben werden.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 27. August/9. Sept. 1911. — Nr. 203.

Cambon sagte mir, Greys Ansicht über die Unterredung Kiderlen-Cambon gehe dahin, daß die Verhandlungen lang und schwierig sein werden, daß jedoch eine friedliche Lösung in keiner Weise bedroht sei. Cambon hofft, daß der endgültige Text der deutschen Gegenvorschläge den bisherigen Meinungsaustausch berücksichtigen wird, indem vor allem eine ganze Reihe kleiner bureaukratischer Einzelheiten in Fortfall kommen. Ich habe den Eindruck, daß die Frage wird gelost werden können, doch fürchte ich, daß die öffentlichen Meinungen ungeduldig werden, wenn die Verhandlungen sich allzusehr in die Länge ziehen. Es ist nötig, daß auch unsere Presse Mäßigung und Zurückhaltung zeigt.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 1./14. September 1911. — Nr. 1239.

Ich telegraphiere nach Paris: Der deutsche Geschäftsträger hat mir im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, daß die von der Presse verbreiteten Gerüchte, Deutschland erstrebe in seiner Antwort auf die französischen Vorschläge hinsichtlich Marokkos eine privilegierte ökonomische Stellung, vollständig unbegründet seien. Deutschland wünscht nur Garantien zu erhalten, daß der

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Handel und die Industrie Deutschlands, und damit auch Europas, dieselbe Stellung einnehmen wie die Frankreichs. Diese Deutung wird es vielleicht Frankreich erleichtern, seine Gegenvorschläge zu formulieren.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 4./17. September 1911. — Nr. 1258.

Unser Geschäftsträger in Berlin telegraphiert am 3. September: Der französische Botschafter hat gestern Kiderlen die französische Antwort übergeben. Der Staatssekretär hat keine sachliche Antwort gegeben und eine solche für Montag in Aussicht gestellt. Cambon hat aus dieser Unterredung einen im großen ganzen günstigen Eindruck gewonnen. Seiner Ansicht nach wünscht man hier eine Einigung, doch will man nicht ohne Handeln nachgeben. Eine gewisse Gefahr besteht in der kriegerischen Stimmung, die in einigen politischen Kreisen von Paris und London herrscht.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 7./20. September 1911. — Nr. 209.

Nicolson sagt mir, daß den letzten Nachrichten aus Paris zufolge die Unterredung zwischen Kiderlen und Cambon einen großen Fortschritt bedeutet und der Hoffnung Raum läßt, daß bald eine günstige Lösung gefunden sein wird. Vor Nicolson hatte ich meinen französischen Kollegen gesprochen, der dieselbe Meinung geäußert hat. Beide hegen jedoch Zweifel, daß die in Aussicht genommene Lösung die öffentliche Meinung in Deutschland und Frankreich vollkommen befriedigen wird, und sie befürchten, daß sich noch längere Zeit eine gewisse Spannung fühlbar machen wird.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 6./19. September 1911.

Sowohl Kiderlen als auch Cambon haben mir heute morgen gesagt, daß sie nach der gestrigen Unterredung der Ansicht sind,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

daß eine prinzipielle Einigung erzielt worden sei, da die noch bestehende Meinungsverschiedenheit sich nur auf einige unbedeutende Einzelheiten beziehe. Deutschland verzichtet auf die Forderung ökonomischer Vorteile in Marokko und betrachtet die von Frankreich gegebenen Garantien als genügend. Betreffs des Kongos ist auch eine prinzipielle Einigung erzielt worden, und Cambon hält die gestern abend gegebene deutsche Antwort für durchaus befriedigend und annehmbar. Der französische Botschafter hat mir gegenüber jedoch streng vertraulich Befürchtungen geäußert, das Pariser Kabinett könne unter dem Einfluß gewisser Kreise, die im französischen Kongo spezielle Interessen besitzen, in diesem kritischen Augenblicke Unnachgiebigkeit zeigen, welche das mit so großer Mühe erzielte Übereinkommen wieder zunichte machen könne. Dieser Einfluß kommt in dem äußerst scharfen Tone einiger französischer Zeitungen zum Ausdrucke, die darauf hinweisen, es sei unmöglich, Deutschland irgendeinen Teil französischen Territoriums abzutreten. Cambon hat mich daher ganz vertraulich gebeten, wir möchten durch den französischen Botschafter in Petersburg und durch unsern Botschafter in Paris auf das Pariser Kabinett einwirken, um es zur Annahme der deutschen Vorschläge zu bewegen, die von ihm für durchaus annehmbar und den französischen Interessen entsprechend gehalten werden. Cambon hat hierbei die Hoffnung ausgedrückt, daß unsere Schritte von Erfolg gekrönt sein werden. Die deutsche Antwort ist der französischen Regierung bereits mitgeteilt worden. Kiderlen hat mir gegenüber seine Befriedigung über die baldige Beendigung der langwierigen Verhandlungen ausgedrückt und hinzugefügt, daß die Verhandlungen durch den herausfordernden Ton der französischen Presse sehr erschwert werden. In den letzten Tagen haben einige französische Zeitungen heftige Angriffe gegen Deutschland veröffentlicht, die hier große Erregung hervorgerufen haben und die Regierung veranlassen können, im letzten Augenblicke auf den Abschluß des Übereinkommens mit Frankreich zu verzichten.

Meinerseits halte ich es im Interesse des allgemeinen Friedens für sehr wichtig, daß im jetzigen Stadium der Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland alles vermieden

wird, was einem günstigen Ausgang derselben hinderlich sein könnte; darunter verstehe ich die herausfordernden Zeitungsartikel, welche in der französischen und teilweise auch in unserer eigenen Presse erscheinen und jedes politischen Taktes entbehren.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 12./25. Oktober 1911.—Nr. 153.

Die Verhandlungen über den Kongo nähern sich ihrem Ende. In den hauptsächlichsten Punkten ist eine Einigung erzielt worden. Dank einer sehr umsichtigen Kombination erhält Deutschland Zutritt zu den Flüssen Kongo und Ubangi, ohne daß die Verbindungen zwischen den nördlichen und südlichen Gebietsteilen Frankreichs unterbrochen werden. Eine leichte Meinungsverschiedenheit hinsichtlich des Umfanges des von Deutschland im Norden abzutretenden Territoriums hat keine Bedeutung und wird bald beigelegt werden. Der französische Außenminister läßt der Mäßigung, die Deutschland in der zweiten Phase der Verhandlungen an den Tag gelegt hat, Gerechtigkeit widerfahren.

Brief des russischen Botschafters in Berlin an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 30. September/13. Oktober 1911.

Nach dreimonatigen langwierigen Verhandlungen, in deren Laufe sich die Lage mehrmals so weit zuspitzte, daß es fast zu einem Bruch gekommen wäre, ist endlich ein Einvernehmen über Marokko erzielt worden, und zwar ist dies hauptsächlich zwei Umständen zuzuschreiben: erstens hat Kaiser Wilhelm beim ersten Ausbrechen der Krise beschlossen, es nicht zum Kriege kommen zu lassen, und zweitens hat der hiesige Vertreter der französischen Republik ganz außergewöhnliche Gewandtheit und Geschicklichkeit an den Tag gelegt: er hat gleichzeitig mit einem äußerst starken Gegner in Berlin kämpfen müssen, dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen, und einem sehr starken Gegner in Paris — der Einwirkung jener politischen Kreise, die das Ziel verfolgen, eine Einigung mit Deutschland zu hintertreiben.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Man muß hoffen, daß die beiden genannten Faktoren auch eine befriedigende Lösung der Verhandlungen über den Kongo herbeiführen werden.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 8./21. November 1911.

Wenn es im Augenblicke der marokkanischen Krise unmöglich gewesen ist, in England auch nur den geringsten Widerstand gegen den von der Regierung vertretenen Standpunkt zu entdecken, daß England gegebenenfalls Frankreich mit der Gewalt seiner Waffen unterstützen müsse, so kann man nicht leugnen, daß seit der Wiederherstellung der Ruhe sich in verschiedenen Kreisen eine gewisse Reaktion geltend macht — in pazifistischen Kreisen, die über alle Parteien verteilt sind, sich aber vor allem im linken radikalen Flügel befinden.

Ich will dieser Bewegung keinerlei besondere Bedeutung beimessen. Ich glaube vielmehr, es handelt sich um eine Reaktion nach einer außergewöhnlich großen Spannung, und ich glaube nicht, daß diese Bewegung von Dauer sein wird. Die großen Regierungsparteien, die im Parlamente vertreten sind, sowohl die konservativen Unionisten als auch die Liberalen, geben hierzu keinen Anlaß.

Die Argumentation der oben geschilderten Bewegung läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: In zwei Jahren hat England zweimal fast zu den Waffen greifen müssen, und zwar für Fragen, die seine eigenen Interessen nicht direkt berühren. Dies hätte als Resultat der Entente zu zwei Kriegen führen können. Eine politische Isolierung wäre vorteilhafter gewesen.

Ein vom Standard veröffentlichter Brief, von Stead gezeichnet, beleuchtet diese Frage, und ich füge diesen Brief in Abschrift bei. Ich berichte über diese neue Orientierung hauptsächlich der Vollständigkeit halber, aber auch, weil hier eine Tendenz vorliegt, aus der die deutsche Politik gewiß Nutzen zu ziehen versuchen wird, indem sie vor allem die Bedeutung dieser Tendenz übertreiben wird.

Ich muß hinzufügen, daß diese Opposition, die sich darauf beruft, daß die Regierung dem Parlamente zu wenig Infor-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

mationen über die auswärtige Politik zukommen läßt, die Angriffe auf Sir Edward Greys persische Politik zu verschärfen geeignet ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 17./30. November 1911. — Nr. 289.

Wenn nach der letzten Rede Greys im Unterhause jeder ernste Widerstand gegen seine auswärtige Politik überwunden zu sein schien, so hat die Opposition jetzt wieder das Haupt erhoben. Sie findet sich hauptsächlich in der äußersten Linken. Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß von dieser Seite der konservativen Partei der Vorschlag gemacht worden ist, Grey zu stürzen. Dieser Vorschlag ist kategorisch abgelehnt worden, aber er ist symptomatisch. Diese Opposition greift vor allem die Rede Lloyd Georges an, welche auf Grund der von der französischen Regierung mitgeteilten Informationen gehalten worden war, und ohne eine Indiskretion zu begehen, hat Grey diesen Umstand im Parlamente nicht mitteilen können. Grey hat in seiner Rede mit Betonung gesagt, daß er bereit sei, neue Ententen einzugehen, aber nicht zum Schaden der schon bestehenden. Dieser Ausspruch wird auch angegriffen. Es stellt sich heraus, daß die Opposition, von der ich spreche, hauptsächlich deutschfreundlich ist und zu Deutschland hinneigt. Die Opposition gegen die gemeinsame englisch-russische Politik in Persien kommt noch hinzu. Das Ganze ist nicht wirklich gefährlich, und eine Ministerkrise ist nicht vorauszusehen, aber die erwähnten Umstände zwingen Grey zu großer Vorsicht. Ich telegraphiere Ihnen hierüber, weil ich weiß, daß Grey besorgt ist, und auch um Ihnen die Möglichkeit zu geben, selbst die Situation zu beurteilen, die sich aus jeder Krise in den englisch-russischen Beziehungen ergeben würde.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 7./20. Dezember 1911.

Nach einer allgemeinen Schilderung der deutsch-französischen Verhandlungen über Marokko schließt der Brief: Endlich haben

die geschilderten Ereignisse noch einige politische Wahrheiten bezeugt, hinsichtlich deren man bis jetzt in Zweifel sein konnte. Die Krise des Jahres 1908 wegen Bosniens hat in der öffentlichen Meinung Europas einen gewissen Mangel an Zutrauen zu der Festigkeit und Wirksamkeit des Dreiverbandes gelassen. Jetzt aber hat diese Vereinigung, unter dem Einflusse historischer Notwendigkeiten entstanden, nicht nur ihre ganze innere Festigkeit bewiesen, sondern auch gezeigt, daß sie zugunsten der Erhaltung des allgemeinen Friedens zu handeln imstande ist. In dieser Hinsicht ist es äußerst bemerkenswert, daß in den verhängnisvollen Sommertagen England, ohne mit Frankreich durch einen formellen Akt gebunden zu sein, bereit war, nicht nur seine ganze Flotte, sondern auch seine ganze Expeditionsarmee gegen Deutschland in Bewegung zu setzen. Sollte man es nicht dieser Entschlossenheit der drei Ententemächte zuschreiben, daß Deutschland die Nachgiebigkeit gezeigt hat, die endlich zu der Unterzeichnung des Abkommens vom 4. November geführt hat?

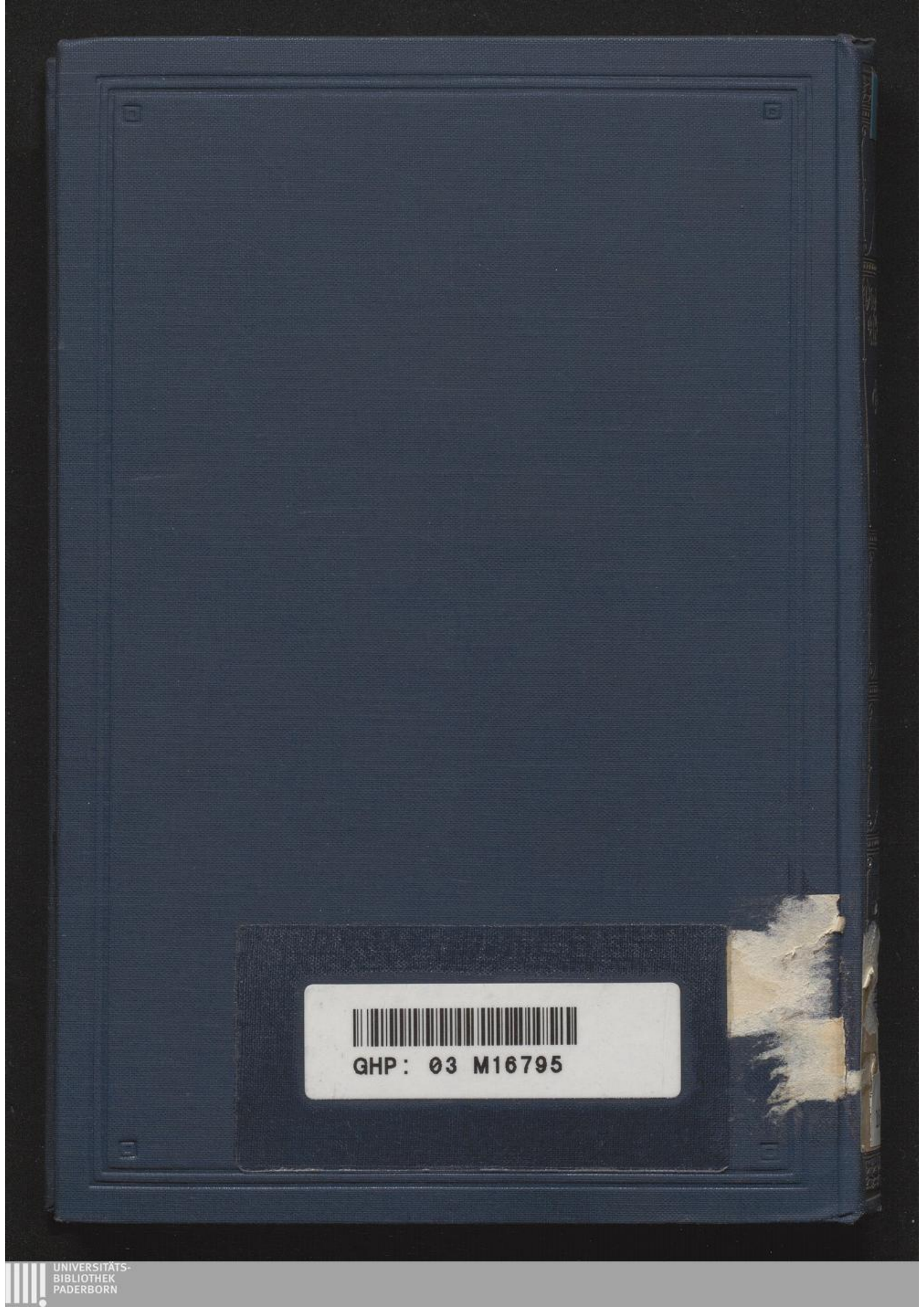
Indem ich dem gemeinsamen Vorgehen der drei Mächte das Verdienst der Erhaltung des Friedens zuschreibe, will ich mich hinsichtlich der Zukunft keinem Optimismus hingeben. Nach der soeben durchlebten Krise ist die politische Lage Europas noch weniger gefestigt. Es besteht kein Zweifel, daß ein jeder lokale Zusammenstoß zwischen den Mächten unbedingt zu einem allgemeinen europäischen Konflikte führen muß, an dem sich sowohl Rußland als auch eine jede andere europäische Macht wird beteiligen müssen. Mit Gottes Hilfe kann der Eintritt dieses Konfliktes hinausgeschoben werden, daß er aber jederzeit eintreten kann, müssen wir stündlich bedenken und uns stündlich hierzu rüsten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

PAD: 03M16795

<14+>0413E51597655


GHP: 03 M16795
UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

P
03

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente-Politik

M
16 795